Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
in Baden-Baden 1958

Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums

VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1959

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 15

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 15

Verhandlungen auf der Tagung in Baden-Baden

7.—10. Oktober 1958

Herausgegeben von

Professor Dr. Walther G. Hoffmann

VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1959

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
in Baden-Baden 1958

Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums

VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1959

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Alle Rechte vorbehalten

© 1959 Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde

Gedruckt 1959 bei der Buchdruckerei Schröter, Berlin SW 61

Printed in Germany

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis

Erster Tag

Eröffnung und Begrüßung 9

Referat von Professor Dr. Andreas Paulsen (Berlin):
Wirtschaftliche und soziale Grundprobleme stetigen Wirtschaftswachstums 18

Referat von Professor Dr. Wilhelm Bickel (Zürich):
Finanzpolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums 47

Generaldiskussion 64

Zweiter Tag

Referat von Dr. Heinrich Irmler, Vizepräsident der Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf):
Währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums .. 100

Generaldiskussion 121

Referat von Professor Dr. Gottfried Bombach (Basel):
Quantitative und monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums 154

Generaldiskussion 230

Dritter Tag

Referat von Professor Dr. Günter Schmölders (Köln):
Das Problem einer Koordinierung von Geld- und Finanzpolitik im Hinblick auf die Sicherung stetigen Wirtschaftswachstums 269

Generaldiskussion 284

Protokolle der Spezialdiskussionen zu den einzelnen Vorträgen 302

Schlußveranstaltung 331

Verzeichnis der Redner 354

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Erster Tag

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Erster Tag, Vormittag
Mittwoch, 8. Oktober 1958

Vorsitz: Prof. Dr. Walther G. *Hoffmann* (Münster/W.):

Eröffnung und Begrüßung

Vorsitzender Prof. Dr. Walther G. *Hoffmann* (Münster):

Magnifizenzen! Meine Damen und Herren! Ihnen allen im Namen des Vorstandes ein herzliches Willkommen zu gemeinsamer Arbeit und fruchtbarer Begegnung aus Anlaß der 37. Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften! Der Gruß gilt sowohl allen denen, die wir fast auf jeder der Nachkriegstagungen — und nicht zuletzt auf der großen Tagung im Kölner Gürzenich im Herbst 1956 — begrüßen konnten, als auch besonders denen, die zum ersten Male als Mitglieder oder als Gäste dieser traditionsreichen Gesellschaft an einem Kongreß teilnehmen.

Die diesjährige Tagung dürfte in der 86jährigen Geschichte der Gesellschaft eine der größten sein, gemessen an der Teilnehmerzahl. Erfreulicherweise zeigen die Voranmeldungen auch eine große Stetigkeit der Besucherzahl bis zum letzten Verhandlungstage. So bleibt mir nur, am Anfang die Hoffnung auszusprechen, daß diese Tagung sich auch würdig in die Reihe der wahrhaft bedeutenden Kongresse des Vereins für Socialpolitik einfügen möge.

Diese Hoffnung zu erfüllen, ist nicht nur eine Sache der Vortragenden oder der — hoffentlich mit überzeugenden Argumenten auftretenden — Diskussionsredner. Es handelt sich vielmehr auch um eine Sache der Teilnehmer schlechthin, da sie die geistige Atmosphäre entscheidend mitbestimmen. Erst wenn die persönlichen Gespräche und die öffentliche Diskussion in diesen Tagen getragen sind von dem Fluidum echter wissenschaftlicher Leidenschaft und fundierter Sachlichkeit wird dieser Kongreß für uns alle zu einem Ereignis, das sich abhebt von spannungslosen Debatten etwa nur über die eine oder andere Variante an sich bekannter Gedankengänge. Was für das Seminar im kleinen Kreise als Stil der Auseinandersetzung zweckmäßig sein kann, nämlich das Exerzieren an möglichen ökonomischen Konstellationen, muß nicht notwendig geeignet sein für einen solchen Kongreß fast aller Fachwissenschaftler, der in zweijährigen Abständen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

unter Beteiligung einer breiten, aufhorchenden Öffentlichkeit stattfindet.

Hier sollte es auch dem Inhalt nach um mehr gehen, nämlich um die Vermittlung neuer Perspektiven! Denn der große Auftrieb, den die Wirtschaftswissenschaft in den letzten Jahrzehnten erfahren hat und durch den eine außerordentliche Differenzierung der Analyse gerade auch dynamischer Vorgänge erreicht worden ist, sollte wohl nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf die Dauer ohne die Weiterentwicklung des tragenden Ideengutes nicht auszukommen ist. Ein angesehener amerikanischer Kollege sagte erst vor wenigen Wochen anläßlich eines „Round Table" der „International Economic Association", daß eigentlich ein neuer *Joseph Schumpeter* sehr zeitgemäß wäre! Gelänge es also, auf dieser Tagung neue Wege für die Weiterentwicklung der Wirtschaftswissenschaft auch nur anzudeuten, oder zum mindesten in einzelnen Köpfen anzuregen, so wäre damit ihr wahrer Zweck erfüllt.

Ein derartiger Fortschritt der Wissenschaft ist gewiß nicht nur wichtig um ihrer selbst willen im Sinne der ständigen Äußerungen menschlichen Geistes. Er hat in großem Maße auch praktische Bedeutung, ohne daß dieser pragmatische Gesichtspunkt überschätzt werden darf. Vielleicht kann man von einer Art Partnerschaft zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sprechen. Der Fortschritt dieser Wissenschaft und die breite Streuung ihrer Erkenntnisse ebnet der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung die Wege. Andererseits ist aber auch eine Förderung dieser Wissenschaft seitens der Wirtschaft gerade in ihren Grundlagenfächern Voraussetzung für einen derartigen Fortschritt. Denn auch in der Ökonomie scheint der Stil der Forschung gewissen Änderungen zu unterliegen. Nicht als ob die stille Studierstube jemals ihre Aufgabe verlöre! Wohl aber ist hinzugekommen die institutsmäßige Werkstatt des Ökonomen, sei es, daß er mikro- oder makroökonomische Probleme in allen Einzelheiten auszuarbeiten, sei es, daß er bestimmte Hypothesen zu verifizieren versucht. Man denke etwa bei der mikroökonomischen Analyse an den jüngsten Zweig der Unternehmensforschung (Operations Research), die gerade auch zur Weiterentwicklung ihrer Grundlagen einer z. T. erheblichen Rechenapparatur bedarf; oder man denke an so ausgesprochen makroökonomische Probleme wie den Gegenstand dieser Tagung, deren empirische Behandlung im Interesse ihrer grundsätzlichen Weiterentwicklung ebensowenig in einer Studierstube bewältigt werden kann. Von der Verwendung der verfügbaren, stets aber noch aufzuarbeitenden Statistiken bis zur selbständigen Durchführung sachgemäßer Erhebungen bzw. Befragungen im Sinne etwa des Stichprobenverfahrens ist ein weiter Bereich, der den Stil wirtschaftswissenschaftlicher Forschung beeinflußt. Insoweit hat der Fortschritt der Wissenschaft ihre

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Förderung durch die Wirtschaft — oder über die Steuereinnahmen durch den Staat — zur Voraussetzung. Ebenso ist aber auch die Weiterentwicklung der Wirtschaftswissenschaft Vorbedingung für die praktische Meisterung z. B. des dieser Tagung gestellten Problems, soweit von den verfügbaren wissenschaftlichen Einsichten sinnvoller Gebrauch gemacht wird.

So ist also mein Willkommensgruß gemeint zugleich als ein Appell an die Mitarbeit aller Teilnehmer im Sinne der Mitverantwortung gegenüber der gedanklichen Klärung wichtiger ökonomischer Probleme. Angesichts dieser vor uns liegenden Aufgabe begrüßt daher der Vorstand das außergewöhnlich große Interesse, das diese Einladung in allen Kreisen der Öffentlichkeit gefunden hat. Es gereicht diesem fachwissenschaftlichen Gremium zur Freude, daß unter den Teilnehmern sich auch jene befinden, die den wirtschaftlichen Alltag gestalten, sei es seitens des Staates im weitesten Sinne, sei es seitens der einzelnen Unternehmungen, oder sei es seitens der Wirtschaftsverbände in all ihren Varianten.

Gestatten sie mir, daß ich in einem solchen Kreise von einer namentlichen Begrüßung einzelner Teilnehmer absehe und nur den Vertreter der Regierung des Gastlandes Baden-Württemberg, Herrn Staatsrat Dr. *Filbinger,* besonders willkommen heiße. Wenn wir uns entschlossen haben, die Tagung in diesen schönen Kurort zu legen, so war dafür nicht nur der Reiz der Landschaft maßgebend, sondern auch der Gesichtspunkt der Nähe zur Schweiz und Österreich, deren wirtschaftswissenschaftliche Vertreter von jeher unserer Gesellschaft besonders nahe gestanden haben.

Wenn ich mich damit der Begrüßung der ausländischen Mitglieder und Gäste zuwenden darf, so bitte ich um Verständnis, wenn ich statt der Nennung einzelner Namen nur die hier vertretenen Nationen erwähne: Argentinien, Belgien, Frankreich, Griechenland, Israel, Italien, Japan, Jugoslawien, Korea, Niederlande, Österreich, Schweden, Schweiz, Türkei, Vereinigte Staaten.

Allen diesen ausländischen Kollegen und Gästen gilt ein besonders herzlicher Gruß! Einige von ihnen haben die Reise von anderen Kontinenten eigens zu diesem Kongreß nicht gescheut. Mit anderen, wie die meisten österreichischen und Schweizer Freunden verbindet uns ein ständig enger Kontakt, soweit wir nicht überhaupt schon viele — entsprechend der Tradition des Vereins für Socialpolitik — zu unseren Mitgliedern zählen dürfen. Daß ich im übrigen die wenigen Teilnehmer aus dem östlichen Deutschland nicht ausdrücklich erwähne, versteht sich unter Landsleuten von selbst.

Vielleicht darf ich aber ausdrücklich noch die in- und ausländische Presse begrüßen. Erst mit ihrer Hilfe ist eine breite Diffusion ökono-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mischer Einsichten möglich, die in einer Demokratie Voraussetzung ist für die Durchführbarkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Gerade die Nachkriegsjahre haben die große Bedeutung einer sachlich fundierten Information für die Stabilität der Entwicklung gezeigt.

Alle übrigen, nicht ausdrücklich angesprochenen Teilnehmer mögen sich auf dem Boden dieser Gelehrten-Republik nicht minder heimisch fühlen. Uns allen ist gemeinsam, daß unser persönliches Gewicht in einem solchen Kreise nur durch die sachliche Überzeugungskraft der Argumente bestimmt wird!

Bevor ich diesen Kongreß für eröffnet erkläre, gestatten Sie mir einige Bemerkungen zum Gegenstand dieser Tagung. Das Thema beinhaltet: Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums, soweit sie von der Finanz- und Währungspolitik her zu schaffen sind. Mit dem Ziel der Stetigkeit des Wachstums ist dabei keineswegs eine statrre Konstanz der Zuwachsrate des Volkseinkommens absolut oder je Kopf der Bevölkerung gemeint. Vielmehr ist als Ziel unterstellt nur eine Tendenz zur Stetigkeit, d. h. ein Wachstum, das mit relativ geringen Ausschlägen um einen steigenden Trend sich vollzieht. Was „relativ gering" in der konkreten Situation für Mengen- und Wertgrößen heißt, kann nur fallweise entschieden werden. Sicher müssen die Amplituden so groß sein, daß endogen oder exogen bedingte Anpassungsprozesse in einem vorwiegend konkurrenzwirtschaftlichen System sich durchsetzen können. Andererseits dürfte in der gesamten internationalen Diskussion Übereinstimmung bestehen, daß aus wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Gründen eine sich einigermaßen gleichmäßig vollziehende Steigerung des Realeinkommens erwünscht ist. Denn unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten werden dadurch ständige Umdispositionen der Unternehmungen und Haushaltungen nur im Interesse der Vermeidung von allzu großen Risiken überflüssig. Unter sozialen Gesichtspunkten werden dadurch unnötige Härten bei den im Wachstumsprozeß sowieso auftretenden Wandlungen der Gesellschaftsstruktur ausgeschaltet. Unter innenpolitischen Gesichtspunkten wird die Chance einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik von jeweiliger Regierung und Opposition erhöht. Unter außenpolitischen Aspekten ist zu beachten, daß damit vielen konjunkturell bedingten Auseinandersetzungen zwischen den Nationen der Boden entzogen wird. Schließlich ist kulturell gesehen entscheidend, daß erst dadurch die Wirtschaft in die ihr gesetzten Grenzen einer dienenden Funktion, nämlich der stetigen Mehrung des Wohlstandes, verwiesen wird und infolgedessen geistige Kräfte frei werden, die durch eine allzu große Unstabilität der wirtschaftlichen Entwicklung gebunden werden.

Um dieses so begründete Ziel zu erreichen, muß eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein. Zum Gegenstand dieser Tagung ist nur die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Finanz- und Währungspolitik erhoben worden aus Gründen notwendiger Beschränkung. Das schließt nicht aus, daß andere Bedingungen wie die der Außenwirtschaftspolitik, der Lohnpolitik usw. erwähnt werden! Nur ist — wie jeder kritische Teilnehmer zugeben wird — eine systematische Erörterung innerhalb weniger Tage kaum zu erwarten, wenn sich nicht alle Redner dieser Begrenzung unterwerfen. In weiteren Tagungen mögen andere Wachstumsbedingungen diskutiert werden.

Diese Begrenzung wurde gewählt, weil die Finanz- und Währungspolitik für sich schon einen sehr komplexen Aufgabenbereich darstellt, weil ihr für die Stetigkeit und Intensität des Wachstums eine große Bedeutung zukommt und weil in der Theorie des Wachstums in dieser Hinsicht eine Reihe völlig offener Fragen besteht, wie sehr bald deutlich werden wird. Hingewiesen sei nur auf das im Mittelpunkt stehende Inflationsproblem, das trotz der augenblicklichen Verlangsamung des Preisniveauanstiegs höchste Aktualität in der internationalen Diskussion beansprucht. Der Hinweis ist billig, daß es in der Geschichte immer Geldwertschwankungen gegeben habe, wie die zahlreichen Veröffentlichungen des Vereins für Socialpolitik zu diesem Thema zeigen (um 1900, 1912, 1923). Soweit damit das Problem abgetan werden soll, kann dieser Hinweis kaum ernst genommen werden angesichts der tiefen Erschütterungen, die eine Reihe von Ländern allein in diesen letzten Jahrzehnten dadurch erlebt hat. Wenn man die Geschichte um Rat fragt, sollte man nicht vergessen, daß während des Preisniveau-Rückganges von 1876 bis 1895 der stärkste Anstieg des Realeinkommens in der ganzen Periode 1850 bis 1913 zu verzeichnen war! Die in unseren Tagen angestrebte Flucht in Index-Klauseln oder sonstige Kriterien der Geldwertstabilität bei Arbeits- oder Sozialeinkommen dürfte der Kapitulation vor dem Grundproblem der annähernden Stetigkeit wirtschaftlichen Wachstums gleichkommen. Länder am Anfang der Industrialisierung wie die ältesten Industrieländer stehen überwiegend in ständigem Kampf um die Vermeidung der Inflation, wobei das Dekor einer „schleichenden" Inflation mitunter gern benutzt wird, um das öffentliche Gewissen zu beruhigen. Was liegt daher näher, als daß zunächst gefragt wird, welche finanz- und währungspolitischen Bedingungen müssen erfüllt sein, um das Realeinkommen notfalls nur mäßig, dafür aber regelmäßig wachsen zu lassen?

Die wissenschaftliche Vorbereitung dieser Tagung lag in den Händen von Herrn Professor *Neumark,* Frankfurt, dem unser aller Dank gebührt. Das den Rahmen abgebende Einleitungsreferat hält heute morgen Herr Professor *Paulsen,* Berlin. Die finanzpolitischen Bedingungen wird unser Schweizer Mitglied, Herr Professor *Bickel,* Zürich, erörtern. Die währungspolitischen Bedingungen zu analysieren hat Herr

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vizepräsident *Irmler* übernommen, dem zugleich die währungspolitische Praxis aus eigener Anschauung vertraut ist. Da es bei dieser Problematik sehr auf die Größenordnungen ankommt, hat sich Herr Professor *Bombach,* Basel, der großen Mühe unterzogen, die quantitativen und besonders auch die monetären Aspekte des Problems herauszuarbeiten. Das Finale liegt in den Händen von Herrn Professor *Schmölders,* Köln, der die Koordinierungsmöglichkeiten von Finanz- und Währungspolitik erörtern wird. Allen diesen Rednern darf ich im Namen der Anwesenden danken für die Bereitwilligkeit, die Referate zu übernehmen.

Mit diesen Vorträgen soll die *Generaldiskussion* eingeleitet werden, für die schriftliche Wortmeldungen bei den Herren Vorsitzenden erforderlich sind. Die Generaldiskussion ist gedacht als Erörterung der Hauptanliegen der Referate, sei es im Sinne einer Ergänzung, einer Kritik oder — was unter Kollegen seltener vorkommen dürfte — einer Zustimmung durch weitere Begründung der Ableitungen. Für die Auseinandersetzung mit fachlichen Detailfragen sind die *Spezialdiskussionen* am Freitagnachmittag vorgesehen. Sie werden absichtlich gleichzeitig abgehalten, um eine Auflösung des Plenums in kleine Gruppen zu erzwingen, in denen dann — nach Vorlage aller Texte — hoffentlich im „Nahkampf" mit um so größerer Zähigkeit um die wissenschaftlichen Erkenntnisse gerungen wird. In einer *Schlußsitzung* des Plenums haben die Herren Referenten Gelegenheit, nach zweimaliger Diskussion ihrer Ausführungen ihre mehr oder weniger dadurch geläuterten Argumente erneut kurz zu vertreten, so daß in einer Art Synopsis hoffentlich den Teilnehmern ein entsprechender Gesamteindruck vermittelt wird.

Damit darf ich nun diesen wirtschaftswissenschaftlichen Kongreß für eröffnet erklären und zunächst Herrn Staatsrat Dr. *Filbinger* bitten, zu uns zu sprechen.

Staatsrat Dr. Hans *Filbinger* (Mitglied der Landesregierung Baden-Württemberg):

Herr Präsident Professor Dr. Hoffmann! Magnifizienzen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Verein für Socialpolitik — wenn Sie mir gestatten, daß ich Ihre Gesellschaft beim traditionellen Namen nenne — ist schon bei seiner Gründung eine in erster Linie politisch gedachte Vereinigung gewesen, und aus den Worten von Herrn Professor *Hoffmann* hat sich ergeben, daß auch die Fragestellung dieser heutigen Tagung ganz im Sinne dieser Verbindung von Wissenschaft und Politik — wobei ich das letztere Wort im weiteren Sinne begreife — gedacht ist.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es liegt für den Vertreter der Landesregierung nahe, seiner besonderen Freude darüber Ausdruck zu geben, daß es Wissenschaftler und Ökonomen gibt, die nicht nur ihrem speziellen Berufe, zu forschen und zu lehren obliegen, sondern darüber hinaus aktiv Wirtschaftspolitik betreiben, indem sie die gemeinsam erarbeiteten Fragestellungen und Zielsetzungen durch das Forum des Vereins für Socialpolitik der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Die relative Distanz, die in Deutschland zu unserem Unsegen die Wissenschaft allzulange von der Politik geschieden hat, wird in erfreulicher Weise überbrückt durch Ihren Verein; das war so in dessen glanzvoller Vergangenheit wie auch in seiner heutigen Tätigkeit. Wir können uns von staatlicher Seite nichts Besseres wünschen, als daß der Geist dieser Verbundenheit von Wissenschaft und Politik möglichst weite Kreise ergreifen möge.

Sie haben Ihre diesjährige Tagung in eine Landschaft verlegt, die in der Geschichte der Nationalökonomie ihre besondere Bedeutung gehabt hat. Mir als Freiburger mag es erlaubt sein, auf die Beiträge der Freiburger Schule zu verweisen, die sich beim Aufbau der Ordnung unserer Wirtschaft im Nachkriegsdeutschland fruchtbar ausgewirkt haben.

Weiter darf ich, um die lokalen Anknüpfungen zu vermehren, darauf hinweisen, daß der letzte Präsident Ihrer Gesellschaft vor der im Jahre 1938 erzwungenen Auflösung, *Constantin von Dietze,* in Freiburg lehrte, wo er noch heute seinen Lehrstuhl innehat.

Schließlich sei es mir gestattet, daß ich etwas abseits von Ihrer wissenschaftlichen Aufgabenstellung auf die besonderen stammlichen und historischen Konturen hinweise, die den Rahmen dieser Landschaft abgesteckt haben. In den Jahren, in denen Ihr Verein aus äußeren Gründen genötigt war, seine Tätigkeit einzustellen, erhob sich die Stimme eines Sohnes dieser Stadt im Namen des Geistes gegen den Ungeist jener Jahre und gegen die Unterdrückung. *Reinhold Schneider* wurde hier in Baden-Baden geboren, und im vergangenen Jahre haben wir ihn hier zu Grabe getragen.

Wenn Sie von den Höhen um Baden-Baden über den Rhein hinüberblicken, dann sehen Sie das Straßburger Münster und weiter südlich auf den Höhen der Vogesen Sainte Odile, das Heiligtum und Kloster der Odilia, das im 9. und 10. Jahrhundert errichtet worden ist, ein Kloster, in dem unter anderem der Hortus deliciarum geschrieben wurde, das Anstandsbuch für die adeligen Mädchen aus dem Sundgau, dem Breisgau und aus Schwaben, die damals dort erzogen wurden. Dieses Kloster ist errichtet worden auf den heute noch sichtbaren Steingräbern der Merowinger aus dem 5. und 6. Jahrhundert, und die ganze Anlage wird umgeben von einem Wall, den

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Kelten schon 3000 Jahre vor Christus errichtet haben. Wenn ich Sie nicht ermüde, dann darf ich noch darauf hinweisen, daß weiter südlich Ottmarsheim gelegen ist, jener Dom, den ein Habsburger Graf im 10. Jahrhundert nach dem Vorbild von San Vitale in Ravenna, architektonisch auf gleicher Linie mit dem Dom zu Aachen liegend, errichtet hat.

Was ich hier sage, hat mit der Fragestellung Ihrer Tagung nichts zu tun. Aber mittelbar ist es für eine Konferenz von Wissenschaftlern und Politikern nicht unwichtig, zu wissen, welchen Geistes die Gegend ist, in der getagt wird. Wenn einem Kreis von Gelehrten Ihres Ranges überhaupt noch eine Zutat an Geist gewünscht werden kann, dann ist es der Wunsch, es möge etwas von der Anmut und der Leichtigkeit dieses geschichtlichen Raumes in die Ergebnisse Ihrer Konferenz eingehen.

Gestatten Sie mir, daß ich Sie hiermit im Namen der Regierung dieses Landes von Herzen willkommen heiße und daß ich dieser Tagung jene Ergebnisse und jene Haltung wünsche, die schon bisher den Geist und die Tradition Ihrer Gesellschaft geprägt haben und die für unsere Staatlichkeit von unentbehrlicher Bedeutung sind.

Vorsitzender Prof. Dr. Walther G. *Hoffmann* (Münster):

Ich danke Ihnen, Herr Staatsrat Dr. *Filbinger,* für die Grüße der Landesregierung und für die Tatsache, daß Sie persönlich während der ganzen Tagung unter uns sein werden! Ich bitte Sie, unseren Dank auch der Landesregierung von Baden-Württemberg zu übermitteln.

Magnifizenz *Jöhr* hat die Liebenswürdigkeit, im Namen der ausländischen Gäste zu uns zu sprechen.

Prof. Dr. Walter A. *Jöhr* (St. Gallen):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir die große Ehre zuteil geworden, hier einige Worte im Namen der ausländischen Gäste sprechen zu dürfen. Wenn Sie dieses Haus betreten, so sehen Sie die fünfzehn Flaggen der ausländischen Nationen, welche an dieser Tagung vertreten sind. Diese internationale Ausstrahlung, wie sie sich in der Teilnahme so zahlreicher ausländischer Gäste manifestiert, ist eine alte Tradition des Vereins für Socialpolitik. Ich möchte nur erinnern an die große Beachtung, welche etwa die Tagung in Wien, auf der das Produktivitätsproblem und die Werturteilsfrage diskutiert wurden, und die Tagung in Zürich, auf der die Zukunft

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des Kapitalismus und die Frage Kredit und Konjunktur zur Sprache kamen, in der Welt gefunden haben.

Es ist aber auch — und das ist sicher kein Geheimnis — ein besonderes Anliegen des Präsidenten dieser Gesellschaft, die internationalen Beziehungen zu pflegen und den Kontakt zwischen den Wissenschaftlern der verschiedenen Nationen enger zu gestalten. Wir sind überzeugt, daß der neue Präsident, Herr Professor *Neumark,* diese Tradition fortführen wird.

Es ist eine alte Erfahrung, daß die Begegnung von Wissenschaftlern verschiedener Nationen befruchtend wirkt; darüber brauche ich keine weiteren Worte zu verlieren. Besondere Umstände lassen nun gerade in unserem Falle diese Kontaktnahme als besonders fruchtbar erscheinen. In den zwanziger Jahren herrschte insbesondere im deutschen Sprachgebiet, wie z. B. ein Blick in das Archiv für Sozialwissenschaften sofort zu zeigen vermag, noch die Ära des Kampfes der großen Systeme gegeneinander. In der Zwischenzeit ist nun aber eine theoretische Basis anerkannt worden, die als gemeinsam angesprochen werden kann, — bei allen Meinungsverschiedenheiten, die natürlich immer noch zwischen den verschiedenen Wissenschaftlern bestehen.

Mit der Tatsache, daß heute eine solche gemeinsame theoretische Basis besteht, ergibt sich aber eine gewisse Gefahr der Einseitigkeit und der Verengung des Blickfeldes. Diese Gefahr begegnet uns — das möchte ich ganz offen sagen — vor allen Dingen in der angelsächsischen Nationalökonomie. Demgegenüber zehrt die deutsche Nationalökonomie noch von den großen Traditionen der historischen Schule. Deshalb ist für die ausländischen Nationalökonomen der Kontakt mit der deutschen Wirtschaftswissenschaft besonders fruchtbar und bewahrt sie vor der gekennzeichneten Gefahr. Der Vorsitzende hat auf *Joseph Schumpeter* hingewiesen; er ist wohl eines der schönsten Beispiele dafür, wie schöpferisch sich der Kontakt zwischen der Theorie im engeren Sinne des Wortes und der historischen Tradition der deutschen Nationalökonomie auszuwirken vermag. Ich darf auch an die Arbeiten etwa des Wirtschaftspolitischen Ausschusses erinnern, der ebenfalls in starkem Ausmaß von dieser Tradition zehrt.

Ich möchte auf ein Zweites hinweisen. Für die Nationalökonomie ist der enge Kontakt zwischen den Vertretern der verschiedenen Länder bedeutsamer, als das bei jeder anderen Wissenschaft der Fall ist. Denn für uns stellen sich viele Probleme als internationales Problem, Probleme vor allem der praktischen Anwendung unserer Disziplin, von der bereits gesprochen worden ist. Während es nur in ganz seltenen Fällen notwendig sein wird, Ärzte verschiedener Nationen zur Behandlung eines berühmten Kranken zusammenzuführen, haben sehr viele und immer mehr Fragen der Wirtschafts-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

politik internationalen Charakter. Das wird in der Zukunft in noch stärkerem Maße gelten, denn die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Nationen wird zunehmen, und wir werden auf dem Wege der Integration der europäischen Wirtschaft weiterschreiten. Wir dürfen also wohl sagen, daß die Internationalität unserer Wissenschaft eine Notwendigkeit ist.

Es ist daher unerläßlich, daß die Nationalökonomen der verschiedenen Länder eine gemeinsame Sprache finden; und was trägt mehr dazu bei als persönliche Kontakte, wie sie sich auf solchen Tagungen sehr leicht anbahnen können!

Wenn wir das anerkennen, so erscheint es um so erstaunlicher, daß die Wirtschaftswissenschaften eine der am wenigsten kongreßfreudigen Disziplinen sind. Denn in der Geschichte unserer Wissenschaft haben wir bisher erst einen internationalen Kongreß zu verzeichnen. Weshalb wir Nationalökonomen bisher so kongreßscheu waren, ist ein Problem, für das ich keine Lösung weiß. Um so wichtiger ist es, daß von einzelnen nationalen Gesellschaften der Kontakt mit den ausländischen Kollegen gesucht wird. So möchte ich im Namen der ausländischen Gäste dem Präsidenten und dem Vorstand der Gesellschaft den herzlichsten Dank übermitteln für die Einladung, für die gewährte Gastfreundschaft und für die tatkräftige Förderung des internationalen Kontaktes zwischen den Nationalökonomen.

Vorsitzender Prof. Dr. Walther G. *Hoffmann* (Münster):

Meine Damen und Herren! Ich darf in Ihrer aller Namen dem verehrten Kollegen und, ich kann wohl sagen, Freund *Jöhr* herzlichst danken für die liebenswürdigen Worte der Begrüßung. Ich möchte noch einmal zum Ausdruck bringen, wie sehr wir uns freuen, daß gerade bei dieser Tagung das Ausland so stark vertreten ist.

Das Wort hat nunmehr Herr Professor *Paulsen*.

Wirtschaftliche und soziale Grundprobleme stetigen Wirtschaftswachstums

Von Professor Dr. Andreas Paulsen, Berlin

I.

Das mir zugewiesene Thema ist zu weit und zu vielschichtig, als daß mein Referat nach Vollständigkeit streben könnte. Ich muß mich im Stofflichen einschränken, namentlich alle außenwirtschaftlichen Beziehungen unberücksichtigt lassen. Da ich über *wirtschaftliche und*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

soziale Grundprobleme sprechen soll, liegt es nahe, das Prinzipielle aus dem Verhältnis zwischen den wirtschaftlichen und den — im weiteren Sinne — sozialen Komponenten des Wachstums abzuleiten.

Wenn nämlich, wie unterstellt sei, das Wirtschaftswachstum ein gestaltungsfähiger und sogar gestaltungsbedürftiger, jedenfalls nicht ein automatisch ablaufender Prozeß ist, fragt sich, was als *„optimales Wachstum"* angestrebt wird. Das ist zweifellos eine echte *politische* Entscheidung, auch wenn sie auf der Basis einsichtig gemachter wirtschaftlicher, technischer und psychologischer Möglichkeiten stehen muß.

Für uns fällt *optimales* nicht mit *„maximalem Wachstum"* zusammen, und zwar, weil sich das Wachstum innerhalb gewisser *„Rahmenbedingungen"* vollziehen soll, welche Form und Rate des Wachstums beeinflussen. Das sei verdeutlicht: wenn in der Sowjet-Union die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse als eigentliche geschichtliche Realität angesehen und der gesellschaftliche Fortschritt am Wachsen des Sozialprodukts als Index gemessen wird, dann ist maximale Wachstumsrate bzw. höchstmögliche Steigerung der Produktionskapazität systemgerechte Wirtschaftspolitik, allerdings im Rahmen der Bindungen durch das Dogma[1]. *Fellner* verwies darauf, daß bei Übernahme der sowjetischen Ziele und Methoden die USA durch Umlagerung von 25 % der Verbrauchsgüter- auf die Investitionsgüterproduktion ihre Wachstumsrate etwa verdoppeln könnten[2].

Eine solche instrumentale Formung der Wirtschaft und Funktionalisierung der Menschen zu bloßen Mitteln im Dienste maximalen Wachstums ist für die westliche Welt ausgeschlossen, weil die Ordnung der Wirtschaft mit der freiheitlichen und demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung vereinbar sein soll. Wir können die Leistung der Wirtschaft zwar bedingt an Größe und Wachstum des Sozialprodukts bemessen, aber in letzter Instanz allein an ihrem Beitrag zur Verwirklichung des Leitbildes einer *Gesellschaft freier Menschen.* Gewiß

---

[1] Wolfgang F. *Stolper,* A Study of East German Economic Development (Papers of the Michigan Academy of Science, Arts and Letters. Vol. XLIII, 1958, S. 224): „... the optimum allocation of which the market economist speaks refers to welfare considerations. The planner, however, thinks in terms of economic growth, usually in terms of power, and his criterion tends to be whether his politically determined aim of investments, chiefly in heavy industries, can be fulfilled. Whether this is purchased at the expense of immense (and, from our standpoint, quite unnecessary) suffering of the population is to him irrelevant, though it is at the heart of the criterion of the market economist." — Zu den Wachstumraten ist aus der umfangreichen Literatur zu erwähnen die neuere Studie R. *Krengel,* Das Industriepotential der vier größten Industrieländer der Welt. In: Konjunkturpolitik. Ztschrft. f. angewandte Konjunkturforschung. Berlin. Jahrg. 1958, Heft 2, S. 69 ff.

[2] W. *Fellner,* Trends and Cycles in Economic Activity. New York 1956, S. 74/75.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wandeln sich in der Entwicklung die Institutionen und die strukturellen Faktoren, aber nicht in einem Prozeß, der jenseits unserer Entscheidung und Verantwortung abläuft. Solange an der Idee der Freiheit als gültiger Form festgehalten wird, muß auch die sich wandelnde Wirtschaft dieser Norm gemäß gestaltet sein.

Konkret gesprochen betrifft das vor allem die Art, wie die *Regulative* des Wirtschaftens einerseits, die *Substanz* des Wirtschaftens andererseits zwischen dem privaten und dem staatlichen Sektor verteilt sind; es schließt Dirigismus und staatliche Zentralverwaltungswirtschaft grundsätzlich aus. Erste und grundlegende Rahmenbedingung des Wirtschaftswachstums ist daher, daß es sich in einer *Wirtschaftsordnung* vollziehen soll, die mit dem Leitbild einer Gesellschaft freier Menschen vereinbar ist.

Andere Rahmenbedingungen kommen hinzu, vor allem die einer ausreichenden Stetigkeit des Wachstums im Ausdruck des Geldwertes einerseits, des Beschäftigungsgrades andererseits[3], und Bedingungen sozialen Gehalts, so einer sozial gerechten Verteilung des Sozialprodukts[4].

Bedeutsam ist nun, daß es sich um Forderungen an eine *wachsende* Wirtschaft handelt. Nur in einer wachsenden Wirtschaft besteht eine Chance zur Erfüllung dieser Forderungen. Wir wissen überdies zweifelsfrei, daß unsere Wirtschaft — schon nach den gegebenen Spargewohnheiten — überhaupt nur im Wachstum funktionsfähig ist und nicht stationär sein kann[5]. Weiter aber wird von der Wirtschaft Wachs-

---

[3] Vollbeschäftigung ist nicht selbstverständliche Voraussetzung für maximales Wachstum: eine darunter liegende Beschäftigung kann durch Vermeidung von Engpässen, von Überstunden, von Einsatz „untermarginaler" Arbeitskräfte, und durch geringeres Maß an Fluktuationen und Fernbleiben von der Arbeit ökonomisch vorteilhafter sein. Aber: „A maximum material welfare at the cost of unemployment, other than temporary and restricted in size, would not be acceptable." (J. *Tinbergen*, Economic Policy: Principles and Design. Amsterdam 1956, S. 16.) — Vgl. a. Edwin G. *Nourse*, Ideal and Working Concepts of Full Employment. In: American Econom. Review, Bd. 47 (1957), Nr. 2.

[4] A. C. *Pigou* legte schon 1912 seinem Buch „Wealth and Welfare" die „unverifizierte Wahrscheinlichkeit" zugrunde, daß die Wohlfahrt gehoben werde durch wachsende Produktmengen, gleichmäßigere Verteilung, soweit sie das Wachstum nicht zu stark drosselt, und größere Stetigkeit. — K. E. *Boulding*, Principles of Economic Policy. Englewood Cliffs, N. J. 1958, S. 19, bestimmt als „major objects of policy": „economic progress, economic stabilization, economic justice, and economic freedom." — Vgl. a. J. *Tinbergen*, Economic Policy etc., a.a.O., S. 15 ff. — J. *Tinbergen*, International Economic Co-operation, New York 1946, S. 106. — Gerald M. *Meier* and Robert E. *Baldwin*, Economic Development. Theory, History, Policy. New York 1957, S. 449 ff.

[5] W. *Fellner*, Trends etc., a.a.O., S. 288: „The reason for this is that the proper relative size of the investment-goods industries and the consumer-goods industries, respectively, depends on the rate of expansion of economic activity. The internal structure of a rapidly expanding economy precludes immediate stabilization at an expanded level."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tum *gefordert.* In unserer Zeit werden von den Fortschritten der Wissenschaften und der Technik beinahe Wunder erwartet, und wenn ernsthaft der Vorstoß in den Weltraum geplant wird, hätte eine Wirtschaftsordnung keine Überzeugungskraft für sich, wenn sie die Möglichkeiten zur nachhaltigen Verbesserung der materiellen Versorgung nicht auszunutzen wüßte. Erinnern wir uns an die erlebte emotionale Reaktion auf ein Versagen der Wirtschaft, die dem Nationalsozialismus zum Siege verhalf, so könnte sogar befürchtet werden, daß bei einem Konflikt zwischen Freiheit und materiellem Fortschritt eher die Freiheit geopfert würde, zumal sich gerade in dieser Sicht die Alternative des Sowjetismus triumphierend, lockend und drohend anbietet.

So muß die Sicherung eines ausreichend nachhaltigen und stetigen Wirtschaftswachstums mit fortschreitender Erfüllung sozialer Postulate als eine *Bewährungsprobe* unserer wirtschaftlichen, darüber hinaus auch gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung angesehen werden. Sie wäre nicht bestanden, wenn die westliche Welt im Produktionspotential hoffnungslos zurückfiele, aber auch dann nicht, wenn sie um des Wachstums willen gezwungen wäre, ihre freiheitlichen Prinzipien aufzugeben und, um mit *Lenin* zu sprechen, die Gesellschaft wie eine einzige große Fabrik zu organisieren[6].

II.

Wie sind nun die Chancen, die Auslösung und Durchführung des Wachstumsprozesses weitgehend den *marktwirtschaftlichen* Impulsen und Steuerungen zu überlassen, und dabei doch den *quantitativen* Aspekt einer ausreichenden Wachstumsrate mit dem *qualitativen* der ökonomischen und sozialen Normen zu vereinbaren?

Zur Urteilsbildung steht zunächst zur Verfügung die historische Erfahrung des Wirtschaftswachstums im neunzehnten Jahrhundert. Es war getragen von dezentralisierter ökonomischer Initiative, vollzog sich ohne spezifische staatliche Wachstumspolitik und wurde mit ausreichenden Graden der Stetigkeit realisiert, viel stetiger, als etwa nach den Multiplikator-Akzelerator-Modellen zu erwarten gewesen

[6] John Maurice *Clark,* Economic Institutions and Human Welfare. New York 1957, S. 175: „In this contest total communism will be opposed, not by its obsolete antithesis of total individualism, but by what can probably best be called a balanced economic system, including a sector of private enterprise with enough size, freedom and vigor to give a tone to the whole. And such a balanced system, in whatever specific form, will stand or fall by a double test: not only by whether it can organize the productive powers which modern science makes possible, but whether it can direct them to meet the rapidly rising standards of human welfare of which science and education are making all people increasingly aware."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wäre. Über die seitherigen Wandlungen hinweg scheinen folgende Feststellungen für das Wirtschaftswachstum gültig zu bleiben:

Einmal, daß das Wachstum ausgelöst wird durch *Impulse,* die in Zeit, Raum und Stärke unstetig auftreten. Sie wirken daher primär destabilisierend und lösen Umstellungen aus, die das *Schumpeter*sche Merkmal der „schöpferischen Zerstörung" tragen können, als eine Kette industrieller und agrarischer Revolutionen[7].

Zum zweiten manifestierte sich der Einfluß solcher Neuerungen bisher in der wichtigen Tatsache, daß die *Kapitalbildung* nicht allein als quantitative Ausweitung, sondern als *qualitative Veränderung* erfolgte, daher wurde die Furcht der Klassiker vor fallendem Grenzertrag des Kapitals und der Tendenz zu einem stationären Zustand hinfällig[8]. In gleicher Richtung auf eine ausreichende Ertragsrate des Kapitals wirkte daneben auch das Wachstum der Bevölkerung.

Zum dritten hat bis zu den Kriegen die marktwirtschaftliche Steuerung die unstetigen Anstöße in einem langfristig *ausreichenden Grad auf Stetigkeit hin* verarbeiten können, nicht zuletzt, weil die Entfaltung und Ausbreitung der grundlegenden Neuerungen sich in einem relativ gleichmäßigen, kontinuierlichen Prozeß vollzog. Im besonderen blieb der Geldwert stabil, die Beschäftigung ohne Bildung einen „industriellen Reservearmee" ausreichend hoch, die Verteilung des Sozialprodukts führte weder zur Verelendung des Proletariats noch zum Untergang des Mittelstandes, und das Gesellschaftsgefüge wurde nicht durch wachsende soziale Spannungen zerrissen.

---

[7] J. A. *Schumpeter,* Business Cycles. A Theoretical, Historical, and Statistical Analysis of the Capitalist Process. New York/London 1939, Vol. I, S. 87 ff. pass. — Joan *Robinson,* The Generalisation of the General Theory. In: The Rate of Interest and Other Essays. London 1954, S. 123: „The most important source of disturbances in an expanding economy lies in the very process of technical change which is the mainspring of expansion."

[8] Hierzu besonders W. *Fellner,* in: Capital Formation and Economic Growth. A Conference of the Universities-National Bureau Committee for Economic Research. Princeton 1955, S. 653. — *Ders.,* Trends etc., a.a.O., S. 127, S. 245. — J. S. *Duesenberry,* Business Cycles and Economic Growth. New York/Toronto/London 1958, S. 18 f., S. 57 ff. — Unterstellt wird, daß die Neuerungen wesentlich kapitalbeanspruchend waren. Offen bleibt die Frage nach der Zinselastizität der Investierungen, so, ob schon eine geringe Zinssenkung erhebliche Wirkungen habe, weil sehr viele latente Möglichkeiten für verstärkten Kapitaleinsatz vorliegen, so daß erst in langer Frist, selbst bei unveränderter Technik, der Zinssatz gegen null tendieren würde. — Nach J. J. *Spengler* (in: Americ. Econ. Rev. Bd. 47 (1957), Nr. 2, S. 49) ist das Wachstum in den USA seit 1869 etwa zur Hälfte der Erhöhung des Kapitalbestandes, zur anderen Hälfte dem technischen Fortschritt zuzuschreiben. — Die „Logik" der „Stagnationsthese" beruht ausdrücklich darauf, daß die wachsende Masse der Investierungen, die zum Ausgleich des Sparens bei Vollbeschäftigung nötig ist, unter dem zunehmenden Druck abnehmenden Grenzertrags stehen werde, und daß Neuerungen nicht in ausreichendem Maße auftreten würden, um dieser Entwicklung auszuweichen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ob ein solcher Grad der Selbststeuerung auch heute noch unterstellt oder erreicht werden kann, ob mindestens die operative Bedeutung der marktwirtschaftlichen Motorik es der Wirtschaftspolitik ermöglicht, mit marktkonformen Mitteln auszukommen, obwohl die Haltung zur Wirtschaft fordernder, ja ungeduldiger geworden ist, und die genannten Rahmenbedingungen als Postulate gesetzt sind —, das ist unser Problem.

Für seine Schwierigkeit ist sehr kennzeichnend die anscheinend unaufhaltsame *Tendenz zu kollektivistischen und dirigistischen Formen* hin, als ob es tatsächlich jenes *Marx*sche Entwicklungsgesetz gäbe. Zu ihrer Deutung will ich nur auf einen Punkt verweisen: auf die Überzeugungskraft, die für uns Kinder eines technischen Zeitalters alles das hat, was sich als wirksam, technisch zweckmäßig, rational darstellt, auf das Denken in zu kurzen Kausalketten als Form des „praktischen" Denkens, demgegenüber die Berücksichtigung der nicht so sichtbaren Interdependenzen und Systemzusammenhänge als unpraktische bloße Theorie gilt. Gar der Vorschlag, unsere *Leitprinzipien* nicht nur als Feiertagsideale, sondern als Maximen des Handelns zu verwenden, sie also ernst zu nehmen, bringt in den Verdacht der idealistischen Weltfremdheit und Verstiegenheit. Derartiges muß auch der Häufung partieller wirtschaftspolitischer Maßnahmen zugrundeliegen, bei denen nur zu oft das Prinzip der Systemkonformität zurückzutreten hat hinter die scheinbare Zweckmäßigkeit in der Mittelwahl, so daß der vom Marxismus angekündigte Umschlag von der Quantität in die Qualität, nämlich der Verlust des freiheitlichen Grundcharakters unserer Ordnung durch die wachsende Zahl der systemfremden „Ausnahmen", gar nicht ausgeschlossen ist.

Ich gebe ein Beispiel: wir haben mit einem gewissen Schock erfahren, daß die *Vermögensbildung in Westdeutschland 1956* nur mit etwa 20 % in privaten Haushalten erfolgte, dagegen mit 40 % durch Überschüsse der öffentlichen Einnahmen über die nicht-vermögenswirksamen öffentlichen Ausgaben, und mit den restlichen 40 % durch Selbstfinanzierung der Unternehmungen aus nicht verteilten Gewinnen[9]. Daß ein solches Ausmaß kollektiver Vermögensbildung durch

[9]) Vgl.: Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1956. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nov. 1957. Dasselbe für 1957: Monatsberichte usw. Juni 1958. — Dazu S. *Kuznets*, International Differences in Capital Formation and Financing. In: Capital Formation and Economic Growth, a.a.O., S. 47: „In the United States ... in ‚normal' periods, when government's capacity for net capital formation out of revenues was at its peak, its share in net country-wide savings was about a seventh; that of corporations and other business enterprises was about a quarter; and that of individuals was at least six-tenths of country-wide net savings. There is no reason to assume that in other business economies the proportionate importance of individuals' savings in the total of domestic savings is much lower." — Vgl. a. Erik *Lundberg*, Business

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Besteuerung privaten Einkommens und eine solche Konsolidierung von Gewinnpositionen unterstützt durch steuerliche Behandlung der Abschreibungen, daß der Großteil der Nettoinvestierungen über den Preis und nicht über die Kapitalmärkte finanziert wird, jedenfalls langfristig nicht mit den marktwirtschaftlichen Prinzipien vereinbar ist, scheint mir unbestreitbar. Man wird erwidern, das sei nicht geplant gewesen, habe sich vielmehr aus der besonderen Lage so ergeben, und die Ziffern für 1957 zeigten ja auch schon ein etwas günstigeres Ergebnis, insofern der Anteil privaten Sparens auf etwa 30 % gestiegen ist. Aber eben, *daß* ein solcher Einbruch in die Grundlagen der marktwirtschaftlichen Ordnung sich unvermutet und ungewollt ereignet, gleichsam als ein Nebenprodukt einer wirtschaftspolitisch bewirkten oder doch zugelassenen Lage, ist gerade das Problem. Es verweist darauf, daß Marktwirtschaft und marktkonforme Wirtschaftspolitik sich *nicht von selbst erhalten* und unsere Ordnung sich von selbst abbauen kann, wenn diese Prinzipien nicht als Basis aller wirtschaftspolitischen Entscheidungen gewürdigt werden. Es verweist darauf, so will ich es formulieren, daß man Entscheidungen darüber, ob und wie man besonderen Lagen Rechnung tragen will, mindestens in vollem Licht der Einsicht in die Zusammenhänge und die Prinzipien zu fällen hat, und sich nicht mit der bequemen Praxis des Sachkenners nur der scheinbaren Sachlogik anvertrauen darf.

III.

Das gilt nun keineswegs allein für die Wirtschaftspolitik. Dem gleichen Widerspruch zwischen Bekenntnis zu einer gewollten Ordnung und ihrer Ausschaltung in der Praxis begegnen wir in der Tendenz zum *Abbau der marktwirtschaftlichen Instrumente durch die Wirtschaft* selbst. Denn diese fordern eine Mindestbeweglichkeit der Preisrelationen und der an diesen orientierten Umsetzungsvorgänge, und beides bedingt ein Mindestmaß an wirksamem Wettbewerb. Dem scheint aber zunehmend eine psychologische Haltung der wirtschaftenden Menschen entgegenzustehen, die das *Wagnis* und die mit Risiken belasteten ökonomischen Chancen hinter die ökonomische *Sicherheit* zurückstellt.

Die geforderte Stetigkeit im *Wachstum* kann nicht erreicht werden durch den Ausbau ökonomischer und sozialer *Schutzapparaturen* zur Sicherung der *bestehenden* Positionen ausdrücklich gegen Wettbewerb und gegen Einflüsse der Entwicklung. Mindestens wird der Wachstumsprozeß gebremst und verzerrt werden, wenn Schutz gegen entwick-

---

Cycles and Economic Policy. London 1957, S. 333. — K. *Forberg*, in: Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 11: Neuordnung der Finanzpolitik. Ludwigsburg 1958, S. 100.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lungsbedingte Verschiebungen in Angebots- und Nachfragesituationen zur Maxime der zahlreichen Markt- und Wettbewerbsordnungen gemacht wird.

Im Grenzfall wird ein solcher Schutz wirtschaftspolitisch ausdrücklich in den Rang eines *gesamtwirtschaftlichen* Interesses erhoben und damit eine Rahmenbedingung für das Wachstum gesetzt. Ein Hauptfall ist die *Agrarpolitik;* zu ihrer inhaltlichen Berechtigung nehme ich nicht Stellung, sondern will nur auf das Prinzip der Abschirmung gegen bestimmte Wirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung verwiesen haben. Eine zweite kaum minder bedeutsame Form ist, daß *konsolidierte Interessengruppen* ihren speziellen Forderungen an das Wachstum Geltung zu verschaffen wissen, dadurch realiter ebenfalls Rahmenbedingungen des Wachstums setzen. Durchsetzung von Lohnparitäten bestimmten Inhalts[10] oder von Kostenpreisen einschließlich eines als ausreichend angesehenen Gewinnes sind Beispiele, auf die ich noch zu sprechen komme, auch unter dem prinzipiell wichtigen Gesichtspunkt, daß der Staat den Einfluß solcher Verhaltensweisen auf das Wirtschaftswachstum ausdrücklich anerkennt, indem er diese privaten Wirtschaftsgruppen auf ihre volkswirtschaftliche Verantwortung hinweist.

Die Durchsetzung der Wirtschaft mit solchen Schutzapparaturen und ihre wirtschaftspolitische Anerkennung sind zu beurteilen nach dem Ausmaß, in dem sie die Beweglichkeit der Wirtschaft als *„Reaktionsapparat* auf Anstöße" (*Schumpeter:* „apparatus of response") mindern, — und zwar immer im Blick darauf, daß Wirtschaftswachstum notwendig ein laufender *Umstellungsprozeß* ist. Soll er in marktwirtschaftlichen Formen vollzogen werden, so bedarf es einer ausreichenden Breite des Spielraums für Preisänderungen und Faktorumsetzungen, und das erfordert, daß jene in das Wirtschaftsgefüge eingebauten Versteifungen ausreichende *„Toleranzen"* zulassen. Wie groß sie *sind,* ist allgemein schwer zu sagen: hinsichtlich Lohnbewegungen nach unten offenbar gleich null, dagegen hinsichtlich der Verteilung des Einkommens und Vermögens zur Zeit noch überraschend groß. Wie groß sie sein *müssen,* damit der marktwirtschaftliche Anpassungsprozeß noch spielen kann, soll noch erwogen werden. Grundsätzlich wird zu sagen sein, daß eine funktionsfähige Marktwirt-

---

[10] Vgl. J. *Pen,* Wage Determination Revisited. In: Kyklos. Vol. XI (1958), Fasc. 1, S. 20: „Categorial distribution is the ratio between wages, profits and other incomes, as percentages of the total national income. If I see aright, an ideology is in the process of developing in both Western Europe and the United States which regards this ratio as an objective. In this ideology the absolute size of the three shares is less of an issue than their development in time. In the view of most unions the share of labour should at least be constant, and preferably should gradually increase."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schaft *krisenfähig* bleiben muß, nämlich fähig, Fehlentwicklungen als solche anzuzeigen und Gegenkräfte auszulösen[11]. Damit wird Konjunkturpolitik selbstverständlich nicht überflüssig, — es kann als eine wichtige Aufgabe der Theorie bezeichnet werden, die „kritischen Punkte", wie *Duesenberry* sie nennt, näher zu bestimmen, an denen durch Einsetzen sekundärer Reaktionen Ausgleichsbewegungen in Störungen umschlagen. Aber systemfremd ist offenbar eine Politik, die sich die Unterdrückung der Symptome eines Spannungszustandes zur Aufgabe macht, also etwa inflatorischen Druck aufstaut, statt ihn an den Ursachen zu bekämpfen.

Damit aber die Preise ihre Funktionen als Indikatoren der Marktlage und als Daten für die Auslösung von Ausgleichsprozessen erfüllen können, muß der *Wettbewerb* ausreichend wirksam sein, und zwar der *Preis*wettbewerb, der in dieser Funktion keineswegs durch Qualitäts- oder Werbungswettbewerb ersetzt werden kann. Man muß wohl im Prinzip den zahlreichen Formen, mit denen ein Lippenbekenntnis zum Wettbewerb abgelegt wird, aber nur mit der Einschränkung auf „gesunden", „geordneten" oder sonst entkräfteten Wettbewerb, mit kritischer Skepsis entgegentreten und dem Staat Zurückhaltung bei der Unterstützung von solchen Bindungen nahelegen müssen. Zwar wird die Entwicklung zu monopolistischen Marktformen nicht rückgängig gemacht werden können, aber der Staat kann sich weigern, gesamtwirtschaftlich bedenkliche Marktpositionen geld- und finanzpolitisch zu *alimentieren*. Und systemgerecht müßte er es selbst dann tun, wenn ein monopolistisch verursachtes oder verhärtetes Ungleichgewicht zu seiner Lösung einer krisenhaften Situation bedarf.

IV.

Namentlich dies ist nun wie alles Gesagte eine der deduktiven Folgerungen aus dem gesetzten *Prinzip*, nämlich der Geltung der marktwirtschaftlichen Regeln. Sie scheinen reichlich abstrakt und wirklichkeitsfremd zu sein und begegnen dem Einwand, daß wie jede so auch die Wirtschaftspolitik die Kunst des Möglichen sei. Wer wollte das bestreiten? Aber immerhin ist daran zu erinnern, daß es unredlich

---

[11] D. H. *Robertson*, in: D. Hague (Ed.), Stability and Progress in the World Economy. The First Congress of the International Economic Association. London 1958, S. 16 f.: „One need not be a full-blown stagnationist to think it likely that the path of growth will continue to lead through patches of soggy ground — of temporary saturation and setback. — One may even perhaps feel that such periods of pause and readjustment are our best protection — and in a humanely organized society a protection not too expensive in terms of individual welfare — against the strong social and political forces making for a continual eating away of the standard of value."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wäre, sich zu Prinzipien zu bekennen, die man praktisch nicht gelten lassen *kann* oder nicht gelten lassen *will.* Besteht eine unlösbare Konfliktssituation insofern, als die marktwirtschaftliche Steuerung und eine sie unterstützende marktkonforme Wirtschaftspolitik nicht ausreichen, das gewollte stetige Wachstum zu sichern, so ist es besser, auf die Fiktion zu verzichten und der Sachlage klar ins Auge zu sehen. Um so größer könnte dann die Zuversicht sein, daß auch bei den anzuerkennenden *neuen* Gestaltungen und in der sich *wandelnden* Wirtschaftsordnung die Freiheit nicht verloren gehen muß. Eine gedankliche Klärung der Beziehungen zwischen den Ordnungsformen des Wirtschaftens und den politischen Ordnungen, namentlich dem Ausmaß, in dem der Staat durch Planung oder Direktiven gesamtwirtschaftliche Verantwortung übernehmen kann, ohne totalitär zu werden, ist ja ein altes Anliegen gerade der deutschen Wirtschaftswissenschaft. Gefährlicher als die Wandlung als solche scheint mir der Prozeß zu sein, daß sie sich gleichsam unversehens vollzieht, nämlich in der geschilderten Form, daß man programmatisch an gewissen Prinzipien festhält, die man praktisch außer Wirksamkeit setzt, und zwar nicht, weil man sie beseitigen *will,* sondern weil man nicht anerkennt, daß sie doch schließlich keine andere Realität haben als eben in den praktischen Gestaltungen des Wirtschaftens hier und jetzt. Schon die ausdrückliche Anerkennung der Maxime, daß marktwirtschaftliche Formen nicht bis auf Widerruf zugelassen sind, sondern daß beweispflichtig ist, wer an irgendeiner Stelle ihre Außerkraftsetzung fordert, könnte zur größeren Klarheit und Folgerichtigkeit verhelfen. Wobei aber nicht als ausreichender Beweis gelten darf, daß Planung oder Dirigismus oder Marktordnung möglich sei und vielleicht gewisse technische Vorzüge hätte, etwa den höheren Grad der Abschirmung gegen dynamische Einflüsse.

V.

Die damit umrissene Problematik der Funktionsfähigkeit des gesetzten Systems soll etwas konkretisiert werden, und das sog. *„magische Dreieck"* scheint dafür geeignet zu sein. Hier ist natürlich das Grundsatzproblem offensichtlich, weil es sich um die Frage der Vereinbarkeit marktwirtschaftlicher Prinzipien, nämlich staatlich nicht gelenkter Lohn- und Preisbildung, mit den gesetzten Rahmenbedingungen der Stetigkeit des Geldwertes und der hohen und stabilen Beschäftigungslage handelt. Von der Einbeziehung einer vierten Ecke, des Gleichgewichts der Zahlungsbilanz, muß ich absehen.

Sind diese Bedingungen miteinander unvereinbar, so kann der bewirkte *Spannungszustand* nach mehreren möglichen Richtungen durchbrechen: das Wachstum kann aufhören und der Prozeß in Deflation

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

umschlagen, Inflation kann auftreten, und schließlich kann der Staat zur Vermeidung des einen und des anderen die freie Lohn- und Preisbildung aufheben. Und je länger ein solcher Spannungszustand besteht, um so mehr wächst der Druck und die Gefahr des Durchbruchs. In den westlichen Ländern drohte und droht der Durchbruch in Richtung auf Inflation hin, wobei wir Grund haben, mit großer Befriedigung festzustellen, daß der inflatorische Druck bisher in Deutschland am geringsten war.

Unterstellt nun, daß kausal für die Spannung eine Tendenz zur Überhöhung der Geldlöhne sei, erklärt das noch nicht, warum der Durchbruch gerade nach dieser Richtung droht, warum nicht in die marktgemäßere Form des Drucks auf die Beschäftigungslage und damit die Preise. Zwei Bedingungen mußten hinzukommen: zum „Stoß" der Löhne der „Zug" der Nachfrage, wodurch die Weiterwälzung erhöhter Kosten auf die Produktpreise ermöglicht wurde; und ferner die geldmäßige Alimentierung der erhöhten Umsatzwerte[12].

Zunächst soll aber die Frage interessieren, ob eine *„produktivitätsorientierte Lohnbildung"* insofern marktgerecht sein kann, als in der statistischen Ziffer der Produktivitätszunahme eine objektive Größe vorliegt, die den Maßstab für eine den Geldwert nicht gefährdende Anhebung des Lohnniveaus bietet. Das Argument könnte sein, daß eine solche Lohnbildung nur vollzöge, was wir als Lohnbestimmung durch die Grenzproduktivität der Arbeit kennen. Um der gebotenen Kürze willen muß ich vermeiden, der hohen grundsätzlichen Bedeutung dieser Frage nachzugehen, welche nämlich unmittelbar die Theorie der Wirtschaftsplanung berührt[13], kann auch die Einwände nicht behandeln, die sich auf die Produktivitätsmessung einerseits, die Möglichkeit des Auffangens von Lohnerhöhungen durch Schmälerung der Gewinne andererseits beziehen. In meinem Zusammenhang ist wichtig, daß der Umsetzungsprozeß im Wachstum betroffen ist insofern, als er ja durch Änderungen der Lohn- und Preis*relationen* ausgelöst werden soll, daß aber eine Orientierung des Lohn*niveaus* an einer *durchschnittlichen* Rate des Produktivitätszuwachses die wachs-

---

[12] Vgl. die abwägende Darstellung in: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1957, S. 47 ff. — Neuestens: Kelvin *Lancaster,* Productivity-Geared Wage Policies. In: Economica, Bd. 25 (1958), Nr. 99 (Aug.), S. 199 ff.

[13] M. *Dobb,* On Economic Theory and Socialism. New York 1955, S. 76 (zit. n. *Meier* and *Baldwin,* Economic Development etc., a.a.O., S. 529): „One may express the crux of the matter by saying that the quintessential function of planning as an economic mechanism is that is is a means of substituting *ex ante* co-ordination of the constituent elements in a scheme of development ... for the co-ordination *ex post* which a decentralised pricing-system provides."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tumskonforme Beweglichkeit der Lohn*struktur* gerade ausschließt[14]. An das große historische Beispiel der Verlagerung von Arbeit aus dem agrarischen in den industriellen Sektor könnte erinnert werden. Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik in dieser Form läßt sich nicht zu den Maßnahmen zur *Glättung* der marktmäßigen Vorgänge und der Verstetigung des Wachstums rechnen, sondern gehört in die Reihe der Schutzmaßnahmen *gegen* Umsetzungsvorgänge. Mit ihr soll nämlich eine metaökonomisch als fair oder gerecht oder angemessen angesehene Lohnstruktur möglichst gewahrt werden, in einer Art System der „Lohnführerschaft": Anhebung der Löhne an einer Stelle, wo sie produktivitätsmäßig berechtigt sein mag, führt zu proportionaler Anhebung der Löhne und der sonstigen Arbeitseinkommen, selbst der Renten, damit die gegebene Staffelung bestehen bleibt. Daher ist das Lohnniveau ständig einem Druck nach oben ausgesetzt.

Nun betone ich, daß ich die soziale Begründung so wenig in Frage stelle wie die Bedeutung der angemessenen Verteilung des Sozialprodukts für die Unterbauung des Wachstums durch steigende Verbrauchsnachfrage. Es geht um die Frage nach dem *Prinzip* der Wachstumssteuerung durch marktwirtschaftliche Kräfte, und eine Spannung zwischen den wachstumsbedingten Umsetzungen und der erstrebten Stabilität der Lohn*struktur* wird jedenfalls die Differenzen zwischen den Grenzproduktivitäten, die sich im Wachstum einstellen, weniger deutlich und wirksam in Erscheinung treten lassen und mit dem verlangsamten Ausgleich den Grad der gesamtwirtschaftlichen Produktivität mindern. Ob dies in Kauf zu nehmen ist um der erstrebten sozialen Normen willen, ist eine Frage der Entscheidung, und wieder möchte ich darauf gedrungen haben, daß solche Entscheidungen *bewußt* vollzogen werden.

VI.

Das ökonomische Problem sei einen Schritt weiter verfolgt mit der Frage, ob eine als system*exogen* zu betrachtende Setzung der Löhne durch system*endogene* Bildung der Produktpreise, die sich diesen exogen gesetzten Daten anpassen, ausgeglichen werden kann. Daß das theoretisch bei freier Preisbildung möglich ist, unterliegt wohl keinem Zweifel, aber nicht mit der gleichzeitigen Erfüllung der Be-

---

[14] Vgl. W. *Rüdiger,* Die Entwicklung des Produktionsergebnisses je Beschäftigten, je Arbeiter und je Arbeiterstunde in der Industrie im Jahr 1957. In: Wirtschaft und Statistik 1958, Heft 3, S. 154 ff. — Setzt man für die Bundesrepublik das Produktionsergebnis in der Industrie (ohne Energieversorgung und Bauhauptgewerbe) für 1950 = 100, so war es für die Industrie insgesamt 1957 = 150, aber mit Schwankungen zwischen 114 (Glasindustrie) und 293 (Erdöl- und Erdgasgewinnung). — Vgl. a. Walther G. *Hoffmann,* Zur Vorausschätzbarkeit von Produktivitätsveränderungen im Wachstumsprozeß. In: Ztschrft. f. d. ges. Staatswiss. Bd. 114 (1958), Heft 1.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dingung, daß das gesamte Arbeitsangebot, welches zu diesen gesetzten Löhnen auf den Markt kommt, von der Nachfrage aufgenommen wird. Denn das würde eine Überwälzbarkeit der Lohn*struktur* auf die Preis*struktur* voraussetzen, was bei freier Nachfrage undenkbar ist.

Die Überwälzbarkeit der Löhne auf die Produktpreise ist damit angesprochen. Ungeprüft sei unterstellt, daß auch bei ausreichender Preisbeweglichkeit in der Anpassung an differenzierte Kosten- und Nachfrageverhältnisse das Preisniveau nach oben gedrückt wird, wenn die geldmäßige Versorgung der gesamten Nachfrage einschließlich der des Staates das gesamte, zu den gegebenen Preisen auf den Markt kommende Angebot übersteigt. Auch in der Inflation ist eine marktkonforme Bildung der Preis*relationen* möglich, sie ist indessen erschwert, wenn sich die Preisrelationen nur durch unterschiedliche Grade der Preis*steigerungen* ändern, statt in breiter Streuung zwischen Preisfall und Preiserhöhung für die einzelnen Produkte, — übrigens einer der Einwände gegen die angebliche Wachstumsförderung durch ein „leichtes Inflationsklima": steigendes Preis*niveau* beeinträchtigt die Steuerungsfunktion der Preis*relationen*. Geldpolitische Alimentierung einer überschüssigen Gesamtnachfrage fördert also die Überwälzung erhöhter Löhne auf die Produktpreise und mindert die Umstellungsprozesse zur wachstumskonformen Neuverteilung der Produktionsfaktoren.

In diesem Zusammenhange ist bemerkenswert, daß die Unbefangenheit, mit der die Durchsetzung von *Kostenpreisen* gefordert und als einer „gesunden" Marktlage entsprechend unterstellt wird, das Inflationsklima begünstigt. Es scheint allmählich in Vergessenheit zu geraten, daß es in einer Marktwirtschaft keinen *Anspruch* auf Kostendeckung geben kann, sondern daß die Kostenpreise durch die *Nachfrage bestätigt* werden müssen. Wieder ist eine Erinnerung an den Staat angebracht, daß sowohl die Tendenz zur Garantierung proportionaler Entwicklung der Kontrakteinkommen wie die zur Sicherung kostendeckender Preise für die Produktionsbetriebe — von der Landwirtschaft ausstrahlend in immer weitere als schutzwürdig anerkannte Bereiche — die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft beeinträchtigt.

Der Erfolg solchen Kostendenkens ist abhängig vom Grad der *Ausschaltung des Wettbewerbs* einschließlich der Meinung über seine „Fairneß". Wenn Preise, die keine „normale" Gewinnspanne lassen, als Schleuderpreise angesehen werden, wenn weiter sogar eine Gewinnspanne gefordert wird, die zur Selbstfinanzierung von Investierungen als Normalform der Betriebserweiterung ausreicht, so verlieren selbstverständlich die Argumente gegen Lohnerhöhungen jede Überzeugungskraft. Eine sonderbare Folge dieses Kostendenkens sind Ansätze zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche Preisstabilität

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

durch Kostensenkung, nämlich Steuersenkungen und ähnliches, fördern wollen[15]. Halten wir doch entschieden an der Einsicht fest, daß Kostensenkungen für die Produktpreise völlig wirkungslos bleiben, wenn die Nachfrage hoch bleibt und nicht im Wettbewerb um Marktanteile gekämpft wird. Daß die Kostenlage Preissenkungen *möglich* macht, bewirkt keineswegs, daß sie auch *durchgeführt* werden: das muß durch *Preis*wettbewerb erzwungen werden[16]. Dagegen besteht kein gesamtwirtschaftliches Interesse an der Verwendung solcher Gewinnspannen zur Verschärfung des mit neuen Mustern und Modellen oder mit erhöhter Reklame durchgeführten Wettbewerbs.

Zwar sind die Preisbewegungen nicht so einseitig nur nach oben gerichtet wie die Lohnbewegungen, die Preisrelationen vielleicht auch nicht so starr wie die Lohnrelationen. Daß aber tendenzmäßig der Grad der Preisrigidität zunimmt, teils wohl auch als Folge der mit zunehmender Spezialisierung fixer werdenden technischen Produktionskoeffizienten[17], muß vermutet werden. Ob die positive Wachstumswirkung größerer Preissicherung als Investitionsanreiz gewichtiger ist als die Wachstumshemmung geringerer Elastizität in den Umsetzungsvorgängen, muß einstweilen noch als offene Frage gelten[18].

---

[15] Über Versuche, durch Steuersenkungen zu Kosten- und dadurch Preissenkungen zu gelangen, ohne dabei auf die Nachfragesituation Rücksicht zu nehmen, vgl.: *CEPES*, Europäische Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Deutsche Gruppe e. V.: Nationale Konjunkturpolitik in Europa 1945—1956. Frankfurt a. M. 1958, S. 79, S. 343 f. pass. — E. *Lundberg*, Business Cycles and Economic Policy. London 1957, S. 90, S. 141/142.

[16] Vgl.: Operation Tax Relief. In: The Economist, 1957, 21. u. 28. Dec., S. 1108: „But the general recipe for a policy to enforce price reductions is fairly plain. First, concentrate on deliberately terminating production in those industries in which Britain is at a comparative disadvantage, and on cutting it back in weak industries with a long tail of high cost producers; deliberately make more bitter the wind — not temper it — to each shorn lamb. Secondly, in the industries or lines of production that will thereby be provided with resources to expand, encourage competition even to wildly inconvenient extents. Thirdly, remember that general price reductions. or even prive stability, cannot be secured if food prices (which make up so much of the total retail price index) are protected from outside competition for farmers' sake. Fourthly, recognise that Britain will always have an inflationary economy so long as the main weapon for restricting total purchasing power is a tax system that bears most heavily on marginal incentives to increase effort; but recognise also that any change in this system of control is likely to be a retreat from what is called social justice."

[17] Hierzu vgl. Adolph *Lowe*, Structural Analysis of Real Capital Formation. In: Capital Formation and Economic Growth. A Conference etc. a.a.O., S. 581 ff.

[18] Vgl. die bekannten Hinweise, daß Monopolbildungen nicht zu einem Nachlassen der dynamischen Impulse geführt hätten, bei J. *Schumpeter*, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Deutsch. Bern 1946, S. 143 ff. — W. A. *Lewis*, Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums. Deutsch. Tübingen/Zürich 1956, S. 100 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

VII.

Überhaupt ist es beim gegenwärtigen Stand der Lehre schwer, der Wirtschaftspolitik eindeutige Hinweise zu geben, wann die *Stetigkeitskomponenten* wachstumsfördernd, wann sie wachstumshemmend sind. Jedenfalls aber werden sie hemmend sein, wenn sie in zu starrer Fassung etwa des Preisniveaus als Index des Geldwertes, des Prozentsatzes der Arbeitslosigkeit als Index für Vollbeschäftigung keinen ausreichenden *Spielraum* für die marktmäßigen Preisbildungs- und Umsetzungsvorgänge lassen. Wo Apparaturen zum Schutz der Preise und der Marktpositionen bestehen, kann diese mangelnde Funktionsfähigkeit keinesfalls dadurch wiederhergestellt werden, daß den *erwerbs*wirtschaftlich orientierten Interessenverbänden die Wahrung der *gesamt*wirtschaftlichen Interessen als *zusätzliche* Maxime ihres Verhaltens nahegelegt wird. Es handelt sich ja nicht um die stets zu fördernde ethische und soziale Wirtschaftsgesinnung, nicht um einen rechtlich oder doch moralisch faßbaren Mißbrauch von Marktmacht. Gemeint muß vielmehr sein, daß es bei solchen erwerbswirtschaftlichen Entscheidungen möglich sei, über *volkswirtschaftliche* Daten objektiver Art zu verfügen, die neben oder an die Stelle jener *Markt*daten treten können, an denen sich systemgerecht das privatwirtschaftliche Verhalten orientiert. Weder gibt es sie, noch könnten sie, wenn es sie gäbe, die Markdaten ersetzen, noch könnte schließlich eine allseitige Berücksichtigung solcher Daten erzwungen werden[19]. Gerade die Lohndebatte hat ja gezeigt, daß beide Parteien für sich die volkswirtschaftliche Rechtfertigung ihrer Forderungen in Anspruch nehmen, ohne daß eine dritte Instanz, etwa die Wissenschaft, Schiedsrichter sein kann, — daß übrigens auch kein einzelner Kontrahent durch sein Verhalten die gesamtwirtschaftlichen Daten im gemeinten Sinne beeinflussen kann, wenn sich die Großzahl der übrigen Kontrahenten anders verhält. Die *Abwälzung der gesamtwirtschaftlichen Verantwortlichkeit vom Staat auf Marktteilnehmer* ist ein aussichtsloses und sogar gefährliches Unterfangen. Man braucht nicht Vertreter einer Harmonielehre zu sein um festzustellen, daß nun einmal das marktwirtschaftliche System die Orientierung an *Marktdaten,* aber nicht an vermuteten oder individuell auszulegenden volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten oder Erwünschtheiten bedingt. Die Tendenz zur Identifizierung der jeweiligen privatwirtschaftlichen Interessen mit volkswirtschaftlichen Interessen wird dadurch verstärkt, und es wird

---

[19] D. T. *Jack,* Is a Wage Policy Desirable and Practicable? In: Economic Journal, 1957, Dec., S. 589: „The main responsibilities of these trade-union officers are towards their own members, and they are not likely to be deflected from the exercise of these responsibilities by the acceptance of new burdens in the shaping of national economic policies."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ja schon jetzt zum Beispiel der Durchbruch zu neuen Gestaltungen ganz regelmäßig auch bekämpft mit dem Argument, die Erhaltung des Bestehenden, so der Schutz des im Bestehenden investierten Kapitals vor Entwertung durch Neuerungen oder der Arbeitsplätze, sei ein evidentes *volks*wirtschaftliches Interesse. — Irrig ist im besonderen auch, eine *inflatorische Tendenz* den Arbeitnehmern, den Arbeitgebern oder gar den Verbrauchern zur Last zu legen: Inflationen sind Ergebnisse der allein von staatlichen Organen zu vertretenden Wirtschaftspolitik[20].

Will oder kann die Wirtschaftspolitik den Marktkräften des Wettbewerbs, der Preisbildung und der preisgesteuerten Anpassungs- und Umsetzungsvorgänge den nötigen Spielraum nicht sichern, so wird die wachsende Verlagerung der ökonomischen Initiative und Steuerung auf staatliche Organe kaum aufzuhalten sein. Wird das als systemwidrig nicht gewollt, so müssen Öffentlichkeit und Staat bereit sein, die Bedingungen der Stetigkeit und der sozialen Sicherungen mit den Funktionsbedingungen einer durch dezentralisierte private Entscheidungen gesteuerten wachsenden Wirtschaft in Einklang zu bringen. Ich wiederhole: auch auf die Konsequenz hin, daß Ungleichgewichte zur Krise führen können. Daß die Entscheidung über das bei solcher Wahl kleinere Übel ein Werturteil impliziert, ist richtig. Aber wird vom Postulat einer funktionsfähigen Marktwirtschaft ausgegangen, so können nicht im Sinne einer Stetigkeitsforderung Ungleichgewichtssituationen untermauert werden. Etwa der Versuch, die Lohnsetzung an den Staat zu ziehen, würde den Umschlag einer ökonomischen Spannungs- in eine politische Krisensituation zur Folge haben. Daß eine gewisse Lohnplanung — etwa nach dem Schweizer Muster — die Lage erleichtern könnte, soll dabei unbedingt zugegeben werden, es braucht nicht nur mit den beiden Grenzfällen vollkommen freier und vollkommen staatlicher Lohnbildung gearbeitet zu werden[21]. Das ge-

---

[20] Stanley *Dennison* (zit. n. D. *Robertson*, Economic Commentaries. London 1956, S. 171): „The prevention of inflation is not the duty of trade unions but of government. If government wishes to retain free collective bargaining, together with other free institutions, then it must create the conditions in which that system can fulfil its proper functions without a continuous threat to stability and social order." — Vgl. a. F. W. *Paish*, Inflation in the United Kingdom, 1948—1957. In: Economica, Bd. 25 (1958), Mai, S. 97: „Strictly speaking, a politically secure government can always take steps to remove excess demand and check an inflation, but it is conceivable that trade unions could make the process so expensive in terms of strikes, unemployment, and loss of output that all but the most courageous of governments might shrink from the attempt."

[21] J. *Tinbergen*, Economic Policy: Principles and Design, Amsterdam 1956, S. 84: „In the author's opinion the desire for ‚freedom' in wage negotiations is very close to an inconsistency. The real freedom of course is very small, since the choice of a wage rate deviating from the one required by ‚full' employment and monetary equilibrium will endanger one, or both,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hört mit in das Kapitel institutioneller Änderungen, die nicht etwa verhindert werden sollen, die aber bewußt den freiheitlichen und sozialen Normen zu unterwerfen sind.

VIII.

Kein Zweifel, daß eine solche *Wirtschaftspolitik* ebenso schwierig wie risikoreich ist, und daß im Ausweichen vor diesem Dilemma eine Tendenz zur Inflation immerhin erklärlich ist: als Ausdruck einer Überforderung der Wirtschaft und des Versuchs, diesen Sachverhalt eben nicht marktkonform durch Krise und Anpassung wirksam werden zu lassen. Es ist nur billig zuzugeben, daß die Ableitung von Normen des Sollens sehr viel leichter ist, als ihre praktische Durchsetzung, und der Verzicht auf die Behandlung solcher praktischer Fragen soll nicht heißen, daß sie nicht ihrer Bedeutung entsprechend gewürdigt werden.

Die Frage des *Geldwerts im Wachstum* darf ich trotz des Referates von Herrn *Irmler* kurz berühren, soweit es zur Ergänzung meiner prinzipiellen Ableitungen nötig ist. Ich halte eine inflatorische Tendenz nicht für wachstumsimmanent, schon nach den historischen Erfahrungen nicht, und wenn von amerikanischen Autoren empfohlen wird, sich mit einem leichten Inflationsklima abzufinden[22], so dürfte das wohl mehr resignierte Abwägung meta-ökonomischer Sachverhalte sein als ökonomische Rechtfertigung. Namentlich für das inflationserfahrene Deutschland wäre schwer einzusehen, warum es geldpolitisch leichter sein soll, die *Rate des Fallens* des Geldwertes konstant zu halten als den *Geldwert selbst*. Im übrigen kann Inflation nur wachstumsfördernd sein, solange sie nicht antizipiert wird, d. h. solange es Menschen gibt, die sich betrügen lassen, oder — zurückhaltender ausgedrückt — solange die Geldillusion nicht völlig beseitigt ist.

In Deutschland wird stabiler Geldwert primär nicht als ökonomische, sondern als *soziale* Setzung verstanden: der Anspruch auf Schutz gegen Geldentwertung ist anerkannt, und die operative Verwendung fallenden Geldwertes zur Wachstumsförderung daher ausgeschlossen. Gefragt wurde aber, ob das soziale und zugleich das ökonomische Interesse nicht noch besser zu wahren seien durch einen im Maß des Wachstums steigenden Geldwert bei unverändertem Niveau der Geld-

---

of these targets. And the assertion regarding totalitarianism seems to be exaggerated respecting countries in which trade unions have an important influence on the decisions taken by the government." — Vgl. a. a.a.O., S. 113.

[22] Dazu kritisch: Edwin G. *Nourse*, Ideal and Working Conditions of Full Employment. In: Americ. Econ. Review, Bd. 47 (1957), Nr. 2, S. 110 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einkommen, zumal sich dann das schwierige Unterfangen erübrigt, die unendlich gliederreiche Staffel der Geldeinkommen den unterschiedlichen Wachstumsgraden und Nachfrageelastizitäten anzupassen, weil die Früchte des Wachstums automatisch durch den Markt verteilt würden. Dem wird entgegengehalten die Wachstumshemmung fallender Preise namentlich durch die Zinsbildung und den erwarteten Investitionsertrag: fällt etwa das Preisniveau jährlich um 3 %, so bedeutet das einen realen Zins von etwa 3 % für Kassenhaltung, und der reale Darlehnszins müßte entsprechend höher sein. Aber mir scheint, daß wir uns ohnehin mit der psychologischen Haltung abzufinden haben, welche den subjektiven wirtschaftlichen Aufstieg durch steigendes Einkommen, nicht durch fallende Preise bestätigt zu sehen wünscht.

Die Setzung der Norm eines *stabilen Geldwertes* — und es ist entschieden eine Setzung, weil es eine „automatische" oder „neutrale" Geldwertbildung im Wachstum gar nicht geben kann — als Rahmenbedingung für das Wachstum ist mindestens für Deutschland richtig. Aber auch dieses Stetigkeitspostulat darf nicht so starr gefaßt werden, daß es die operative Bedeutung der Preisveränderungen lähmt, die nun einmal mit Wachstum verbunden sind. Es ist weder gewährleistet noch notwendig, daß ein bestimmter Preisindex als statistische Durchschnittsgröße einer Gruppe gewichteter Güter bei solchen Änderungen völlig unverändert bleibt. Erst bei anhaltender und kumulativer Bewegung liegt ein wirtschaftspolitisch zu beachtendes Signal vor, nicht bei einer kleinen Veränderung um einige Dezimalstellen des Index.

Die Bildung des Geldwerts im Wachstum ist ein Spezialfall der Kombinierung einer auf Stetigkeit zielenden *Konjunkturpolitik mit Wachstumspolitik*. Ich kann die Frage nur so kurz streifen, daß es fast besser wäre, sie unbehandelt zu lassen[23]. Daß eine solche Kombinierung möglich ist, ja daß die Konjunkturpolitik als Teil der Wachstumspolitik konzipiert sein muß, entspricht der Eingliederung der Konjunkturtheorie in die Theorie des Wachstums. Aus der Erwägung, daß das Wachstum mit ständigen Umsetzungsprozessen verbunden ist, und daher gewisse Schwankungsbreiten zuzulassen sind, gewinnt die Grundlegung der Konjunkturpolitik insofern an Klarheit, als sie vor der Ausrichtung auf einen stationären Zustand bewahrt werden kann. Kurzfristige Stetigkeit dürfte allerdings wirtschaftspolitisch den Vorrang haben vor dem langfristigen Wachstum, weil eine einseitige Wachstumspolitik eher die Stetigkeit gefährdet, als eine einseitige

[23] Aus der Literatur ist besonders hinzuweisen auf die Beiträge von Francois *Perroux*, J. R. *Hicks* u. a. in Douglas Hague (Ed.), Stability and Progress in the World Economy. The First Congress of the International Economic Association. London 1958.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Stetigkeitspolitik das Wachstum. Zudem ist diese Politik als Zielsetzung besser zu konkretisieren, die Wirkung der Mittel ist leichter übersehbar und rascher korrigierbar. Immerhin darf nicht verkannt werden, daß auch in dieser Sicht die Politik des Wachstums nicht notwendig identisch ist mit der der Konjunkturbeeinflussung, etwa in der Behandlung von Haushaltsüberschüssen, der Einflußnahme auf die Höhe der Investierungen und vieles mehr.

IX.

Stetigkeit und Wachstum als Ziele einer systemkonformen Wirtschaftspolitik sind demnach nicht dasselbe, sondern es handelt sich um die Bestimmung ihrer *Vereinbarkeit* miteinander. Aus der metaökonomischen Setzung einer freiheitlichen Ordnung der Wirtschaft folgt, daß primär die Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Automatik durch ausreichende Geschmeidigkeit Stetigkeit im Wachstum sichern soll. Damit ist auch der *Anteil des Staates* an der Wirtschaftssubstanz begrenzt[24], wie das Ausmaß und die Methoden seiner wirtschaftspolitischen Einflußnahme. Prinzipiell ist nicht das Unterlassen, sondern die Vornahme von Eingriffen zu begründen.

Wobei offenbar jene Eingriffe am besten gerechtferigt sind, die auf Förderung bzw. Wiederherstellung der marktwirtschaftlichen Funktionen zielen. Die sog. Wiederentdeckung der Geldpolitik z. B. als Abwendung von der Doktrin des jederzeit billigen Geldes gehört in diese Rubrik, wie weiter auch in der Finanzpolitik die Einschränkung der Lehre von der funktionellen oder kompensatorischen Ausrichtung zugunsten der immanenten Stabilitätsfaktoren und der Anerkennung des Deckungsprinzips mindestens als Grenze für *zusätzliche* Staatsausgaben. Daß automatische und quasi-automatische Einsätze auf Grund objektiver Daten nach festgelegten Regeln grundsätzlich den Vorzug verdienen vor diskretionären, ad hoc beschlossenen, scheint unstrittig zu sein[25]. Nur sollte man auch anerkennen, daß immer das Kriterium bleibt, wieweit sie *ausreichend* wirksam sind. Daß im Arsenal auch schärfere Mittel bereitgehalten werden, sollte keinen grundsätzlichen Einwendungen begegnen. Es scheint, daß besonders

---

[24] W. *Fellner*, Trends and Cycles etc., a.a.O., S. 363: „... if a significant deficiency of private investment relative to full-employment savings were to become chronic, and the deficiency were made up by budgetary deficits, then this would presumably result in thoroughgoing institutional change."

[25] F. K. *Mann*, Volkswirtschaftliche Analyse und Institutionalismus in der Finanzwissenschaft. In: Finanzarchiv, Bd. 17 (1957), Heft 3. — Ingeborg *Rieckenberg*, Wachstums- und konjunkturgerechte Finanzpolitik. In: Die Bedeutung der staatlichen Finanzpolitik für die Konjunkturstabilisierung. Beihefte der „Konjunkturpolitik". Zeitschrift f. angewandte Konjunkturforschung, Heft 2, Berlin 1957.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in Deutschland mit der prinzipiellen Verwerfung solcher Mittel eigentlich gemeint sei das Verwerfliche von *Situationen,* in denen sie angemessen sind, also z. B. einer solchen, die das deficit spending nahelegt. Daß solche Mittel die freiheitliche Wirtschaftsordnung gefährden, und der sog. Keynesianismus identisch sei mit Inflation und Planwirtschaft, habe ich nie einsehen können.

Eine marktkonforme Wirtschaftspolitik muß vor allem *einheitlich* sein, weil sie zur Beachtung der Interdependenzen zwingt und in ihrer Wirkung globaler ist als punktuelle und dirigistische, die oft sogar *gegen* die Marktkräfte operieren müssen. Gezielte Maßnahmen sind indessen nicht identisch mit dirigistischen und können hohe Bedeutung haben, wenn dadurch das Gesamtausmaß des Einsatzes kleiner gehalten werden kann.

Eine Verkennung der Interdependenz und zugleich des gemischten Charakters unserer Wirtschaftsordnung liegt in der Fiktion, *privater und öffentlicher Wirtschaftssektor* seien so wenig integriert, daß letzterer ganz oder teilweise nach eigenen Grundsätzen gestaltet und in seiner Wirkung auf den Marktsektor isoliert oder neutral gehalten werden könne. Hauptfall ist die öffentliche Finanzwirtschaft. — Damit verwandt ist die fiktive Autonomie von Teilbereichen der Wirtschaftspolitik, verstärkt durch die weitgehende Aufspaltung der Zuständigkeiten in Ministerien und Ämter, durch welche dann oft mit hoher Sachkunde praktische Regelungen getroffen werden, die in der vorher erwähnten Weise das erfolgverheißende Mittel ohne Berücksichtigung der Systemkonformität und der weiterlaufenden Interdependenzen aufgreifen. Die besonders wichtige Relation zwischen Geldpolitik und Finanzpolitik wird Herr *Schmölders* behandeln. Mit einer Erwägung sei die notwendige Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik noch unterstrichen: Wachstum und Stetigkeit sind keine *direkt* anzusteuernden Ziele, da sie ja durch Relationen und Interdependenzen von Größen bestimmt sind. Für die wirtschaftspolitische Praxis haben diese Begriffe die Bedeutung von Leit- und Kontrollprinzipien, eben weil sie die in der speziellen Politik leicht zu vernachlässigenden Zusammenhänge bewußt machen[26].

---

[26] J. *Tinbergen,* Economic Policy etc., a.a.O., S. 49: „There is ... a tendency to incoherent treatment. Measures regarding various instruments are taken separately, often at different moments and without much co-ordination. This tendency is to some extent based on the belief that there is a one-to-one correspondence between targets and instruments, that is, that each instrument has to serve one special target. Taxes and government expenditure are thought to be relevant to financial equilibrium, wage rates to employment, exchange rates to the balance of payments, and so on. The interdependence is neglected or underestimated." — Vgl. a. E. *Lundberg,* Business Cycles and Economic Policy. London 1957, S. 300 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

X.

In gebotener Kürze sollen die *Wohlfahrtskriterien* des Wachstums, im besonderen die Norm der *Verteilungsgerechtigkeit,* auf das Prinzipielle hin befragt werden. In weitgehender Übereinstimmung wird das Grundsatzproblem in Folgendem gesehen: da sich eine hohe Wachstumsrate als ergiebiger für die Hebung der materiellen und sozialen Lage erwiesen hat, als jede Umverteilung eines Sozialprodukts von gegebener Größe, bedarf es der Besinnung darauf, wieweit die Erfüllung sozialer Forderungen *auf Kosten* der Wachstumsrate zu geschehen hat. Die Problemlage entspricht also der der Verbindung von Stetigkeit und Wachstum insofern, als diese Komponenten sich nicht widersprechen *müssen* und gemeinsam das Wachstum sogar fördern *können,* andererseits aber auch Wachstumsstörungen möglich sind. Daß die sozialen Forderungen sich zunehmend auffächern, so daß das ältere Problem der Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Besitz überlagert wird durch eine Fülle anderer, wie soziale Sicherheit, sozialer Status, Mitbestimmung, Vermögensbeteiligung an Unternehmungen und so weiter, daß zugleich die Intensität wächst, mit der solche Ansprüche geltend gemacht werden, läßt auch den Wachstumseffekt schwerer durchschaubar werden.

Mit gebotener Zurückhaltung, auch mit dem Gefühl persönlicher Unzuständigkeit, darf ich auf folgende *Spannung* hinweisen: auf der einen Seite wird weitgestreute Vermögensbildung in privater Hand gefordert, auf der anderen soll aber die Eigenständigkeit und Selbstverantwortung, die durch Entproletarisierung und Rückhalt an Eigentum gestärkt werden soll, nicht nur ergänzt, sondern doch ersetzt werden durch das ganz andere Prinzip der globalen Sicherung aller in der Linie des Wohlfahrtsstaates. Daß solche Entscheidungen für Art, Grad und Form des Wirtschaftswachstums, namentlich für sein Getragensein von kollektiven und staatlichen Organen, von höchster Bedeutung sind, bedarf keines Beweises. Ich hebe wenige Punkte hervor:

Einmal, daß die *Verteilungsvorgänge* unabweislich wachstumsoperativ sind, und zwar sowohl für die Rate wie für die Stetigkeit. Und dies nicht nur im begrenzenden Sinne. Vielmehr kann wachsende Produktivität langfristig nur durch nachrückende Verbrauchernachfrage ermöglicht werden, und die ökonomischen und sozialen Ausgleichsvorgänge brauchen nicht wachstumshemmend zu sein. Zwar ist das Ausmaß der Erfüllbarkeit sozialer Forderungen wachstumsbedingt, aber anhaltend steigender Lebensstandard ist auch Bedingung für das Wachstum.

Zum Zweiten soll noch einmal erwähnt werden, daß die sozialen Komponenten ein *Teil der Wirtschaftsordnung* sind, und daß die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Grundlagen dieser Ordnung verletzt werden, wenn die Wirtschaftsmacht einseitig beim Staat oder bei Unternehmungen konzentriert wird, daß daher auch Grenzen für die anteilige Vermögensbildung beim Staat und den Unternehmungen gesetzt sind, die nicht ohne Schaden überschritten werden können.

Zum Dritten ist der Einfluß der sozialen Maßnahmen auf die *Leistungsimpulse* ein ebenso schwieriges wie wichtiges Problem, in das zusätzlich auch der Einfluß der Wirtschaftspolitik überhaupt auf die private Wirtschaftsaktivität einzubeziehen ist[27]. Daß hier die Dinge teilweise falsch laufen, zeigt etwa die Wohnungswirtschaft, in die der Staat zunehmend eintritt mit dem Hinweis auf die nicht ausreichende private Aktivität, deren Fehlen aber durch die Wirtschaftspolitik mindestens mitverursacht ist. Einen Hauptfall der Beeinflussung der Leistungsimpulse, nämlich durch die Besteuerung, wird Herr *Bickel* in seinem Referat behandeln.

Den Hinweis darauf, daß das Wachstum in unserer Ordnung nicht bei stagnierendem privaten Sektor durch entsprechende Ausweitung des öffentlichen Sektors getragen werden sollte, darf man nicht dahin mißverstehen, daß damit die im Wachstum nötige proportionale *Ausweitung der von staatlichen und öffentlichen Instanzen gebotenen Leistungen* bezweifelt wäre. Man könnte sogar voraussagen, daß es eine akute Frage werden wird, ob nicht der Grenznutzen der letzten privat ausgegebenen Mark wesentlich geringer zu werden droht als der letzten öffentlich verausgabten. Während wir nämlich reicher werden an Autos, Kühlschränken, Waschmaschinen und Fernsehern, und deren Grenznutzen fällt, werden immer knapper reines Wasser, freie und unberührte Landschaft, leistungsfähige Straßen. Und es darf wohl auch an dieser Stelle an eine spezielle öffentliche Leistung erinnert werden, bei deren Verstärkung ein sehr hoher Grenznutzen zu realisieren wäre, nämlich Ausgaben für *Schulung, Forschung und Wissenschaft*. Ich will nur den Teilaspekt der Wachstumsbedeutung hervorheben. Die zentrale Bedeutung der Investitionsrate für das Wachstum ist anerkannt, ebenso aber auch die Tatsache, daß Produktivitätszunahme nicht langfristig durch ein einfaches Mehr an Kapitalgütern erreicht werden kann, sondern durch qualitative Verbesserungen, und zwar einfach, um das Gesetz des abnehmenden Grenzertrags des Kapitals nicht wirksam werden zu lassen. Demnach sind technische

---

[27] Als „essential business functions", die durch Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht gelähmt werden dürfen, bezeichnet John Maurice *Clark* (Economic Institutions and Human Welfare. New 1957, S. 111): „... opportunity and incentive to produce, to produce the things people are most ready to pay for, to produce efficiently, to pioneer improvements and new products, to employ labor and capital and to move them where they can be most productive by market standards."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und organisatorische Neuerungen für das Wachstum geradezu entscheidend, und diese wieder fußen auf wissenschaftlichen Grundlagen. Daß unsere immer komplizierter werdenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse außerdem der weitesten Erfassung und höchsten Ausbildung des absolut knappsten Faktors bedürfen, nämlich der menschlichen Begabungen, versteht sich von selbst. Können wir also unseren Forderungen nach wesentlich höheren Aufwendungen für Schulen, Hochschulen und Wissenschaft nicht anders zur Anerkennung verhelfen, so sollten wir Wirtschaftswissenschaftler es mit dem handfesten Argument versuchen, daß es keine produktivitätswirksameren Ausgaben mit höherer Rendite gibt als eben diese.

XI.

Einige abschließende und abrundende Bemerkungen. Ich habe die freiheitliche Wirtschaftsordnung als Rahmenbedingung des Wirtschaftswachstums bezeichnet, weil die Entscheidung für eine solche Ordnung meta-ökonomisch ist: sie wird nicht wegen ihrer angenommenen größeren ökonomischen Leistungsfähigkeit — etwa im Vergleich zur sowjetischen Wirtschaftsform — gefordert, sondern weil sie und soweit sie die größere Chance zu bieten scheint, auch die Ordnung des gesellschaftlichen Wirtschaftens nach den für uns letztgültigen Normen zu vollziehen: der Freiheit, der Entwicklung der Persönlichkeit, der demokratischen Grundform des Gesellschaftslebens, der sozialen Bindung. Das aber bedingt eine klare, namentlich wirtschaftspolitisch zur Geltung zu bringende Einsicht: man *muß wissen, was man tut,* wenn man die einer solchen Ordnung zugehörigen Instrumente außer Kraft setzt. Und man wird einsehen müssen, daß wir nicht beides haben können: die Beseitigung der individuellen wirtschaftlichen Handlungs- und Entscheidungsfreiheit und des Wettbewerbs, weil sie Momente der Unberechenbarkeit sind, die rein technisch so störend sein mögen, wie es in einer Apparatur ein technisch nicht voll berechenbarer Teil wäre, — und doch zugleich die Chance, daß der Mensch auch im Bereich des Wirtschaftens seine Persönlichkeit durch individuelle Leistung entfalten kann und nicht anonymes und auswechselbares Teilchen sei. Daher habe ich mich schon an anderer Stelle meines Referats gegen die Tendenz gewendet, sich einer angenommenen Sachlogik widerspruchslos zu fügen. Dadurch nämlich werden jene sogenannten geschichtlichen Entwicklungsgesetze wirksam, die sich scheinbar jenseits der Entscheidungen und Verantwortungen der Menschen durchsetzen, und es doch nur deswegen tun können, weil sich der Mensch ihnen fügt, weil er *glaubt,* solchen ehernen Gesetzen gegenüberzustehen, während er sie durch sein resignierendes Nichthandeln doch erst wirksam macht. Wenn Sie das als Bekenntnis gegen den Historis-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mus und für die Möglichkeit einer Soziotechnik bezeichnen wollen in dem Sinne, daß die Kenntnis der Tatsachen und Zusammenhänge, einschließlich der psychologischen, uns befähigt, ein Urteil über die Konstruktion oder die Änderung unserer Institutionen so zu gewinnen, daß die von uns gewollten Ziele und Werte im Rahmen des Möglichen angenähert werden, so werde ich nicht widersprechen. Ich glaube nicht, daß wir uns der Mitverantwortung für das, was in unserer Zeit geschieht und dadurch die Zukunft mitbestimmt, entziehen können durch die Berufung auf geschichtliche Entwicklungsgesetze und ähnliche metaphysische Aussagen. Und ich meine in der Tat, daß damit auch die Ernsthaftigkeit unseres Bekenntnisses zu den Werten des Abendlandes steht und fällt.

Damit wird dann die Frage der *Bewährung* unserer Ordnung im wirtschaftlichen Wachstum zu einer Frage unserer *Einsicht* und unserer *Aktivität*. Und die Einsicht scheint mir die zu sein, es hänge davon ab, ob die marktwirtschaftliche Apparatur mindestens in so ausreichendem Maße auf Wachstum und auf Stetigkeit im Wachstum tendiert, daß der Staat mit korrigierenden und ausgleichenden Maßnahmen auskommt und nicht die Wirtschaft in die eigene Hand nehmen muß.

Diese Frage kann meines Erachtens nur bejaht werden, wenn einmal die *psychologische Basis* eines solchen Wirtschaftens noch vorhanden ist, namentlich also der Wettbewerb nicht den Schutzbedürfnissen erliegt. Vielleicht müssen wir *wissenschaftlich* in unserem Systemdenken eine gewisse Akzentverlegung vollziehen. Das Prinzip der Marktwirtschaft ist weniger, den einzelnen so im Netz der Preisbildungen und des Wettbewerbs gefangen zu halten, daß er dadurch zwar richtig geführt wird, aber auch im Grunde keinerlei Aktivität zu entfalten hat, so daß dann auch einer Ordnung solchen Wettbewerbs nicht weiter zu widersprechen wäre. Aber eher ist doch das Prinzip der Marktwirtschaft, Aktivität möglich zu machen, ja für die Auslösung von Entwicklungsimpulsen geradezu zu fordern, und ihre virtuelle Überlegenheit liegt in der Art, wie sie solche Anstöße aufnimmt, ausbreitet und integriert. In solchem Blick wird deutlicher, daß starr gefaßte Stetigkeits- und Schutzforderungen mit Lahmlegung des Wettbewerbs den Grundbedingungen einer Marktwirtschaft im Wachstum widersprechen können.

Noch einmal möchte ich betonen, daß die sehr wache und energische Erhebung *sozialer Ansprüche* an das Wachstum kein zwar hinzunehmendes, aber im Grunde doch bedauerliches Faktum ist, etwa nach dem klassischen Argument der dadurch verringerten Akkumulationsrate. Wir sollten auch als Wissenschaftler bestätigen, daß die sozialen Komponenten in unsere Wirtschaftsordnung hineingenommen sind.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nicht nur, weil es ein Schritt ist zur Auffassung der Wirtschaft als einer Veranstaltung im Dienste menschlicher Zwecke und Werte, als einer humanen Angelegenheit, und nicht eines jenseits des Menschenbereichs sich autonom vollziehenden und eigenen Gesetzen folgenden Ablaufs. Sondern ich meine, das entspricht durchaus dem Stand der Wirtschaftswissenschaft, speziell auch der theoretischen Durchdringung der Wachstumsvorgänge. Ich selbst habe namentlich in Gesprächen mit Studierenden aus der Sowjetzone die deutliche Einsicht gewonnen, daß mindestens dieser, ich glaube aber überhaupt ein großer Teil unserer Jugend, die Bewährung unserer Wirtschaft nicht allein am Stand der Versorgung mit Autos und Waschmaschinen bemißt, sondern sehr viel energischer als wir vermuten von der Wirtschaft einer freien Welt neben technischer Leistungsfähigkeit auch Übereinstimmung mit den Normen der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit, der Sinnhaftigkeit fordert. Ich habe dabei besonders gelernt, daß eine Planwirtschaft — abgesehen von allen sonstigen Maßstäben des Urteils — *eines* für sich zu haben scheint: sie macht die Abhängigkeit der Befriedigung sozialer Forderungen vom erreichten Stand der Produktivität durchsichtiger und überzeugender als das komplizierte, in seinen Zusammenhängen schwer durchschaubare Gefüge einer Marktwirtschaft. Daher, und deshalb erwähne ich es, liegt zweifellos die Gefahr vor, die Marktwirtschaft sozial und wirtschaftspolitisch zu überfordern mit der Folge des geschilderten inflatorischen Drucks, weil die marktwirtschaftliche Reaktion des Abflauens der Beschäftigung und der Preissenkung gescheut wird. Das mag noch einmal die schwierige Lage kennzeichnen, zu deren Meisterung eine hohe Kunst und notfalls eine starke Entschlossenheit der Wirtschaftspolitik gehört, — und vielleicht ist die Stärke unserer Ordnung nicht besser zu bemessen als daran, ob solche Konsequenzen ertragen werden können.

Aber ich will nicht wiederholen, was ich dazu schon im Zusammenhang zu bemerken hatte. Wenn mich die für ein kurzes Referat zur Verfügung stehende Zeit zwang, aus dem unendlich vielschichtigen Problem vielleicht überscharf das herauszustellen, was ich als das Grundsätzliche und Prinzipielle zu erkennen glaube, so will ich diesen Zwang nicht nur negativ beurteilen. Und zwar deshalb, weil man in der Tat der Auffassung sein kann, daß gerade das Übersehen und Nichtbeachten des Prinzipiellen, welches allem einzelnen zugrundeliegt, daß die Neigung eines sehr zweckhaft auf das Konkrete gerichteten Denkens für die Gestaltung unseres Wirtschaftens wie für die Wahrung und Sicherung unserer Grundwerte zu einer Gefahr zu werden droht. Auch für uns Wirtschaftswissenschaftler, die wir ja auch alle unter dem Zwang zur Spezialisierung stehen und selbst die Grundlagenforschung, auf der wir doch alle aufzubauen haben, den Spezialisten überlassen müssen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Erster Tag, Nachmittag
Mittwoch, 8. Oktober 1958

Vorsitz: Prof. Dr. Fritz *Neumark* (Frankfurt a. M.):

Vorsitzender Prof. Dr. Fritz *Neumark* (Frankfurt a. M.):

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen als Übergang von dem, was wir heute morgen gehört haben, zu dem, was wir heute nachmittag und an den nächsten Tagen an Problemen diskutieren werden, einige Bemerkungen vortragen.

Scheinbar besteht heute eine weitgehende, wo nicht völlige Übereinstimmung hinsichtlich des letzten oder doch des hauptsächlichsten Ziels aller Wirtschaftspolitik: eben das stetige Wachstum, das im Mittelpunkt unserer Diskussion in diesem Jahr steht. Aber wir haben ja schon von Herrn Kollegen *Hoffmann* heute morgen gehört, daß der Begriff des stetigen Wachstums theoretisch keineswegs hundertprozentig exakt zu bestimmen ist, und ferner, daß ein wie immer aufgefaßtes stetiges Wachstum auf verschiedene Art und Weise sich realisieren läßt. Je nach den gewählten Wegen werden dann tiefgreifende Einflüsse — unter Umständen jedenfalls — auf die Wirtschaftsordnung stattfinden. Es war namentlich Herr Kollege *Paulsen,* der heute morgen in seinem Einleitungsreferat auf diese Beziehungen hingewiesen hat.

Es kommt aber noch etwas anderes hinzu, die Tatsache nämlich, daß die Wirtschaftspolitik, auch wenn sie Stetigkeit des Wachstums als oberstes Ziel auf ihre Fahnen schreibt, keineswegs nur dieses einzige Ziel zu verfolgen hat. So besteht immer die Möglichkeit eines Konflikts der Zielsetzungen, von dem Konflikt der Mittel einmal ganz abgesehen. Daher wird sich, wie meistens im Falle der realen Wirtschaftspolitik, sehr häufig das ergeben, was man als Kompromiß — wenn Sie wollen: zu brandmarken — sich gewöhnt hat. Herr Kollege *Jöhr,* der heute morgen zu Ihnen gesprochen hat, hat sich kürzlich mit dem in der Literatur so stiefmütterlich behandelten Problem des Kompromisses auseinandergesetzt. Ich darf vielleicht beifügen, daß gerade in Deutschland die Ansicht besteht, „Kompromiß" sei gleich „schlechter Kompromiß" zu setzen. Das muß aber nicht so sein, nicht im politischen und auch nicht im wirtschaftspolitischen Sinne. Möglichkeiten zu einem schlechten Kompromiß sind freilich gerade auf dem Gebiet einer am Wachstum orientierten Politik immer gegeben, und der schlechte Kompromiß besteht sehr häufig darin, daß man um kurzfristiger Erfolge willen langfristige Mißerfolge unterschätzt, oder

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Lösungen, die nur kurzfristigen Erfolg versprechen können, etwas weniger populären, aber langfristig rationelleren vorzieht.

Daß und warum im allgemeinen Wachstum erwünscht ist, haben wir heute morgen gehört, und darauf werden die Vorträge der einzelnen Referenten noch zu sprechen kommen. Ich möchte nur noch einmal daran erinnern, daß Herr *Hoffmann* schon hervorgehoben hat, daß sowohl bezüglich des Maßes als auch bezüglich der Stetigkeit der Wachstumsentwicklung häufig normative Vorstellungen vorherrschen, die ich immer als etwas Gefährliches ansehe. Bedenken Sie doch, wieviele Dinge schon im Zuge einer vielhundertjährigen Wirtschaftsgeschichte und Dogmengeschichte als „normal" oder „natürlich" bezeichnet worden sind! Zwei Jahrhunderte hindurch oder mehr hat man das Verhältnis 1 : 15 von Gold und Silber als „natürlich", „gottgewollt" bezeichnet. Ich will gar nicht von der „göttlichen Ordnung" des Geschlechtsverhältnisses der Geborenen von Süssmilch sprechen, sondern nur an den Grundbegriff der Physiokraten vom „ordre naturel" erinnern.

Warum diese Bemerkungen? Deswegen, um Sie daran zu erinnern, daß die in der Literatur verschiedentlich postulierte „Normalität" einer drei- oder dreieinhalbprozentigen Wachstumsrate höchst problematisch ist. Aber angenommen, es gäbe so etwas wie eine „normale" Wachstumsrate, so muß man immer noch fragen, ob „Stetigkeit" des Wachstums gegeben ist, wenn die *durchschnittliche* Wachstumsrate über einen längeren Zeitraum, z. B. von sieben Jahren — um an die magische Zahl von sieben Jahren anzuknüpfen, die in der Theorie so viel Unfug gestiftet hat — 3 % beträgt. Wie groß dürfen in diesem Falle die Schwankungen der Jahresraten sein, um noch von relativer Stetigkeit sprechen zu können? Nehmen wir an, es bestehe in dem einen Fall eine Variation zwischen plus 6 % und plus 1 % derart, daß sich ein Durchschnitt von 3 % ergibt, und in dem anderen Fall eine Variation zwischen plus 8 % und minus 5 %. In dem zweiten Fall würden wir sicher nicht von Stetigkeit sprechen. Aber wie verhält es sich in dem ersten Beispiel oder einer Situation, die eine Zwischenstellung einnimmt? Es kann sein, daß wir uns augenblicklich in einer solchen Situation befinden. Derartige Situationen werden sicherlich im Referat von Herrn Professor *Bombach* diskutiert werden.

Weitere Schwierigkeiten bestehen in der auch im Referat von Herrn Kollegen *Paulsen* schon angedeuteten Problematik, die sich in der Alternative (technisch oder ökonomisch) *größtmögliches* Wachstum auf der einen Seite (unter sozialen Gesichtspunkten) *optimales* Wachstum auf der anderen Seite manifestiert. Nicht zuletzt ergeben sich Schwierigkeiten auch aus der Problematik, die aus der Unterschiedlichkeit der Bewertung zweier Ziele wie Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität folgt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Eines wird aber doch wohl als übereinstimmende Ansicht der Wissenschaft gelten können — auch sie ist schon von Herrn *Hoffmann* und von Herrn *Paulsen* angedeutet worden —: die Ansicht nämlich, daß einerseits die reine Marktwirtschaft nicht immer aus sich selbst heraus eine Stetigkeit des Wirtschaftswachstums verbürgt, und andererseits die infolgedessen prinzipiell notwendigen Staatseingriffe sich innerhalb bestimmter Grenzen halten müssen und bestimmte Maßnahmen nicht ergriffen werden dürfen, wenn anders man die Grundinstitutionen der Marktwirtschaftsordnung nicht gefährden will.

Nun darf man ganz sicher aus der Tatsache, daß wir einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung anhängen, nicht die Konsequenz ziehen, daß jeder Staatseingriff planwirtschaftlicher Natur ist. Wir können sehr wohl zwischen planwirtschaftlich-dirigistischen und interventionistischen Maßnahmen unterscheiden, und wenn wir heute damit beginnen, in unseren Spezialdiskussionen namentlich die währungs- und fiskal- oder finanzpolitischen Maßnahmen zu diskutieren, die im Interesse eines möglichst stetigen Wirtschaftswachstums ergriffen werden, so steht dabei unausgesprochen im Hintergrund das Postulat, daß diese Eingriffe sich so vollziehen müssen, daß die Grundfesten unserer Wirtschaftsordnung nicht nur nicht erschüttert, sondern im Gegenteil nach Möglichkeit gefestigt werden. Über die verschiedenen Modalitäten werden Sie in den folgenden Referaten Näheres hören, und mir scheint, daß diese Modalitäten eben um deswillen immer wieder diskutiert werden müssen, weil auch bei grundsätzlicher Übereinstimmung hinsichtlich der letzten Ziele oder auch der mittleren Ziele die konkreten Anwendungsschwierigkeiten nicht übersehen werden dürfen.

Man hat bekanntlich der deutschen Wirtschaftswissenschaft und namentlich auch der Finanzwissenschaft vorgeworfen, sie habe sich in der Vergangenheit zu stark vom Historismus beeinflussen lassen. An diesem Vorwurf ist sehr viel Richtiges. Auf der anderen Seite hat die unglücklicherweise so genannte „Fiscal Policy" der angelsächsischen Staaten vielfach nach der anderen Seite gesündigt. Auch das klang heute morgen schon hier an. Daß gerade in Amerika sich neuerdings die Stimmen mehren, die sich zugunsten eines rationellen Kompromisses, besser: einer vernünftigen Synthese aussprechen, gibt mir die Hoffnung, daß es gerade diese synthetische Betrachtungsweise ist, die auch hier vertreten werden und sich auch in den Diskussionen zeigen wird.

Wie dem auch sei, jedenfalls ist in allen Ländern noch sehr viel ökonomische, wirtschaftswissenschaftliche Aufklärung und Diskussion notwendig. Ich gebe Ihnen ein Beispiel dafür, wie selbst in den USA die Dinge noch im Argen liegen, obwohl, wie mir scheint, in bezug

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auf „economic education“ in manchen anderen Ländern etwas mehr geleistet worden ist als bei uns: In den „Hearings“, die Ende Mai dieses Jahres vor dem „Subcommittee on Fiscal Policy“ des „Joint Economic Committee“ des Amerikanischen Parlamentes abgehalten wurden, äußerte sich ein amerikanischer Finanzwissenschaftler — *Musgrave* — folgendermaßen:

„One wonders, how depression-proof the economy has really become, and how well the lesson of past experience has been learned.“

Nun könnten Sie sagen, daß man zwar in den Vereinigten Staaten in dieser augenblicklichen Rezessionssituation Veranlassung habe, sich Gedanken über den Grad der „*Depressions*sicherheit“ zu machen, daß das aber für die deutsche Situation nicht zutreffe. Wir wollen zwar hoffen, es wird niemals zutreffen, wenn ich auch nicht allzu optimistisch in dieser Hinsicht bin. Auf jeden Fall scheint mir aber eine Ergänzung im Hinblick auf Deutschland notwendig zu sein, und sie wird gerade auch bei uns in den Referaten und Diskussionen zum Ausdruck kommen, die Ergänzung nämlich, daß wir etwas skeptisch sein müssen bezüglich der Frage, „how *inflation*-proof the economy really has become“.

Ich darf Ihnen nun noch zwei Beispiele für die Notwendigkeit der öffentlichen Diskussion und der wirtschaftswissenschaftlichen Erziehung und Aufklärung der Öffentlichkeit aufzeigen.

Bekanntlich wurden beim Ergreifen gewisser kreditpolitischer Maßnahmen, die dazu bestimmt waren, einen Inflationsdruck zu verringern, diese Maßnahmen, die man allenfalls dem heilenden Messer des Chirurgen vergleichen konnte, dem tötenden Messer der Guillotine gleichgesetzt. Hier lag ein offenkundiger Irrtum in der Beurteilung vor.

Man kann sich auch der Selbsttäuschung hingeben. Sie erinnern sich, daß es einen fälschlich so genannten Juliusturm gab — fälschlich schon deswegen, weil sein Erbauer Fritz hieß und sein terminologischer Wiederentdecker — ich bedaure, daß er nicht unter uns weilt — ebenfalls (Heiterkeit). Es ist sicher, daß der Errichter dieses Juliusturms nicht die leiseste Absicht hatte, Konjunkturpolitik zu betreiben; aber er mußte dann eines Tages, vielleicht nicht ganz unbeeinflußt durch seinen konjunkturwissenschaftlichen Beirat, erkennen, daß er unwissentlich und unwillentlich praktisch Konjunkturpolitik getrieben hatte. Das erinnert an jenen M. Jourdain in *Molières* „Le bourgeois gentilhomme“, der eines Tages zu seinem Erstaunen durch seinen „Maître de philosophie“ darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er seit mehr als 40 Jahren stets Prosa gesprochen habe.

Derartige Irrtümer deuten darauf hin, daß es wirklich notwendig ist, unter möglichst breiter Beteiligung der Öffentlichkeit die brennenden Fragen der Wirtschaftspolitik in grundsätzlicher Weise, aber

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gleichzeitig auch so zu diskutieren, daß man die praktischen Anwendungsschwierigkeiten nicht übersieht.

Sie werden heute als ersten Vortrag, der sich mit Sonderproblemen befaßt, den Vortrag von Herrn Kollegen *Bickel* hören, einen Vortrag, der sich mit den finanzpolitischen Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums befaßt.

Finanzpolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums

Von Professor Dr. Wilhelm Bickel, Zürich

I.

1. Herr Kollege *Paulsen* hat in seinem einleitenden Referate die Sicherung eines ausreichend nachhaltigen und stetigen Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Erfüllung bestimmter sozialer Postulate mit Recht als die „echte Bewährungsprobe" unserer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bezeichnet und die Grundprobleme einer hierauf gerichteten Wirtschaftspolitik dargelegt. Mir obliegt es nunmehr, die besondere Rolle und die Aufgaben der staatlichen Finanzpolitik im Rahmen einer solchen Wachstumspolitik aufzuzeigen. Gestatten Sie mir, daß ich als Ausländer dabei nicht so sehr auf die spezifisch deutschen Verhältnisse eintrete, sondern meinen Gegenstand in allgemeinerer Weise beleuchte.

II.

2. Wenn wir uns diesem Aspekte des Themas unserer diesjährigen Tagung zuwenden, so müssen wir uns als erstes die grundsätzliche Frage vorlegen, ob denn die staatliche Finanzpolitik überhaupt dazu berufen und dafür geeignet sei, eine wesentliche, aktive Rolle bei der Sicherung und Verstetigung des volkswirtschaftlichen Wachstumsprozesses zu spielen, oder ob sie sich nicht rein passiv darauf beschränken könne und darauf beschränken müsse, das natürliche Wachstum der Wirtschaft möglichst wenig zu stören. Könnte ich die letztere Auffassung teilen, so wäre ich mit meinem Vortrag bald zu Ende. Aber wie immer man sich zur Angemessenheit einer passiven, volkswirtschaftlich „neutralen" Finanzpolitik im 19. Jahrhundert stellen mag, scheint mir eine derartige Haltung in unseren Tagen jedenfalls nicht mehr möglich. Es ist heute wohl ziemlich allgemein anerkannt, daß der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung im 19. Jahrhundert keine rein quantitative Erscheinung war, sondern daß sich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

damit auch die technologischen Grundlagen des volkswirtschaftlichen Prozesses und die gesamten sozio-ökonomischen Verhältnisse grundlegend geändert haben. Die Ereignisse der dreißiger Jahre haben gezeigt, daß der Wirtschaftsprozeß in unserem Zeitalter des Spätkapitalismus viel von seiner früheren Elastizität eingebüßt hat und daß der Marktmechanismus *allein* eine rasche Überwindung endogener und exogener Störungen des Wirtschaftsablaufes nicht mehr unter allen Umständen gewährleistet. Der Glaube an die Selbstheilungskraft der Wirtschaft ist seither allgemein erschüttert. Dem Staat wird heute auch von denen, die eine grundsätzlich freie Wirtschaftsordnung bewahren wollen — und zwar gerade *weil* sie sie bewahren wollen —, die Funktion zugeschrieben, zum Zwecke der Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus und Volkseinkommens, der Stabilisierung des Geldwertes und der Vermeidung von Depressionen, kurz: zur Sicherung eines stetigen Wirtschaftsablaufes, regulierend in diesen einzugreifen.

3. Erkennt man die Prämisse der Notwendigkeit bestimmter staatlicher Maßnahmen zur Erreichung des genannten Zieles an, so bietet sich meines Erachtens die Finanzpolitik als eines der hierfür am besten geeigneten Instrumente dar. Um mögliche Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich betonen, daß auch eine zielgerechte Finanzpolitik allein noch nicht genügt, um das Ziel der Sicherung stetigen Wirtschaftswachstums zu erreichen. Vielmehr muß die Finanzpolitik in den Rahmen einer auf das gleiche Ziel gerichteten allgemeinen Wachstumspolitik eingespannt sein und muß sie vor allem stets mit einer entsprechenden Geld- und Kreditpolitik koordiniert werden — eine Aufgabe, die manche Probleme stellt. Da aber die Geldpolitik den Inhalt eines besonderen Vortrages bilden wird, brauche ich sie und ihr Zusammenspiel mit der Finanzpolitik im folgenden nicht weiter zu betrachten und kann mich auf diesen Hinweis beschränken. Was die *Finanzpolitik* als Instrument zur Sicherung eines stetigen Wirtschaftswachstums anlangt, so sei noch festgehalten, daß finanzpolitische Maßnahmen zwar kräftigere Eingriffe des Staates in das volkswirtschaftliche Geschehen bedeuten als geldpolitische (die ich nun doch noch einmal anvisieren muß), da sich der Staat durch seine Einnahmen- und Ausgabenpolitik direkt in den volkswirtschaftlichen Kreislauf einschaltet und die Nachfrage mengenmäßig wie strukturell beeinflußt, während geldpolitische Maßnahmen den Primat privatwirtschaftlicher Planung wahren und lediglich die verfügbare Geldmenge variieren. Doch scheint mir auch eine wachstumspolitisch orientierte Finanzpolitik im Gegensatz zu direkten Investitions-, Verbrauchs-, Preis- und Lohnkontrollen mit den tragenden Grundsätzen einer freiheitlichen, auf freier Unternehmerinitiative beruhenden

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wirtschaftsordnung durchaus im Einklang zu stehen. Ich möchte diesen Punkt unterstreichen, weil auch heute noch die Auffassung nicht ausgestorben ist, es handele sich bei der Anwendung finanzpolitischer Mittel für wirtschaftspolitische Ziele eo ipso um Planwirtschaft oder Sozialismus.

4. Mit der Feststellung, daß eine wirtschaftspolitische und speziell wachstumspolitische Ausrichtung der Finanzpolitik den Grundsätzen einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung nicht widerspricht, ist freilich noch nichts Positives über die Anwendungsmöglichkeiten und die Wirksamkeit finanzpolitischer Maßnahmen zur Sicherung eines stetigen Wirtschaftswachstums gesagt. Vielmehr scheinen mir diese Maßnahmen (davon abgesehen, daß man sie anwenden *will),* an zwei grundsätzliche Voraussetzungen gebunden.

5. Die erste dieser Voraussetzungen ist ein bestimmtes absolutes und relatives Volumen sowie eine flexible Struktur der öffentlichen Finanzwirtschaft, eine beträchtliche Variationsbreite der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen. Diese Voraussetzung, die ich kaum zu begründen brauche, ist heute in den wirtschaftlich hochentwickelten Industriestaaten des westeuropäisch-nordamerikanischen Kulturkreises allgemein gegeben. Während in Deutschland, England, Frankreich, den Vereinigten Staaten die öffentlichen Körperschaften um die Jahrhundertwende erst über etwa 10 % des Nettosozialprodukts verfügten, geht heute in diesen Ländern rund ein Drittel des Nettosozialprodukts durch die öffentlichen Kassen, wobei dieser Anteil zeitweilig sogar noch wesentlich höher lag. Parallel mit der hierin zutage tretenden Ausweitung der öffentlichen Tätigkeit ging eine wesentliche Strukturänderung der öffentlichen Ausgaben, unter denen die verhältnismäßig starren laufenden Realausgaben zugunsten der variationsfähigeren Transferausgaben und Investitionen relativ an Gewicht verloren. Es muß jedoch betont werden, daß die heutige Höhe der Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Körperschaften diesen die Beeinflussung des Wirtschaftsablaufes *nicht nur ermöglicht, sondern* daß starke Rückwirkungen des staatlichen Finanzgebarens auf die gesamte Volkswirtschaft *unvermeidlich* sind. Die klassische Vorstellung, daß sich die öffentlichen Haushalte und ihr Verhalten aus der Volkswirtschaft ausklammern ließen, war schon im 19. Jahrhundert kaum berechtigt und ist heute völlig unhaltbar. Es ist beispielsweise eine Illusion, zu glauben, daß die strikte Innehaltung der traditionellen „goldenen Regel" des jährlichen Budgetgleichgewichts konjunkturpolitisch stets „neutral" sei; vielmehr wird sich ein ausgeglichenes Budget je nach der augenblicklichen Konjunkturlage sehr verschieden auswirken. Durch die Zunahme der staatlichen Tätigkeit hat die Finanzverwaltung in der modernen Wirtschaft volens nolens eine Schlüsselstellung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

erhalten und kann sich den damit verbundenen Konsequenzen gar nicht entziehen, ohne schweren volkswirtschaftlichen Schaden anzurichten.

Man wird hier die naheliegende Frage aufwerfen, ob denn auch in Zukunft mit einem derart großen Umfang der öffentlichen Tätigkeit und einem dementsprechend hohen Anteil der öffentlichen Hand am gesamten Volkseinkommen zu rechnen sei, wie dies heute der Fall ist. Die Antwort hierauf kann wohl nur aus einer bestimmten geschichtsphilosophischen, also weltanschaulich bedingten Auffassung heraus gegeben werden und läßt sich daher weder beweisen noch widerlegen. Bekanntlich hat schon *Adolph Wagner* im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts ein „Gesetz der wachsenden öffentlichen, insbesondere der Staatstätigkeiten" aufgestellt, das seither reichlich Stoff zur Diskussion gegeben hat. Betrachten wir dieses Gesetz lediglich als die Verallgemeinerung einer von *Wagner* in ihren Anfängen beobachteten Gleichmäßigkeit der finanzwirtschaftlichen Entwicklung einer Reihe von Staaten während der letzten 100 oder 150 Jahre, die durch eine ebenso einmalige soziologische und sozialpsychologische Entwicklung verursacht wurde, so besteht das „Gesetz" meines Erachtens zu Recht. Dagegen glaube ich nicht, daß es sich bei dem Gesetz *Wagners* um eine immanente Zwangsläufigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung handelt, die von kurzfristigen Rückschlägen abgesehen auch in Zukunft notwendigerweise in der gleichen Richtung weiterlaufen müsse. Freilich ist es möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß, wie *Neumark*[1] ausgeführt hat, die Entwicklung der Produktionstechnik, die immer größere Aggregate erheischt — es sei nur an die Verwertung der Atomenergie erinnert —, und die Notwendigkeit der Schaffung neuer Sozialdienste als Gegengewicht gegen die mit dem Wirtschaftswachstum zusammenhängende Lockerung der ökonomisch-sozialen Familienbande eine gewisse weitere Ausdehnung der Staatstätigkeit bringen wird, die aber bei der gleichzeitigen Zunahme des Sozialprodukts nicht unbedingt eine Vergrößerung des *Anteils* des Staates hieran bedeuten muß. Allerdings glaube ich, daß die bisherige Entwicklung (soweit wir in die Zukunft blicken können) nicht reversibel ist, und daß wir daher summa summarum auch weiterhin zwar nicht mit einem viel höheren, aber doch mit einem ähnlich hohen Anteil der öffentlichen Körperschaften am gesamten Volkseinkommen rechnen müssen wie heute. Die Aktionsgrundlage der Finanzpolitik wird ihr also wohl erhalten bleiben.

6. Dagegen ist die zweite grundsätzliche Bedingung für eine erfolgreiche Handhabung der Finanzpolitik im Sinne der Sicherung eines

[1] Fritz *Neumark*, Die Bedeutung der staatlichen Finanzpolitik in einer stetig wachsenden Wirtschaft, Beihefte der Konjunkturpolitik, H. 2, Berlin 1957, S. 13.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stetigen Wirtschaftswachstums bisher leider nur unvollkommen erfüllt. Diese Bedingung ist eine zuverlässige Kenntnis der Wirkung finanzpolitischer Maßnahmen auf den volkswirtschaftlichen Prozeß. Immerhin sind auch in dieser Hinsicht während der letzten Jahrzehnte große Fortschritte erzielt worden. Einesteils besitzen wir heute theoretische Modelle, welche uns die zu erwartenden Auswirkungen bestimmter finanzwirtschaftlicher Maßnahmen auf den volkswirtschaftlichen Kreislauf und die Wachstumsrate der Wirtschaft zeigen; anderenteils liefert uns die Wirtschaftsstatistik vor allem in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zahlenmäßige Unterlagen für die Beurteilung einer gegebenen wirtschaftlichen Situation und die tatsächliche Wirkung bestimmter finanzpolitischer Aktionen.

Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß insbesondere das statistische Material für die Untersuchung des langfristigen Wirtschaftswachstums trotz einzelnen wertvollen Zusammenstellungen noch immer recht dürftig ist. Noch schwerer ins Gewicht fällt, daß die Gestaltung der staatlichen Haushaltsrechnungen in den meisten Fällen noch keineswegs den Anforderungen, die vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus hieran zu stellen sind, entspricht. Es sei lediglich darauf hingewiesen, daß wohl in der Mehrzahl der Rechnungen noch keine klare Unterscheidung zwischen laufenden Ausgaben und Kapitalinvestitionen gemacht wird, daß eine Darstellung der Kassenlage fehlt und daß insbesondere auch keine echte Vermögensbilanz erstellt wird. Was die Kreislauf- und Wachstumsmodelle der reinen Theorie betrifft, so tragen sie den institutionellen Bedingungen, unter denen der Finanzpolitiker handeln muß, und der Unsicherheit menschlicher Reaktionen auf bestimmte Maßnahmen nur unvollkommen Rechnung. Aber auch in anderer Hinsicht ist unsere Kenntnis des menschlichen Verhaltens etwa gegenüber steuerpolitischen Maßnahmen noch recht gering: so wird gleich noch zu zeigen sein, daß wir beispielsweise über die neben den quantifizierbaren Kaufkraftwirkungen einhergehenden „incentive effects" der einzelnen Steuern im Grunde noch recht wenig wissen. Die praktischen Forderungen, die sich aus all dem ergeben, liegen auf der Hand: weiterer Ausbau der Wirtschafts- und Finanzstatistik und Vertiefung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung. Anderseits scheint mir das Gesagte kein genügender Anlaß zu sein, um mit dem Hinweis auf unsere unzulängliche Kenntnis einer gegebenen Situation und der volkswirtschaftlichen Auswirkungen bestimmter Maßnahmen eine wachstumspolitische Ausrichtung der Finanzpolitik grundsätzlich abzulehnen. Man hat mit Recht bemerkt, daß wir unter Umständen eben auch das Risiko auf uns nehmen müssen, eine falsche Maßnahme zu ergreifen, weil das Risiko, das wir damit eingehen, daß wir *überhaupt nichts* tun, noch weit größer ist, obwohl es uns vielleicht weniger bewußt zu werden pflegt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

7. Freilich ist die Forderung der Ausrichtung finanzpolitischer Maßnahmen auf wirtschaftspolitische Ziele mitunter überspannt worden, so beispielsweise von *Lerner*[2], dem Begründer der sogenannten „functional finance", wonach alle Maßnahmen der staatlichen Finanz- und Geldpolitik — Ausgaben und Einnahmen, Aufnahme und Rückzahlung von Anleihen, Schaffung und Vernichtung von Umlaufsmitteln — überhaupt *nur noch* vom Gesichtspunkt ihrer volkswirtschaftlichen Funktionen aus zu treffen und zu beurteilen sind. Damit scheint mir jedoch *Lerner von einem Extrem* — dem klassischen Neutralitätsprinzip — *ins andere* zu verfallen. Man muß hier eine mittlere Linie halten. Auch heute noch ist die *primäre* Aufgabe der staatlichen Finanzwirtschaft, dem Staate die Durchführung seiner Aufgaben, die ja fast immer Ausgaben mit sich bringen, zu ermöglichen. Anderseits kann mit dem bloßen Hinweis darauf, daß man nicht gleichzeitig mehrere Ziele verfolgen könne, die Möglichkeit einer wirtschaftspolitischen Ausrichtung der staatlichen Finanzpolitik nicht einfach abgetan werden. Ich möchte das Bestehen von Antinomien zwischen den wirtschaftspolitischen Erfordernissen der Stunde und den jeweiligen staatlichen Bedürfnissen nicht bestreiten, doch lassen sich diese meines Erachtens ausgleichen. Der öffentliche Bedarf ist doch in einem gewissen Umfange variabel und vor allem zeitlich verschiebbar. Auch gibt es für die Finanzierung der staatlichen Aufgaben stets mehrere Möglichkeiten, von denen diejenige gewählt werden kann, die für die Verfolgung der gleichzeitig angestrebten wirtschaftspolitischen Ziele am günstigsten ist. Natürlich kann eine wachstumspolitische Ausrichtung der Finanzpolitik auch mit anderen *wirtschaft*spolitischen, wie etwa einkommenspolitischen Zielsetzungen dieser — dem Postulat einer „gerechten" Verteilung der Steuerlasten — in Konflikt geraten. Auch in dieser Hinsicht muß es Aufgabe einer rationalen Finanzpolitik sein, zu einem möglichst widerspruchslosen Ausgleich zwischen den verschiedenen Zielsetzungen zu kommen, was wohl Schwierigkeiten bietet, aber nicht unerreichbar scheint.

8. Wie ist nun die einer Verstetigung des Wirtschaftswachstums dienende Finanzpolitik im einzelnen zu gestalten? Welche Gesichtspunkte sind dabei zu beachten, und was ist das finanzpolitische Instrumentarium, das uns dafür zur Verfügung steht? Im folgenden möchte ich versuchen, diese Fragen einigermaßen zu beantworten, wobei ich freilich nur einige, mir wesentlich scheinende Punkte hervorheben kann, während andere nur gestreift werden können oder völlig übergangen werden müssen.

9. Wie schon erwähnt, sind die theoretischen Grundlagen für den Einsatz finanzpolitischer Maßnahmen zur Erreichung wirtschafts-

[2] Abba P. *Lerner*, The Economics of Control, New York 1946.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

politischer Ziele relativ neu[3], gehen sie doch im wesentlichen nur auf die dreißiger Jahre und insbesondere auf die Lehren von *Keynes* zurück. Auf der Basis des *Keynes*schen Systems wurde bekanntlich vor allem in England und den Vereinigten Staaten die Lehre von der „fiscal policy", der konjunkturpolitisch orientierten Finanzpolitik, aufgebaut, mittelst derer der Staat dafür zu sorgen habe, daß einerseits die Vollbeschäftigung und damit ein hohes Volkseinkommen erhalten und anderseits eine Inflation vermieden werde, indem bei Beschäftigungsrückgang durch Ausgabenüberschüsse expansiv, bei der Gefahr einer Konjunkturübersteigerung dagegen durch Budgetüberschüsse und Kaufkraftvernichtung kontraktiv auf den volkswirtschaftlichen Kreislauf eingewirkt wird.

Die „fiscal policy" ist vom *konjunkturpolitischen* Gesichtspunkt aus konzipiert, während wir hier die finanzpolitischen Erfolgsbedingungen eines *langfristigen* Wirtschaftswachstums zu betrachten haben. Man könnte daher auf den ersten Blick meinen, daß es sich um zwei ganz verschiedene Aufgaben der Finanzpolitik handele und daß die Lehren der „fiscal policy" für unser Thema bedeutungslos seien. Dies scheint mir aber nicht zuzutreffen. Besteht doch das gegebene Ziel in der Sicherung eines *stetigen* Wirtschaftswachstums. Der Wachstumsablauf wird jedoch in der Theorie überwiegend als eine trendmäßige Aufwärtsbewegung unter mehr oder weniger regelmäßigen Schwingungen um den Trend aufgefaßt. Auch wenn man annehmen will, daß eigentliche Konjunkturzyklen traditioneller Art in Zukunft nicht mehr zu erwarten sind, muß doch stets mit unregelmäßigen Unstetigkeiten des Wachstums gerechnet werden. So oder anders muß es das Ziel der Wachtumspolitik sein, die trendmäßige Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft unter möglichster Ausglättung der, wie immer gearteten, Abweichungen vom Gleichgewichtspfad zu sichern, wobei ich der von Herrn *Paulsen* aufgestellten Bedingung, daß die marktwirtschaftliche Automatik durch eine ausreichende *Geschmeidigkeit* in der Realisierung des Stetigkeitspostulates funktionsfähig erhalten werden müsse, ohne weiteres zustimmen kann. Gewisse Konjunkturschwankungen müssen wir wohl hinnehmen und können sie auch hinnehmen, ohne unsere Wirtschaftsordnung zu gefährden. Eine Entwicklung aber, wie wir sie in den dreißiger Jahren erlebten, bei der eine primäre Reinigungskrise in einen sinnlosen, sekundären Schrumpfungsprozeß übergeht, wäre m. E. für unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung nicht mehr tragbar. Zu beachten ist, daß, wie man mit Recht hervorgehoben

[3] Zwar haben schon die Merkantilisten und insbesondere die deutschen Kameralisten in ihren Schriften die Verwendung der Steuerpolitik für die Erreichung allgemein wirtschaftspolitischer Ziele propagiert, doch darf die theoretische Fundierung ihrer Postulate nicht überschätzt werden und sind ihre Auffassungen jedenfalls später nicht mehr beachtet worden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hat, die Ausglättung konjunktureller Schwankungen das Wirtschaftswachstum nicht nur verstetigt, sondern auch beschleunigt, weil die Stabilisierung der Entwicklung wesentliche Entwicklungsfaktoren günstig beeinflußt.

So wie auch die Wachstumstheorie neuerdings ein Modell des Konjunkturzyklus mit einem solchen der langfristigen Entwicklung der Wirtschaft zu verbinden sucht[4], müssen auch, wie ja übrigens schon Herr *Paulsen* hervorgehoben hat, Konjunkturpolitik und Wachstumspolitik zu einer Einheit verbunden werden. Das heißt aber, daß eine „richtige", gegen die Konjunkturtendenzen gerichtete Konjunkturpolitik einen integrierenden Bestandteil einer „richtigen", wachstumsfördernden Wachstumspolitik bildet. Die Erkenntnisse und Forderungen der „fiscal policy", so wie sie seit den dreißiger Jahren entwickelt wurden, sind daher für unsere Aufgabe keineswegs irrelevant. Wohl aber bedürfen diese Erkenntnisse gewisser Modifikationen und vor allem auch gewisser Ergänzungen, die den etwas anders gearteten Voraussetzungen, von denen wir ausgehen müssen, und der Änderung der Zielsetzung Rechnung tragen.

10. Was zunächst die öffentlichen Ausgaben betrifft, so kommt ihrer Höhe und Gestaltung im Rahmen einer Wachstumspolitik gegenüber den üblichen Auffassungen der „fiscal policy" in mehrfacher Hinsicht gesteigerte Bedeutung zu. Nicht nur gilt es, gegebenenfalls eine ex ante Lücke zwischen der Spartätigkeit der Haushalte und der Investitionsbereitschaft der Unternehmer durch zusätzliche öffentliche Ausgaben zu schließen, sondern es ist darauf zu achten, daß eine wachsende Wirtschaft eine Zunahme des ihr zur Verfügung stehenden Kapitalbestandes und daher stete Neuinvestionen voraussetzt. *Keynes* selbst und die ersten Keynesianer haben bei der Beurteilung der staatlichen Ausgabenpolitik sozusagen ausschließlich den durch die Multiplikatorwirkung verstärkten Einkommenseffekt der staatlichen Ausgaben im Auge gehabt. So konnte die Auffassung entstehen, es sei im Grunde gleichgültig, ob der Staat Elektrizitätswerke und Straßen erstelle oder Pyramiden baue; ist doch der Einkommenseffekt im einen oder anderen Fall essentiell derselbe. Dem unverbogenen Verstand mußte freilich eine solche These stets absurd erscheinen. In der Tat wird dabei der verschiedene Kapazitätseffekt von Elektrizitätswerken und Straßen einerseits und Pyramiden anderseits vollständig vernachlässigt; jene tragen zur Vermehrung des produktiven Realkapitals einer Volkswirtschaft bei, diese aber nicht. Für eine sinnvolle Wachstumspolitik zählen nur jene. Dabei müssen die mit einem Kapazitätseffekt zugunsten privater Unternehmungen verbun-

[4] Ich denke beispielsweise an die Arbeit von J. R. *Hicks*, Contribution to the Theory of the Trade Cycle, Oxford 1950.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

denen, aber ertraglosen Ausgaben wie der Straßenbau natürlich ebenso als Investitionen angesprochen werden wie die einen Ertrag abwerfenden Elektrizitäts- und Wasserwerke, da es ja gerade ein Kennzeichen der öffentlichen Finanzwirtschaft ist, daß der Staat nicht wie die private Marktwirtschaft darauf angewiesen ist, einen kostendeckenden Ertrag seiner Tätigkeit zu erzielen.

Was den Umfang der staatlichen Investitionen anlangt, so erfordert eine stetige Wachstumsrate des Sozialprodukts unter den vereinfachenden Annahmen einer gleichmäßigen Bevölkerungszunahme und regelmäßigen technischen Fortschritts ein gleichmäßiges Wachsen des Kapitalbestandes in geometrischer Progression und daher eine konstante Investitionsquote. Die staatliche Investitionspolitik wird danach streben müssen, die private Investitionstätigkeit entsprechend auszugleichen und zu ergänzen. Damit ist jedoch noch nichts über die wünschenswerte Wachstumsrate ausgesagt.

Offensichtlich muß die öffentliche Investitionstätigkeit eine Grenze haben, bei deren Überschreitung es nicht nur zu einer Störung des gesamten wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses, sondern zu einer Änderung der Wirtschaftsordnung selbst kommen wird. Diese Grenze ist allerdings nur schwer zu bestimmen. Zunächst einmal ist festzuhalten, daß die staatliche Investitionstätigkeit durch die Höhe der gesamten volkswirtschaftlichen Ersparnisbildung begrenzt ist, wenn inflatorische Auswirkungen der staatlichen Investitionen vermieden werden sollen. Doch kann der Staat den Umfang der Ersparnisbildung durch seine Steuer- und übrige Finanzpolitik in starkem Maße beeinflussen, indem er eben seine Investitionen aus Steuergeldern finanziert. In einer kommunistischen Planwirtschaft ist daher, wie das russische Beispiel zeigt, der staatliche Aktionsparameter bei Unterdrückung aller privaten Investitionen nur durch die Höhe des Volkseinkommens abzüglich eines existenzminimalen Bedarfs der Bevölkerung beschränkt. In einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung kommt eine derart forcierte Investitionstätigkeit nicht in Frage, da dies offenbar diese freiheitliche Ordnung sprengen würde. Aber schon weit geringere staatliche Ausgaben bergen Gefahren. Ich habe einleitend darauf hingewiesen, daß eine beträchtliche Höhe des Anteils der öffentlichen Körperschaften am Sozialprodukt eine der Voraussetzungen für eine volkswirtschaftlich wirksame Finanzpolitik ist. Es ist aber anderseits nicht zu bestreiten, daß mit dem Steigen der staatlichen Ausgaben auch die Gefahr inflatorischer Wirkungen wächst, weil es praktisch immer schwieriger wird, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben zu bewahren, auch wenn rein theoretisch die Möglichkeit einer nichtinflatorischen Finanzierung der Ausgaben durch Steuern gegeben sein mag. Werden aber übermäßige Investi-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tionen tatsächlich aus Steuern finanziert, so kann dies zu einer lähmenden Steuerbelastung der Wirtschaft führen und so die kapazitätssteigernde Wirkung der betreffenden Investitionen zunichte machen.

Des ferneren ist ein angemessenes Verhältnis zwischen privaten und öffentlichen Investitionen schon deswegen einzuhalten, weil dessen Verletzung zugunsten der öffentlichen Investitionen zu einer Art „kalter Sozialisierung" führen kann — dies vor allem dann, wenn der Staat mit erwerbswirtschaftlichen Investitionen in die Bereiche privater Unternehmertätigkeit eindringt und diese schließlich völlig aus ihren Stellungen wirft. Zum mindestens muß hieraus in der Regel eine Verminderung der privaten Unternehmergewinne entstehen, deren Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung außer Zweifel steht; sie mag allerdings durch die Zunahme der staatlichen Entwicklungskräfte eine gewisse Kompensation erfahren. Alles in allem sollte der Vorrang privater Ersparnisse und damit auch der der privaten Investitionen gewahrt bleiben. Freilich ist zu beachten, daß das Verhältnis privater und staatlicher Investitionen und die Bereiche privater und staatlicher Anlagen dem historischen Wandel unterworfen sind. Im Zeitalter des europäischen Frühkapitalismus und heute in den unterentwickelten Ländern kam und kommt der staatlichen Investitionstätigkeit eine weit größere Bedeutung zu als in hochentwickelten Industriestaaten, teils weil in jenen Ländern die private Unternehmertätigkeit fehlt oder nicht genügt, teils weil die privatkapitalistische Entwicklung bestimmter Regionen (etwa durch Industrialisierung) vielfach die vorgängige Investition von Sozialkapital voraussetzt (etwa im Verkehrswesen). Es ist auch, wie bereits vorhin angedeutet, denkbar, daß in Zukunft die technische Entwicklung derart große Anlagen erfordern wird, daß diese auf privatwirtschaftlicher Basis nicht mehr finanziert werden können und daher zu einer relativen Ausdehnung der staatlichen Investitionstätigkeit führen.

11. Auch die Gestaltung des Steuersystems stellt vom Gesichtspunkt der Wachstumspolitik aus gegenüber einer rein konjunkturpolitisch orientierten „fiscal policy" verschiedene neue Probleme.

Vorerst ist die Frage aufzuwerfen, wie die beiden Systeme, die für die Anpassung der Einnahmenseite des Budgets an den Konjunkturverlauf vorgeschlagen wurden, unter dem Aspekt der Sicherung eines stetigen Wirtschaftswachstums zu beurteilen sind. Soll der für die Verstetigung des volkswirtschaftlichen Wachstumsprozesses erforderliche Budgetüberschuß oder -fehlbetrag (soweit er überhaupt von der Einnahmenseite her reguliert wird) durch diskretionäre Maßnahmen, wie die Abschaffung oder Einführung bestimmter Steuern und insbesondere die Abänderung von Steuertarifen, Abzugsberechtigungen und dergleichen herbeigeführt werden, oder soll man sich auf die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Automatik einer sogenannten „built-in flexibility" des Steuersystems verlassen? Ich glaube, man wird bei der Beantwortung dieser Frage zu keinem anderen Ergebnis kommen als bisher. Die ersten postkeynesschen Vertreter des „cyclical budgeting" gingen davon aus, daß es nicht genüge, das im Niedergang der Wirtschaft entstehende Budgetdefizit einfach hinzunehmen, sondern daß man es außer durch Ausgabenerhöhungen auch durch Steuersenkungen bewußt vergrößern müsse, während im Aufschwung natürlich umgekehrt zu verfahren sei. Später ist dann in Amerika die Lehre vom „stabilizing budget" in Schwang gekommen, bei dem eben eine „built-in flexibility" des Steuersystems dank steuertechnischer Maßnahmen wie der Progression und infolge der konjunkturellen Schwankungen der Steuerbemessungsgrundlagen auch *ohne* Tarifänderungen und ohne daß noch weitere antizyklische Maßnahmen ergriffen werden müßten, automatisch zu einer genügend wirksamen Erhöhung bzw. Senkung der Steuererträge führt. Es kann nicht überraschen, daß diese Theorie gerade in den Vereinigten Staaten aufkam; setzt sie doch eine starke Konjunkturempfindlichkeit des Steuersystems voraus, die in den Vereinigten Staaten, wo die Einkommen- und die Körperschaftsteuer zusammen mehr als 80 % der gesamten Steuereinnahmen des Bundeshaushaltes liefern, gegeben, in anderen Ländern aber nicht im gleichen Maße vorhanden ist. Doch sind angesichts der jüngsten Erfahrungen auch in den Vereinigten Staaten wieder Stimmen laut geworden, die die Möglichkeit, auf diese Weise einer eigentlichen Depression Herr zu werden, bezweifeln. In der Tat wird man bei stärkeren Konjunkturschwankungen auch bei prinzipieller Bevorzugung automatischer Mechanismen kaum um diskretionäre Maßnahmen herumkommen, die allerdings eine Reihe gesetzgeberischer und anderen Probleme aufwerfen, die bei einer automatischen Flexibilität des Budgets wegfallen. Alles in allem ist wohl zu sagen, daß eine starke Konjunkturempfindlichkeit des Steuersystems vom wachstumspolitischen Gesichtspunkt aus erwünscht ist, schon weil sich damit langfristig betrachtet automatisch steigende Einnahmen ergeben und damit auf die Länge auch Senkungen des Steuersatzes möglich werden. Freilich kann der Konjunkturempfindlichkeitsgrad allein nicht über die Zweckmäßigkeit eines Steuersystems entscheiden.

Ernsthafte Prüfung verlangt die Frage der langfristigen Auswirkungen des Steuersystems auf die Einkommensverteilung. Schon *Keynes* selbst hat sich bekanntlich in den „Concluding Notes" der „General Theory" dahingehend geäußert, daß unter den herrschenden Bedingungen in den „mature economies" — wie man sie späterhin genannt hat — die hohe Sparquote der wohlhabenden Schichten die Kapitalzunahme wahrscheinlich eher behindere als fördere und daß

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

damit eines der Hauptargumente für die „willkürliche und ungleiche Verteilung der Vermögen und Einkommen" dahin falle. Eine Reihe von Keynesianern hat dann eine Einkommensredistribution mittels einer stark progressiven Einkommensbesteuerung und hohen Sozialausgaben als Maßnahme zur Verminderung der Spartätigkeit vorgeschlagen, wobei sie davon ausgingen, daß die Grenzsparneigung mit wachsendem Einkommen zunehme, so daß eine Abschwächung der Einkommensdifferenzierung zu einer Abnahme der volkswirtschaftlichen Sparquote führen müsse. Eine Verabsolutierung der *Keynes*schen short-run Analyse muß jedoch Bedenken wecken. Vom wachstumspolitischen Gesichtspunkt aus erscheint es mehr als fraglich, ob es angezeigt ist, den Konjunkturausgleich mit einer Verringerung der Spartätigkeit der Haushalte zu erkaufen; die unter dem Eindruck der Depression der dreißiger Jahre entstandene These, daß in den „mature economies" die Spartätigkeit *ständig* dahin tendiere, die privaten Investitionsmöglichkeiten zu übersteigen, kann doch heute nicht mehr aufrecht erhalten werden. Damit ist nicht gesagt, daß nicht eine gewisse Verminderung der Einkommensdifferenzierung vom sozialpolitischen Gesichtspunkt aus erwünscht sein mag. Erwägen muß man freilich auch, daß auch — wie Herr *Paulsen* ebenfalls schon angedeutet hat — den unteren Einkommensschichten der Bevölkerung mit einem raschen Wachstum des gesamten Volkseinkommens auf die Dauer mehr gedient sein mag als mit einer wachstumshemmenden Redistributionspolitik. Dies um so mehr, als die Untersuchungen von *Barna*[5], *Peacock*[6], *Cartter*[7] und anderen gezeigt haben, daß das Ausmaß der durch finanzpolitische Maßnahmen bewirkten Einkommensredistribution selbst in England nicht so groß ist, wie gemeinhin angenommen wird; die ärmeren Klassen bezahlen die ihnen zufließenden „social benefits" weitgehend selber. Und schließlich ist auch noch zu sagen, daß wir über die Frage der endgültigen Inzidenz der Einkommen- und Körperschaftsteuer noch ungenügend unterrichtet sind und es keineswegs als gesicherte wissenschaftliche Erkenntnis betrachten dürfen, daß die Einkommensteuer beim Steuerpflichtigen liegen bleibt und die Körperschaftsteuer wirklich die Unternehmungsgewinne trifft und nicht weitergewälzt wird.

Noch weniger wissen wir leider über die vom wachstumspolitischen Gesichtspunkt aus sehr wichtigen „incentive effects" dieser Steuern, obwohl darüber wahrlich schon genug geschrieben wurde. Die

---

[5] Tibor *Barna*, Redistribution of Incomes through Public Finance in 1937, London 1945.

[6] Income Redistribution and Social Policy, A Set of Studies, edited by Alan P. *Peacock*, London 1954.

[7] Allan Murray *Cartter*, The Redistribution of Income in Postwar Britain, Yale University Press 1955.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

neuerdings wieder an der Einkommen- und der Körperschaftsteuer geübte Kritik geht ja im allgemeinen dahin, daß diese Steuern den Leistungswillen sowie die Investitions- und Risikobereitschaft der Unternehmer beeinträchtigen. Dies scheint auf den ersten Blick sehr plausibel, ist aber in Wirklichkeit noch nicht bewiesen. In einer der wenigen eingehenden Untersuchungen über diese Frage kommt *Sanders* für Amerika zu dem Ergebnis, daß die Einkommensteuer den Leistungswillen der Unternehmer nicht ernstlich beeinträchtige; es wäre, meint er, auch sehr merkwürdig, wenn sich der rapide wirtschaftliche Aufschwung seit dem Kriege vollzogen hätte mit einem Unternehmertum, das sich von der Arbeit drückt[8]. Mit Recht hat auch *Littmann* neuerdings wieder hervorgehoben, daß hohe Steuern den Unternehmer geradezu in risikoreiche Anlagen drängen können, da das Unternehmerverhalten dann durch die Chance bestimmt werde, einen künftigen hohen Effektivgewinn wahrzunehmen unter Ausnützung der — ja stets vorhandenen — Möglichkeiten, den steuerbaren Gewinn der gegenwärtigen Periode zu verringern[9]. Zudem tendieren zum mindesten einzelne Steuern wie etwa die Allphasenumsatzsteuer dahin, den Monopolisierungsgrad der Wirtschaft zu verstärken, der seinerseits wahrscheinlich mit der Investitionsrate und dem technischen Fortschritt parallel geht. All dies ist freilich noch weit entfernt von der seit *Lorenz v. Stein* in der finanzwissenschaftlichen Literatur herumspukenden Behauptung einer allgemeinen Reproduktivkraft der Steuer und der Vorstellung, man könne mittels Sollertragssteuern und dergleichen die wirtschaftliche Entwicklung in einem wesentlichen Ausmaß anregen.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß es schwer ist, zu einem generellen Urteil über die „incentive effects" einer bestimmten Steuer, geschweige denn eines ganzen Steuersystems zu kommen, mit welcher Feststellung ich die Möglichkeit lähmender Wirkungen nicht ausschließen will. Größere Gefahren als in der Bedrohung von Leistungswillen und Unternehmungslust liegen zudem vielleicht in dem Umstande, daß hohe Steuern die Unternehmerrechnung verfälschen und die Forderungen des Marktes hinter die der Steuerpolitik zurücktreten lassen, so daß es — um nochmals *Littmann*[10] zu zitieren — geradezu zu einer Aushöhlung des marktwirtschaftlichen Rechnungssystems kommen kann. Erwähnt sei auch noch die Hindrängung der Unternehmungen auf die Selbstfinanzierung mit ihren bekannten volkswirtschaftlichen Nachteilen, die durch die vielfach übliche steuer-

---

[8] Thomas H. *Sanders,* Effects of Taxation on Executives, Boston 1951, S. 17.

[9] Konrad *Littmann,* Zunehmende Staatstätigkeit und wirtschaftliche Entwicklung, Köln und Opladen, S. 73.

[10] *Littmann,* a.a.O., S. 76.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

liche Begünstigung unverteilter Gewinne bewirkt wird. Im Interesse eines stetigen Wirtschaftswachstums ist bei der Ausgestaltung des Steuersystems allen diesen Gesichtspunkten besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

12. Einige Worte sind noch über die Schuldenpolitik des Staates in bezug auf die Strukturierung der öffentlichen Schuld zu sagen. Die Bedeutung des „debt management" als eines besonderen Zweiges der „fiscal policy" ist gerade neuerdings stärker unterstrichen worden. Seine Aufgabe ergibt sich aus den allgemeinen Voraussetzungen und Zielen einer konjunkturgerechten Budgetpolitik, wie sie auch zur Stabilisierung der Konjunkturlage in einer wachsenden Wirtschaft angewendet werden muß. Aus der Forderung eines antizyklischen Verhaltens des Staates ergibt sich in der Depression eine zunehmende Verschuldung, in der Hochkonjunktur dagegen eine Entschuldung. Dabei sollte es in der Depression vermieden werden, etwa durch die Aufnahme langfristiger Anleihen, Mittel zu absorbieren, die sonst für private Konsum- und Investitionszwecke verwendet würden. Als Instrument der Defizitfinanzierung in der Depression, solange eine Ausdehnung der Produktion möglich ist, drängen sich daher kurzfristige Kredite bei der Notenbank auf, die geldschöpfend wirken. Umgekehrt sollten Überschüsse der Staatsrechnung im Aufschwung nach Möglichkeit nicht zur Rückzahlung langfristiger Anleihen verwendet, sondern es sollten diese Mittel auf die eine oder andere Weise aus dem Kreislauf genommen, sterilisiert werden. Ich darf hier vielleicht erwähnen, daß dies beispielsweise in der Schweiz bis zur Verknappung des Kapitalmarktes gegen Ende 1956 in beträchtlichem Umfang geschehen ist. Die Konjunkturempfindlichkeit des Bundessteuersystems und die verfassungsmäßig begründete relative Starrheit der Steuergesetzgebung haben es dem Bunde ermöglicht, im Laufe der Jahre beträchtliche Überschüsse zu erzielen, die es gestatten, die Fehldeckung der Vermögensrechnung von Ende 1947 bis Ende 1956 von 8,16 auf 7,16 Milliarden Franken zu reduzieren. Gleichzeitig sind jedoch die festen Schulden des Bundes um nur wenig mehr als die Hälfte — 528 Millionen — vermindert worden[11]. Die Sterilisierungspolitik des Bundes, der unter anderem beträchtliche Beträge im Ausland anlegte, anstatt eigene Schulden zu tilgen, hatte gleichzeitig die Wirkung, ein noch steileres Abgleiten der Zinssätze, als es ohnehin eintrat, zu verhindern; seit der Versteifung des Kapitalmarktes konnte der Bund durch Entsterilisierung seiner Guthaben dem Markte wieder etwas Mittel zuführen und das — anfänglich als Konjunkturdämpfungsmaßnahme gewollte und begrüßte — Steigen der Zinssätze etwas eindämmen. Ganz allgemein ist zu sagen, daß in der modernen Finanz-

[11] Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1956, S. 432/433.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

politik die kurzfristige Verschuldung gegenüber ihrer Verurteilung in der orthodoxen Finanzwissenschaft, für die die langfristige Konsolidierung der gesamten Staatsschuld den Idealzustand bedeutete, wieder an Bedeutung gewonnen hat.

Schließlich sei noch auf ein Problem hingewiesen, dessen eingehende Betrachtung freilich nicht mehr möglich ist, das ist das Verhältnis von Staatsschuld und Volkseinkommen in einer wachsenden Volkswirtschaft. Obwohl die Erkenntnis, daß die innere Verschuldung des Staates keine eigentliche Last, kein „burden" für die Volkswirtschaft darstellt, heute allgemein ist, ist die Größe der Staatsschuld doch nicht irrelevant, da die Zinszahlungen die Einkommensverteilung, die Höhe der Steuern und andere Faktoren ungünstig beeinflussen. Es ist daher nicht ohne Interesse, daß, wie *Domar*[12] nachgewiesen hat, bei wachsendem Volkseinkommen selbst eine dauernde Neuverschuldung des Staates die gesamte Staatsschuld im Verhältnis zum Volkseinkommen nur sehr langsam steigen läßt[13]. So nimmt beispielsweise eine Staatsschuld von 300 Milliarden bei einem Volkseinkommen von 130 Milliarden und einer jährlichen Neuverschuldung von je 6 % des Volkseinkommens bei einer Wachstumsrate des Volkseinkommens von 3 % im Laufe der Jahre im Verhältnis zum Volkseinkommen nicht zu, sondern ab. Auch wenn die Wachstumsrate des Volkseinkommens nur 2 % beträgt, steigt die Schuld — stets jährliche Neuverschuldung um 6 % des jeweiligen Volkseinkommens angenommen —, nach 50 Jahren zwar auf rund 960 Milliarden, was aber doch nur 274 % des dann erreichten Volkseinkommens von 350 Milliarden ausmacht, während das anfängliche Verhältnis von Schuld und Volkseinkommen 231 : 100 betrug. Die Zahlen ändern sich natürlich je nach den Annahmen, doch mag das Beispiel diejenigen beruhigen, die von einer konjunkturgerechten Finanzpolitik ein exorbitantes Ansteigen der Staatsschuld befürchten.

13. Mit dem Gesagten habe ich einige der Probleme, die sich einer auf ein stetiges Wirtschaftswachstums gerichteten Finanzpolitik stellen, zu umreißen gesucht. Es bleibt mir noch übrig, abschließend auf einige Schwierigkeiten der praktischen Durchführung einer solchen Politik und die Grenzen ihrer Erfolgsmöglichkeiten hinzuweisen, oder vielmehr, richtiger gesagt, diese Schwierigkeiten und Grenzen noch einmal hervorzuheben, denn ich habe sie mindestens zum Teil im Laufe meiner Ausführungen bereits erwähnt.

---

[12] G. D. *Domar*, The „Burden of Debt" and the National Income. The American Economic Review 34, 1944, S. 798 ff.

[13] Das Verhältnis von Staatsschuld und Volkseinkommen strebt bei einer konstanten Wachstumsrate des Volkseinkommens von r % und einer konstanten jährlichen Neuverschuldung von a % des Volkseinkommens stets dem Grenzwert a/r zu. Vgl. *Domar*, S. 810.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

14. Vorerst sei nochmals unterstrichen, daß die Sicherung eines stetigen Wirtschaftswachstums nicht das einzige Ziel der Finanzpolitik sein kann und daß die unerläßliche gleichzeitige Verfolgung anderer Ziele zu Widersprüchen zwischen den verschiedenen Zielsetzungen führen kann. Ich glaube jedoch, wie bereits gesagt, daß sich diese Widersprüche ausgleichen lassen, mitunter leichter ausgleichen lassen, als es in der Theorie scheinen mag. Schillers bekannte Mahnung:

„Leicht bei einander wohnen die Gedanken,
Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen"

läßt sich nämlich auch umkehren. Oft stoßen sich die Theorien härter als die Praxis, und ist es in dieser möglich, auch schroffe theoretische Gegensätze in einem sinnvollen Ausgleich zu versöhnen.

Ein schwereres Hindernis für eine erfolgreiche Wachstumspolitik ist vielleicht die ebenfalls schon von mir angedeutete Tatsache, daß der Erfolg jeder Wirtschaftspolitik von den Reaktionen der einzelnen Menschen abhängt und daß wir hierüber nur mangelhaft unterrichtet sind. Aktions- und Reaktionsträgheit der von den finanzpolitischen Maßnahmen Betroffenen bilden wirksame Grenzen der Möglichkeit ihrer Beeinflussung; fehlendes Vertrauen der Bevölkerung in den Staat kann gerade die umgekehrten Wirkungen hervorrufen als die, die mit einer bestimmten Maßnahme beabsichtigt waren, ja, es kann die ganze Politik zum Scheitern bringen.

Die größte Schwierigkeit liegt aber wohl darin, daß das Verständnis für die Erfordernisse einer wachstumsverstetigenden Finanzpolitik heute noch in weiten Kreisen fehlt. Ob dies in Deutschland in stärkerem Maße der Fall ist als in anderen Ländern, vermag ich nicht zu sagen. Ich weiß nur, daß auch in der Schweiz diesen Erfordernissen oft nur Lippendienst bezeugt wird. Es wird wohl überall so sein, daß bei Regierung und Parlament das nötige Verständnis für die finanzpolitischen Forderungen der Stunde nicht immer vorhanden ist. Und selbst da, wo Regierungen und Parlamente die notwendige Einsicht in die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge besitzen, ist es für sie nicht immer leicht, diese Einsicht in Akte der politischen Willensbildung umzusetzen. Es ist oft schwer, dem Drängen von Pressure Groups, die an bestimmten Maßnahmen ein höchst eigennütziges Interesse haben, zu widerstehen, oder mit Rücksicht auf die Wählermassen allgemein unpopuläre Maßnahmen zu beschließen. Verhältnismäßig wenig Schwierigkeiten pflegt die Ausdehnung der Staatstätigkeit in der Depression zu bereiten, vor allem, wenn sie mit Anleihen und nicht mit Steuererhöhungen finanziert wird. Weit schwieriger ist es, in der Hochkonjunktur dem „Zwang der vollen Kassen" zu widerstehen und dem Steuerpflichtigen klarzumachen, daß er nicht unnötigerweise Steuern „auf Vorrat" bezahlt, sondern daß die Über-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schüsse, die die öffentlichen Haushalte erzielen, der Verstetigung des Wirtschaftswachstums und der Bekämpfung eines inflatorischen Auftriebs dienen. Hierzu kommen jene Erschwerungen einer auf Sicherung des Wirtschaftswachstums bedachten Finanzpolitik, die sich aus der Staatsverfassung, dem Aufbau der Finanzverwaltung und anderen institutionellen Bedingungen der Finanzpolitik ergeben.

15. Besondere Schwierigkeiten stellen sich im Bundesstaat und in der reinen Demokratie. Im Bundesstaat ist die Handlungsfähigkeit des größten Etats, nämlich des Bundeshaushalts, dadurch beschränkt, daß der Bund im Vergleich zu Einheitsstaaten nur über einen relativ kleinen Teil aller öffentlichen Ausgaben und Einnahmen verfügt und zudem in seinem Finanzgebaren unter Umständen verfassungsmäßig eng gebunden ist. Dies gilt vor allem für die Schweiz, wo auch heute noch trotz dem überproportionalen Anschwellen des Bundeshaushalts in den letzten Jahrzehnten nur rund die Hälfte der Steuereinnahmen aller öffentlichen Körperschaften dem Bunde zufließt, dessen finanzpolitischen Kompetenzen zudem durch die Verfassung enge Schranken gezogen sind. Insbesondere wären in der Schweiz so weitgehende Eingriffe in das Finanzrecht und die Finanzverwaltung der Kantone, wie sie die Artikel 107 und 108 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vorsehen, undenkbar. In der reinen Demokratie muß überdies jedes Finanzgesetz die Zustimmung der Aktivbürgerschaft erhalten, deren Mentalität noch stark von der Vorstellung *Adam Smiths* beherrscht ist, daß das, was für den einzelnen gilt, auch für den Staat gelten müsse, oder es steht doch zum mindesten das Parlament bei seinen Beschlüssen unter dem Damoklesschwert des Referendums, dessen indirekte Bedeutung für die Gesetzgebung ebenso groß ist wie die direkte.

Doch ließe sich auch gerade an schweizerischen Beispielen zeigen, daß Gemeinsinn über egoistische Sonderinteressen den Sieg davontrug und daß es durch Aufklärung gelang, die Stimmberechtigten von der Richtigkeit bestimmter Maßnahmen, die sie zuerst verwarfen, wenigstens in einem zweiten Anlauf zu überzeugen. So ist denn kein Grund vorhanden, zu glauben, daß es nicht möglich sei, in einer freiheitlichen Demokratie eine sinnvolle, im Interesse eines stetigen Wirtschaftswachstums liegende Finanzpolitik zu führen.

Vorsitzender Prof. Dr. Fritz *Neumark* (Frankfurt a. M.):

Meine Damen und Herren! Ich darf in Ihrer aller Namen Herrn Kollegen *Bickel* sehr herzlich für das außerordentlich interessante Referat danken, das er soeben gehalten hat und von dem ich hoffen möchte, daß es zu einer anregenden, lebhaften Diskussion Anlaß gibt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Herr *Bickel* hat nach echter Gelehrtenart sich nicht damit begnügt, triumphierend aufzuzeigen, wie herrlich weit wir es schon gebracht haben, sondern er hat auch, und vielleicht sogar in erster Linie, auf die Lücken hingewiesen, die in theoretischer, namentlich aber auch in empirisch-statistischer Hinsicht noch bestehen. Immerhin sollte man vielleicht nicht zu skeptisch sein und über allen Wandlungen, die sich zweifellos im finanzwirtschaftlichen Handeln und Denken vollzogen haben, nicht gewisse Entwicklungen bagatellisieren, die man bei aller Vorsicht, die geboten erscheint, doch wohl als Fortschritt charakterisieren kann. Die Zeiten haben sich gewandelt, gewiß. Der französische Dichter *Paul Valéry* hat einmal in einer Neuausgabe der „Lettres persanes" von *Montesquieu* in einem Abschnitt, der „Sehnsucht nach den Zeiten *Montesquieus*" überschrieben ist, davon gesprochen, wie schön es doch damals gewesen sei, als der Verfasser der „Lettres" und des „Esprit des lois" gelebt und der Staat noch „avec grâce" zu fordern gewußt habe. Den Finanzminister, der heute noch „avec grâce" fordert, möchten wir gern alle einmal sehen! Das hat gewiß ebenso sein Gutes wie sein Schlimmes gehabt. Denn eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche fiskalische Betätigung ist, daß ein gewisses Minimum in bezug auf die absolute Höhe der Haushalte nicht unterschritten wird.

Ich erwähnte vorhin die jüngsten „Hearings" des „Subcommittee on Fiscal Policy" des Amerikanischen Senats. Im Zuge dieser „Hearings" hat der Senator Paul Douglas, der ja bis Ende der dreißiger Jahre sich noch nicht ganz der Politik hingegeben hatte, sondern ein angesehener Professor of Economics war, gesagt: „Ich möchte gerne wissen, ob jemand von den anwesenden Theoretikern und Praktikern noch an der alten Parallelpolitik festhält." Als niemand sich zum Wort meldete, sagte er: „Das ist doch ein gewisser Fortschritt; denn als ich, Professor Douglas, im Jahre 1933 mich für eine Defizitpolitik unter den damaligen schweren Depressionsbedingungen einsetzte, wurde ich von meinen wissenschaftlichen Kollegen so verlacht und verspottet, daß ich mich deswegen von meiner Fakultät zurückziehen wollte." In der Tat kann man es wohl als Fortschritt bezeichnen, wenn heute weitgehend Übereinstimmung in bezug auf diese Voraussetzung einer erfolgreichen Fiskalpolitik besteht.

Generaldiskussion

Prof. Dr. Wilhelm *Kromphardt* (Heidelberg):

Meine Damen und Herren! Ich wollte mich zu dem ersten Referat des heutigen Vormittags mit ein paar Worten äußern. Wenn ich es

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

richtig verstanden habe, so hat Herr *Paulsen* die Meinung vertreten, daß das wirtschaftliche Wachstum abhängig sei von dem Ausbreitungstempo des als vorhanden unterstellten technischen Fortschritts, von der Beweglichkeit der Einzelpreise, von der Beweglichkeit der effektiven Lohnsätze, von der beruflichen und räumlichen Mobilität der Arbeitskräfte und der Produktionskräfte im allgemeinen, dann insbesondere von einer beweglichen und starken Kredit- und Finanzpolitik. Die außerwirtschaftlichen Beziehungen hatte er ausgeklammert. Ich möchte meinerseits hinzufügen — was ich im Referat vielleicht überhört habe: der hinreichende Strom volkswirtschaftlicher Ersparnisse, der für das Wachstum von Bedeutung ist. Zum Schluß hat sich Herr *Paulsen* dann den speziellen sozialen Bedingungen zugewandt, hat von der Erhaltung des Willens zum marktwirtschaftlichen System gesprochen, den er in einer pointierten Formulierung davon abhängig sah, daß die Steigerung der Konsummittelversorgung in diesem marktwirtschaftlichen System schnell genug anstiege, so daß nicht die Freiheit in diesem Konflikt zwischen Wachstum und sozialen Anforderungen verlorengehe. Er hat eine produktivitätssteigernde Gestaltung der Sozialpolitik im engeren Sinne des Wortes gefordert und dabei auch das Problem gestreift, wie in dem, was man Versorgungsstaat nennt mit seinen sozialen Sicherungen, durch Neubildung von privatem Eigentum ein Raum der Selbstverantwortung geschaffen werden könnte.

Ich kann mich diesen Bedingungen des Wachstums, die Herr *Paulsen* formuliert hat, natürlich nur völlig anschließen. Ich möchte nur hinzufügen, daß das Problem des Wachstums der Bevölkerung — vielleicht weil es für uns in unserem Land zur Zeit nicht aktuell ist, anders als in manchen Entwicklungsländern — in diesem Referat zu sehr in den Hintergrund gedrängt worden ist. Schließlich möchte ich noch einen Hinweis auf die Wichtigkeit der Raumgröße geben für das, was Herr *Paulsen* eine optimale Wachstumsrate des Sozialprodukts genannt hat. Ich möchte daran erinnern, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion, die beide die höchsten Wachstumsraten in der Welt aufzuweisen haben, auf einem ungewöhnlich großen und ungewöhnlich reich ausgestatteten Raum in freier Gestaltung der Konkurrenz bzw. in freier Gestaltung der Planwirtschaft durch den ganzen Raum hindurch diese hohen Wachstumsraten erzielt haben.

Nun sagt uns Herr *Paulsen,* daß nicht die maximale Wachstumsrate das Ziel sei, dem er sich anschließen könne — obwohl er von dem Konflikt zwischen Versorgungssteigerung und Erhaltung der Freiheit gesprochen hatte —, sondern daß er einem optimalen Wachstum das Wort reden wolle. An dieser Stelle möchte ich hier in der Diskussion meine Frage anknüpfen: was ist es, was Herr *Paulsen* in seinem Referat unter einem „optimalen Wachstum" verstanden hat oder ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

standen wissen will? Wir haben von ihm gehört, daß gewisse Dinge, wie die Schutzapparaturen, wie er es nannte, auf das Wachstum hemmend wirken, wobei sich schon die Frage erhebt, ob wir eine solche Hemmung überhaupt feststellen können, solange wir nicht ein Maß für maximalmögliches Wachstum haben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich sagen, daß all unsere Wachstumsberechnungen ja stattfinden auf der Basis konstanter Preise vergangener Perioden, die unter damals gültigen Einkommensverhältnissen zustande gekommen sind, und daß wir diese vergangenen Bewertungsmaßstäbe auf einen sich ändernden Güterhaufen projizieren. Hat es wirtschaftspolitisch einen Sinn, das maximale Wachstum einer so zustande gekommenen Summe zu fordern?

Herr *Paulsen* hat in seinem Referat sehr stark betont — und auch das kann ich wieder unterstreichen —, daß es nicht die Anhäufung von Kapital gewesen ist, sondern die qualitative Veränderung des Kapitals, die den Industrialisierungsprozeß und das Wachstum der modernen Volkswirtschaft bestimmt hat. Gilt aber nicht genau das gleiche für die Konsumgüterversorgung? Hat es Sinn, mit konstanten Preisen aus der Vergangenheit heutige Konsumgütersortimente zu messen? Wir haben keine andere Wahl. Aber gibt es uns Auskunft über eine maximale oder eine erstrebbare oder eine optimale Wachstumsrate?

Das ist meine Frage. Ich hatte das Gefühl, daß diese Frage noch nicht ganz geklärt ist. Herr *Paulsen* hat sehr oft davon gesprochen, daß die Schutzapparaturen einerseits hemmend auf das Wachstum wirkten, andererseits das Wachstum verzerrten. An diesem Punkt muß ich gestehen, daß ich gar nicht weiß, was hiermit gemeint ist. Denn ich müßte, um von einem verzerrten Wachstum sprechen zu können, wissen, wie ein normales Wachstum aussieht. Dazu müßte ich aber die Ziele des normalen volkswirtschaftlichen Wachstums genau kennen, d. h. ich müßte — wenn Sie wollen — die social-welfare-function der betrachteten Volkswirtschaft kennen. Daran aber fehlt es vollkommen. Und so möchte ich die paradoxe Formulierung wählen: es gibt überhaupt nur verzerrtes Wachstum. Das sowjetrussische Wachstum ist gemäß der dortigen Gesellschaftsordnung und den dortigen Zielen verzerrt; gemessen an dem, was die Amerikaner als normal ansehen würden. Und umgekehrt ist das, was die Amerikaner als normal ansehen würden, nach sowjetrussischer Auffassung natürlich aufs gröbste verzerrt. Wenn wir uns also dazu entschließen könnten, *alles* Wachstum als verzerrt anzusehen, verzerrt durch die Bedingungen, unter denen es statt hat, dann kämen wir zu dem paradoxen Schluß, daß das optimale Wachstum, das uns als Ziel empfohlen wurde, gar nichts anderes ist als jenes Wachstum, das vereinbar ist mit all den Schutzappara-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

turen, die wir aus sonstigen Gründen für erforderlich halten oder (er-)dulden müssen.

An anderer Stelle hat Herr *Paulsen* sich allerdings sehr scharf — und das möchte auch ich unterstreichen — gegen die Entwicklung der Schutzapparaturen der Marktordnung und der Einkommensparität-Denkweisen gewandt. Er hat wörtlich gesagt, daß es in einem marktwirtschaftlichen System eine Primärforderung sei, funktionierende Märkte zu haben. Aber *wie* sollen diese Märkte funktionieren? Ein oligopolistischer Markt, ein monopolistischer Markt, ja ein schwarzer Markt: sie funktionieren doch auch. Welches Kriterium sollen wir anwenden, um die doch im spezifischen Sinn gemeinten Worte, funktionierende Märkte seien notwendig — womit sicherlich mehr gemeint ist als die bloße Abwesenheit dirigistischer Eingriffe des Staates oder gar polizeilicher Reglementierungen —, zu präzisieren? Vielleicht gibt uns der Gedanke von Herrn *Paulsen,* daß er betonte, der Preis-, Qualitäts- und Werbungswettbewerb seien nicht als gleichwertig anzusehen, dafür einen Schlüssel. Aber ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich unseren Referenten dann ganz richtig interpretiere. Denn wenn ich das als Tip nehme für das, was er gemeint haben könnte, scheint es mir mit vielen anderen Ausführungen seines Referats nicht ganz in Übereinstimmung zu stehen. Er betonte den Preiswettbewerb, also ein Charakteristikum atomistisch organisierter Märkte. Aber er sagte uns auch in seinem Referat — und ich glaube, das werden wir alle unterschreiben —, daß sich in tausend und aber tausend Fällen oligopolistische und monopolistische Märkte gar nicht vermeiden lassen. Und dafür müssen wir nun ein Kriterium gewinnen: *wann* ist ein ja sicherlich funktionierender monopolistisch beherrschter Markt noch im Sinne des Optimales-Wachstum-Erzeugens und des Wachstum-nicht-Verzerrens ein wirklicher, also ein funktionierender Markt im Sinne von Herrn *Paulsens* System?

In diesem Punkt möchte ich noch eine weitere Bemerkung anknüpfen, in der ich wohl im Grunde mit Herrn *Paulsen* ebenfalls stark in Übereinstimmung bin. Ich möchte es trotzdem aussprechen, um diese Frage der Übereinstimmung zu prüfen. Wenn wir Preis-, Qualitäts- und Werbungswettbewerb nebeneinander stellen, so haben wir meinem Gefühl nach die wichtigste Wettbewerbsform vergessen, nämlich die des Wettbewerbs neuartiger Dinge mit altüberkommenen und bestehenden Dingen, Produkten und Methoden. Wenn Herr *Paulsen* betonte, daß die Kapitalansammlung des 19. Jahrhunderts nicht so sehr ein quantitatives als ein qualitatives Phänomen sei, so ist das nahezu in Übereinstimmung mit dem, was ich gesagt habe. Er benutzte ja auch die *Schumpeter*sche Formel, die auf diesen Wettbewerb von neu gegen alt abgestellt ist, die Formel von der schöpferischen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zerstörung. Vielleicht ist es *dieser* Wettbewerb, dessen Erhaltung Herrn *Paulsen* im Sinne eines optimalen Wachstums am meisten am Herzen liegt oder am Herzen liegen sollte.

Wenn es aber diese Form ist, so möchte ich, gerade weil Herr *Paulsen* gesagt hat, die Wachstumsentwicklung unserer Volkswirtschaft werde eine, ja vielleicht *die* Bewährungsprobe unserer Wirtschaftsordnung sein, mich seinem, wenn auch nicht ausgesprochenen, so doch leise angedeuteten Pessimismus entgegenstellen. Dieser Wettbewerb des Neuen gegenüber dem Alten kann m. E. ernstlich durch die bisher entwickelten Schutzapparaturen nicht gebremst werden. Selbst die Einkommensparitätspolitik der Landwirtschaft oder anderer Berufszweige kann eine solche Konkurrenz durch das Neue nicht verhindern. Denn die geschützten Gruppen sind weder geschlossen, noch sind sie in sich homogen. Sicher wird durch die Agrarpolitik eine Menge an Landwirtschaft erhalten, die es sonst nicht mehr gäbe. Aber andererseits werden unter dem Deckmantel dieser Schutzapparaturen doch — ich erinnere nur an die Quotenkämpfe in Kartellen — trotzdem zahllose, vielleicht sogar revolutionierende Strukturänderungen vollzogen.

Ich bin der Meinung, daß diese entscheidende Form des Wettbewerbs des Neuartigen gegenüber dem Alten durch unsere Schutzapparaturen vielleicht ein wenig gebremst, vielleicht dafür aber auch in etwas glattere Bahnen gelenkt wird, daß sie aber das, worauf es ankommt, nämlich die Tabuierung des Neuartigen, so daß man an Neuartiges gar nicht mehr denken darf, in keiner Weise berühren. Selbst die Fixierung der Lohnstruktur, selbst die Einkommensparität schützen nicht davor (auch wenn man die Forderung der Beschäftigung der insgesamt vorhandenen Arbeitskräfte damit in Zusammenhang bringt), daß interne Umschichtungen, Berufswechsel, Bevölkerungsverschiebungen und Strukturverschiebungen zwischen den Unternehmungen, die das Wachstum durch Neuartiges ausmachen, erfolgen und im größten Ausmaß seit 1948 tatsächlich erfolgt sind.

Ich möchte nicht so verstanden werden, als ob ich hier die Schutzapparaturen verteidigen wollte. Ich möchte nur sagen, daß ich das Gefühl habe, daß sie an den entscheidenden Punkt, nämlich an die Tabuierung des Neuartigen, die allein den Fortschritt lahmlegen könnte, noch in gar keiner Weise herankommen. Ich möchte zur Unterstützung dieser meiner Meinung von der relativen Wirkungslosigkeit der Schutzapparaturen, was Wachstum angeht, mich wieder an Herrn *Paulsen* selbst wenden, der von der Ungeduld gesprochen hat, mit der nach Fortschritten in der Wirtschaft verlangt wird. Diese Ungeduld scheint mir ein Symptom dafür, daß so etwas wie Tabuierung des Neuen noch nicht in den Horizonten der Menschen des europäisch-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

amerikanischen Kulturkreises, auch nicht in den Horizont der Sowjetrussen, eingedrungen ist.

Ich möchte schließlich auch das, was Herr *Paulsen* als ebenfalls bedenklich verzerrend oder bremsend bezeichnet hat, nämlich das Denken in sozialen Sicherungen und Sicherheiten, für diese meine These als eine *Unterstützung* heranziehen. Denn dieses Denken in sozialen Sicherheiten wäre m. E. gar nicht nötig, wenn es nicht den eminenten Wachstumsprozeß gäbe. Wir wären doch alle sicher, wenn alles so bliebe, wie es gestern war. Daß so stark in sozialen Sicherheiten gedacht wird, ist — nicht allein, aber unter anderem — ein Symptom dafür, wie stark noch, wenn ich mich so ausdrücken darf, die echte Wachstumskraft einer Volkswirtschaft wie der unseren ist.

Daß ich der Empfehlung von Herrn *Paulsen* voll zustimme, eine glättende Konjunkturpolitik zu treiben, möchte ich — da ich eben in Zweifel gezogen habe, ob wir, mangels eines Begriffs des optimalen Wachstums, überhaupt eine spezifische Wachstumspolitik formulieren können — zum Abschluß noch unterstreichen. Denn auch ich bin der Meinung, daß eine Depression — lassen Sie mich wieder die Ausdrücke des Referenten verwenden — viel stärker wachstumshemmend und wachstumsverzerrend ist als all die Schutzapparaturen, die wir aufbauen, solange sie an den Kern des Problems, an die Tabuierung des Neuen, noch nicht heranreichen.

Vorsitzender Prof. Dr. Fritz *Neumark* (Frankfurt a. M.):

Ich danke Herrn Kollegen *Kromphardt* herzlich für seine ausgezeichneten Ausführungen. Er hat sozusagen einige Bäume umgerissen, um uns den Wald sehen zu lassen, und im übrigen, wie schon so oft bei anderen Gelegenheiten, durch seine stimulierenden Formulierungen dazu beigetragen, auch den kommenden Teil der Diskussion noch zu befruchten.

Dozent Dr. Norbert *Kloten* (Bonn):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Professor *Bickel* hat sich an zwei Stellen seines Referates zu dem Problem finanzpolitischer Zweckkollisionen geäußert. Er leugnet diese keineswegs; er erwähnt sogar die Möglichkeit „echter Antinomien", ist aber — wenn ich ihn recht verstanden habe — der Meinung, daß ein weitgehend widerspruchsfreier Ausgleich zwischen den finanzpolitischen Zielen nicht allzu schwer sein dürfte. Mir scheint, daß diese Ansicht von den finanzwirtschaftlichen Tatbeständen nicht hinreichend bestätigt wird, und daß wesentliche Fragen einer interventionistischen Finanzpolitik

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht zu beantworten sind, ohne die Tragweite innerer Widersprüche in den vorgegebenen Zielen sorgfältig zu prüfen.

Greifen wir das Beispiel eines Schutzzolles heraus. Es betrifft den exzeptionell günstigen Fall einer Maßnahme, die sich normalerweise in einem Bereich bewegt, in dem jede Tarifänderung die beiden direkt Interessierten — die Protektionisten und den Fiskus — gemeinsam besser oder schlechter stellt; eine Zweckkollision scheint nicht zu bestehen. Das aber ist ein Irrtum; die inneren Widersprüche werden gleich offenbar, wenn die preispolitischen, die produktions- und die ordnungspolitischen Wirkungen von Zollsatzänderungen in das Urteil einbezogen, also zutreffend gewichtet werden. Wie hart im Raume sich die Sachen stoßen, läßt sich vielfältig belegen. In den Vereinigten Staaten stand man seit 1949 wiederholt vor dem Dilemma, einer anwachsenden Arbeitslosigkeit nur auf die Gefahr eines starken Preisauftriebs hin beschäftigungspolitisch begegnen zu können. In Schweden und in Dänemark — Länder, die über besonders reiche positive und negative Erfahrungen mit einer interventionistischen Finanzpolitik verfügen — zeigte sich, daß hochgespannte Sozial- und Subventionsprogramme, z. B. auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, mit dem Ziel eines stetigen, von Währungsstabilität begleiteten Wirtschaftswachstums sehr empfindlich kollidieren. Die Bundesrepublik liefert das Beispiel für investitions-, damit wachstumsfördernde Fiskalmaßnahmen, die den Realitätsbezug des essentiell finanzpolitischen Ziels einer Einkommensnivellierung und einer Abflachung der Vermögenspyramide in Frage stellten.

Neben den Zweckkollisionen zwischen fiskalischen, wachstums- und sozialpolitischen Zielen stehen diejenigen Antagonismen, die aus der im Kern politischen Determiniertheit der Finanzwirtschaft erwachsen. Verwiesen sei nur auf das von *Jèze* und *Heinig* so ausführlich diskutierte Problem der parlamentarischen Kontrolle über eine Regierung, welche Entscheidungsfreiheit, z. B. in der Ausgabenpolitik, fordert. Die vieldiskutierte formula flexibility ist ein Produkt dieses inneren Widerspruchs. Professor *Bickels* Hinweis auf die Enge des finanzpolitischen Spielraums in einem föderierten Staat liegt auf gleicher Ebene.

Mit diesen Beispielen ziele ich nicht auf eine pessimistische Nuance als Selbstzweck, sondern auf die Klärung eines mir wesentlich erscheinenden Punktes der *Bickel*schen Fragestellung. Zweckkollisionen zwingen nämlich zu Kompromissen in den finanzpolitischen Entscheidungen, wobei die zielentsprechenden und die zielwidrigen Wirkungen des Mitteleinsatzes gegeneinander abgewogen werden. Die Finanzpolitik kann folglich nur insoweit zur Verstetigung des angestrebten Wirtschaftswachstums beitragen, wie es der gleichzeitige Verfolg der übrigen Ziele erlaubt. Der praktische Aktionsbereich einer interventio-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nistischen, wachstumsorientierten Finanzpolitik ist demnach in aller Regel nicht so groß, wie es manche makroökonomischen Modelle implizieren. Diese Feststellung erweckt Bedenken gegenüber solchen Versuchen, in denen der wachstumspolitische Aspekt isoliert wird oder ohne hinreichende Begründung dominiert. *Neumark* hält aus dem gleichen Grunde einseitige Arbeitshypothesen für unzulässig.

Der Einsatz finanzpolitischer Mittel bei einem gegebenen Bündel von Zielen wird nun aber nicht allein von dem relativen Gewicht dieser Ziele untereinander, sondern auch — was *Haller* hervorhebt — von dem Beitrag bestimmt, der von den übrigen Teilbereichen der Wirtschaftspolitik zur Verwirklichung der einzelnen Ziele erwartet werden kann. Daß die finanzpolitischen Maßnahmen stets aufs engste mit Entscheidungen in der Lohn-, der Außenhandels-, der Preis-, der Geld- und Kreditpolitik usw. verknüpft werden müssen und in der Tat verknüpft sind, belegen die sorgfältigen Analysen von *Erik Lundberg* und *Costanza Costantino* über die Finanzpolitik in Schweden und Dänemark, die heute indirekte Lenkungsmethoden bevorzugt. Die in beiden Ländern seit 1945 getroffenen Maßnahmen erweisen sich bei näherer Betrachtung stets als Spiegelbild des jeweiligen Zielbündels einerseits und der vermuteten Leistungsfähigkeit der Instrumente andererseits.

Ich gelange folglich zu dem Ergebnis, daß eine umfassende Antwort auf die zentrale Frage dieses Nachmittags, auf die Frage nach den finanzpolitischen Bedingungen eines stetigen Wirtschaftswachstums letztlich nicht zu geben ist, ohne den gewählten Kompromiß unter den angestrebten Zwecken zutreffend zu gewichten und die Verflechtung zwischen den Teilbereichen finanz- und wirtschaftspolitischen Handelns einzubeziehen. Mit dieser Feststellung wende ich mich aber keineswegs von vornherein gegen solche Beiträge, die weniger differenziert sind und nur einen Ausschnitt des Untersuchungsobjektes beleuchten. Die grundlegenden Aspekte einer interventionistischen Finanzpolitik: ihre Voraussetzungen, die Bestückung ihres Instrumentariums sowie die typischen Vorzüge und Nachteile ihrer Instrumente, sind nämlich weithin einer generellen Analyse zugänglich. Professor *Bickel* hat gezeigt, daß auch der engere Gegenstand viele faszinierende Probleme umschließt und wesentliche Aussagen zuläßt.

Einigen Gesichtspunkten, z. B. der Kompatibilität herkömmlicher Maximen der Finanzpolitik mit dem Ziel einer Verstetigung des wirtschaftlichen Wachstums, hätte vielleicht mehr Raum gewidmet werden sollen. Oder ich denke an die Frage, ob bestimmte Zuordnungen zwischen finanzpolitischen Mitteln und konjunkturellen Phasen regelmäßig wahrzunehmen und daher typisch sind. In erster Annäherung könnte man etwa in einer Prosperitätsperiode der Steuer- und Kredit-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

politik, in einem Abschwung der Ausgabenpolitik das größere Gewicht zusprechen. Nicht unproblematisch scheint es mir auch zu sein, daß konjunkturausgleichende Fiskalmaßnahmen als dem stetigen Wirtschaftswachstum schlechthin dienend beurteilt wurden, und daß die Beziehungen zwischen der Größe des Wirtschaftsgebietes, der konjunkturellen Außenabhängigkeit und den Möglichkeiten einer finanzwirtschaftlichen Wachstumspolitik unerwähnt blieben. Doch vielleicht überschreite ich mit diesen Fragen die Grenzen, die sich Herr Professor *Bickel* angesichts der thematischen Arbeitsteilung dieser Tagung, insbesondere wegen des Währungs- und Finanzpolitik umschließenden Vortrags von Professor *Schmölders* gesetzt hatte.

Prof. Dr. Jürg *Niehans* (Zürich):

Jede Erörterung des wirtschaftlichen Wachstums muß, wie mir scheint, vom Eingeständnis ausgehen, daß wir über diese Erscheinung noch sehr wenig wissen. Gewiß besitzen wir einerseits scharfsinnige Wachstumsmodelle; sie mehren sich sogar mit geradezu kaninchenhafter Wachstumsrate. Gewiß kennen wir anderseits die Umrisse der bisherigen wirtschaftshistorischen Entwicklung. Aber zwischen Modellen und historischer Beobachtung gibt es auf diesem Gebiet vorläufig noch kaum eine Brücke. Um mit dem Volkslied zu sprechen: „Sie konnten zueinander nicht kommen, das Wasser war viel zu tief." So sind denn bisher auch die Kinder ausgeblieben, die aus einer fruchtbaren Ehe von Theorie und historisch-statistischer Beobachtung zu entspringen pflegen — nämlich verläßliche wirtschaftliche Gesetze über den Wachstumsprozeß.

Infolgedessen haben wir es, sobald wir die wirtschaftlichen und sozialen Fragen des wirtschaftlichen Wachstums zu beantworten versuchen, fast nur mit *Imponderabilien* zu tun, d. h. mit Thesen, die sich vorläufig noch nicht mit wissenschaftlichen Mitteln, sondern nur intuitiv prüfen lassen. Ich bewundere das sichere und abgewogene Urteil, die — wenn ich so sagen darf — fast künstlerische Sicherheit, mit denen Herr *Paulsen* diese Imponderabilien zu werten wußte. Ich sehe denn auch keinen Anlaß, mich zu einzelnen Punkten kritisch zu äußern — zu beweisen vermöchte ich eine abweichende Auffassung, angesichts der geschilderten Sachlage, ohnehin nicht. Die folgenden Überlegungen wollen lediglich zu zeigen versuchen, daß es immerhin möglich ist, die Fragestellung auch in etwas anderem Lichte zu sehen, die Akzente auch anders zu setzen.

Wenn das Problem als „stetiges Wachstum" umschrieben wird, stehen wir zunächst vor der paradoxen Lage, daß eigentlich weder das Wachstum, noch dessen Stetigkeit problematisch sind. Das *Wachstum,*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die bloße Tatsache des Wachstums, deshalb nicht, weil sie offenbar den Normalzustand unserer Wirtschaft bezeichnet: Abgesehen von politisch bedingten Katastrophen sind die Volkswirtschaften unseres Kulturkreises, seit wir darüber historisch-statistische Unterlagen besitzen, immer gewachsen. Sie sind gewachsen unter den verschiedensten Wirtschaftssystemen, den verschiedensten äußeren Bedingungen. Ebenso finden wir in der Gegenwart, daß Volkswirtschaften mit allerverschiedenster Struktur, relativ marktwirtschaftliche und relativ planwirtschaftliche, gleicherweise wachsen. Man mag sich deshalb geradezu fragen, ob es nicht schwerer wäre, das Wachstum der Wirtschaft anzuhalten als für seinen Fortgang zu sorgen.

Die *Stetigkeit* des Wachstums hingegen ist deshalb kein Problem, weil es sie nie gegeben hat und voraussichtlich auch nie geben *wird*, weil es sie nämlich nicht geben *kann*. Die Wachstumstheorie hat sich bisher zum größten Teil darauf konzentriert, zu zeigen, wie die Reaktionen der einzelnen Wirtschaftssektoren aufeinander abgestimmt sein müßten, damit ihr Wachstum kompatibel, konsistent ist, damit insbesondere Bestands- und Stromgrößen im Gleichschritt wachsen. Die Bedingungen, die sich daraus ergeben, werden, sobald man nur etwas in die Details geht, derart anspruchsvoll, daß nur eines mit Sicherheit feststeht — daß sie nämlich auf die Dauer niemals verwirklicht sein werden. Wachstumsraten haben nun einmal die Eigenschaft, untereinander inkonsistent zu sein oder jedenfalls, wie die Konjunkturlehre zeigt, in kürzester Frist inkonsistent zu werden. Das wirkliche Wachstum war deshalb immer unstetig. Es beruht nicht auf dem Ablaufen eines gleichförmigen Mechanismus, sondern auf einer Kette von Ereignissen, die ja historisch einmalig sind, wenn sie auch, wie wiederum die Konjunkturlehre zeigt, gewisse Zyklen aufweisen mögen. Die wesentlichen Probleme liegen deshalb nicht im stetigen Wachstum, sondern im unstetigen — d. h. in einem Wachstum, das zwar durchaus ungleichmäßig läuft, trotzdem aber auf die Dauer nicht zum Stillstand kommt.

Die Probleme, die sich aus dieser Betrachtungsweise ergeben, scheinen mir in zwei Gruppen zu zerfallen. Die der einen Gruppe entstehen aus der *Anpassung* der Volkswirtschaft an immer wieder neue, andersartige und zum guten Teil unerwartete Wachstumserscheinungen. Dies sind die Probleme, die Herrn *Paulsen* vor allem beschäftigten. Er sprach dabei aus der Sorge, der weit verbreiteten Sorge heraus, daß die Anpassungsfähigkeit, Flexibilität, Elastizität der Wirtschaft im Laufe der Entwicklung immer mehr abnehme und vielleicht bald schon zu klein werde, um mit dem Wachstum fertig zu werden. Die Wirtschaftsstruktur würde dann aus einem Vehikel des Wachstums zu seiner vielberufenen „Fessel". Ich muß Ihnen gestehen, daß ich diese

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gefahr für nicht ganz so drohend halte, wie heute oft angenommen wird. Beweisen läßt sich dieser Eindruck wohl ebensowenig wie sein Gegenteil, handelt es sich doch eben um Imponderabilien. Einige Hinweise mögen jedoch dazu beitragen, ihn immerhin verständlich zu machen, und zwar halte ich mich an Beispiele von Herrn *Paulsen*.

Ich beginne mit dem *Inflationsdruck*. In seiner grundsätzlichen Beurteilung gehe ich mit jenen, die ihn für die Hauptgefahr halten, einig. Die Geschichte scheint jedoch zu zeigen,

— daß längere Perioden der Preissteigerung um, sagen wir, etwa 2 % p. a. schon im „goldenen" 19. Jahrhundert, und zwar selbst in Friedenszeiten, keine Seltenheit waren;
— daß solche langfristigen Preisanstiege häufig mit *relativ* raschem Wirtschaftswachstum verbunden waren;
— daß sie in Friedenszeiten und bei ausgeglichenem Staatshaushalt nie in kumulative Inflationen ausarteten.

Gewiß tun wir Ökonomen recht daran, wenn wir dazu beitragen, daß Preiswellen dieser Art in Zukunft vermieden werden können. Anderseits haben wir doch wohl auch die Aufgabe, gegenüber der Nervosität der öffentlichen Meinung und der Interessengruppen zu unterstreichen, daß sie nichts Unerhörtes, kein „Grundproblem unserer Zeit", sondern vielmehr etwas „Normales" sind, womit unsere Wirtschaft schon mehrfach fertig geworden ist.

Mit den Preisen eng verbunden sind die Löhne. Zunächst müssen wir uns eingestehen, daß bisher nicht bewiesen werden konnte, daß sie in den letzten Jahren infolge der gewerkschaftlichen Aktivität im allgemeinen schneller gestiegen sind, als sie auf einem freien, kompetitiven Arbeitsmarkt unter dem Druck der Hochkonjunktur gestiegen wären. Auch ein freier Markt würde ja die Löhne steigen lassen, mitunter sogar schneller als die Produktivität, und schon im 19. Jahrhundert sind sie unter vergleichbaren Konjunkturbedingungen zeitweise kräftig gestiegen. Zudem war die Lohnstruktur nicht erst in neuester Zeit relativ unbeweglich, sondern, wie vor allem Herrn *Hoffmanns* Untersuchungen zu zeigen scheinen, schon im 19. Jahrhundert. Zum größten Teil scheinen deshalb die Veränderungen der Beschäftigungsstruktur, die für das Wachstum so wesentlich sind, typischerweise gar nicht durch Lohndifferenzen, sondern durch Unterschiede der Beschäftigungsaussichten gesteuert zu werden. Diese aber sind heute wohl kaum weniger wirksam als früher. Die relative Expansion und Kontraktion der verschiedenen Wirtschaftszweige war denn auch, ungeachtet aller „Schutzapparaturen", bis in die letzten Jahre hinein sehr ausgeprägt.

Ein drittes Beispiel liefert der hohe Anteil der *Selbstfinanzierung* an der Vermögensbildung. Daß die verfügbaren Mittel der Unterneh-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mung nicht über den Markt geleitet werden, kann in gewissen Fällen bestimmt ein Krankheitssymptom sein. Normal und ganz gesund scheint es mir aber, wenn die Selbstfinanzierung heute wieder eine größere Rolle spielt als in früheren Perioden. Gleiche Gewinne vorausgesetzt, wird die Marktfinanzierung ja vor allem dann im Vordergrund stehen, wenn der Kapitalbedarf für die einzelne Unternehmung in unregelmäßigen Stößen auftritt; ist aber die einzelne Unternehmung selbst in dauerndem Wachsen begriffen, ist wohl eine hohe Selbstfinanzierungsquote durchaus am Platze. Oder würde man etwa von einem Bauern erwarten, daß er all seine Milch zunächst abliefert, um seinen Eigenbedarf nachher beim Händler zu decken? Nicht zuletzt der Umstand, daß das Wachstum im Laufe des letzten halben Jahrhunderts in zunehmendem Maße zum Normalzustand auch der einzelnen Unternehmung geworden ist — *Schumpeter* dachte darüber ja noch ganz anders —, mußte deshalb die Selbstfinanzierung in den Vordergrund treten lassen.

Außerdem hat Herr *Paulsen* die Aufmerksamkeit auch auf die zeitweilig sehr hohe Quote des *staatlichen Sparens* gelenkt. Ich glaube, wir müssen in ihr vor allem das Gegengewicht gegen die, im Vergleich zu den privaten Ersparnissen zu großen privaten Investitionen sehen. Sie erlaubte dem privaten Sektor, mehr zu investieren, damit mehr Kapital in privater Hand zu akkumulieren, als ohne staatliches Sparen (aber gleicher staatlicher Investition) ohne zusätzliche Preiserhöhung hätte investiert und akkumuliert werden können. Ich habe deshalb in den hohen Rechnungsüberschüssen der Jahre 1956/57 nie eine Beeinträchtigung, sondern vielmehr eine höchst erwünschte Unterstützung der Marktwirtschaft gesehen. Daß dazu kein besonderer gesetzgeberischer Eingriff nötig war, daß sich die Dinge vielmehr fast von selbst so entwickelten, spricht gewiß eher für die Gesundheit als für die Krankheit unseres Wirtschaftssystems.

Diese Beispiele mögen genügen. Ganz allgemein habe ich den Eindruck, daß unsere Volkswirtschaften, sagen wir die deutsche, die schweizerische oder die amerikanische, immer noch eine *ausreichende Elastizität* aufbringen, ja, vielleicht sind sie sogar für das Wachstum heute im Ganzen eher besser konditioniert als im 19. Jahrhundert. Wir haben deshalb, wie ich glaube, keinen Grund, uns von der Vorstellung eines „Spätkapitalismus", eines „Ende des Kapitalismus" *Marx*scher Abkunft bewußt oder unbewußt dazu bestimmen zu lassen, im drohenden Festfahren des Wachstumsprozesses in einer erstarrten Wirtschaft das Hauptproblem zu sehen.

Es gibt jedoch eine zweite Gruppe von Problemen, die der aktiven *Gestaltung des Wachstums*. Sie lassen sich an die einfache mathematische Tatsache anknüpfen, daß schon geringfügige Unterschiede des

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

langfristigen Wachstums von beispielsweise 1 % p. a. für die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in, sagen wir, 100 Jahren von entscheidender Bedeutung sein können: Wenn von zwei Volkswirtschaften, die heute gleich groß sind, die eine mit 2 %, die andere mit 3 % jährlich wächst, so wird die zweite in 100 Jahren schon dreimal so groß sein wie die erste. Damit stellt sich die Frage, was wirtschaftspolitisch zu tun sei — und zwar im Rahmen von Herrn *Paulsens* Rahmenbedingungen — um das Wachstum nötigenfalls zu beschleunigen. Die Mittel, die dazu in Frage kommen, werden wahrscheinlich in erster Linie an der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte, dem Beschäftigungsgrad, an der Kapitalbildung, am technischen Wissen und vielleicht auch den politischen Verhältnissen angreifen müssen.

Mit der Frage der *Arbeitskraft* wird natürlich die ganze Bevölkerungsentwicklung, mit der Frage der *Beschäftigung* einerseits die Arbeitszeit, anderseits die Konjunkturentwicklung zu einem wesentlichen Teil des Wachstumsproblems. Im Hinblick auf die *Kapitalbildung* stellt sich die Grundfrage, mit welchen wirtschaftspolitischen Mitteln die private Sparneigung erhöht, d. h. die private Konsumneigung vermindert werden könnte. Sollten wir nicht vielleicht vor allem in der Finanzpolitik versuchen, mit dem Diktum von *Adam Smith,* jeder Sparer sei ein öffentlicher Wohltäter, jeder Verschwender hingegen ein öffentlicher Feind, etwas mehr Ernst zu machen? Das schwierigste einzelne Wachstumsproblem aber wirft heute vielleicht das *technische Wissen* — im weitesten Sinne — auf. Schon die bloße Erhaltung des heutigen Ausbildungsstandes stellt bei raschem Wachstum der Bevölkerung sehr schwere, teilweise fast unlösbare Aufgaben — man denke etwa an die Vereinigten Staaten. Gleichzeitig steigen aber die Ausbildungsanforderungen weiter, da neue Maschinen einerseits relativ unqualifizierte Kräfte einzusparen erlauben, anderseits aber zu ihrem Bau, Betrieb und Unterhalt hoch qualifizierte Kräfte benötigen. Dadurch wird das Problem erst recht erschwert. Voraussichtlich wird es nur teilweise gelöst werden, und es läßt sich vermuten, daß im Laufe der nächsten Jahrzehnte

- die Schulen und wissenschaftlichen Institute aller Art für die Wirtschaft von zunehmender Bedeutung sein werden;
- die Einkommenspyramide sich zugunsten der hochqualifizierten Arbeitskräfte wieder auseinanderziehen wird;
- vergleichbare Aufgaben von weniger qualifizierten Kräften bewältigt werden müssen als früher, so daß der Eindruck eines sinkenden Niveaus entstehen mag.

Tempo und Charakter des Wachstumsprozesses wird sehr wesentlich davon abhängen, wie die staatliche Politik mit diesem Ausbildungsproblem fertig zu werden vermag.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die letzte Entscheidung aber fällt vielleicht überhaupt nicht im Rahmen der Wirtschaftspolitik, sondern im weiten Feld der *Außen-* und der *allgemeinen Innenpolitik.* So deuten gewisse Anzeichen darauf hin, daß die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Amerika, England und anderen europäischen Ländern in diesem Jahrhundert sehr ähnlich verlaufen wäre, wenn nicht die Kriege die europäischen Ziffern jeweils ruckartig zurückgesetzt hätten. Bei sonst gleichförmigem Wachstum aber bedeutet eine solche Zurücksetzung eine dauernd sich erweiternde Kluft. Friede nach außen und ein funktionsfähiger Apparat der demokratischen Willensbildung im Innern mögen deshalb die sozialen Wachstumsbedingungen mit der größten quantitativen Bedeutung sein.

Ich bin mir bewußt, nun meinerseits von Imponderabilien gesprochen zu haben. Vor allem eines hoffe ich aber doch deutlich gemacht zu haben — daß wir das Wachstum der Wirtschaft nicht nur durch passive Anpassung, sondern auch durch aktive Gestaltung zu fördern, zu unterstützen haben. Es geht auch ums Tun, nicht nur ums Nichtstun, ums Handeln, nicht nur ums Nicht-handeln. Nur wenn dies verstanden wird, werden sich die jungen Menschen, von denen Herr *Paulsen* so eindringlich gesprochen hat, immer wieder für eine verhältnismäßig freiheitliche Wirtschaftsordnung gewinnen lassen.

Vorsitzender Prof. Dr. Fritz *Neumark* (Frankfurt a. M.):

Ich hoffe mit Ihnen allen feststellen zu können, daß die Diskussion durch die stimulierenden, ja manchmal provozierenden Elemente einen außerordentlich fruchtbaren Verlauf nimmt. Wir sind alle gespannt, wie sich die Referenten in ihren Schlußworten damit auseinandersetzen werden.

Professor Dr. Horst *Jecht* (Münster):

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte soweit die bisherigen Diskussionsbeiträge dazu noch Raum lassen — zu dem Referat von Herrn Kollegen *Bickel* einige Bemerkungen machen. Ich kann jedoch vorausschicken, daß wir meiner Meinung nach ein sowohl in der Systematik wie in der Stellungnahme so abgewogenes Referat, einen so abgerundeten Überblick über die Probleme gehört haben, daß eigentlich wenig Ansatzpunkte zur Kritik und um so mehr Ansatzpunkte zur Zustimmung gegeben sind. Nun ist heute früh von Herrn *Hoffmann* gesagt worden, es bestehe eine allgemeine Scheu vor Zustimmung gegenüber den Ausführungen der Kollegen. Diese Scheu habe ich nicht. Aber bei dieser Situation ergibt sich doch wohl, daß Aufgabe meines Diskussionsbeitrages nur sein kann, einige Ergänzungen zu bringen, und zwar sowohl zu den all-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gemeinen Fragen als auch vor allem im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse der Bundesrepublik. Ich will versuchen, damit die Brücke zu der weiteren Diskussion zu schlagen, die ja doch ganz unvermeidlich in die aktuelle Problematik hineingreifen wird.

Zum Allgemeinen: Über die Problematik des hypothetisch gestellten Zieles „nachhaltiges und stetiges Wirtschaftswachstum" brauche ich den Ausführungen, die wir verschiedentlich gehört haben, nichts mehr hinzuzufügen. Ich begnüge mich damit festzustellen, daß auch ich weniger ein Maximum als ein Optimum des wirtschaftlichen Wachstums als Ziel sehen würde, und ich möchte Herrn *Kromphardt* darin zustimmen, daß dieses Optimum nicht ein allgemeingültiges, a priori feststehendes, sondern ein je nach den Verhältnissen und je nach der Zeit besonderes ist. Damit ist dann allerdings auf die ganze Schwierigkeit der Problematik hingewiesen, z. B. in der gegenwärtigen Situation die Grenze zu ziehen, bis zu der ein Einbau der „sozialen Schutzapparatur", wie Herr *Kromphardt* sich ausdrückte, möglich ist.

Eine zweite Frage ist das von Herrn Kollegen *Bickel* aufgeworfene Problem des Verhältnisses finanzpolitischer Konjunkturpolitik und einer wie auch immer gearteten wachstumsorientierten Finanzpolitik. Ich würde der Formulierung zustimmen können, daß die fiscal policy einen integrierenden Bestandteil der Wachstumspolitik bildet, insofern es sich nämlich um das Streben handelt, eine gewisse Stetigkeit herbeizuführen. Voll realisierbar wird dieses Streben allerdings nicht sein, ganz abgesehen davon, ob man auch die kleineren Konjunkturschwankungen als etwas unbedingt Erstrebenswertes ansehen soll, was ich selber nicht tue.

Trotz dieser grundsätzlichen Zustimmung glaube ich nun aber doch, daß den Problemen der Wachstumspolitik eine etwas größere Eigenständigkeit zukommt, als die Ausführungen von Herrn *Bickel* es erkennen ließen. Die Finanz- und Steuerpolitik hat jederzeit Wirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und damit auf den Wachstumsprozeß ausgeübt. Eine „Automatik" hat es auch im 19. Jahrhundert nicht gegeben. Wir stehen also gar nicht vor der Frage — ich möchte das mit aller Deutlichkeit betonen —, ob die Finanzpolitik Einfluß auf das wirtschaftliche Wachstum nehmen soll oder nicht. Die Frage ist nur, ob diese Auswirkungen vernünftig gestaltet werden oder nicht.

Unter diesem Gesichtspunkte müßte nun — aber ich kann das nicht im einzelnen ausführen — eine Analyse erfolgen, die zeigt, wie die wichtigsten Faktoren des Wachstums von der Finanz- und Steuerpolitik her beeinflußt werden; etwa das Angebot an Arbeitskräften, von dem heute schon mehrfach die Rede gewesen ist. Hier liegt auch die Problematik einer bevölkerungspolitisch orientierten Finanzpolitik. Was das rein Tatsächliche betrifft, läßt sich allerdings darauf hinweisen,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

daß diese Politik in Frankreich offensichtlich gewisse Erfolge gehabt hat.

Dann das ganze große Gebiet, das heute mit dem Stichwort „Beeinflussung der incentives" umschrieben wird und über das Herr Kollege Bickel ja eingehend gesprochen hat, ferner der Einfluß auf die Investitionen, den technischen Fortschritt und, was eng damit zusammenhängt, auf die Produktivität. Auch hier gibt es eine Fülle von Auswirkungen finanzpolitischer Maßnahmen — selbst dann, wenn man von der Möglichkeit der unmittelbaren Förderung von Rationalisierungsinvestitionen absieht. Ich glaube, daß in der richtigen Proportionierung des Verbrauchs einerseits und der Investition andererseits das zentrale Problem des Wachstums liegt und daß hier die entscheidenden Einflußmöglichkeiten auch in finanzpolitischer Hinsicht zu suchen sind. Von erheblicher Bedeutung ist weiter die Frage, wie der Prozeß der Unternehmenskonzentration von der Steuergesetzgebung her gefördert wird.

Es ist bekannt, daß die Problematik, wie sich finanzpolitische und steuerpolitische Maßnahmen auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken, schon im Rahmen der klassischen Theorie ihre Behandlung gefunden hat, und zwar in dem Sinne, daß jede Besteuerung zu einer Hemmung der Kapitalakkumulation und damit der wirtschaftlichen Entwicklung führt. Die in mancher Hinsicht entgegengesetzte These von *Keynes:* die Beschneidung von Ersparnissen wohlhabenderer Schichten führe zu einer Intensivierung der Beschäftigung, gilt, wie wir wissen, nur für eine ganz bestimmte konjunkturpolitische Situation. Aber auch die klassische Lehre, die im Gegensatz zur *Keynes*schen Theorie als eine wirklich langfristige Betrachtung der Dinge angesehen werden kann, erweist sich bei näherer Betrachtung als unzulänglich. Denn in der Unternehmungssphäre kann unter bestimmten Voraussetzungen von der Besteuerung durchaus eine Förderung der Investition ausgehen, und außerdem darf die möglicherweise kompensierende Wirkung der öffentlichen Ausgaben nicht übersehen werden. Bedürfte es hierfür eines Beweises, so liegt er ja in dem Nebeneinander öffentlicher Ausgabenexpansion und steigender Steuerbelastung einerseits, einer ungewöhnlichen Spar- und Investitionsquote andererseits, durch das die Entwicklung der jüngsten Zeit in einer ganzen Reihe von Ländern gekennzeichnet ist.

Wenn ich nun — ohne diesen ebenso interessanten wie komplizierten Zusammenhängen weiter nachzugehen — einen kurzen Blick auf die westdeutsche Entwicklung werfen darf, so könnte der Einwand gemacht werden, daß die Periode seit 1948 für eine langfristige Betrachtung zu kurz ist, zumal sie durch die Besonderheiten des Wiederaufbaues ihr besonderes Gepräge erhält. Wir haben in diesen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Jahren volkswirtschaftliche Zuwachsraten, die weit über den sonst bei langfristiger Betrachtung nachweisbaren Quoten liegen. Der reale Zuwachs des Bruttosozialproduktes belief sich im Durchschnitt der Jahre 1952 bis 1954 auf etwa 7 %, stieg im Jahre 1955 steil an auf annähernd 12 %, um seither auf 5,8 % 1956 und 4,6 % 1957 abzufallen.

Aber trotz dieser Bedenken lassen sich einige der grundsätzlichen Zusammenhänge zwischen Finanzpolitik und wirtschaftlicher Entwicklung auch an dieser Periode aufzeigen. Zunächst einmal haben die kassenmäßigen Überschüsse des Haushalts — neben den Kreditbeschränkungen der Bundesbank — ganz zweifellos ein Gegengewicht gegen übermäßige Auftriebstendenzen des Wirtschaftslebens gebildet, obgleich sie seitens des Finanzministeriums nicht als ein solches geplant waren.

Wenn wir ferner auch hier die Beeinflussung der Proportion von Verbrauch und Ersparnis bzw. Investition in den Vordergrund rücken, so ist der gerade in den ersten Jahren nach der Währungsreform auffallend große Umfang und Anteil der Selbstfinanzierung zunächst zwar eine Folge des Verhaltens der Konsumenten auf dem Markt: nämlich der hemmungslosen Nachfrage zur Deckung des Nachholbedarfs und des Verzichts auf private Ersparnisbildung, wodurch überhaupt erst die Voraussetzungen für überhöhte Preise und übermäßige Selbstfinanzierung geschaffen wurden. Gleichzeitig aber ist dieser Prozeß durch steuerliche Maßnahmen wie Begünstigungen der Abschreibungen und des nicht entnommenen Gewinns u. a. aufs stärkste gefördert worden.

Eine zweite Eigentümlichkeit ist das starke Hervortreten der Finanzierung der Investitionen über den öffentlichen Haushalt. Auf diese Weise ist ein Drittel und mehr der Mittel für die Gesamtheit der Investitionen aufgebracht worden. Um die Wirkung dieses Vorganges zu beurteilen, müßte man freilich auf die verschiedenartige Verwendung dieser öffentlichen Mittel eingehen. Ein Teil von ihnen hat der Finanzierung von Aufgaben gedient, die schlechterdings mit der wirtschaftlichen Entwicklung verbunden sind. In diesem Zusammenhang wäre auch auf das Investitionsprogramm der Gemeinden für die nächsten zehn Jahre hinzuweisen. Dieses Programm sieht eine Investition von nicht weniger als 68 Milliarden DM für Straßenbau, Krankenhäuser, Schulbauten usw. vor. Man wird kaum bestreiten, daß diese Vorhaben — von den Größenordnungen abgesehen — eine wichtige Voraussetzung für das künftige wirtschaftliche Wachstum bilden. — Anders liegt es wenigstens teilweise bei denjenigen öffentlichen Mitteln, die in Form von Darlehen in die Wirtschaft und vor allem in den Wohnungsbau fließen. Hier wäre es denkbar und im Sinne der markt-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wirtschaftlichen Prinzipien sogar wünschenswert, daß in Zukunft eine Umstellung auf andere Finanzierungsformen stattfindet.

Gegenwärtig stehen wir bereits in einer neuen Phase, in einer Phase steigenden privaten Sparens, das zwar in erster Linie durch Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung, aber bis zu einem gewissen Umfang auch durch steuerpolitische Maßnahmen gefördert worden ist. Ich kann darauf nicht näher eingehen, weil meine Redezeit abgelaufen ist.

Abschließend möchte ich hervorheben, daß ich in Übereinstimmung mit dem Referenten in der einseitigen Hervorhebung der finanzpolitischen Bedingungen eine gewisse „Überbeleuchtung" erblicke. *Sombart* hat einmal von dem Scheinwerfersystem gesprochen, dessen wir uns zur Erhellung des Zusammenhangs bedienen müßten, und ich glaube in der Tat, daß wir um diese Methode nicht herumkommen. Wir müssen uns aber darüber klar sein — darin stimme ich selbstverständlich Herrn Kollegen *Kloten* zu —, daß es sich dabei nur um eine vorläufige Betrachtung handelt, die ergänzt werden muß durch die Einbeziehung der übrigen Maßnahmen. Mit diesem Vorbehalt würde ich gleichwohl sagen, daß das Gewicht der finanzpolitischen Maßnahmen wachstumspolitisch eher größer ist als konjunkturpolitisch. Gerade auch im Verhältnis zur Geld- und Kreditpolitik kommt, wie ich glaube, der Finanzpolitik für Ausmaß und Art des Wachstums eine erstrangige Bedeutung zu.

Dr. Hans-Joachim *Rüstow* (München):

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Professor *Paulsen* hat betont, daß innerhalb einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung optimales Wachstum nicht mit maximalem Wachstum zusammenfalle, weil wir die Investitionsquote, von deren Höhe das Wachstum in erster Linie abhängt, nicht willkürlich verändern können, ohne gegen das Prinzip der demokratischen Freiheit zu verstoßen. Er verwies auf *Fellners* Berechnungen, wonach die Vereinigten Staaten durch eine Umschaltung von 25 % der derzeitigen Konsumgütererzeugung auf die Produktion von Investitionsgütern — nach sowjetischem Muster — ihre Wachstumsrate verdoppeln könnten.

Während aber für die westlichen Länder die Anwendung eines Zwanges in dieser Richtung durch staatlichen Dirigismus nicht in Frage kommt, haben die kommunistischen Länder keinerlei Hemmungen, einen Prozeß forcierter Investition und entsprechend beschleunigten industriellen Wachstums auf Kosten des Konsums und des Lebensstandards der Bevölkerung mit rigoroser Gewalt durch-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zusetzen. Daraus ergibt sich ein sehr ernstes Problem für die Koexistenz zwischen Ost und West.

Die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands seit der kommunistischen Revolution ist durch drei Tatsachen gekennzeichnet:

Einerseits hat die Sowjetwirtschaft in den vierzig Jahren ihres Bestehens es nicht fertig gebracht, den Lebensstandard eines großen Teiles der Bevölkerung wesentlich zu verbessern. Man lebt — außerhalb der verhältnismäßig wenigen Städte — noch immer in der gleichen, für uns nur schwer vorstellbaren Primitivität wie vor fünfzig oder hundert Jahren; obwohl für den industriellen Aufbau der Sowjetwirtschaft die in Jahrhunderten entwickelte Spitzentechnik der westlichen Länder übernommen werden konnte.

Die Industrie arbeitet z. T. mit außerordentlichen — planwirtschaftlich bedingten — Reibungsverlusten, Ausfällen und verschwenderischen Aufwendungen. Bei vielen Betrieben ist eine äußerst geringe Effizienz festzustellen.

Anderseits hat die Investitions- und Grundstoffindustrie eine ungeheure Entwicklung erfahren mit erstaunlichen Leistungen im einzelnen.

Alle diese Tatsachen stehen keineswegs im Widerspruch zueinander. Sie bedingen sich vielmehr wechselseitig. Denn gerade infolge der Anwendung unrationeller planwirtschaftlicher Methoden war eine so weitgehende Drosselung des Lebensstandards notwendig, um den Aufbau der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie forcieren zu können.

Bei uns fehlt es nicht an Stimmen, die davor warnen, daß Rußland und der kommunistische Block den Westen wirtschaftlich einholen oder gar überholen könnten. An sich braucht diese Entwicklung für uns nicht bedrohlich zu sein. Ganz abgesehen davon, daß das Wachstum in den kommunistischen Ländern sich erheblich verlangsamen muß, sobald man dazu übergeht, die Investitionsquote zugunsten eines erhöhten Konsums zu verringern, haben zu allen Zeiten ja Länder mit ganz verschiedener wirtschaftlicher Leistung nebeneinander existiert, ohne daß daraus Schwierigkeiten oder gar Gefahren entstanden wären. Wenn aber Rußland und die übrigen Staaten des kommunistischen Blocks bis auf weiteres gar nicht an eine Verringerung ihrer Investitionsquote denken, vielmehr ganz zielbewußt und systematisch die steigende Leistungsfähigkeit ihrer Industrie in erster Linie zu verstärkter militärischer Rüstung ausnutzen, dann kann daraus in der Tat eine unsere Existenz bedrohende Gefahr erwachsen.

Auch dieser Zusammenhang zeigt, wie wichtig und dringlich für uns das Problem eines stetigen, d. h. eines von Depression und krisenhaften Rückschlägen nicht beeinträchtigten Wachstums ist. Auch unter

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

diesem Gesichtspunkt können wir uns das Brachliegen wirtschaftlicher Kräfte und die Zerstörung wirtschaftlicher Werte einfach nicht leisten — ganz abgesehen von allen anderen, sozialen und sonstigen Gründen. Höhere Aufwendungen für Schulung, Wissenschaft und Forschung, wie sie Professor *Paulsen* in seinem einleitenden Referat forderte, können für die freie Welt eine geradezu lebenswichtige Bedeutung gewinnen.

Professor Dr. Dimitrije *Misic* (Belgrad):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte einige Gedanken in Verbindung mit dem interessanten und anregenden Referat des Professors *Paulsen* vorbringen.

Zuerst die Frage des Verhältnisses zwischen der freien Marktwirtschaft und der Gesellschaftsordnung. Wenn man über die Grundprobleme und Bedingungen wirtschaftlichen Wachstums spricht, unterscheidet man gewöhnlich zwischen zwei Gruppen von Ländern: denjenigen, die eine freie oder ziemlich freie Marktwirtschaft haben, und denjenigen, die Zwangswirtschaft, nämlich zentralisierte Planwirtschaft betreiben. Diese Unterscheidung läßt indessen außer acht, daß es schon längst keine völlig freien Marktwirtschaften mehr gibt. Vielmehr setzt sich die Meinung durch, daß — ich zitiere *Keynes* — eine zentrale Verwaltung von Sachen nicht mehr der Initiative der einzelnen Person zu überlassen ist. Er spricht dann von der Sozialisierung der Investitionen usw. Ich darf auch *Schumpeter* zitieren, der sich ziemlich skeptisch über die weitere Entwicklung der freien Marktwirtschaft in der kapitalistischen Gesellschaft äußerte, der von dem administrativen Kapitalismus sprach usw.

Wenn das so ist, so muß man sich fragen, wohin die Entwicklung führt, zur freien oder zur immer begrenzteren Marktwirtschaft. Die Meinungen darüber sind, wie wir wissen, sehr verschieden und die Differenzen sehr groß. Aber damit, wohin die Tendenz führt, hängt eng die Frage des stetigen Wirtschaftswachstums zusammen, ebenso die Frage der weiteren möglichen staatlichen Interventionen. Ich halte die Frage, in welcher Richtung die Tendenz der Entwicklung der Marktwirtschaft verläuft, nicht für eine philosophische Frage, sondern für eine rein wirtschaftliche Frage. Ich bin der Meinung, die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaften ist, nicht nur von der Alternative „freie Marktwirtschaft oder Zwangswirtschaft" auszugehen, sondern weitere Untersuchungen anzustellen, um die Frage zu beantworten: Unter welchen Bedingungen ist eine freie Marktwirtschaft möglich, und wohin tendiert die Entwicklung der Wirtschaft in den westlichen Ländern?

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wenn man von den sozialistischen Ländern spricht, denkt man immer an eine streng zentralisierte Wirtschaft. Ich meine, daß man auch hier eine zu starke Vereinfachung vornimmt. Die Entwicklung der Wirtschaft in Jugoslawien hat nämlich gezeigt, daß auch eine sozialistische Wirtschaft eine freie Marktwirtschaft entwickeln und ausbauen kann. Das zeigen die Attribute dieser Wirtschaft, nämlich „freie Konkurrenz zwischen den Unternehmungen" — obwohl das Eigentum der Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum ist —, „freie Bildung der Preise" — nicht auf allen Gebieten, aber die meisten Preise werden frei gebildet —, „freie Wahl der Investitionen" unter bestimmten Bedingungen und zuletzt „Dezentralisierung der Verwaltung der Wirtschaft". Die Lenkung vom Staat her ist nur bei der Feststellung der sogenannten Grundproportionen vorbehalten, nämlich bei der Einkommensverteilung und bei der grundsätzlichen Investitionsfrage, nämlich der Bestimmung der Größe der Investitionen und der Struktur der Investitionen. Wir hoffen, daß man, wenn die Fragen der Distribution gelöst sind, immer mehr dazu kommen wird, die freie Marktwirtschaft noch mehr zu erweitern und auszubauen.

Damit möchte ich sagen, daß die freie Marktwirtschaft nicht an bestimmte Gesellschaftsordnungen gebunden ist. In kapitalistischen Ländern ist, wie man weiß, das Erscheinungsbild der freien Marktwirtschaft ziemlich wandelbar. Die freie Marktwirtschaft hat dort die Tendenz zu immer stärkerer Begrenzung. In Jugoslawien hingegen hatte man zunächst eine streng zentralisierte Planwirtschaft, in der sich nun aber die Tendenz in der anderen Richtung zeigt, nämlich man strebt dort immer mehr zur freien Marktwirtschaft hin. — Das ist das eine Problem.

Das andere Problem bezieht sich auf das Verhältnis von unterster und oberster Grenze der Investitionen. Dieses Problem ist besonders für die unterentwickelten Länder sehr wichtig. Die Festlegung der untersten und der obersten Grenze der Investitionen spielt nämlich eine Rolle hinsichtlich der Lösung des Problems der Vollbeschäftigung sowie der Aufrechterhaltung eines ständigen Anstiegs des realen Einkommens. Dieses Problem ist meiner Ansicht nach noch einer weiteren theoretischen Bearbeitung bedürftig.

Das dritte Problem, das ich nur andeuten darf, ist das Problem der internationalen Aspekte des stetigen Wachstums, nämlich das Verhältnis zwischen den entwickelten und den unterentwickelten Ländern und die wechselseitige Abhängigkeit zwischen dem Wachstum in der einen und der anderen Gruppe von Ländern.

Anknüpfend an die Bemerkungen des Herrn Vorsitzenden Professor *Hoffmann* von heute morgen darf ich die Hoffnung aussprechen, daß

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

man auf den nächsten Tagungen der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften diesen Fragen: Verhältnis zwischen freier Marktwirtschaft und Gesellschaftsordnung, minimale und maximale Investitionen sowie internationale Aspekte des Wirtschafstwachstums, mehr Zeit und Beachtung widmen wird. Dadurch würde zu einer Lösung der Problematik des Wirtschaftswachstums sehr viel beigetragen werden. Das ist eine Problematik, die nicht nur uns als Angehörige der unentwickelten Länder betrifft, sondern das ist auch eine Problematik der entwickelten Länder.

Prof. Dr. Dimitrios *Delivanis* (Saloniki):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich hatte die Absicht, einen Punkt in dem Referat *Paulsen* und einen Punkt in dem Referat *Bickel* zur Sprache zu bringen. Aber da die Zeit, die zur Verfügung steht, nur kurz ist, werde ich mich darauf beschränken, auf das Referat *Paulsen* einzugehen, und wahrscheinlich dann in einer anderen Diskussion auf das Referat *Bickel* zurückkommen.

Der Punkt, auf den ich hier eingehen wollte, ist die von Professor *Paulsen* vorgetragene Ansicht, daß es möglich sei, daß sich das Wachstum ohne Inflation vollziehe. Wenn wir aber die Inflation im modernen Sinne des Wortes auffassen, also als Zunahme der nominellen Einkommen ohne gleichzeitige Zunahme der verfügbaren Konsumgüter, glaube ich, daß es ganz unmöglich ist, Wachstum ohne Inflation zu haben. Wenn Wachstum besteht, so muß es bestimmt eine Inflation geben, und zwar ist diese Inflation die Folge der Zunahme der Einkommen.

Wenn ich Professor *Paulsen* recht verstanden habe, so hat er darauf hingewiesen, daß vor den Weltkriegen das Wachstum ohne Inflation vor sich gegangen sei. Aber in jener Zeit ist das Wachstum vor sich gegangen, ohne daß die Löhne und Gehälter eine entsprechende Vergrößerung erfahren haben. Ich glaube, daß Wachstum ohne Inflation zu Lasten der größeren Bevölkerungsteile heute praktisch unmöglich ist und daß das auch durch das russische Beispiel und durch die Entwicklung im allgemeinen bewiesen werden kann. Die Inflation geht gewöhnlich zu Lasten von jenen Kreisen vor sich, die am wenigsten organisiert sind und in der Politik des Alltags am schlechtesten vertreten werden. Also glaube ich, daß diese Inflation zu unserer Zeit nicht mehr zu Lasten der Arbeiter und Angestellten vor sich geht, weil letztere so gut organisiert sind, sondern daß sie hauptsächlich zu Lasten der Rentner und der Aktienbesitzer geht, die eine minimale oder gar keine Dividende bekommen, damit die Selbstfinanzierung ermöglicht wird. Die Lohnbezieher stehen ständig im Kampf um eine

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zunahme ihren nominellen Einkommen. Es hat eine Zeit gegeben, wo in Großbritannien eine jährliche Zunahme der nominellen Löhne von 4 % stattfand, ohne daß eine nennenswerte Produktionszunahme zu verzeichnen war. Das hat sich freilich in Englands Zahlungsbilanzschwierigkeiten ausgedrückt. Doch das liegt außerhalb des Referats *Paulsen,* der ja auf die Frage der Zahlungsbilanz nicht eingegangen ist.

Dozent Dr. Werner *Hofmann* (Wilhelmshaven):

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich bin in der Lage, mich unmittelbar an die Worte meines Herrn Vorredners anschließen zu können. Die Frage, ob permanente Zunahme des Realproduktes ohne Inflation möglich sei, ist in der Tat zu einer Grundfrage des wirtschaftlichen Wachstums in der Gegenwart geworden.

Prof. *Paulsen* hat sich zu der Überzeugung bekannt, daß inflatorische Tendenzen *nicht* wachstums-immanent seien. Faßt man „wirtschaftliches Wachstum" rein begrifflich, unter Absehung von allen näheren Umständen, unter denen es sich vollzieht, so trifft dies gewiß zu. Aber wirtschaftliches Wachstum geschieht immer unter konkreten Bedingungen, welche den Inhalt der Wirtschaftsordnung markieren. Hier können sehr wohl Inflationsneigungen am Werk sein, und zwar nicht nur vorübergehend, als Begleitsymptom eines „zyklischen" Aufschwungs, sondern mehr oder minder ständig und konditioniert durch „strukturelle" Gegebenheiten. Ich möchte zwei solcher Umstände erwähnen.

Den ersten stellt die auch vom Herrn Referenten zitierte Selbstfinanzierung der Unternehmungen dar. Diese Erscheinung ist nicht von heute, und sie beschränkt sich nicht auf die Bundesrepublik. *Ist* die Spartätigkeit der individuellen Haushaltungen einmal gering geworden, so werden die Unternehmungen auf den Weg der Selbstfinanzierung ihrer Investition über den Markt und auf ein entsprechendes Preisverhalten einfach verwiesen. Und welche Notenbank wird unter diesen Umständen das Odium auf sich nehmen wollen, die Anbieter hierbei im Stich gelassen und ihre Preiserwartungen geld- und kreditpolitisch letzten Endes nicht honoriert zu haben? Heißt es nicht die Standhaftigkeit der Notenbank überfordern, wenn ihr eine auf Wahrung oder gar Steigerung des Geldwertes ausgerichtete Politik abverlangt wird, angesichts der Neigung der „öffentlichen Meinung", jeden Einbruch in das bestehende Preisniveau als den Anfang vom Ende der Hochkonjunktur zu betrachten?

Man wird einwenden, es gelte eben jene Situation ungenügender individueller Sparkapitalbildung, die eingetreten ist, zu überwinden

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und den seit langem wirkenden sozialen Tatbestand einer Erosion der kapitalbildenden Mittelschichten durch entsprechende Änderung der Einkommensstruktur rückgängig zu machen. Nun erscheint es freilich — ganz abgesehen davon, daß der Eingriff in die gegebenen Verhältnisse, die im übrigen der irreversiblen Situation eindeutiger Präponderanz der Groß-Industrie in der Welt von heute entsprechen, ein außerordentlich tiefer sein müßte — keineswegs als ausgemacht, daß eine Änderung der Einkommensverteilung heute die alte „Spar"-Bereitschaft wiederbringen würde. Die habituelle Einkommensverwendung selbst hat sich geändert, sie ist konsumorientiert; und die einmal eingetretene Veränderung hat ihr eigenes Schwergewicht erlangt, das weiterwirkt, auch wenn die Ursache, die einmal hierzu geführt hat, entfallen sollte. Ferner würde ein Abbau der Selbstfinanzierung den Beteiligten den Verzicht auf ein als *möglich* bereits erprobtes Preisverhalten am Markt auferlegen. Wer wird hier den Anfang machen und wider sein eigenes Interesse handeln wollen, solange der Preis den Preis drängt? Auch eine etwaige Erhöhung der Dividenden-Ausschüttungen würde dem resp. Unternehmen bzw. Industriezweig nicht Gewähr dafür bieten, daß das ausgeschüttete Kapital über den Kapitalmarkt zu ihm selbst zurückkehrt; das Kapital kann sich anderswohin wenden. Ich darf mich beziehen auf das, was der Herr Referent mit berechtigtem Nachdruck über die Nichtidentität von einzel- und gesamtwirtschaftlichem Interesse ausgeführt hat.

Einen zweiten, mit dem ersten in gewissem Zusammenhang stehenden Umstand, den man als inflations-konditionierend oder als deflations-prävenierend anzusehen hat, stellt die beschleunigte Entwicklung der Investitionsgüterindustrien dar. Auch diese Erscheinung ist seit längerem und in allen führenden westlichen Industrieländern zu beobachten. Infolge der beschleunigten Entwicklung der Investitionsgüterindustrien entspringen ständig neue Verbrauchereinkommen, deren Einstrom in die Märkte der Konsumgüter die Sicherung oder allmähliche Erhöhung des Preisniveaus nun „objektiv" ermöglicht.

In diesem Zusammenhang eine Bemerkung zur Frage der Lohnhöhe. Einzelwirtschaftliche und gesamtwirtschaftliche Sicht des Lohnes unterscheiden sich ebenso gründlich wie sich der *Kosten*aspekt des Lohnes (genauer hier: der Lohnsumme) vom *Einkommens*aspekt des Lohns unterscheidet. Der *einzel*wirtschaftlich „richtige" Lohn ist sicherlich der im optimalen Verhältnis zum *Ertrag* stehende. Der *volks*wirtschaftlich „richtige" Lohn dagegen ist der, welcher das jeweilige Angebot an Konsumgütern deckt, unter Wahrung von Preisniveau (bzw. Lebenshaltungskosten) und Geldwert oder deren Anpassung an die Entwicklung der Produktivität. *Jeweils* besteht ja eine bestimmte Proportion zwischen Investitionseinkommen und Konsum-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einkommen einerseits, zwischen Angebot an Investitionsgütern und Angebot an Konsumgütern andererseits, wenn sich auch diese Proportion selbst im Zeitablauf ändert. Die zunehmend „kopflastige" Entwicklung der Volkswirtschaft der fortgeschrittenen Industrieländer sorgt dafür, daß Selbstfinanzierung der Unternehmungen (unter Nicht-Ausschüttung eines gewissen Teiles der Gewinne) über günstige Preise nicht nur von den Unternehmungen selbst *angestrebt,* sondern auch von Seiten der Nachfrage selbst immer wieder *ermöglicht* wird.

Man mag die Tendenz zur Befestigung des Preisniveaus bedauern; aber man wird nicht umhin können, sich Rechenschaft darüber abzulegen, daß die Tendenz selbst tief genug eingewurzelt ist, um durch den Appell an den guten Willen der Beteiligten allein nicht aufgehoben zu werden. In eine gewordene Tendenz einzugreifen, die zwar nicht zu einer strikt zwangsläufigen, wohl aber zu der unter den bestehenden Bedingungen von allen Alternativen wahrscheinlichsten geworden ist, würde den Begriff staatliche „Intervention" weit übersteigen.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, mit einer Bemerkung über das Verhältnis von maximalem und optimalem Wachstum und seiner Beziehung zum ökonomischen Verhältnis zwischen „Ost" und „West" zu schließen. Nach dem Ausgangsreferat erscheint maximales Wachstum als die Losung des Ostens, während optimales Wachstum Sache des Westens sei. Nun bezeichnet auch „optimales" Wachstum zweifellos ein Wachstum, das *größenmäßig* vorzustellen ist, gleichgültig ob die Größe selbst statistisch faßbar ist oder nicht. Die im Referat genannten „Rahmenbedingungen" und der Grad ihrer Verwirklichung wirken gewiß auf den Wachstumsschritt ein. Aber ihre qualifizierende Hereinnahme in den Begriff des Wachstums selbst macht den für den Westen formulierten Wachstumsbegriff überhaupt inkommensurabel mit dem, der dem Osten zugewiesen wird. Der Unterschied zwischen „West" und „Ost" scheint mir in dieser Hinsicht nicht darin zu liegen, daß jener „optimales", dieser „maximales" Wachstum erkoren habe, sondern vielmehr im *Mechanismus* der Durchsetzung der Wachstums*proportionen.* Die *Bedingungen* der Realisierung des im einen wie im anderen Falle erstrebten *maximalen* Wachstums sind verschieden. Auf der einen Seite steht zentraler Entscheid, der in erster Linie von der *gewollten* Größe der volkswirtschaftlichen *Gesamt*investition ausgeht. Der Staat hat hier zugleich die Möglichkeit, durch große Investition entstandene Überschüsse an Konsumkaufkraft immer wieder (evtl. über den Markt selbst) zu *resorbieren.* Auf der anderen Seite steht marktwirtschaftlich-kaufkraft*bedingte* Entwicklung, die gerade darauf *verwiesen* ist, daß einmal enstandene Kaufkraftströme ihren Weg vollenden und sich auswirken. Der wirt-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schaftliche Wettbewerb aber zwischen „West" und „Ost" geht um den *maximalen* Zuwachs, und zwar des *Real*produkts. Hier muß die Entscheidung um die Meinung der Welt fallen, soweit diese selbst ökonomisch fundiert ist.

Prof. Dr. Fritz *Ottel* (Aachen):

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr *Paulsen* hat in seinem Referat die Gesellschaft freier Menschen als Datum hingestellt, das durch die Konjunktur- bzw. Wachstumspolitik nicht beeinträchtigt werden solle. Die „Gesellschaft freier Menschen" soll also nicht nur im Feiertagskleid, sondern auch in der Wirtschaft existieren. Herr *Paulsen* behandelte hier, und zwar in Zusammenhang mit dem wachsenden Staatskapitalismus, mit dem wachsenden Staatseinkommen, den sogenannten Umschlag der Quantität in die Qualität. Dieser Umschlag der Quantität in die Qualität ist ja bekanntlich von *Hegel* festgestellt worden, hatte aber dort eine ganz andere Bedeutung als im Marxismus, wo nämlich die Quantität alles sein soll und die Qualität nur eine Folge der Quantität ist. Bei *Hegel* ist die Qualität das Primäre, und das möchte ich nun herauskehren.

Es war im Vortrag von Herrn *Paulsen* die Rede davon, daß wir eine Gesellschaftsordnung brauchen, welche freien Warenfluß ermöglicht. Wir haben heute in soundsovielen Sektoren Unmöglichkeit und Erschwerung des Warenflusses. Herr *Paulsen* nannte die Agrarwirtschaft. Er hätte ebenso die Verkehrswirtschaft nennen können, oder auch die Rentenreform, welche ex ante — nicht ex post — eine Besteuerung der Ersparnis mit rund 50 % darstellt.

Des weiteren muß von staatlicher Seite die Qualität jedenfalls geachtet, d. h. die Entschlußfähigkeit der Wirtschaftssubjekte möglichst nicht behindert werden. Da kommen wir zu einer ganz merkwürdigen Sache. Wenn wir einige neue Publikationen über den Osten lesen, z. B. von *Djilas* oder von *Wannenmacher* über das „Land der Schreibtischpyramiden" — und wir können deren Beobachtungen jederzeit aus sonstigen Berichten verifizieren —, stellen wir fest, daß das Emporkommen einer neuen Klasse zu verzeichnen ist, die Manager staatlicher Provenienz, eine neue Klasse, welche sich mehr und mehr in die Gesellschaft einschiebt. Da haben wir ein soziales Problem, das mutatis mutandis auch bei uns eine Rolle spielt und mit wirtschaftlichen Mitteln einfach nicht gelöst werden kann.

Die quantitative Betrachtungsweise versagt auch, wenn wir z. B. von den privaten Ersparnissen reden. Wenn jemand Ersparnisse hat, ist er ein anderer Mensch; er hat nämlich eine gewisse Selbständig-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

keit, sei es, daß er ein Häuschen, sei es, daß er ein kleineres oder größeres Kapital besitzt. Es kommt nicht nur auf die Quantität an, sondern auf die breite Streuung des Eigentums. Da wir nun einmal Kapital im höchsten Maße brauchen, um technisch auf der Linie zu bleiben und womöglich fortzuschreiten, ist es notwendig, daß der Kapitalbesitz in breitestem Maße gestreut wird. Denn wohin sollten wir kommen, wenn wir auf der einen Seite nicht den Staatskapitalismus wollen und auf der anderen Seite sagen, die Unternehmungen sollten nicht Selbstfinanzierung treiben? Sie sollen Selbstfinanzierung treiben, aber unter Streuung des Besitzes in weitestem Maße durch Partnerschaft.

Als viertes möchte ich die Geldpolitik nennen. Auch diese kann nicht von staatlicher Seite allein gemacht werden; ich verweise diesbezüglich auf die Schriften von *Rittershausen* und *Andreae*.

Fünftens nenne ich den Abbau der Staatstätigkeit nach jeder Hinsicht im Sinne der Schriften von *Ammon* und *Muthesius*.

Berücksichtigen wir dies, dann werden wir vielleicht die Grundlage dafür schaffen, daß die Wirtschaftsentwicklung auf einer freiheitlichen und dezentralisierten Basis vor sich geht. Ich schließe mich hier den Ausführungen von Herrn *Niehans* an.

Schlußwort des Referenten Prof. Dr. Wilhelm *Bickel* (Zürich):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit und der Tatsache, daß sich die meisten Diskussionsredner mit dem Referat von Herrn *Paulsen* beschäftigt haben, kann ich mich außerordentlich kurz fassen. Herr *Jecht* hat ja ohnehin die Liebenswürdigkeit gehabt, meinen Ausführungen im wesentlichen zuzustimmen, so daß ich dazu nicht mehr viel zu sagen brauche. Ich kann mich daher darauf beschränken, einige wenige Bemerkungen zu dem zu machen, was Herr Dr. *Kloten* gesagt hat.

Herr Dr. *Kloten* hat vor allem auf die bedeutenden Zweckkollisionen zwischen den verschiedenen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, die man mit der Finanzpolitik verbindet, sowie auf die möglichen Kollisionen zwischen den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen einerseits und den rein fiskalischen Zielsetzungen anderseits hingewiesen.

Nun habe ich ja meinerseits diese Antinomien zugegeben. Es ist daher vielleicht mehr eine Frage des Gradunterschiedes, wie stark man diese Antinomien bewerten will. Herr Dr. *Kloten* hat mehrere Beispiele angeführt. Eines dieser Beispiele schien mir allerdings nicht ganz überzeugend. Ich weiß nicht, ob ich Herrn Dr. *Kloten* vielleicht mißverstanden habe. Er wies auf die alte Schutzzollantinomie zwischen den Interessen des Fiskus und denen der Protektionisten hin.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich hatte das Beispiel ursprünglich selber in meinem Referat, habe es dann aber gestrichen. Gerade die Erfahrungen, die man mit den Schutzzöllen gemacht hat, scheinen doch zu zeigen, daß sich Fiskus und Protektionisten sehr gut verständigen können, auch wenn zwischen dem Interesse des Fiskus, der hohe Einnahmen erzielen will, und dem Interesse der Protektionisten, die am liebsten keine Einfuhr und also auch keine Zolleinnahmen hätten, scheinbar eine grundsätzliche Antinomie besteht. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß in der Einkommenspolitik die Antinomie zwischen hoher Spartätigkeit und Einkommensredistribution vielleicht dann aufgelöst werden kann, wenn man sich darüber klar wird, daß mit einem raschen Wirtschaftswachstum auch den ärmeren Schichten der Bevölkerung besser gedient ist als mit einer Politik zu weit getriebener Einkommensredistribution.

Ich will aber zugeben, daß die Gradunterschiede, die in unserer Auffassung hinsichtlich solcher Antinomien bestehen mögen, beträchtlich sind und daß es zum Teil gerade hierauf ankommt.

Ich bin nur der Ansicht, daß wir die sich hier stellende Aufgabe lösen *müssen,* d. h. wir stehen vor der Alternative „Vogel, friß oder stirb". Wir stehen vor dem Problem, eine rationale Finanzpolitik zu treiben, und können uns dieser Aufgabe gar nicht entziehen. Das Eingeständnis, daß wir das Problem des Ausgleichs der verschiedenen Zielsetzungen nicht in der einen oder anderen Weise lösen können, wäre meines Erachtens zugleich das Eingeständnis des Bankrotts unseres Wirtschaftssystems.

Schlußwort des Referenten Dr. Andreas *Paulsen* (Berlin):

Meine Damen und Herren! Es ist für mich nicht ganz leicht, aus der Fülle der Bemerkungen die herauszugreifen, an die ich noch einmal anknüpfen möchte. Ich bitte die Kollegen, auf deren Beiträge ich nicht eingehe, nicht zu meinen, ich verkennte die Bedeutung ihrer Ausführungen. Zum Teil müßten die Ausführungen eine gewisse Vertiefung erfahren, damit man sie in den Griff bekommt; es ist sehr schade, daß die Zeit das nicht ermöglicht. Ich denke dabei etwa an die Ausführungen des Kollegen aus Belgrad. Zum Teil müßten wir uns zunächst über die Definitionen verständigen, bevor wir weiter argumentieren können. Das gilt etwa für die von Herrn *Hofmann* verwendete Definition der Inflation oder für die Umschreibung des „richtigen Lohnes" durch die Bemerkung, es sei der richtige Lohn gefunden, wenn das Angebot von Konsumgütern — ich darf annehmen: zum gegebenen Preis — von der Nachfrage aufgenommen wird. Was Herr Kollege *Rüstow* ausführte, findet meine volle Zustimmung. Er hat einiges, was ich der Kürze halber nicht sagen konnte, nachgetragen. Dafür bin ich dankbar.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich darf mich nun vor allem den beiden Diskussionsbeiträgen von Herrn Kollegen *Niehans* und von Herrn Kollegen *Kromphardt* zuwenden.

Ich habe von Herrn Kollegen *Niehans* mit einem gewissen Mißtrauen seine Feststellung gehört, ich hätte die Behandlung dieses verquickten Problems „fast künstlerisch" vorgenommen. Wenn ich Sie, lieber Kollege *Niehans,* richtig kenne, so weiß ich nicht, ob das als ein Lob gedacht war (Heiterkeit); und wenn schon, so hätte ich mich mehr gefreut, wenn Sie mich bei dieser Gelegenheit mit der Ihnen eigenen charmanten Ironie als „Moralisten" bezeichnet hätten. Denn ich glaube, in meinen Ausführungen zum Ausdruck gebracht zu haben: Wollen wir doch wahrhaftig sein, wollen wir doch sehen, was ist, um aus der klaren Erkenntnis dessen, was ist, ableiten zu können, wie das werden kann, was unserem Willen nach sein soll. Ich versuchte zu zeigen, daß der Wirtschaftsablauf kein mechanischer Prozeß ist, keine Entwicklung, die sich — das würde ich dem Herrn aus Belgrad entgegenhalten —nach einem ehernen, feststehenden Gesetz vollzieht. Vielmehr geschieht das, was wir tun, oder das, was wir geschehen lassen. Daß diese Dinge selbstverständlich unter den Bedingungen der Realität, der harten Tatsachenwelt stehen, daß wir nicht unsere Ideale gleichsam in einen leeren Raum hineinprojizieren können, das darf ich als selbstverständlich unterstellen.

Gewiß haben Sie recht, wenn Sie sagen, das ganze Problem sei ungeheuer vielfältig, und wir hätten es nur ankratzen können. Was haben wir bisher mehr getan, als Modelle zu basteln? Ist es uns gelungen, die Ehe zu schließen, von der Sie sprachen, oder gar die Kinder zu zeugen, die Sie von der Ehe erwarten? All das ist Zukunftsmusik. Unter diesen Umständen bitte ich Sie zu berücksichtigen, daß ich nicht anders verfahren konnte als in der Art, die Sie als „künstlerisch" bezeichneten und die ich als das Setzen von Akzenten bezeichnen möchte mit dem Vorbehalt, daß andere die Akzente anders setzen werden. Ob Sie, Herr Kollege *Niehans,* die von mir gewählte Akzentsetzung als positiv ansehen oder nicht, ist Meinungsache, leider! Denn wann werden wir Wirtschaftswissenschaftler uns unwohler fühlen, als wenn wir sagen: das ist Meinungssache!? Wir sind doch erst dann zufrieden, wenn wir eine Aussage machen können, die durch Beweisführung als richtig erwiesen werden kann. Hoffentlich kommen wir einmal so weit. Ich möchte jedenfalls Ihrem Optimismus in bezug auf gewisse Dinge nicht ohne weiteres meine Zustimmung geben.

In einem Punkte darf ich eine Korrektur anbringen: Ich habe die Löhne ausdrücklich nicht als Ursache für die Inflation anerkannt, sondern ich habe das unterstellt mit dem Vorbehalt, daß ich mich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dieser Auffassung nicht anschließe. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß wir Umsetzungsprozesse feststellen, die offenbar nicht lohngesteuert sind. Worauf es mir aber ankam, war die Feststellung, daß z. B. in der Landwirtschaft der USA in großem Umfange produziert wird, was zu den gegebenen Preisen nicht abgesetzt werden kann, das heißt doch: bewußt „Überproduktion" produziert wird. Die staatlichen Läger an Agrarprodukten in den Vereinigten Staaten betragen etwa 8 Milliarden Dollar. In diesem Punkt sehe ich ein Versagen der Steuerung der Marktwirtschaft.

Herr Kollege *Kromphardt,* Sie haben mich mißverstanden, wenn Sie sagten, ich hätte gefordert, daß wir nicht maximales, sondern optimales Wachstum anzustreben hätten. Sie haben die Gewissensfrage gestellt, was denn optimales Wachstum sei. Zunächst einmal habe ich das nicht gefordert, sondern deduktiv folgenden Schluß gezogen: Es gibt offenbar ein maximales Wachstum — es wird auch in den Wachstumsmodellen verwendet —; dieses nach den Investitionen, der Technik, der Kapitalausstattung maximale Wachstum könnten wir uns als durch die Wachstumsrate repräsentiert vorstellen, die die Sowjetwirtschaft erzielt, vorbehaltlich einiger Einschränkungen durch das sowjetische Dogma. Ich habe erklärt: Wenn wir aber in unserem Wirtschaftssystem als Postulat aufstellen, innerhalb des Wachstums soll mitverwirklicht werden a) die Erhaltung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, b) stabiler Geldwert, c) soziale Gerechtigkeit in der Verteilung und d) hohe und stabile Beschäftigungslage, — dann können wir offenbar nicht jedes Mittel verwenden, um zu dem maximalen Wachstum zu kommen, sondern die Einhaltung dieser Postulate fordert die Aufstellung des Begriffs „optimales Wachstum". Hiermit ist ein Wachstum gemeint, das die Aufrechterhaltung dieser Postulate gewährleistet. Wenn Sie mich fragten, was denn dieses optimale Wachstum sei, würde ich sagen: es ist zunächst einmal eine politische Entscheidung, und wir Wirtschaftswissenschaftler hätten hier den politisch entscheidenden Stellen Hilfestellung zu leisten, indem wir im Sinne von Max Weber die Möglichkeiten, die Lösungen, das miteinander Vereinbare herauszustellen und klarzulegen versuchen.

Sie haben mit Recht gesagt, verzerrt sei im Grunde jedes Wachstum, und haben gefragt: Wo haben wir den Maßstab für ein unverzerrtes Wachstum? Wir könnten die Frage so verfolgen, daß wir uns in die Tiefen und Untiefen der Aufstellung von Wohlfahrtsfunktionen begeben. Das wollen wir lieber nicht tun, denn wir sind uns wohl einig, daß uns das nicht weiterhilft. Aber, Herr *Kromphardt,* haben wir nicht den Begriff des Gleichgewichtes? Haben wir nicht die Möglichkeit, mindestens theoretisch zu bestimmen, daß wir von einem Gleichgewicht sprechen, wenn die Grenzproduktivität der Faktoren

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in allen ihren Einsätzen die gleiche ist, in Verbindung mit dem Preis des Produkts usw.? Könnten wir denn nicht sagen, es gibt so etwas wie eine Verzerrung der Produktionsstruktur im Wachstum, wenn sich herausstellt, daß gewisse niedrigere Grenzproduktivitäten verwirklicht und gewisse höhere nicht verwirklicht werden, — unser altes Problem aus der Monopoltheorie, aus der Theorie der Oligopole?

Sicherlich werde ich nie sagen, ein so umschriebenes Wachstum sei das optimale Wachstum, sondern wir müssen hier zunächst einmal nach einem Hilfsmittel suchen, um eine Grundlage dafür zu haben, welches Wachstum wir als verzerrt und welches wir als nicht verzerrt bezeichnen. Hier muß ich feststellen, daß ich im Sinne der, wenn Sie wollen, zunächst statischen, aber immerhin der Gleichgewichtstheorie unterstelle, daß wir ein Gleichgewicht erreicht haben, wenn durch keine Umsetzung der Produktionsfaktoren mehr eine höhere Produktion erfolgt, d. h. keine höhere Grenzrate der Produktivität erreicht werden kann.

Nun kommt die berühmte und berüchtigte Frage: Unter welchen Bedingungen ist das, was wir beide „Schutzapparaturen" genannt haben, wachstumshemmend bzw. wachstumsfördernd? Ich will unterstellen, daß beides möglich ist. Daß unter Umständen die Investitionsrate günstig beeinflußt wird, wenn ein gewisser Absatz garantiert ist, ist nicht zu bestreiten. Daß andererseits diese Apparaturen die Wachstumsrate ungünstig beeinflussen können, halte ich für evident.

Jetzt ein wichtiger Gesichtspunkt: Ich habe unterstellt, wir wollen das Wachstum mit marktkonformen Mitteln erreichen, d. h. durch Preissteuerung. Diese Schutzapparaturen aber, gleichgültig, wie sie die Rate des Wachstums beeinflussen, beeinflussen doch jedenfalls die freie Beweglichkeit der Preise. Hier habe ich nicht für das alte System gesprochen. Wenn wir aber meinen, daß wir diese Form des Wachstums mit Preissteuerung durchführen können, müssen wir uns auf die Konsequenzen und Voraussetzungen besinnen. Ich warnte davor, Fiktionen aufzustellen, die in der Tat nur noch Fiktionen sind und uns daran hindern, die Tatsache klarzustellen. Ich lasse völlig offen, ob es möglich wäre, eine allein marktkonforme Wachstumspolitik zu treiben. Aber wenn wir unterstellen, daß wir eine freie Marktwirtschaft einschließlich einer solchen Entwicklung, wie sie der Kollege aus Belgrad andeutete — also nicht im Sinne des Laisser-faire des Ausschaltens jeden Staatseinflusses — noch haben, so ist doch offenbar der Umfang der Staatseinflüsse negativ korreliert mit dem Grad, mit dem sich die Marktwirtschaft noch selbst steuern kann. Und wenn die Marktwirtschaft durch ihre Selbststeuerung überhaupt keine Tendenz zum Wachstum hätte, also zum stationären Zustand tendierte, dann wäre doch die Wirtschaftspolitik offenbar überfordert,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wenn man von ihr verlangte, sie solle mit marktkonformen Mitteln diese nicht zum Wachstum tendierende Marktwirtschaft in das Wachstum zwingen. Dann würde — das ist meine Sorge — die Wirtschaftssubstanz und die Wirtschaftssteuerung notwendig durch den Staat übernommen werden. Hoffentlich bin ich hier zu pessimistisch; ich würde mich freuen.

In dem letzten Punkt, Herr Kollege *Kromphardt*, bin ich mit Ihnen völlig einig, nämlich bezüglich der Notwendigkeit, daß Neuerungen nicht tabuiert werden dürfen. Es geht also in dem Sinne von *Schumpeter* um die Durchsetzung der Neuerungen. Wir erinnern uns, daß Schumpeter in seinem Buch „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie" die Meinung vertreten hat, die Monopole seien gar nicht neuerungsfeindlich, sondern im Gegenteil neuerungsförderlich.

Es wird auf eine ernste wissenschaftliche Erprobung ankommen, ob es uns gelingt, in dieser Fülle von Problemen mit den sich hier besonders dicht herandrängenden emotionalen Momenten gewissermaßen zunächst einige Führungsstraßen zu ziehen. Hier wartet auf uns die Arbeit von Jahrzehnten. In diesem Sinne konnte ich heute nur den Versuch machen, einiges anzudeuten.

Vorsitzender Prof. Dr. Fritz *Neumark* (Frankfurt a. M.):

Es ist in den letzten Äußerungen verschiedentlich von Optimismus und Pessimismus die Rede gewesen. Ich möchte mich meinerseits in diesem Falle zu den Optimisten rechnen insofern, als mir der Verlauf der heutigen Verhandlungen, die Art und Weise, wie die Referate gehalten, wie sie aufgenommen und diskutiert worden sind, ein gutes Vorzeichen für die Gesamttagung zu sein scheint.

Ich darf jetzt die Sitzung schließen, indem ich allen Beteiligten herzlich danke, insbesondere den Herren Referenten *Paulsen* und *Bickel*, ferner denjenigen, die durch ihre Diskussion dazu beigetragen haben, die Problematik des Themas unserer Tagung zu vertiefen, sowie schließlich allen, die so lange wacker ausgehalten haben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zweiter Tag

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zweiter Tag, Vormittag
Donnerstag, 9. Oktober 1958

Vorsitz: Professor Dr. Walter A. *Jöhr* (St. Gallen):

Vorsitzender Prof. Dr. Walter A. *Jöhr* (St. Gallen):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mir ist die Aufgabe zugefallen, in Vertretung von Herrn Professor *Lutz*, der nicht hier sein kann, heute vormittag den Vorsitz zu führen. Auf Grund der Tradition, die die beiden Vorsitzenden von gestern eröffnet haben, möchte ich dem Referat, das Sie sogleich hören werden, ebenfalls einige Worte vorausschicken.

Mit Recht wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, daß das Wachstum heute als ein Problem empfunden wird, während das früher nicht der Fall war. In vergangenen Jahrzehnten hat man sich vor allen Dingen mit der Entwicklung der Wirtschaftsordnung befaßt, während heute das eigentliche Wachstum, das Breiterwerden des Güterstroms und das Größerwerden des Realkapitals studiert werden. Früher verhielten sich die Nationalökonomen gegenüber dem Wachstum ähnlich wie die Eltern, die sich auch nicht speziell mit dem Wachstum ihrer Kinder befassen; sie sorgen bloß für ihre Ausbildung, sind bemüht, ihre moralische Entwicklung zu fördern, aber sie haben sich bisher — mit ganz gutem Erfolg — auf den Standpunkt stellen können, das Wachstum kommt von selbst. (Heiterkeit.)

Weshalb hat die Nationalökonomie diesen früheren Standpunkt überwunden? Ich glaube, es ist weniger die Sorge, daß plötzlich einmal das Wachstum aufhören würde. Es sind andere Probleme, die dazu geführt haben. Ein erster Impuls kam von der dynamischen Theorie, ein zweiter Impuls von der Tatsache, daß die unterentwickelten Länder außerordentlich darauf bedacht sind, den Vorsprung, den die fortgeschrittenen Länder inne haben, einzuholen. Sie sind bemüht, möglichst rasch zu wachsen. Hinzu kommt weiter, daß in der weltpolitischen Auseinandersetzung das Bemühen sowohl der Ostmächte wie der Mächte des Westens, möglichst rasch zu wachsen, immer mehr in den Vordergrund tritt, weil das Wachstum das Potential in wirtschaftlicher und wehrpolitischer Hinsicht erhöht. Diese Konkurrenz des Wachstums zeichnet sich zwischen den einzelnen Nationen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ab — Kollege *Niehans* hat das gestern schon angedeutet —, indem es gilt, möglichst rasch voranzukommen, um von den anderen nicht überholt zu werden.

Das sind wohl die wichtigsten Gründe, weshalb wir uns heute so eingehend mit dem Wachstum befassen.

Die Stetigkeit kann als ein Problem betrachtet werden. Aber es fragt sich vielleicht doch, ob dieses Problem so wichtig ist, wie es zunächst scheinen möchte. Sind effektiv die Konjunkturschwankungen in erster Linie Wachstumskrisen? Dieser Auffassung liegt eine Disproportionalitätstheorie zugrunde, die vielleicht dem Umstand nicht voll Rechnung trägt, daß die Depressionen in erster Linie sich selbst verstärkende kumulative Prozesse sind und daß die Marktwirtschaft an sich mit Disproportionalitäten auch ohne derartige Prozesse fertig werden könnte.

Ein weiteres Problem, das uns besonders interessiert, ist das des inflationsfreien Wachstums. Damit kommen wir zu einem der Hauptprobleme der Tagung von heute morgen, deren Referat wir jetzt hören werden.

Währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums

Von Dr. Heinrich Irmler, Düsseldorf

I. Die natürlichen Wachstumsvorgänge

1. Wenn ich heute die Aufgabe habe, über die währungspolitischen Bedingungen des Wirtschaftswachstums zu sprechen, so möchte ich mir zunächst eine Bemerkung erlauben, die die währungspolitischen Möglichkeiten abgrenzen soll. Ich bin der Überzeugung, daß mit monetären Mitteln ein langfristiges Wirtschaftswachstum dann *nicht* herbeizuführen ist, wenn die natürlichen Wachstumsbedingungen, wie Bevölkerungszunahme, technischer Fortschritt, auch vielleicht hinreichende Bodenschätze, nicht gegeben sind. Wenn somit die eigentlichen Wachstumsimpulse nicht aus dem monetären Bereich stammen, so folgt daraus, daß die Aufgabe der Währungspolitik grundsätzlich dahin zu gehen hat, von der Währungsseite her ein „Klima" zu schaffen, das der Realisierung der durch reale Gegebenheiten vorgezeichneten Wachstumsrate förderlich ist. Insbesondere darf die Währungspolitik keine Bedingungen setzen oder zulassen, die ausgesprochen wachstumshindernd wären. Die Währungspolitik legt damit keineswegs die Hände in den Schoß oder resigniert. Sie soll im Gegenteil, wenn es not

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tut, eingreifen, dem Wachstum zum Durchbruch verhelfen oder es begrenzen.

2. Die Wirtschaft „wächst", wenn der Sachkapitalbestand durch Investitionen vergrößert und damit die Güterproduktion — das Realeinkommen — gesteigert wird. Wächst das Sachkapital nur in dem Maße, wie nötig ist, um neu hinzukommende Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß einzugliedern, so wird im allgemeinen von „horizontalem" oder „extensivem" Wirtschaftswachstum gesprochen. Erhöht sich dagegen der Sachkapitalbestand pro Arbeitskraft, so liegt Kapitalvertiefung, „intensives" oder „vertikales" Wachstum vor. Im ersteren Fall bleibt die Güterversorgung pro Kopf die gleiche, wenn auch die gesamte Wirtschaft „wächst", im zweiten Falle steigt das Sozialprodukt je Kopf. Der Unterschied zwischen beiden Wachstumsformen, der zunächst theoretischer Natur ist, kann, wie zu zeigen sein wird, auch unter praktischen währungspolitischen Gesichtspunkten wichtig sein.

Investieren bedeutet Nichtverbrauchen, und Nichtverbrauchen bedeutet Sparen. Die mögliche Zunahme des Sachkapitalbestandes und der Güterproduktion, welche das Kennzeichen der wachsenden Wirtschaft bildet — d. h. der Gleichgewichtspfad des wirtschaftlichen Wachstums —, ergibt sich nach der bekannten Formel einerseits aus der Größe der Ersparnis im Verhältnis zum Volkseinkommen (Sparquote) und andererseits aus dem Kapitalkoeffizienten, der angibt, wieviel Kapitaleinheiten einer zusätzlichen Produktionseinheit entsprechen. Die üblichen Wachstumsmodelle berücksichtigen die Tatsache, daß jede Investition sofort Geldeinkommen schafft, andererseits aber nach ihrer Fertigstellung auch die Produktionskapazität der Wirtschaft ausweitet. Dem Einkommenseffekt wird der Kapazitätseffekt gegenübergestellt und hieraus die Folgerung abgeleitet, daß es zur Aufnahme der sich steigernden Produktion bei gleichbleibenden (also nicht fallenden) Preisen der Schaffung wieder neuer Einkommenseffekte bedürfe, die ihrerseits wieder nur durch neue Investitionen zu erzielen seien, und zwar wohl durch kreditfinanzierte Investitionen, denn sonst höbe sich ja der einkommensteigernde Effekt der Investitionen mit dem gleichgroßen einkommensmindernden Effekt der Ersparnisbildung auf. Der wachsenden Wirtschaft wohne also gleichsam aus der Sache heraus die Tendenz zu ständiger Wachstumsbeschleunigung inne. Ich gestehe, daß mir als Praktiker diese Folgerung Schwierigkeiten bereitet hat, denn schließlich muß ja der sich beschleunigende Wachstumsprozeß relativ rasch an die güterwirtschaftlichen Grenzen stoßen, womit er dann von den Währungsbehörden durch Kreditverweigerung gestoppt werden und in sein Gegenteil umschlagen müßte. Die Lösung des Dilemmas glaubte ich darin zu finden, daß nur die Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen Kapazitätseffekte haben, dagegen bestimmt

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht die sogenannten Lager- und Vorratsinvestitionen, die aber ja immer auch vorgenommen werden müssen, um die Anlageinvestitionen überhaupt in Gang zu setzen. Während aber die Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen in der Regel voll aus Ersparnissen (in vernünftigen Grenzen natürlich auch der Unternehmungen selbst) zu finanzieren sind, darf die Kreditpolitik weniger streng sein (und ist es auch), wenn es sich darum handelt, eben jene Lager- und Vorratsinvestitionen zu finanzieren. Hier ist der legitime Platz für die Betriebsmittelkredite der Geschäftsbanken. Ihnen stehen im allgemeinen keine eigentlichen Ersparnisse (also kein längerfristiger Konsumverzicht) gegenüber, sondern die normale Kassenhaltung von Haushalten und Betrieben, die bei den Banken als Sicht- und als Termineinlagen erscheint. So gesehen sind die Betriebsmittelkredite in der Tat „zusätzliche Kredite". Die Produktionsfaktoren erhalten durch diese Geldschöpfung Einkommen, so daß die neuen Produktionsanlagen ausgenutzt werden können und Nachfrage und Angebot jedenfalls von dieser Seite her annähernd im Gleichschritt zunehmen können. Betrachtet man die Dinge so, dann scheint mir die etwas fatale Tendenz zu ständiger Selbstbeschleunigung des Wirtschaftswachstums zu fehlen oder zumindest sehr stark gemildert zu sein.

In den Unternehmensbilanzen ist übrigens der angedeutete Sachverhalt deutlich zu sehen: Nur das Anlagevermögen ist mit Eigenkapital und langfristigen Fremdmitteln finanziert, das sogenannte Umlaufsvermögen aber zum größten Teil mit kurzfristigen Fremdmitteln, d. h. direkt oder indirekt mit Bankkrediten. Bei den vom Statistischen Bundesamt jährlich untersuchten 2000 Aktiengesellschaften ist diese „goldene Finanzierungsregel" im Durchschnitt strikt eingehalten. Natürlich gibt es in der Industrie und auch sonst in der gewerblichen Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft auch zahlreiche Maschineninvestitionen, die sich schon sehr bald, zumal unter dem Einfluß der degressiven Abschreibung, wieder in Geld zurückverwandeln, so daß sie ohne Verletzung gesunder Finanzierungspraktiken aus kurz- und mittelfristigen Bankkrediten finanziert werden können, zumal in den kurzfristigen Bankeinlagen stets auch gewisse stilliegende Beträge stecken, die der Sache nach Ersparnisse sind.

Der durchschnittliche Kapitalkoeffizient ist nach Untersuchungen, die Bombach im Weltwirtschaftlichen Archiv (Band 70 [1953] S. 110) wiedergegeben hat, nur langsam veränderlich; er nimmt mit steigendem Einkommen zu und ist in den USA von 1874/83 bis 1924/33 von 2,9 auf 3,9 gewachsen. Der marginale Kapitalkoeffizient — d. h. das Verhältnis der Nettoinvestition pro Jahr zur Produktions- bzw. Kapazitätsausweitung — soll mit rund vier allerdings sogar ziemlich konstant geblieben sein. Wenn man sich diese Relationen vergegenwärtigt,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

so waren die Zuwachsraten des Sozialproduktes in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren erstaunlich groß. Sie sind jedoch Sonderfaktoren zu verdanken, einmal dem Einstrom von 9 Mill. Flüchtlingen mit hohem Ausbildungsstand, sodann dem abnorm niedrigen Ausgangsniveau, vor allem aber dem vermutlich sehr hohen Kapazitätseffekt, den die Wiederaufbauinvestitionen der ersten Jahre (Stichwort: Wiederingangsetzung teilbeschädigter Kapazitäten) hatten. So nahm das Bruttosozialprodukt 1955 um 14,1 vH, 1956 um 10,1 vH und 1957 immer noch um 8,4 vH zu. Seit 1950 hat sich *je Einwohner* das Sozialprodukt in Deutschland verdoppelt, und auch nach Ausschaltung der Preissteigerungen hat es um 60 vH zugenommen. Bei dem angegebenen Kapitalkoeffizienten und stabiler Währung hätte das an sich eine abnorm hohe Spartätigkeit vorausgesetzt. Als „normal" sind in hochindustrialisierten Ländern mit einem bereits relativ hohen Volkseinkommen pro Kopf und demgemäß hoher Sparfähigkeit nachhaltige Wachstumsraten von 2,3 oder höchstens 4 vH anzusprechen. In den sogenannten unterentwickelten Ländern ist, ganz im Gegensatz hierzu, das Wachstum auf der Grundlage der eigenen Sparleistung oft nicht einmal ausreichend, um das Pro-Kopf-Einkommen zu halten.

3. Aber auch von einmaligen Forcierungen des Wachstums abgesehen, kann das Wirtschaftswachstum kaum über längere Zeiten hinweg stetig vor sich gehen. Das wurde bereits gestern gesagt. Oft werden exogene Vorgänge den Wachstumsprozeß beschleunigen, ihn manchmal aber auch verlangsamen, unterbrechen oder gar in sein Gegenteil verkehren. Die Währungspolitik kann derartige naturbedingte Schwankungen nicht verhindern, und sie soll auch den Versuch dazu nicht machen. Wachstumsschwankungen können weiter auch durch verändertes Verhalten der Menschen hervorgerufen werden. So ändert sich die reale Wachstumsmöglichkeit zu B. mit dem Steigen oder Fallen der Sparquote. Betrug die reale Wachstumsmöglichkeit zum Beispiel bei einer Sparquote von 10 vH und einem Kapitalkoeffizienten von 4 2,5 vH, so kann sie bei halbierter Sparquote nur 1,25 vH erreichen. Langfristig ist es nicht möglich, eine fehlende Sparkapitalbildung durch Kreditexpansion zu ersetzen, denn hierdurch würde die Währungsstabilität zerstört und auch die Struktur der Volkswirtschaft nachteilig verändert und der Wirtschaftsablauf erschwert. Die Bedingungen, unter denen die Kreditexpansion kurzfristig für fehlende Ersparnis eintreten kann, werden noch zu behandeln sein. Umgekehrt wird bei verdoppelter Sparquote im obigen Beispiel ein reales Wachstum von 5 vH eintreten, falls die Ersparnisse tatsächlich voll investiert werden. Die Kreditpolitik kann helfen, die monetären Bedingungen so zu setzen, daß die güterwirtschaftlich mögliche Investitionsquote auch tatsächlich erreicht wird. Da in der Geld-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und Kreditwirtschaft der Anstoß zur Geldschöpfung stets vom Kreditnehmer ausgeht, vermag sie dies aber dann nicht zu gewährleisten, wenn die Investitionsneigungn erlahmen sollte, wie *Keynes* es für die „reifen" Volkswirtschaften als unvermeidlich angesehen hat.

4. Die Wirtschaft wächst nicht immer in der gleichen Richtung. Mit steigendem Realeinkommen wechseln die Bedürfnisse. Die sich daraus ergebende fortlaufende Strukturwandlung der Wirtschaft, die in der bekannten „Bereichstheorie" nur sehr roh angedeutet wird, ist natürlich wachstumsrelevant. Es wäre verfehlt, von der Währungspolitik her Bedingungen schaffen zu wollen, die allen Sektoren der Wirtschaft ein gleichmäßiges Wachstum sichern sollen. Anpassungsschwierigkeiten, wie sie sich z. B. heute für die Landwirtschaft aus dem relativen Zurückbleiben des Ernährungssektors hinter der Gesamtsteigerung des Sozialproduktes ergeben, können grundsätzlich nur auf dem Subventionswege, aber nicht durch direkte oder indirekte Kreditausweitung gemildert werden.

Im übrigen könnte es in der Zukunft — das sei hier nur nebenher erwähnt, obwohl ich es für ungemein wichtig halte — mehr und mehr von Bedeutung für die Aufrechterhaltung eines langfristig stetigen Wirtschaftswachstums in den Industrieländern werden, ob es gelingt, auch die sogenannten unterentwickelten, aber ungemein volkreichen Gebiete der Erde in den Wachstumsprozeß einzubeziehen. Ich könnte mir vorstellen, daß Wachstumshemmungen eintreten, wenn das nicht gelingt, oder daß umgekehrt Wachstumsimpulse ausstrahlen, wenn der Lebensstandard auch in jenen Gebieten allmählich gehoben wird. Daß die Entscheidung hierüber allerdings nicht allein vom Wollen oder Nichtwollen der Industrieländer abhängt, ist klar.

II. Geldwert und Wirtschaftswachstum

1. Das Wirtschaftswachstum in der freien Welt ist sicherlich nicht unabhängig von der Geldwertentwicklung, vor allem aber ist die Einkommensverteilung hiervon abhängig. Mir ist es allerdings mangels statistischer Unterlagen nicht möglich, nachzuweisen, daß etwa im 19. Jahrhundert gerade bei sinkenden Preisen (nach 1875 bis in die 90er Jahre) die höchste Realeinkommenssteigerung stattgefunden habe oder daß — wie gestern auch erwähnt wurde — im 19. Jahrhundert gerade umgekehrt lange Perioden mit jährlich 2 vH Preissteigerung eine besonders hohe Wachstumsrate aufgewiesen hätten. Daß aber das Wachstum auch von der Geldwertentwicklung abhängen muß, geht schon daraus hervor, daß Inflation den Sparer entmutigt, Deflation aber den Investor. Da die Wahrheit meistens in der Mitte liegt, könnte man in der Stabilhaltung des Preisniveaus die beste Wirtschaftsförderung erblicken. Unbestritten ist das aber nicht, denn viele weisen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

darauf hin, daß die technische Entwicklung durch Auffindung immer rationellerer Produktionsmethoden und Maschinen die Produktionskosten verbillige, so daß das Preisniveau wenigstens der industriell erzeugten Güter natürlicher- und erwünschterweise allmählich sinken müsse.

Die Frage ist in der Tat schwierig. Zunächst ist der Begriff „Preisniveau" keineswegs eindeutig. Ich brauche in diesem Kreis nicht auf die Problematik einzugehen, die bereits jeder einzelne Index hinsichtlich seines Aussagewertes hat und die erst recht besteht, wenn es darum geht, einen das allgemeine Preisniveau repräsentierenden Index aufzustellen oder diesen Index über längere Zeiträume hinweg mit wechselnden Produkten zu verfolgen. Lassen wir diese Schwierigkeiten beiseite und unterstellen wir, daß es der Notenbank durch Kombination vielleicht von verschiedenen Indizes möglich ist, die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus in hinreichendem Maße zu beurteilen.

Die Aufgabe der Währungspolitik könnte nun z. B. dahingehen, dieses allgemeine Preisniveau möglichst stabil zu halten, wobei natürlich nicht relative Preisänderungen zu verhindern wären, sondern nur eine fühlbare Hebung oder Senkung des Gesamtniveaus. Wenn das Konsumgüterpreisniveau stabil gehalten werden soll, so setzt das unter den Bedingungen des technischen Fortschritts aber gerade die Unstabilität eines anderen Preises, nämlich des Preises für Arbeit voraus, also Lohnerhöhungen. Die Produktionskostenverbilligung nämlich, die im Zuge des technischen Fortschritts erzielt wird, würde sonst durch die Einwirkung der Konkurrenz die Preise sinken lassen und die Realeinkommen auf *diese* Weise erhöhen. Solange die Produktionskosten durch technischen Fortschritt sinken, und das ist ja gerade das Kennzeichen der wachsenden Wirtschaft, lautet also die Alternative: Entweder stabile Konsumgüterpreise und allmählich steigende Löhne oder stabile Löhne und fallende Konsumgüterpreise. Die Wahl zwischen beiden Möglichkeiten steht theoretisch an sich frei, hat aber, falls nicht alle Welthandelsländer sich in der gleichen Richtung entscheiden, Konsequenzen für eine dritte Art „Preisniveau", nämlich für das Exportpreisniveau eines Landes, das im Wechselkurs seinen Ausdruck findet. Man stelle sich vor, ein Land entschlösse sich — aus welchen Gründen auch immer, vielleicht gerade unter wachstumspolitischen Gesichstpunkten oder um das Sozialprodukt möglichst gerecht zu verteilen — zu der Alternative: Stabile Löhne — fallende Preise. Andere Länder, mit denen das Land in Handelsbeziehungen steht, wählen dagegen die andere Möglichkeit: Stabile Preise — Lohnerhöhungen. Es ist klar, daß die unterschiedliche Art der Wirtschaftspolitik in den Ländern bei stabil bleibenden Wechselkursen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

früher oder später zu außenwirtschaftlichen Spannungen führen muß. Denn das Preisniveau im einen Land fällt ja, in den anderen dagegen bleibt es stabil; die Währung des einen Landes wird also absolut und im Vergleich zu den anderen Ländern mehr wert, was eines Tages zur Wechselkurskorrektur oder zum Ausverkauf durch Zahlungsbilanzüberschüsse führen muß. Das gleiche gilt im Prinzip, wenn in verschiedenen Ländern etwa ein unterschiedliches Maß von Inflation herrscht. (Über die Problematik der Bestimmung des „richtigen" Wechselkurses soll hier nicht gesprochen werden.)

Zu entscheiden wäre, ob die Währungspolitik unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten primär das allgemeine Preisniveau im Binnenland oder aber den Wechselkurs stabil halten soll, falls die Entwicklung beider divergiert. (Die Stabilhaltung *keines* der verschiedenen Preisniveaus, d. h. die Inflation oder Deflation, scheide ich hier als mögliche *Ziele* der Geldpolitik aus; über die „schleichende" Inflation wird noch zu sprechen sein, sie wird wohl kaum als solche gefordert, sondern von ihren „Befürwortern" nur als angeblich unschädlich hingenommen.) Die Notenbankgesetze geben auf die gestellte Frage keine Antwort, vor allem deshalb nicht, weil, wie dargelegt, die verschiedenen möglichen Zielsetzungen, zu denen praktisch noch das Ziel der Vollbeschäftigung oder des höchstmöglichen Wirtschaftswachstums kommt, sich zum Teil gegenseitig ausschließen oder jedenfalls ausschließen können. Die Begründung zum Regierungsentwurf zum neuesten Notenbankgesetz der Welt, dem Gesetz über die Deutsche Bundesbank, legt dies ausdrücklich dar. Im Bundesbankgesetz § 3 heißt es daher auch ganz allgemein: „Die Deutsche Bundesbank regelt mit Hilfe der währungspolitischen Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, den Geldumlauf und die Kreditversorgung der Wirtschaft mit dem Ziel, die Währung zu sichern, und sorgt für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland." Ähnlich allgemein drücken sich das Gesetz über die Schweizerische Nationalbank und das Gesetz über die Bank von Japan aus. Dagegen ist die Aufgabenstellung im Gesetz zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Nationalbank (§ 2) neben der allgemeinen Aufgabenumschreibung schon etwas präziser, indem es dort heißt: „Sie (die Bank) hat mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß der Wert des österreichischen Geldes in seiner Kaufkraft im Inland sowie in seinem Verhältnis zu den wertbeständigen Währungen des Auslandes erhalten bleibt." Eine Aufzählung der möglichen, zum Teil heterogenen Zielsetzungen enthält z. B. das Gesetz über die Commonwealth Bank of Australia. Dort ist gesagt, daß die Bank 1. die Stabilität der Währung, 2. die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und 3. die ökonomische Prosperität und das

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wohlergehen des Volkes von Australien zu fördern die Pflicht hat. Man könnte die Beispiele, wie die einzelnen Notenbankgesetze die Aufgaben der Notenbanken völlig verschieden umschreiben, noch weiter fortsetzen.

2. In der Zeit der Goldwährung war bekanntermaßen die Wahrung der Stabilität der Wechselkurse das Ziel der Währungspolitik. Über mögliche andere Ziele der Währungspolitik wurde gar nicht gesprochen, sie lagen außerhalb der Vorstellungswelt. Die Länder, die sich dem „Goldautomatismus" (der beileibe kein Automatismus war, sondern höchst aktives Eingreifen mit überdies oft zweifelhaften Resultaten erforderte) verschrieben hatten, hatten damit im Grunde auf einen Teil ihrer wirtschaftspolitischen Souveränität verzichtet. Sie setzten ihre Wirtschaft infolge des Primats der äußeren Stabilität den Schwankungen der Weltkonjunktur in vollem Umfange aus. Man kann die Goldwährung m. E. schon deshalb nicht — ganz abgesehen von ihrer strukturellen Unelastizität — als Ideal der Währungsordnung in der heutigen Welt ansehen. Sie ist aber im übrigen — zumindest unter den Bedingungen der Gegenwart, aber auch wohl schon früher — kein sicherer oder gar automatischer Weg zur Maximierung des Wirtschaftswachstums. Das goldverlierende Land müßte unter dem System der Goldwährung seinen inneren Einkommenskreislauf drosseln, ohne Rücksicht sogar auf politische Folgen, die sich nach der gerade für uns Deutsche höchst unangenehmen geschichtlichen Erfahrung daraus für den Bestand der freiheitlichen Wirtschaftsordnung ergeben können. Auf der anderen Seite gibt es aber keine Garantie dafür, daß das goldempfangende Land seinerseits den Einkommenskreislauf entsprechend ausdehnt, damit das zwischenstaatliche Ungleichgewicht als solches verschwindet und die Restriktion im Goldabgabeland aufgehoben werden kann. In der Literatur werden noch weitere einleuchtende Gründe gegen den Primat der außenwirtschaftlichen Stabilität, wie er in der Goldwährung liegt, angeführt, so z. B. das absolut ungleiche Maß von Außenhandelsabhängigkeit der einzelnen Länder, das dahin wirke, daß ein Ausfuhr- oder Einfuhrüberschuß für *ein* Land höchst bedeutsam, für ein weitgehend autarkes dagegen kaum fühlbar sei, so daß es an der nötigen „Gegenseitigkeit" von Kontraktions- und Expansionsmaßnahmen fehle. Die Wiedereinführung der alten Goldwährung kann daher m. E. praktisch nicht in Betracht kommen, so sehr sie auch im Hinblick darauf empfohlen werden mag, daß der Geldwert (jedenfalls an den Großhandelspreisen in Deutschland und in den USA gemessen) von 1792 bis zum 2. Weltkrieg trotz aller Schwankungen im Zeitverlauf bei gleichzeitig enormem Wirtschaftswachstum in den Goldwährungsländern doch verblüffend stabil geblieben ist. Die Goldwährung wäre unter heutigen Bedingungen auf keinen Fall mehr zu realisieren; denn

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

keine Regierung, keine Gewerkschaft und auch nicht die Allgemeinheit irgendeines westlichen Landes nehmen nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise noch wie ehedem von außen kommende Schädigungen der eigenen Wirtschaft — Wachstumsunterbrechungen vor allem — tatenlos hin. Diese Einstellung ist eine Realität, sie braucht aber weder das Ende der internationalen Wirtschaftskooperation noch den Verzicht auf eine goldwährungsgemäße monetäre Disziplin zu bedeuten, wie ja auch die Entwicklung seit dem 2. Weltkrieg zumindest in einigen Ländern beweist.

3. Die Stabilhaltung des Wechselkurses kommt mithin unter dem Gesichtspunkt höchstmöglichen Wirtschaftswachstums als *primäres* Ziel der Währungspolitik nicht in Betracht. Im Divergenzfalle wäre also die Stabilhaltung des Binnenwertes der Währung vorzuziehen mit, wie bereits dargelegt, zwei extremen Möglichkeiten: Stabilhaltung der Löhne bei fallenden Preisen oder Stabilhaltung des Preisniveaus bei steigenden Löhnen. Es verlockt zweifellos, das wirtschaftliche Wachstum, ganz im Gegensatz zu manchen populären Vorstellungen, nicht mit allmählicher Geldwertminderung, sondern mit Geldwertsteigerung zu verbinden. Was könnte unter Wachstumsgesichtspunkten zugunsten der Politik des fallenden Preisniveaus und was dagegen sprechen? *Dafür* spricht m. E. in erster Linie, daß bei fallenden Preisen alle Einkommensbezieher — auch die von festen Geldeinkommen — an den Früchten des technischen Fortschritts automatisch teilnehmen. Man könnte sich so z. B. die Anpassung der Renten ersparen und Lohnkämpfe (theoretisch) vermeiden, denn die Löhne blieben ja stabil, zum mindesten wenn man den ständigen Strukturwandel der Wirtschaft mit dem Aufkommen immer neuer Produkte einmal wirklichkeitsfremd außer Betracht läßt. Die *Einwendungen* gegen eine solche Politik sind hauptsächlich psychologischer Natur: wenn das Geld im Laufe der Zeit *vorhersehbarerweise* real mehr wert wird, könnte die Investitionsneigung leiden, während umgekehrt die Sparneigung sehr gefördert würde. Zwar sänke hierdurch der Zins, aber es ist fraglich, ob das ausreicht, um die bei den Investoren entstehenden Hemmungen zu kompensieren. Überdies wird man sich nicht darauf verlassen können, daß die Preise derjenigen Produkte, deren Herstellung sich infolge technischer Fortschritte verbilligt, auch wirklich und sofort gesenkt werden. Vielleicht ist eher das Gegenteil wahrscheinlich, weil es immer längere Zeit braucht, bis sich Preissenkungstendenzen durchsetzen, und weil Preissenkungen darüber hinaus ein hohes Maß an Konkurrenz voraussetzen, während die moderne Wirtschaft durch weitgehende Monopolisierung und Kartellisierung gekennzeichnet ist. Soweit die Preise aber nicht sinken, steigen durch Kostensenkungen die Unternehmergewinne. Vermutlich werden die Gewerkschaften sich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auf ein solches Risiko nicht einlassen und lieber den „Spatz in der Hand“ behalten, indem sie höhere Löhne einhandeln, als der „Taube auf dem Dach“ nachjagen und auf Preissenkungen hoffen. Überdies mischt sich in der Praxis das Wirtschaftswachstum durch technischen Fortschritt unlösbar mit dem „horizontalen“ Wachstum, so daß der Geldumlauf auf alle Fälle vermehrt werden muß, weil bei einer vergrößerten Beschäftigtenzahl sonst nur ein geringer Lohn pro Kopf gezahlt werden kann. Um so weniger rasch setzen sich aber Preissenkungen durch.

Die hauptsächlichen Nachteile einer auf *Preisstabilität* statt auf fortlaufende Preissenkung gerichteten Währungspolitik ergeben sich zunächst aus der Umkehrung dessen, was als Vorteile der Lohnstabilisierungspolitik angeführt wurde: Lohnkämpfe, mit der Gefahr des Voraneilens der Löhne vor der durchschnittlichen Produktivitätszunahme, Notwendigkeit laufender Rentenanpassung und hohe Elastizität der Geldversorgung mit der Gefahr der Überdosierung im konjunkturellen Aufschwung. Die Vorteile der Preisstabilisierungspolitik erscheinen mir aber unter Wachstumsgesichtspunkten auf alle Fälle größer als ihre Nachteile. Wird nämlich das Preis*niveau* als solches stabil gehalten und nicht ständig herabgedrückt — die Fragwürdigkeit des Begriffs „Preisniveau“ einmal ausgeklammert —, so wird vor allem die Gefahr ausgeschaltet, daß die Geldpolitik die Investitionsneigung unbeabsichtigt dämpfen könnte. Andererseits geschieht dem Sparer bereits dadurch hinreichend Genüge, daß seine Ersparnisse im Realwert ungeschmälert bleiben. Sodann hat die Preisstabilität als Ziel der Währungspolitik die Massen und die Gewerkschaften auf ihrer Seite, wenn auch neuestens Umfragen von Meinungsforschungsinstituten ergeben haben sollen, daß die befragten Arbeiter ihre Realeinkommen lieber durch Preissenkungen als durch Erhöhung der Geldlöhne steigen sehen wollen. Eine solche Meinung ist wohl nur zeitbedingt, wenn, wie jetzt, der preistreibende Effekt von zuviel Lohnerhöhung evident wird.

4. Ich komme also zu dem Ergebnis, daß eine auf Stabilisierung des Preisniveaus gerichtete Währungspolitik am meisten wachstumskonform ist. Da sie in allen am Welthandel beteiligten Ländern, jedenfalls der Zielsetzung nach, wenn auch mit offenbar unterschiedlichem Erfolg, verfolgt wird, erleichtert sie auch die internationale Kooperation. Bei einer solchen Politik kommt es freilich entscheidend darauf an, daß sich die Preis*senkungs*tendenzen in Wirtschaftszweigen mit *überdurchschnittlichem* Produktivitätsfortschritt auch tatsächlich durchsetzen, da sonst die Gefahr besteht, daß die von den lohnintensiven Wirtschaftsbereichen — vor allem vom sogenannten tertiären Sektor — notwendigerweise ausgehenden Kosten- und Preissteigerungstendenzen das gesamte Preisniveau hochdrücken und damit die Preis-Lohn-Spirale

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in Gang setzen. Die Wirtschaftspolitik muß deshalb für eine wettbewerbsfreundliche Wirtschaftsverfassung sorgen und eine entschiedene Antikartellpolitik betreiben. Es war mir in diesem Zusammenhang hochinteressant und auch einleuchtend, gestern zu hören, daß der Wettbewerb *neuer* Produkte für entscheidend gehalten wird. Der Geldpolitik kommt dabei die wichtige Aufgabe zu, die für das Wirtschaftswachstum erforderliche zusätzliche Geldmenge zur Verfügung zu stellen, im übrigen aber die Geldversorgung so zu bemessen, daß sich der Wettbewerb voll auswirken kann und kein Spielraum für solche Lohnsteigerungen entsteht, die *nicht* durch den allgemeinen Produktivitätsfortschritt gerechtfertigt sind. Die Lohnpolitik ihrerseits sollte mangels eindeutiger Bemessungsgrundlagen das dem Produktivitätsfortschritt entsprechende Lohnniveau vorsichtig ansteuern, d. h. in der Praxis sollte weniger, als es der Produktivitätsfortschritt erlaubt, sofort in Lohnerhöhungen weitergegeben werden; denn später etwa nötige Korrekturen der Löhne nach oben wären immer möglich, während einmal vorgenommene inflationistisch wirkende Lohnerhöhungen nicht mehr rückgängig zu machen sind. Auch bei einer solchen Politik ließe sich im konjunkturellen Aufschwung ein Preisauftrieb wahrscheinlich nicht ganz vermeiden und sollte auch nicht völlig unterbunden werden. Die natürliche Kostensenkungstendenz in den kapitalintensiven Bereichen sollte es aber ermöglichen, solche Erhöhungen des allgemeinen Preisniveaus wieder zur Rückbildung zu bringen, ohne daß das Beschäftigungsniveau in Mitleidenschaft gezogen wird.

III. Internationale Kooperation als Wachstumsvoraussetzung

1. Wie wichtig die internationale Zusammenarbeit für die Steigerung des Realeinkommens, d. h. für ein stetiges Wirtschaftswachstum der am Welthandel beteiligten Länder ist, braucht nicht erörtert zu werden. Jedes Land spezialisiert sich zweckmäßigerweise auf die Herstellung derjenigen Güter, die es dank der bei ihm vorhandenen Produktionsfaktoren vergleichsweise günstig herstellen kann. In der Praxis wird freilich aus politischen und anderen Gründen das Idealbild der absoluten Spezialisierung *und damit die höchstmögliche Steigerung des Realeinkommens* nicht erreicht werden können. Gleichwohl erfordert die Sicherung möglichst stetigen und möglichst großen Wirtschaftswachstums, daß die Währungspolitik die Intensivierung des internationalen Handels fördert.

2. Hierzu gehört währungspolitisch gesehen in erster Linie die Einhaltung oder Herstellung „richtiger" Wechselkurse bei straffer monetärer Disziplin im Inneren. Denn falsche Wechselkurse führen zu internationalen Zahlungsschwierigkeiten, zu Ungleichgewichten der einzelnen nationalen Zahlungsbilanzen. Auf der anderen Seite kann man

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

freilich nicht sagen, daß ein Zahlungsbilanzungleichgewicht bereits ein sicheres Indiz für falsche Wechselkurse wäre. Die Bestimmungsgründe für die Wechselkurse sind vielfältig, sie sollen hier nicht analysiert werden. Wenn man beurteilen will, ob ein Zahlungsbilanzungleichgewicht nach Korrektur durch Wechselkursänderung ruft, so müssen die vielfältigen Bestimmungsgründe der Wechselkurse analysiert und gegeneinander abgewogen werden. Auch wäre z. B. zu berücksichtigen, in welchem Verhältnis die tatsächliche Höhe der Gold- und Devisenreserven eines Landes zu dem für den Schwankungsausgleich vernünftigerweise zu fordernden Reservensoll steht. Wechselkursänderungen sollten auf alle Fälle „ultima ratio" sein. Jedoch wird man unter Wachstumsgesichtspunkten nicht sagen können, daß *vor* einer Änderung des Wechselkurses *jede* innere Anpassungsmaßnahme, also auch etwa Deflation und Arbeitslosigkeit, zu stehen habe. Das hieße, der Wechselkursstabilität den Vorrang vor der inneren finanziellen Stabilität und dem Wirtschaftswachstum einräumen, wie es im System der Goldwährung nötig wäre. Allerdings ist unbedingt zu fordern, daß die innere finanzielle Stabilität, das Gleichgewicht zwischen freiwilliger Investition und freiwilliger Ersparnis, gewahrt werden muß. Wechselkursänderungen sind kein Ersatz für monetäre Disziplin, auch nicht unter Wachstumsgesichtspunkten. Die Wahrung der erwähnten Gleichgewichtsbedingung schließt natürlich nicht aus, sondern erfordert es im Gegenteil, daß bei entsprechend reichlich fließender Sparkapitalbildung — aber eben nur dann — Investitionen im Ausland vorgenommen, also Kapitalexporte getätigt werden, während bei fehlender innerer Ersparnis (siehe Entwicklungsländer) nach Möglichkeit von außen Kapital für Investitionszwecke hereinzunehmen wäre. Zur Erzielung eines Gleichgewichtswachstums in der Welt, das nicht nur die alten Industrieländer mit einem vergleichsweise bereits sehr hohen Lebensstandard, sondern insbesondere auch die sogenannten Entwicklungsländer berücksichtigt, sind solche zwischenstaatlichen Kapitalbewegungen unerläßlich, m. E. schon in naher Zukunft in viel größerem Umfang als heute angenommen und höchstwahrscheinlich nicht nur in privater Form, sondern à la Marshallplan besonders auch aus Steuermitteln. Die rechtlichen, politischen und sonstigen Voraussetzungen in den Empfangsländern zu schaffen, ist allerdings nicht Aufgabe und Möglichkeit der Währungspolitik.

3. Genauso wie das binnenwirtschaftliche Wachstum eine elastische Geldversorgung im Innern erfordert, so setzt die Maximierung des Welthandels und damit das Gleichgewichtswachstum in der Welt ein genügendes Maß an internationaler Liquidität voraus. Das Problem ist natürlich nicht neu, obwohl es gerade in letzter Zeit viel diskutiert worden ist. In der Vergangenheit ist das Problem, die Weltwährungs-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

reserven auszuweiten, zunächst durch die Konzentrierung der Goldbestände in den einzelnen nationalen Zentralbanken gelöst worden, dann durch Hinzunahme von Sterling- und Dollar-Devisenguthaben als eine Ergänzung der Goldwährungsreserven, und im Jahre 1933 schließlich wurde der Dollarpreis für Gold erhöht. Abgesehen davon, daß sich die Weltwährungsreserven besser verteilen würden, wenn alle Länder dieselbe monetäre Disziplin bewahren und die Gleichgewichtsbedingung im eigenen Hause einhalten würden — mit der allmählichen Wiedererholung Westeuropas haben sich die Reserven schon etwas besser verteilt, und vielleicht verteilen sie sich in der Zukunft noch gleichmäßiger —, bleibt die Steigerung der internationalen Liquidität wohl eine der Voraussetzungen für weitere, höchstmögliche Ausweitung des Welthandels. Die Schaffung neuer internationaler Kreditfazilitäten dürfte dabei vermutlich der am ehesten gangbare Weg sein. So sollen auf der in diesen Tagen stattfindenden Tagung des IWF in Neu-Delhi die Quoten beim Weltwährungsfonds um 50 % erhöht werden, und außerdem liegen amerikanische Vorschläge vor, das Kapital der Weltbank zu erhöhen und ein weiteres Tochterinstitut der Weltbank (International Development Association) zu gründen, um die Ausleihtätigkeit der Bank durch in weicher Währung rückzahlbare Kredite zu ergänzen und dadurch „das Tempo der wirtschaftlichen Entfaltung in den weniger entwickelten Mitgliedsländern der Bank zu beschleunigen". Allerdings muß bei der Schaffung neuer Liquidität durch Ausweitung der internationalen Kreditfazilitäten, genau wie im nationalen Bereich, streng darauf geachtet werden, daß bei der Investitionsfinanzierung nicht die Geldschöpfung an die Stelle der Ersparnisbildung gesetzt wird und daß nicht die Kräfte gelähmt werden, die auf die Wahrung monetärer Disziplin in den einzelnen Ländern hinwirken. Langfristige internationale *Kredite* — von Zuschüssen spreche ich jetzt nicht — sollten daher aus Kapitalmarktmitteln finanziert und auch zurückgezahlt werden — das bewährte Prinzip der Weltbank —, kurzfristige Kredite gleichsam zur Betriebsmittelergänzung dagegen nach dem System des IWF. Das System der EZU mit seiner automatischen und unbefristeten Kreditinanspruchnahme und Kreditgewährungspflicht erscheint unter diesem Gesichtspunkt reformbedürftig,

IV. Das Problem der Geldmengenregulierung

1. Wie sich aus der theoretischen Wachstumsanalyse und aus der Erörterung der zu verfolgenden geldpolitischen Ziele ergab, muß die Geldversorgung in der wachsenden Wirtschaft elastisch sein. Man braucht sich nur vorzustellen, wie die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland oder den USA verlaufen wäre, wenn die gesamte Geldmenge (Bargeld und Sichtdepositen) etwa seit 1890 konstant geblieben

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

oder jedenfalls nur im Ausmaß der Bevölkerungszunahme vergrößert worden wäre. Da zwischen der Goldproduktion als solcher und dem Bedürfnis der wachsenden Volkswirtschaften an Zirkulationsmitteln kein innerer Zusammenhang besteht, ist die Goldwährung auch von dieser Seite her nicht als die bestgeeignete Währungsordnung anzusehen. Wahrscheinlich mit Recht bringt die Wissenschaft die Preisschwankungen und Krisen im 19. Jahrhundert zum Teil mit den beträchtlichen Schwankungen der Weltgoldproduktion in Zusammenhang. Nach dem heutigen Stande der Erkenntnis der volkswirtschaftlichen und währungspolitischen Zusammenhänge darf die freie, manipulierte Währung als das verhältnismäßig bestgeeignete Instrument angesehen werden, um sowohl das finanzielle Gleichgewicht im Sinne von Kaufkraftstabilität wie auch ein optimales Wirtschaftswachstum zu erreichen.

2. Die frei manipulierte Währung stellt allerdings bedeutende Anforderungen an die Sachkunde und das Verantwortungsbewußtsein aller verantwortlichen Stellen. Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik müssen grundsätzlich auf das zu verfolgende währungspolitische Ziel abgestimmt sein, die Kreditpolitik kann in den meisten Situationen nicht allein die Last der Steuerung tragen. Das für die Währungspolitik im engeren Sinne, d. h. für die Geld- und Kreditpolitik verantwortliche Organ — in der Regel die Zentralbank — sollte nicht weisungsgebunden und muß auf jeden Fall den politischen Tageseinflüssen entzogen sein, denn sonst entsteht erfahrungsgemäß zu leicht die Gefahr, die in jeder Volkswirtschaft laufend vorkommenden relativen Preis-, Ertrags- und Strukturverschiebungen mittels geldpolitischer Maßnahmen erleichtern und sogar rein politische Aufgaben mit Geldschöpfung finanzieren zu wollen.

Daß die Zentralbank über ein nach den letzten geld- und kredittheoretischen Erkenntnissen ausgestattetes und diesen laufend anzupassendes Instrumentarium verfügen muß, um die volkswirtschaftliche Kredit- und Geldmenge wirksam kontrollieren zu können, ist selbstverständlich. Dabei können im Rahmen einer auf freier Unternehmerinitiative aufgebauten Wirtschaftsordnung grundsätzlich nur *in*direkt wirkende kreditpolitische Maßnahmen in Betracht kommen, d. h. die Maßnahmen der Zentralbank sind entgegen vielfältigen Interessentenwünschen *nicht* selektiv auf den Einzelfall abzustellen, sondern sie sollten *Global*maßnahmen sein. Was die technische Organisation des Geschäftsbankensystems angeht, so sind in erster Linie Vorkehrungen wichtig, die die Einhaltung der Gleichgewichtsbedingung J = S sichern helfen. In „normalen" Zeiten, d. h. bei annähernder Vollausnutzung der Produktionsfaktoren, sollten also grundsätzlich, wie erwähnt, nur Vorrats- und Betriebsmittelinvestitionen, aber keine Anlageinvesti-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tionen mittels Geldschöpfung finanziert werden können. Wenn dem Bankensystem gleichsam von Haus aus eine gewisse Elastizität gegeben ist und auch belassen werden muß, dann vor allem deshalb, weil stets auch Ersparnisse in nicht anlagefähiger Form getätigt werden, die als solche oft gar nicht ersichtlich sind (s. Bargeldhortung!), wohl aber durch Geldschöpfungsakte kompensiert werden müssen. Auf der anderen Seite muß aber auch Vorsorge dafür getroffen werden, daß erkennbar als solche gebildete Sparbeträge nicht im Bankensystem *versickern,* indem sie gleichsam systemwidrig nicht dem langfristigen Kreditgeschäft zugeführt, sondern für kurzfristige Betriebsmittelkredite verwendet werden. Ob das Bankgewerbe technisch nach dem Prinzip der Funktionentrennung organisiert ist oder ob der Mischbanktyp überwiegt, scheint mir grundsätzlich weniger bedeutungsvoll zu sein, als die grundsätzliche Trennung von „Geld" und „Kapital". Gewisse einheitliche Anlagerichtlinien zum Beispiel, die für jedes Kreditinstitut, das das Spargeschäft zu betreiben wünscht, zu gelten hätten, scheinen mir, so gesehen, nicht sinnlos zu sein. Die Bedeutung eines funktionierenden Kapitalmarktes, auf dem alle zu langfristiger Anlage bereiten Mittel — eben die Geldersparnisse — zusammenströmen und sich entsprechend der Langfristigkeit der zu finanzierenden Investitionen möglichst auch ihres liquiden, monetären Charakters entkleiden, *kann gerade unter Wachstumsgesichtspunkten gar nicht überschätzt werden.*

3. Die Quantifizierung der zulässigen und erforderlichen Geldmenge ergibt sich naturgemäß nicht aus der Theorie über das Wirtschaftswachstum. Das wäre auch wohl kaum die Aufgabe der notwendigerweise mit Verhaltenskonstanten arbeitenden Wachstumsmodelle. Auch die sogenannte Handelskredittheorie des Geldes, die den meisten Notenbankgesetzen noch insofern zugrundeliegt, als nur „Handelswechsel" angekauft werden dürfen, garantiert bekanntlich ebenfalls keine zutreffende Geldmengenbemessung. Die Kreditpolitik muß sich praktisch an einer Vielzahl von Symptomen orientieren. Technisch ist dafür vor allem erforderlich, daß eine gut ausgebaute Wirtschafts- und Kreditstatistik vorhanden ist, welche die notwendigen Daten als Unterlagen für die zu fassenden währungspolitischen Entschlüsse liefert. Nach Möglichkeit sind nicht nur Daten und Zahlen aus vergangenen Perioden heranzuziehen, so wichtig diese auch sind — etwa Preisstatistiken oder die Zahlen über die Arbeitslosen und Beschäftigten oder über die Industrieproduktion —, sondern vor allem Symptome, die auf den künftigen Gang der Entwicklung schließen lassen. Fortlaufende zuverlässige Repräsentativerhebungen über die Investitionsplanungen der Industrie und über die Lagerentwicklung — beide sind in den USA vorhanden, in Deutschland aber teilweise noch

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht — lassen wenigstens ungefähre Rückschlüsse auf die vermutliche Entwicklung von wichtigen Teilen der Gesamtnachfrage in der Volkswirtschaft zu. Die Kunst und Schwierigkeit der Währungspolitik liegt darin, aus der Vielzahl der laufend anfallenden statistischen Daten und Beobachtungen *rechtzeitig* geldmengenregulierende Maßnahmen einzuleiten, damit eine *möglichst schwankungsarme,* d. h. sich vom Wachstumstrend möglichst wenig entfernende Wirtschaftsentwicklung zustande kommt. *Ein sich anbahnender Boom darf nicht zum vollkommenen Boom werden und eine herannahende Depression nicht zur tatsächlichen Depression.* Vorausschauend schon im Konjunkturaufschwung, vielleicht sogar schon bei einer leichten Konjunkturbelebung, die monetären Bremsen anzuziehen und umgekehrt diese Bremsen schon in einem Zeitpunkt zu lockern, in dem für das allgemeine Bewußtsein möglicherweise noch Hochkonjunktur herrscht, erfordert Voraussicht, Mut und Unabhängigkeit. Nach dem heutigen Stande der Erkenntnis ist eine vorausschauende Währungs- und Kreditpolitik, gegebenenfalls koordiniert mit entsprechenden Maßnahmen der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzpolitik, eines der aussichtsreichsten Mittel zu relativer Konjunkturstabilisierung und damit zugleich zu höchstmöglicher Sicherung langfristigen Wirtschaftswachstums. Auf alle Fälle scheint sicher zu sein, daß restriktive oder expansive Maßnahmen der Kreditpolitik um so härter sein müssen, je später sie jeweils angewendet werden. Eine gewisse *Schwankungsbreite im Konjunkturverlauf* ist freilich *unvermeidlich* und auch *nützlich,* weil sie zur Anpassung der Wirtschaftsstruktur an die realen Gegebenheiten und zur Bereinigung von Fehlentwicklungen führt. Im Prinzip muß die Zentralbank ihre Währungspolitik auf die Aufrechterhaltung der inneren und äußeren finanziellen Stabilität *und* auf die höchstmögliche Ausnutzung aller Produktionsfaktoren ausrichten. Läßt sich alles zugleich nicht erreichen, so verdient, wie erwähnt, auf alle Fälle die innere Stabilität den Vorzug. Wird sie aufgegeben, so sind damit zugleich endogene Bedingungen für äußere Unstabilität gesetzt, mögen auch Parallelentwicklungen im Ausland das zunächst verschleiern. Die Entwicklung der Währungsreserven und die Zahlungsbilanzentwicklung sind ebenfalls Indizien für den Erfolg der Währungspolitik, aber eben nicht ohne weiteres ihre Bestimmungsfaktoren.

4. Über die Instrumente der Geldmengenregulierung ausführlich zu sprechen, erscheint im vorliegenden Zusammenhang unnötig. Auch die Grenzen der Zinspolitik und ihre Abhängigkeit vom Liquiditätsstatus des Bankenapparates sind bekannt und bedürfen daher hier keiner eingehenden Erörterung. Theoretisch ist wohl immer ein Zinssatz denkbar, der hoch genug ist, um von Kreditnahme abzuschrecken. Praktisch-politisch sind der Diskontpolitik freilich Grenzen gesetzt. Im

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

umgekehrten Falle der *expansiven* Kreditpolitik ist nicht einmal theoretisch der Punkt bestimmbar, von dem ab der Zinssatz niedriger als die Gewinnerwartungen liegt, so daß die Unternehmer zur Kreditaufnahme angereizt würden. Mit den Mitteln der Währungspolitik kann eben fehlende Investitionsneigung und Verschuldungsbereitschaft nicht ersetzt werden. Deshalb kann ein etwaiger Schrumpfungsprozeß in der Volkswirtschaft, der letztlich immer durch ein Überwiegen der freiwilligen Ersparnisbildung über die freiwillige Investition (im Inland oder in Form von Kapitalexport) gekennzeichnet ist, nicht immer durch währungspolitische Maßnahmen allein behoben werden. Man muß sich in diesem Zusammenhang an die Tatsache erinnern, daß in der modernen Geld- und Kreditwirtschaft der Anstoß zur Geldschöpfung immer vom Kredit*nehmer* oder von der Außenwirtschaft (bei Zahlungsbilanzüberschüssen) oder vom Staat ausgeht. Dem Kreditnehmer und Auftraggeber „Staat" fällt daher in der Depression unter Umständen eine besondere Verantwortung zu. Wird die Politik der Geldverbilligung und Verflüssigung rechtzeitig eingeleitet, so wird sie allerdings bei einigermaßen intakter Erlös-Kosten-Relation der Unternehmungen meist hinreichenden Erfolg haben.

5. Die geldmengenregulierende Tätigkeit der Notenbank steht freilich immer unter dem „Damoklesschwert" einer sich unvorhergesehen verändernden Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, welche die Wirksamkeit der geldpolitischen Maßnahmen entweder vermindern bzw. sogar aufheben oder aber unerwünscht verstärken kann. Wir verstehen darunter die Schwankungen der Kassenhaltung im weitesten Sinne, und zwar nicht so sehr jene langfristigen Schwankungen, welche durch Änderungen in den Zahlungssitten und -gewohnheiten zustande kommen (z. B. durch Veränderung der Einkommenzahlungsperioden oder durch weiteres Vordringen unbarer Zahlungsmethoden), als vielmehr die kurzfristigen Schwankungen in der Kassenhaltung, die durch Veränderungen im Einkommensfluß ausgelöst werden, z. B. durch bewußtes Vorverlegen oder Hinausschieben von Ausgaben seitens der Einkommensbezieher oder der Investoren, etwa als Reaktion auf politische Krisen oder im Hinblick auf erwartete konjunkturelle oder Geldwertentwicklungen.

Die „Geldumlaufsgeschwindigkeit" selbst ist von der Zentralbank her nicht beeinflußbar. Die Zentralbank kann die Schwankungen der Umlaufsgeschwindigkeit auch nicht „berechnen" oder zuverlässig zahlenmäßig erfassen, denn diese Schwankungen werden schon aus statistisch-technischen Gründen stets erst mehr oder weniger lange Zeit hinterher sichtbar, soweit sie sich nicht überhaupt der Erfassung entziehen. Die Auswirkungen kurzfristiger Schwankungen werden aber aus anderen Indizien und aus der Änderung des allgemeinen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wirtschaftsklimas ziemlich gut ersichtlich, so daß sie, wenn auch vielleicht mit einiger zeitlicher Verzögerung, durch geeignete kreditpolitische Maßnahmen zu kompensieren sind. *Allerdings* sind in den modernen Volkswirtschaften in allen Schichten der Produzenten und der Konsumenten *so große monetäre Reserven aller Art vorhanden,* daß tiefgreifende politische Krisen oder Katastrophen das Problem der Geldumlaufsgeschwindigkeit außerordentlich ernst gestalten können. Einen überschaubaren Spezialfall stellen diejenigen Schwankungen der Geldumlaufsgeschwindigkeit dar, die von den Bewegungen relativ großer Einzelkassen ausgehen, wie etwa vom Staatshaushalt. Die Diskussion um die zunächst kontraktive, später expansive Wirkung der Entwicklung des „Juliusturmes" auf den Geldumlauf und den Einkommenskreislauf ist noch in frischer Erinnerung.

V. Die besonderen Bedingungen der Gegenwart

Das Thema erforderte, die währungspolitischen Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums darzulegen. Die Frage, ob in jeder gegebenen Situation auch tatsächlich der politische Wille vorhanden oder durchsetzbar ist, um die gekennzeichneten währungspolitischen Bedingungen für stetiges Wachstum zu realisieren, liegt außerhalb des Themas. Trotzdem möchte ich mir abschließend noch einige Bemerkungen erlauben, die sich auf die Gegenwart, und zwar auf das verbreitete Gefühl des „Geldwertdefaitismus" beziehen. Dieses Gefühl gründet sich bekanntlich auf die Meinung, daß Änderungen in der Organisation der Wirtschaft und des Geldwesens sowie auch in der Haltung der Menschen eingetreten seien, die es praktisch zumindest sehr erschwerten, das für die Sicherung eines möglichst *stetigen* Wirtschaftswachstums so wichtige Postulat der Stabilität der Währung zu erfüllen. Der Verlauf der jüngsten USA-Rezession, bei der trotz nachlassender Beschäftigung die Löhne und die Preise bisher weiter stiegen, wird als Beweis für diese Annahme angeführt.

Ich halte solchen Geldwertpessimismus *nicht* für berechtigt, wenngleich schon sein bloßes Vorhandensein — wie überhaupt jede „Erwartung" — das Handeln der Menschen gerade in der nichtgewollten, aber eben befürchteten Richtung zu beeinflussen geeignet ist. Einmal ist der Erfahrungszeitraum, auf den sich der heutige Geldwertpessimismus stützt, noch reichlich kurz. Er umfaßt im Grunde allenfalls zwei Jahrzehnte, während ihm 150 Jahre der Preisstabilität, wenn auch unter erheblichen Schwankungen im Zeitverlauf, vorangingen. Zwar wird man nicht annehmen dürfen, daß es möglich oder auch nur wünschenswert wäre, die Preissteigerungen, die sich in Auswirkung des zweiten Weltkrieges einstellten, in ähnlicher Weise wieder rückgängig zu machen, wie das etwa nach den Napoleonischen Kriegen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

oder nach dem Sezessionskriege in den USA oder im Verlauf der Weltwirtschaftskrise in den frühen dreißiger Jahren der Fall war. Klammern wir aber einmal Kriege als hauptsächlichste Inflationsursache aus, so reicht das bisherige Erfahrungsmaterial m. E. wirklich noch nicht aus, um auch nur mit einiger Sicherheit annehmen zu können, daß die Preisentwicklung „schleichend" oder „treppenförmig" stets nach oben gehen müsse. Dies um so weniger als — wie gestern von Herrn *Paulsen* zutreffend erwähnt — die schleichende, aber sich nicht beschleunigende Inflation im Grunde das gleiche Maß an monetärer Disziplin voraussetzt wie die Aufrechterhaltung der vollen Stabilität.

Im übrigen ist aber an fortlaufender Geldwertminderung oder — angelsächsisch ausgedrückt — an „Inflation" im Grunde doch wohl niemand interessiert, weder die Gewerkschaften noch die Unternehmer. Dagegen ist allen Sozialpartnern an einem möglichst ausgeglichenen und stetigen Wirtschaftswachstum sowie an Preisstabilität gelegen. Die ökonomischen Bedingungen aber, die notwendigerweise erfüllt sein müssen, um Wachstum und Stabilität miteinander zu verbinden und dabei das Wachstum gleichzeitig nach Maßgabe der realen Gegebenheiten höchstmöglich zu beschleunigen, sind in der Öffentlichkeit und sogar in Kreisen, auf die es politisch wie wirtschaftlich entscheidend ankommt, im einzelnen doch noch weitgehend unbekannt, oder es fehlt an genügend tiefen statistischen Einblicken zur Beurteilung der Wirkungen bestimmter Maßnahmen. *Es ist m. E. eine Frage der Erkenntnis und des Willens, ob das Geld stabil bleibt, nicht eine Frage der Möglichkeit, und zwar auch unter den angedeuteten „modernen Bedingungen"*. Weshalb sollte es nicht möglich sein, die Verbrauchswünsche und die Investitionsnotwendigkeiten aufeinander abzustimmen und damit jenes Zuviel auszuschalten, das die Ursache der Geldwertminderung bildet? Es muß daher alles getan werden, um in diesem Punkt eine möglichst in die Breite gehende Aufklärungsarbeit zu leisten. In England hat das verdienstvollerweise der sehr mutige „Cohen-Report" unlängst getan. Selbst Konjunkturschwankungen würden wahrscheinlich leichter ertragen werden, wenn ihre Ursachen und ihr Sinn bekannter wären, so z. B. die praktisch fast unvermeidliche Disproportionalität der Entwicklung der Investitionsgüter- und der Konsumgüterindustrien im konjunkturellen Aufschwung, die schließlich nach einer gewissen Korrektur ruft. *Man kann nicht die Freiheit der Arbeitsplatzwahl, die Freiheit der Einkommensverwendung und die Freiheit der Investitionsentscheidungen wollen, auf der anderen Seite aber alle Schwankungen, die mit Freiheit verbunden sind, ausschalten wollen.* Sie lassen sich nur mildern, nicht ganz beseitigen. Auch die Tatsache, daß restriktive, kreditpolitische

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Maßnahmen zeitweilig ein gewisses Ansteigen der Arbeitslosigkeit herbeiführen können, würde bei entsprechender Aufklärung weniger als bisher zu schrecken brauchen, zumal dann auch gleichzeitig besser verstanden würde, daß die Starre des modernen Tariflohnsystems hierfür eine entscheidende Ursache bildet und daß ein systemgerechtes Verhalten der Sozialpartner angesichts der laufend steigenden Produktivität gar nicht so schwer ist, da es ja nur in Maßhalten zu bestehen braucht. Die USA haben übrigens gerade jetzt ein für unsere Begriffe erstaunlich hohes Maß an Arbeitslosigkeit hingenommen.

Nach Lage der Dinge ist freilich vor allem die Kreditpolitik berufen und in der Lage, ein Wirtschaftsklima zu schaffen, das der Durchsetzung zu großer Verbrauchs- oder Gewinnwünsche hinderlich ist. Daß bereits eine sich anbahnende Abkühlung des Wirtschaftsklimas — beileibe noch keine Rezession oder Depression — z. B. die Lohnwelle als wahrscheinlich ursächliche Kraft der modernen „Kosteninflation" zu verlangsamen vermag, zeigt die kürzlich veröffentlichte Untersuchung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung über die Lohnsituation in Westdeutschland. Danach wurden die Löhne 1957/58 durchschnittlich noch um 6 bis 6½ vH erhöht, nachdem die Lohnsteigerungen 1956/57 noch durchschnittlich 9 bis 10 vH, 1955/56 7 bis 8 vH ausgemacht hatten. Für 1958 wird zunächst das allmähliche Auslaufen der Lohnwelle erwartet, und die Zunahme der Gesamtlohnsumme wird für dieses Jahr auf etwa 4 vH geschätzt. Der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt hat demgegenüber 1957 allerdings nur 2,4 vH betragen. (Über die Problematik der statistischen Messung von Lohnsteigerungen und Produktivitätsfortschritt und über den Wert der Gegenüberstellung dieser ex post- und ex ante-Größen für die praktische Lohn- und Währungspolitik soll hier nicht gesprochen werden. Das Ministerium schlägt einen wissenschaftlichen Beirat zur Unterstützung der Sozialpartner bei ihrer „schwierigen Aufgabe der Situations-Durchleuchtung" vor.) Auch die Erwartungen über die Kaufkraftentwicklung der Deutschen Mark scheinen sich nach der vom Emnid-Institut jüngst durchgeführten Umfrage seit einem halben Jahr bemerkenswert zugunsten der Preisstabilität geändert zu haben, wie auch die jüngsten Preisstatistiken einen auf Teilgebieten allmählich einsetzenden Preisrückgang bestätigen. Die *Nachfrage*inflation, die durch *Übersteigerung der Investitionskreditgewährung* gekennzeichnet ist, kann ohne Zweifel erst recht durch entschlossenen Einsatz der wirtschaftspolitischen und währungspolitischen Instrumente verhindert werden. Denn zu einem geldwertmindernden Ungleichgewicht zwischen Anlageinvestition und freiwilliger Ersparnis kann es nur kommen, wenn die hierfür nötige Geldschöpfung erfolgt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Um die Geldschöpfung zu begrenzen, muß freilich auch der Rückgriff des Staates auf den Notenbankkredit — dem Betrage sowie dem Verwendungszweck nach — beschränkt sein, und zwar auf die Inanspruchnahme lediglich von zahlenmäßig fixierten Kassenüberbrükkungskrediten. Er muß auch im Falle eines Konjunkturrückschlages beschränkt bleiben. Ich weiß, daß ich damit den Forderungen der Fiskalpolitik nicht entspreche. Die Versuchung aber, bei jeder finanzpolitischen Schwierigkeit den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und auf die „Notenpresse" auszuweichen, scheint mir in Anbetracht der menschlichen Unzulänglichkeit allzu groß, als daß ich die modellmäßige fiscal policy in der Praxis für ohne weiteres realisierbar halte. Man erinnere sich an die durch den „Juliusturm" geweckten, noch dazu kontinuierlichen Ausgabenwünsche! Aus praktischen Gründen bin ich auch für möglichst *lang*fristige Konsolidierung der Staatsschuld, auch der im Depressionsfalle etwa neu aufzunehmenden Schulden. Der Staat nimmt ja hier der privaten Wirtschaft keine Investierungsmittel weg, denn die Depression ist gerade durch Übersparen gekennzeichnet. Eine hohe *kurz*fristige Verschuldung des Staates kann erfahrungsgemäß die Währungspolitik in entscheidenden Momenten schwer behindern, indem einerseits auf das laufende „refunding" der Staatsschuld Rücksicht zu nehmen ist, andererseits die Gefahr der Monetisierung der Staatsschuld durch massive Verkäufe des Publikums und vor allem seitens finanzieller Institutionen naheliegt. Bei einer Beschränkung des Rückgriffs des Staates auf die Notenbank können sich die „built-in-stabilizers" allerdings zunächst nur dadurch auswirken, daß vorhandene monetäre Reserven, etwa der Arbeitslosenversicherung, aufgebraucht werden. Nur eine wirklich ernste Depression könnte möglicherweise eine andere Situation schaffen, in der auch nach meiner Meinung kreditfinanziertes „deficit-spending" zu erwägen wäre.

Schließlich müssen Ursachen und Wirkungen von Zahlungsbilanzungleichgewichten, wie bereits erwähnt, sorgfältig analysiert werden. Die von ihnen ausgehenden inflatorischen oder deflatorischen Einflüsse lassen sich durch Kombination geeigneter Maßnahmen weitgehend ausschalten. *Kontaktinflation oder Kontaktdeflation sind ebensowenig Schicksal wie alle anderen Inflationen oder Deflationen.* Last not least muß auf allen Märkten für möglichst vollständige Konkurrenz gesorgt und jedenfalls die bewußte Ausschaltung des Wettbewerbes unterbunden werden. Das gilt nicht nur für die Binnenwirtschaft, sondern in besonderem Maße auch für die Freiheit des Handels sowie der Geld- und Kapitalbewegungen über die Landesgrenzen hinweg. Die realeinkommensteigernde Wirkung der Arbeitsteilung wirkt stets in Richtung auf Wachstum und Geldwertstabilität. Werden alle nötigen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Voraussetzungen erfüllt und ist der feste Wille bei allen verantwortlichen Instanzen zu notfalls auch weniger populären Maßnahmen vorhanden, so scheint mir Wirtschaftswachstum und Geldwertstabilität keineswegs unvereinbar zu sein. Es scheint unnötig, auf die offenkundigen Vorteile der Geldstabilität gerade für die langfristige Maximierung des Wirtschaftswachstums zu verzichten und auf die fatalistische Einstellung auszuweichen, das Wachstum sei nur mit einem gleichsam um einen Diskontabzug von 2 oder 3 vH verminderten finanziellen Gleichgewicht zu kombinieren.

Generaldiskussion

Prof Dr. Otto *Veit* (Frankfurt):

Für die Ausdehnung der Redezeit kann ich mich am besten bedanken, indem ich eine möglichst restriktive Nutzung versuche. Nach einem so gewichtigen Vortrag und beim Herannahmen der Mittagspause ist das nicht nur ein Akt der Dankbarkeit, sondern zugleich ein Akt der Sekurität. Wenn ich im Telegrammstil zu vier Punkten Anmerkungen mache, hoffe ich, daß nur jenes Minimum an Mißverständnissen daraus erwächst, das man zum trefflichen Wortstreit gerade braucht.

Wie mir schien, beruhte die Intention des Vortragenden auf dem Konzept einer im wesentlichen konstatierenden Währungspolitik, die man als klassisch bezeichnen darf. Immerhin waren zwei Punkte anzutreffen, die bei mir den Verdacht der Inflationsgefahr erwecken. Wenn ich dies zu begründen versuche, kann ich vielleicht den Vortragenden vor dem viel ärgeren Verdacht bewahren, als Konservativer oder gar als Liberaler zu einer Versammlung von Wirtschaftswissenschaftlern gesprochen zu haben. Das wäre natürlich ein Ereignis. In der Wildbahn der Nationalökonomie zu bestehen, ist immerhin leichter mit dem Epitheton des Inflationisten als mit dem des Liberalen.

I.

Mein erster Anlaß zur Inflationssorge ergab sich bei Behandlung der Frage, ob in einer wachsenden Wirtschaft bei technisch bedingter Zunahme der Produktivität das Gesamtpreisniveau unverändert bleiben oder gemäß den sinkenden Produktionskosten heruntergehen soll. Theoretische und praktische Argumentation waren hier etwas unklar vermischt. Der Vortragende hält es für theoretisch gleichwertig, ob das Preisniveau gleichbleibt und der Spielraum, den die Produktivitätszunahme schafft, durch Lohnerhöhungen ausgefüllt wird — oder ob gemäß der Produktivitätszunahme die Preise sinken und die Löhne gleichbleiben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Richtig ist, daß in beiden Fällen die Lohnempfänger ein höheres Realeinkommen erhalten. Im ersten Fall aber steigt ihr Realeinkommen überproportional zur Produktivitätszunahme, die auf alle Teilnehmer am Wirtschaftsleben gemäß ihrem Beitrag zum Sozialprodukt umgelegt werden müßte. Für die Zurechnung gibt es keinen praktikablen Schlüssel, noch gibt es in der Verkehrswirtschaft eine andere Instanz, welche die Zurechnung besorgen kann, als den freien Markt. Auf diesem aber besteht kein Anlaß zur nominalen Lohnerhöhung, wohl aber zur Senkung der Warenpreise.

Theoretisch läßt sich zeigen, daß die beiden Möglichkeiten der Ausnutzung des Produktivitätsfortschrittes keineswegs gleichwertig sind[1]. Die volle Ausnutzung des Produktivitätsfortschrittes zu Lohnerhöhungen enthält eine inflatorische Note, selbst wenn das Preisniveau nicht oder noch nicht steigt. Bei dem Nachweis dieses Zusammenhanges, den ich versucht habe, stütze ich mich auf die Begriffsbestimmung der Inflation und der Deflation von *Jorgen Pedersen*, der als unverdächtiger Zeuge gelten darf, da er eine mäßige Inflation sogar befürwortet. Nach *Pedersen* ist die Grundlage und das Kriterium einer Inflation immer eine mit Bankkredit finanzierte Erhöhung der Löhne.

Eine besondere Gefahr der Inflation ohne steigendes Preisniveau liegt darin, daß der Inflationskern sehr schwer zu erkennen ist. Er wird im allgemeinen erst erkennbar, wenn die Lohnerhöhungen über das Maß des Produktivitätszuwachses in einem Wirtschaftszweig hinausgehen. Aber auch vorher ist die Lohnerhöhung inflatorisch finanziert worden, da bei einem verringerten Kostenaufwand je Stück das Volumen der Finanzierungsmittel sich verringern müßte, was bei einem Ausgleich der Kostensenkung durch Lohnerhöhung nicht möglich ist. Sehr deutlich wird die Gefährdung des monetären Gleichgewichts, wenn die Bezieher fester Nominaleinkommen, Beamte und Rentner, Aufbesserungen ihrer Bezüge gemäß der Erhöhung der Arbeitslöhne verlangen und erhalten. Aus welcher Quelle können solche Aufbesserungen bezahlt werden, wenn die Spanne des Produktivitätsfortschrittes an die unmittelbar in der Produktion Tätigen bereits ausgeschüttet ist?

Gerade für eine wachsende Wirtschaft ist gleichbleibendes Preisniveau kein theoretisch fundiertes Ziel — selbst wenn es als praktische Faustregel der Währungspolitik nicht ganz zu entbehren ist, wie ich ausdrücklich betonen möchte.

---

[1] O. *Veit*, Der Wert unseres Geldes. 1958. S. 166 ff. — Vgl. auch die Unterscheidung von Old Stability und New Stability bei J. R. Hicks, The Instability of Wages. The Three Banks Review. September 1956. P. 1—19.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

II.

Der zweite Punkt, in dem ich ein ähnliches Bedenken habe, ist die Aufstockung der Liquiditätsreserven der Welt durch Erhöhung der Quoten des Internationalen Währungsfonds. Über diese wird zur Zeit in Neu Delhi verhandelt. Zweifellos wird die Quotenerhöhung beschlossen werden und niemand wird bezweifeln, daß sie zweckmäßig und angemessen war. Soweit diese Quoten ausgenutzt werden, erhalten zahlungsbilanzschwache Länder internationale Liquidität, die zum größten Teil (mindestens bis zu 75 %) aus zusätzlicher Geldschöpfung eines anderen Landes stammt. Weltwirtschaftlich ist das ceteris paribus inflatorisch. Gewiß legt der Internationale Währungsfonds bei jedem Kredit ein Sanierungprogramm zugrunde. Die Zahlungsbilanzschwachen müßten aber dem Fonds im Sprechchor zurufen: ne nos inducas in tentationem! Stattdessen werden die Inflationisten aller Länder sich darauf stützen, daß bei Schwierigkeiten der Zahlungsbilanzen, die man durch „das souveräne Recht zur Inflation" *(Holtrop)* sich selbst geschaffen hat, äußerliche Medikamente erlangbar sind. Dabei kann sich ergeben, was das deutsche Mitglied im Exekutivrat des Internationalen Währungsfonds ein „gegenseitiges in eine Inflation hinaufschaukeln" genannt hat.

Ist in dieser Weise von den internationalen Währungsinstitutionen bereits zur Weltinflation beigesteuert worden, so liegt das in derselben Linie, wie der Übergang von der Golddeckung zur Devisendeckung in den zwanziger und dreißiger Jahren. Dieser trug damals viel dazu bei, den mühselig wiedererrichteten Goldwährungen den Garaus zu machen. Zur Deckung genutzte Devisen und genutzte Quoten des Internationalen Währungsfonds sind in diesem Sinne dasselbe. Begründet man die Notwendigkeit der Quotenerhöhung mit der Erhöhung der Weltmarktpreise, so ergibt sich die Frage nach Ursache oder Wirkung — deutlicher gesagt, die Prioritätsfrage von Henne oder Ei; — noch deutlicher gesagt, steht die Frage vor uns, ob internationale Währungsinstitutionen nur konstatieren oder ob sie lenken sollen.

III.

Konstatierende Währungspolitik — das ist mein dritter Punkt — läuft grundsätzlich hinter der Entwicklung her. Zwar lag eine solche Tendenz kaum in der Absicht des Vortrages. Muß man dennoch damit sich beschäftigen, so scheint mir dies begründet in der eigenartigen Benutzung der Formel I = S, die als „Gleichgewichtsbedingung" bezeichnet wurde. Bedenklich daran scheint, daß diese Formel offenbar als einzige Bedingung oder als Kern aller Bedingungen des Gleichgewichts im ökonomischen Wachstum betrachtet wird. Darüber-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hinaus erweckt die Auswertung von I = S Bedenken. Nicht die Formel der General Theory kann hier gemeint sein, also die logische Identität von I und S, sondern die Auffassung der Treatise on Money. Nach dieser *sollen* I und S gleich sein, um Inflation oder Deflation zu vermeiden. Nach jener *sind* I und S theoretisch gleich, weil S nur eine Restgröße aber keine selbständig wirkende Kraft bei der Einkommensverwendung ist. Die Gleichung der General Theory bietet daher gar keinen Raum für ein währungspolitisches Problem. Wohl aber steckt ein Problem in der Anwendung der Formel im Sinne des Vortrages. Stellt sich die Währungspolitik darauf ein, die beiden Größen immer gleich zu halten, so begleitet sie das Wachstum der Wirtschaft, aber sie lenkt es nicht, wahrscheinlich fördert sie es nicht einmal. Es sind sogar Konstellationen denkbar, bei welchen das Wachstum der Wirtschaft auf solche Weise gehemmt wird.

Dem möchte ich in knappester Fassung entgegenhalten, daß einer wachsenden Wirtschaft monetär geholfen werden muß und geholfen werden „darf", indem ein Vorauseilen des Nominaleinkommens vor der Realproduktion bankmäßig finanziert wird. Ein Gleichgewicht zwischen beiden, das der Neutralität des Geldes entsprechen würde, ist zwar das Ziel. Es ist aber das Ziel für das *Ende* einer theoretischen Wachstumsperiode. Im Verlauf einer Periode, in welcher Chancen des realen Einkommenszuwachses sich entfalten sollen, muß das Banksystem vorgreifen und vorfinanzieren. Im Einzelfall hält jeder Bankier das für vertretbar. Ohne theoretische Reflexion richtet er seine Kreditgeschäfte danach ein, wenn er es liquiditätsmäßig vermag. Damit trägt er dazu bei, daß im short run die Geldversorgung theoretisch aneutral wird. Die Zentralbank muß dann dafür sorgen, daß im long run Neutralität des Geldes wieder hergestellt wird.

Praktisch besagt das oft nichts anderes als antizyklische Geld- und Finanzpolitik. Unbeschadet einer anderen Begründungstheorie melde ich mich hier als Gefolgsmann der Vertreter einer antizyklischen Fiscal Policy. Jedenfalls muß man nach 20 Jahren Weltinflation von einer Erhöhung des Geldschöpfungspotentials der Welt abraten.

IV.

Meine Hoffnung, daß aus dieser aphoristischen Behandlung schwieriger Fragen nicht allzu viel Mißverständnisse entstehen, bezieht sich nun auch auf den letzten Punkt. Wie kann die Zentralbank eine Kreditversorgung durchsetzen, die in der soeben skizzierten Weise das Wachstum der Wirtschaft fördert? Wie regelt sie die Kreditnachfrage und das Kreditangebot?

Der Vortragende hat sich hierzu nur kurz geäußert. Ich möchte ihn daher nicht auf ein bestimmtes Konzept festlegen. Er meinte, der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mechanismus der Begrenzung des Gesamtgeldvolumens durch die Kreditpolitik der Zentralbank sei allgemein bekannt; auch enthalte er keine Schwierigkeit der Beherrschung und der Lenkung.

Beides scheint mir keineswegs gesichert. Wer kann sich einen Vers darauf machen, wenn einerseits in- und außerhalb der Kreditwirtschaft dauernd über Zinssätze und über ihre Höhe diskutiert wird, und wenn man anderseits hört, der Zins sei gar nicht mehr das eigentliche Instrument der Kreditsteuerung?

Tatsächlich enthält das Problem der Zinswirksamkeit und damit der Versorgung der Kreditlenkung heute ein gehöriges Maß an Kompliziertheit. Gleichwohl wird der Vorgang oft in nicht unbedenklicher Weise vereinfacht. Ja ich halte es für möglich, daß auch dem Konzept des Vortragenden eine Vereinfachung zugrunde lag. Offenbar geht der Vortragende davon aus, daß das Kreditangebot der Banken rein quantitativer Regelung unterliegt, und daß die Kredit*nachfrage* durch die Veränderung des Zinssatzes beeinflußt wird, zu dem die Notenbank den Geschäftsbanken Refinanzierungskredite gibt. Jedenfalls meinte er, daß theoretisch immer ein Zinssatz denkbar sei, der hoch genug ist, die Kreditverbraucher in Handel und Industrie von der Kreditnahme abzuschrecken, daß aber der Diskontpolitik praktisch-politische Grenzen gesetzt sind.

Das führt uns erkenntnismäßig kaum weiter. Zu beantworten ist die Frage, wie die faktisch von der Zentralbank geforderten Zinssätze währungspolitisch effektiv gemacht werden, obgleich die Investoren nur in einigen Fällen und nur in abgeschwächtem Maße auf Veränderungen der Kreditkosten reagieren. Diese Schwäche der Zinswirksamkeit ist heute sowohl theoretisch ausgearbeitet als auch durch empirische Erhebungen belegt. Mit ihr rechnet natürlich auch die Zentralbank. Eine Zentralbank muß aber auch damit rechnen, daß von der Währungspolitik eine ganz andere Durchschlagkraft erwartet wird als in früherer Zeit. Unter Umständen soll sie die Binnenwirtschaft entgegen dem Trend in der Außenwelt, also mehr oder minder autonom steuern. Diese und andere Gründe veranlassen heute die Währungspolitik, weniger die Kreditnachfrage als in erster Linie das Kreditangebot der Geschäftsbanken in Angriff zu nehmen. Das geschieht, indem die Zentralbank die Liquiditätsreserven der Banken verknappt oder erweitert. Sie tut dies mit mehreren Instrumenten, von denen einige dem Anschein nach nur eine quantitative Wirkung haben. Alle Instrumente wirken aber zusammen und sollen zusammenwirken, um eine gewünschte Liquiditätslage zu schaffen.

Das wird sichtbar am Geldmarkt. Alle Einflüsse auf den Geldmarkt, gleichviel ob sie von der Zentralbank oder von anderer Seite kommen — etwa von der Seite der Devisenbilanz —, schlagen sich nieder

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

im Zinssatz, am sichtbarsten in dem Satz für Tagesgeld. Diesen sucht die Zentralbank stets in einer gewissen Relation zu ihrem Diskontsatz zu halten. Damit macht sie den Diskontsatz „effektiv" — das heißt, sie macht ihn bestimmend für die Grenzkosten der Refinanzierung der Geschäftsbanken.

Diese wiederum ziehen aus ihrer Liquiditäts- und Refinanzierungsposition zwei Folgerungen gegenüber ihren Kunden: sie verändern den Preis, zu dem sie ihre Leistungen anbieten (Zins- und Provisionssätze verschiedenster Art); und sie modifizieren ihr Kreditangebot mengenmäßig in Bezug auf Kreditlinien und Kreditkunden.

Schon diese knappen Andeutungen zeigen, daß der Vorgang der Durchsetzung währungspolitischer Ziele im Bankensystem äußerst kompliziert ist. Je näher man die Wirklichkeit betrachtet, um so komplizierter wird er. Die Ersetzung des Zinses durch quantitative Maßnahmen verzahnt sich damit, daß der Zins auf einem Umweg doch wieder wirksam wird — eine Erscheinung, die ich gelegentlich als „Paradoxon des Zinses" bezeichnet habe. Auf diesem Ausdruck will ich nicht beharren, zumal da er mir in einem Meinungsaustausch mit dem Vortragenden nicht abgenommen wurde. Wichtig dagegen ist der Sachverhalt, der hier berührt werden mußte, wenn „währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums" zur Debatte stehen.

Könnte ich weiter auf die Erhellung des Themas durch den Vortrag eingehen, so würde sich zeigen, wie wenig ein Anmerkungstelegramm die Reichhaltigkeit und den Wert des Gebotenen zu würdigen vermag und vermocht hat.

Prof. Dr. Karl *Hax* (Frankfurt a. M.):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Als Vertreter der Betriebswirtschaftslehre ist es meine Aufgabe, das vom Referenten behandelte Problem der Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums durch Setzung geeigneter währungspolitischer Bedingungen vom Standpunkt der einzelnen Unternehmung aus zu betrachten. Das heißt natürlich nicht, daß damit eine punktuelle Behandlung der Probleme beabsichtigt ist, also eine Betrachtungsweise, welche die gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkte vernachlässigt, oder gar eine Behandlung aus der Interessenlage der einzelnen Unternehmungen, also aus ihrem Rentabilitätsinteresse heraus. Der Name „Betriebswirtschaftslehre" wurde bekanntlich seit dem ersten Weltkriege an die Stelle der ursprünglichen Bezeichnung „Privatwirtschaftslehre" eingeführt, weil man damit die gesamtwirtschaftliche Einstellung dieser Fachwissenschaft glaubte besser zum Ausdruck bringen zu können. Für die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wissenschaftliche Zielstellung der Betriebswirtschaftslehre ist also immer nur der gesamtwirtschaftliche Nutzen bestimmend und nicht etwa die Frage, wie die Rentabilität der einzelnen Unternehmung möglichst wirksam gesteigert werden kann. Das sind an sich Selbstverständlichkeiten. Aber es ist doch notwendig, diese Zielstellung deutlich genug herauszustellen, weil ich auf Grund meiner besonderen Sicht in dem angeschnittenen Problembereich zu Schlußfolgerungen komme, die im Gegensatz zu eingewurzelten traditionellen Vorstellungen stehen, Vorstellungen, die auch im Laufe dieser Tagung wirksam waren.

Grundsätzlich ist es sinnvoll und zweckmäßig, wenn man das wirtschaftliche Wachstum sozusagen an der Quelle zu erfassen versucht, d. h. in den Einzelwirtschaften, und hier vor allem in den Betrieben als Produktionseinheiten, in denen sich der Produktionsprozeß vollzieht. Es wäre deshalb vielleicht aufschlußreich im Hinblick auf die zu lösenden Probleme gewesen, wenn man das Tagungsprogramm in dieser Hinsicht erweitert hätte; aber es übersteigt offenbar den Rahmen, der einer einzelnen Tagung gesetzt ist, wenn man dabei gesamtwirtschaftliche und einzelwirtschaftliche Gesichtspunkte gleichermaßen zur Geltung bringen will. Aus diesem Grunde muß ich mich damit begnügen, hier einige Bemerkungen zu dem Problem „Währungspolitik und Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums vom Standpunkt der einzelnen Unternehmung" zu machen.

Man könnte zunächst einmal untersuchen, wie sich die Ausweitung der Produktionskapazität in den einzelnen Unternehmungen vollzieht und wie dieser Vorgang durch finanz- und währungspolitische Maßnahmen beeinflußt werden kann. Man müßte sich dann mit dem bisher noch nicht genügend erkannten und gewürdigten Phänomen auseinandersetzen, daß unter bestimmten Voraussetzungen eine Ausweitung der Produktionskapazität auch dann möglich ist, wenn den Unternehmungen kein zusätzliches Kapital zufließt, sondern lediglich eine Re-Investition der Abschreibungs-Gegenwerte, die in dem Erlös der verkauften Produkte enthalten sind, erfolgt. Man kommt dann auch zu einer neuen Deutung der Begriffe „Brutto-Investition" und „Netto-Investition". Im allgemeinen geht man von der Vorstellung aus, daß die Erweiterung der Produktionskapazität durch das Ausmaß der Netto-Investition bestimmt werde. Man setzt dabei stillschweigend voraus, daß in Höhe der Abschreibungen alte Anlagen aus dem Produktionsprozeß ausscheiden, wobei dann die Netto-Investition den verbleibenden Zuwachs an Anlagen repräsentiere. Es ist aber durchaus möglich, daß die Abschreibungen und damit die aus ihnen finanzierten Investitionen wesentlich höher sind als die aus dem Produktionsprozeß ausscheidenden Anlagen, so daß allein durch Re-Investi-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tion der Abschreibung eine erhebliche Ausdehnung der Produktionskapazitäten eintritt.

Ich muß mich mit diesen Andeutungen begnügen, weil vom Standpunkt der einzelnen Unternehmung aus ein anderes Problem noch bedeutungsvoller ist, nämlich die Frage „Geldwert und Wirtschaftswachstum".

Der Referent hat in sehr eindringlicher Weise nachzuweisen versucht, daß eine Politik der Preisstabilität mit allmählich steigenden Löhnen die günstigste Voraussetzung für ein stetiges Wirtschaftswachstum biete. Man kann ihm dabei ohne weiteres zustimmen, muß nur fragen, ob er in bezug auf die dauerhafte Realisierung einer solchen Politik nicht zu optimistisch ist. Er hat darauf hingewiesen, daß niemand an einer inflatorischen Entwicklung interessiert sei. Nun, an einer galoppierenden Inflation ist natürlich kaum jemand interessiert; aber alle Produzenten, nicht nur die Unternehmer, wünschen sich doch „günstige" Preise, und als „günstig" werden in jedem Falle steigende Preise angesehen, bestenfalls noch stabile Preise, aber auf keinen Fall sinkende Preise. Der Referent hat deshalb mit Recht die Politik stabiler Löhne bei sinkenden Preisen abgelehnt, weil sie aus psychologischen Gründen nicht realisierbar sei; vor allem beeinträchtige sie die Investitionsneigung der Unternehmer. Aber auch eine Politik der Preisstabilität setzt voraus, daß mit Rücksicht auf die zwangsläufig eintretenden Verschiebungen der Preisrelationen Preiserhöhungen, die in dem einen Bereich durch Verknappung des Angebots unvermeidlich eintreten, durch Preissenkungen in anderen Bereichen ausgeglichen werden. Wenn dagegen das Preisniveau allgemein anzieht, dann kommen derartige Verschiebungen der Preisrelationen lediglich in einem Zurückbleiben der weniger begünstigten Bereiche zum Ausdruck, nicht aber in einer Preissenkung. Das ist natürlich ein wesentlich angenehmeres Klima für den Investor, als wenn er unter Umständen mit Preissenkungen rechnen muß, weil sich dann möglicherweise zeigen würde, daß die Investitionen unzweckmäßig waren. Wir müssen berücksichtigen, daß diese Verschiebung der Preisrelationen, die ja sehr erheblich sein kann — denken Sie an die Welthandelsrohstoffe, etwa an die NE-Metalle —, auch bei stabilem Preisniveau vorkommt, und daß die Anpassungsprobleme, die sich daraus für den Unternehmer ergeben, ähnlicher Art sind wie bei allgemeinen Veränderungen des Preisniveaus.

Damit soll nicht gesagt werden, daß etwa die Unternehmer als solche an einer inflationistischen Entwicklung interessiert seien oder sogar bewußt förderten. Sie werden aber aus ihrer psychologischen Situation heraus immer wieder solche wirtschafts- und währungs-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

politischen Maßnahmen begünstigen, die praktisch eine allmähliche Anhebung des allgemeinen Preisniveaus zur Folge haben.

Die statistischen Zahlen über die Entwicklung des Geldwertes in der Bundesrepublik während der Jahre 1950 bis 1957 zeigen, daß die Tendenz zu einer allmählichen Anhebung des Preisniveaus bestanden hat. Es wird zwar behauptet, daß für die Bundesrepublik besondere Verhältnisse bestanden hätten, aber dieselbe Tendenz zeigt sich auch in anderen Ländern, etwa in den USA.

Infolgedessen muß ein Unternehmer, dessen Aufgabe es ja ist, sein Unternehmen auf die Dauer zu erhalten und weiterzuentwickeln, damit rechnen, daß sich eine solche aufwärts gerichtete Preisentwicklung langfristig fortsetzen wird. Eine solche Feststellung wird leicht als Geldwertdefaitismus mißverstanden und disqualifiziert. Man muß aber unterscheiden zwischen dem, was etwa im Interesse eines stetigen und maximalen Wirtschaftswachstums wünschbar ist, und dem, was als reale Möglichkeit in die unternehmerischen Kalkulationen einbezogen wird.

Für die Unternehmungen ergibt sich die Frage: Wie sichern wir die Erhaltung und den weiteren Ausbau unserer Kapazitäten in Anpassung an die Marktverhältnisse unter der Annahme, daß nicht nur die Preise unserer Produkte, sondern auch die Beschaffungspreise unserer Anlagen, die Preise für die von uns bezogenen Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren sowie die Löhne langfristig nach oben tendieren? Man kann diesem Anpassungsziel durch produktionspolitische, preispolitische, bilanzpolitische und finanzpolitische Maßnahmen gerecht zu werden versuchen. Die beiden ersten Gruppen von Maßnahmen sind dabei kaum umstritten.

Zu den wirksamsten Maßnahmen der Produktionspolitik in der genannten Richtung gehört die Verbesserung der Produktionsmethoden, die laufende Realisierung des technischen Fortschritts in der Produktion und die damit verbundene Kostensenkung, durch die es möglich wird, Lohnerhöhungen und die Preissteigerung der Anlagegüter und Rohstoffe aufzufangen, so daß eine Kostendeckung und damit eine Wiederbeschaffung der verbrauchten Kostengüter gesichert bleibt.

Für die Preiskalkulation besteht im allgemeinen die Auffassung, daß der Unternehmer von den Wiederbeschaffungspreisen ausgehen sollte. Ich möchte nicht etwa den Eindruck erwecken, als wenn ich den Kostenpreis propagieren wollte; aber es ist nicht zu bezweifeln, daß ein einheitliches Verhalten der Unternehmer in der von mir gekennzeichneten Richtung für die praktische Preisbildung von ausschlaggebender Bedeutung ist.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Im Gegensatz zu diesen produktions- und preispolitischen Maßnahmen, die kaum Kritik finden, sind die bilanzpolitischen und finanziellen Konsequenzen, die die Unternehmer aus der Tatsache des langfristig ansteigenden Preisniveaus ziehen, stark umstritten.

Bilanzpolitisch stellt sich unter den gegebenen Voraussetzungen die Frage, welchen Teil des Erlöses der Unternehmer als Gewinn verrechnen soll und welcher Teil der Aufwanddeckung zu dienen hat. Diese Erlösverrechnung hat nämlich nicht nur verrechnungstechnische Bedeutung, sondern ist in der Regel zugleich eine Disposition über die Verwendung der Erlöse. Was an Aufwand verrechnet wird, das wird gewöhnlich in der Unternehmung zurückbehalten und dient der Wiederbeschaffung der verbrauchten Aufwandgüter. Dagegen wird der verbleibende Gewinn ganz oder doch zu einem großen Teil dem Unternehmen entzogen, entweder in der Form von Gewinnsteuern oder in der Form von Ausschüttungen an die Gesellschafter. Die Gewinnsteuern haben gegenüber früheren Jahrzehnten zeitweise ein außerordentliches Ausmaß erreicht und sind in der Bundesrepublik erst in den letzten Jahren wieder spürbar herabgesetzt worden. Allerdings geschah das vielfach in der Absicht, den Unternehmungen die Möglichkeit zu geben, die Gewinnausschüttungen an die Kapitalgeber zu vergrößern und so den Kapitalmarkt zu stärken. Insofern ist die Tendenz, die errechneten Gewinne möglichst weitgehend dem Unternehmen zu entziehen, die gleiche geblieben, ursprünglich in der Form progressiver Besteuerung und heute mehr im Sinne einer Beschränkung der Selbstfinanzierung. Es zeigt sich hier sehr eindrucksvoll, welche Bedeutung für die Unternehmungen die handels- und steuerrechtlich zulässige Art der Aufwandverrechnung ist.

Nun ist die traditionelle Unternehmungsrechnung eine reine Geldkapitalrechnung. Der Gewinn wird ermittelt, indem man die gesamten Erträge mit den effektiven Anschaffungspreisen der verbrauchten Aufwandgüter vergleicht. Wenn man diesen Gewinn aber dem Unternehmen durch Besteuerung oder Ausschüttung in voller Höhe entzieht, dann reicht bei höheren Wiederbeschaffungspreisen der verbleibende Rest des Erlöses nicht aus, um die verbrauchten Aufwandgüter zu ersetzen. Das bedeutet praktisch, daß die Produktionskapazität des Unternehmens eingeschränkt wird. Im Hinblick auf das notwendige Wirtschaftswachstum wird man aber zumindestens Erhaltung der ursprünglichen Produktionskapazität, anders ausgedrückt: der ursprünglichen Unternehmungs-Substanz, fordern müssen. Man könnte dem gerecht werden durch eine andere Art der Aufwandverrechnung, d. h. ganz allgemein gesprochen, durch eine Bewertung der Aufwandsgüter zu Wiederbeschaffungspreisen. Da dieses Verfahren aber den traditionellen Methoden der Unternehmungsrechnung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

widerspricht, hat man in der Praxis eine Fülle von Verfahren entwickelt, die formal an dem traditionellen Anschaffungswertprinzip festhalten, praktisch aber eine Wiederbeschaffung der verbrauchten Aufwandgüter auch bei erhöhten Beschaffungspreisen sicherstellen. Im Bereiche des Vorratsvermögens gehören hierhin Bewertungsmethoden, wie das Rechnen mit eisernen Beständen und das „last in — first out"-Prinzip; im Bereiche des Anlagevermögens hat man sich mit Sonderabschreibungen und verschiedenen Verfahren beschleunigter Abschreibung, in der Bundesrepublik z. B. der degressiven Abschreibung, zu helfen versucht.

Alle diese Verfahren sind finanzpolitisch umstritten. Man sieht darin vielfach nur eine Steuerbegünstigung, d. h. einen Verstoß gegen den Grundsatz der steuerlichen Gerechtigkeit. Es soll hier nicht geprüft werden, inwieweit dieser Einwand zutrifft.

Auf jeden Fall wird man das Bestreben der Unternehmungen als berechtigt anerkennen müssen, aus den hereinfließenden Erlösen die ursprüngliche Produktionskapazität wieder aufzubauen. Man kann das durch eine Änderung der Gewinnermittlungsmethoden erreichen, ganz allgemein gesprochen: durch eine Bewertung des Aufwandes zu den höheren Wiederbeschaffungspreisen. Das bedeutet dann den Übergang von der nominellen Geldkapitalrechnung zur Substanzrechnung.

Es wird nun vielfach und zum Teil mit guten Gründen der Standpunkt vertreten, daß dieser Ausweg mit Rücksicht auf übergeordneten finanzpolitischen Erwägungen nicht gangbar sei. Hinzu kommen bilanzpolitische Gesichtspunkte, man fürchtet, daß ein Abgehen von den objektiv festliegenden Anschaffungspreisen die Zuverlässigkeit der Unternehmungsrechnung gefährden könne. Man weist darauf hin, daß die Differenz zwischen den ursprünglichen Anschaffungskosten der Aufwandsgüter und ihren höheren Wiederbeschaffungskosten aus dem versteuerten Gewinn gedeckt werden müsse; man verweist also die Unternehmungen für den Kapitalbedarf, der sich aus dem Ansteigen der Beschaffungspreise für Produktivgüter ergibt, auf den Weg der Selbstfinanzierung.

Wir stehen also vor folgender Alternative: entweder wir reformieren die Gewinnrechnung und lassen eine Aufwandverrechnung zu, die den Unternehmungen den vollen Ersatz ihres Aufwandes ermöglicht, oder wir gestatten den Unternehmungen, die errechneten Nominalgewinne wenigstens insoweit zurückzubehalten, wie es zur Deckung der erhöhten Wiederbeschaffungskosten für die Aufwandgüter erforderlich ist, also in diesem Ausmaße Selbstfinanzierung zu betreiben. Im Interesse des wirtschaftlichen Wachstums kann man also nicht strenge Anwendung des Nominalprinzips in der unternehmerischen Gewinnrechnung durch Unterdrückung aller Methoden der Substanz-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rechnung und zugleich eine Unterbindung der Selbstfinanzierung fordern. Einer der beiden Auswege muß den Unternehmungen erhalten bleiben, wenn sie bei langfristig steigenden Beschaffungspreisen der Aufwandgüter die bestehenden Produktionskapazitäten erhalten und weiter ausbauen wollen.

Dr. Dr. Wolfgang *Kellner* (Wetzlar):

Meine Damen und Herren! Herr Dr. *Irmler* hat die Alternative Ausschöpfung der Produktivitätssteigerungen durch Lohnerhöhungen oder durch Preissenkungen, sehr klar herausgestellt. Er hat im wesentlichen für die Ausschöpfung der Produktivitätssteigerungen durch Lohnerhöhung plädiert. Erlauben Sie mir bitte, daß ich eine Lanze für Ausschöpfung der Produktivitätssteigerungen durch Preissenkung einlege!

Zunächst ein kleines historisches Beispiel. Nach der kurzen amerikanischen Anpassungskrise von 1921 gab *Irving Fisher* den Rat, zur Stabilisierung der Konjunktur das Preisniveau stabil zu halten. Die Folge war, daß in der großen Rationalisierungskonjunktur das amerikanische Banksystem die Geldmenge gewaltig aufblähte, um die durch die Rationalisierung ermöglichte Preissenkung zu verhindern. Diese Inflation bei stabilem Preisniveau brach bekanntlich an dem Schwarzen Freitag zusammen, der die große Krise einleitete. 1931 mußte England das Pfund abwerten, 1933 Amerika den Dollar.

Die Schweiz hat das ganz anders gemacht. In der Schweiz sind die Rationalisierungsfortschritte zur Preissenkung genutzt worden. Der Großhandelsindex der Schweiz sank während der Expansion von 1923 bis 1929 von 180 auf 141 herab, und die schweizerische Konjunktur hat darunter, soweit mir bekannt ist, keineswegs gelitten. Auch die Investitionsneigung der schweizerischen Unternehmer hat darunter nicht gelitten. Die Folge war, daß die Schweiz durch die von außen herangetragene Krise zwar auch tangiert wurde, aber nicht so schwer, und daß sie den Franken erst 1936 abgewertet hat, nachdem alle großen Welthandelsländer vorangegangen waren, und noch jahrelang hat die Diskussion gedauert, ob die Abwertung notwendig war[1].

Ich habe daher den Eindruck, daß eine Verstetigung des wirtschaftlichen Wachstums bei Preissenkungen wesentlich leichter sein sollte als auf dem anderen gekennzeichneten Wege. Man kann das wohl auch theoretisch begründen, und zwar einmal folgendermaßen: Wir brauchen uns um die Verbrauchernachfrage in diesem Zusammenhang wohl nicht

[1] Der folgende Diskussionsredner hat diese Darstellung als „idyllisch" bezeichnet. Wie eine spätere persönliche Aussprache ergab, hatte er irrtümlich die Darstellung für die Zeit 1923 bis 1929 auf die Zeit nach 1929 bezogen *(Kellner)*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zu kümmern, denn der Konsument kauft seinen Kühlschrank, wenn seine Frau ihn zu benötigen glaubt und wenn er das Geld hat; wenn nicht, leiht er sich das Geld auf dem Wege über die Konsumfinanzierung. Er kümmert sich nicht darum, ob zu erwarten ist, daß nach einem halben Jahr der Kühlschrank 2 % billiger sein wird. Die Unternehmernachfrage ist viel interessanter. Aber die Unternehmernachfrage ist ja in Wirklichkeit gar nicht durch erwartete Preisänderungen beeinflußt, sondern durch die erwartete Entwicklung der Differenz von Kosten und Preisen. Wenn es nun gelingen könnte, daß die Kostensenkung stärker ist als die Preissenkung, dann werden die Unternehmer, wie eben das schweizerische Beispiel der zwanziger Jahre gezeigt hat, auch bei sinkenden Preisen investieren, und dann ist die psychologische Gefahr, die Herr Dr. *Irmler* gekennzeichnet hat, wohl nicht mehr gegeben.

Ich möchte dann noch etwas zu dem einen Punkt sagen, den Herr Professor *Paulsen* gestern gegen die Politik einer Ausschöpfung der Produktivitätsfortschritte durch Preissenkung vorgebracht hat. Er hat nämlich argumentiert, daß eine erwartete Preissenkung eine Prämie auf die Kassenhaltung bedeute, und das trifft sich ja mit diesem psychologischen Einwand. Dieses Argument ist aber deswegen nicht richtig, weil ja der Zins auf dem Kapitalmarkt wesentlich sinken wird, wenn eine Preissenkung erwartet wird, weil nämlich der Kapitalgeber dann nicht einen Entwertungsaufschlag in den Zins einberechnet, sondern sozusagen einen Aufwertungsabschlag.

Obwohl auf der Tagung über die außenwirtschaftlichen Dinge nicht gesprochen werden soll, sei mir eine ganz kurze Bemerkung in dieser Richtung gestattet. Ich halte die Außenhandelsüberschüsse nicht für bedenklich, denn sie können ja zur Errichtung von Auslandsanlagen genutzt werden. Deutschland hatte vor 1914 Auslandsanlagen im Werte von 30 bis 35 Milliarden Mark, was heute einem Betrag von etwa 100 Milliarden Mark entspricht. Daraus geht hervor, daß wir auf diesem Gebiet noch einen großen Spielraum haben. Wir sollten uns deshalb vor diesen Außenhandelsüberschüssen nicht fürchten.

Dr. Josef *Rosen* (Basel):

Ich möchte in der gebotenen Eile einige Argumente für die Preissenkung bei steigender Produktivität anführen; wenn die Zeit es erlaubt, sollen es vier Gesichtspunkte sein, und der letzte würde der heikelste sein.

1. Herr Dr. *Irmler* hat von der Benachteiligung der Investitionen bei Preissenkung gesprochen. Diese Überlegung geht aus von den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre, so als ob dieser Ablauf in gleicher Intensität einfach reversibel wäre. In dieser kurzen Zeit ist

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

das Preisniveau abrupt und heftig gestiegen, wie wohl selten zuvor, wie immer es auch gemessen wird — wobei ich auf den so verschiedenartigen Aussagewert der Preise auf der Ebene der Konsumenten oder aber des Großhandels usw. nur hinweise, nicht aber eingehen kann. Frühere Preisänderungen waren nur relativ langsam vor sich gegangen, so langsam, daß man sich ihrer beinahe nicht bewußt geworden ist, quasi generationenweise, insbesondere bei den Verbrauchsgütern. Der Referent impliziert nun in seinem Gedankengang, die gegenwärtige hektische Preiskurve würde in gleichem Tempo nach unten gewendet. Dann allerdings würden die Investoren zu Schaden kommen. Davon aber kann praktisch keine Rede sein. Eine vom Produktivitätszuwachs ausgehende Preisreduktion würde sich ohnehin nur graduell durchsetzen. Unter solchen Voraussetzungen, wenn die Preisentwicklung im Tempo etwa des im 19. Jahrhundert zu verzeichnenden Vorgangs verläuft, und angesichts der technischen Bedingungen würde eine Benachteiligung der Investitionen ausgeschlossen — womit dieses Argument dahinfällt.

2. Ein weiteres Argument für Preissenkung ist die Förderung des Sparens. Wird eine Tendenz zur Preissenkung wirksam, so wird dadurch das Wirtschaften im Rahmen der eigenen Mittel gefördert. Das gilt für das individuelle Familienbudget, für die Betriebe wie auch für die öffentliche Hand. Der wirtschaftliche Ablauf bei fallenden Preisen entmutigt das Leben über den Verhältnissen. Dadurch wird das Sparen in jeder Form gefördert, und dies wiederum erleichtert die Investition.

3. Der permanente Preisanstieg, (auch) bei steigender Produktivität, bewirkt heute die ständige Überzahlung der Dienstleistungen, denn alle Einkommen streben nach dem gleichen Plafond. Nicht nur die besonders produktiven Zweige der Volkswirtschaft, also einige Teile der Industrie, erhalten weitgehend als Einkommenserhöhung, was bei *ihnen* an Produktivitätserhöhung zustande kommt, sondern auch die Bereiche mit weit geringerer Produktivitätszunahme zielen nach diesem gleichen Niveau, das sie als gerecht betrachten. Bei Preissenkung aber würde diese Tendenz des Nachstoßens aufhören, bei der die durchschnittliche Einkommenssteigerung sich als *über* der Produktivitätssteigerung liegend erweist. Mit der Preissenkung für und durch die produktiveren Zweige wird auch eine kleiner ausgefallene Verbilligung, selbst eine gewisse Zunahme der Preise für die nicht so produktiven Zweige neutralisiert. Die Belohnung *aller* Konsumenten für die verbesserte Produktivität ergäbe sich durch die langsame Reduktion der Preise im ganzen. In diesem Falle würde auch die Dienstleistung zu ihrem angemessenen Anteil kommen, ohne das gesamte Preisniveau hinaufzutreiben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der 4. Punkt betrifft die wirtschaftliche Entwicklung im Osten. Die technologische Kapazität hüben und drüben hat sich mehr oder weniger angeglichen. Die einen machen bessere Sputniks, die anderen bessere Frigidaires. Aber die Stärke der östlichen und speziell der sowjetischen Volkswirtschaft ist die seit zwölf Jahren wirksame Politik und Tendenz zur Preissenkung. Eine expansiv sich ausweitende Volkswirtschaft mit rasch wachsender Produktivität wird realisiert auf Basis nicht nur stabiler, sondern sogar sinkender Preise. Diese Entwicklung ist weniger spektakulär, aber sie scheint mir von nachhaltiger Wirkung und dementsprechend diese orthodoxe Wirtschafts- und Preispolitik ein größeres Aktivum des Ostens zu sein als selbst der Sputnik und daher ein gewichtiges Argument.

Prof. Dr. Dimitrios *Delivanis* (Saloniki):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Sie haben von Herrn Dr. *Irmler* ein Programm für zeitgemäße orthodoxe Währungspolitik gehört. Freilich kann man nicht erwarten, daß ich innerhalb von fünf Minuten auf alle Themen, die er so gut behandelt hat, eingehe. Ich will mich mit einem Punkt begnügen.

Es handelt sich um seinen Optimismus in bezug auf die Möglichkeit einer Preisstabilität. Herr Dr. *Irmler* hat sicher recht, wenn er sagt, daß es eine Frage des Willens ist. Aber dieser Wille ist eigentlich unter den jetzigen Verhältnissen nie vorhanden. Wie können wir an Preisstabilität denken — freilich mit den Vorbehalten, die Herr Dr. *Irmler* gemacht hat —, wenn die Preise nur steigen können? Die Preise sind im Begriff zu steigen oder stabil zu bleiben, und wenn die Preise steigen, ist es den Regierungsstellen und den privaten Betrieben unmöglich, die Preise zu halten. Die Preise steigen erstens, wenn eine Panikstimmung ausbricht, und in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren hat es sehr oft Panikstimmungen gegeben, die preissteigernd gewirkt haben. Ich erinnere ferner an Ereignisse wie Mißernten und an Schwierigkeiten, wie sie Frankreich in den letzten Jahren gehabt hat. Solche Faktoren bringen eine Preissteigerung, die nicht zu vermeiden ist. Wenn die Preise einmal gestiegen sind, können sie nicht mehr fallen, und zwar deshalb, weil aus wohlbekannten Gründen in parlamentarisch regierten Ländern die Agrarerzeuger immer Zuschüsse bekommen. Das ist nicht nur in Europa so. Dasselbe gilt für die Rohstoffe. Was die Dienstleistungen anlangt, so ist an ein Absinken ihrer Preise nicht zu denken, weil die Löhne bekanntlich leider Gottes nicht gesenkt werden können.

Von einem der Vorredner wurde unter Hinweis auf das Beispiel der Schweiz in den zwanziger Jahren erklärt, daß man zu Preissenkungen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kommen könnte, wenn eine Kostensenkung vorliege. Ich möchte hinzufügen, daß das nur möglich ist, wenn die Kostensenkung sehr bedeutend ist und wenn der Eindruck besteht, daß diese Kostensenkung eine ständige sein wird.

Noch eine Bemerkung zu der Möglichkeit des Wachstums ohne Inflation. Ich beziehe mich auch auf das gestrige Referat von Herrn Professor *Paulsen*. Gerade das Beispiel der Entwicklung in den Vereinigten Staaten während der letzten 12 bis 18 Monate hat bewiesen, daß es unmöglich ist, das Wachstum aufrechtzuerhalten, wenn man einigermaßen eine orthodoxe Fiskal- und Währungspolitik betreibt. Warum ist die amerikanische Volkswirtschaft zum Stillstand gekommen? Einfach weil in den amerikanischen Regierungskreisen die Meinung entstanden war, daß es möglich sei, endlich nach einer so langen Zeit der Schuldenakkumulation ein gewisses Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen. Es wurde bereits früher erwähnt, daß auch in dieser Phase des Stagnierens die Preise und Löhne weiter gestiegen sind.

Zum Schluß möchte ich noch etwas anderes erwähnen, einen Gedanken, der nicht von mir persönlich stammt, sondern den ich einem Vortrag von Professor *Philipp* (Kopenhagen) entnommen habe: Die Folge ist, daß das Sparen heute nicht mehr von Privaten vorgenommen wird, sondern von Institutionen. Also die Institutionen sparen, ganz abgesehen davon, ob eine kleine Währungsentwertung eintritt.

So glaube ich, daß man sich Wachstum ohne gewisse Preissteigerungen praktisch nicht mehr denken kann. Ich nehme an, daß es theoretisch möglich wäre, das Gegenteil zu behaupten. Aber im zwanzigsten Jahrhundert ist es, wenigstens im Westen, unmöglich, sich das vorzustellen.

Prof. Dr. Michael *Kröll* (Wien):

Meine Damen und Herren! Ohne Umschweife: Ich bekenne mich zur *Preissenkungs-*, nicht zur Lohnhebungsthese und versuche, die theoretische Analyse, mit der meine Vorredner bereits eingesetzt haben, noch zu vertiefen.

Unter einer *wachsenden* Wirtschaft verstehe ich eine Wirtschaft, in der irgendwelche Produktionszweige eine *Produktivitätssteigerung* erzielen, die allerdings zwangsläufig zunächst zu einer Verminderung der Beschäftigtenzahl und zu einer Reduktion der Lohnsumme führt. In einer freien Wirtschaft mit vollständiger Konkurrenz werden die Unternehmer, sofern sie vorausblickend sind, in der Tat sofort die Folgerung ziehen, die Preise gemäß den Kostensenkungen herabzusetzen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Angenommen, es handle sich dabei um ein lebensnotwendiges Gut mit einer Preiselastizität größer als 1. Hier wird die Preisreduktion eine Erweiterung des Absatzes dieses Gutes, somit wieder Vollbeschäftigung in diesem Zweige, nach sich ziehen. Ist die Preiselastizität aber geringer als 1, dann wird zwar der Absatz dieses Gutes durch die Preissenkung nicht erweitert, wohl aber wird Kaufkraft für alle übrigen Güter, für die Non-essentials frei, und der Gesamtbeschäftigungsgrad wird auf diese Art trotz der Rationalisierung nach einer kurzen Übergangszeit unvermindert fortbestehen, die erhöhte Erzeugung wird zu den gesenkten Preisen voll abgesetzt.

Angenommen nun, die Einkommensempfänger nützen diese Entlastung ihrer Kaufkraft nicht voll aus, sondern *sparen,* dann strömt das ersparte Geld über den Kapitalmarkt den Unternehmern zu. Wenn nun diese, in Erwartung weiterer Konsumzunahme Investitionen machen, dann wird dieses Geld unter allen Umständen im Rollen bleiben. Es wird also aus dem Grunde von Preissenkungen allein auf keinem Gebiet der Wirtschaft irgendeine Stockung oder Unterbeschäftigung eintreten.

Ich setze nur noch den Fall, daß die Produktivitätssteigerung in einem Unternehmen mit monopolistischer Stellung stattgefunden habe, das diese Position dazu benutzt, die Preise trotz Kostensenkung hochzuhalten. So wird dieses Unternehmen aber, sofern seine Leitung vorausblickend ist, nur dann verfahren, wenn es Investitionen zu finanzieren hat, die den Monopolgewinn wieder voll in Anspruch nehmen, womit es für die freigesetzten Arbeiter indirekt doch wieder Beschäftigung und Absatz schafft.

Die Schlußfolgerung aus meiner Darlegung ist, daß es keiner staatlichen Arbeitsbeschaffung, ja auch keiner Erweiterung des Geldvolumens bedarf, um den Wirtschaftsprozeß auch bei starkem Wachstum im Gange zu halten. Der Vorteil der Preissenkungsmethode aber ist jedenfalls, daß eine Produktivitätssteigerung auf diese Art der *Gesamtheit* zugute kommt und nicht, wie bei der Lohnhebungsmethode einer Arbeitergruppe allein. Wobei ich unterstelle, daß die Produktivitätssteigerung in aller Regel nicht durch erhöhte Arbeitsleistung, sondern durch eine Verbesserung des Produktionsapparates, durch verstärkten Kapitaleinsatz bewirkt ist. Überdies unterbleibt dann jede *inflationistische* Lohnnachziehung.

Die Vorstellung, daß die Preissenkungsmethode deflationistische Stockungen hervorrufen muß, glaube ich allein mit dem empirischen Hinweis widerlegen zu können, daß in der Zeit der Goldwährung, im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, in einer Periode fortgesetzter Preissenkungen dennoch die Wirtschaft sich dauernd im Wachstum befunden hat. Sinkende Preise waren damals weder geeignet, die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Konsumbereitschaft der Masse zu beeinträchtigen, noch die Investitionsfreudigkeit der Unternehmer einzuschränken. Das wurde bereits von meinen Vorrednern dargetan.

Die einzige Determinante, die für die Inganghaltung des im Wachstum befindlichen Wirtschaftsprozesses unter Vollbeschäftigung bestimmend ist, ist die *Konsumneigung*. Ohne mit *Keynes* in anderen wesentlichen Punkten übereinzustimmen, halte ich ihm zugute, daß er die „propensity to consume" zu einer zentralen Bestimmungsgröße des Wirtschaftsprozesses erhoben hat. Wir haben hierbei noch nicht an die europäischen Verhältnisse zu denken, sondern etwa an Nordamerika, wo der Lebensstandard so hoch angestiegen ist, daß es nicht mehr sehr weltfremd klingt, einen Zustand der Konsum*sättigung* in Betracht zu ziehen. Hier ist aber zugleich zu betonen, daß die Investitionsbereitschaft der Unternehmer selbst wieder abhängig ist von der erwarteten *zukünftigen* Konsumneigung der Bevölkerung. Also ist die Konsumneigung die *einzige* Größe, die von wahrhaft strategischer Bedeutung ist.

Prof. Dr. Karl *Brandt* (Marburg):

Meine Damen und Herren! Es erscheint mir zweifelhaft, ob wir den richtigen Zugang zum Inflationsproblem gewinnen, wenn wir uns nur mit dem Wachstumsmodell beschäftigen, das wir bis jetzt stillschweigend unserer Diskussion zu Grunde gelegt haben. Überlegen wir einen Augenblick, in welchen Modellvorstellungen wir uns bewegen. Wir arbeiten mit einem Modell, wie es beispielsweise Domar beschrieben hat. Auf der einen Seite wirkt der Multiplikator-Effekt, auf der anderen Seite der Kapazitäts-Effekt. Als notwendige Gleichgewichtsbedingung wird vorausgesetzt, daß Ex-ante-Sparen gleich Ex-ante-Investition ist. Sind sie nicht gleich, besteht immer eine inflatorische oder deflatorische Lücke; wir kennen den Zusammenhang bereits aus der *Keynes*schen Theorie. Die Erweiterung der Wachstumstheorie besteht lediglich darin, daß Investitionen nicht nur Ausgaben darstellen, sondern auch noch die Produktionskapazitäten vergrößern und damit den fortschreitenden Wirtschaftsprozeß in Gang halten. Sind nun die Ex-ante-Größen einander gleich, müssen wir folgern, daß der Einkommenszuwachs aus dem Multiplikator-Effekt gerade so groß ist wie der (reale) Produktionszuwachs aus dem Kapazitäts-Effekt, und es ist nicht einzusehen, warum hierbei eine Störung auftreten sollte. Wir beschreiben so einen Wachstumsprozeß, der mit Sicherheit ohne Inflation abläuft.

Aber — und das ist die entscheidende Frage — ist diese Modellstellung für uns brauchbar? Offensichtlich ist sie es nicht, wenn wir

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gewissen Inflationsursachen nachspüren wollen. Im *Harrod-Domar*-Modell setzen wir nämlich voraus, daß das Wachstum der einzelnen Sektoren völlig gleichgerichtet ist und dem Gesamtwachstum entspricht. Das Wachstum eines jeden Sektors ist abhängig von dem Wachstum aller Sektoren der Volkswirtschaft. Wenn die Investitionskoeffizienten und die partiellen Kapitalkoeffizienten der Industrien gegeben sind und im Untersuchungszeitraum konstant bleiben, ergibt sich, daß alle Sektoren die gleiche Wachstumsrate haben. Aber in Wirklichkeit wachsen nicht alle gleich stark. Die einen Industrien expandieren schneller, die anderen langsamer. Diesen Fragestellungen kann nur in einer dynamischen Input-Output-Tabelle nachgegangen werden, in der wechselnde Investitionsbedingungen und Veränderungen in der Kapitalstruktur Berücksichtigung finden.

Wir müssen also in komplizierteren Modellen denken. Aber selbst ohne einen solchen Modellaufbau zu beschreiben, scheint es mir möglich, bereits einige vernünftige Ansatzpunkte zu gewinnen, die auf die Inflationsgefahr hinlenken. Denn eines ist sicher: Der Sektor mit dem größten Produktivitätsfortschritt wird verteilungspolitisch am stärksten genutzt werden. Die Gewerkschaften machen sich hier gewissermaßen zum Schrittmacher der Lohnpolitik, indem sie die Fortschrittsrate dieser Industrie voll für sektorielle Lohnerhöhungen in Anspruch nehmen, eine Politik, die bei Organisation in Industriegewerkschaften auch durchzusetzen ist. Die Lohnentwicklung der den Fortschritt tragenden Industrien wirkt sich auch auf die Sektoren mit niedrigerem Wachstum aus. Denn die Gewerkschaften, die gesehen haben, daß man in einem Sektor z. B. 8 % Lohnsteigerung durchsetzen kann, weil die betr. Industrie das verkraftet, sagen: die gleiche Steigerung wollen wir auch in unseren Industrien haben. Die Folge ist, daß die Lohnsteigerung der gesamten Volkswirtschaft mit der Wachstumsrate der am stärksten expandierenden Industrie durchgeführt wird. Die Konsequenz ist selbstverständlich Inflation.

Wenn wir also ein inflationsloses Wachstum erreichen wollen, müssen wir durchsetzen, daß die Gewerkschaften sich mit ihren Lohnforderungen auf die durchschnittliche Wachstumsrate der Volkswirtschaft festlegen, d. h. die Lohnempfänger in den Industrien, die stärker als mit der Durchschnittsrate expandieren, müssen sich mit weniger zufrieden geben, als sie erreichen könnten, damit die anderen Industrien, deren Expansionsrate geringer als die durchschnittliche ist, in der Lohnzahlung aufholen können. Tun die Gewerkschaften dies nicht, gibt es nur eine zweite Konsequenz: Jede Industrie kann nur das an Löhnen zugestehen, was sie als eigene Wachstumsrate zur Verfügung hat und es gibt je nach den Fortschrittsraten der Industrien ein sehr differenziertes Lohnsystem. Ob das wirtschaftspolitisch erreichbar ist,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ist unter den heutigen bilateral-monopolistischen Verhältnissen auf den Arbeitsmärkten sehr zweifelhaft.

Noch eine zweite Fragestellung, die vielleicht ketzerisch ist, sei kurz berührt: Es ist sehr viel von Wettbewerb gesprochen und betont worden, daß der Wettbewerb entscheidend für die Durchsetzung und die Forcierung des Fortschrittes sei. Sicherlich sollten wir den Monopolisierungsgrad der Märkte nicht unterschätzen, vor allem, wenn es um die Bestimmung des Preisgefüges geht. Aber auf die *Rate des Wachstums* hat der Monopolisierungsgrad meines Erachtens nicht den großen Einfluß, den wir annehmen. Denn was geschieht bei Monopolisierung? Es entstehen zusätzliche Monopolgewinne, die vielleicht neben dem kinetischen Gewinn — oder wie wir den Investitionsgewinn sonst nennen wollen — einen großen Anteil ausmachen; aber diese Gewinne werden nicht konsumiert, sondern investiert, werden also wieder in den Wachstumsprozeß hineingesteckt und kommen dann in Form technischer Fortschritte usw. doch wieder der Gesamtwirtschaft zugute.

Aus diesen Monopolgewinnen entsteht jedoch — und darauf kommt es, glaube ich, an — etwas ganz anderes, nämlich eine neue Art sozialer Frage. In dem Augenblick, wo das volkswirtschaftliche Sparen infolge der Monopolgewinne nur oder überwiegend als Korporativsparen erfolgt, entstehen verstärkte Diskrepanzen zwischen Besitz und Nichtbesitz. Die Folge ist, daß diese sich dauernd zuungunsten des Nichtbesitzes vergrößernde Diskrepanz den Willen zum Wirtschaften, dieses psychologische Moment des Antriebs, das im Wachstum eine Rolle spielt, stark einengt. Aus den Monopolgewinnen sind so indirekte Einflüsse auf das Wachstum abzuleiten, die wir nicht ohne weiteres hinnehmen können, weil sie von der sozialen Seite her, genauer von den institutionellen Randbedingungen her das Wachstum gefährden. Dieses Problem ist aber ein ganz anderes als das des direkten Einflusses der Monopolgewinne auf die Fortschrittsrate. Und möglicherweise ist ein geringeres, stabiles Wachstum, das in einem ausgeglichenen sozialen Milieu stattfindet, einem hektischen Wachstum, das von sozialen Spannungen begleitet ist, vorzuziehen.

Dr. Gerhard *Fürst* (Präsident des Statistischen Bundesamtes):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ein beamteter Statistiker in diesem illustren Kreise das Wort ergreift, so werden Sie nicht voraussetzen, daß er in den „Concours der Beredsamkeit" an diesem Pult eintritt, sondern Sie werden verstehen, daß er sehr nüchtern seine Gedanken äußert, die ihm bei den vorangegangenen Vorträgen gekommen sind.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wenn man hört, welche weitreichenden Schlüsse aus empirisch-statistischem Material für theoretische Entwicklungen gezogen werden, so überläuft einen zum Teil ein Gefühl der Befriedigung, daß die Statistik so schön ausgewertet wird, zum Teil aber auch ein gewisser Schauer — nicht nur der Ehrfurcht — sondern einer ganz gewöhnlichen Furcht, ob diese Schlüsse nicht wegen der Unzulänglichkeit des Zahlenmaterials falsch sein könnten. Befürchten Sie nicht, daß ich mein Klage- und Entschuldigungslied über die Gründe, warum das Material so unzulänglich ist, wieder einmal anstimme! Der Bundesfinanzminister ist ohnehin abgereist, und die übrigen Anwesenden stehen alle in dem Verdacht, statistikfreundlich zu sein. Ich möchte nur einen Hinweis darauf geben, was denn von den Nationalökonomen zur Verbesserung der Statistik geleistet werden könnte, und das wäre die Beantwortung der Frage nach genaueren Definitionen der von den Theoretikern verwendeten Begriffe.

Damit eine ganz konkrete Frage an Herrn Dr. *Irmler,* was er, wenn man von Preiserhöhungen, Lohnerhöhungen usw. spricht, unter dem „allgemeinen Preisniveau" versteht. Ich bin in der glücklichen Lage — um mit Herrn *Veit* zu sprechen — mich als „Konstatierter" und keinesfalls als „Lenker" zu fühlen. Aber man hat als konstatierender Statistiker manchmal die Furcht, daß man durch die Auswahl der zur Verfügung gestellten Instrumente lenkt, nämlich dann, wenn nur wenige Instrumente vorhanden sind und diese dann für theoretische Zwecke benutzt werden, für die sie nicht gedacht sind. Sie könnten also dem Statistiker sehr viel helfen, wenn Sie klar sagten, welche Instrumente die Wissenschaft braucht. Wenn man die Preisstatistik, also die Statistik der Bewegung des „allgemeinen Preisniveaus" für währungspolitische Maßnahmen benötigt, so muß man doch wissen, wann eigentlich das rote Signal aufleuchtet und warnt, daß etwas geschehen muß. Soll das geschehen, wenn die Preise des „privaten Verbrauchs" steigen? Man hat aus dem Referat den Eindruck, daß das gemeint war.

Das würde aber heißen, daß z. B. die Preisentwicklung des Staatsverbrauchs unberücksichtigt bleiben und daß — wenn die Preise der Staatsleistungen anders laufen — ihr Ansteigen kein Signal wäre für das Ansetzen währungspolitischer Maßnahmen. Wenn man an den privaten Verbrauch allein denkt, sind auch die Preise der Investitionsgüter aus der Berechnung heraus. Soll das Signal gezogen werden, wenn diese steigen, oder braucht es noch nicht gezogen zu werden, wenn die Preise des privaten Verbrauchs noch nicht gleichzeitig steigen?

Im allgemeinen soll hier über die außenwirtschaftlichen Einflüsse nicht gesprochen werden. Aber bei der Bewegung des Preisniveaus

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

spielen auch die außenwirtschaftlichen Verflechtungen und vor allen Dingen die Preisentwicklung des sogenannten Außenbeitrags eine erhebliche Rolle. Dabei treten in Zusammenhang mit sich ändernden „terms of trade" besondere Komplizierungen ein. Ob diese im „allgemeinen Preisniveau" berücksichtigt werden sollen, muß man dem Statistiker sagen, also ob er über die Darstellung der Preise des gesamten Sozialprodukts hinausgehen soll zu einer anderen Größe.

Kurz, dies sind alles Fragen, bei denen der Statistiker dem Theoretiker und dem währungspolitischen Praktiker größere Hilfe leisten könnte, wenn ihm ganz klar gesagt würde, wie die Instrumente aussehen sollen, die man von ihm verlangt.

Noch ein kurzes Wort zu der Frage Lohnerhöhung oder Preissenkung. Ich möchte hier die Argumente von Herrn Professor *Brandt* mit dem Hinweis unterstützen, daß in einer Situation, in der die Gewerkschaften nun einmal eine vorhandene politische Kraft sind, man nicht damit rechnen kann, daß es gelingen wird, Preissenkungen durchzusetzen, da ja, wie Herr Professor *Brandt* geschildert hat, die Einheitlichkeit im Lohngefüge immer dazu führen wird, daß das Durchsetzen höherer Löhne in einem Bereich auch Lohnerhöhungen in anderen Bereichen nach sich zieht.

Dr. Hans-Joachim *Rüstow* (München):

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir zu der Frage: „Lohnerhöhung oder Preissenkung" einige kurze Bemerkungen.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß im Falle konstanter Nominallöhne die Preissenkung im Durchschnitt doch nur die Kostensenkung der Betriebe durch den Produktivitätsfortschritt ausgleichen würde. Das trifft in der Tat bei der Investierung von Eigenkapital zu. Die investitionshemmende Wirkung solcher Preissenkungen beschränkt sich daher fast ausschließlich auf die Verwendung von Fremdkapital, das unabhängig von der Entwicklung des Preisniveaus und des Geldwertes in gleichen Nominalbeträgen zurückgezahlt werden muß.

Würde man nun mit einer einigermaßen kontinuierlichen Produktivitätsentwicklung rechnen können, so würde es möglich sein, den investitionshemmenden Effekt von Preissenkungen durch eine entsprechende strukturelle Senkung des Zinssatzes für Fremdkapital auszugleichen. Wir könnten dann ohne Bedenken die verschiedenen, unleugbaren Vorteile von Preissenkungen — statt Lohnerhöhungen — uns zunutze machen. In Wirklichkeit aber treten — wie wir das z. B. in Westdeutschland zwischen 1948 und 1958 erlebt haben — ganz erhebliche Veränderungen der Produktivitätsentwicklung auf, die etwa

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zwischen ein und zehn Prozent schwanken können. In den Perioden hohen und höchsten Produktivitätsfortschritts würde dann der Spielraum für Zinssenkungen nicht ausreichen, um den Preisfall auszugleichen.

Infolgedessen kann man Preissenkungen statt Lohnerhöhungen eigentlich nur empfehlen, wenn man gleichzeitig für ein Index-Verfahren eintritt, das die Steigerung des Geldwertes bei Kapitalrückzahlungen ausgleicht. Solche Indexklauseln aber werden in weitgehender Übereinstimmung zwischen Wirtschaft und Praxis für äußerst bedenklich gehalten.

Dr. Armin *Gutowski* (Wiesbaden):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! In dem heutigen Referat und auch am gestrigen Tag ist die existierende Geldordnung immer als Datum gesetzt worden. Es bedarf vielleicht der jugendlichen Naivität, die Frage nach der Zweckmäßigkeit unserer heutigen Geldordnung in diesem Kreise zu stellen. Immerhin hat *Walter Eucken,* ein für die Marktwirtschaft besonders kompetenter Gelehrter, darauf hingewiesen, daß sie bisher noch keineswegs in idealer Weise gelöst ist. Der in einer wachsenden Wirtschaft benötigte Zuwachs an Geld zu Transaktionszwecken entsteht heutzutage im Wege der Kreditschöpfung. Im Idealfall werden bei steigender Produktivität Kredite in solchem Umfange gewährt, daß das Preisniveau gerade stabil bleibt. Von dem zweiten Weg, auf dem wir heute unsere Geldmenge zu Transaktionszwecken vermehren, nämlich über permanente Devisenüberschüsse, soll hier abgesehen werden; diese Art der Geldschaffung ist genau so teuer wie die Goldproduktion zu rein monetären Zwecken.

Herr Dr. *Irmler* hat nun ausgeführt — und Herr Professor *Brandt* hat diese Ansicht soeben überzeugend unterstützt —, die Preise würden vermutlich auf lange Sicht nicht sinken. Es werde wahrscheinlich sogar recht schwierig sein, das Preisniveau auf gleicher Höhe zu halten. Nur aber wenn der Produktivitätsfortschritt allen zugute käme — und das träfe bei der gegebenen Geldordnung lediglich im Falle sinkender Preise zu —, könnte man meiner Ansicht nach der heute existierenden Geldordnung nichts Böses nachsagen.

Es erhebt sich die Frage, ob nicht ein gleichbleibendes Preisniveau und zugleich eine gerechtere Einkommensverteilung und vielleicht sogar ein reibungsloseres wirtschaftliches Wachstum dadurch erreicht werden könnten, daß das im Laufe der Zeit zusätzlich benötigte Geld auf andere Weise in Umlauf kommt.

Ich kann hier keine detaillierten Reformpläne für die Geldordnung vortragen, sondern nur die folgende Frage aufwerfen: Könnte nicht

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Notenbank die zusätzliche Geldmenge in der Weise schaffen, daß den Steuerzahlern ein gewisser, dem vorausgeschätzten Wirtschaftswachstum entsprechender Prozentsatz der Steuern erlassen wird und die Notenbank dem Staat den Betrag des dadurch entstehenden Steuerausfalls in Zentralbankgeld zur Verfügung stellt. Die Vorausschätzung der voraussichtlich zusätzlich benötigten Geldmenge könnte man einem unabhängigen Gremium, wie etwa dem Zentralbankrat, übertragen. Freilich nützte es wenig, zum Zwecke der Steuersenkung nur den Geldschöpfungsspielraum der Notenbank zu verwenden, wenn nicht gleichzeitig die wesentlich stärkeren Geldschöpfungsmöglichkeiten der Geschäftsbanken beschnitten würden; und das wäre nur denkbar mit Hilfe des alten 100 %-Plans. Diesen könnte man vielleicht, um die Elastizität der Geschäftsbanken bei der Geldhergabe nicht allzu stark auszuschalten, zu einem 80 %- oder 60 %-Plan modifizieren.

Wir dürfen nicht der Gefahr erliegen, in einer Marktwirtschaft aus ökonomischen Erwägungen heraus die optimale Wachstumsrate autonom auf 3 % oder 6 % festlegen zu wollen. Ebenso wie die Konsumenten darüber frei befinden können, welche Güter sie und in welchen Mengen sie diese kaufen, sollten sie auch frei entscheiden können, wie sie ihre Einkommen auf Gegenwart und Zukunft verteilen wollen. Diese Entscheidung ist ihnen bei der existierenden Geldordnung — jedenfalls bis zu einem gewissen Grade — vorenthalten.

Eine Änderung der Geldordnung in dem angedeuteten Sinne könnte vielleicht auch dazu beitragen, diese Entscheidungsfreiheit der Einkommensbezieher in vollem Umfange herzustellen. Unter Umständen würde sich dann jedoch herausstellen, daß die Wachstumsraten der Investition und des Einkommens geringer sind als zuvor. Wenn wir dann der Überzeugung sind, aus politischen Gründen mit dem Osten gerade in bezug auf die Wachstumsrate Schritt halten zu müssen, könnten die Investitionen durch eine offene gesetzliche Förderung des echten Sparens begünstigt werden.

Dr. Klaus *Rohde* (Bonn):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte mir eine Bemerkung zu der Bedeutung des Zins*gefüges* oder der Zins*relation* für ein stetiges Wachstum unter Vermeidung unerwünschter Geldwertschwankungen erlauben. Ich überschätze das Problem des Zins*gefüges* durchaus nicht, aber gegenüber den global-theoretischen Argumentationen, die vielfach nur von *dem* Zins sprechen, verdient es doch erwähnt zu werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wenn wir davon ausgehen, daß für das stetige Wirtschaftswachstum ein Gleichgewicht zwischen den freiwilligen Investitionen und den freiwilligen Ersparnissen wesenhaft ist, so ist die Frage zu stellen, wie der Zins auf beiden Seiten fungiert. Von einer Zinsabhängigkeit oder genauer Zinsmitabhängigkeit der freiwilligen *Investitionen* kann man ganz sicher sprechen. Die Banken haben ihrerseits verschiedene Zinssätze, mit denen sie, namentlich wenn sie nicht nur konstatieren, sondern lenken wollen, operieren: Zins für kurzfristige Darlehen und Zins für mittelfristige Darlehen; an dieser Stelle ihren Zins für langfristige Darlehen zu überschätzen, ist vielleicht nicht ganz richtig, aber da die Banken auch als Emissionskonsortien für gewisse Kapitalmarktplacierungen agieren, ist zumindest ihre Beratung für die Gestaltung des „langfristigen Zinses" nicht unwichtig.

Es ist ein sehr schwieriges Problem, in welchem Maße die einzelnen Zinssätze die Investitionsprogramme beeinflussen. Sicher ist das theoretisch nie ganz abzuklären, sondern bedarf auch rein praktischer Untersuchungen.

Wollte ich auf der anderen Seite von einer Zinsempfindlichkeit der *Ersparnisse* sprechen, so beginge ich eine Ketzerei gegenüber der Liquiditätstheorie des Zinses. Aber auch wenn man sich auf deren Standpunkt stellt, ist es doch so, daß die Haben-Zinsen bei den Banken mit die Einlagenhöhe und damit die Liquidität der Banken mit beeinflussen. Und die Liquidität der Banken ist es wiederum, die bei den Diskussionen des Zentralbankrats mit entscheidend für die Beschlüsse über die Höhe des Diskontsatzes ist.

Ich möchte andeuten, daß sowohl nach der Investitionsseite als auch — mit gewisser Abschwächung — nach der Sparseite hin eine Menge einzelner Zinssätze in Betracht kommt, die eine gewisse Interdependenz auf beiden Seiten und zwischen den beiden Seiten haben. Ich persönlich bin geneigt, den Automatismus, mit dem sich diese Zinssätze einander anpassen, nicht zu überschätzen. Zweifellos liegt eine Interdependenz und vielleicht auch eine Tendenz zum langfristigen Gleichgewicht, zur Harmonie vor. Aber auf der anderen Seite stehen konkrete menschliche Entscheidungen dazwischen, und diese sind oft von gewissen politischen Argumenten mit beeinflußt. Ich denke an die Diskussion um die Senkung der Haben-Zinsen in jüngster Zeit. Wenn man ein Gleichgewicht von freiwilliger Investition und freiwilligen Ersparnissen zur Vermeidung unerwünschter Geldwertschwankungen ins Auge faßt, so sollte man sich bewußt sein, daß eine vernünftige Gliederung des Zinsgefüges zwar nicht alleinentscheidend ist, aber mit dazu beiträgt, daß diese Harmonie zustande kommt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Prof. Dr. Siegfried *Wendt* (Wilhelmshaven):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Versuch machen, durch Klärung einiger Begriffe einen Beitrag zur Beantwortung der Frage zu leisten, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit der Geldwert stabil gehalten, anders ausgedrückt, Inflation vermieden werden kann. Begriffsklärungen bedeuten immer Überspitzungen. Diese Überspitzungen oder Vereinfachungen müssen um so schärfer sein, je kürzer die Zeit ist, die zur Verfügung steht, um diese Dinge abzuhandeln.

Man hört oft die Frage — und diese Frage spielte auch in dem Referat des Herrn Dr. *Irmler* eine Rolle —: Wieweit ist es möglich, im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums Investitionen durch Bankkredite, ja vielleicht sogar durch „zusätzliche" Bankkredite zu finanzieren? Ich möchte darauf ganz kurz die Antwort geben: Überhaupt nicht! Investitionen können, wenn der Geldwert stabil gehalten werden soll, niemals durch Bankkredite oder gar durch „zusätzliche" Bankkredite finanziert werden.

Um diese Antwort verständlich zu machen, muß ich klären, was ich hierbei unter „Investition" verstanden wissen will. Ich halte es für notwendig, scharf zu unterscheiden zwischen der *Produktion von Anlagegütern* und ihrer *Investition,* d. h. ihrer Übernahme in die Vermögensrechnung bestimmter Unternehmungen. Die Produktion von Anlagegütern unterscheidet sich wirtschaftlich gar nicht von der Produktion von Verbrauchsgütern. Das heißt, der Produktionsvorgang kann genau wie bei Verbrauchsgütern durch Bankkredite finanziert werden. Er kann auch durch „zusätzliche" Kredite finanziert werden, wenn zusätzliche Produktionskräfte realiter zur Verfügung stehen.

Die Verbrauchsgüter, die auf diese Weise hergestellt werden, können dann aus dem Einkommen gekauft werden, das bei ihrer Produktion entstanden ist, und der Kreislauf schließt sich. Die Investitionsgüter, die Anlagegüter, die in der gleichen Weise hergestellt werden, müssen ebenfalls aus Einkommen gekauft werden. Wir bezeichnen diesen Vorgang als *Sparen,* weil ja eine ganze Reihe von organisatorischen und institutionellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen, daß aus dem gesamten Volkseinkommen die nötigen Mittel für die Übernahme von Anlagegütern in die Vermögensrechnung bestimmter Industrien, bestimmter Unternehmungen zur Verfügung gestellt werden können. Es ist also nur möglich, *Produktionsvorgänge* durch Bankkredite zu finanzieren. Die *Investition* als Vorgang der Übernahme in die Vermögensrechnung eines Unternehmens muß stets aus dem Volkseinkommen, d. h. aus Sparmitteln irgendwelcher Art durchgeführt werden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Ein-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kommen größer werden, wenn die Produktion — auch mit Hilfe von Bankkrediten — ausgedehnt werden kann.

Es kann nun auch vorkommen, daß die Finanzierung von Produktionsvorgängen durch Bankkredite, sagen wir auch einmal: durch „zusätzliche" Bankkredite, zu inflatorischen Vorgängen Veranlassung gibt, dann nämlich, wenn durch diese Bankkredite etwa das Abwerben von Kräften begünstigt wird, die nicht im Zuge des realen Wachstums der Wirtschaft, des realen Fortschrittes, der realen Zunahme der Produktivität irgendwo im wirtschaftlichen Leistungszusammenhang freigesetzt werden. Nur dann, wenn diese Kräfte im echten Sinne des Wortes freigesetzt worden sind, darf die Notenbank den Geschäftsbanken zugunsten produzierender Unternehmungen Finanzierungshilfe leisten. Sonst müßten die Geschäftsbanken solche Bankkredite aus Einlagen finanzieren, die Ihnen von irgendwoher aus der Liquidation von Kreditaktionen zufließen.

Ich wiederhole noch einmal: *Produktion* kann durch Geschäftsbankkredite, unter Umständen auch durch „zusätzliche" Kredite, die eine Verlängerung der Bankbilanzen zur Folge haben, finanziert werden. *Investition* als Übernahme der Anlagegüter in die Vermögensrechnung von Unternehmungen kann, sofern Inflation vermieden werden soll, d. h. sofern der allgemeine Preisstand stabil gehalten werden soll, nur aus dem Volkseinkommen, d. h. aus echten Ersparnissen vorgenommen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Volkseinkommen durch die bankmäßige Finanzierung von Produktionsvorgängen vergrößert werden kann, wenn durch diese Finanzierung neue Leistungskräfte erschlossen werden.

Dr. Hans *Langelütke* (Ifo-Institut):

Meine Damen und Herren! Ich kann mich sehr kurz fassen, weil ich nur eine Faktenrichtigstellung vorzunehmen habe. Herr Dr. *Irmler* hatte gemeint, daß Investitionserhebungen bisher nur in Amerika bestehen. Tatsächlich führen wir im Ifo-Institut aber bereits seit vier Jahren eine Investitionserhebung ex post und ex ante durch. Bei der letzten Erhebung erfaßten wir nicht nur die Industrie, sondern auch den Großhandel und den Einzelhandel. Im nächsten Jahr hoffen wir, auch den Verkehr und vielleicht auch die Landwirtschaft einbeziehen zu können.

Schlußwort des Referenten Dr. Heinrich *Irmler* (Vizepräsident der Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf):

Meine Damen und Herren! Es ist nicht ganz leicht, ein Schlußwort zu sprechen, nachdem so viele Diskussionsredner ihre Ansichten, er-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

freulicherweise zum Teil abweichend von meinen formuliert, vorgetragen haben. Ich darf vielleicht mit dem Leichtesten beginnen und Herrn Dr. *Langelütke* danken, daß er mich auf diese Statistik seines Instituts aufmerksam gemacht hat. Die zunehmende Entfernung von der volkswirtschaftlichen Abteilung der Bank deutscher Länder, der anzugehören ich die Ehre hatte, machte sich doch bemerkbar; es ist mir in der Tat entgangen.

Nun darf ich vielleicht auf die Grundsatzfrage eingehen, auf die Alternative: fallendes Preisniveau und stabile Löhne oder Weitergabe des Produktivitätsfortschritts durch Lohnerhöhungen mit dem Ziel, das Preisniveau stabil zu halten. Ich kann mich nicht der von einigen Diskussionsrednern vorgebrachten These anschließen, daß die Weitergabe von Produktivitätsfortschritten im Wege von Lohnerhöhungen bereits ein inflatorischer Vorgang sei. Im einen wie im anderen Falle, nämlich entweder bei Weitergabe des Produktivitätsfortschritts durch Preissenkungen oder bei Weitergabe durch Lohnerhöhungen, wird ja nichts anderes gemacht, als eben diese Produktivitätsfortschritte, die Steigerung der realen Güterproduktion weiterzugeben, und zwar um der sozialen Gerechtigkeit willen natürlich an einen möglichst großen Kreis, nicht nur an die gerade zufällig im Arbeitsprozeß einer Firma, die solche Produktivitätsfortschritte erzielt hat, tätigen Leute.

Die Weitergabe solcher Produktionssteigerungen kann also, auch wenn sie im Wege der Ausweitung der Bankkredite finanziert wird, meines Erachtens noch nicht als Inflation angesehen werden. Das ist allerdings eine Frage der Definition. Wenn man auf dem Standpunkt steht, daß das Geldvolumen konstant gehalten werden müsse und allenfalls im Zuge und im Ausmaß der Bevölkerungszunahme gesteigert werden dürfe, dann freilich kommt man zu dem Schluß, daß diese Lohnsteigerung bereits ein inflatorischer Vorgang sei.

Eine große Rolle spielt natürlich die Frage nach dem Preisniveau als solchem sowie die Frage nach dem Lohnniveau. Herr Dr. *Fürst* hat ganz recht, wenn er sagt, daß das Preisniveau keineswegs ein eindeutiger Begriff ist. Ich hatte auch in meinem Vortrag darauf hingewiesen, allerdings diese Schwierigkeit ausgeklammert und gesagt: Nehmen wir an, daß wir das Preisniveau als solches irgendwie in den Griff bekommen. Daß das außerordentlich schwierig ist, erhellt ja allein daraus, daß das Preisniveau etwa des Herrn Dr. *Fürst* und das seines Hausmeisters verschieden sind, weil sich die Bedürfnisse zum Teil auf andere Güter richten. Wenn ich Bezieher eines sehr großen Einkommens bin und sehr viele Gegenstände des gehobenen Bedarfs kaufe, die sich, weil der technische Fortschritt in diesen Industrien besonders wirksam ist, im Preise nach unten bewegen, wird sich meine Vorstellung von der Bewegung des Preisniveaus erheblich von

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der unterscheiden, die etwa ein Rentner hat, der fast nur Produkte der Landwirtschaft kauft und obendrein Wohnungsmiete bezahlt, Dinge, die natürlich, weil sie zum Teil dem tertiären Sektor angehören, im Preise zu steigen tendieren.

Wird das Problem aber im Grunde dadurch gelöst, daß wir uns der Vorstellung hingeben, wir verfolgten eine Politik der stabilen Löhne bei abgleitendem Preisniveau? Es wurde auf das Problem der Lohnführerschaft hingewiesen. Es wurde gesagt, einige Industrien marschierten mit ihrer Produktivitätssteigerung deutlich an der Spitze — man könnte hier etwa an die chemische Industrie denken —, und in diesen Industrien sei demzufolge eine relativ große Lohnsteigerung möglich. Diese relativ große Lohnsteigerung wälzt sich natürlich auf andere Bereiche fort, weil, wenn das nicht der Fall wäre, Wanderungsbewegungen der Arbeiterschaft zu diesen Bereichen, in denen die Produktivität und damit die Löhne am meisten steigen, unvermeidlich wären. Diese Wanderungsbewegungen, die also durch die verschiedene Produktivitäts- und damit verschiedene Lohnbewegung ausgelöst würden, sind aber doch wohl auch unvermeidbar, wenn das Lohnniveau als solches — wobei wieder genau wie bei dem Preisniveau die Frage nach dem Lohnniveau aufzuwerfen wäre — stabil bleibt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Stabilhaltung des „Niveaus" eine Vereisung der Lohnstruktur bedeuten kann. Es käme also zu Strukturverschiebungen, wie sie laufend in der Wirtschaft vorkommen und vorkommen müssen, auch bei der theoretischen Vorstellung eines stabilen Lohnniveaus. Das heißt, es käme zu einer Bewegung innerhalb der Einzellöhne, nur mit der Begrenzung, daß das Niveau als Ganzes nicht ansteigt, während im anderen Falle die Einzelbewegungen unter Duldung einer Anhebung des Gesamtlohnniveaus erfolgen.

Die Schwierigkeiten verschieben sich also bis zu einem gewissen Grade nur, so daß man ihrer keinesfalls enthoben ist, wenn man statt der einen Politik, nämlich der Politik der Preisstabilität, eine Politik der im Rahmen des Produktivitätsfortschritts langsam abgleitenden Preise verfolgt. Es stellt sich in dem einen wie in dem anderen Falle die Frage der Auswirkung solcher Prozesse auf diejenigen Bereiche, in denen die Arbeitsproduktivität nicht steigt. Diese Bereiche sind ja wohl hauptsächlich in dem tertiären Sektor zu suchen, wo der Anteil der Lohnkosten sehr hoch ist. Dort wird also bei einer Politik der Weitergabe des Produktivitätsfortschritts durch Lohnerhöhungen die Tendenz zu steigenden Preisen auftreten, während dieser Sektor im anderen Falle, bei einer Politik des stabilen Lohnniveaus, die Tendenz zu weniger fallenden Preisen gegenüber den industriellen Produkten aufweisen müßte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich vermag also nicht ohne weiteres zu sehen, wie hier die Schwierigkeiten restlos behoben werden sollen, wenn ich auch — notgedrungen etwas kurz — formuliert hatte, im einen Fall würde die Schwierigkeit der Lohnkämpfe gemildert, während bei unserer derzeitigen Politik zweifellos die Gefahr bestehe, daß über die Lohnführerschaft von besonders produktivitätsstarken Bereichen ein Zuviel an Lohnerhöhungen in das Gesamtlohnniveau hineinkommt.

Wie aber auch immer, dieses Zuviel an Lohnerhöhungen kann an sich nur realisiert werden, wenn die Geldpolitik, wenn die Politik der Währungsbank eine zu große Geldversorgung zuläßt. Auch andernfalls, nämlich bei der Politik des stabilen Lohnniveaus, aber sinkender Preise, steht die Währungsbehörde vor der großen Schwierigkeit, wie sie das Geldvolumen bemessen soll. Ich lasse völlig ausgeklammert die Schwierigkeit der Begriffsdefinition. Auch hier wieder der Hinweis von Herrn Dr. *Fürst:* die Schwierigkeit der Begriffsdefinition „Geldvolumen"; sie hängt mit dem Problem der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zusammen. Wenn ich mich aber als Angehöriger der Notenbank in die Lage hineindenke, wie wir die Politik sinkender Preise bei stabilen Löhnen überhaupt durchzuführen versuchen sollten, so käme ich zu dem Ergebnis, daß wir dann wohl jede Kreditausweitung, jede Steigerung des Geldvolumens unterbinden müßten, die über die Bevölkerungszunahme hinausgeht. Dabei würde das Problem der Zahlungsbilanzüberschüsse natürlich genauso in Erscheinung treten müssen wie jetzt. Wir müßten sie dann in weit stärkerem Maße durch Druck auf das Kreditvolumen kompensieren und würden ohne weiteres in Konflikt mit dem ganz natürlichen Wunsch aller Menschen kommen — er ist offenbar eine Realität —, daß sie ihr wirtschaftliches Vorwärtskommen, das ja seine gütermäßige Deckung in der Produktivitätszunahme findet, in höheren Löhnen bei stabilen Preisen ausgedrückt sehen möchten. Es liegt hier also weitgehend auch eine Frage der psychologischen Beurteilung vor.

Es wurde darauf hingewiesen, daß die Neigung der Unternehmer zu investieren nicht zu leiden brauche, wenn die Preise sinken. Das ist zweifellos richtig. Es kommt sicher nicht auf die absolute Preisbewegung als solche an, sondern darauf, wie sich die Gewinnerwartungen gestalten. Ich gebe zu, daß die Gewinnerwartungen nicht notwendig tangiert werden müssen, wenn die Preise für die Produkte infolge des technischen Fortschritts absinken, denn ex definitione würden die Kosten auch sinken, so daß die Differenz zwischen Erlösen und Kosten die gleiche bleiben könnte. Es gibt ja auch erfreulicherweise Wirtschaftsbereiche in der Industrie, in denen tatsächlich die Preise für bestimmte Produkte sinken und gleichwohl die Investitionen in diesen Bereichen keineswegs erlahmen. Wir haben

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Preissenkungen etwa in der Automobilindustrie, in der Kühlschrankindustrie, in der Rundfunk- und Fernsehgeräteindustrie erlebt bei durchaus guten Gewinnspannen und demzufolge hoher Investitionsneigung. Insofern ist schon die Konsumentennachfrage für die Investitionsneigung außerordentlich wichtig. Das ist in vielen Bereichen so und muß so sein, weil es sonst hoffnungslos wäre, das Preisniveau stabil halten zu wollen.

Ich habe demzufolge auch nicht gesagt, daß etwa der gesamte Produktivitätsfortschritt der Spitzenindustrien in Gestalt von Lohnerhöhungen ausgekehrt werden soll, sondern ich habe gesagt, daß die Lohnerhöhung in diesem Fall hinter dem Produktivitätszuwachs zurückbleiben muß, wenn Aussicht bestehen soll, daß Preissenkungstendenzen sich durchsetzen, die die notwendigen Preiserhöhungstendenzen in Bereichen mit hohem Lohnanteil kompensieren. Psychologisch ist jedenfalls das absolute Festhalten der Geldmenge und das Herabdrücken des Preisniveaus doch noch etwas anderes, als wenn nur in bestimmten Bereichen die Preise sinken, wobei hier die Investitionsneigung infolge Aufrechterhaltung der Gewinnerwartungen nicht tangiert wird.

Ich möchte also doch bei meiner Meinung bleiben. Ich fühle mich durch die Gegenargumente nicht ganz überzeugt, daß meine Meinung, nämlich daß ein stabiles Preisniveau anzusteuern sei, nicht richtig ist. Ich verkenne nicht, daß es Schwierigkeiten bereitet, eine solche Politik durchzusetzen. Aber ich muß betonen, daß die Schwierigkeiten auch im anderen Falle erheblich wären, und daß die Gefahr, daß die Investitionsneigung gedrückt würde, immerhin so groß ist, daß wir sie praktisch-politisch nicht in Kauf nehmen könnten und sollten.

Im Verhältnis zur Umwelt würden wir durch eine solche Politik selbstverständlich eine unmittelbare Notwendigkeit zu von Zeit zu Zeit vorzunehmenden Wechselkurskorrekturen heraufbeschwören. Das brauchte uns nicht unbedingt zu schrecken, wenn wir der Meinung wären, mit einer solchen Politik der ständigen Aufwertung des inneren Geldwertes das Richtige zu tun und die am meisten wachstumskonforme Währungspolitik zu verfolgen. Aber, wie gesagt, dies praktisch durchzuführen und das Messer anzusetzen, birgt doch eine schwere Verantwortung.

Ein Hinweis zu der von Herrn Professor *Veit* aufgeworfenen Frage der Neutralität des Geldes! Wenn ich ihn recht verstanden habe, hatte er ja gemeint, daß das Geld neutral bliebe, wenn man den Produktivitätsfortschritt nicht durch Lohnerhöhungen, sondern durch Preissenkungen auskehrte. Neutralität des Geldes halte ich überhaupt für unmöglich. Über diesen Begriff ist ja viel geschrieben und gestritten worden. Das Geld zerlegt nun einmal den in der Naturalwirtschaft

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vereinigten Tauschakt in zwei Hälften, die zeitlich durch einen großen Abstand getrennt sein können. Außerdem schafft das Geld die Möglichkeit der isolierten Nachfrage und des isolierten Angebots. Ich glaube, eben weil wir uns in der Geldwirtschaft befinden, kann das Geld nicht neutral sein. Ich möchte sagen: es ist durch seine Anwesenheit ex definitione aneutral, und es führt nicht viel weiter, wenn man an diesen Begriff der Neutralität des Geldes irgendwelche Folgerungen knüpft.

Die noch vorgebrachte Meinung, daß das Wachstum ohne Preissteigerung überhaupt nicht weitergehen könnte, kann ich, wie auch im Vortrag gesagt, nicht teilen. Es mag praktisch-politisch ein erheblicher Druck in Richtung auf Preissteigerungen bestehen. Daß es aber notwendig wäre, das Wachstum immer mit Preissteigerungen zu verbinden, glaube ich nicht. — Die andere Formulierung dieser Ansicht lautete ja, bei orthodoxer Währungspolitik käme das Wachstum zum Stillstand, wie das Beispiel der USA zeige. Nun, es kann durchaus einmal sein, daß, auf kurze Sicht gesehen, eine restriktive Kreditpolitik, die wegen Preissteigerungen größeren Umfangs einsetzen muß, das Wachstum abbremst. Aber was besagt das denn? Das Wachstum kann ja im Trend trotzdem fortschreiten; darüber waren wir uns wohl in allen Diskussionen einig, daß das Wachstum nicht absolut stetig sein kann. Es schlägt bisweilen nach oben aus und muß dann gedämpft werden, es kann auch sein, daß es einmal aufhört und sich vorübergehend gar ins Gegenteil verkehrt. Das würde aber noch nicht bedeuten, daß das Wachstum auf lange Sicht, trendmäßig zum Stillstand kommt. Ich glaube also nicht, daß eine orthodoxe Währungspolitik ohne weiteres das Wachstum in sein Gegenteil verkehren würde.

Herr Dr. *Gutowski* hat die Frage der gegenwärtigen und der idealen Geldordnung angeschnitten. Er wies auf den 100 %-money-Plan und auf die von *Eucken* entwickelte Warenreservewährung hin. Ich vermag nicht einzusehen, wie weit das mit einer freien Wirtschaftsordnung vereinbar sein soll. Hätten wir ein zu 100 % oder 60 % oder 80 %-Geld im Zentralbankgeld gedecktes Buchgeldvolumen — was hier der praktische Unterschied sein soll, kann ich nicht erkennen —, dann wäre ja jedwede Möglichkeit der Geschäftsbanken zur selbständigen Kreditgewährung ausgeschlossen. Sie müßten also für alle Depositen bei der Zentralbank 100 % Deckung halten, was beinhalten würde, daß sie selber keine Kredite geben können. Sie müßten also wegen jedes Kredites zur Währungsbehörde laufen und fragen: können wir den Kredit geben oder nicht? Dann haben wir eine ganz zentrale Wirtschaftslenkung. Ich möchte meinen, daß das mit dem Rahmenpostulat der freiheitlichen Wirtschaftsordnung nicht mehr vereinbar wäre. Auch die Warenreservewährung ist eine sehr frag-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

würdige Sache. Sie ist ja auch international nicht weiter verfolgt worden. Sie läuft darauf hinaus, daß die Lagerhaltung den Privaten abgenommen und auf den Staat übertragen wird. Auch das würde mit der freiheitlichen Wirtschaftsordnung nicht ohne weiteres vereinbar sein.

Auf diese kurzen Bemerkungen darf ich mich beschränken.

Vorsitzender Prof. Dr. Walter A. *Jöhr* (St. Gallen):

Ich danke Herrn Dr. *Irmler* für sein ausgezeichnetes Schlußwort. Es besteht zum Glück für den Vorsitzenden keine Verpflichtung, das Ergebnis der Diskussion zusammenfassend festzuhalten. Aber vielleicht darf ich mit einer Frage schließen, was deshalb angebracht sein dürfte, weil die Diskussion auch über dieses Thema fortgesetzt wird: Es herrscht allgemein die Befürchtung, daß wir in ein Zeitalter chronischer Inflation eingetreten seien. Alle Argumente gegen den „Geldwertdefaitismus" zeigen, daß eine solche Befürchtung vorhanden ist. Das hat zur Folge, daß man sich immer mehr gegen diese Gefahr sichert, durch Indexklauseln, durch eine gleitende Lohnskala oder durch Vorwegnahme der Geldentwertung der Kredite mittels eines höheren Zinses. Dadurch wird natürlich die Wirkung der Inflation verändert, und es stellt sich die erste Frage: Wird die Inflation dadurch weniger gefährlich? Die zweite Frage: Wenn sie weniger gefährlich würde, wird sie dadurch beschleunigt, weil der Staat sich sagt, ihre Verhütung spiele keine so große Rolle mehr, oder wird sie abgebremst, weil damit das Interesse an der Inflation bedeutend schwächer wird? Mit diesen Fragen möchte ich die Sitzung von heute morgen schließen.

Erster Tag, Nachmittag
Donnerstag, 9. Oktober 1958

Vorsitz: Professor Dr. Alexander *Mahr* (Wien):

Prof. Dr. Alexander *Mahr* (Wien):

Meine Damen und Herren!

Sie hören heute nachmittag den Vortrag von Herrn Professor *Bombach* über die quantitativen und monetären Aspekte des Wirtschaftswachstums. Dieser Vortrag stellt eine glückliche Ergänzung zu den bisherigen Referaten dar, weil hier neben die theoretischen Er-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wägungen auch der Versuch einer statistischen Verifizierung tritt. Da es völlig ausgeschlossen erscheint, das schriftlich vorliegende Referat in vollem Umfang vorzutragen, und es auch technisch nicht möglich ist, die zahlreichen Tabellen, die angeschlossen sind, vorzuführen, ist es unvermeidlich, daß Herr *Bombach* sein mündliches Referat auf jenes Maß reduziert, das dem „marginalen Zuhörer" noch zugemutet werden kann.

Quantitative und monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums

Von Prof. Dr. Gottfried Bombach (Basel)

Die monetären Phänomene haben in der modernen Wachstumstheorie lange Zeit ein Schattendasein geführt. Die Wachstumstheorie galt als eine „Theorie der Realreihen". Man ging von der Hypothese aus, daß die von der Geldseite herrührenden Einflüsse zwar bei der Erklärung zyklischer Bewegungen eine wichtige, vielleicht sogar ententscheidende Rolle spielen, daß sie bei der Betrachtung von Wachstumsvorgängen hingegen weitgehend vernachlässigt werden können. Bei der Mehrzahl der in den ersten Nachkriegsjahren entwickelten Wachstumsmodelle treten die Güterpreise explizit nicht in Erscheinung.

Im Zeichen des praktisch in allen Ländern ständig steigenden allgemeinen Preisniveaus hat sich inzwischen ein deutlicher Wandel vollzogen. War das Denken der Ökonomen in den frühen 30er Jahren von der Furcht einer anbrechenden säkularen Stagnation beherrscht, so spricht man heute schon vom Zeitalter der permanenten Inflation. Niemand wird mehr bezweifeln, daß eine sich auf die Analyse der Vorgänge in der Güterwelt beschränkende Betrachtung des Wachstumsprozesses wichtige Fragen unbeantwortet lassen muß. Der Zusammenhang zwischen der Wachstumsrate des Sozialproduktes und dem Anstieg des Preisniveaus, die Abhängigkeit der Sparneigung vom Grad der Inflation oder die Abhängigkeit der Einkommensverteilung von Fortschrittsrate und Preisanstieg, das sind Probleme, die heute einer Lösung harren.

Wir werden bestrebt sein, den güterwirtschaftlichen und monetären Aspekten bei unseren Betrachtungen gleichermaßen Rechnung zu tragen und wollen mit einer Analyse der Realreihen der Wirtschaft beginnen. Bevölkerungswachstum, Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens, der Arbeitsproduktivität, der Produktivität des Realkapitals, der Kapitalintensität und des technischen Fortschrittes sowie die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Reihen sind zu untersuchen.

Es wird sich dabei zeigen, daß eine mit sehr umfassenden Aggregaten arbeitende Analyse nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt. Die großen Aggregate bedürfen weitgehender Aufspaltung. Sowohl Verschiebungen in der Endnachfrage im Zuge des steigenden Realeinkommens und als Folge des sich ändernden Geschmacks als auch Änderungen in der Produktionstechnik bedingen ständig strukturelle Angleichungen. Darüber hinaus müssen jeder Änderung der Wachstumsrate des Sozialproduktes Verschiebungen in der Struktur der Wirtschaft folgen: hohe Wachstumsraten sind mit einer stark proportionierten Investitionsgüterindustrie gekoppelt und umgekehrt. Schließlich bedingen Erweiterungsinvestitionen, d. h. Investitionen, die auf eine Ausstattung neu in den Produktionsprozeß einzugliedernder Arbeitskräfte mit herkömmlichen Maschinen abzielen, einen anderen Aufbau des Produktionsmittelbereiches als Rationalisierungsinvestitionen, die eine Ausstattung der bereits vorhandenen Arbeitskräfte mit mehr oder mit leistungsfähigeren Maschinen beinhalten. Es besteht somit auch ein enger Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Wirtschaftsstruktur.

Besonderes Augenmerk soll der Entwicklung der Preisstruktur im Zuge des Wachstums gewidmet werden. Wir werden finden, daß die Arbeitsproduktivität in den einzelnen Bereichen außerordentlich unterschiedlich wächst, während die Geldlohnsätze mehr oder weniger gleichmäßig ansteigen. Als Folge davon zeigen bei gewissen Gütergruppen die Preise fallende Tendenz bzw. bleiben zumindest erheblich hinter dem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus zurück. Bei anderen Gruppen wiederum steigen sie viel stärker als das generelle Preisniveau. Reibungsloses wirtschaftliches Wachstum ohne ständige Angleichungen in den relativen Preisen ist deshalb undenkbar.

Von der Statistik her viel schwieriger zu beantworten ist die Frage nach den Zusammenhängen zwischen Wachstumsrate des Sozialproduktes und Anstieg des generellen Preisniveaus. Es geht um die heute sich in den Vordergrund drängende Frage, ob ein befriedigendes Wachstum ohne ständiges leichtes Ansteigen der Preise überhaupt möglich ist, d. h. ob mit stagnierenden Preisen nicht ein entscheidender Anreiz für eine umfangreiche Investitionstätigkeit der Unternehmer verloren gehen würde. Oder man kann auch umgekehrt fragen, ob bei den heute üblichen Gepflogenheiten der Verhandlungspartner auf dem Arbeitsmarkt, bei der zunehmenden Durchdringung der Wirtschaft mit Monopolen, mit der Einführung von Indexklauseln und bei der allgemeinen psychologischen Einstellung ein rasches Wachstum des Sozial-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

produktes unter Wahrung der Preisstabilität überhaupt noch möglich ist und nicht in das Reich der Utopie gehört.

Für eine Anzahl von Ländern verfügen wir heute über statistische Daten, die längere Perioden überbrückende Wachstumsanalysen erlauben. Allerdings muß man sich darüber im klaren sein, daß die Fehlerhaftigkeit des Materials größer und größer wird, je weiter der zu untersuchende Zeitabschnitt zurückliegt. Ein auf den ersten Blick reichhaltiges Material läßt sich nach eingehender Betrachtung meist auf wenige primäre Quellen zurückführen, die sich allzu oft noch widersprechen, und es besteht kaum Anlaß zu hoffen, daß in der Zukunft noch wesentliche Verbesserungen und Bereicherungen historischer Reihen erzielt werden können.

Wir bezwecken mit unserer Studie keine lückenlose statistische Dokumentation des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses in den Ländern, auf die sich die Beispiele vorwiegend beziehen: Deutschland, Großbritannien und die USA. Es wurden einzelne Entwicklungsphasen, die für unsere Argumentation typisch sind, ausgewählt. Die statistischen Beispiele im Text und im Anhang sind in erster Linie als Illustration der theoretischen Erörterungen zu verstehen.

I. Ansatzpunkte einer quantitativen Analyse

1. Das Wachstum des Sozialproduktes wird bestimmt durch die Entwicklung der beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Realkapital und durch den technischen Fortschritt, wobei die Quantifizierung des technischen Fortschrittes — oft schon seine bloße Definition — allergrößte Schwierigkeiten bereitet. Der Statistiker, der mehr erreichen möchte als eine bloße Aufzeichnung einzelner Entwicklungsreihen, wird nach einem theoretischen Modell Ausschau halten, das das wirtschaftliche Wachstum als Ergebnis des Zusammenwirkens eben dieser drei Komponenten darzustellen vermag. Dazu bedarf es einer makroökonomischen Produktionsfunktion, deren Erforschung sich bislang im wesentlichen im Bereich der Verteilungstheorie vollzogen hat. Die Schwierigkeiten, die sich den Arbeiten entgegengestellt haben, sind recht groß, und die zahlreichen berechtigten Einwände so bekannt, daß sie hier nicht erneut aufgezählt zu werden brauchen.

2. Der Statistiker vereinfacht sich das Problem gewöhnlich dadurch, daß er jeweils nur einen der beiden Produktionsfaktoren herausgreift und die Analyse auf ihn allein abstellt. Die herkömmliche Betrachtungsweise knüpft an den wichtigsten Produktionsfaktor, die menschliche Arbeitskraft, an. Das Wachstum des Sozialproduktes erscheint dann als das Ergebnis der Zunahme des Arbeitspotentials und der Arbeitsproduktivität. Betrachtet man die in den verschiedenen Län-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dern von amtlichen Stellen und privaten Forschungsinstituten angewandten Verfahren der Vorausschätzung langfristiger Entwicklungsmöglichkeiten des Realproduktes, so wird man feststellen, daß sich dieses, vom Fachmann oft als „naive Methode" bezeichnete Verfahren, nach wie vor größter Beliebtheit erfreut. Andere, wesentlich verfeinerte Methoden treten demgegenüber in den Hintergrund.

Die moderne, nach dem zweiten Weltkrieg entwickelte Wachstumstheorie, die auf die Bestimmung eines unternehmerischen Gleichgewichtes, des sog. „Gleichgewichtspfades der Entwicklung" abzielt, stellt das Realkapital in den Mittelpunkt. Die Wachstumsrate des Sozialproduktes erscheint als Quotient aus Investitionsquote und marginalem Kapitalkoeffizienten, wobei im Gleichgewicht die Investitionsquote und die Quote der freiwilligen Ersparnis zusammenfallen. Kapital und Kapitalproduktivität bestimmen hier den Fortschritt, denn der Kapitalkoeffizient ist nichts anderes als der reziproke Wert der Produktivität des Kapitals.

3. Beide Verfahren haben sich als leistungsfähig erwiesen, und u. E. besteht die Bezeichnung „naive Methode" ganz zu Unrecht, solange keine besseren Wege gefunden sind. Dennoch sind die Grenzen und Schwächen der isolierenden Betrachtungsweisen offensichtlich. Die Arbeitsproduktivität des Statistikers, die heute als Leitzahl der Lohnpolitik zu einem Politikum erster Ordnung geworden ist, ist nichts als eine bloße Beziehungszahl mit allen Schwächen eines unechten Durchschnittes. Tückische Aggregations- und Messungsprobleme liegen hinter ihr verborgen. Vor allem kann, weil das gesamte Produktionsergebnis, d. h. das Resultat der drei Komponenten Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt nur auf *einen* einzigen der Faktoren bezogen wird, die so gewonnene Verhältniszahl überhaupt nichts darüber aussagen, inwieweit ein beobachteter Produktivitätszuwachs einer verbesserten Leistung des Arbeiters selbst, einer besseren Ausstattung mit sachlichen Produkionsmitteln oder schließlich dem generellen technischen Fortschritt zuzurechnen ist.

Rückt man das Realkapital und seine Produktivität in den Vordergrund, so gilt entsprechendes. Hinzu kommt, daß die Erfassungs- und Bewertungsprobleme beim Realkapital ungleich schwieriger sind. Manche Experten sehen sie heute sogar als praktisch unüberwindlich an. Die Produktivität des Kapitals hängt wesentlich von der Produktivität der Arbeit, und diese umgekehrt von der Produktivität des Kapitals und beide zusammen entscheidend vom technischen Fortschritt ab. Solange es nicht gelingt, diese Zusammenhänge offenzulegen, muß die Analyse in tautologischen Ansätzen stecken bleiben, und die — in der Hand des Fachmannes außerordentlich nützlichen — Produktivitätskoeffizienten werden zu bloßen Lückenbüßern.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wir zeigen im folgenden an einer Reihe von Beispielen, zu welchen Ergebnissen die beiden Verfahren der isolierenden Betrachtungsweise führen (Kap. II und III), und versuchen danach, Möglichkeiten einer Synthese aufzuzeigen (Kap. IV). Die Quellenangaben zu allen Tabellen und Grafiken im Text befinden sich in dem zu dem betreffenden Kapitel gehörenden Abschnitt des Anhanges, der die gleiche Nummer trägt.

II. Arbeitspotential und Arbeitsproduktivität

1. Wir haben uns zunächst mit der Frage auseinanderzusetzen, was unter wirtschaftlichem Wachstum zu verstehen ist, oder konkreter, worin es statistisch gemessen werden soll. Das reale Sozialprodukt je Einwohner ist ohne Zweifel der klassische Maßstab, wobei es überflüssig ist zu erwähnen, daß das je-Kopf-Einkommen niemals der einzige Indikator für die Entwicklung des Volkswohlstandes sein kann, nicht nur und nicht einmal in erster Linie wegen der bekannten Erfassungs- und Indexprobleme, die wir noch streifen werden. Insbesondere sind *Welfare*-Aussagen ohne eine Berücksichtigung der Einkommensverteilung undenkbar.

In den Wachstumsmodellen vom Domar-Harrod-Typ wird demgegenüber wirtschaftliches Wachstum mit der Zunahme des realen Sozialproduktes selbst gleichgesetzt. Über die Entwicklung des je-Kopf-Einkommens und über den Grad der Beschäftigung des vorhandenen Arbeitspotentials vermögen die Modelle in ihrer ursprünglichen Form keine Aussage zu machen. Das gleichgewichtige Wachstum ist ein *full-capacity*-Wachstum, aber nicht notwendigerweise auch ein *full-employment*-Wachstum. Der Kapazitätsaspekt ist für sich allein in vieler Hinsicht interessant und bedeutend, aber die Wachstumstheorie muß doch im hohen Grade unvollkommen bleiben, solange es nicht gelingt, den demografischen Gesichtspunkten eine zentrale Stellung einzuräumen.

Es gibt im Grunde gar keine Alternative zwischen Sozialprodukt selbst oder Sozialprodukt je Einwohner. Beide Entwicklungsreihen sind analytisch gleichermaßen interessant. Wenn wir im folgenden das je-Kopf-Einkommen als den primären Indikator betrachten, so einfach deshalb, weil es bedenklich erscheinen mag, von wirtschaftlichem Wachstum auch dann noch zu sprechen, wenn in einer Volkswirtschaft zwar das Realprodukt selbst im Zunehmen begriffen ist, die Bevölkerung sich aber mit noch größerer Rate vermehrt und das je-Kopf-Einkommen somit fällt.

2. Die Entwicklung der Bevölkerung und ihrer Struktur ist für die Wachstumsforschung in dreierlei Hinsicht von Bedeutung. Zuerst und vor allen Dingen wird die Zunahme des Arbeitspotentials unmittelbar

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

durch Bevölkerungswachstum und Entwicklung des Altersaufbaus bestimmt. Das sind die Zusammenhänge, die wir jetzt betrachten wollen. Es ist beruhigend zu wissen, daß wir bei längerfristigen Entwicklungsprognosen hinsichtlich des wichtigsten Produktionsfaktors, der menschlichen Arbeitskraft, auf recht sicherem Boden stehen: alle jene Menschen, die innerhalb der nächsten 15 Jahre in den Produktionsprozeß eintreten werden, leben heute schon.

Zum zweiten übt die demografische Entwicklung einen entscheidenden Einfluß auf die zukünftige Gestaltung der gesamten monetären Nachfrage aus: der Nachfrage nach Konsumgütern, die von demografischen Daten wie Altersaufbau, durchschnittlichem Heiratsalter, Familiengröße usw. abhängt, der Nachfrage nach Produktionsmitteln, die eng mit der Entwicklung des Arbeitspotentials verbunden ist (Erweiterungsinvestitionen), und schließlich der Nachfrage nach Staatsdiensten, die ebenfalls zu einem nicht unwesentlichen Teil mit der Bevölkerungsentwicklung in unmittelbarem Zusammenhang steht (Ausgaben für Schulwesen, Gesundheitswesen usw.). Diese Zusammenhänge sind noch relativ wenig erforscht.

Drittens bleibt die Abhängigkeit der Sparneigung von der demografischen Situation zu nennen. Auf die Bedeutung dieser Beziehungen haben Forscher wie *A. Hansen* im Zusammenhang mit den Diskussionen um die Stagnationsthese schon seit langem hingewiesen, doch wissen wir noch sehr wenig darüber, welche Beziehungen *in concreto* bestehen. *A. Koo* hat in einer 1955 veröffentlichten Abhandlung, in der im Anschluß an eine Untersuchung von *J. J. Spengler* die Bevölkerungsentwicklung in die moderne Wachstumstheorie einzubauen versucht wird, den Zusammenhang zwischen Bevölkerungszunahme und Sparneigung im Modell berücksichtigt. Er teilt die Gesamtersparnis in zwei Kategorien ein, nämlich Ersparnisse, die unabhängig von der jeweiligen Bevölkerungssituation sind (autonome Ersparnisse), und Ersparnisse, die durch die Bevölkerungsentwicklung erklärt werden können (induzierte Ersparnisse)[1]. Ob man diese Beziehungen allerdings, wie *Koo* es tut, einfach durch einen Parameter zum Ausdruck bringen kann, muß sehr bezweifelt werden. *Hamberg* hat sich dazu skeptisch geäußert[2].

3. Wir beschränken uns auf die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und Entwicklung des Arbeitspotentials. Räumt man dem Faktor Arbeit die zentrale Stellung ein, so erscheint das Realprodukt je Einwohner als abhängig vom Durchschnittsprodukt je Arbeiter (Arbeitsproduktivität) und vom Anteil der

[1] A. Y. C. *Koo*, Per Capita Rate of Economic Growth. Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 74 (1955), S. 57 ff.

[2] D. *Hamberg*, Per Capita Rate of Economic Growth. Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 75 (1955), S. 268—274.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Arbeitsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung, der sog. Erwerbsquote[3]. Bei dieser Betrachtung läßt sich die Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens auf eine ökonomisch-technische Komponente, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, und die Entwicklung der Erwerbsquote zurückführen, eine Größe, die im wesentlichen durch den Altersaufbau der Bevölkerung und daneben durch eine Reihe soziologischer und institutioneller Gegebenheiten bestimmt wird, auf die noch einzugehen ist.

Nimmt man die Vereinigten Staaten von Amerika als Beispiel, so läßt sich aus Tab. 1 für die sieben Jahrzehnte von etwa 1870 bis 1940 folgende Entwicklung ablesen. Das reale Sozialprodukt je Einwohner hat sich nahezu vervierfacht, was einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von rd. 2 % entspricht. Das Produkt je Arbeiter dagegen hat sich nur etwas mehr als verdreifacht (Sp. 2). Der Rest erklärt sich aus einer positiven Verschiebung in der Erwerbsquote, die von 33,1 % 1869—1878 auf 41,1 % 1939—1948 angestiegen ist, d. h. relativ um rund ein Viertel zugenommen hat, im wesentlichen, wie sich zeigen wird, durch eine günstige Entwicklung der Bevölkerungsstruktur bedingt.

4. Das in Sp. 2 gezeigte Produkt je Arbeiter ist ein sehr rohes Maß für die Arbeitsproduktivität. Es verschleiert die auf lange Sicht sehr

---

[3] Bezeichnen wir die Gesamtbevölkerung eines Landes mit B, die Arbeitsbevölkerung mit A und das reale Sozialprodukt mit E, so sind E/B das Pro-Kopf-Einkommen, E/A die Arbeitsproduktivität und A/B die Erwerbsquote. Es gilt

$$\frac{E}{B} = \frac{E}{A} \cdot \frac{A}{B}.$$

Wir werden in Zukunft von Arbeitsbevölkerung schlechthin sprechen, obgleich korrekterweise eine Unterscheidung zwischen Arbeitspotential und den tatsächlich Erwerbstätigen erforderlich wäre. Das Arbeitspotential umfaßt alle Personen im erwerbsfähigen Alter, die gesundheitlich in der Lage und auch bereit sind, eine Beschäftigung anzunehmen. Die Differenz zwischen Arbeitspotential und Erwerbstätigen bilden die Arbeitslosen.

Eine entsprechende Aufgliederung im Rahmen langfristiger Untersuchungen ist sehr schwierig. Das Zahlenmaterial ist lückenhaft, und soweit es gelingt, Tendenzen langfristiger Verschiebungen in der durchschnittlichen Arbeitslosenquote herauszuarbeiten, ist es immer schwer zu entscheiden, ob sich tatsächlich etwas ereignet hat oder sich nur die Erfassungsmethoden geändert haben. Interregionale Gegenüberstellungen sind noch weit problematischer. Bei Untersuchungen, die sich auf Bewegungen innerhalb eines Konjunkturzyklus erstrecken, würde man entstellte Ergebnisse erhalten, falls Variationen des Beschäftigungsgrades unberücksichtigt blieben. Bei Wachstumsforschungen ist der Fehler nicht sehr groß. Wir gehen davon aus, daß ständig eine bestimmte Reserve an Arbeitskräften vorhanden sein muß, um strukturelle Umgruppierungen zu ermöglichen, ebenso wie beim Realkapital ständig bestimmte Reservekapazitäten vorhanden sein müssen. Es wird angenommen, daß sich der Anteil der erforderlichen Reserven an Arbeitskraft langfristig nicht entscheidend verändert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 1: **Reales Sozialprodukt je Einwohner, Arbeitsproduktivität und Erwerbsquote in den USA 1869/78—1939/48**
Dekadendurchschnitt 1869/78 = 100

Dekade	Reales Sozialprodukt je Einwohner	Produkt je Arbeiter	Erwerbsquote	Produkt je Arbeitsstunde	Durchschn. wöchentl. Arbeitszeit
	1	2	3	4	5
1869—78	100	100	100	100	100
1874—83	128	124	103	125	99
1879—88	149	138	107	142	98
1884—93	158	142	111	147	96
1889—98	166	146	114	154	94
1894—03	188	162	115	175	93
1899—08	212	178	120	195	91
1904—13	231	188	123	214	88
1909—18	241	200	121	233	86
1914—23	257	219	118	270	81
1919—28	288	245	118	309	79
1924—33	287	239	120	314	76
1929—38	271	219	124	300	73
1934—43	318	252	126	349	72
1939—48	390	314	124	435	72

erheblichen Änderungen der Arbeitsnorm, ausgedrückt durch die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit. Berücksichtigt man die Abnahme der durchschnittlichen Arbeitszeit explizit, so zeigt sich, daß der Ertrag je Arbeitsstunde — ein Produktivitätsbegriff in mehr technischem Sinne — weit stärker gestiegen ist als der Ertrag je Arbeiter (Sp. 4)[4]. Ein Teil des echten Produktivitätsfortschrittes ist also nicht zur Vermehrung des Produktes, sondern zur Verlängerung der Freizeit verwendet worden. Die Arbeitsnorm hat in den sieben Jahrzehnten um nahezu 30 % abgenommen (Sp. 5). Es lassen sich somit zwei Faktoren angeben, die das Pro-Kopf-Einkommen in den USA positiv beeinflußt haben: Zunahme des Produktes je Arbeitsstunde und günstige Gestaltung der Erwerbsquote, sowie ein negativer Faktor: die Abnahme der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit. Die rückläufige Arbeitsnorm ist zu einem guten Teil durch positive Verschiebungen in der Erwerbsquote kompensiert worden[5]. Die Adjektive

[4] In der Praxis finden beide Produktivitätsmaße Anwendung.

[5] Unsere Ausgangsgleichung erfährt folgende Erweiterung: Als neues Symbol tritt die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden H hinzu, und es sind H/A die durchschnittlichen Arbeitsstunden je Arbeiter im Jahr und E/H die Durchschnittproduktivität einer Arbeitsstunde, die wir als die Produktivität im technischen Sinne bezeichnen. Es gilt jetzt

$$\frac{E}{B} = \frac{E}{H} \cdot \frac{H}{A} \cdot \frac{A}{B}.$$

Bei den Berechnungen tritt anstelle von H/A die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit, was gleichbedeutend ist.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

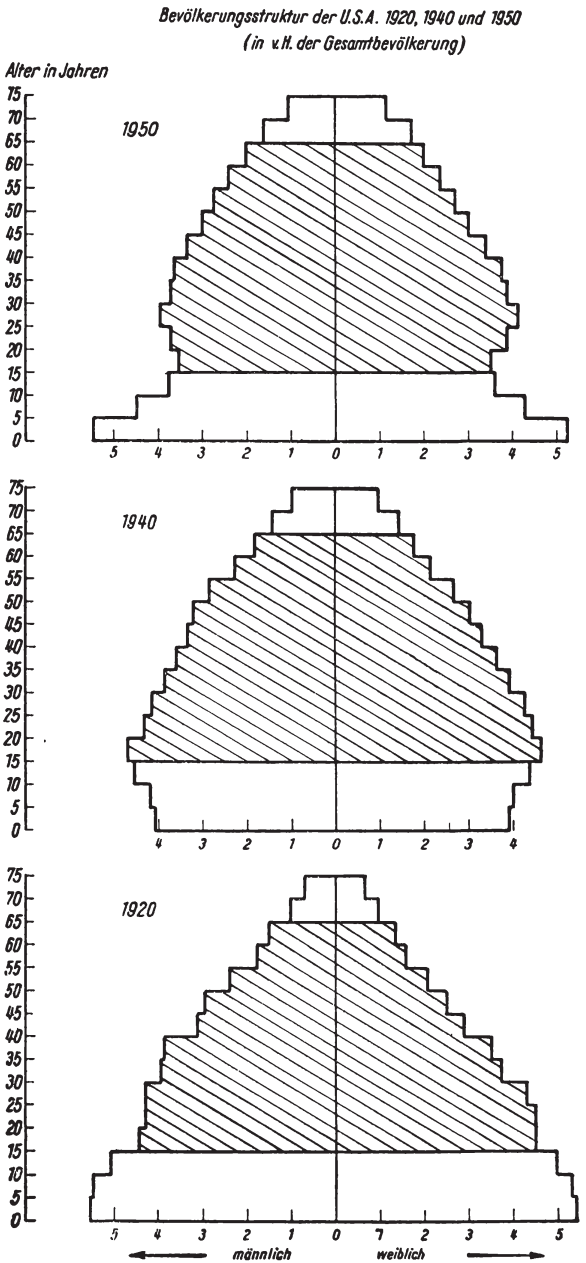

Abbildung 1

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„positiv" und „negativ" sind hier natürlich im rein statistischen Sinne aufzufassen. Vor allem sagen uns die Zahlen nicht, inwieweit die schnelle Zunahme des Produktes je Arbeitsstunde gerade durch die Abnahme in der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit bedingt gewesen ist.

5. In entwickelten Volkswirtschaften nimmt nur rund ein Drittel bis zur Hälfte der Gesamtbevölkerung aktiv am Produktionsprozeß teil. Man hat den Begriff der *active population* geprägt, und es ist unmittelbar einleuchtend, daß der Wohlstand eines Volkes entscheidend davon abhängt, ob nur ein Drittel, die Hälfte oder sogar mehr als die Hälfte der Bevölkerung für die Versorgung aller Einwohner des Landes sorgen. Unser amerikanisches Beispiel zeigt, daß von zeitlichen Verschiebungen in der Erwerbsquote in der Tat substantielle Einflüsse auf die Entwicklung des wirtschaftlichen Wohlstandes ausgehen können. Auch bei interregionalen Wohlstandsvergleichen sollten diese Zusammenhänge mehr beachtet werden, als dies heute beim vorherrschenden Produktivitätsdenken geschieht.

Eine Vielzahl von Komponenten beeinflußt die Erwerbsquote. Die wichtigste unter ihnen ist ohne Zweifel der Altersaufbau der Bevölkerung. Abb. 1 zeigt Bevölkerungspyramiden für die USA für die Jahre 1920, 1940 und 1950. Nach den Gepflogenheiten der internationalen vergleichenden Statistik wird das Arbeitsalter mit 15 bis 64 Jahren angegeben. Diese Jahrgänge sind in unserer Abbildung besonders hervorgehoben. Die Pyramide für 1920 zeigt starke junge Jahrgänge (bis 15 Jahre) und — im wesentlichen gerade dadurch bedingt — einen relativ niedrigen Anteil der Bevölkerung im Arbeitsalter, der in Tab. 2 mit 63,5 % angegeben ist (Sp. 1). Im Jahre 1940 sind die starken jungen Jahrgänge der Pyramide des Jahres 1920 ins Arbeitsalter hineingewachsen. Es folgen ausgesprochen schwache Jahrgänge unter 15. Die Quote der Personen im Arbeitsalter steigt als Folge dessen auf 68,1 % an. Eine an sich ungesunde Altersstruktur kann also sehr wohl eine Zeitlang mit einer günstigen Erwerbsquote einhergehen, und umgekehrt. Die negativen Auswirkungen zeigen sich erst, wenn die schwachen jungen Jahrgänge ins Arbeitsalter hineinwachsen. Dies kommt deutlich in der Bevölkerungsstruktur des Jahres 1950 zum Ausdruck, wo der Anteil der Personen im Arbeitsalter an der Gesamtbevölkerung auf 65 % zurückging.

6. Während Abb. 1 die Entwicklung der amerikanischen Bevölkerungspyramide innerhalb von drei Jahrzehnten veranschaulicht, bringt Abb. 2 einen Vergleich der gegenwärtigen Bevölkerungsstruktur von Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den USA.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

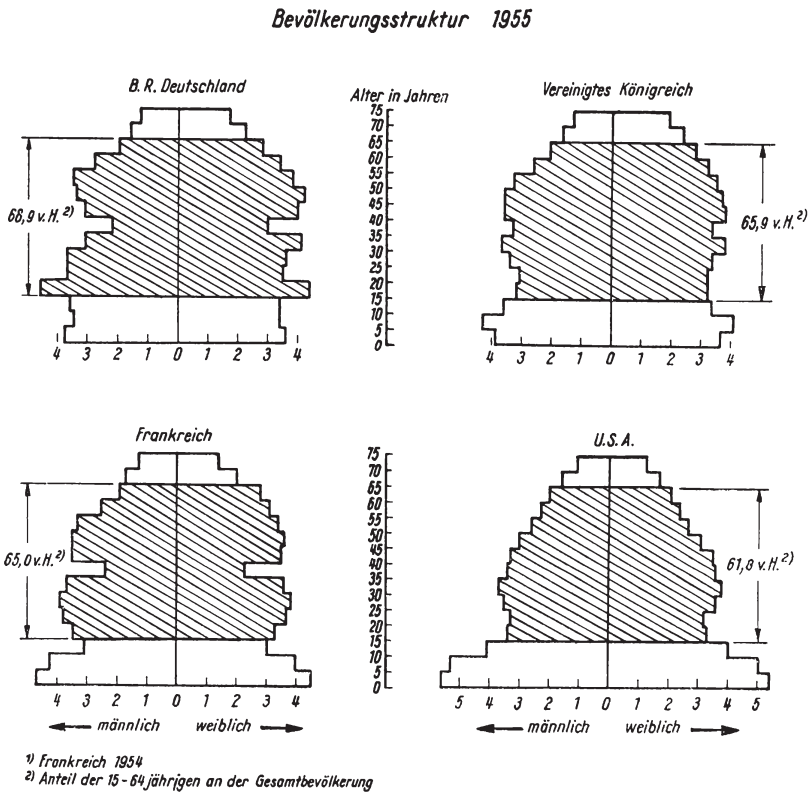

Abbildung 2

Die Kenntnis der heutigen Bevölkerungsstruktur ist entscheidend für die Prognose der künftigen Entwicklung der Erwerbsquote[6].

Was auf den ersten Blick auffällt, sind die breiten Basen der französischen und insbesondere der amerikanischen Bevölkerungspyramide. Der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung ist in diesen beiden Ländern heute noch vergleichsweise niedrig, aber man kann leicht errechnen, wann der entscheidende Wandel eintreten wird. Auch im Vereinigten Königreich rücken mit den zum Beobachtungszeitpunkt (1955) Fünf- bis Neunjährigen in absehbarer Zeit starke Jahrgänge nach.

---

[6] Tab. I im Anhang bringt einen Auszug aus den von der OEEC auf Grundlage der von den einzelnen Ländern eingereichten Unterlagen durchgeführten Prognosen der Entwicklung der Bevölkerung und der Bevölkerung im Arbeitsalter bis zum Jahre 1965. Es ist interessant, die Zuwachsraten zu vergleichen, die für die einzelnen Länder in der Periode 1960 bis 1965 zu erwarten sind.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Natürlich darf nicht nur die positive Seite dieser Entwicklung, die potentielle Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens, gesehen werden. Wenn starke Jahrgänge ins arbeitsfähige Alter hineinwachsen und nur relativ schwache Jahrgänge abgehen, müssen neue Arbeitsplätze in hoher Zahl geschaffen werden. Überdurchschnittlich hohe Erweiterungsinvestitionen werden erforderlich. Man sollte diese Tatsache rechtzeitig erkennen, um nicht zu Notmaßnahmen (vorübergehende Verlängerung der Schulzeit, Arbeitsdienst usw.) Zuflucht nehmen zu müssen, wenn der Druck auf den Arbeitsmarkt plötzlich spürbar wird. Wird die sich anbahnende Entwicklung nicht rechtzeitig erkannt, so kann es in verschiedenen Ländern in nicht allzu ferner Zeit auf dem Arbeitsmarkt zu ähnlichen Schwierigkeiten kommen wie heute schon auf dem Gebiet des Schulwesens, wo Schulraumnot und Lehrermangel zu einem Kardinalproblem geworden sind. Bedingt durch die demografische Entwicklung kann es zu Situationen kommen, in denen konjunkturelle Überhitzungen gepaart mit struktureller Arbeitslosigkeit auftreten.

7. Die Festlegung des Arbeitsalters auf 15 bis 64 Jahre ist natürlich zunächst nur eine Konvention. Eine genaue statistische Bestimmung des effektiven durchschnittlichen Arbeitsalters für die einzelnen Länder und Jahre ist schwierig. Für die USA mag die Spanne 15 bis 64 Jahre in etwa für die Zeit um die Jahrhundertwende zutreffend gewesen sein. Langfristig zeigt sich eine deutliche Abnahme des Arbeitsalters, insbesondere infolge der Verlängerung der Ausbildungszeit[7].

Tabelle 2:
Bevölkerungsstruktur und Erwerbsquote in den USA 1900—1950

	Anteil der 15-64 Jährigen an der Gesamtbevölker.	Entwicklung d. effektiven Arbeitsalters[a]	Anteil der Personen im eff. Arbeitsalter an der Gesamtbev.	Anteil der Arbeitspotentials an den Pers. im eff. Arbeitsalter	Erwerbsquote
	1	2	3	4	5
1900	61.6	100.0	61.6	61.1	37.6
1910	63.6	99.7	63.4	64.3	40.8
1920	63.5	98.5	62.6	62.3	39.0
1930	65.2	97.3	63.5	61.6	39.1
1940	68.1	96.3	65.6	61.2	40.2
1950	65.0	98.6	64.1	61.2	39.2

a) Die Eintragung 1900 = 100 bedeutet, daß zu diesem Zeitpunkt das effektive Arbeitsalter dem hypothetischen Arbeitsalter (15—64 Jahre) gerade entsprochen hat.

[7] Verlängerung der Ausbildungszeit muß nicht bedeuten, daß die Ausbildungszeit in den einzelnen Berufen zunimmt. Sie kann auch darauf zurückzuführen sein, daß die Berufe mit einer an sich langen Ausbildungszeit im Vordringen begriffen sind (Strukturproblem).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In Tabelle 2 wird dieser Abnahme des Arbeitsalters durch die Eintragungen in Sp. (2) Rechnung getragen, wobei das Zusammentreffen des effektiven mit dem hypothetischen Arbeitsalter auf das Jahr 1900 festgelegt worden ist. Spalte (3) ist aus (1) und (2) hervorgegangen und zeigt den Teil der Gesamtbevölkerung, der rein altersmäßig und unter Berücksichtigung der zum jeweiligen Zeitpunkt üblichen Länge der Berufsausbildung und des üblichen Pensionierungsalters für eine aktive Teilnahme am Produktionsprozeß in Frage kommt. Sp. (3) geht also vom effektiven, Sp. (1) von einem durch Konvention festgelegten Arbeitsalter aus.

Von den Personen im effektiven Arbeitsalter rechnen in der USA fast zwei Drittel zum Arbeitspotential. Die Quote ist von 61,1 % vorübergehend bis auf 64,3 % angestiegen und danach wieder auf den Ausgangswert zurückgefallen (Sp. 4). Aus den Spalten (3) und (4) schließlich ergibt sich der Anteil des Arbeitspotentials an der Gesamtbevölkerung, d. h. die Erwerbsquote.

8. Internationale Gegenüberstellungen bereiten gewisse Schwierigkeiten, weil die Zensusjahre im allgemeinen nicht zusammenfallen. Dennoch zeigt Tabelle 3 deutlich, daß sich die Anteilsquoten der Personen im arbeitsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung in den drei Ländern erstaunlich gleichmäßig entwickelt haben. Auch bei den in den Spalten (4) bis (9) wiedergegebenen Quoten zeigen sich deutlich Parallelen, doch ist wegen der unterschiedlichen Erfassungsmethoden der Beschäftigungsstatistik bei Vergleichen Vorsicht geboten. Auch innerhalb der einzelnen Länder muß mit einer Änderung der Erfassungsmethoden im Zeitablauf gerechnet werden. Die Hauptschwierigkeit bei allen sich auf die Erwerbsquote beziehenden Berechnungen bereiten die mithelfenden Familienangehörigen.

9. Die zukünftige Entwicklung der Quote der Personen im erwerbsfähigen Alter, dem Mittelstück der Bevölkerungspyramide, läßt sich aus dem Altersaufbau im Ausgangszeitpunkt mit relativ großer Sicherheit für längere Zeit prognostizieren[8]. Problematischer sind Projektionen der Quote, die angibt, welcher Prozentsatz der 15- bis 64jährigen tatsächlich aktiv am Produktionsprozeß teilnehmen wird. Die Erfahrung zeigt, daß etwa ein Drittel der Personen im erwerbsfähigen Alter nicht beruflich tätig ist. Wir begnügen uns mit einer Aufzählung der wichtigsten Faktoren, die zu berücksichtigen sind:

(i) Beteiligung der Frau am Produktionsprozeß,
(ii) Gesundheitszustand der Bevölkerung,
(iii) Länge der Militärdienstzeit.

[8] Natürlich dürfen bei Vorausschätzungen internationale Wanderungen von Arbeitskräften nicht übersehen werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 3: **Entwicklung der Erwerbsquoten in Deutschland, Verein. Königreich und USA 1880—1951 (alle Angaben in vH)**

Zensus-jahr [a]	Anteil der 15-64 Jährigen an der Gesamtbevölkerung			Anteil der Erwerbspersonen an d. Bevölkerung i. arbeitsfähigen Alter			Erwerbsquote		
	Deutschl.	Verein. Königr.	U.S.A.	Deutschl.	Verein. Königr. [b]	U.S.A.	Deutschl.	Verein. Königr. [b]	U.S.A.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1880/81		58.9	58.5		69.8	59.3		41.1	34.7
1882	59.8			68.4			40.9		
1890/91		60.1	60.6		70.4	62.2		42.3	37.7
1895	60.3			68.8			41.5		
1900/01		62.8	61.6		68.0	61.1		42.7	37.6
1907	60.9			73.1			44.5		
1910/11		63.8	63.6		68.3	64.1		43.6	40.8
1920/21		65.3	63.5		75.2	61.4		49.1	39.0
1925	68.5			74.3			50.9		
1930/31		68.3	65.2		75.3	59.9		51.4	39.1
1933	68.9			71.5			49.3		
1939	68.9			72.6			50.0		
1939/40		69.6	68.1		57.9	59.0		40.3	40.2
1950/51	67.2	66.6	65.0	68.9	67.0	60.3	46.3	44.6	39.2

a) Volle 10er Jahre beziehen sich auf die USA.
b) Bis einschl. 1911 ohne Arbeitslose.
Anm.: Die Angaben in Sp. (6) weichen geringfügig von den in Tab. 2 wiedergegebenen Daten ab, weil Variationen des effektiven Arbeitsalters wegen fehlender Informationen für Deutschland und das Verein. Königreich hier nicht berücksichtigt werden konnten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hinsichtlich der Beteiligung der verheirateten Frau am Produktionsprozeß sind Momente zu nennen, die eine künftige relative Abnahme vermuten lassen, so in erster Linie das ständig steigende Realeinkommen des Mannes. Es gibt aber ebenso eine Reihe gewichtiger Faktoren, die für das Gegenteil sprechen. Anreiz durch steigende Löhne für Frauenarbeit, Abnahme der rein physischen Anstrengungen der Arbeit, Verkürzung der Arbeitszeit (freier Sonnabend), Erleichterung durch Automatisierung des Haushaltes sowie das Wecken immer neuer Konsumwünsche durch intensive Reklame und die großzügige Bereitstellung von Konsumentenkrediten, die es erlaubt, eben diese Wünsche zu befriedigen. Schließlich spielt die Gestaltung des Steuerrechtes eine wesentliche Rolle.

Ein anderer Faktor, der für die in diesem Kapitel angestellten Betrachtungen wichtig ist, sei nur am Rande vermerkt, nämlich die Diskrepanz zwischen den bezahlten und den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden[9]. Als Faustregel rechnet man heute vielfach mit einer Quote von 90 %. Aber dieser Satz ändert sich im Zeitablauf mit der Ausdehnung des jährlichen Urlaubes, mit der Verbesserung oder Verschlechterung des Gesundheitszustandes und schließlich mit Wandlungen der Arbeitsmoral.

10. Im Zusammenhang mit der statistischen Messung und Prognostizierung der Arbeitsproduktivität bleibt das *Strukturproblem* zu analysieren, das in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle spielt[10]. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität der Gesamtwirtschaft wird bestimmt durch den Produktivitätsfortschritt innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche sowie durch das Wandern von Arbeitskräften von Bereichen mit einer an sich niedrigen Produktivität (Wertschöpfung je Beschäftigten) zu Bereichen mit einer von Natur aus hohen Produktivität, oder umgekehrt (Strukturkomponente). Die Produktivität der Gesamtwirtschaft kann, falls sich die Wanderung in positiver Richtung vollzieht, zunehmen, ohne daß sie in einem einzigen Indu-

---

[9] Die Messung der Arbeitsproduktivität kann von den bezahlten oder aber auch von den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden ausgehen. Beide Maße haben Berechtigung. Interessiert man sich für die Produktivität im mehr technischen Sinne, so ist die Messung auf der Basis geleisteter Arbeitsstunden vorzuziehen. Werden Produktivitätszahlen für Preis- und Kostenanalysen benutzt, so sollte von bezahlten Arbeitsstunden ausgegangen werden.

[10] Es ist nicht beabsichtigt und auch nicht möglich, allgemeine Probleme der Produktivitätsmessung im Rahmen dieser Abhandlung zu behandeln. Wir greifen in den einzelnen Kapiteln die Fragen heraus, die für unsere Argumentation von Bedeutung sind. Von der umfangreichen, in den letzten Jahren erschienenen Literatur über Probleme der Produktivitätsmessung seien nur genannt: Productivity Measurement, Bd. I (Concepts, European Productivity Agency, OEEC, Paris 1955. Bibliography on Productivity, European Productivity Agency, OEEC, Paris 1956. Methods of Labour Productivity Statistics, International Labour Office, Genf 1951.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

striezweig gewachsen ist. Ja, sie könnte in einzelnen Zweigen sogar abnehmen. Der Gesamtproduktivitätsindex läßt sich, wie eine genauere Betrachtung zeigt, nicht einfach als gewogenes Mittel der individuellen Produktivitätsindizes darstellen[11].

Bei internationalen Vergleichen ist das Strukturproblem von gleicher Bedeutung. Wir können uns einen Extremfall vorstellen, in dem ein Land in jedem einzelnen Wirtschaftsbereich eine niedrigere Arbeitsproduktivität aufweist als ein anderes, infolge eines strukturellen Vorteils aber *in summa* dennoch besser abschneidet. Besonders bei der Gegenüberstellung von Agrarländern mit Industrieländern spielt der Strukturfaktor wegen der sehr unterschiedlichen Höhe der Wertschöpfung je Beschäftigten in Landwirtschaft und Industrie eine Rolle. Die Bildung eines gemeinsamen Marktes kann durch Faktorwanderung zu einer Steigerung der Gesamtarbeitsproduktivität führen, ohne daß notwendigerweise in irgendeinem Einzelbereich die Produktivität steigen muß.

11. Der Versuch einer Quantifizierung der Strukturkomponente stellt uns vor ein Indexproblem. Eindeutige Aussagen sind nicht möglich, aber es lassen sich immerhin Größenordnungen angeben. Das Resultat hängt entscheidend davon ab, inwieweit es gelingt, die großen Sektoren aufzuspalten. Die Strukturkomponente wiegt um so stärker, je weiter man bei der Desaggregation vordringen kann. Meist sind durch die statistischen Möglichkeiten die Grenzen sehr eng gesetzt. Wir wollen mit den Zahlenbeispielen nur unterstreichen, daß Steigerungen der Arbeitsproduktivität nicht nur durch Rationalisierungsmaßnahmen in den einzelnen Bereichen, sondern auch durch strukturelle Verschiebungen erreicht werden können. Entscheidende Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung werden vergeben, wenn solche strukturellen Umgruppierungen erschwert oder gar unmöglich gemacht werden.

Auch bei Prognosen künftiger Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeitsproduktivität muß bedacht werden, daß die in der Vergangenheit beobachtete rasche Produktivitätszunahme zu einem nicht unwesentlichen Teil auf Wanderungen von Arbeitskräften beruht, und zwar vor allem auf Wanderungen von der Landwirtschaft zum industriellen Sektor, der sog. „Landflucht". Sollen allzu optimistische Prognosen vermieden werden, so muß man überlegen, in welchem Ausmaß auch in Zukunft weitere Produktivitätssteigerungen aus dieser Quelle erwartet werden können, oder ob nicht von einem bestimmten Zeitpunkt an das relative Vordringen der tertiären Bereiche in entgegengesetzter Richtung wirkt. Im Vereinigten Königreich z. B. ist der Wanderungsprozeß Land-Stadt schon seit langem praktisch zum Abschluß gekommen. Die Wertschöpfung je Beschäftigten in der Landwirtschaft hat in

[11] Vgl. Anh. II.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

diesem Lande den volkswirtschaftlichen Durchschnitt erreicht, während in Deutschland und den USA noch große Diskrepanzen bestehen. Neue große Möglichkeiten positiver struktureller Verschiebungen eröffnen sich natürlich durch die Erleichterungen des internationalen Austausches.

Bei der Einbeziehung der Strukturkomponente in die Prognose muß man sich jedoch ihrer Bedeutung genau bewußt sein. Strukturelle Vor- oder Nachteile beim Vergleich zweier Regionen oder der gleichen Region zu verschiedenen Zeitpunkten treten statistisch dann in Erscheinung, wenn zwei oder mehrere Sektoren unterschiedliche Wertschöpfung je Beschäftigten aufweisen. Diese Unterschiede wiederum werden entscheidend durch die Preisverhältnisse der Produkte der Sektoren *(interindustry terms of trade)* mitbestimmt, die sich im Zeitablauf verschieben und die regional voneinander abweichen. Der im Vergleich zum Vereinigten Königreich große Agrarsektor der USA ist, gemessen mit amerikanischen Gewichten, ein struktureller Nachteil, weil die Wertschöpfung je Beschäftigten in den USA weit hinter dem volkswirtschaftlichen Durchschnitt zurückbleibt. Bei Zugrundelegung englischer Gewichte bestände dieser Nachteil nicht, weil, wie erwähnt, im Vereinigten Königreich die Landwirtschaft bezüglich der Wertschöpfung je Beschäftigten den Durchschnitt bereits erreicht hat. Die Wanderung von der Landwirtschaft zur Industrie bringt natürlich nur solange strukturelle Verbesserungen, wie eine Differenz in der Wertschöpfung je Beschäftigten fortbesteht. Bedenken wir aber auch, daß die intersektoralen Preisrelationen, die die Wertschöpfung wesentlich mitbestimmen, heute oft nicht den Gesetzen von Angebot und Nachfrage gehorchen, sondern durch Eingriffe verschiedenster Art (direkte Kontrollen, Stützungskäufe, Subventionen, gezielte Besteuerungsmaßnahmen) manipuliert sind. Auch bei dem als Beispiel genannten Vergleich zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich ist dies zu beachten. Ganz allgemein ist bei einer Wirtschaft, in der die Preise ihre marktwirtschaftliche Selektionsfunktion weitgehend verloren haben, die Strukturanalyse mit größter Vorsicht zu handhaben.

12. Tabelle 4 veranschaulicht die Bedeutung des Strukturfaktors bei der Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den USA in der Zeit von 1879 bis 1948. Tab. 4 a zeigt zunächst die Produktivitätsentfaltung in den sechs Hauptwirtschaftsbereichen. Das gewogene Mittel dieser Einzelindizes finden wir in Tab. 4 c (Sp. 1). Wir können sagen, daß die Arbeitsproduktivität in den USA in den untersuchten sechs Jahrzehnten um rund 87 % gewachsen wäre, hätten sich keinerlei strukturelle Änderungen vollzogen. In Wirklichkeit aber hat es, wie Tab. 4 b offenbart, sehr einschneidende Verschiebungen in der Beschäftigungs-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

struktur gegeben[12]. Der Anteil der Landwirtschaft, dem Bereich mit der in den USA weitaus geringsten Wertschöpfung je Beschäftigten (vgl. letzte Zeile), ist von 39,3 % auf 13,5 % zurückgegangen, während Bereiche mit überdurchschnittlich hoher Wertschöpfung je Beschäftigten relativ zugenommen haben. Der Rückgang beim Baugewerbe fällt nicht ins Gewicht. Die strukturellen Verschiebungen in Richtung der Bereiche mit hoher Wertschöpfung je Beschäftigten haben eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 21½ % zur Folge gehabt (Tab. 4 c, Sp. 2).

Tabelle 4:

Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den USA 1879—88/1939—48

4 a) Die Arbeitsproduktivität in den Hauptwirtschaftsbereichen (Dekade 1879—88 = 100)

Dekade Jahresdurchschnitt	Landwirtschaft	Bergbau	Industrie	Baugewerbe	Transport & öffentl. Betriebe	Restliche Bereiche
	1	2	3	4	5	6
1879—88	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.9
1889—98	109.1	110.5	102.9	135.1	94.8	94.9
1899—08	128.3	139.6	121.2	128·3	139.2	112.4
1909—18	141.5	172.0	143.0	123.5	172.4	118.6
1919—28	167.4	219.0	167.4	139.2	219.3	141.2
1924—33	166.1	241.0	176.1	135.6	232.7	128.4
1929—38	143.3	221.6	163.6	112.9	243.6	117.6
1934—43	168.5	257.3	199.9	117.0	334.1	123.5
1939—48	235.4	324.0	242.6	113.4	446.5	148.0

4 b) Entwicklung der Beschäftigungsstruktur (in vH der Gesamtbeschäftigung)

Dekade Jahresdurchschnitt	Landwirtschaft	Bergbau	Industrie	Baugewerbe	Transport & öffentl. Betriebe	Restliche Bereiche
	1	2	3	4	5	6
1879—88	39.3	1.8	17.9	4.0	5.1	31.9
1889—98	33.7	2.2	19.6	4.1	5.6	34.8
1899—08	28.9	2.6	20.7	4.1	6.8	36.9
1909—18	24.7	2.8	22.6	4.1	8.0	37.8
1919—28	20.6	2.6	22.8	4.0	8.0	42.0
1924—33	20.3	2.3	20.9	3.9	7.2	45.4
1929—38	20.6	2.2	20.6	2.9	6.1	47.6
1934—43	16.9	2.0	23.1	2.7	5.2	50.1
1939—48	13.5	1.8	25.2	2.8	5.3	51.4
Wertschöpfung je Beschäftigten in $ [a] (1879–88)	540	778	1017	1400	986	1518

[a]) in Preisen von 1929.

[12] Wir messen Strukturänderungen durch die Verschiebungen in der *Beschäftigungsstruktur*. Natürlich sind auch andere Verfahren möglich. Man

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

4 c) Die Arbeitsproduktivität der Gesamtwirtschaft (Dekade 1879—88 = 100)

Dekade (Jahres-durchschn.)	Entwicklung der Arbeitsproduktivität innerhalb d. 6 Haupt-wirtschaftsbereiche	STRUKTUR-FAKTOR	Entwicklung der Arbeitsproduktivität d. Gesamtwirtschaft
	1	2	3
1879—88	100.0	100.0	100.0
1889—98	101.3	103.9	105.3
1899—08	119.5	107.2	128.1
1909—18	131.7	109.5	144.2
1919—28	155.8	113.4	176.7
1924—33	149.3	115.6	172.6
1929—38	135.7	116.3	157.8
1934—43	152.5	119.2	181.8
1939—48	186.9	121.5	227.1

Nun ist aber zu beachten, daß unsere Analyse die quantitative Bedeutung der Strukturkomponente nur zum Teil wiedergibt, vielleicht sogar nur zum kleinen Teil, denn sie ist natürlich auch *innerhalb* der Hauptbereiche wirksam. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie auf das 2½-fache z. B. ist gewiß nicht nur eine Folge von individuellen Produktivitätssteigerungen, sondern zum guten Teil auch eine Folge von strukturellen Umschichtungen zugunsten von Zweigen oder Betrieben mit einer an sich relativ hohen Produktivität.

Das Statistische Bundesamt ist bei den unlängst publizierten Produktivitätsberechnungen für die Jahre 1950 bis 1956 zu dem Ergebnis gekommen, daß etwa ein Fünftel der gesamten Arbeitsproduktivitätssteigerung der Strukturkomponente zugeschrieben werden kann[13]. Bei diesen Berechnungen ist jedoch nur zwischen drei großen Wirtschaftsbereichen (Landwirtschaft, Industrie und Handwerk und Rest) unterschieden worden, und ein wesentlich größerer Teil des Produktivitätsfortschrittes dürfte der Strukturkomponente zuzuschreiben sein, wäre es statistisch möglich, bei der Aufgliederung bis zu den einzelnen Industriezweigen oder gar bis zu den Betrieben vorzudringen.

13. Erwerbsquote und Arbeitsproduktivität sind bei unseren bisherigen Betrachtungen als zwei voneinander unabhängige Größen angesehen worden. Das ist nur bedingt zulässig.

Werden bei gegebener Bevölkerungszahl und Altersaufbau kurzfristig zusätzliche Arbeitskräfte mobilisiert, die bisher nicht am Pro-

---

könnte von der Wertschöpfungs- oder auch Produktionsstruktur ausgehen. Die Ergebnisse hinsichtlich der Aufspaltung des Gesamtproduktivitätsfortschrittes in sektoreninterne Produktivitätssteigerung und Strukturkomponente fallen im allgemeinen nicht allzu unterschiedlich aus.

[13] Das Produktionsergebnis je Beschäftigten in den großen Bereichen der Volkswirtschaft 1950 bis 1957. Wirtschaft und Statistik, 10. Jg. N.F., S. 147 bis 157.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

duktionsprozeß teilgenommen haben, so wird das nicht ohne Einfluß auf die Arbeitsproduktivität sein. Man wird mit einer Abnahme oder zumindest mit einem Rückgang der bislang beobachteten Zuwachsrate rechnen müssen.

Anders liegen jedoch die Dinge, wenn sich die Erwerbsquote allmählich mit dem Altersaufbau der Bevölkerung verschiebt. Eine relative Zunahme der aktiven Bevölkerung durch das Heranwachsen starker junger Jahrgänge braucht natürlich keine ungünstigen Einflüsse auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität zu haben. Hier könnte eher das Gegenteil erwartet werden.

III. Realkapital und Kapitalkoeffizient

1. Wir haben bisher die Fortschrittsrate des realen Sozialproduktes statistisch auf die Zunahme des Arbeitspotentials und das Wachstum der Arbeitsproduktivität zurückgeführt und wollen uns nunmehr einer anderen Form der isolierenden Betrachtungsweise zuwenden. Stellen wir anstelle des Arbeitspotentials den zweiten Produktionsfaktor, das Erzeugersachkapital, in den Mittelpunkt, so läßt sich das Wachstum des Sozialproduktes aus der Vermehrung des Realkapitals und seiner Produktivität erklären.

Bezeichnen wir die Wachstumsrate des Realprodukts mit $\Delta E/E$ und erweitern wir den Quotienten mit der Nettoinvestition I, so ergibt sich die Beziehung

$$\frac{\Delta E}{E} = \frac{\Delta E}{I} \cdot \frac{I}{E} \tag{1}$$

$\Delta E/I$ gibt die Produktivität der neuinvestierten Kapitalgüter an, I/E ist die Investitionsquote. Üblicherweise verwendet man anstelle von $\Delta E/I$ den reziproken Wert $I/\Delta E$, der die Bezeichnung marginaler Kapitalkoeffizient trägt. Das Wachstum des Realprodukts ist damit gleich dem Quotienten aus Investitionsquote und marginalem Kapitalkoeffizienten.

Gleichung (1) ist zunächst nur eine tautologische Beziehung, die *ex post* immer erfüllt sein muß. Die Brücke zum *Domar-Harrod*schen Gleichgewichtsmodell läßt sich jedoch leicht schlagen. Gleichgewicht herrscht, solange die Quote der geplanten Investition gleich der Quote der freiwilligen Ersparnis ist. Ersetzen wir I/E durch S/E (S = Nettoersparnis), so erhalten wir die bekannte Beziehung

$$\frac{\Delta E}{E} = \frac{\Delta E}{I} \cdot \frac{S}{E} = \frac{S/E}{I/\Delta E} \tag{2}$$

die den Gleichgewichtspfad des Wachstums des realen Sozialproduktes vorzeichnet.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Höhe der freiwilligen Ersparnis gemeinsam mit der Produktivität der Investition determinieren diesen Gleichgewichtspfad. Auf die Frage, inwieweit das Modell in der Lage ist, die sich heute vollziehende tatsächliche Entwicklung zu erklären, werden wir später zurückkommen. Sie ist sehr eng verwandt oder überhaupt identisch mit der Frage, welche Zusammenhänge zwischen dem Gleichgewichtspfad des Modells und dem historischen Trend bestehen.

Das hier in seiner allereinfachsten Form angegebene Modell, das natürlich keineswegs an eine Konstanz der Quoten gebunden ist, sondern sich auch in viel allgemeinerer Form ableiten läßt, hat inzwischen entscheidende Erweiterungen erfahren: so etwa die Entwicklung eines Multisektorenmodelles[14], die Berücksichtigung der Beziehungen zwischen Staatshaushalt und Wirtschaftswachstum[15], zwischen Gleichgewichtswachstum und Außenhandel[16], zwischen Wirtschaftswachstum und Konjunkturzyklus[17] oder die Analyse der Bedeutung der Abschreibung für den Wachstumsprozeß[18]. Natürlich dürfen die zahlreichen intensiven empirischen Wachstumsstudien nicht unerwähnt bleiben, die der modernen Wachstumstheorie sicherlich wertvolle Impulse verdanken. Eine besondere Stellung nimmt das Werk von *A. Lewis* ein, der eigentlich zum ersten Male die engen Geleise der neueren Wachstumsforschung verläßt und, wie einst die Klassiker der Nationalökonomie, das wirtschaftliche Wachstum wieder in seiner ganzen Vielschichtigkeit als bevölkerungswissenschaftliches, soziologisches, soziales und ökonomisches Problem anfaßt[19]. Wir müssen darauf verzichten, auch nur einen dieser interessanten neueren Ansätze zu verfolgen.

2. Wir hatten uns entschieden, wirtschaftliches Wachstum primär am Wachstum des Realeinkommens je Einwohner zu messen. Unser Ausgangsmodell bedarf deshalb einer kleinen Modifikation. Steigendes Realeinkommen an sich gewährleistet noch kein steigendes Pro-Kopf-Einkommen. Das Realeinkommen muß vielmehr schneller wachsen als

---

[14] W. *Krelle*, Investitionsquote, Wachstumsrate, Kapazitätsausnutzung und Disproportionalitäten in der fortschreitenden Wirtschaft. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 166 (1954).

[15] K. *Littmann*, Zunehmende Staatstätigkeit und wirtschaftliche Entwicklung. Wirtschafts- und Finanzwissenschaftliche Forschungen, Bd. I, Köln 1957.

[16] H. G. *Johnson*, Equilibrium Growth in an International Economy. Canadian Journal of Economics and Political Science, Bd. 19 (1953); *ders.*, Economic Expansion and International Trade. Manchester School of Economics and Social Studies, Bd. 23 (1955).

[17] W. *Fellner*, Trends and Cycles in Economic Activity. New York 1956.

[18] E. D. *Domar*, Depreciation, Replacement, and Growth. Economic Journal, Bd. 63 (1953); *ders.*, Depreciation, Replacement and Growth — And Fluctuations. Economic Journal, Bd. 67 (1957).

[19] W. A. *Lewis*, Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, übersetzt im Auftrage der List-Gesellschaft von Prof. Dr. H. v. Beckerath, Tübingen/Zürich 1956.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Bevölkerung. Bei zunehmender Bevölkerungszahl, durch die natürliche Bevölkerungsbewegung oder durch Wanderungen bedingt, sind ständig Nettoinvestitionen (und damit Nettoersparnisse) in bestimmter Höhe erforderlich, um den einmal erreichten Lebensstandard aufrecht zu erhalten. Die zur Aufrechterhaltung eines „quasistationären Zustandes" *(Cassel)* erforderliche Investitionsquote ist gleich dem *Produkt aus Wachstumsrate der Bevölkerung und marginalem Kapitalkoeffizienten*[20]. Erst wenn die tatsächlich durchgeführten Investitionen diesen kritischen Wert übersteigen, ist wirtschaftliches Wachstum in unserem Sinne realisierbar. Wir wollen bei unseren empirischen Beispielen im nächsten Paragraphen eine entsprechende Aufspaltung der Gesamtinvestitionen vornehmen.

3. Tab. 5 bringt eine Gegenüberstellung der Entwicklungen in den USA und im Vereinigten Königreich während eines annähernd gleichen Zeitabschnittes. In beiden Fällen liegen sich überschneidende Zehnjahresdurchschnitte zugrunde, wodurch konjunkturelle Schwankungen praktisch ausgeschaltet sind.

Die Wachstumsrate der Bevölkerung ist in den USA die ganze Zeit hindurch mehr als doppelt so hoch gewesen wie im Vereinigten Königreich. Da die marginalen Kapitalkoeffizienten bis zur Jahrhundertwende hin nicht wesentlich voneinander abweichen, war in den Vereinigten Staaten auch der Investitionsbedarf zur Aufrechterhaltung eines einmal erreichten Lebensstandards ständig viel höher als im Vereinigten Königreich. Hier zeigt sich der bedeutende Einfluß des demografischen Faktors für den ökonomischen Wachstumsprozeß, auf den wir an anderer Stelle hingewiesen haben.

4. Unsere Betrachtungen bezogen sich bislang auf historische Prozesse. Nun stoßen wir heute auf interessante Versuche, die langfristige Entwicklung des Sozialproduktes nicht mehr (beziehungsweise nicht nur) durch Bevölkerungswachstum und Arbeitsproduktivität, sondern durch erwartete Investitionsrate und geschätzte langfristige Entwicklung des Kapitalkoeffizienten zu prognostizieren[21]. Den Kapitalkoeffizienten zeichnet eine für solche Zwecke auf den ersten Blick be-

---

[20] Das Einkommen je Einwohner ist im Zeitablauf konstant, solange das Realeinkommen mit gleicher Rate wächst wie die Bevölkerung (B), also

$$\frac{\Delta B}{B} = \frac{\Delta E}{E}$$

Aus (1) ergibt sich durch Einsetzen

$$\frac{I}{E} = \frac{\Delta B}{B} \cdot \frac{I}{\Delta E}$$

[21] So z. B. R. *Krengel*, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956. Sonderheft des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Neue Folge Nr. 42, Reihe A: Forschung, Berlin 1958. Vgl. insbes. S. 60 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 5: **Wachstum der Bevölkerung, des Realeinkommens, des Einkommens je Kopf, marginaler Kapitalkoeffizient und Investitionsquote im Vereinigten Königreich und in den USA 1875—1938**

Vereinigtes Königreich								Vereinigte Staaten							
Dekade	Zuwachs gegenüber Vorperiode [a]			marginaler Kapitalkoeffizient	Investitionsquote in vH			Dekade	Zuwachs gegenüber Vorperiode [a]			marginaler Kapitalkoeffizient	Investitionsquote in vH		
	Bevölkerung	Realeinkommen insgesamt	Realeinkommen je Kopf		insgesamt	$\left(\frac{I}{E}\right)_1$	$\left(\frac{I}{E}\right)_2$		Bevölkerung	Realeinkommen insgesamt	Realeinkommen je Kopf		insgesamt	$\left(\frac{I}{E}\right)_1$	$\left(\frac{I}{E}\right)_2$
	1	2	3	4	5	6	7		8	9	10	11	12	13	14
1875—84	+1.0	+2.1	+1.1	3.2	6.9	3.2	3.7	1879—88	+2.4	+5.5	+3.0	2.7	14.6	6.5	8.1
1880—89	+0.85	+2.9	+2.0	3.5	9.9	3.0	6.9	1884—93	+2.2	+3.2	+1.0	4.8	15.4	10.6	4.8
1885—94	+0.82	+2.5	+1.7	4.3	10.6	3.5	7.1	1889—98	+2.0	+2.7	+0.7	5.9	16.4	11.8	4.6
1890—99	+0.89	+2.6	+1.7	3.3	8.3	2.9	5.4	1894—03	+1.8	+4.2	+2.4	3.7	15.6	6.7	8.9
1895—04	+0.95	+2.3	+1.3	4.5	10.4	4.3	6.1	1899—08	+1.9	+4.5	+2.6	3.2	14.3	6.1	8.2
1900—09	+0.91	+1.3	+0.4	7.2	9.0	6.6	2.4	1904—13	+1.9	+3.7	+1.8	3.6	13.4	6.5	6.9
1905—14	+0.78	+1.2	+0.4	8.8	10.4	6.9	3.5	1909—18	+1.7	+2.3	+0.6	4.6	10.9	7.8	3.1
								1914—23	+1.4	+2.5	+1.1	4.3	10.6	6.0	4.6
								1919—28	+1.5	+3.7	+2.2	2.9	10.8	4.4	6.4
1929—38[b]	+0.43	+2.1	+1.7	1.7	3.5	0.7	2.8	1924—33	+1.3	+1.2	−0.1	6.6	8.0	8.6	−0.6

a) in vH im Jahresdurchschnitt
b) Zuwachs gegenüber 1924/33

$(I/E)_1$ = Zur Aufrechterhaltung des bis zu dem betreffenden Zeitpunkt erreichten je Kopf-Einkommens erforderliche Investitionsquote.
$(I/E)_2$ = Investitionsquote, die Zunahme des je Kopf-Einkommens ermöglicht.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stechende Eigenschaft aus: seine langfristige relative Konstanz. Während man bei der Arbeitsproduktivität ohne eine Abschätzung der zukünftigen Wachstumsrate nicht auskommt — und die Erfahrungen zeigen, daß eine bloße Extrapolation historischer Trends mehr als fragwürdig ist —, braucht man hier nur von der Hypothese auszugehen, daß die lange Zeit hindurch beobachtete Konstanz des Kapitalkoeffizienten auch künftig fortbestehen wird. Die Investitionsquote bestimmt dann allein die Fortschrittsrate.

Zunächst sei festgehalten, daß vom Kapitalkoeffizienten ausgehende Prognosen immer nur Voraussagen auf *lange* Sicht sein können, also Trendprognosen. Für die kurze Periode leistet das hier diskutierte Verfahren nichts, es ist sogar gefährlich. Verfolgt man die Entwicklung des Kapitalkoeffizienten von Jahr zu Jahr, so stellt man außerordentlich heftige Schwankungen fest, die natürlich gar nichts mit einer sich ändernden Produktionstechnik zu tun haben, sondern ein Reflex des sich im Auf und Ab der Konjunktur ändernden Auslastungsgrades der Anlagen sind. Man müßte also nicht nur den echten, durch die Technik bestimmten Kapitalkoeffizienten selbst, sondern auch noch die künftig zu erwartende Auslastung der vorhandenen Produktionskapazität prognostizieren. Man kommt also nicht ohne eine komplette Konjunkturprognose aus. Ist sie erstellt, so brauchen wir keine Wachstumsgleichung mehr.

5. Der Kapitalkoeffizient spielt heute nicht nur für die Abschätzung der langfristigen Entwicklung des Sozialproduktes eine Rolle. *Krelle* hat ihn in seinem Referat auf der letzten Tagung der Gesellschaft in Köln zum zentralen Baustein einer Theorie der Einkommensverteilung gemacht. Wir selbst werden ihn benutzen, wenn wir Ansätze zu einer Theorie der Einkommensverteilung im Wachstumsprozeß aufzeichnen.

Wenn uns die Aufgabe gestellt wird, die quantitativen Aspekte des Wirtschaftswachstums zu durchleuchten, so gehört dazu eine gründliche Analyse der Determinanten des Kapitalkoeffizienten. Wir können die Lösung dieses Problems nicht dadurch umgehen, daß wir den Kapitalkoeffizienten einfach als eine durch die Technik bestimmte und damit von außen vorgegebene Konstante betrachten. Wir dürfen uns nicht mit vagen Vermutungen der Art zufrieden geben, daß das anbrechende Zeitalter der Automation vielleicht zu einer Erhöhung des Kapitalkoeffizienten führen werde. Tun wir das, so wird der Kapitalkoeffizient schließlich zu einem *deus ex machina,* der nicht mehr leistet als etwa die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes in der Quantitätstheorie.

6. Spricht man von langfristiger Konstanz des Kapitalkoeffizienten, so ist zunächst zu beachten, ob der Durchschnitts- oder Marginalwert des Koeffizienten gemeint ist. Natürlich zeigt der Marginalwert stets

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eine geringere Stabilität als der Durchschnittswert. Der marginale Koeffizient aber ist es, der in der Wachstumsgleichung erscheint.

Eine Analyse des heute zur Verfügung stehenden Zahlenmaterials führt zu dem Ergebnis, daß es in den einzelnen Ländern sowohl längere Zeitabschnitte mit abnehmender als auch solche mit zunehmender Tendenz des Kapitalkoeffizienten gegeben hat. Eine Reihe von Beispielen finden sich in dieser Untersuchung[22]. Ein eindeutiger Trend in Richtung einer *ständigen* Abnahme oder Zunahme scheint hingegen nicht nachweisbar zu sein. Diese Beobachtung dürfte gemeint sein, wenn von der heute viel zitierten langfristigen Konstanz des Kapitalkoeffizienten die Rede ist.

Wir sollten auch beachten, daß die Aussagen immer unsicherer werden, je längere Zeitabschnitte wir betrachten. Erstreckt sich die Untersuchung über Perioden von einem halben Jahrhundert oder länger, so wird das Indexproblem nahezu unlösbar. Der „Warenkorb" des Kapitalapparates am Ende eines so großen Zeitraumes hat kaum noch Gemeinsamkeiten mit dem Warenkorb zu Beginn der Periode. Geringfügige Verschiebungen in den Kapitalkoeffizienten in dieser oder jener Richtung haben dann wegen der vielen erforderlich werdenden Verkettungen nur geringe Aussagekraft. Schon aus diesem Grunde empfiehlt es sich, sehr lange Reihen in Einzelphasen mit gewissen typischen Verhaltensweisen und Entwicklungstendenzen aufzuspalten.

7. Für Wachstumsbetrachtungen interessant ist auch eine internationale Gegenüberstellung von Kapitalkoeffizienten. *Aukrust* hat unlängst folgende Ergebnisse zusammengestellt[23]:

	Zeitraum	Marginaler Kapitalkoeffizient
Mexiko	1940—1950	2,1
U. S. A.	1879—1929	3,0
Sowjetunion	1928—1937	3,0
Schweden	1896—1929	3,3
Britisch Guinea	1943—1951	3,5
Australien	1913—1938	3,9
Ceylon	1953—1959	4,0
Kanada	1911—1939	4,2
Vereinigtes Königreich	1865—1909	5,9
Japan	1913—1939	6,1
Niederlande	1913—1939	7,4
Frankreich		7,4

[22] Ergebnisse für Deutschland finden sich in der Untersuchung von W. G. *Hoffmann*, Long-term Growth and Capital Formation in Germany. Round Table on Capital Theory, International Economic Association, Korfu 1958 (bisher unveröffentlicht).

[23] O. *Aukrust*, Investeringer og Økonomisk Vekst. Nordisk Nationaløkonomisk Møde, Kopenhagen 1958 (bisher unveröffentlicht).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es ist kaum erforderlich zu erwähnen, wie problematisch solche Gegenüberstellungen wegen der Unterschiedlichkeit der Berechnungsmethoden sind. Die beobachteten Abweichungen sind aber doch so erheblich, daß daraus auf bestehende echte Unterschiede geschlossen werden kann.

8. Bei der Erklärung des Kapitalkoeffizienten stehen wir zunächst vor einem *Strukturproblem.* Die Untersuchungen zeigen, daß es von mindestens ebenso entscheidender Bedeutung ist wie bei der Arbeitsproduktivität. Der Kapitalkoeffizient der Gesamtwirtschaft, der sich in den meisten Ländern irgendwo zwischen zwei und sechs bewegt, ist als gewogenes Mittel der Koeffizienten der Bereiche aufzufassen. Blicken wir auf die Fakten, so sehen wir, daß er beinahe als Lehrbuchbeispiel für einen unechten Durchschnitt dienen könnte. Im industriellen Sektor ist er erstaunlich niedrig. Die Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung haben ergeben, daß in der deutschen Industrie selbst der Bruttokoeffizient nur dicht über eins liegt[24]. In der Wohnungswirtschaft dagegen erreicht bereits der Nettokoeffizient nahezu den Wert von zehn (Bruttokapitalkoeffizient 12,5)[25].

Industrie und Wohnungswirtschaft zusammen umfassen schon rund die Hälfte des gesamten Kapitalapparates der deutschen Volkswirtschaft[26]. Der Gesamtkapitalkoeffizient für Deutschland, der nach den Berliner Schätzungen im Jahre 1955 netto 2,0 betragen hat (brutto 3,6)[27], ist also zum guten Teil ein Mittel aus dem niedrigen Koeffizienten der Industrie und dem hohen Koeffizienten der Wohnungswirtschaft. Seine Höhe hängt entscheidend von der Struktur der Wirtschaft — oder statistisch gesprochen: von den Gewichten — ab. Ein selbst geringfügiges relatives Vordringen der Wohnungswirtschaft wird ihn sofort merkbar anwachsen lassen, ohne daß sich in irgendeinem Sektor die Produktionstechnik zu ändern braucht. Eine Projizierung des Gesamtkoeffizienten in die Zukunft ist somit ohne eine Prognose der zukünftigen *Struktur der Wirtschaft* nicht denkbar. Zufolge der enormen Streuungen der Einzelkoeffizienten können Verschiebungen in den Gewichten so entscheidend sein, daß Veränderungen der partiellen Koeffizienten demgegenüber in den Hintergrund treten.

---

[24] R. *Krengel,* a.a.O., S. 40.

[25] F. *Grünig,* Versuch einer Volksvermögensrechnung der Deutschen Bundesrepublik. Sonderheft des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Neue Folge Nr. 41, Reihe B: Vorträge, S. 31.

Auf die Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettokapitalkoeffizient und die Frage, welcher der Koeffizienten für die Wachstumstheorie relevant ist, wird im Anh. III eingegangen.

[26] F. *Grünig,* a.a.O., S. 48.

[27] *Ders.,* a.a.O., S. 38.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tab. 6 macht deutlich, welche komplexen Vorgänge hinter der beobachteten relativen Konstanz eines Makro-Kapitalkoeffizienten verborgen liegen können. Der Makrokoeffizient für die USA hat in den aufgeführten sechs Stichjahren von 1880 bis 1938 nur zwischen 2,98 und 3,56 geschwankt, woraus natürlich nicht auf eine Konstanz der Mikrokoeffizienten geschlossen werden kann. Besonders auffällig ist die Abnahme des Koeffizienten für den Bereich Transport und öffentliche Versorgungsbetriebe bis auf etwa ein Drittel des Ausgangswertes. Gleichzeitig aber ist der Anteil dieses Bereiches mit einem an sich sehr hohen Kapitalkoeffizienten an der Gesamtwertschöpfung entscheidend gewachsen. Änderungen der partiellen Koeffizienten und der Strukturkomponente haben somit gegeneinander gewirkt und sich *in summa* etwa die Waage gehalten. Man könnte auf Grund dieser Beobachtungen sogar die Frage aufwerfen, ob sich die bewußten unerwartet geringen Schwankungen des Makro-Kapitalkoeffizienten nicht einfach dadurch erklären lassen, daß ständig Mikrokoeffizienten variieren und daß sich daneben, und zwar — das ist entscheidend — davon stochastisch unabhängig, immer Strukturwandlungen vollziehen[28]. Ebenso könnte

Tabelle 6:

Kapitalkoeffizienten und Wirtschaftsstruktur in den USA 1880—1938

Jahr	Durchschnittliche Kapitalkoeffizienten				
	Land-wirtschaft	Bergbau und Industrie	Transport u. öffentl. Vers.-Betr.	Alle anderen	insgesamt
1880	2.22	1.11	26.40	2.56	3.07
1890	2.12	1.67	19.45	3.01	3.44
1900	2.25	2.00	18.94	2.86	3.48
1912	2.82	1.95	11.43	3.12	3.56
1922	2.86	2.47	8.16	2.30	2.98
1938	2.28	1.57	10.36	2.93	3.20
Wertschöpfung (in vH der Gesamtwertschöpfung)					
1880	23.5	19.5	(3.7)	(53.3)	100.0
1890	19.4	20.3	(5.2)	(55.1)	100.0
1900	17.3	21.0	5.8	55.9	100.0
1912	13.1	25.4	9.4	52.1	100.0
1922	10.5	24.4	9.8	55.3	100.0
1938	8.5	28.0	9.4	54.1	100.0

[28] Teilen wir die Volkswirtschaft in gleich große Sektoren ein und nehmen wir, um den einfachsten Fall zu wählen, an, die individuellen Kapitalkoeffizienten würden alle im Zeitablauf im genau gleichen Ausmaß variieren. Vollziehen sich die Strukturwandlungen stochastisch unabhängig von diesem Prozeß, so schwankt der Makro-Kapitalkoeffizient

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

man aber auch umgekehrt die Hypothese vertreten, daß zwischen der Variation von Mikrokoeffizienten und den strukturellen Änderungen systematische Zusammenhänge bestehen, die letztlich die Konstanz in den Aggregaten herbeiführen.

Natürlich taucht das Strukturproblem auch innerhalb der Sektoren auf. Das gilt insbesondere für die stets sehr inhomogenen Restgruppen, sicher aber auch für den Bereich Transport und öffentliche Versorgungsbetriebe. Die eben erwähnte starke Abnahme des Kapitalkoeffizienten für diesen Bereich ist ohne Zweifel in erster Linie auf strukturelle Verschiebungen zurückzuführen[29].

9. Wir haben das Strukturproblem wegen seiner überragenden Bedeutung bewußt an den Anfang gestellt. Daneben brauchen wir eine Theorie des Kapitalkoeffizienten eines einzelnen, homogenen Wirtschaftsbereiches, die nun entwickelt werden soll.

Der Kapitalkoeffizient eines Wirtschaftszweiges hängt offenbar wesentlich von dem Mengenverhältnis ab, in dem menschliche Arbeitskraft und Realkapital zum Einsatz kommen. Wird menschliche Arbeitskraft durch sachliche Produktionsmittel substituiert — praktisch vollzieht sich die Substitution heute nur in dieser Richtung —, so steigt die Arbeitsproduktivität und sinkt die Produktivität des Kapitals. Sinkende Kapitalproduktivität ist gleichbedeutend mit steigendem Kapitalkoeffizienten. Substitution *per se* müßte also zu einem ständig *steigenden Kapitalkoeffizienten* führen.

Neben der Substitution ist der *technische Fortschritt* zu berücksichtigen. Wir wollen von technischem Fortschritt sprechen, wenn mit der gleichen Menge Arbeit und Realkapital ein höherer Ertrag erzielt werden kann oder, was gleichbedeutend ist, wenn der gleiche Ertrag mit weniger Arbeit *und* weniger Realkapital erstellt werden kann[30].

---

nur mit einer Varianz, die den n-ten Teil der einheitlichen Varianz der Mikrokoeffizienten beträgt. *Solow* hat die Möglichkeit erörtert, die Konstanz der Lohnquote in entsprechender Weise zu deuten: R. *Solow*, A Skeptical Note on the Constancy of Relative Shares. American Economic Review, Bd. 48 (1958), S. 621.

[29] Untersuchungen auf Grundlage der vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung veröffentlichten Ergebnisse (R. *Krengel*, a.a.O.) zeigen, daß innerhalb des industriellen Sektors strukturelle Verschiebungen in den Jahren 1924—1956 in Deutschland keinen wesentlichen Einfluß auf den Kapitalkoeffizienten dieses Bereiches gehabt haben.

[30] Natürlich liegt technischer Fortschritt auch dann vor, wenn der gleiche Ertrag bei Konstanz des einen und Abnahme des andern Produktionsfaktors erzielt werden kann. In diesem Fall ändert sich das Mengenverhältnis der eingesetzten Produktionsfaktoren (Substitution). In der Wachstumstheorie bedeutet Substitution einfach Änderung des Mengenverhältnisses der eingesetzten Produktionsfaktoren. Die Faktorkombinationen ändern sich im Wachstumsprozeß ständig infolge der unterschiedlichen Zuwachsraten. Substitution braucht also keineswegs Freisetzung eines Produktionsfaktors mit einer daraus folgenden Unterbeschäftigung zu bedeuten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Technischer Fortschritt für sich allein, d. h. Fortschritt ohne gleichzeitige Substitution, erhöht sowohl die Arbeitsproduktivität als auch die Produktivität des Kapitals. Technischer Fortschritt *per se* ist somit gleichbedeutend mit sinkendem Kapitalkoeffizienten. In der Wirklichkeit laufen nun Substitution und technischer Fortschritt nebeneinander her und sind oft untrennbar miteinander verbunden. Es wirken in der Praxis also immer zwei Komponenten auf den Kapitalkoeffizienten ein: die Substitution, die ihn vergrößert, und der technische Fortschritt, der ihn vermindert. Es kommt darauf an, welche der beiden Komponenten dominiert.

Tab. 7 zeigt, wie sich durchschnittlicher Kapitalkoeffizient, Kapitalintensität und technischer Fortschritt im Vereinigten Königreich und den USA seit etwa 1870 entwickelt haben. Die Kapitalintensität, d. h. die durchschnittliche Ausstattung eines Arbeitsplatzes mit sachlichen Produktionsmitteln, hat in beiden Ländern ständig rasch zugenommen, wenn von unbedeutenden Unterbrechungen abgesehen wird. Dieser Substitutionsvorgang hätte ohne einen sich gleichzeitig vollziehenden technischen Fortschritt den Kapitalkoeffizienten ständig erhöhen müssen. In Wirklichkeit aber ist, wie zu erwarten, in beiden Ländern ein markanter technischer Fortschritt feststellbar. Einen Index dafür haben wir in die jeweils letzten Spalten für beide Länder eingetragen und wollen die Messungsmethoden später behandeln. Der technische Fortschritt hat die Substitutionseffekte praktisch vollkommen kompensiert: der durchschnittliche Kapitalkoeffizient ändert sich im Vereinigten Königreich fast gar nicht, in den USA nicht wesentlich. Auffällig ist der erstaunliche Gleichlauf des Index für den technischen Fortschritt in beiden Ländern. Der Prozeß der Kapitalintensivierung demgegenüber ist in den USA schneller gelaufen. Hieraus läßt sich das Ansteigen des Kapitalkoeffizienten in den USA während dieses Zeitraumes erklären: der technische Fortschritt hat die Substitutionswirkung nicht völlig kompensieren können, die Durchschnittsproduktivität des Realkapitals hat leicht abgenommen.

Der Index des Kapitalkoeffizienten in Tab. 7 kann statistisch als gewogenes Mittel aus dem Index der Kapitalintensität und dem Index des technischen Fortschrittes interpretiert werden, wobei der Fortschrittsindex ein *negatives* Gewicht trägt. Auf die Gewichte selbst werden wir noch zurückkommen. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß — absolut betrachtet — das Gewicht für den Fortschrittsindex stets höher ist als das des Index der Kapitalintensität.

Unsere Gegenüberstellung ist in gewisser Weise noch ungenau. Sie läßt, mangels vergleichbarer Angaben, die Abnahme in der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit unberücksichtigt. Die auf die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 7: **Kapitalkoeffizient, Kapitalintensität und technischer Fortschritt im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten 1870—1938**

Vereinigtes Königreich					Vereinigte Staaten				
Dekade	durchschnittlicher Kapitalkoeffizient		Kapital-intensität	techn. Fortschritt	Dekade	durchschnittlicher Kapitalkoeffizient		Kapital-intensität	techn. Fortschritt
	absolut	1870—74 = 100	1870—74 = 100			absolut	1874—83 = 100	1874—83 = 100	
	1	2	3	4		5	6	7	8
1870—74	3.05	100.0	100.0	100.0					
1875—79	3.14	103.0	107.4	102.0	1874—83	2.98	100.0	100.0	100.0
1880—84	3.10	101.6	121.3	112.2	1879—88	2.91	97.7	110.2	110.6
1885—89	2.95	96.7	124.0	119.4	1884—93	3.20	107.4	122.3	109.4
1890—94	2.95	96.7	136.6	128.0	1889—98	3.54	118.8	138.0	109.3
1895—99	2.83	92.8	136.4	133.1	1894—03	3.58	120.1	155.3	119.4
1900—04	3.02	99.0	157.6	138.8	1899—08	3.50	117.4	169.1	130.7
1905—09	3.27	107.2	164.6	131.6	1904—13	3.51	117.8	181.1	137.9
1910—13	3.29	107.9	161.2	129.0	1909—18	3.64	122.1	193.1	140.1
					1914—23	3.71	124.5	209.1	146.8
					1919—28	3.57	119.8	226.4	162.2
1924—28	3.16	103.6	172.8	141.2	1924—33	3.75	125.8	236.2	159.9
1929—33	3.03	99.3	177.9	150.1					
1934—38	2.88	94.4	178.3	157.9					

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

geleisteten Arbeitsstunden bezogene Kapitalintensität steigt noch wesentlich schneller.

10. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß starke kurzfristige Fluktuationen des Kapitalkoeffizienten im wesentlichen den Schwankungen im Auslastungsgrad der Kapazität zuzuschreiben sind. Nun ist es natürlich durchaus möglich, daß sich auch langfristig der Auslastungsgrad der Produktionsanlagen ändert, d. h. einem Trend unterliegt. Monopolistisches Angebot ist im allgemeinen mit einem relativ niedrigen Auslastungsgrad gekoppelt. Man könnte deshalb die Hypothese vertreten, daß eine zunehmende Monopolsierung der Wirtschaft mit abnehmendem Auslastungsgrad der Anlagen einhergeht, was *cet. par.* zu einem Anwachsen des Kapitalkoeffizienten führt.

Wir kommen zu dem Schluß, daß man bei der Prognose der zukünftigen Entwicklung des Kapitalkoeffizienten in drei Schritten vorgehen sollte. Der erste Schritt besteht in der Projizierung partieller Koeffizienten, bei der Substitution und erwarteter technischer Fortschritt gegeneinander abzuwägen sind. Bei gegebener Investitionsrate führt ein geringes Wachstum des Arbeitspotentials zu großen Substitutionsmöglichkeiten (starke tendenzielle Zunahme des Kapitalkoeffizienten) und umgekehrt. Gründliche statistische und ökonometrische Studien über den Zusammenhang zwischen Substitution und Fortschritt unter Einbeziehung aller demographischen Aspekte sind u. E. hier noch erforderlich. — Nach Abschätzung der voraussichtlichen Entwicklung der partiellen Koeffizienten ist dem Strukturfaktor Rechnung zu tragen. Schließlich sollten langfristige Verschiebungen des durchschnittlichen Auslastungsgrades der Anlagen nicht unberücksichtigt bleiben.

IV. Produktivität und technischer Fortschritt

1. Wir waren davon ausgegangen, daß die Entwicklung des realen Sozialproduktes bestimmt wird durch das Wachstum des Arbeitspotentials, die Rate der Realkapitalbildung und durch den technischen Fortschritt. Unsere Definition in Abschnitt III läßt deutlich werden, daß wir die Bezeichnung „technischer Fortschritt" als Sammelbegriff für eine Reihe verschiedenster Faktoren verwenden, die sich schwer auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen, nämlich *alle* Faktoren außer der in Stunden gemessenen Arbeit und des durch irgendeinen Mengenindex zum Ausdruck gebrachten Realkapitaleinsatzes, die einen Einfluß auf die Höhe der Ausbringung haben. Hierzu gehören vor allen Dingen: Verbesserung der Betriebsorganisation und des Arbeitsklimas, Typisierung und Standardisierung der Produktion, Anwendung moderner statistischer Methoden der Leistungs- und Fehlerkontrolle, Herbeiführung optimaler Standortverteilung und optimaler

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Betriebsgrößenverhältnisse durch Förderung des internationalen Austausches und vor allem Ersetzung ausgelaufener Maschinen durch neue Maschinen höherer Effizienz bei gleichen Realkosten im Zuge der Reinvestition. Natürlich läßt sich darüber streiten, ob das Adjektiv „technisch" hier treffend ist. Sicherlich ist es nicht sehr glücklich gewählt, wie sich überhaupt die ganze Terminologie der Produktivitätsmessung recht unglücklich entwickelt hat. Die Begriffe haben sich aber einmal eingebürgert, und es wird nicht leicht sein, sie durch bessere zu ersetzen.

In der Wachstumstheorie vom *Domar-Harrod*-Typ ist der technische Fortschritt bisher ein Stiefkind geblieben. Seine Bedeutung für den Entwicklungsprozeß wird stets gebührend erwähnt, aber der modellmäßige Einbau ist eigentlich noch nicht gelungen. Die folgenden Gedankengänge und Zahlenbeispiele sollen deutlich werden lassen, wie unbefriedigend die Wachstumstheorie bleiben muß, solange die Einbeziehung des technischen Fortschrittes nicht gelingt. Vor allem geht es um Größenordnungen, die nicht vernachlässigt werden können. Gebe es keinen Fortschritt im Sinne unserer Definition, so müßte im Zuge des Prozesses der Substitution von Arbeit durch Realkapital in der Tat die pessimistische Vision einer ständig sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals Realität werden oder längst geworden sein. Auf verteilungstheoretische Zusammenhänge soll hier jedoch nicht eingegangen werden. Der Referent wird darüber in einer in Vorbereitung befindlichen Studie des Theoretischen Ausschusses berichten.

2. Bisher wurde das Gesamtresultat des Produktionsprozesses nur auf jeweils *einen* der beiden Produktionsfaktoren bezogen. Es sind verschiedene statistische Produktivitätsmaße behandelt worden, deren Schwächen bekannt und in jüngster Zeit häufig diskutiert worden sind.

Um zu einer Synthese zu gelangen, wollen wir von folgenden Gedankengängen ausgehen. Im Rahmen eines bestimmten Standes der Technik ist es stets möglich, eine gewisse Gesamtheit von Gütern durch verschiedene Kombinationen von Arbeit und Realkapital zu erzeugen, wobei es zunächst gleichgültig sein soll, ob die Möglichkeit einer kontinuierlichen Substitution, d. h. der Auswahl zwischen unendlich vielen Produktionsverfahren, oder nur die Wahl zwischen einer endlichen Zahl von Prozessen besteht. Nehmen wir an, man würde sich für eine Kombination entscheiden, bei der relativ viel Arbeitskraft und relativ wenig Kapital zum Einsatz kommen. Was würde die Produktivitätsstatistik beobachten? Offenbar müßte die Arbeitsproduktivität relativ niedrig und die Produktivität des Kapitals relativ hoch ausfallen (kleiner Kapitalkoeffizient). Eine Kombination von wenig Arbeitskraft und viel Kapital andererseits wird eine hohe Arbeitspro-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

duktivität und niedrige Kapitalproduktivität (hoher Kapitalkoeffizient) ergeben. Der Stand der Technik ist unseren Voraussetzungen entsprechend in beiden Fällen der gleiche. Die hohe Arbeitsproduktivität im zweiten Falle ist dann nur ein Reflex der günstigeren Ausstattung der Arbeiter mit sachlichen Produktionsmitteln.

Nehmen wir jetzt an, die Faktorkombination bliebe unverändert, und es vollzöge sich ein technischer Fortschritt. Offensichtlich müßten sowohl Arbeitsproduktivität als auch Kapitalproduktivität zunehmen: die Ausbringung wächst bei konstantem Arbeits- und Kapitaleinsatz. Bisher ist unser Denkmodell zufolge der Trennung der Komponenten einfach. Die Schwierigkeiten entstehen, sobald sich Substitution und technischer Fortschritt gleichzeitig vollziehen. Jetzt benötigt man eine makroökonomische Produktionsfunktion, um die Einzelkomponenten isolieren zu können. *Solow* hat ein Verfahren entwickelt, das eine Messung des technischen Fortschritts unter Verwendung einer Produktionsfunktion ermöglicht, die seit langem in der Verteilungstheorie eine große Rolle spielt (*Cobb-Douglas*-Funktion). Die technischen Details des Verfahrens sind in Anhang IV dargestellt. Wir beschränken uns hier auf wenige Bemerkungen.

Die Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung bestimmt bekanntlich aus der Produktionsfunktion heraus die Anteile des Arbeitseinkommens und Kapitaleinkommens am Gesamteinkommen unter der Voraussetzung, daß die Faktoren mit ihren Grenzerträgen entlohnt werden. *Solow* beschreitet den umgekehrten Weg. Er nimmt die statistisch beobachteten Anteilsquoten und errechnet daraus unter Zuhilfenahme weiterer verfügbarer Daten die Fortschrittskomponente der Produktionsfunktion. Man wird dagegen einwenden, daß die Hypothese der Entlohnung der Faktoren mit ihren Grenzerträgen problematisch sei. Der Einwand ist im Prinzip berechtigt, doch werden unsere Berechnungen dadurch nicht wesentlich beeinträchtigt. Die Anteilsquoten fungieren nur als Gewichte im statistischen Sinne. Experimente zeigen, daß Änderungen der Quoten um einige Prozent nach oben oder unten wenig Einfluß auf das Endresultat haben. In bezug auf Genauigkeit darf man an das Ausgangsmaterial ohnehin keine übertriebenen Anforderungen stellen. Es geht ja darum, die großen Entwicklungslinien herauszuarbeiten. Die Erfahrungen, die bei den in Verbindung mit der vorliegenden Untersuchung durchgeführten Beobachtungen gemacht wurden, haben gelehrt, daß das *Solow*sche Verfahren für die Quantifizierung des technischen Fortschrittes in verschiedener Hinsicht mehr leistet und vor allem ungleich einfacher zu handhaben ist als die herkömmliche ökonometrische Verifizierung der *Cobb-Douglas*-Funktion mittels Regressionsanalyse. Das Regressionsverfahren hat bei den hier analysierten Daten nicht zu befriedigenden Er-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gebnissen geführt. Die insbesondere durch das Problem der Multikollinearität hervorgerufenen Schwierigkeiten sind bekannt[31].

3. Tab. 8 zeigt die Entwicklung in den Vereinigten Staaten in Sprüngen von jeweils fünf Jahren. Die Zahlen geben die Veränderung gegenüber der Vorperiode an. In der letzten Spalte ist durch Verknüpfung ein Index für den technischen Fortschritt mit der Basis 1874—1883 = 100 entwickelt worden. Durch die explizite Berücksichtigung der ständigen Verkürzung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit ergibt sich ein noch merklich rascherer Anstieg des technischen Fortschrittes als bei den Berechnungen in Tab. 7[32]. Wir beobachten drei Sprünge, bei denen der technische Fortschritt die Kapitalintensivierung überwiegt: der Kapitatlkoeffizient nimmt ab. In allen anderen Fällen dominiert der Substitutionseffekt mit der Folge eines wachsenden Kapitalkoeffizienten.

Die auf Basis von Arbeitsstunden errechnete Kapitalintensität hat sich in dem beobachteten halben Jahrhundert etwa verdreifacht, die Produktivität einer Arbeitsstunde ist beinahe auf das Zweieinhalbfache gestiegen. Es wäre falsch, in dieser bedeutenden Zunahme der Arbeitsproduktivität nur einen Reflex der vermehrten Kapitalintensität zu sehen. Ohne technischen Fortschritt wäre eine Produktivitätssteigerung in diesem Ausmaß undenkbar gewesen. Aus den Berechnungen entnehmen wir, daß in den Jahren vor der Weltwirtschaftskrise (Durchschnitt 1924—1933) gegebene Kombinationen von Arbeit und Realkapital doppelt so effizient genutzt wurden wie 50 Jahre zuvor. Vgl. hierzu auch die Fußnote 33.

4. Um eine Theorie des Kapitalkoeffizienten zu entwickeln, hatten wir am Modell und an empirischen Beispielen dargestellt, wie Variationen des durchschnittlichen Kapitalkoeffizienten von der Änderung der Faktorkombination und vom Tempo des technischen Fortschritts abhängen. Damit ist natürlich zugleich eine Theorie der Produktivität des Kapitals gefunden, die ja nichts anderes ist als der reziproke Wert des Kapitalkoeffizienten.

Aus den gleichen Ansätzen heraus läßt sich durch einfache Umstellung der Formel eine Theorie der Arbeitsproduktivität entwickeln. Auch die Arbeitsproduktivität wird durch die Faktorkombination und den technischen Fortschritt determiniert. Nur gelten jetzt andere Be-

---

[31] H. *Mendershausen,* On the Significance of Professor Douglas' Production Function. Econometrica, Bd. 6 (1938).

[32] Die in Sp. (8) angegebenen Meßziffern für den technischen Fortschritt lassen sich als gewogenes Mittel aus den Meßziffern für die Kapitalintensivierung in Sp. (7) und der Meßziffer für die Veränderung des Kapitalkoeffizienten in Sp. (5) interpretieren, wobei letztere ein negatives Gewicht hat. Als Gewichte dienen die Anteilsquoten der Faktoreinkommen der Vorperiode.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ziehungen zwischen den einzelnen Größen. Während die Substitution menschlicher Arbeitskraft durch die Maschine die Produktivität des Kapitals vermindert, erhöht sie zugleich die Produktivität der Arbeit. Kann die relative Konstanz des Kapitalkoeffizienten durch zwei einander entgegenwirkende Komponenten — Substitution und technischer Fortschritt — gedeutet werden, so wirken eben diese beiden Komponenten bei der Arbeitsproduktivität in *gleicher* Richtung: sie erklären ihr rasches Zunehmen.

5. Für das Vereinigte Königreich haben sich gegenüber den Resultaten in Tab. 7, Sp. (4), weitere Verfeinerungen nicht erzielen lassen. Es wurde daneben der Versuch unternommen, die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Deutschland in der Nachkriegszeit in eine Substitutions- und Fortschrittskomponente aufzuteilen. Auch wenn man den in Tab. 9 eingetragenen Ergebnissen große Fehlergrenzen zubilligt, mag das Resultat doch überraschen. Natürlich sind wir uns bewußt, daß die Periode für die Berechnungen an sich zu kurz ist und überdies als eine ungewöhnliche Entwicklungsphase angesehen werden muß. Die Resultate in den Spalten (2) und (3) sind entstellt durch den Prozeß des Hineinwachsens in die Kapazitäten, ein *bias,* der praktisch nur zu vermeiden ist, wenn mit langjährigen Durchschnitten gearbeitet wird. Immerhin unterstreicht das Resultat unsere Warnung, die Zusammenhänge zwischen Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität übervereinfacht zu sehen. Es ist nicht etwa so, daß doppelte Kapitalausstattung je Arbeitsplatz allein bereits zu doppelt so hoher Arbeitsproduktivität führen muß[33].

In den beobachteten sechs Jahren ist in der Bundesrepublik die Arbeitsproduktivität, die in dieser gesamtwirtschaftlichen Betrachtung bewußt nicht auf der Basis von Arbeitsstunden, sondern von der Zahl der Beschäftigten ausgehend berechnet wurde, um 40 % gewachsen. Trotz einer überdurchschnittlich hohen Investitionsrate hat wegen der großen Zahl neu geschaffener Arbeitsplätze die durchschnittliche Real-

---

[33] Wir erwähnen dieses spezielle Beispiel, weil heute die Beobachtung, daß die Arbeitsproduktivität in der amerikanischen Industrie reichlich doppelt so hoch ist als in der englischen, zuweilen einfach damit erklärt wird, daß auch die Kapitalausstattung je Arbeitsplatz in den USA im Durchschnitt etwa doppelt so hoch sei. Unsere Überlegungen und Formeln führen zu dem Ergebnis, daß die höhere Kapitalintensität allein nicht ausreicht, den Vorsprung in der Arbeitsproduktivität zu erklären: wird einer der beiden Produktionsfaktoren bei Konstanz des andern um einen bestimmten Prozentsatz vermehrt, so kann die Gesamtausbringung o h n e technischen Fortschritt nicht um den gleichen Prozentsatz steigen, sondern nur um weniger, entsprechend der Grenzproduktivität des betreffenden Faktors. Die gemachten Beobachtungen bestätigen somit, daß die USA nicht nur einen Vorsprung in der Kapitalintensität besitzen, sondern bestimmte gegebene Faktorkombinationen auch effizienter nutzen. Sie sind technisch fortgeschrittener im Sinne unserer Definition.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 8: **Realeinkommen, Arbeitsproduktivität, durchschnittlicher Kapitalkoeffizient, Kapitalintensität und technischer Fortschritt in den USA 1874/83—1924/33**

Dekade	Realeinkommen	gesamte Arbeitsstunden	Arbeitsproduktivität je Std.	durchschnittlicher Kapitalkoeffizient		Anteil d. Arbeitseinkommens am Gesamteink. in v.H.	Kapitalintensität	techn. Fortschritt	technischer Fortschritt 1874—83 = 100
	Dekade 1874—83 = 100			absolut	Vorperiode = 100		Vorperiode = 100		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1874—83	100.0	100.0	100.0	2.98	. .	81.6	. .	. .	100.0
1879—88	131.6	115.1	114.4	2.91	97.7	80.8	111.8	111.9	111.9
1884—93	154.4	131.8	117.2	3.20	110.0	81.6	112.8	100.3	112.2
1889—98	177.9	146.3	121.6	3.54	110.6	82.5	114.6	101.3	113.7
1894—03	219.1	159.1	137.7	3.58	101.1	81.8	114.6	110.8	126.0
1899—08	274.3	176.0	155.9	3.50	97.8	81.1	110.6	110.9	139.7
1904—13	330.9	192.6	171.8	3.51	100.3	80.7	110.8	108.5	151.6
1909—18	372.1	203.2	183.1	3.64	103.7	80.8	110.3	104.6	158.6
1914—23	421.3	205.2	205.3	3.71	101.9	81.7	114.3	109.7	174.0
1919—28	507.4	215.9	235.0	3.57	96.2	81.2	110.2	112.1	195.0
1924—33	539.0	222.1	242.7	3.75	105.0	79.7	108.5	101.9	198.7

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kapitalausstattung je Platz nur um 16 % zugenommen. Diese um 16 % gestiegene Kapitalintensität kann offenbar niemals allein die hohe Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität erklären. Entsprechend einer mit 0,25 angesetzten Grenzproduktivität des Kapitals (vgl. Anhang IV) können nur etwa 4 % der Produktivitätssteigerung auf den reinen Substitutionseffekt zurückgeführt werden, während die restlichen 36 % dem technischen Fortschritt zuzuschreiben sind. Auch sehr große Schätzungsfehler bezüglich der Grenzproduktivitäten würden an den Größenordnungen nicht viel ändern.

Tabelle 9: **Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, Kapitalintensität und des technischen Fortschritts in der Bundesrepublik Deutschland 1950—1956**

Jahr	Arbeits-produktivität	Realkapital je Beschäftigten	technischer Fortschritt
	1	2	3
1950	100	100	100
1951	110	101	109
1952	116	103	115
1953	122	106	120
1954	127	108	124
1955	137	112	134
1956	140	116	136

Unsere Betrachtungen zeigen, wie wenig Produktivitätsmaße in Form bloßer statistischer Verhältniszahlen analytisch zu leisten vermögen, am allerwenigsten aber sicherlich als Indikatoren für eine „gerechte" Verteilung des Produktivitätszuwachses auf die beiden Faktoren Arbeit und Kapital. Denn wer wollte aus den Formeln herauslesen, wem der technische Fortschritt, der nach unseren Beobachtungen ein so entscheidendes Gewicht besitzt, gerechterweise zuzuschreiben ist?

Bei der Analyse der Determinanten des Kapitalkoeffizienten wurde die Bedeutung der strukturellen Änderungen mit großem Nachdruck betont. Bei den hier vorgeführten Berechnungen hingegen ist der Strukturfaktor gänzlich vernachlässigt worden. Im theoretischen Ansatz bietet die Aufspaltung in sektorinternen technischen Forschritt und in durch strukturelle Verschiebungen erzielte Verbesserungen keine Schwierigkeiten, sehr große Schwierigkeiten dagegen bei der Datenbeschaffung.

6. *Aukrust* hat in einer bereits zitierten Abhandlung Ergebnisse ähnlicher Berechnungen für Norwegen und Finnland vorgelegt[34]. Für

[34] O. *Aukrust,* Investeringer og Økonomisk Vekst., a.a.O. Vgl. auch:

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Norwegen ergab sich für die Periode 1900—1955 eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate des technischen Fortschrittes von 1,8 %, für Finnland für die Periode 1925—1952 eine Zuwachsrate von 1,2 %. Für die USA erhalten wir für das in Tab. 8 analysierte halbe Jahrhundert eine jährliche Wachstumsrate von 1,3 %. Daraus wird ersichtlich, daß sich seit der Währungsreform in Deutschland — in Tab. 9 waren wir zu einer Zuwachsrate von 36 % innerhalb von nur sechs Jahren gekommen — in der Tat eine ganz ungewöhnliche Entwicklung abgespielt hat.

V. Preisstruktur und Wirtschaftswachstum

1. *Paulsen* hat in seinem Referat mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß stetiges Wirtschaftswachstum nicht anders als *makroökonomisch* interpretiert werden kann. Eine gleichförmige Entwicklung der Einzelreihen: der Ausbringung einzelner Industrien, der Preise bestimmter Güter oder der Einkommen bestimmter Bereiche oder Gruppen ist nicht denkbar. Ständige strukturelle Verschiebungen sind vielmehr gerade eine *conditio sine qua non* für ein störungsfreies wirtschaftliches Wachstum.

Die wichtigsten Ursachen für die Unerläßlichkeit dauernder struktureller Angleichungen sind bereits angedeutet worden: Änderungen in der Wachstumsrate und im Altersaufbau der Bevölkerung, Verschiebungen in der Endnachfrage im Zuge des steigenden Realeinkommens und des sich wandelnden Geschmacks, Änderungen in der Wachstumsrate des Einkommens mit ihren Auswirkungen auf das Größenverhältnis der Produktionsmittel- zur Konsumgüterindustrie, das Erscheinen neuer Güter auf den Märkten, die Änderungen in der Produktionstechnik, das Versiegen alter und die Erschließung neuer Rohstoff- und Energiequellen. Mit der ökonomischen Nutzbarmachung der Atomenergie und dem weiteren Vordringen der Kunststoffe (Plastik, synthetische Fasern) werden strukturelle Umgliederungen zu bewältigen sein, deren Ausmaß und deren Bedeutung für die mittelbar betroffenen Zweige (Verkehrswesen) sich heute noch gar nicht abschätzen lassen.

2. Es muß darauf verzichtet werden, die strukturellen Aspekte eines stetigen Wirtschaftswachstums *in extenso* zu behandeln. Dazu würde insbesondere auch eine Auseinandersetzung mit dem Problem der Sättigungsnachfrage gehören. Unerläßlich für die sich auf die monetären Fragen des Wirtschaftswachstums beziehenden Betrachtungen im folgenden Kapitel ist jedoch ein Blick auf die Zusammenhänge zwi-

---

O. *Niitamo*, The Development of Productivity in Finish Industry 1925—1952. Productivity Measurement Review, No. 15 (1958).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen der Produktivitätsentwicklung und den Veränderungen in den relativen Preisen.

Die Arbeitsproduktivität entwickelt sich, wie an anderer Stelle bereits gezeigt worden ist (vgl. z. B. Tab. 4 a), in den einzelnen Bereichen außerordentlich unterschiedlich. In kapitalintensiven Zweigen wächst sie rasch, in arbeitsintensiven langsam, im Bereich der persönlichen Dienste praktisch überhaupt nicht. Diese Entwicklung läßt sich weit zurückverfolgen, und es ist nicht anzunehmen, daß sich in Zukunft etwas daran ändern wird.

Die Geldlohnsätze auf der anderen Seite steigen, wie zahlreiche Untersuchungen ergeben haben, in den verschiedenen Bereichen auf lange Sicht mehr oder weniger gleichmäßig[35]. Natürlich kommt es immer zu gewissen Umschichtungen in der Einkommenshierarchie, aber sie fallen gegenüber dem über lange Zeiträume ständigen kräftigen Anstieg des generellen Nominallohnniveaus nicht ins Gewicht. Stärkere kurzfristige Verschiebungen (*time lags* in den Anpassungen) glätten sich erfahrungsgemäß bald wieder aus. Wichtig ist vor allem, daß sich ein sicherer Zusammenhang zwischen Produktivitätszunahme und Nominallohnentwicklung bei den *Einzel*bereichen statistisch nicht nachweisen läßt. Es ist nicht so, daß in Zweigen mit raschem Produktivitätsfortschritt stets auch die Geldlohnsätze stark anziehen, und umgekehrt. Sehr oft läßt sich sogar das Gegenteil beobachten, und es dürfte überflüssig sein zu erwähnen, daß eine individuelle Bindung der Löhne an die Produktivität sehr bald schon zu einer ganz absurden Gestalt der Lohnpyramide führen müßte.

3. Man kann somit davon ausgehen, daß der wichtigste Kostenfaktor, die Löhne, langfristig in allen Bereichen im großen und ganzen gleichmäßig ansteigen[36], während die einzelnen Produktivitätsreihen immer eine große Dispersion zeigen werden. Daraus folgt, daß sich ständig

---

[35] Eine Untersuchung der Nominallohnentwicklung in den einzelnen Industriegruppen in Deutschland für die Zeit von 1888—1954 findet sich in F. *Grumbach* und H. *König*, Beschäftigung und Löhne der deutschen Industriewirtschaft 1888—1954. Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 79 (1957), S. 125—155; vgl. insbes. Tab. 6, S. 138. Die Verf. haben gefunden, daß sich die Lohnspanne von 1888 bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges etwas vergrößert hat, danach aber keine solchen Tendenzen mehr feststellbar sind.

[36] *Irmler* hat sich bereits mit der Frage auseinandergesetzt, ob stetiges Wachstum auch bei konstanten Geldlohnsätzen und entsprechend der Produktivitätssteigerung sinkenden Preisen vorstellbar bzw. wünschenswert ist. Der Referent ist ebenso wie Irmler der Überzeugung, daß rasches und stetiges wirtschaftliches Wachstum bei sinkenden Preisen nicht denkbar ist. Es ist schwer vorstellbar, daß ein echter Antrieb zur Investitionstätigkeit gegeben ist, wenn das Realvermögen ständig an Wert gegenüber dem Geldvermögen verliert und wenn bekannt ist, daß dieser Zustand *ad infinitum* fortdauern wird. Natürlich lassen sich noch weitere gewichtige Argumente anführen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verschiebungen in den relativen Preisen vollziehen müssen. Die Preise der Güter aus Industrien mit unterdurchschnittlichem Produktivitätsfortschritt werden steigende Tendenz zeigen, diejenigen aus Industrien mit überdurchschnittlichem Produktivitätszuwachs fallende Tendenz. Änderungen der Proportionen zwischen Lohnkosten und Nichtlohnkosten in den einzelnen Branchen, die bei kurzfristigen Betrachtungen zu berücksichtigen sind, beeinflussen diesen Prozeß auf lange Sicht wenig.

Der gleiche Entwicklungsprozeß läßt sich nicht nur für die Preisrelationen zwischen bestimmten Erzeugnissen beobachten, sondern auch für die Relation zwischen dem Neupreis eines bestimmten Produktes und den Kosten für seine Reparatur. Die arbeitsintensiven Reparaturleistungen werden ständig teurer im Vergleich zu dem mechanisch hergestellten Fertigprodukt, und es lassen sich viele Beispiele finden, wo Reparaturen heute überhaupt nicht mehr lohnen, weil der Neupreis nur unwesentlich höher ist. Zum Teil haben sich aber, bedingt durch eben diese Entwicklung, schon neue, rationalisierte und standardisierte Formen des Reparaturwesens herangebildet.

4. In Tab. 10 sind Entwicklungsreihen für die Arbeitsproduktivität (Produkt je Beschäftigten bzw. je Arbeiter) für ausgewählte Industrien in den USA für die Zeit von 1904—1939 zusammengestellt worden. Die Rangordnung entspricht dem in diesem Zeitraum jeweils erzielten Produktivitätsfortschritt. Die Arbeitsproduktivität der Gesamtindustrie hat sich innerhalb von 35 Jahren gerade etwa verdoppelt[37]. Wenn wir unter den ausgewählten Industrien auch keine einzige antreffen, in der die Produktivität im Jahre 1939 nicht höher liegt als im Jahre 1904, so bleiben doch viele sehr erheblich unter dem Gesamtdurchschnitt. Noch ungleich größer ist die Streuung nach oben, wo wir bei der Zigaretten- oder Automobilindustrie Steigerungen auf mehr als das Achtfache feststellen.

Das Lohnniveau ist im gleichen Zeitraum, ganz grob gerechnet, nominell auf das Dreifache gestiegen, und der Preisanstieg für industrielle Erzeugnisse hat im Durchschnitt rund 50 % betragen[38]. Verfolgt man daneben die einzelnen Preisreihen, so stellt man fest, daß die Preise vieler Güter weit über diesen Durchschnitt hinaus zugenommen haben, andere darunter geblieben und eine Anzahl sogar absolut gefallen sind (Automobile, chemische Produkte).

---

[37] Wegen der Abnahme der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit ist der Produktivitätszuwachs je Arbeitsstunde noch höher.

[38] Der Nominallohnanstieg auf 300 und der Produktivitätszuwachs auf 200 ergeben einen Anstieg der spezifischen Lohnkosten (unit labour cost) auf $\frac{300}{200} \cdot 100 = 150$ im Jahre 1939 (1904 = 100).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 10: **Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität (Bruttoproduktionswert in konstanten Preisen je Beschäftigten) in ausgewählten Industriezweigen in den USA 1904—1939**

Industriezweig	1904	1909	1914	1919	1923	1925	1927	1929	1935	1939
Schuhindustrie (Leder)	100	92	91	89	87	86	101	104	112	117
Wolle u. Kammgarn	100	104	106	95	100	105	108	109	116	125
Walzwerke	100	127	122	115	144	150	152	173	122	147
Baumwollprodukte	100	105	112	104	114	121	129	135	122	157
Nahrungsmittel	100	99	99	89	123	134	140	143	134	157
Ledererzeugung	100	99	104	99	137	132	137	137	140	161
Textilprodukte[a]	100	102	117	102	117	129	135	143	144	161
Mühlenindustrie	100	105	101	92	117	126	131	147	134	165
Farben	100	101	95	91	114	116	123	136	130	166
Eisen- u. Stahlprod.	100	124	132	116	160	173	176	190	142	168
Teppiche	100	119	113	134	144	140	135	150	152	169
Rauchtabak	100	..	103	141	157	175	185	198	175	175
Zigarren[a]	100	104	104	119	120	..	129	144	152	185
Getränke insges.	100	99	105	49	..	..	..	135	118	188
Düngemittelindustrie	100	118	135	106	139	152	164	166	155	189
Ges. Industrie	100	104	115	106	138	154	162	174	168	196
Papiererzeugung (einschließl. Pulpe)	100	114	119	107	126	139	161	177	174	211
Seife	100	106	113	98	113	129	159	157	176	218
Druck- u. Verlagswes.	100	110	135	143	181	196	206	210	216	241
Strickwaren	100	111	129	136	162	174	185	204	217	243
Zucker (Rüben)	100	114	149	100	149	196	192	227	210	255
Zement	100	147	192	189	192	207	232	255	188	268
Konserven (Früchte u. Gemüse)	100	112	132	139	184	196	204	206	226	282
Kokereien	100	111	144	168	254	271	307	371	275	317
Nichteisenmetalle (Herstellung)	100	198	195	200	249	302	335	368	263	326
Roheisenerzeugung	100	133	158	141	222	251	261	344	284	334
Ölraffinerien	100	172	142	120	175	235	239	261	266	358
Chem. Grundstoffe (einschl. Kunstseide)	100	127	150	117	179	185	218	242	278	378
Glas	100	125	163	156	..	224	258	273	325	379
Tabakprodukte insg.	100	110	125	190	214	263	293	366	488	610
Zigarettenindustrie[a]	100	108	184	300	402	..	590	743	728	826
Automobilindustrie	100	112	309	378	738	805	805	1070	922	849

[a]) Bruttoproduktionswert in konstanten Preisen je *Lohnempfänger*.

In Abb. 3 wurden einzelne typische Produktivitätsreihen grafisch dargestellt. Die große Spannweite von mehr als 1 : 8 im Jahre 1939 wird dabei besonders deutlich. Würde man entsprechende Preisreihen aufzeichnen, so ergäbe sich ein ähnliches Bild, nur mit umgekehrten Vorzeichen[39]. Eine Einschränkung allerdings muß dabei gemacht wer-

[39] Natürlich gilt das nur für Produkte, bei denen drastische Änderungen in der Belastung durch indirekte Steuern nicht die Zusammenhänge völlig verwischen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

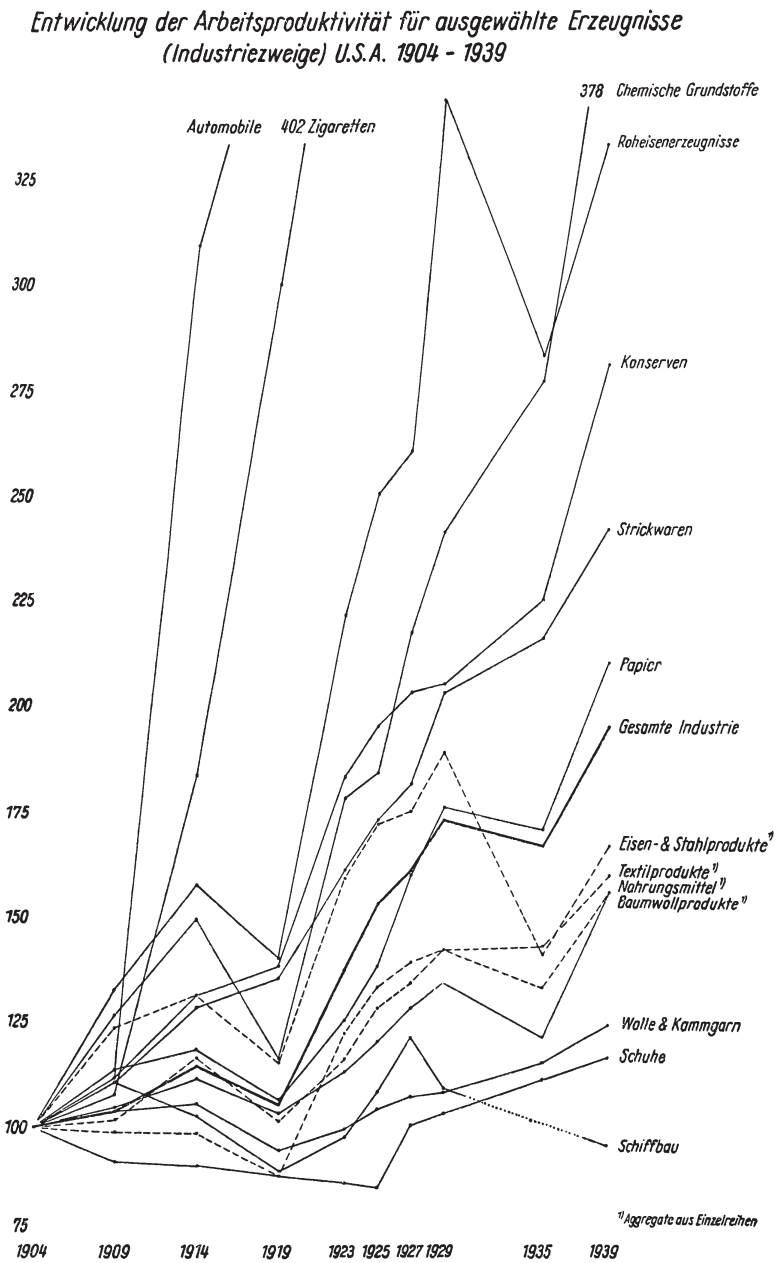

Abbildung 3

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den: Tabelle und Grafik beziehen sich auf Industrien, nicht auf Produkte. Die Preise der Produkte aber hängen nicht nur von der Produktivität der jeweils letzten Stufe ab, sondern auch von den Produktivitäten aller unmittelbar oder mittelbar vorgelagerten Stufen. Da die Endstufen weitgehend die gleichen Roh-, Hilfs- und Kraftstoffe, also Inputs mit gleichartigen Produktivitäts- und Preistrends, zum Einsatz bringen, kann *a priori* gesagt werden, daß sich die in unserer Tabelle und Grafik beobachtete große Dispersion bei einer sich auf Endprodukte beziehenden Rechnung etwas reduzieren würde. Exakt können die Zusammenhänge nur im Rahmen einer Input-Output-Analyse aufgezeigt werden. Schließlich sei darauf hingewiesen, daß von langfristigen Produktivitätsreihen keine allzu große Genauigkeit erwartet werden darf. Sie geben nur die Tendenz wieder. Die Reihen in Tab. 10 basieren auf preisbereinigten Bruttoproduktionswerten. Die über einen Zeitraum von 35 Jahren gewiß nicht unerheblichen, in ihrem genauen Ausmaß aber nicht bekannten Änderungen der technischen Koeffizienten sind also nicht berücksichtigt.

5. Wir haben von der Nominallohn- und Produktivitätsentwicklung auf die Entwicklung der Güterpreise geschlossen. Natürlich kann statistisch auch der umgekehrte Weg beschritten werden: ist die Bewegung der Geldlohnsätze und Güterpreise bekannt, so lassen sich daraus Schlüsse auf den Produktivitätsfortschritt in den an der Herstellung dieser Güter beteiligten Industrien ziehen. *Fourastié* hat den Lohn/Preisvergleich als ein Verfahren der Produktivitätsmessung vorgeschlagen, das für Untersuchungen über sehr lange Zeiträume — aber auch nur für solche — gute Dienste leistet[40]. Wenn wir mehrere Jahrhunderte zurückgreifen wollen, so bestehen kaum Möglichkeiten der direkten Produktivitätsmessung, weil sowohl Mengen- als auch Beschäftigungsreihen fehlen. Repräsentative Preis- und Lohnreihen dagegen finden sich viel eher[41].

Fourastié führt eine Reihe sehr instruktiver Ergebnisse vor, wobei die verschiedenen Güter bzw. Gütergruppen nach typischen Preisentwicklungstendenzen kategorisiert werden. Die Preise der Agrarerzeugnisse zeigen nach seiner Terminologie *primäres* Verhalten: sie steigen etwas weniger stark als das generelle Preisniveau, aber doch wesentlich schneller als die industriellen Preise im Durchschnitt. Den industriellen Preisen soll das *sekundäre* Verhalten eigen sein: insgesamt haben sie die Tendenz, weit hinter dem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus zurückzubleiben. *Tertiäres* Verhalten schließlich ist für die arbeitsintensiven Zweige wie Handwerk und Dienstleistungen typisch, Zweige

[40] J. *Fourastié*, Productivity Prices and Wages, European Productivity Agency, Project Nr. 235, Paris 1957.

[41] Eine Darstellung der Fourastié-Methode findet sich in Anhang V.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mit geringen Chancen der Produktivitätssteigerung und starkem absolutem und relativem Preisanstieg[42].

Diese Art der Kategorisierung birgt gewisse Gefahren. Sie verleitet dazu, die drei Verhaltenskategorien mit den drei Hauptwirtschaftsbereichen zu assoziieren, die wir seit *Colin Clark* zu unterscheiden gewohnt sind. Zumindest zwei dieser Bereiche sind jedoch in bezug auf Produktivitätstrends im höchsten Grade inhomogen. Ein Blick auf Abb. 3 zeigt, daß es eine „typische" industrielle Produktivitätsentwicklung nicht gibt, selbst wenn man nur die Industrie im engeren Sinne, d. h. ohne Urproduktion und ohne Baugewerbe, betrachtet. Im tertiären Bereich finden sich zwar mit Schwerpunkt die Zweige mit den wirklich sehr begrenzten Möglichkeiten der Produktivitätserhöhung (persönliche Dienste), aber auf der anderen Seite auch Zweige, die in den letzten Jahrzehnten außerordentlich große Einsparungen an menschlicher Arbeitskraft aufzuweisen hatten, wie etwa das Fernmeldewesen durch die Umstellung auf Selbstwählbetrieb. Der tertiäre Sektor umfaßt überdies alle jene Zweige, die einer direkten Produktivitätsmessung überhaupt nicht zugänglich sind.

Ganz abgesehen davon, daß die für die Hauptwirtschaftsbereiche errechneten Durchschnitte nicht viel besagen, weil es sich immer um atypische Mittelwerte handelt, ist bei generalisierenden Aussagen in bezug auf die durchschnittliche Produktivitätsentwicklung Vorsicht geboten. Von der Landwirtschaft wird oft gesagt, daß die Möglichkeiten der Produktivitätserhöhung bei ihr naturnotwendig geringer seien als im industriellen Sektor. Bei einem Blick auf die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen (Tab. 11) muß man jedoch mit Erstaunen feststellen, daß in der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik der Produktivitätsfortschritt in der Landwirtschaft merklich größer gewesen ist als in der Industrie (einschl. Handwerk) und entscheidend größer als im tertiären Bereich. In den USA hat sich eine ähnliche Entwicklung vollzogen[43]. Natürlich beobachten wir hier eine Übergangsphase, aber die Möglichkeiten einer weiteren raschen Zunahme der Arbeitsproduktivität sind in der Landwirtschaft noch lange nicht erschöpft. Wegen des Dominierens der arbeitsintensiven Zweige kann man beim tertiären Sektor am ehesten noch sicher sein, daß hier Produktivitätssteigerungen erheblich hinter dem volkswirtschaftlichen Durchschnitt zurückbleiben werden. Die absolute und relative Zunahme

---

[42] J. *Fourastié,* a.a.O., S. 52 f.

[43] Defense against Inflation, Policies for Price Stability in a Growing Economy. Committee for Economic Development, New York 1958. Die auf den offiziellen Daten basierende Abb. 8 (S. 31) zeigt, daß in der Zeit von 1947 bis 1957 das private reale Sozialprodukt je Arbeitsstunde unter Einbeziehung der Landwirtschaft viel stärker gestiegen ist als unter Ausklammerung der Landwirtschaft.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Beschäftigten in diesem Sektor, die seit langem zu beobachten ist, wird deshalb weiter fortbestehen. Sie ist eine natürliche Folge der Diskrepanzen in den Produktivitätstrends.

Tabelle 11: **Beschäftigungsstruktur und Bruttoinlandsprodukt je Eewerbstätigen in drei großen Wirtschaftsbereichen in der Bundesrepublik 1950—1956**

Jahr	Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen [a] 1950 = 100				Erwerbstätige in v.H. der gesamten Erwerbstätigen		
	Landwirtschaft [b]	Industrie u. Handwerk	übrige Bereiche	Insgesamt	Landwirtschaft [b]	Industrie u. Handwerk	übrige Bereiche
	1	2	3	4	5	6	7
1950	100	100	100	100	25.3	41.9	32.8
1951	125	107	103	108	23.8	43.3	32.9
1952	131	113	106	114	22.6	44.1	33.3
1953	140	119	107	119	21.1	45.0	33.9
1954	143	123	111	124	20.2	45.8	34.0
1955	144	135	116	134	18.9	47.0	34.1
1956 [c]	144	135	119	137	17.9	47.8	34.3

a) in Preisen von 1954 b) einschl. Forstwirtschaft und Fischerei.
c) vorläufige Ergebnisse.

6. Aus drei Gründen erschien es angebracht, auf die Zusammenhänge zwischen Produktivitätsentwicklung und Preisstruktur ausführlicher einzugehen. Zunächst und vor allen Dingen kam es uns darauf an zu zeigen, daß eine auf die Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus ausgerichtete Wirtschaftspolitik nicht darauf abzielen sollte, individuelle Preise zu fixieren. Die Einzelpreise müssen beweglich bleiben, und wir müssen uns daran gewöhnen, daß einzelne Güter auch weiterhin ständig teurer und die Dienste sogar sehr viel teurer werden. Partielle Preissteigerungen bieten keinen Anlaß zu Alarmrufen, sondern sind eine ganz natürliche Erscheinung. Es wird sich z. B. wenig daran ändern lassen, daß auch künftig die Baukosten steigen, weil die Beobachtungen zeigen, daß der Produktivitätsfortschritt in der Bauwirtschaft unter dem Durchschnitt liegt, und vielleicht müssen wir es aufgeben, hinsichtlich des Anteils der Wohnungsmiete an den Konsumausgaben an die Aufrechterhaltung bestimmter fester Proportionen zu glauben, falls sich nicht revolutionär neue Baumethoden einmal durchsetzen.

Wenn die Preise bestimmter Güter und Dienste steigende Tendenz aufweisen und das allgemeine Preisniveau dennoch stabil bleiben soll, so muß es auch Güter geben, deren Preise fallen. Das ist eine Binsenweisheit, aber es scheint notwendig zu sein, sie von Zeit zu Zeit auszusprechen. Wir werden noch darauf zurückkommen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

7. Zweitens ist auf den Zusammenhang zwischen Produktivitätsentwicklung und Beschäftigungsstruktur hinzuweisen. Der erwähnte starke Produktivitätsanstieg in der Landwirtschaft seit 1950 ist begleitet gewesen von einem — man kann natürlich auch sagen: ausgelöst worden durch einen — Rückgang der Erwerbstätigen in diesem Bereich um nahezu 1 Million, obgleich die Gesamtzahl der Erwerbstätigen von 1950 bis 1957 um 4½ Millionen zugenommen hat. Tab. 11 veranschaulicht die Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur. Die schon seit langem beobachtete relative Zunahme der Beschäftigten in den tertiären Bereichen ist oft damit erklärt worden, daß mit zunehmendem Reichtum die Nachfrage nach den Leistungen dieses Bereichs überproportional zunimmt. Das mag zutreffen, aber u. E. liegt, wie bereits angedeutet, der Hauptgrund in den sehr beschränkten Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung und nicht in der überproportionalen Ausweitung des „Output". Auch das bekannte „Gesetz der wachsenden Staatsausgaben", von dem gerade in den letzten Jahren wieder soviel die Rede gewesen ist, sollte einmal als Produktivitätsproblem gesehen werden. Zwar ist beim öffentlichen Sektor, ebenso wie bei vielen anderen Zweigen des tertiären Bereichs (Verteilung, Banken, Freie Berufe), keine Aussage darüber möglich, inwieweit höhere monetäre Ausgaben eine Folge größerer Aktivität und inwieweit sie nur Reflex höherer Kosten je Leistungseinheit sind. Es gibt keinen Mengenindex für öffentliche Dienste und damit auch keinen vernünftigen Ansatzpunkt für Produktivitätsmessungen, jedenfalls bis heute noch nicht. Auch der Umweg über Preise versagt, weil öffentliche Leistungen nicht gegen Entgelt abgegeben werden. Aber man geht gewiß nicht fehl in der Annahme, daß der öffentliche Sektor zu den Bereichen mit typisch tertiärem Verhalten gehört. Steigende Staatsausgaben und zunehmende Beschäftigtenzahlen in diesem Sektor sind — das läßt sich mit Sicherheit sagen, auch wenn der statistische Test versagt — nicht nur eine Folge der ständig neu zuwachsenden Aufgaben, sondern sie lassen sich zum Teil auch auf die sehr beschränkten Möglichkeiten des Ersetzens der menschlichen Arbeitskraft durch Maschinen und damit der Produktivitätssteigerung zurückführen. Staatsdienste werden teurer im Vergleich zu anderen Gütern und Diensten, auch wenn sich diese Verteuerung nicht quantifizieren läßt[44].

Schließlich kann auch das relative Vordringen der Angestellten gegenüber den Arbeitern zu einem guten Teil einfach auf Divergenzen in der Produktivitätsentwicklung zurückgeführt werden. Inwieweit die

[44] Natürlich wollen wir die Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung im öffentlichen Sektor nicht unterschätzen. Sie sind gegeben und werden heute auch genutzt. Als Beispiel sei nur die Einführung des Lochkartenverfahrens bei den Finanzämtern genannt. Auf die Dauer aber wird der Produktivitätsfortschritt immer unter dem industriellen Durchschnitt bleiben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

heute rasch fortschreitende Rationalisierung und Automatisierung der Büroarbeiten einen Umschwung herbeiführen wird, läßt sich noch nicht abschätzen.

8. Zuletzt bleibt ein mehr analytisches Problem zu erwähnen. Wir haben die Beschäftigungsstruktur in ihrer zeitlichen Veränderung betrachtet. Das ist unproblematisch, wenn wir die Addierbarkeit von Arbeitsstunden oder Arbeiterjahren über alle Branchen hinweg voraussetzen. Heute erfreuen sich Strukturanalysen auf Grundlage volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung großer Beliebtheit. Die Wertströme der Nationalbuchführung sind, soweit es sich nicht um Transferströme handelt, als Produkte von Mengen und Preisen aufzufassen. Mengen- und Preisstruktur ändern sich, wie gezeigt wurde, im Zeitablauf ständig. Eine sich nur auf monetäre Größen beziehende Strukturbetrachtung ist für sich in vieler Hinsicht interessant (Finanzierungsaspekte), aber sie besagt noch nichts über Veränderungen in der Mengen- und Preisstruktur, insbesondere weil, wie die Erfahrung lehrt, und wie auch zu erwarten ist, eine negative Korrelation besteht: die relativ teurer werdenden Güter und Dienste werden zurückgedrängt, die Güter mit fallender Preistendenz dringen vor. Hinter im Zeitablauf konstanten oder sich nur wenig ändernden, aus monetären Aggregaten errechneten Strukturquoten können sich somit wesentliche strukturelle Verschiebungen in Mengen und Preisen verbergen. Das gilt für alle Phasen des Wirtschaftskreislaufs: für die in den Wertschöpfungen der Bereiche gemessene Entstehung des Sozialproduktes, für seine Verteilung und schließlich für die Verwendung. Eine bis zu Mengen und Preisen vordringende Strukturbetrachtung stellt hohe Anforderungen an die Indexberechnung.

VI. Preisniveau und Wirtschaftswachstum

1. Die Betrachtungen in Kap. V haben zu dem Ergebnis geführt, daß reibungsloses Wachstum ohne ständige Verschiebungen in den relativen Preisen nicht denkbar ist. Eine Wirtschaftspolitik, die sich die Stabilisierung *individueller* Preise zum Ziele setzt, würde die notwendigen strukturellen Angleichungen in der Güterwelt erschweren oder überhaupt unmöglich machen und damit den Wachstumsprozeß stören, indem sie das Heranbilden von Disproportionalitäten begünstigt.

Uns verbleibt die Auseinandersetzung mit dem heute besonders aktuellen Problem, ob rasches und reibungsloses Wirtschaftswachstum notwendigerweise von einem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus begleitet sein wird oder sogar sein muß, bzw. ob nicht umgekehrt eine ständige Minderung der Kaufkraft des Geldes ernste Gefahren für den Wachstumsprozeß, den Arbeitsfrieden und für die soziale Sicherheit heraufbeschwören kann.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. Zwei Argumente werden für die Unvermeidbarkeit eines ständigen leichten Preisanstieges gewöhnlich vorgebracht. Das erste besteht in der Behauptung, daß ein gewisses Anziehen des Preisniveaus unerläßlich sei, um die Investitionsfreudigkeit der Unternehmer anzuregen und damit dem Wachstumsprozeß die erforderlichen Impulse zu erteilen. Nach dieser Version ist die säkulare Inflation der Preis, den wir für die schnelle Steigerung des Wohlstands zahlen müssen, und alle unerfreulichen Begleiterscheinungen, die Beeinträchtigung des Sparwillens und die negativen Auswirkungen auf die Einkommens- und Vermögensverteilung, werden bewußt in Kauf genommen.

In ihrer Mehrzahl bekennen sich die Verfechter der These von der Unvermeidbarkeit der schleichenden Inflation aber wohl zu dem zweiten Argument, nach dem ständig steigende Preise zwar keine notwendige *Voraussetzung,* hingegen eine heutzutage unabwendbare *Begleiterscheinung* des Wachstumsprozesses sind, bedingt durch bestimmte Entwicklungen, die ohne eine Aufgabe der Grundprinzipien der Marktwirtschaft nicht mehr rückgängig zu machen sind. Beide Versionen unterscheiden sich nicht nur in Nuancen, sondern sind in der Tat grundverschieden.

3. Die erste Version, nach der ein ständiger leichter Preisanstieg ein gar nicht unerwünschtes Stimulans des Entwicklungsprozesses ist, läßt sich am besten durch einen Blick auf die Fakten widerlegen. Viele Beispiele bestätigen, daß es lange Perioden gegeben hat, in denen bei raschem Anstieg sowohl des gesamten Realeinkommens als auch des realen je Kopf-Einkommens das Preisniveau durchweg gefallen ist. Dann wieder folgen Zeiträume, in denen das mehr oder weniger schnelle Wachstum von einem dauernd ansteigenden Preisniveau begleitet war.

Das letzte Viertel des vorigen Jahrhunderts ist wohl das beste Exempel für eine lange Periode mit einem im Trend stetig und schnell zunehmenden Realeinkommen und einem ständigen, sehr erheblichen Abfall des allgemeinen Preisniveaus. Im Vereinigten Königreich hat das je Kopf-Einkommen in diesem Zeitraum real um rund 45 % zugenommen, in den USA um rund 65 % und in Deutschland um rund 75 %. Begleitet gewesen ist diese Entwicklung von einer Abnahme der Preise um rund 10 % (Deutschland), 20 % (Vereinigtes Königreich) bzw. sogar 30 % (USA). Danach vollzieht sich ein Wandel. Im Vereinigten Königreich geht die Wachstumsrate des je Kopf-Einkommens, die zuvor 1 bis 2 % im Jahresdurchschnitt betragen hatte, fühlbar zurück und bewegt sich um ½ % im Jahresdurchschnitt. Die Preise dagegen steigen ständig, und zwar in den Jahren von 1896 bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges um mehr als 20 %. Für Deutschland und die USA sind, wie Abb. 4 zeigt, ähnliche Tendenzen zu beobachten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

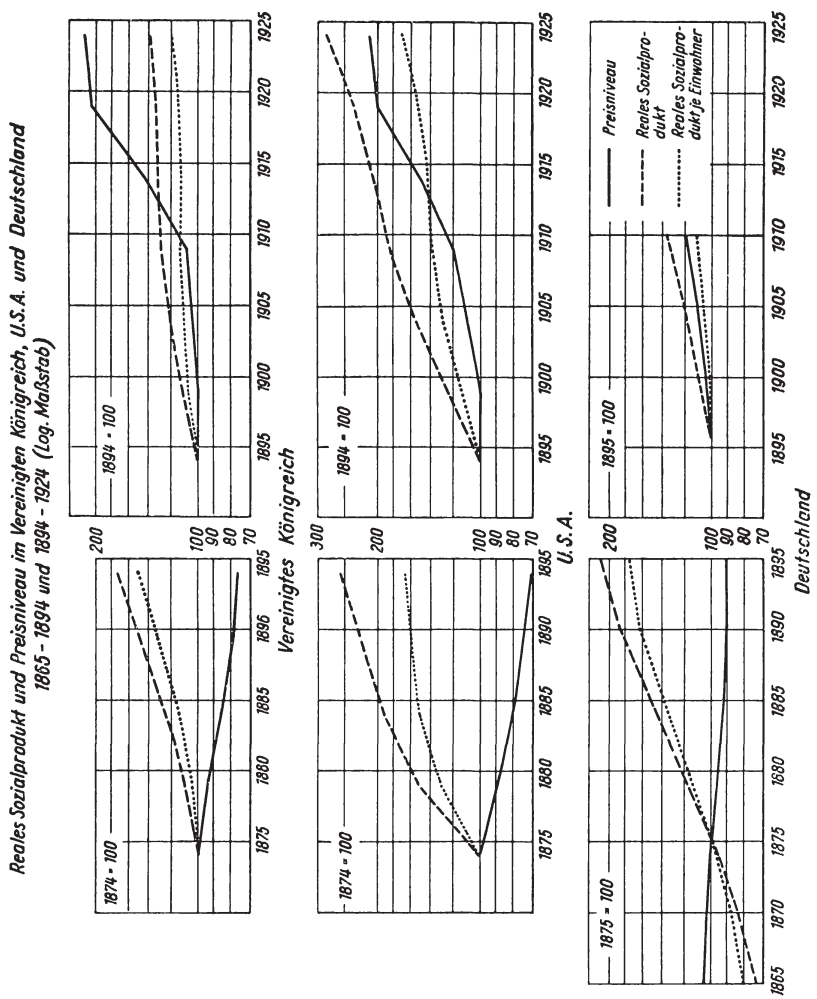

Abbildung 4

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nach dem Ersten Weltkrieg treffen wir erneut auf eine Periode wachsenden Einkommens bei fallenden Preisen.

Welche Schlüsse lassen sich aus diesen Beobachtungen ziehen? Zunächst einmal lernen wir, daß es bezüglich des Verhältnisses zwischen langfristiger Realeinkommenssteigerung und Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus in den einzelnen Ländern die verschiedensten und auch mehrfach wechselnde Konstellationen gegeben hat. Es besteht noch kein Grund, heute, 13 Jahre nach Kriegsende, bereits vom Anbruch eines neuen Zeitalters, dem Zeitalter der permanenten Inflation, zu sprechen. Es hat in der Geschichte schon längere Perioden steigender Preise gegeben. Wir erfahren aus den Fakten weiterhin, daß die oft vermutete positive Korrelation zwischen Zuwachsrate des Realeinkommens und Anstieg des Preisniveaus nicht nachweisbar ist. Im Vereinigten Königreich z. B. waren im Gegenteil gerade hohe reale Zuwachsraten mit fallenden Preisen und niedrige Zuwachsraten mit steigenden Preisen lange Zeit korreliert.

4. Nun muß man sich den berechtigten Einwand gefallen lassen, daß damit noch nicht bewiesen ist, daß das, was früher einmal möglich war, auch heute erreichbar sein muß. Es spricht aber u. E. noch ein weiterer gewichtiger Einwand gegen die erste Version. Der Unternehmer interessiert sich bei der Investitionsplanung nicht für irgendeinen, vom Statistiker errechneten und für lange Perioden immer problematischen Index des generellen Preisniveaus, sondern für die Absatzchancen seines eigenen Erzeugnisses. Die individuellen Preise haben oft sehr wenig mit dem als Durchschnitt ermittelten Preisniveau zu tun. Sie können bei sinkendem Niveau steigen und umgekehrt (vgl. Kap. V). Wir sind der Meinung, daß die sich immer vollziehenden großen Umgruppierungen in den *relativen* Preisen ausreichen, um Impulse dort zu erteilen, wo sie notwendig sind, und zu bremsen, wo Einschränkungen angezeigt erscheinen.

Natürlich wird niemand leugnen, daß von einem Preisanstieg von 15 oder 20 % im Jahr enorme Wirkungen auf die Investitionstätigkeit ausgehen. Änderungen in der Preisstruktur werden dann von dem generellen steilen Aufwärtstrend völlig überschattet, und praktisch jede Investition lohnt. Aber diesen Zustand der wirklichen Inflation, bei der die Preise ihre Selektionsfunktion verloren haben, und bei der durch das Heranwachsen von Disproportionalitäten der Zusammenbruch folgen muß, meinen wir hier nicht. Ihn befürwortet natürlich niemand. Es geht um den leichten Preisanstieg von 1, 2 oder 3 % im Jahr, der vielleicht gerade noch hingenommen werden kann. Bei ihm aber steht u. E. die Stimulans-These auf schwachen Füßen.

5. Wir haben uns nun mit der zweiten These auseinanderzusetzen, die besagt, daß eine ständige leichte Inflation unter den heutigen Ge-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gebenheiten eine unabwendbare Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Wachstums ist. Besteht sie zu Recht? *Binder* schreibt in einer im Jahre 1956 erschienenen Studie: „Das Gerede von der wirtschaftsimmanenten säkularen Inflation hält einer genaueren Nachprüfung nicht stand. Es zeigt sich, daß die Preise immer nur in politisch turbulenten Zeiten gestiegen sind, wenn die Staaten zu inflatorischen Maßnahmen ihre Zuflucht nahmen[45]." Eine bis zum Jahre 1760 zurückreichende Kurve der amerikanischen Großhandelspreise *(Binder,* a.a.O., S. 32) zeigt in der Tat, daß das Preisniveau in den USA stets in den Kriegen steil angestiegen und danach rasch wieder auf die Ausgangslage zurückgefallen ist. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges ist ein ausgeprägter Trend über die Jahrhunderte praktisch nicht feststellbar, wenn es natürlich auch die bekannten langen Wellen gegeben hat.

Aber man muß auch hier entgegnen, daß aus den historischen Beobachtungen allein noch nicht der Schluß gezogen werden kann, daß stetiges Wirtschaftswachstum bei stabilen Preisen auch heute möglich sein müsse. Entscheidende Wandlungen haben sich vollzogen. Die Macht der Gewerkschaften ist gewachsen, die großen Wirtschaftsgruppen kämpfen heute mit Erfolg um ihre Anteile am Sozialprodukt, die Regierungsausgaben haben Dimensionen erreicht, wie sie einstmals niemand für möglich gehalten hätte, die staatliche Redistributionstätigkeit beginnt seit dem Ende des letzten Krieges einen wirklich entscheidenden Einfluß auf den Wirtschaftsablauf auszuüben, das Geldsystem ist elastischer und die Preise sind durch fortschreitende Monopolisierung und durch das Vordringen von Preisbindungen rigider geworden, und schließlich haben sich bedeutsame Wandlungen in der allgemeinen psychologischen Einstellung vollzogen: die Menschen sind indexbewußt geworden. Schon beginnt sich das Indexdenken in vielen Ländern in Form von Gleitklauseln aller Art zu manifestieren.

Die Ursachen galoppierender Inflationen, die oft mit einem Zusammenbruch des gesamten Geldsystems enden, sind im allgemeinen leicht zu lokalisieren. Hier kann man wohl mit Recht sagen, daß stets der in Unordnung geratene Staatshaushalt der schuldige Teil gewesen ist. Aber mit dem Phänomen der offenen Inflation haben wir es hier gar nicht zu tun. Uns geht es um das, was heute oft als die „schleichende Inflation" bezeichnet wird. Ihren Ursachen auf den Grund zu gehen, ist viel schwieriger. Wir stoßen gegenwärtig auf Situationen, in denen die Produktion schnell und stetig wächst, der Staatshaushalt ausgeglichen ist oder sogar mit einem Überschuß in laufender Rechnung abschließt, in denen sich das Zahlungsmittelvolumen normal ent-

---

[45] P. *Binder,* Kaufkraft, Produktivität, Freie Kapitalbildung. Die Brennpunkte der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Stuttgart 1956, S. 36.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wickelt, keine inflationistischen Tendenzen vom Ausland herangetragen werden, und in denen dennoch die Preise scheinbar unaufhaltsam ansteigen. Worin liegen die Ursachen dieses Typs von Inflation? Wir würden ganz und gar fehlgehen, sie auch einfach nur in dem überproportional wachsenden Volumen des Staatshaushaltes zu suchen.

6. Während wir seit *Keynes* gewohnt sind, die inflatorische Lücke mit einer Diskrepanz zwischen geplanter Investition und freiwilliger Ersparnis zu erklären, drängt sich bei der Preisdebatte seit einigen Jahren ein anderes Problem immer mehr in den Vordergrund: die Anpassung der Löhne an die Produktivität. Angleichung der Lohnentwicklung an den Produktivitätsfortschritt gilt heute vielfach als Garantie für die Aufrechterhaltung der monetären Stabilität, und Preissteigerungen werden damit erklärt, daß die Löhne schneller gestiegen seien als die Produktivität der Arbeit. Verfolgt man die heutigen Auseinandersetzungen, so wird man nicht selten feststellen, daß bei der hitzigen Debatte um Löhne und Produktivität das alte Problem des Gleichgewichts zwischen Sparen und Investieren beinahe in Vergessenheit geraten ist. Unser Hauptanliegen soll es sein, zu zeigen, daß es sich hier um zwei Aspekte handelt, die nicht isoliert betrachtet werden dürfen, sondern die untrennbar miteinander verbunden sind.

7. Die Schwierigkeiten beginnen bereits, wenn der Versuch unternommen wird, die Ursachen von Preissteigerungen zurückliegender Perioden mit Hilfe der Statistik zu lokalisieren. Es gibt kein theoretisch „richtiges", eindeutiges Verfahren der Zuordnung. Man muß vielmehr mit gewissen Prämissen an die Analyse herangehen, und die verschiedenen Ansätze, die alle in gewisser Weise plausibel erscheinen mögen, führen zu unterschiedlichen Resultaten. Natürlich besteht die Gefahr, daß das Bestreben, die Ursachen ständiger Preissteigerungen herauszukristallisieren, zu einem Spiel wird, bei dem sich Interessengruppen wechselseitig den Schwarzen Peter zuzuschieben versuchen.

Als Demonstrationsbeispiel wählen wir die Entwicklung in der Bundesrepublik in den Jahren 1950 bis 1956, weil für diesen Zeitraum Zahlenmaterial zur Verfügung steht, das erlaubt, relativ weit vorzudringen. Bei weiter zurückliegenden Zeitabschnitten muß man sich mit weniger detaillierten Analysen zufriedengeben.

Tab. 12 zeigt zunächst, wie sich die einzelnen Einkommenskategorien (Löhne und Gehälter, Entnahmen der Selbständigen, Transfereinkommen und unverteilte Gewinne) über den ganzen Zeitraum hinweg *nominell* im Vergleich zum Wachstum des gesamten *realen* Sozialproduktes entwickelt haben. Aus der Gegenüberstellung ergibt sich die inflatorische Lücke (hier einfach definiert als Differenz zwischen Nominal- und Realeinkommen), die für die gesamte Volkswirtschaft während der untersuchten sechsjährigen Entwicklung 29,0 Mrd. DM be-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 12: **Nominaleinkommen, Realeinkommen und inflatorische Lücke in der Bundesrepublik Deutschland 1950 und 1956**

	Einkommen in laufenden Preisen (Mrd. DM)		1956 in Preisen von 1950 [b] (Mrd. DM)	inflatorische Lücke (Mrd. DM)	Anstieg des Preisniveaus
	1950	1956			
	1	2	3	4	5
Bruttoeinkommen der unselbst. Beschäftigten	39.1	81.4	63.4	+18.0	+13.3 v.H.
+ Nettotransfers [a]	7.3	9.4	11.8	– 2.4	– 1.8 v.H.
Masseneinkommen	46.4	90.8	75.2	+15.6	+11.5 v.H.
+ Entnahmen der Selbständigen	14.2	20.4	23.0	– 2.6	– 1.9 v.H.
Persönliches Einkommen	60.6	111.2	98.2	+13.0	+ 9.6 v.H.
Verfügbares Einkommen der öffentl. Haushalte	15.6	40.5	25.3	+15.2	+11.2 v.H.
Unverteilte Gewinne	7.6	13.1	12.3	+ 0.8	+ 0.6 v.H.
Nettovolkseinkommen zu Marktpreisen	83.8	164.8	135.8	+29.0	+21.4 v.H.

[a]) Einkommen aus Sozialversicherung, Pensionen und Unterstützungseinkommen aller Art *abzüglich* der von den betr. Haushalten gezahlten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

[b]) Alle einzelnen Einkommenskategorien wurden mit der generellen Fortschrittsrate des realen Sozialproduktes (62,0 vH) multipliziert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

trägt. Der dadurch ausgelöste Preisanstieg hat sich auf 21,4 % belaufen, d. h. auf 3,3 % im Jahresdurchschnitt. Aus Sp. (4) geht hervor, wie sich die inflatorische Lücke auf die verschiedenen Einkommenskategorien verteilt. 18,0 Mrd. DM entfallen auf Löhne und Gehälter, die somit in diesem Zeitraum schneller zugenommen haben als die Produktivität[46]. Wir möchten hier jedoch nicht dahingehend mißverstanden werden, daß wir die Stabilisierung der Lohnquote, d. h. die Bindung der Löhne an die Produktivität, befürworten und etwa vom Gesichtspunkt der gerechten Einkommensverteilung als wünschenswert ansehen. Nichts liegt uns ferner als das. Die Stabilisierung der Lohnquote kann schon deshalb eine Verteilungsneutralität der Produktivitäts/Lohn-Anpassung nicht garantieren, weil die Beschäftigungsstruktur ständigen Wandlungen unterworfen ist. Wir stellen hier lediglich fest, daß vom Unternehmer aus gesehen die spezifischen Lohnkosten (Lohnkosten je Produkteinheit) um 28,5 % gestiegen sind, und wollen nochmals davor warnen, die hier vorgeführten Berechnungen zu benutzen, um danach gute oder schlechte Noten hinsichtlich des Bemühens um Aufrechterhaltung der monetären Stabilität zu verteilen.

Außerdem ist die einfache Formel, nach der die Löhne mit der Produktivität steigen sollen, alles andere als eindeutig. Es gibt verschiedene Möglichkeiten der Produktivitätsmessung, die im Normalfall auch zu unterschiedlichen Produktivitätsindizes führen. Der Gesamtertrag kann z. B. nur auf die Zahl der Arbeiter, der Arbeiter plus Angestellten oder schließlich auf alle Erwerbstätigen einschließlich der Selbständigen bezogen werden. Wird der Reallohn an einen Produktivitätsindex angepaßt, der auf Basis der Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter (bzw. geleisteten Arbeitsstunden) berechnet ist, so erfolgt dadurch eine Stabilisierung der Lohnquote, d. h. des Anteils des Bruttolohnes am Volkseinkommen. Berechnet man dagegen die Produktivität von der Zahl der gesamten Erwerbstätigen ausgehend und koppelt den Reallohn an einen Index dieses Typs, so bleibt im Allgemeinfall die Lohnquote im Zeitablauf nicht konstant. In diesem Fall entwickelt sich der Reallohn parallel mit dem volkswirtschaftlichen

---

[46] Das Durchschnittseinkommen je unselbst. Beschäftigten ist von 1950 auf 1956 um 59,5 vH gestiegen, die auf die Beschäftigten bezogene Arbeitsproduktivität um 24,1 vH (gegenüber einer auf die Erwerbstätigen bezogenen Produktivitätssteigerung von 37 vH!). Daraus ergibt sich eine Zunahme der spezifischen Lohnkosten (unit labour cost) von 28,5 vH ($\frac{159,5}{124,1} \cdot 100 = 128,5$). Der Anteil der Bruttoeinkommen der Beschäftigten am Nettovolkseinkommen betrug im Ausgangszeitpunkt rund 47 vH. Somit können reichlich 13 vH Preissteigerung (gesamte Preissteigerung 1950—1956 = 21,4 vH) statistisch der Entwicklung der Löhne und Gehälter zugeordnet werden ($28,5 \cdot 0,47 = 13,4$). Es muß jedoch nochmals betont werden, daß sich die Berechnungen nur auf das Bruttoeinkommen beziehen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Durchschnittseinkommen. Eine weitere Form der Bindung würde darin bestehen, die Koppelung so vorzunehmen, daß Reallohn und Durchschnittseinkommen der Nichtlohnempfänger im gleichen Tempo wachsen[47].

Tab. 12, die sich auf die Analyse der Einkommensentwicklung beschränkt, vermittelt ein noch sehr unvollkommenes Bild. Inflatorische Lücken können niemals allein dadurch entstehen, daß Einkommen ausbezahlt, sondern nur, wenn verdiente Einkommen ausgegeben werden, d. h. wenn monetäre Nachfrage entfaltet wird. Wir müssen also zunächst den Weg vom Bruttoeinkommen zum verfügbaren Einkommen verfolgen, d. h. den in entwickelten Ländern in seiner Größenordnung heute so bedeutenden Redistributionsprozeß berücksichtigen und schließlich untersuchen, wie sich die Spargewohnheiten der großen sozialen Gruppen im Zeitablauf verändern.

Die weiteren Berechnungen sind in Tab. 13 eingetragen, wobei nunmehr die Entwicklung von Jahr zu Jahr verfolgt wird. Das ist wichtig, weil sich einzelne inflatorische und deflatorische Momente über längere Zeiträume hinweg oft kompensieren und dadurch nicht in Erscheinung treten.

Zunächst sind wieder die durch die Einkommensentwicklung ausgelösten inflatorischen und deflatorischen Kräfte verzeichnet. Die durch den Anstieg des gesamten persönlichen Einkommens hervorgerufene inflatorische Lücke beträgt während der untersuchten sechs Jahre 13 Mrd. DM. Zugleich aber hat die Sparquote des privaten Bereiches zugenommen, wodurch ein Teil der inflatorischen Wirkung der Einkommenszunahme neutralisiert worden ist. Als Nettoeffekt verbleiben 8,2 Mrd. DM. Das „verfügbare Einkommen" der öffentlichen Haushalte hat außerordentlich stark zugenommen. Die Zunahme *per se* würde eine inflatorische Lücke von 15,2 Mrd. DM herbeigeführt haben. Der größte Teil wurde jedoch durch die bekannte gleichzeitige Ansammlung von Haushaltsüberschüssen neutralisiert, mit einem verbleibenden Nettoeffekt von 1,2 Mrd. DM.

Die größte Wirkung ist von der starken Zunahme der Investitionsquote (Nettoinvestition einschließlich Exportüberschuß!) ausgegangen. Ihr sind 18,3 Mrd. DM zuzuschreiben. Schließlich bleibt ein Strukturfaktor zu berücksichtigen, der die Auswirkung der Veränderungen in der Einkommensverteilung auf die volkswirtschaftliche Sparquote zum Ausdruck bringt (1,3 Mrd. DM).

---

[47] In einer demnächst erscheinenden Veröffentlichung des Theoretischen Ausschusses wird der Referent ausführlicher über verschiedene Formen und über Probleme der Produktivitäts/Lohn-Kopplung berichten. Zur Problematik der Lohnquote vgl. insbes.: *K. Rothschild,* Der Lohnanteil am Gesamteinkommen. Einige Bemerkungen zu einem umstrittenen Problem. Weltwirtschaftsliches Archiv, Bd. 78 (1957), S. 157—202.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tab. 13 zeigt die Unzulänglichkeiten einer sich auf die Einkommenswirkungen beschränkenden Betrachtung. Einkommenswirkungen und Investitions/Spar-Effekte haben sich teils kumuliert, teils kompensiert (Zusammenfassungen in Zeilen 14 und 15). Der starke Preisanstieg von 1950 auf 1951 z. B. ist gerade zur Hälfte überproportionalen Einkommenssteigerungen und der Zunahme der Diskrepanz zwischen durchgeführten Investitionen und freiwilliger Ersparnis zuzuschreiben.

Die Schwächen der Berechnungen hinsichtlich des Investitions/Spar-Effektes sind offensichtlich. Es läßt sich nicht die in der Nachkriegszeit immer bestehende Diskrepanz zwischen durchgeführten Investitionen (+ Exportüberschüssen) und der freiwilligen Ersparnis an sich, sondern nur die *Zu- oder Abnahme* dieser Diskrepanz sichtbar machen. Wir wissen, daß sie schon 1950 groß war, was in dem vom Anfang an hohen Anteil der unverteilten Gewinne an der Vermögensbildung zum Ausdruck kommt. Sie hat dann mehrfach zu- und abgenommen und 1956 annähernd wieder das Ausgangsniveau erreicht.

8. Um eine Antwort auf unsere zentrale Frage zu finden, ob stetiges und rasches Wirtschaftswachstum unter Wahrung der monetären Stabilität möglich ist, haben wir zunächst die Statistik befragt und dabei gefunden, daß es in vielen Ländern tatsächlich lange Zeiträume gegeben hat, in denen das Preisniveau nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar gefallen ist. Ein Blick auf langfristige Zeitreihen verschiedenster Länder macht aber zugleich eine andere Tatsache deutlich, nämlich daß es offenbar schwierig ist, das Preisniveau über längere Zeit hinweg wirklich *stabil* zu halten: Perioden mit allgemeinem Preisanstieg lösen Perioden mit fallenden Preisen ab und umgekehrt, und es gibt nur relativ kurze Abschnitte mit wirklich konstantem Preisniveau.

An dieser Stelle wollen wir uns mit dem Hinweis begnügen, daß die Forderung nach monetärer Stabilität nicht allzu engherzig ausgelegt werden sollte. Ständig steigen und fallen individuelle Preise. Preisscheren öffnen und schließen sich, und es bedarf wirklich besonderer Konstellationen, wenn bei diesem Prozeß am Ende ein *in summa* stabiles Preisniveau herauskommen soll.

Zudem verbieten es die theoretischen und praktischen Schwierigkeiten der Indexberechnung, die Bandbreite allzu eng anzusetzen. Es würde den Fachmann nicht überraschen, wenn bei der Anwendung einer bestimmten Indexformel ein Anstieg des Preisniveaus um 1 vH, bei einer anderen ein allgemeiner Preisrückgang und bei einer dritten schließlich ein konstantes Preisniveau herauskäme. Von den bekannten Schwierigkeiten der Indexberechnung sei nur genannt: das Problem der neu auf den Märkten erscheinenden und von den Märkten verschwindenden Güter, das bei Überbrückung sehr langer Zeitabschnitte nahezu unlösbar ist, die Berücksichtigung von Qualitätsänderungen und das Abweichen der tatsächlich gezahlten von den der Indexberechnung meist zugrunde gelegten Listen-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 13: **Versuch einer Lokalisierung der inflatorischen Lücke in der Bundesrepublik Deutschland 1950—1956**

	1951/1950	1952/1951	1953/1952	1954/1953	1955/1954	1956/1955	1956/1950
	Inflatorische (+) bzw. deflatorische (−) Lücke in Mrd. DM						
1. Bruttoeinkommen der unselbst. Beschäftigten	+3.0	+3.1	+1.8	+0.1	+1.8	+5.2	+18.0
2. Nettotransfers [a]	−1.8	+0.5	+0.9	+0.1	−1.6	—	− 2.4
3. Masseneinkommen (1+2)	*+1.2*	*+3.6*	*+2.7*	*+0.2*	*+0.2*	*+5.2*	*+15.6*
4. Entnahmen der Selbständigen	−0.9	+0.2	−1.0	+0.3	−0.6	—	− 2.6
5. Persönliches Einkommen (3+4)	*+0.3*	*+3.8*	*+1.6*	*+0.5*	*−0.4*	*+5.2*	*+13.0*
6. Änderungen des Sparverhaltens	—	−2.7	−1.6	−1.6	+1.6	+2.0	− 4.8
7. Privater Sektor, netto (5+6)	*+0.3*	*+1.1*	—	*−1.1*	*+1.2*	*+7.2*	*+ 8.2*
8. Verfügbares Einkommen der öffentl. Haushalte	+4.5	+4.4	—	−0.6	+1.5	+2.0	+15.2
9. Variationen der „Sparquote" der öfftl. Haushalte	−3.0	−2.3	−1.3	+0.4	−1.8	−1.4	−14.0
10. Öffentl. Haushalte, netto (8+9)	*+1.5*	*+2.1*	*−1.3*	*−0.2*	*−0.3*	*+0.6*	*+11.2*
11. Nettoinvestition und Exportüberschuß	+8.0	+2.0	+0.2	+1.1	+2.5	−2.8	+18.3
12. Strukturfaktor [b]	−0.1	+0.4	+0.3	+0.2	−0.4	+0.6	+ 1.3
13. Inflatorische Lücke insges. (7+10+11+12)	+9.7	+5.6	−0.8	—	+3.0	+5.6	+29.0
14. Einkommenswirkung insges. (5+8)	+4.8	+8.2	+1.6	−0.1	+1.1	+7.2	+28.2
15. I/S-Effekte (6+9+11+12)	+4.9	−2.6	−2.4	+0.1	+1.9	−1.6	+ 0.8
	Anstieg des Preisniveaus gegenüber Vorperiode in v.H.						
16. Einkommenswirkungen insges.	+5.0	+7.4	+1.3	−0.1	+0.7	+4.5	+20.8
17. I/S-Effekte	+5.1	−2.3	−1.9	+0.1	+1.3	−1.0	+ 0.6
18. Gesamter Preisanstieg	+10.1	+5.1	−0.6	—	+2.0	+3.5	+21.4

[a]) Einkommen aus Sozialversicherung, Pensionen und Unterstützungseinkommen aller Art *abzüglich* der von den betr. Haushalten gezahlten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

[b] Einfluß der Änderungen der Einkommensverteilung auf die volksw. Sparquote.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

preise. Wäre es möglich, die beiden zuletzt genannten Punkte gebührend zu berücksichtigen, so würden vermutlich manche Preisindizes der Nachkriegszeit anders aussehen.

Zu beachten ist weiterhin, daß sich die Stabilität des allgemeinen Preisniveaus nicht durch einen Index der Lebenshaltungskosten, Einzelhandels- oder Großhandelspreise messen läßt. Wir benötigen vielmehr einen Preisindex für das gesamte Sozialprodukt. In den partiellen Preisindizes kommen über die in den betreffenden Warenkörben enthaltenen importierten Güter Preisvariationen zum Ausdruck, die mit inländischen Kostenvariationen nichts zu tun haben. Beim Preisindex für das Sozialprodukt müssen die vom Ausland herrührenden Preisvariationen eliminiert sein. Ferner ist zu bedenken, daß rund ein Fünftel des Sozialproduktes aus Leistungen des Staates (einschließlich Landesverteidigung) besteht. Das Problem der Aufspaltung der Staatsleistungen in eine Preis- und Mengenkomponente ist selbst theoretisch noch nicht gelöst, ja die Experten sind sich noch nicht einmal darüber einig, ob die Staatsleistungen überhaupt in vollem Umfange dem Endverbrauch, d. h. dem Sozialprodukt zugerechnet werden sollen.

9. Die im Zusammenhang mit dem Versuch der Lokalisierung der inflatorischen Lücke gemachten Beobachtungen haben gezeigt, daß es vergeblich ist, nach einer einzigen, letzten Ursache der schleichenden Inflation zu suchen. Es sind eine Reihe von Momenten zu berücksichtigen, die teils inflatorische, teils deflatorische Tendenzen auslösen, die sich kumulieren oder kompensieren können.

Neben den großen und gewichtigen Faktoren, auf die wir zum Schluß noch einmal zurückkommen, darf aber etwas nicht übersehen werden, was heute sicher eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt, nämlich gewisse Mechanismen oder Automatismen der Anpassung, die dazu gedacht sind, preisneutral zu wirken, die es aber — ohne eine Schuld der Beteiligten und ohne daß sich die Beteiligten dessen überhaupt bewußt sind — nicht tun. Wir denken hier an folgende Anpassungsprozesse:

(i) Lohnanpassungen an die Produktivität vollziehen sich in der Praxis niemals so, daß alle Löhne und Gehälter gleichzeitig um einen bestimmten Prozentsatz entsprechend der gestiegenen Produktivität — gemessen durch einen Index für die gesamte Volkswirtschaft — erhöht werden. Bestimmte Bereiche gehen voraus, andere folgen nach. Oft bahnen jene Bereiche den Weg, die einen überdurchschnittlich hohen Produktivitätsfortschritt zu verzeichnen haben. In diesen Bereichen wird es nicht zu Preissteigerungen kommen. Bald aber folgen andere Bereiche, die sich das Ziel setzen, die alte Einkommenshierarchie wieder herzustellen. Überall dort, wo der Produktivitätsfortschritt niedriger gewesen ist als in dem die Lohnbewegung auslösenden Bereich, werden Preissteigerungen unumgänglich sein.

Praktische Bedeutung erlangt unser Argument insbesondere dadurch, daß in vielen Ländern der Produktivitätsindex für die Industrie, der sich aus dem Index der industriellen Produktion und der Beschäftigungsstatistik viel leichter und genauer berechnen läßt als für andere Sektoren, als Leitbild der Lohnpolitik dient[48]. Liegt der Produktivitätsfortschritt in der

[48] Zu bedenken sind insbesondere die Schwierigkeiten der exakten Er-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Industrie über dem Gesamtdurchschnitt der Volkswirtschaft, und das wird im allgemeinen der Fall sein, so wirkt diese Form der Anpassung inflatorisch.

(ii) In Kap. II ist gezeigt worden, daß der Produktivitätsfortschritt der Gesamtwirtschaft oder größerer Bereiche nicht nur vom Anstieg der Produktivität in den einzelnen Zweigen, sondern auch von strukturellen Verschiebungen abhängt. Strukturelle Verschiebungen bedeuten Wanderungen von Arbeitskräften zwischen Bereichen mit unterschiedlichen Lohntarifen, die sich stets in *einer* Richtung vollziehen werden: von Bereichen mit niedrigen zu Bereichen mit höheren Löhnen. Im Zuge dieser Umgruppierung steigt der Durchschnittslohn auch bei Konstanz der Tarife. Wird darüber hinaus noch eine Erhöhung der Tariflöhne im vollen Ausmaß des durch die Strukturverschiebungen erzielten Produktivitätsfortschrittes angestrebt, so werden Tendenzen zu Preissteigerungen zu beobachten sein[49].

(iii) Zur Beseitigung struktureller Ungleichgewichte sind Umgruppierungen in der Lohnpyramide unerläßlich. In Bereichen, die unter einem Mangel an Arbeitskräften leiden, müssen die Lohnsätze erhöht werden, um neue Arbeitskräfte anzuziehen, in Bereichen mit einem Überangebot an Arbeitskräften sollten sie gesenkt werden. Nun sind erfahrungsgemäß Lohnsenkungen heute praktisch nicht mehr realisierbar[50]. Der Angleichungsmechanismus funktioniert nur noch in einer Richtung.

Daraus resultieren keine besonderen Gefahren, solange der rasche generelle Produktivitätsanstieg genügend Spielraum für strukturelle Angleichungen nach oben bietet, ohne die Preisstabilität zu gefährden. Geht dagegen die Fortschrittsrate der Produktivität wieder auf das früher längere Zeiträume hindurch beobachtete Ausmaß von 1 bis 2 % im Jahresdurchschnitt zurück, so bleibt wenig Raum für solche Angleichungen.

(iv) Wird der unter Zuhilfenahme des Preisindex der Lebenshaltungskosten errechnete Reallohn der Lohnpolitik zugrunde gelegt, so drohen ins-

---

mittlung der Beschäftigtenanzahl für die Landwirtschaft und die auch im theoretischen Ansatz noch nicht gelösten Probleme der Produktivitätsmessung in vielen tertiären Bereichen wie Handel, Banken und vor allem im öffentlichen Sektor.

Unser Argument in diesem Abschnitt darf nicht dahingehend mißverstanden werden, daß wir von der Voraussetzung ausgehen, in jeder einzelnen Industrie würden die Lohnsätze dem Produktivitätsfortschritt der betreffenden Industrie angepaßt. Wir wollen nur sagen, daß oft Produktivitätsindizes für große Sektoren, für die sich relativ exakte Messungen durchführen lassen, der Vorzug gegenüber einer Produktivitätszahl für die Gesamtwirtschaft gegeben wird.

[49] Vgl. auch: Das Produktionsergebnis je Beschäftigten, a.a.O., S. 154.

[50] Unsere Behauptung bedarf insofern einer Modifikation, als zwischen Tariflohn und Effektivlohn unterschieden werden muß. In den tatsächlich gezahlten Durchschnittslöhnen sind auch heute noch sehr wohl Bewegungen nach unten festzustellen. Nach unten blockiert sind nur die Tarife. Auf diese kommt es jedoch bei unserem Argument an.

B. *Hansen* und G. *Rehn* haben eine Theorie entwickelt, die die Ursachen für das Abweichen der tatsächlichen Durchschnittslohnsätze von den Tariflöhnen (dem sog. „wage-drift") erklären soll: On Wage-Drift, A Problem of Money-Wage Dynamics. 25 Economic Essays in Honour of Erik Lindahl, Stockholm 1956, S. 87—138. Die Autoren haben gefunden, daß in Schweden in der Nachkriegszeit in allen Industriezweigen die tatsächlichen durchschnittlichen Stundenverdienste die tariflich vereinbarten ständig überstiegen haben (S. 88).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

besondere in stark importabhängigen Ländern Gefahren, wenn Preissteigerungen der Konsumgüter ihre Ursache in Erhöhungen der Weltmarktpreise und nicht in internen Kostensteigerungen haben.

Jedes einzelne Moment für sich mag in seinem Einfluß auf das allgemeine Preisniveau unbedeutend sein. Doch ist zu bedenken, daß sie alle in *einer* Richtung wirken, d. h. sich kumulieren. Wir müssen sie im Auge behalten, wenn wir aus historischen Beobachtungen Schlüsse auf die heutige Situation und auf zukünftige Entwicklungsaussichten ziehen wollen. Die aufgezählten Anpassungsmechanismen und die Starrheit der Löhne nach unten sind Erscheinungen, die in den meist als Beispiel herangezogenen Entwicklungsphasen bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs oder auch noch bis zur Weltwirtschaftskrise nicht existiert haben.

An dieser Stelle bleibt noch ein anderer wichtiger Punkt zu nennen, der sich unmittelbar aus den im V. Kapitel angestellten Betrachtungen ergibt. Es finden sich, wie wir gesehen haben, immer Bereiche, die von Natur aus wenig Chancen für Produktivitätssteigerungen bieten, deren Beschäftigte aber mit gutem Recht ebenso wie alle anderen durch Lohnerhöhungen am allgemeinen Fortschritt teilhaben wollen. Es wird also immer Preise geben, die mehr oder weniger stark steigen. Soll zugleich das allgemeine Preisniveau stabil gehalten werden, so ist das nur möglich, wenn in anderen Bereichen Preise *fallen.* Gerät das gesamte Preissystem aber immer mehr in Erstarrung, so kann dieser Mechanismus nicht mehr funktionieren. Das Preissystem gleicht dann einem Uhrwerk, das sich immer nur in einer Richtung aufziehen läßt.

10. Wenden wir uns nach dieser Abschweifung wieder den zentralen Dingen zu. Bevor wir das Resumee ziehen können, muß versucht werden, eine Antwort auf die Frage zu finden, welche Kräfte heute in einem Lande, das sich zur freien Wirtschaft bekennt, eigentlich die Höhe der Wachstumsrate bestimmen. Nach der Domar-Harrod-Theorie sind es freiwillige Ersparnis und marginaler Kapitalkoeffizient, die den Gleichgewichtspfad der Entwicklung determinieren. Wird der Kapitalkoeffizient als gegebene Konstante betrachtet, so hängt die Fortschrittsrate des Sozialprodukts allein von der Sparneigung eines Volkes ab.

Nun beschreibt das *Domar-Harrod*-Modell, wenn wir es nicht als bloßen tautologischen Ansatz auffassen, zunächst nur einen hypothetischen Entwicklungsprozeß, eben den Gleichgewichtspfad. Ist, so wollen wir unsere Frage jetzt im Hinblick auf das Modell umformulieren, das in der Nachkriegszeit in den meisten Ländern schnelle wirtschaftliche Wachstum tatsächlich ein Reflex einer großen Sparfreudigkeit gewesen? Die Antwort kann nur lauten: ganz und gar nicht. Nichts spricht dafür, daß die großen Investitionen der Nachkriegszeit via Zins-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mechanismus durch eine große Ersparnisbildung induziert worden wären. Sicher funktioniert der Zinsmechanismus heute wieder besser als im ersten Nachkriegsjahrzehnt, im ganzen aber doch noch reichlich schlecht — bedingt nicht zuletzt durch hohe Steuersätze in Verbindung mit der Abzugsfähigkeit der Zinskosten vom steuerbaren Gewinn.

11. Wollen wir die Nachkriegsentwicklung adäquat beschreiben, so sollte das Modell umgeformt und zunächst einfach davon ausgegangen werden, daß die Investitionsfreudigkeit der Unternehmer ständig groß und das Investitionsvolumen durch die Finanzierungsbereitschaft der Banken und niemals durch das Ausmaß sich gleichzeitig vollziehender Ersparnisse begrenzt gewesen ist[51]. Die von den Unternehmern (und vom Staat) durchgeführten Investitionen bestimmen also gemeinsam mit dem Kapitalkoeffizienten die Wachstumsrate, zunächst gänzlich unabhängig von der Höhe der freiwilligen Ersparnis[52]. Die Größe der freiwilligen Ersparnis entscheidet über etwas anderes: nicht über die Höhe der Zuwachsrate selbst, sondern bei gegebener, durch andere Faktoren bestimmter Zuwachsrate über das *Ausmaß an Inflation,* das wir als Preis für das Wachstum zahlen müssen. Zugleich entscheidet sie über ein zweites, was eng damit zusammenhängt und mindestens ebenso wichtig ist: die *Einkommensverteilung.*

Kaldor hat gezeigt, wie die Verteilung des Einkommens auf die Produktionsfaktoren abhängt von der Sparneigung der Unternehmer und Nichtunternehmer und von der Wachstumsrate des Sozialproduktes, und zwar ist der Anteil des Unternehmereinkommens um so größer, je höher die Zuwachsrate und je geringer die Sparneigung der Nichtunternehmer ist[53]. Doch wollen wir auf Distributionsprobleme hier nicht eingehen, weil sie Gegenstand der letzten Tagung des Vereins in Köln gewesen sind.

12. Die Nachkriegsentwicklung ist durch eine ständige Diskrepanz zwischen freiwilliger Ersparnis und durchgeführten Investitionen gekennzeichnet gewesen. Ihren Niederschlag hat diese Entwicklung in der in allen westlichen Ländern ganz erstaunlichen Zunahme des Anteils der nicht entnommenen Gewinne an der Vermögensbildung ge-

---

[51] Nicht unberücksichtigt bleiben darf das absolut und relativ zunehmende Volumen staatlicher Investitionen, und zwar nicht nur die unmittelbaren Regierungsinvestitionen, sondern auch die über die öffentlichen Haushalte ganz oder teilweise finanzierten bzw. subventionierten privaten Investitionen.

[52] Man könnte sogar ketzerisch sein und in bezug auf den Zusammenhang zwischen Sparneigung und Wachstumsrate das Gegenteil von dem behaupten, was die Domar-Harrod-Formel besagt: Je geringer die Sparneigung der privaten Haushalte, desto größer die Unternehmergewinne und damit die Investitionsneigung. Je höher die Investitionsneigung, desto größer die Wachstumsrate.

[53] N. *Kaldor,* Alternative Theories of Distribution. Review of Economic Studies, Bd. 23 (1955/56), S. 95 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

funden, die statistisch als „Ersparnis der Unternehmungen" registriert werden, die aber nichts weiter als ein Reflex dieses Entwicklungsprozesses sind. Der Rückgang der Sparneigung der privaten Haushalte hat, wie die Erfahrung lehrt, nicht zu einer Abnahme in der Fortschrittsrate, sondern zu einer grundlegenden Umgliederung in der Ersparnisstruktur geführt, mit den bekannten negativen Auswirkungen auf Preisstabilität und Einkommensverteilung[54]. In den Vereinigten Staaten waren um die Jahrhundertwende (Durchschnitt der Jahre 1898—1902) bezüglich der Anteile an der Gesamtvermögensbildung folgende Proportionen zu beobachten: Persönliche Ersparnisse 72 %, unverteilte Gewinne 23 %, öffentl. Haushalte 5 %. In der Bundesrepublik Deutschland lauten die entsprechenden Proportionen für das Jahr 1955: Persönliche Ersparnisse 21 %, unverteilte Gewinne 38 %, öffentl. Haushalte 41 %[55]. Abb. 5 macht deutlich, daß die zunehmende Einschaltung der öffentlichen Haushalte in den Prozeß der Vermögensbildung keineswegs auf Deutschland beschränkt ist, sondern auch in anderen Ländern der westlichen Welt erstaunliche Ausmaße erreicht hat. Auch das ist natürlich zum guten Teil eine notwendige Konsequenz des schnellen wirtschaftlichen Wachstums bei unzulänglicher privater Ersparnisbildung. Abb. 5 zeigt darüber hinaus, wie in den einzelnen Ländern die nationalen Ersparnisse hinter der inländischen Gesamtinvestition zurückgeblieben sind bzw. diese überschritten haben.

15. Man spricht vom „Magischen Dreieck" und meint damit das Problem der Vereinbarkeit der drei fundamentalen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen: Vollbeschäftigung, Gleichgewicht der Zahlungsbilanz und Preisstabilität. Zwei weitere grundlegende Zielsetzungen treten heute hinzu, nämlich rasches, stetiges Wachstum und gerechte Einkommensverteilung. Wir können letztlich nicht einer Auseinandersetzung mit dem Problem ausweichen, ob und unter welchen Bedingungen diese fünf Zielsetzungen miteinander kompatibel sind. Kommen wir zu dem Ergebnis, daß unter einer bestimmten Konstellation ein echter Konflikt in den Zielsetzungen besteht, so sehen wir uns vor die schwerwiegende Entscheidung gestellt, ob dem schnellen Wachstum des Sozialproduktes der Vorrang gebührt, oder ob vielmehr die Wachs-

---

[54] Es läßt sich ein Modell konstruieren, das angibt, welcher Grad von Inflation in Kauf genommen werden muß, wenn in einer Volkswirtschaft die freiwillige Ersparnis hinter der zur Aufrechterhaltung einer bestimmten, von der Wirtschaftspolitik als Ziel gesetzten Wachstumsrate erforderlichen Investition zurückbleibt. Ein solches Modell, das natürlich nur ein Denkschema sein kann, liefert interessante Aufschlüsse, doch muß darauf verzichtet werden, es hier zu entwickeln. Vgl. hierzu: G. *Bombach*, Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum und Einkommensverteilung. Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik (erscheint März 1959).

[55] R. W. *Goldsmith*, A Study of Saving in the United States, Princeton 1955, Bd. I, S. 345. Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Frankfurt a. Main, Juli 1956, S. 43 (gerundete Zahlen).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tumsrate auf das der freiwilligen Ersparnis angemessene Niveau zurückgeführt werden soll, um so die monetäre Stabilität und eine angemessene Verteilung des Einkommens zu gewährleisten. *Jecht* hat sein Referat auf der Kölner Tagung mit der treffenden Formulierung

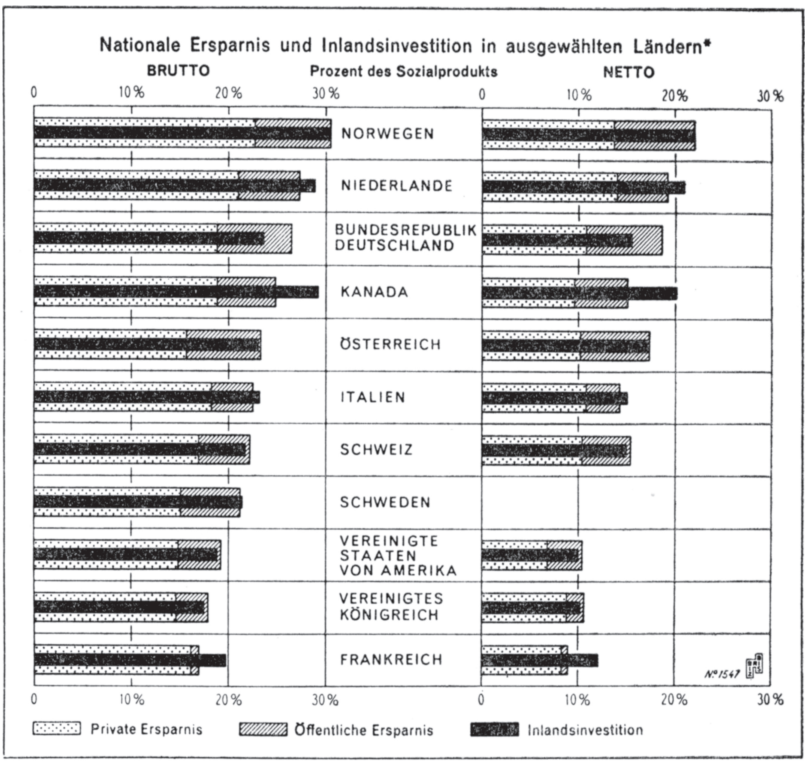

Abbildung 5

* Sämtliche Angaben beziehen sich auf das Jahr 1957, mit Ausnahme Österreichs (1956) und der Schweiz (1955). Die Angaben wurden durch folgende Berichtigungen vergleichbarer gemacht: a) die Überschußbildung der Sozialversicherungen wird, sofern sie von Bedeutung ist, zur Ersparnis des öffentlichen Sektors gerechnet; b) im Falle Schwedens und Norwegens wurde von den Investitionsschätzungen der Reparatur- und Pflegeaufwand abgezogen; c) im Falle Schwedens wurde die militärische Sachvermögensbildung zu den staatlichen Verbrauchsausgaben gerechnet; d) im Falle der Vereinigten Staaten wurde als öffentliche Sachvermögensbildung der für öffentliche Bauten ausgegebene Betrag eingesetzt, während in die Angaben über Kanada der Bruttobetrag der im öffentlichen Sektor schätzungsweise vorgenommenen Investitionen aller Art aufgenommen wurde, wobei auch die öffentliche Ersparnis entsprechend erhöht wurde.

Quelle: Bank für internationalen Zahlungsausgleich, 28. Jahresbericht, Basel 1958, S. 29.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

geschlossen: „Die Aufgabe besteht darin, einen Ausgleich zu finden zwischen dem weiteren Wachstum der Volkswirtschaft und einer Verteilung des Volkseinkommens im Einklang mit der auch heute gültigen Idee der sozialen Gerechtigkeit" und hat davor gewarnt, „sich an den Zahlen des volkswirtschaftlichen Wachstums zu berauschen und ihre Steigerung als höchstes Ziel allen Strebens zu proklamieren"[56].

14. Unsere Betrachtungen haben gezeigt, daß die monetären Aspekte nicht losgelöst von den realen gesehen werden dürfen. Aufrechterhaltung der monetären Stabilität setzt voraus, daß das Gesamtangebot mit der gleichen Rate wächst wie die Gesamtnachfrage. Das Gesamtangebot von Gütern und Diensten wird bestimmt durch Investitionsquote und Kapitalkoeffizient (bzw. Arbeitsbevölkerung und Arbeitsproduktivität). Die wichtigsten Determinanten der Nachfrage sind Investitionsneigung, Konsumneigung, Staatsverbrauch und Exporte. Das *Keynes*sche System ist zur Erklärung des Phänomens der säkularen Inflation ungeeignet, weil die Angebotsseite indeterminiert ist: die Investitionen haben keinen Kapazitätseffekt. Wahrscheinlich muß die Inflationsanalyse immer unvollkommen bleiben, solange die zentralen Größen auf der Angebotsseite — Kapazitätseffekt der Investitionen und Entwicklung der Arbeitsproduktivität — nicht in die Betrachtungen einbezogen werden. Das Erreichen einer hohen Fortschrittsrate der Arbeitsproduktivität und deren Stabilisierung ist nicht zuletzt aus Gründen der Aufrechterhaltung der monetären Stabilität wünschenswert. Ein rascher Produktivitätsfortschritt zählt sicher zu den wirksamsten Abwehrmaßnahmen gegen säkulare inflatorische Tendenzen.

In diesem Zusammenhang ist ein weiterer Hinweis angebracht. Wir hatten an anderer Stelle gesagt, die Menschen seien indexbewußt geworden. Sie sind nicht nur indexbewußt, sondern auch wachstumsbewußt geworden. Der Wachstumsprozeß vollzieht sich heute nicht mehr jenseits der Bewußtseinsspähre. Es ist bekannt, daß sich Menschen schnell an einen bestimmten, einmal erreichten Lebensstandard gewöhnen und nicht bereit sind, ihn so schnell wieder aufzugeben. Die moderne Theorie des Konsumverhaltens berücksichtigt diese Tatsache gebührend. Heute aber haben sich die Menschen nicht nur an ein bestimmtes Wohlstandsniveau, sondern zugleich an seine rasche Vermehrung gewöhnt. Eine Zunahme des Realeinkommens um einen bestimmten Prozentsatz im Jahr wird bereits als mehr oder weniger selbstverständlich angesehen. Auch diese ständigen Wohlstandssteigerungen würde man wahrscheinlich nicht so schnell wieder aufzugeben bereit sein, wenn sie die verfügbaren Ressourcen einmal

---

[56] H. *Jecht*, Staatliche Wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung, in: Einkommensbildung und Einkommensverteilung. Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik in Köln 1956, Berlin 1957, S. 147 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht mehr hergeben sollten. Deshalb unsere Bemerkung, daß die Sicherung einer befriedigenden Fortschrittsrate der Arbeitsproduktivität eine der Voraussetzungen für das Gelingen der Preisstabilisierung ist. Gefahren könnten der monetären Stabilität in der Bundesrepublik — zumindest während einer Übergangsphase — dann drohen, wenn die ganz außergewöhnlichen hohen Zuwachsraten der Produktivität einmal wieder auf ein mehr normales Niveau zurückgehen.

15. Wir haben gefunden, daß sich die Bedingungen eines raschen wirtschaftlichen Wachstums unter Wahrung der monetären Stabilität nicht auf übervereinfachte Formeln reduzieren lassen, die da lauten: „Anpassung der Löhne an die Produktivität" oder „Ausgleich des Staatshaushalts". Das Zusammenspiel aller Faktoren muß gesehen, und es kann nicht erwartet und darf u. E. auch nicht gefordert werden, daß sich bestimmte sozioökonomische Gruppen aus Gründen der Aufrechterhaltung der Preisstabilität *ad infinitum* mit dem Anteil am Gesamtprodukt bescheiden, den sie zu einem bestimmten Zeitpunkt gerade besessen haben. Wir können den Kuchen des Sozialproduktes nicht nach bestimmten Quoten aufteilen und von einer Gruppe verlangen, sich mit dem zufrieden zu geben, was gerade verbleibt. Monetäre Stabilität ist aber nicht denkbar, wenn alle zugleich ein größeres Stück aus dem Kuchen schneiden wollen, wenn sie es überdies aufessen wollen, und wenn schließlich noch so viel zur Vermögensbildung übrig bleiben soll, daß das wirtschaftliche Wachstum nicht beeinträchtigt wird.

Anhang

Zu Kapitel II

Tabelle 1. Die den Berechnungen zugrunde liegenden Zahlen wurden entnommen aus S. *Kuznets,* Long-Term Changes in the National Income of the United States of America since 1870, in: Income and Wealth of the United States, Trends and Structure, Income and Wealth, Series II, Cambridge 1952. Die einzelnen Reihen finden sich auf folgenden Seiten: Reales Sozialprodukt (S. 30), Bevölkerung (S. 55), wöchentliche Arbeitszeit (S. 65), Erwerbspersonen, ohne Militär (S. 71).

Tabelle 2. Die Berechnungen basieren auf folgenden Quellen: Historical Statistics of the United States 1789—1945. A Supplement to the Statistical Abstract of the United States. United States Department of Commerce, Washington 1949, sowie Statistical Abstract of the United States 1956, United States Department of Commerce, Washington 1956. Bevölkerung (Historical Stat. S. 25, Statistical Abstract S. 12), Altersaufbau (Hist. St. S. 28, Stat. Abstr., S. 25), Erwerbspersonen (Hist. St. S. 65, Stat. Abstr. S. 197). Die Schätzungen für die Entwicklung des Arbeitsalters stützen sich auf Angaben über den Altersaufbau der Erwerbspersonen (Stat. Abstr. S. 196).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Abb. 1. Statistical Abstract 1956, a.a.O., S. 25.

Abb. 2. B.R. Deutschland (Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1957, S. 42), Vereinigtes Königreich (Annual Abstract of Statistics, No. 94, London 1957, S. 9), Frankreich (Annuaire Statistique de la France 1953, Paris 1954, S. 13), U.S.A. (Stat. Abstr., a.a.O., S. 26).

Tabelle 3. Die Angaben über Gesamtbevölkerung, Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und Erwerbspersonen für das Deutsche Reich bzw. die Bundesrepublik Deutschland wurden aus den Statistischen Jahrbüchern von 1891 bis 1954 entnommen. Da vor 1925 Bevölkerungszählung und Berufszählung nicht im gleichen Jahre durchgeführt wurden, mußte, um die Vergleichbarkeit herzustellen, die Annahme gemacht werden, daß sich der Altersaufbau in den Zwischenjahren nicht geändert hat. Vereinigtes Königreich: Statistical Abstract for the United Kingdom, Nr. 65 (1919) bis Nr. 81 (1938) und Annual Abstract of Statistics, Nr. 92 (1955) bis Nr. 94 (1957). U.S.A.: Historical Statistics, a.a.O., S. 28 und S. 65 sowie Statistical Abstract 1956, a.a.O., S. 25 und S. 197.

Tabelle 4. Die Berechnungen basieren auf verschiedenen Tabellen in S. *Kuznets*, Long-Term Changes, a.a.O. Die Wertschöpfung der einzelnen Bereiche wurde aus den Strukturquoten der Tabelle 17 (S. 102) und den Angaben über das reale Sozialprodukt in Tabelle 1 (S. 30) berechnet. Fehlende Eintragungen in Tabelle 17 sind durch Angaben der Tabelle 20 (S. 110) ergänzt worden. Die Entwicklung der Beschäftigungsstruktur wurde aus Tabelle 19 (S. 107) entnommen, wobei verschiedene Verkettungen vorgenommen werden mußten.

Bei der Erläuterung von Tabelle 4 c ist bereits darauf hingewiesen worden, daß der Einfluß des Strukturfaktors auf die Produktivitätsentwicklung von den Veränderungen der Beschäftigungsstruktur ausgehend gemessen worden ist und daß daneben anderen Möglichkeiten bestehen. Formelmäßig läßt sich die Aufspaltung in sektoreninterne Produktivitätssteigerung und Strukturfaktor wie folgt darstellen.

Wir bezeichnen die jahresdurchschnittliche Beschäftigtenzahl eines Bereiches mit A, seine Wertschöpfung mit W und die Wertschöpfung je Beschäftigten mit V ($V = W/A$). Bewertet man die Wertschöpfungen mehrerer aufeinanderfolgender Perioden zu konstanten Preisen — auf die Problematik der Mengenindizes für die Wertschöpfung kann hier nicht eingegangen werden—, so läßt sich der Mengenindex für einen einzelnen Wirtschaftsbereich durch $\varrho = W_i/W_o$ ausdrücken, wobei die Indizes i und o unten rechts die laufende bzw. die Basisperiode angeben. Der Produktivitätsindex λ eines Bereiches ergibt sich dann zu

$$\lambda = \frac{W_i}{A_i} : \frac{W_o}{A_o} = \frac{W_i}{W_o} : \frac{A_i}{A_o} = \frac{\varrho}{A_i / A_o} \tag{1}$$

Ein Mengenindex vom *Laspeyres*-Typ für das gesamte Sozialprodukt läßt sich bilden nach

$$Q_{(o)} = \frac{\Sigma W_i}{\Sigma W_o} = \frac{\Sigma \varrho W_o}{\Sigma W_o} \tag{2}$$

wobei sich die Summierung stets über alle Bereiche der Volkswirtschaft erstreckt. Nun folgt aus (1)

$$\varrho = \frac{A_i \cdot \lambda}{A_o} \tag{1a}$$

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

so daß an Stelle von (2) auch

$$Q_{(o)} = \frac{\Sigma\lambda \cdot A_i \cdot V_o}{\Sigma W_o} \tag{2a}$$

treten kann. Der Produktivitätsindex für die gesamte Volkswirtschaft hat die Gestalt

$$\Lambda = \frac{\Sigma\lambda\ A_i\ V_o}{\Sigma W_o} \cdot \frac{\Sigma A_o}{\Sigma A_i} \tag{3}$$

Für $\Sigma A_0/\Sigma W_0$ setzten wir $1/V_0$ und erweitern mit $\Sigma A_i V_0$, womit sich aus (3)

$$= \frac{\Sigma\lambda\ A_i\ V_o}{\Sigma\ A_i\ V_o} \cdot \frac{\Sigma A_i\ V_o}{V_o\ \Sigma A_i} \tag{3a}$$

ergibt. V_0 ist die Wertschöpfung je Beschäftigten im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft in Periode O ($\Sigma W_0/\Sigma A_0$).

Die erste Komponente in (3a) ist eine gewogenes Mittel der Einzelproduktivitäten λ, das wir in Tabelle 4 c, Sp. (1), verzeichnet finden. Die Gewichte sind gleich dem Produkt aus der Beschäftigung in Periode i und der Wertschöpfung je Arbeiter in Periode O. Der sich aus der ersten Komponente ergebende Gesamtindex muß stets innerhalb der Variationsbreite der einzelnen λ liegen, weil keines der Gewichte negativ sein kann.

Der zweite Faktor ist die Strukturkomponente, die nun zu interpretieren ist. Die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung je Arbeiter in der Basisperiode $\overline{V}_0$ läßt sich schreiben als gewogenes Mittel der einzelnen V_0, wobei die Beschäftigungsstruktur der Basisperiode als Gewichtssystem dient, also

$$\overline{V}_o = \frac{\Sigma\ A_o \cdot V_o}{\Sigma\ A_o} \tag{4}$$

Die Strukturkomponente beinhaltet somit eine Gegenüberstellung der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung je Beschäftigten in der Basisperiode, einmal errechnet mit der Beschäftigungsstruktur der laufenden Periode als Gewichtssystem, zum anderen errechnet mit der Beschäftigungsstruktur der Basisperiode als Gewichtssystem:

$$\frac{\Sigma A_i\ V_o}{\Sigma A_i} \Big/ \frac{\Sigma A_o\ V_o}{\Sigma A_o}$$

Solange sich die Beschäftigungsstruktur im Zeitablauf nicht ändert, ist die Strukturkompenente = 1. In diesem Falle muß Λ zwangsläufig innerhalb der Bandbreite der einzelnen λ liegen. Ist hingegen die Strukturkomponente $\neq$ 1, so kann Λ außerhalb der Bandbreite der Einzelkoeffizienten liegen. Man spricht dann von dem Phänomen der Externität. Natürlich lassen sich auch andere als *Laspeyres*-Indizes verwenden. Vgl. hierzu auch: Methods of Labour Productivity Statistics, I.L.O., a.a.O., S. 124 ff.; Das Produktionsergebnis je Beschäftigten in den großen Bereichen der Volkswirtschaft 1950 bis 1957, Wirtschaft und Statistik, a.a.O., S. 153 f.

In Ergänzung zu den Ausführungen auf S. 7 ff. sind in Tabelle I Angaben über die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter für europäische Länder und für die U.S.A für 1950, 1955 und von der OEEC veröffentlichte Prognosen der Entwicklung bis 1970 zusammengestellt worden. Tabellen IIa

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle I: **Entwicklung der Bevölkerung im Arbeitsalter in ausgewählten europäischen Ländern und in den USA 1950—1970**

	Bevölkerung im Arbeitsalter (15—64 J.) in 1000					Anteil d. 15-64jähr. an der Gesamtbevölkerung (v.H.)		Wachstum der Bevölkerung im Arbeitsalter in v.H.		
	1950	1955	1960 [a]	1965 [a]	1970 [a]	1950	1955	1955 1950	1960 1955	1965 1960
Belgien	5875	5914	5857	5901	5904	68.0	66.7	0.7	-1.0	0.8
Dänemark	2762	2827	2985	3112	3181	64.7	63.7	2.4	5.6	4.3
Deutschland (B.R.)	31867	34295	35564 [b]	. .	. .	67.9	69.7	7.6	3.7	. .
Frankreich	27300 [c]	27655	27693	28727	29437	66.4	63.9	1.3	0.1	3.7
Griechenland	5116	5529	5927	6315	6517	64.5	66.1	8.1	7.2	6.5
Großbritannien	33014	32886	33182 [e]	. .	. .	67.0	66.0	-0.4	0.9	. .
Italien	31219 [e]	32655	32932	34068	34602	67.0	67.6	4.6	0.8	3.4
Niederlande	6368	6667	7016	7553	7928	63.0	62.0	4.7	5.2	7.7
Norwegen	2161	2207	2271	2364	2438	66.2	64.4	2.1	2.9	4.1
Österreich	4636	4647	4705	4674	4572	66.8	66.6	0.2	1.2	-0.7
Portugal	5330	5543 [e]	5767	5973	6153	63.4	63.2	4.0	4.0	3.6
Schweden	4664	4758	4890	5024	5043	66.5	65.5	2.0	2.8	2.7
Schweiz	3147	3340 [d]	3273	3358	3401	67.0	67.1	6.1	2.0	2.6
Türkei	12232	13657	15023 [e]	. .	. .	58.4	56.6	11.6	10.0	. .
Vereinigte Staaten	98632	102404	107852	116202	125566	65.0	62.0	3.8	5.3	7.7

[a]) Schätzungen der OEEC auf Grundlage der von den einzelnen Ländern eingereichten Unterlagen. [b]) Europe To-Day and in 1960, Vol. II Europe in 1960, OEEC, Paris 1957, S. 18. [c]) Ebd., berechnet mit Angaben auf S. 18. [d]) Ebd., S. 16. [e]) Ebd., berechnet mit Angaben auf S. 18.

Quelle: General Statistics, OEEC Statistical Bulletin 1958, No. 2, Paris 1958, S. 53.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und IIb ergänzen Tabelle 1 im Text. Für Deutschland und für das Vereinigte Königreich haben sich ähnliche Berechnungen wie in Tabelle 4a—4c demonstriert für weiter zurückliegende Zeitabschnitte zufolge mangelnden Zahlenmaterials nicht durchführen lassen.

Tabelle IIa: **Reales Sozialprodukt je Einwohner, Arbeitsproduktivität und Erwerbsquote in Deutschland 1882—1950 (jeweiliger Gebietsstand)**

Jahr	Sozialprodukt je Einwohner	Produkt je Arbeiter	Erwerbsquote	Produkt je Arbeitsstunde	Durchschnittl. wöchtl. Arbeitszeit
1882	100	100	100	100	100
1895	136	134	101	146	92
1907	148	136	109	152	90
1925	151	120	125	157	77
1933	132	110	120	155	71
1939 [a]	201	163	122	222	74
1950	160	141	113	184	77

[a]) Gebietsstand Bundesrepublik.

Quellen: 1. Reales Sozialprodukt. P. *Jostock*, The Long-Term Growth of National Income in Germany, in: Income and Wealth, Series V, London 1955, S. 82. Die Zuordnung zu den Zensusjahren wurde durch Interpolation vorgenommen. — 2. Die Angaben über Gesamtbevölkerung und Erwerbspersonen wurden aus den Statistischen Jahrbüchern für das Deutsche Reich bzw. für die BR Deutschland von 1891—1954 entnommen. Siehe dazu S. 219. — 3. Die Entwicklung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit wurde entnommen aus P. *Jostock*, The Long-Term Growth, a.a.O., S. 99.

Tabelle IIb: **Reales Sozialprodukt, Bevölkerung, Pro-Kopf-Einkommen, Arbeitsproduktivität und Erwerbsquote im Vereinigten Königreich 1881—1938**

Jahr	Bevölkerung (in 1000)	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten Mill. £	Sozialprodukt je Einwohner £	Arbeitsproduktivität	Erwerbsquote	Sozialprodukt je Einwohn.
	Zensusjahre	in Preisen von 1900		1881 = 100		
	1	2	3	4	5	6
1881	31 015	983.2	31.70	100	100	100
1891	34 264	1417.2	41.36	127	103	130
1901	38 237	1743.2	45.58	138	104	144
1911	42 082	2007.5	47.70	142	106	150
1921	44 027	1803.5	40.96	108	119	129
1931	46 038	2270.0	49.31	124	125	156
1938	47 494	2725.2	57.38	185	98	181

Quelle: Annual Abstract of Statistics No. 94 (1957), London 1957, S. 7. — A. R. Prest, National Income of the United Kingdom 1870—1946, Economic Journal, Bd. 58 (1948), S. 58 f. — Statistical Abstract for the United Kingdom Nr. 65 (1919) bis Nr. 81 (1938) und Annual Abstract of Statistics, Nr. 92 (1955) bis Nr. 94 (1957).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zu Kapitel III

Tabelle 5. Vereinigtes Königreich: 1. Bevölkerung: *J. B. Jefferys* and *D. Walters,* National Income and Expenditure of the United Kingdom, 1870—1952. Income and Wealth, Series V, a.a.O., S. 14; 2. Realeinkommen: ebd., S. 17 (Nettosozialprodukt in Preisen von 1912/13); 3. Nettoinvestition, ebd., S. 17, Tab. VI (Sp. 4). USA: 1. Bevölkerung: *S. Kuznets,* Long-Term Changes, a.a.O., S. 55; 2. Realeinkommen: ebd., S. 30 (Nettosozialprodukt in Preisen von 1929); 3. Nettoinvestition: *S. Kuznets,* National Product since 1869, New York 1946, S. 118.

Die Wachstumsraten für Bevölkerung, Realeinkommen und je-Kopf-Einkommen wurden errechnet, indem der Zuwachs einer Fünfjahresperiode nicht auf den Ausgangswert, sondern auf einen aus Ausgangs- und Endwert ermittelten Durchschnitt bezogen und der daraus resultierende prozentuale Gesamtzuwachs durch 5 geteilt worden ist. Dieses Interpolationsverfahren ist natürlich nicht exakt, liefert aber sehr brauchbare Annäherungswerte.

Zur Ermittlung des marginalen Kapitalkoeffizienten sind auf die gleiche Weise Durchschnittswerte für die Nettoinvestition durch Interpolation errechnet worden. Die Investitionsquote resultiert aus einer Gegenüberstellung der so errechneten Nettoinvestition und des aus Ausgangs- und Endwert einer Periode gemittelten Realeinkommens. Dieses Verfahren führt u. E. zu der zweckmäßigsten zeitlichen Zuordnung der einzelnen Größen und erlaubt die Anwendung der *Domar-Harrod*-Formel ohne weitere Modifikationen.

Die Aufspaltung der Nettoersparnis in Tabelle 5 läßt sich formelmäßig wie folgt darstellen: Wir bezeichnen s_1 als die Spar(=Investitions-)quote, die realisiert werden muß, um das bereits erreichte Einkommen je Einwohner aufrecht zu erhalten und s_2 als die Sparquote, die eine Erhöhung des je-Kopf-Einkommens erlaubt. Die Wachstumsrate des Realeinkommens lautet dann

$$\frac{\Delta E}{E} = \frac{s_1 + s_2}{\beta} \tag{1}$$

worin β der marginale Kapitalkoeffizient ist. Im Text (Fußnote 20) wurde gezeigt, daß die zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen je-Kopf-Einkommens erforderliche Spar(=Investitions-)quote gleich dem Produkt aus Wachstumsrate der Bevölkerung und marginalem Kapitalkoeffizienten ist,

$$s_1 = \beta \cdot \frac{\Delta B}{B} \tag{2}$$

Durch Einsetzen ergibt sich die Wachstumsrate des je-Kopf-Einkommens zu

$$\frac{\Delta (E/B)}{E/B} = \frac{s_2}{\beta (1 + \Delta B/B)} \tag{3}$$

Brutto- und Nettokapitalkoeffizient

Die an einem bestimmten Zeitpunkt in Betrieb befindlichen Produktionsanlagen können sowohl auf Neuwertbasis als auch auf Basis der Zeitwerte berechnet werden. Im ersten Falle spricht man vom Bruttoanlage-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vermögen, im zweiten vom Nettoanlagevermögen (*R. Krengel,* Anlagevermögen, a.a.O., S. 24). Es ist zu beachten, daß mit dem Brutto- und Nettoanlagevermögen der gleiche reale Gesamtanlagebestand gemessen wird, nur zu unterschiedlichen Bewertungsmaßstäben.

Das Verhältnis von Netto- zu Bruttoanlagevermögen, ausgedrückt durch eine Prozentzahl, ist vom DIW in Anlehnung an die Benennung der Bundesbahn als *Gütegrad* bezeichnet worden. Ein niedriger Gütegrad deutet auf einen überalterten Produktionsapparat hin, und umgekehrt. Zugleich ist der Gütegrad ein wichtiger Indikator für die allgemeine Stärke der laufenden Investitionstätigkeit (*R. Krengel,* a.a.O., S. 24).

Der Kapitalkoeffizient kann entweder auf Grundlage des Bruttovermögens (Bruttokapitalkoeffizient) oder des Nettovermögens (Nettokapitalkoeffizient) errechnet wurden. Solange sich der Gütegrad im Zeitablauf nur sehr unwesentlich ändert, ist es an sich gleichgültig, ob die Wachstumstheorie vom Brutto- oder Nettokoeffizienten ausgeht. Wenn bisher im wesentlichen Nettokapitalkoeffizienten Anwendung fanden, so einzig deshalb, weil für das Bruttoanlagevermögen keine Angaben verfügbar waren. Theoretische Erwägungen sprechen mehr für den Bruttokapitalkoeffizienten. In der Wachstumstheorie kommt es nicht auf den buchmäßigen Gegenwartswert einer Produktionsanlage, sondern auf die potentielle Ausbringung an. Die Kapazität sinkt nicht entsprechend den in jeder Periode vorgenommenen Abschreibungen, sondern bleibt im allgemeinen während der ganzen Lebensdauer auf annähernd gleicher Höhe (vgl. *R. Krengel,* a.a.O., S. 85). Mangels ausreichender Informationen über Bruttowerte wird man aber auch weiterhin auf Nettokapitalkoeffizienten angewiesen sein.

Vom DIW veröffentlichte Angaben (Tab. III) zeigen, daß in der Bundesrepublik der Gütegrad des Anlagevermögens erwartungsgemäß während des Krieges merkbar abgesunken war und jetzt wieder im Ansteigen begriffen ist. Solange man mit langfristigen Durchschnitten rechnet, begeht man sicher keine allzu großen Fehler, wenn man Netto- anstelle von Bruttokapitalkoeffizienten einsetzt.

Tabelle III: **Die Entwicklung von Brutto- und Nettoanlagevermögen sowie Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik**

	1913	1929	1939	1948	1950	1955
	in Mrd. DM zu Preisen von 1950					
Bruttoanlagevermögen	341	401	476	412	440	544
Nettoanlagevermögen	215	245	299	212	226	306
Bruttosozialprodukt	63	68	104	68	97	150
	Verhältnisziffern					
Bruttokapitalkoeffizient	5.4	5.9	4.6	6.1	4.5	3.6
Nettokapitalkoeffizient	3.4	3.6	2.9	3.1	2.3	2.0
Gütegrad d. Anlageverm.	63	61	63	51	51	56

Quelle: Ferdinand Grünig, Versuch einer Volksvermögensrechnung der Deutschen Bundesrepublik, a.a.O., S. 38.

Auch hier sollte die an sich immer große Unsicherheit des Materials nicht vergessen werden. Im *short run* allerdings können Variationen des Gütegrades einen sehr bedeutenden Einfluß gewinnen. Es muß jedoch ganz

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

allgemein davor gewarnt werden, Wachstumsanalysen für allzu kurze Perioden durchzuführen und — wie es heute zuweilen versucht wird — marginale Kapitalkoeffizienten zu verwenden, die aus jährlichen Veränderungen gewonnen wurden. Solche Koeffizienten erweisen sich als im hohen Grade instabil und ungeeignet. Die Zusammenhänge sind im Zusammenhang mit den Versuchen der empirischen Verifikation des Akzelerationsprinzipes ausgiebig diskutiert worden.

Arbeitsproduktivität, Kapitalkoeffizient und technischer Fortschritt

Wir haben uns entschieden, von technischem Fortschritt dann zu sprechen, wenn mit der gleichen Menge an Arbeit und Realkapital eine höhere Ausbringung bzw. die gleiche Ausbringung mit weniger Arbeit und weniger Realkapital erstellt werden kann. In Abb. I sind auf den

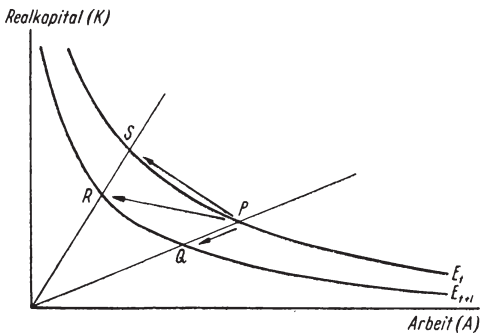

Abbildung I

Achsen eines Koordinatensystems die in einer Volkswirtschaft während einer Periode geleisteten Arbeiterjahre (oder auch Arbeitsstunden) und der Bestand an Erzeugersachkapital im Periodendurchschnitt[1] abgetragen. Auf der Isoquante E_t liegen alle Kombinationen von Arbeit und Realkapital, die bei dem in Periode t gegebenen Stand der Technik das Realeinkommen E ermöglichen. Technischer Fortschritt bedeutet im Sinne unserer Darstellung eine Verschiebung der Isoquante in Richtung des Ursprunges.

Wir wollen von *neutralem technischen Fortschritt* sprechen, wenn im Zuge des technischen Fortschrittes für jedes beliebige konstante Kombinationsverhältnis von Realkapital und Arbeit (Kapitalintensität) die Grenzrate der Substitution unverändert bleibt. Wichtig ist, daß sich bei neutralem Fortschritt die Isoquanten niemals schneiden (vgl. Abb. I; Punkte gleicher Kapitalintensität liegen auf den durch den Ursprung gehenden Geraden). Folgende mögliche Entwicklungen sind zu unterscheiden:

[1] Wir können hier nicht auf die an sich sehr wichtige Frage eingehen, ob die Leistung des Produktionsfaktors Kapital in diesem Zusammenhang nicht besser durch Strömungsgrößen, also Maschinenstunden usw., gemessen werden sollte. Wahrscheinlich spricht vieles dafür, doch würden sich praktisch unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Substitution I[2] *ohne technischen Fortschritt* (Bewegung von P entlang E nach S)

Die Produktivität der Arbeit (E/A) steigt, die Produktivität des Kapitals (E/K) nimmt ab, was gleichbedeutend ist mit zunehmendem durchschnittlichen Kapitalkoeffizienten (K/E).

Technischer Fortschritt ohne Substitution[3] (Bewegung von P nach Q)

Sowohl Arbeitsproduktivität als auch Produktivität des Kapitals nehmen zu. Der Kapitalkoeffizient nimmt ab.

Substitution und gleichzeitiger technischer Fortschritt (Bewegung von P nach R)

Die Arbeitsproduktivität nimmt in jedem Falle zu. Die Produktivität des Kapitals kann zunehmen, abnehmen oder auch konstant bleiben, je nachdem ob der Fortschrittseffekt den Substitutionseffekt übertrifft oder umgekehrt, oder ob sich beide gerade kompensieren. Im Falle der Abb. I überwiegt der Substitutionseffekt mit der Folge einer abnehmenden Produktivität des Kapitals, d. h. eines steigenden Kapitalkoeffizienten.

Der dritte Fall, der *a priori* keine eindeutige Aussage in bezug auf die Entwicklung des Kapitalkoeffizienten erlaubt, ist der für die Praxis relevante. Wir benötigen eine makroökonomische Produktionsfunktion. Die der Tabelle 7 und den Tabellen 8 und 9 (Kap. IV) zugrunde liegenden Berechnungen stützen sich, von unbedeutenden Abwandlungen abgesehen, auf ein von Solow entwickeltes Verfahren (R. Solow, Technical Change and the Aggregate Production Function, Review of Economics and Statistics, Bd. 39 (1957), S. 312 ff.).

Für den Fall des neutralen technischen Fortschrittes gehen wir von der Produktionsfunktion

$$E = F(t) \cdot \varphi(A, K) \tag{4}$$

aus, wobei die Funktion F (t) den sich in der Zeit vollziehenden technischen Fortschritt (Verschiebung der Isoquante) darstellt. Differenzieren wir total nach der Zeit und dividieren durch E, so ergibt sich, da

$\frac{\varphi}{E} = \frac{1}{F}$ ist,

$$\frac{E}{E} = \frac{F}{F} + F\,\frac{\delta\varphi}{\delta A} \cdot \frac{A}{E} + F\,\frac{\delta\varphi}{\delta K} \cdot \frac{K}{E} \tag{5}$$

Bezeichnet man die Anteile der Produktionsfaktoren am Gesamtprodukt

$$m = \frac{\delta E}{\delta A} \cdot \frac{A}{E}, \quad n = \frac{\delta E}{\delta K} \cdot \frac{K}{E} \tag{6}$$

und differenziert E partiell nach A und K

$$\frac{\delta E}{\delta A} = F\,\frac{\delta\varphi}{\delta A}, \quad \frac{\delta E}{\delta K} = F\,\frac{\delta\varphi}{\delta K}, \tag{7}$$

---

[2] Unter Substitution soll stets die Substitution menschlicher Arbeitskraft durch sachliche Produktionsmittel verstanden werden, da der umgekehrte Fall für größere Aggregate keine praktische Bedeutung besitzt.

[3] Zuweilen wird der Begriff des neutralen Fortschrittes nur auf diesen Sonderfall bezogen. Die weitere Fassung des Begriffes erscheint uns jedoch praktischer.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

so ergibt sich aus (5) und (7) unter Beachtung von (6)

$$\frac{\dot{E}}{E} = \frac{\dot{F}}{F} + m\,\frac{\dot{A}}{A} + n\,\frac{\dot{K}}{K}. \tag{8}$$

Ist die Produktionsfunktion homogen vom Grade 1 in A und K, so gilt $m + n = 1$. Die Entwicklung des durchschnittlichen Kapitalkoeffizienten (α) in der Zeit läßt sich dann aus (8) als eine Funktion der Entwicklung der Kapitalintensität und der Zunahme des technischen Fortschrittes ($\dot{F}/F$) darstellen

$$\frac{\dot{\alpha}}{\alpha} = m\,\frac{\dot{\varkappa}}{\varkappa} - \frac{\dot{F}}{F}, \tag{9}$$

wobei die Anteilsquote für das Kapital (m) als Gewicht erscheint. Weitere Abwandlungen von (9) vgl. Anhang zu Kap. IV.

Die Berechnungen beruhen auf der Voraussetzung, daß eine homogene Produktionsfunktion vom Grade 1 die Wirklichkeit hinreichend gut beschreibt und daß die Produktionsfaktoren tatsächlich mit ihren Grenzerträgen entlohnt werden. Letztere Voraussetzung ist nicht schwerwiegend, weil, wie schon im Text erwähnt, Änderungen von m und n in gewissen Grenzen — ihre statistische Ermittlung ist ohnehin problematisch — keinen entscheidenden Einfluß auf die Resultate haben. Bezüglich der Homogenität der Produktionsfunktion ist *Solow* für den von ihm untersuchten Zeitabschnitt (USA 1909—1949) zu dem Ergebnis gekommen, daß der technische Fortschritt im Durchschnitt neutral gewesen ist, daß die Entwicklung jedoch, wenn auch in geringem Umfange, im Zeichen abnehmender Grenzerträge ($m + n < 1$) gestanden hat. Die nichtlandwirtschaftliche Bruttoausbringung je Arbeitsstunde hat sich innerhalb von 40 Jahren gerade verdoppelt, wobei 87½ v.H. des Zuwachses dem technischen Fortschritt und 12½ v.H. der erhöhten Kapitalintensität zuzurechnen sind. In den ersten 20 Jahren hat der technische Fortschritt etwa 1 v.H. pro Jahr betragen, danach rund 2 v. H. pro Jahr (*R. Solow*, a.a.O., S. 320).

Die von *A. Ott* vorgeschlagene Methode der Quantifizierung des technischen Fortschrittes führt, obgleich es sich auf den ersten Blick um einen anderen Ansatz zu handeln scheint, zu praktisch gleichen Ergebnissen (*A. Ott*, Technischer Fortschritt, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 19. Lieferung, S. 302 ff.).

Tabelle 6. Angaben über die Struktur des Kapitalstocks und der Wertschöpfung wurden entnommen aus *S. Kuznets*, Long-Term Changes, a.a.O. (Kapitalstock S. 118, Tab. 21 C; Wertschöpfung S. 102, Tab. 17 unter Verwendung der Sozialproduktdaten auf S. 30, Tab. 1). Die zeitliche Zuordnung der in Zehnjahresdurchschnitten angegebenen Wertschöpfung zu den Werten des Kapitalstocks wurde entsprechend der Fußnote zu Tab. 23, S. 122, vorgenommen.

Tabelle 7. Vereinigtes Königreich: 1. Reales Sozialprodukt: *J. B. Jefferys* and *D. Walters*, National Income, a.a.O., S. 17, Tab. VI, Sp. (2) und (4); 2. Kapitalstock: *E. H. Phelps Brown, B. Weber*, Accumulation, Productivity, and Distribution in the British Economy, 1870—1938. Economic Journal, Bd. 63 (1953), S. 286 f. (berechnet aus Sp. (3), (4) und (10); Beschäf-

---

[4] Kapitalintensität $= \frac{K}{A} = \varkappa$.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tigte: *C. Clark,* The Conditions of Economic Progress, 2. Aufl., London 1951, S. 63; 4. Der Anteil des Arbeitseinkommens am Gesamteinkommen (m) wurde berechnet mit Hilfe der Angaben von *E. H. Phelps Brown,* P. E. Hart, The Share of Wages in National Income. Economic Journal, Bd. 62 (1952), S. 276 f. Es wurde die Annahme gemacht, daß der Anteil des Arbeitseinkommens der Unternehmer am Unternehmereinkommen dem Anteil der Unselbständigen am Volkseinkommen entspricht.

USA: 1. Reales Sozialprodukt: *S. Kuznets,* Long-Term Changes, a.a.O., S. 30, Tab. 1; 2. Kapitalstock: *S. Kuznets,* National Product since 1869, a.a.O., S. 228, Tab. IV 10: 3. Beschäftigte: *S. Kuznets,* Long-Term Changes, a.a.O., S. 71, Tab. 9 (ohne Militär); 4. Anteil des Arbeitseinkommens am Gesamteinkommen (m): *S. Kuznets,* Long-Term Changes, a.a.O., S. 136, Tab. 27. Um eine konsistente Reihe zu erhalten, wurden die verschiedenen Perioden verkettet.

Zu Kapitel IV

Tabelle 8. Reales Sozialprodukt, Kapitalstock und Anteil des Arbeitseinkommens am Gesamteinkommen wie in Tab. 7. Der Index für geleistete Arbeitsstunden wurde zusammengestellt nach *S. Kuznets,* Long-Term Changes, a.a.O., S. 65, Tab. 7 und S. 71, Tab. 9.

Tabelle 9. 1. Nettosozialprodukt zu Marktpreisen von 1954: Das Sozialprodukt der Bundesrepublik 1950 bis 1956 in konstanten Preisen. Wirtschaft und Statistik, 9. Jg. N.F. (1957), S. 587. 2. Kapitalstock: Nettoanlagevermögen für 1950 nach *F. Grünig,* Versuch einer Volksvermögensrechnung, a.a.O., S. 38, und Fortschreibung mit Hilfe der Angaben über die Nettoinvestition in: Das Sozialprodukt der Bundesrepublik, a.a.O., S. 587 und 594 (Brutto-Anlageinvestitionen minus Abschreibungen); Die Umbasierung von 50er Preisen bei *Grünig* auf Preise von 1954 wurde mit Hilfe des Preisindex für die Brutto-Anlageinvestitionen vorgenommen; 3. Erwerbstätige: Das Produktionsergebnis je Beschäftigten, a.a.O., S. 152. Die Grenzproduktivität des Kapitals wurde mit 0,25 angesetzt, ein Wert, zu dem die im Zusammenhang mit der Erforschung der *Cobb-Douglas*-Funktion durchgeführten Untersuchungen im Durchschnitt geführt haben. Wie mehrfach betont, haben selbst größere Fehler keinen wesentlichen Einfluß auf das Resultat.

Die Formel für die Ermittlung des Index für den technischen Fortschritt ergibt sich durch Umformung von Gleichung (9):

$$\frac{\dot{F}}{F} = m \frac{\dot{\varkappa}}{\varkappa} - \frac{\dot{\alpha}}{\alpha} \tag{1}$$

Setzen wir an Stelle des durchschnittlichen Kapitalkoeffizienten α den reziproken Wert, d. h. die Durchschnittsproduktivität des Kapitals, so können wir sagen, daß der technische Fortschritt positiv von der Produktivität des Kapitals und der Kapitalintensität beeinflußt wird.

Relation (8) auf S. 227 läßt sich auch umformen in

$$\frac{\dot{\lambda}}{\lambda} = \frac{\dot{F}}{F} + n \frac{\dot{\varkappa}}{\varkappa} \tag{2}$$

Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität ($\lambda = E/A$) erscheint als Funktion des technischen Fortschrittes und der Kapitalintensität. Der Index der Kapitalintensität hat stets ein relativ kleines Gewicht gegenüber dem Index des technischen Fortschritts.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zu Kapitel V

Tabelle 10. S. Fabricant, Employment in Manufacturing, 1899—1939. National Bureau of Economic Research, New York 1942. Die Meßziffer-reihen für die Produktivität wurden aus den Tabellen auf S. 266—331 abgeleitet. Da *Fabricant* die Beschäftigung je Produktionseinheit verzeichnet hat, mußten reziproke Werte gebildet werden.

Abbildung 3. Ausgewählte Reihen aus Tab. 10.

Tabelle 11. Das Produktionsergebnis je Beschäftigten in den großen Bereichen der Volkswirtschaft 1950 bis 1957. Wirtschaft und Statistik, a.a.O., S. 152 (Tab. 3).

Messung der Produktivität nach Fourastié

Wir betrachten den Preis eines Gutes, der die Dimension Geldeinheiten je Mengeneinheit trägt, und den Durchschnittslohn der an der Fertigung des Gutes beteiligten Industrien mit der Dimension Geldeinheiten je Zeiteinheit. Beziehen wir den Lohn auf den Preis, so ergibt sich

$$\frac{\mathrm{GE/ZE}}{\mathrm{GE/ME}} = \frac{\text{Mengeneinheiten}}{\text{Zeiteinheit}}$$

also ein Maß für die Produktivität. Die Methode besticht auf den ersten Blick durch ihre Einfachheit, doch sind der Anwendbarkeit relativ enge Grenzen gesetzt. Die gesamten Kosten einschließlich des Gewinns werden in Arbeitsstunden ausgedrückt. Sinnvolle Ergebnisse erhält man deshalb nur, wenn sich das Verhältnis der Lohnkosten zu den Nichtlohnkosten nicht wesentlich ändert. Bei sich über sehr lange Zeiträume erstreckenden Untersuchungen ist der beobachtete Produktivitätszuwachs im allgemeinen so stark, daß langfristige Änderungen in der eben genannten Relation keinen entscheidenden Einfluß haben. Zugleich ergibt sich natürlich die Frage, welcher Lohnsatz genommen werden soll. An sich müßte es ein gewogener Durchschnitt sein, gebildet aus allen an der Fertigung des Produktes direkt und indirekt beteiligten Industrien. Fourastié schlägt vor, einfach den volkswirtschaftlichen Durchschnittslohn zu wählen.

Zu Kapitel VI

Tabelle 4. Deutschland: *P. Jostock,* The Long-Term Growth, a.a.O. 1. Reales Sozialprodukt: S. 82 (Tab. I); 2. Bevölkerung: S. 94 (Tab. III); 3. Preisindex für Sozialprodukt: S. 82 (Tab. I). — USA: *S. Kuznets,* The Long-Term Changes, a.a.O., 1. Reales Sozialprodukt: S. 30 (Tab. 1); 2. Bevölkerung: S. 55 (Tab. 4); 3. Preisindex für Sozialprodukt: S. 30 (Tab. 1). — Vereinigtes Königreich: *A. R. Prest,* National Income of the United Kingdom 1870—1946. Economic Journal, Bd. 58 (1948), S. 58 f.

Tabellen 12 u. 13. Quellen: Einkommen in laufenden Preisen wurden entnommen aus: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Deutsches Institut für Konjunkturforschung, Berlin. Jahre 1950 und 1951: Jg. 1953, S. 353 ff.; Jahre 1952 und 1953: Jg. 1956, S. 41 ff.; Jahre 1954—1956: Jg. 1957, S. 39 ff. Es wurden, um konsistente Reihen zu erhalten, für alle Jahre die Ergebnisse vor der großen, vom Statistischen Bundesamt vorgenommenen Revision gewählt. Für die weiter zurückliegenden Jahre waren keine

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

revidierten Daten in genügender Aufgliederung verfügbar. Der Preisindex für das Sozialprodukt wurde entnommen aus dem Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1957, S. 18.

Methode: Alle einzelnen Einkommenskategorien der jeweiligen Basisperiode wurden mit der generellen Fortschrittsrate des realen Sozialproduktes multipliziert. Aus einem Vergleich der so erzielten Ergebnisse mit dem Nominaleinkommen der laufenden Periode ergibt sich die „inflatorische Lücke", die dadurch entsteht, daß nominelle Einkommen schneller wachsen als das Realprodukt. Das in Tab. 12 bei den unverteilten Gewinnen bei diesem Rechenverfahren erzielte Ergebnis ist anders zu interpretieren. Es zeigt die kombinierten Wirkungen des Prozesses von Investieren und Sparen auf das Preisniveau. Die einzelnen Komponenten treten in Tab. 13 in Erscheinung. Es sind dies im einzelnen:

(1) Änderungen im Sparverhalten des privaten Sektors. Eine Erhöhung (Verminderung) der Sparquote dieses Sektors vermindert (erhöht) cet. par. die unverteilten Gewinne.

(2) Veränderungen in der Ersparnisbildung der öffentlichen Haushalte. Änderungen der Sparquote wirken wie bei (1).

(3) Veränderungen der Investitionsquote (Investition einschl. Exportüberschuß). Eine Erhöhung (Verminderung) der Investitionsquote erhöht (vermindert) cet. par. die unverteilten Gewinne.

(4) Veränderungen in der Einkommensverteilung. Bei gegebenen Sparquoten der Sektoren bewirken Verschiebungen in der Einkommensverteilung eine Änderung der gesamtwirtschaftlichen Sparquote.

Die Isolierung der Einzelkomponenten wurde rechnerisch dadurch erreicht, daß wechselseitig jeweils drei Komponenten konstant gehalten und eine variiert worden ist. Die vier Komponenten ergeben zusammen den Nettoeffekt des Prozesses von Investieren und Sparen (Eintragung bei unverteilten Gewinnen in Tab. 12). Die Aufspaltung beinhaltet natürlich ein Indexproblem, d. h. es können verschiedene Wege beschritten werden, die im Allgemeinfall zu etwas voneinander abweichenden Resultaten führen.

Es sei darauf hingewiesen, daß die in der letzten Spalte in Tab. 13 eingetragenen Ergebnisse für den ganzen Zeitraum nicht durch Addition der jährlichen Veränderungen gewonnen werden können.

Generaldiskussion

Prof. Dr. Wilhelm *Krelle* (St. Gallen):

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Das sorgfältige und vorzügliche Referat des Kollegen *Bombach* ist die Frucht einer langen Beschäftigung mit wachsumstheoretischen Problemen und den dazugehörigen statistischen Quellen. Ich hatte den Vorzug, sie vorher zu lesen. Wegen der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit muß ich mich darauf beschränken, die wesentlichsten Punkte des *Bombach*schen Referates hervorzuheben, diejenigen Stellen zu bezeichnen, die meines Erachtens einer Diskussion bedürfen, einige

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

neue Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen und gewisse Folgerungen zu ziehen. Auf Einzelheiten der statistischen Methoden kann ich nicht eingehen; ich hoffe, Herr *Menges* kommt hierauf zu sprechen.

Im ersten Teil seines Referates hat uns *Bombach* zwei einfache, aber keinesfalls (wie man manchmal abschätzig tituliert) „naive" Wachstumstheorien vorgetragen. Sie sind, wie ich glaube, für die „sehr lange Frist" (sagen wir 40—80 Jahre) durchaus angemessen. Einmal wird das Wachstum erklärt aus den Veränderungen von Arbeitsproduktivität und Arbeitspotential, dann alternativ nach Harrod und Domar aus Investitionsquote und Kapitalkoeffizient. Beide Theorien haben den nicht zu unterschätzenden Vorteil, unmittelbar für Prognosen verwandt werden zu können, sobald man sich über die Konstanz oder den Trend von jeweils nur zwei volkswirtschaftlichen Durchschnittsgrößen klar geworden ist. Nun zeigt *Bombach,* daß man kein Vertrauen in die Konstanz des Kapitalkoeffizienten bzw. eine stetige Entwicklung der Arbeitsproduktivität haben kann, auf die es hier im wesentlichen ankommt, weil Arbeitspotential und Investitionsquote unproblematischer sind.

Das ist unbezweifelbar richtig. *Bombachs* Ausführungen zur Theorie des Kapitalkoeffizienten gehören sicher zu den bleibenden Leistungen seiner Arbeit. Es fragt sich nur, welche Bedeutung diesen Bedenken zukommt. Es gibt gewisse Regelmäßigkeiten, zu deren Begründung man nur die Empirie anführen kann, während die Theorie einen komplizierten Zusammenhang zeigt, der a priori keine Regelmäßigkeiten erwarten läßt. Die Kostenstrukturen von Firmen und Branchen gehören z. B. hierzu: trotz aller Änderungen von Preisen und Techniken bleiben sie erfahrungsgemäß ziemlich konstant.

Soll man nun solche theoretisch nicht oder kaum fundierten, rein empirischen Regelmäßigkeiten einer Wachstumstheorie zugrunde legen? Handelt es sich hierbei um einen Zufall ähnlich dem, wenn beim Roulett dreimal hintereinander rouge auftritt, auf Grund dessen man natürlich nicht schließen kann, daß das vierte Mal auch rouge kommt? Oder handelt es sich um verborgene Gesetzmäßigkeiten vielleicht sehr indirekter Art wie etwa die, daß die Selbstmordrate in den reicheren Ländern höher zu sein pflegt als in den ärmeren des gleichen Kulturkreises? Dies scheint mir einer näheren Untersuchung zu bedürfen. Denn ohne dringende Notwendigkeit sollte man einfache Überschlagsmethoden nicht opfern, wenn sie jedenfalls einigermaßen brauchbare Resultate zu geben versprechen.

Denn was ist die Alternative? *Bombach* fordert eine Errechnung des durchschnittlichen Kapitalkoeffizienten und der durchschnittlichen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Arbeitsproduktivität auf Grund von Projektionen der entsprechenden Zahlen für die Branchen und der Änderungen der relativen Branchengrößen. Ganz sicher führt das zu besseren Ergebnissen. Aber was tut man jetzt? Man projiziert in Wirklichkeit die Entwicklung der einzelnen Branchen, um auf einem dann gar nicht mehr nötigen Umweg über gesamtwirtschaftliche Koeffizienten das Wachstum des Sozialprodukts im ganzen zu erhalten, das man dann ebenso gut durch einfache Branchenaddition gewinnen könnte. Ich glaube daher, man sollte die einfachen Methoden der Sozialprodukts-Vorausschätzung entweder als bestmögliche Schätzungen für den langfristigen Trend so lassen, wie sie sind — vorausgesetzt, daß man das Risiko so langfristiger Voraussagen überhaupt für tragbar hält —, oder man sollte dann gleich zu einem wirklichen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsmodell übergehen und nicht sozusagen auf halbem Wege stehen bleiben. Solchen gesamtwirtschaftlichen Systemen ist allerdings nur sehr kurzfristig zu trauen — sagen wir für eine ein- bis zweijährige Prognose. Was zwischen sehr kurzfristig und sehr langfristig liegt, — was man also als Konjunktur bezeichnet, entzieht sich bisher exakter Voraussage. Zu einem solchen mehr kurzfristigen Wachstumsmodell hätte ich einige Vorschläge zu machen, für die aber jetzt die Zeit nicht reicht. Es müßte gleichzeitig eine weitere Schwäche der einfachen Methoden beseitigen: daß sie nämlich alle bewußte oder unbewußte Beeinflussung des Wachstums durch die Wirtschaftspolitik außer acht lassen. Sie gelten nur, wenn die Wirtschaftspolitik so weitermacht wie bisher. Wie dem aber auch sei, auf jeden Fall ist die Bombachsche Theorie des Kapitalkoeffizienten ein wichtiger Baustein zu einer solchen Theorie, insbesondere in Verbindung mit einer Theorie des technischen Fortschrittes, wie er sie in Anlehnung an Solow und ähnlich wie Ott entwickelt und in Auszügen vorgetragen hat.

Nur zum zweiten Teil des Referates, der sich mit dem Verhältnis Wachstum-Preissteigerung beschäftigt. Selbst unterentwickelte Länder kommen immer mehr zu der Überzeugung, daß eine inflationistische Geldbeschaffung für Investitionszwecke nur vorübergehend die Konsumquote herabdrückt und Platz für Investitionen schafft, solange nämlich die Masse der Bevölkerung und insbesondere die Gewerkschaften den Trick nicht durchschauen. Dann ist es aus damit, und die Inflation hat nur verzerrende und lähmende Einflüsse. Also die Preissteigerung ist keinesfalls die Voraussetzung für ein Wachstum, jedenfalls nicht auf die Dauer und schon gar nicht in entwickelten Ländern. Darin werden, glaube ich, wohl alle dem Referenten zustimmen. Wie steht es nun mit der Preissteigerung als Folge des Wachstums? Gewiß gibt es Perioden mit Wachstum ohne Preissteigerung, sogar mit sinkendem Preistrend, in der Bundesrepublik z. B.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

das Jahr 1949 und die erste Hälfte 1950. Aber, mit oder ohne Wachstum: jede Währung ist bisher ruiniert worden. Die Währungsgeschichte von der Antike bis jetzt ist eine Geschichte von langsamem Währungsverfall oder schnellen Katastrophen, unterbrochen von neuen Starten durch Währungreformen mit immer erneuten guten Vorsätzen. Das ist natürlich keine Entschuldigung für unsere Generation. Im Gegenteil: es sollte möglich sein, mit unserer jetzigen Kenntnis der Zusammenhänge dieses „Gesetz der ewigen Verschlechterung aller Dinge" zu durchbrechen. Aber es gehört offensichtlich Anstrengung dazu, wie Wilhelm Busch sagt: der liebe Gott muß immer ziehen, dem Teufel fällt's von selber zu.

Wieso entstehen Preissteigerungen aus dem Wachstum? Wir sollten hier Zug und Druck unterscheiden (Pull and push wie die Amerikaner sagen), nämlich den Zug der Nachfrage und den Druck der Löhne auf die Preise. Was den Lohndruck angeht, so hat *Bombach* die entscheidenden Phänomene richtig herausgearbeitet. Die Preise können bei gleichbleibendem Wachstum nur konstant bleiben, wenn, grob gesagt, die Durchschnittslöhne der Durchschnittsproduktivität folgen. Steigen sie darüber hinaus, so müßten die Gewinne zurückgehen, wenn das Preisniveau konstant bleiben soll, d. h. die Verteilung müßte verändert werden. Damit aber sinkt notwendig die Wachstumsrate, denn das Lohneinkommen wird fast vollständig konsumiert. Nun orientieren sich die Lohnforderungen in einer Branche im wesentlichen an den Produktivitätsfortschritten dieser Branche. Die Branchen mit den größten Produktivitätsfortschritten gehen voraus, die übrigen folgen, um ihre Position in der Lohnpyramide zu halten, obwohl die Produktivitätsfortschritte kleiner sind — der sogenannte Paritätsanspruch kommt ins Spiel —, und die Preisniveausteigerung ist unvermeidlich.

In der Schweiz, wo der Paritätsanspruch der Landwirtschaft sogar gesetzlich verankert ist, und in Staaten mit Indexbindungen der Löhne ist dies geradezu zum System erhoben: die ständige Geldwertverschlechterung durch Lohndruck ist institutionalisiert.

Sind nun die Preisniveausteigerungen in der Bundesrepublik zum erheblichen Teil dem Lohndruck zuzuschreiben? *Bombach* neigt dazu, dies zu bejahen, ich bin anderer Ansicht. In einer nicht vorgetragenen, aber im Druck erscheinenden Anmerkung (Anmerkung 46, S. 207) gibt *Bombach* eine Steigerung des Durchschnittseinkommens je Beschäftigten von 1950 auf 1956 von 59,5 % an, während die Arbeitsproduktivität nur um 24,1 % gestiegen ist. Ebenso ergeben seine Berechnungen in Tab. 12 und 13, daß für den gleichen Zeitraum bei einer Steigerung des Preisniveaus von 21,4 % der Überhöhung des Brutto-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einkommens der Unselbständigen 13,3 % zuzuschreiben ist. Ich glaube nicht, daß dies letzte Ergebnis in dieser Form interpretiert werden darf, kann aber hierauf aus Zeitgründen nicht eingehen.

Was nun das von *Bombach* festgestellte Überschreiten der Produktivität durch die Löhne angeht, so gibt es auch gegenteilige Ansichten. Fürstenberg kommt in einer kürzlich erschienenen Arbeit[1] zu dem Ergebnis, daß im Zeitraum 1949 bis 1954 die Lohnsteigerungen mit Ausnahme beim Kohlenbergbau überall hinter den Produktivitätssteigerungen zurückblieben. Ähnliches behauptet Gleitze in der „Konjunkturpolitik"[2]. Die Divergenz kommt offensichtlich durch unterschiedliche Messung von Produktivität und Lohnniveau sowie die Wahl verschiedener Basisjahre und Perioden zustande. Das ist ein Problem, das hier nicht erörtert werden kann, aber immerhin geklärt werden sollte. Wie dem aber auch sei: auf keinen Fall kann man schließen, weil die durchschnittliche Lohnsteigerung über die durchschnittliche Produktivitätssteigerung hinausging, seien die Preise gestiegen. Ebenso gut kann die Preissteigerung zuerst eingetreten sein, während die Löhne folgten, bis die alte Verteilung wieder hergestellt war. Das statistische ex post-Bild ist das gleiche, nur der Kausalnexus umgekehrt. Und dies scheint mir für den deutschen Fall jedensfalls im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt, nicht für einzelne Branchen eher zuzutreffen.

Damit komme ich zugleich auf den zweiten Punkt, den Nachfragezug. Ihm messe ich für die Preisniveau-Erhöhung in der Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit eine größere Bedeutung zu als *Bombach*. Überdies müssen hier, wie ich glaube, noch einige wesentliche Phänomene zusätzlich erwähnt werden. Sie ergeben sich mehr oder weniger zwangsläufig aus der Analyse der Fakten.

Der Index der industriellen Produzentenpreise[3] stieg von 1950 bis 1956 um 21 %. Die ganze Steigerung lag aber zwischen 1950 und 1952, war also eine Folge der Koreakrise, während nachher bis 1956 nur leichtere Schwankungen festzustellen waren. Ähnliches gilt für den Konsumentenpreisindex[3]. Er stieg von 1950 bis 1956 um 13 %, davon 10 % zwischen 1950 und 1952. Die Hauptursache der Preissteigerung scheint also auf der Nachfrage- und Einfuhrseite gelegen zu haben. Aber warum ging das Preisniveau nachher nicht zurück?

---

[1] *Fürstenberg*, „Probleme der Lohnstruktur", Tübingen 1958.

[2] *Gleitze*, „Die lohnpolitische Situation", Konjunkturpolitik 3. Jahrgang 1957, S. 1.

[3] Vgl. Stat. Jahrb. f. BRD 1957, S. 458 und 505 (mittlere Verbrauchergruppe).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es zeigt sich, daß wir auf vielen Märkten nun dahin gekommen sind, wo wir auf dem Arbeitsmarkt schon lange sind: die Preise bewegen sich nur noch einseitig. Die Ursache liegt einmal in der oligopolistischen Marktstruktur. Eine andere Marktform würde die Preisbeweglichkeit nach unten sofort wieder herstellen, wie das Beispiel der konkurrenzmäßig organisierten internationalen Produktenbörsen zeigt. Der zweite Grund ist ebenso bedeutsam: die Löhne folgen mehr oder weniger sofort dem gestiegenen Preisniveau. Die Gewerkschaften haben keine Geduld, das Ende einer Preiswelle abzuwarten und damit Raum zu lassen für Preissenkungen, sobald der Ansturm der Nachfrage wieder vorbei ist. Dann kann natürlich auch das Preisniveau nach Normalisierung der Nachfrage nicht wieder zurückgehen, da ja die Löhne nach unten kaum mehr veränderlich sind. Diese beiden Züge unseres Problems: oligopolistische Marktstruktur und zu schnelles Folgen der Löhne bei nachfragebedingten Preissteigerungen fehlen meines Erachtens noch in dem sonst so zutreffenden Gemälde von *Bombach.*

Was ist nun in einer solchen Situation zu tun? Wir wollen Wirtschaftswachstum, wir wollen aber gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus. Offensichtlich sollte man dafür sorgen, daß Lohndruck und Nachfragezug so gering wie möglich sind und oligopolistische Märkte soweit wie möglich beseitigt werden. Der Lohndruck ist zu vermindern, wenn wir von den mittelalterlich-faustrechtlichen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt fortkommen. Es ist einfach unwürdig und volkswirtschaftlich im Grunde unverantwortlich, eine so wichtige Größe wie den Lohn dem zufälligen Ergebnis eines Aushandlungsprozesses mit Drohung, Täuschung, Bluff und Übervorteilung zu überlassen. Wenn es in den Niederlanden möglich war, Lohnverhandlungen nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten fair und frei zu führen, sollte das hier nicht ausgeschlossen sein. Was den Nachfragezug angeht, so hilft in einer freien Wirtschaft, wo man Konsum und private Investition jedenfalls kurzfristig unmittelbar nicht beeinflussen kann, vor allem eine schnell reagierende Kreditpolitik in Verbindung mit einer beweglich gehandhabten und auf Nachfrageausgleich gerichteten staatlichen Ausgabenpolitik. Vor allem an letzterer fehlt es bisher offensichtlich. Die dann noch vom Weltmarkt importierten inflationistischen Effekte müssen, wenn sie vorübergehend erscheinen, durch staatliche und private Vorratspolitik soweit als möglich abgeschwächt, sonst durch Wechselkursänderungen kompensiert werden. So etwa stelle ich mir die Beseitigung inflationistischer Wachstumseffekte vor. Ohne wirkliche Anstrengungen geht das nicht ab. Läßt man die Dinge treiben, so werden wir nach meiner

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Überzeugung, wie die Verhältnisse jetzt liegen, Wachstum in einem einigermaßen nennenswerten Umfang nur mit einer milden, aber auf die Dauer eben doch fühlbaren Geldwertverschlechterung erkaufen können.

Prof. Dr. Günter *Menges* (Saarbrücken):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich Herrn Professor *Bombach* zunächst zu seinem Referat beglückwünsche. Ein sehr schwieriges, weitgespanntes und heterogenes Thema ist von ihm bewältigt worden, was um so mehr zählt, als die Theorie und besonders die empirische Erforschung der Rolle des monetären Faktors in der wachsenden Wirtschaft bisher in erstaunlichem Maße vernachlässigt worden sind.

Ich stimme mit den Überlegungen und Folgerungen von Professor *Bombach* im wesentlichen überein, ganz besonders hinsichtlich der Notwendigkeit des stärkeren Einbaus von Strukturkomponenten in die Wachstumsanalyse. Es ist zweifellos schwierig, Veränderungen in der Struktur der Bevölkerung, des Arbeitspotentials, der Einkommenspyramide, der Ersparnisbildung usw. in die Wachstumsmodelle aufzunehmen, aber ich bin sicher, daß erst die Lösung dieser Probleme die Wachstumstheorie von den „übervereinfachten Formeln" befreien kann, die Professor *Bombach* zu Recht kritisiert hat.

Lassen Sie mich nun aus der Fülle der vom Referenten behandelten Gegenstände drei herausgreifen und kurz erörtern:

1. das Problem: Kapitalsubstitution und technischer Fortschritt;

2. die mehr statistische Frage nach der Meßbarkeit des technischen Fortschritts auf Grund der *Solow*schen Gleichung. Schließlich möchte ich

3. über einige ökonometrische Bemühungen um die Aufhellung der Rolle der inflatorischen Lücke im Wachstumsprozeß berichten.

1. Es hat zweifellos bedeutende Vorzüge, das Wachstum des Sozialprodukts unter Zuhilfenahme von makroökonomischen Produktionsfunktionen vom *Cobb-Douglas*-Typ zu erklären, die bekanntlich neben dem Arbeitsaufwand auch den Kapitalaufwand explicite berücksichtigen. Auf die mit der Verwendung der Funktionen vom *Cobb-Douglas*-Typ verbundene statistische Problematik, etwa Verwendung von Kapitalbestand anstelle von Kapitalaufwand, will ich nicht eingehen, vielmehr auf die grundsätzliche Frage, ob der Beitrag des technischen Fortschritts zum Wirtschaftswachstum mit derartigen Produktionsfunktionen angemessen erklärt werden kann.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das Problem lautet: Beeinflußt der technische Fortschritt das Wachstum des Sozialprodukts nur insoweit, als er eine Zunahme des Sozialprodukts bei gegebenem Aufwand an Kapital und Arbeit bewirkt, oder *auch* über die Zunahme des Kapitalaufwandes, zumindest soweit sie eine Erhöhung der Kapitalintensität bedeutet? Professor *Bombach* hat die Frage verneint, indem er die Substitution von Arbeit und Kapital ausdrücklich vom technischen Fortschritt getrennt hat. Er befindet sich damit in Übereinstimmung mit *Douglas* natürlich, mit Kendrick, der die Frage kürzlich behandelt hat, mit *Solow* und einigen anderen amerikanischen Autoren, zum Beispiel *Ruttan*.

Lediglich von Krieghoff ist in neuester Zeit die Trennung von Kapitalsubstitution und technischem Fortschritt kritisiert worden. Und in der Tat: Man kann sich schlecht vorstellen, daß die zunehmende Kapitalausstattung des Arbeitsplatzes, die empirisch ja bestätigt ist, unabhängig vom technischen Fortschritt sein soll. Die Trennung von Kapitalsubstitution und technischem Fortschritt führt überdies zu der bekannten Konsequenz, daß zunehmender Kapitalaufwand pro Arbeitseinheit mit einer Abnahme des Leistungsgrades des gesamten Kapitalbestandes, also Abnahme der Kapitalproduktivität, verbunden ist. So spricht man davon — auch Professor *Bombach* hat diese Konsequenz in seinem Referat gezogen —, daß zunehmende Kapitalintensität durch technischen Fortschritt kompensiert werden muß. Offenbar bedeutet dann zunehmende Kapitalintensität ohne technischen Fortschritt ausnahmslos Verschlechterung der Produktionstechnik.

Betrachtet man hingegen die Kapitalsubstitution per se bereits als Bestandteil, als eine Manifestation des technischen Fortschritts, so erklärt sich der Beitrag des solcher Art aufgefaßten technischen Fortschritts zum Wirtschaftswachstum viel plausibler, nämlich zum einen Teil als Rationalisierungseffekt und zum anderen Teil als Mechanisierungseffekt. Darauf, daß der technische Fortschritt sich in beiden Komponenten realisiert, hat seinerzeit Tinbergen, obwohl er in seinem Wachstumsmodell eine makroökonomische Produktionsfunktion vom *Cobb-Douglas*-Typ verwandt hat, nachdrücklich hingewiesen.

2. Mit der soeben behandelten Frage im engen Zusammenhang steht die weitere nach der Möglichkeit gesamtwirtschaftlicher Aussagen über den technischen Fortschritt. Professor *Bombach* ist unter Anwendung des Solowschen Verfahrens auf amerikanische Statistiken zu dem Schluß gekommen, daß in den USA der technische Fortschritt die Substitutionswirkung nicht völlig kompensieren konnte, so daß der Kapitalkoeffizient angestiegen ist. Nach der *Harrod-Domar*'schen Theorie würde diese Erscheinung ganz gravierende Konsequenzen für das wirtschaftliche Wachstum haben. Die Frage ist jedoch, ob an Hand

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der verwendeten Statistiken und des *Solow*schen Verfahrens derartige quantitative Aussagen über die Entwicklung von Kapitalkoeffizient, Kapitalintensität und technischem Fortschritt überhaupt möglich sind. Ich fürchte, die Frage ist zu verneinen.

Zunächst ist festzuhalten, daß die in Rede stehende Erscheinung für den Zeitraum 1924 bis 1933 beobachtet wurde; die neueren Untersuchungen von Kuznets haben gezeigt, daß in den folgenden Jahren in den USA der Kapitalkoeffizient beträchtlich gesunken ist. Doch davon ganz abgesehen stellt sich die Frage, inwieweit es statistisch gerechtfertigt ist, auf Grund der *Solow*schen Gleichung einen Index des technischen Fortschritts zu ermitteln.

Der Index des technischen Fortschritts auf Grund der Solowschen Gleichung stellt eine Restkomponente dar, auf die sich die statistischen Ermittlungsfehler der vorangegangenen Größen konzentrieren. Darüber hinaus besteht keine rechte Vergleichbarkeit zwischen der gesamtwirtschaftlichen Kapitalausstattung und dem gesamtwirtschaftlichen technischen Fortschritt. Die Untersuchungen von Grosse haben gezeigt, daß in den USA weit über 60 % des gesamten Kapitalbestandes in nichtindustriellen Bereichen investiert sind, besonders im Wohnungsbau und im Verkehrsgewerbe. Ähnliche Zahlen hat Professor *Bombach* auf Grund der Grüningschen Untersuchungen mitgeteilt. Auf der anderen Seite aber wird sich der technische Fortschritt im wesentlichen in der Industrie realisieren. Indem man also nach Solow die relative Veränderung des technischen Fortschritts als Differenz zwischen der relativen Veränderung der — gewogenen — Kapitalintensität und der relativen Veränderung des Kapitalkoeffizienten berechnet, schmälert man den Wert für den technischen Fortschritt auch und gerade um Erhöhungen des Kapitalkoeffizienten in solchen Bereichen, in denen sich kein oder kaum ein technischer Fortschritt vollzieht. Freilich würden schon dann, wenn es den statistischen Materialien nach möglich wäre, die *Solow*sche Gleichung auf einzelne Sektoren anzuwenden, brauchbarere Ergebnisse erzielt werden können. In jedem Fall aber halte ich es für problematisch, gesamtwirtschaftliche Aussagen über den technischen Fortschritt auf Grund der *Solow*schen Gleichung zu treffen.

Ich komme schließlich zum dritten Punkt meines kurzen Beitrages, der Frage nach der Rolle der inflatorischen Lücke im Wachstumsprozeß.

Hamberg hat zwar in seinem Buch über das Wirtschaftswachstum bemerkt, daß es trotz der offensichtlichen Bedeutung des monetären Faktors für die Zuwachsrate des Sozialprodukts an theoretischen Erörterungen über diesen Zusammenhang so gut wie völlig fehlt. *Ham-*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

berg selbst hat jedoch bekanntlich die Bedeutung elastischen Geldangebots für den *Harrod-Domar*'schen Prozeß analysiert. Außerdem sind in der ökonomischen Theorie bekannt einerseits die Bedeutung einer tendenziellen monetären Übernachfrage für die unternehmerischen Gewinne; andererseits die Bedeutung der Gewinne für die Investitionsentscheidungen der Unternehmer, und da schließlich eine ausreichende Investitionsrate als unerläßliches Wachstumsstimulans erklärt ist, läßt sich also auch auf diesem Wege eine einfache Beziehung zwischen monetärem Faktor und Wirtschaftswachstum herstellen.

Herr Professor *Bombach* schließlich hat sich im letzten Teil seines Referates ausführlich mit der Beziehung zwischen inflatorischer Lücke und Wirtschaftswachstum befaßt, so daß doch sicherlich ein so breites theoretisches Fundament jedenfalls gelegt ist, daß eine ökonometrische Analyse gerechtfertigt ist.

Ich habe die von Professor *Bombach* gefundenen Zeitreihen über die inflatorische Lücke und ihre Lokalisation in der Bundesrepublik von 1950 bis 1956 zum Ausgangspunkt einiger statistisch-ökonometrischer Analysen gemacht und darf Ihnen die wichtigsten Ergebnisse als Ergänzung des Referates von Professor *Bombach* kurz nennen.

Zunächst einmal erweist sich der starke Zusammenhang zwischen inflatorischer Lücke und Preisniveau, der mit einer überaus hohen Sicherungswahrscheinlichkeit — mehr als 99,9 % — signifikant ist. Im einzelnen zeigt sich für Nachkriegsdeutschland die Regelmäßigkeit, daß eine Erhöhung der inflatorischen Lücke um 1 Milliarde DM zu einer Erhöhung des Preisniveaus um 0,88 % führt.

Das Wachstum des realen Sozialprodukts — netto und zu Marktpreisen — ist gegenüber Veränderungen der inflatorischen Lücke offenbar relativ unempfindlich. Tatsächlich zeigt sich eine typische statistische Unabhängigkeitssituation, wenn ein Maß für die gesamte inflatorische Lücke zugrunde gelegt wird. Diese Erscheinung — für sich betrachtet — ist ein kleines Indiz für die Richtigkeit des Argumentes, daß stetiges Wirtschaftswachstum nicht unbedingt mit einem inflatorischen Prozeß verbunden zu sein braucht. Denn wenn dieses Argument nicht richtig wäre, müßte sich eine — wenn auch schwache — statistische Abhängigkeit erweisen. Auf der anderen Seite legen jedoch detaillierte Untersuchungen im Zusammenhang mit der Lokalisation der inflatorischen Lücke den Schluß nahe, daß Unabhängigkeit nur besteht zwischen dem Wachstum des realen Sozialprodukts und den Teilen der inflatorischen Lücke, die durch Einkommenswirkungen hervorgerufen sind, d. h. durch Diskrepanzen zwischen der Entwicklung der in Realeinheiten gemessenen Lohn- und Gehaltssumme und der Produktivität.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Im Sinne der vorigen Interpretation würde dies bedeuten, daß, wenn überhaupt von einer Parallelität in der Entwicklung zwischen Zuwachsrate des Realprodukts und inflatorischer Lücke gesprochen werden kann, dann nur im Hinblick auf die Teile der inflatorischen Lücke, die durch überproportionale Erhöhungen der Investitionsneigung hervorgerufen sind.

Nun kann man aber weiter die Frage stellen: wenn schon ein empirischer Zusammenhang zwischen Zuwachsrate des Realprodukts und inflatorischer Lücke fraglich ist, so mag doch vielleicht ein starker Zusammenhang bestehen zwischen inflatorischer Lücke und Abweichung des tatsächlichen wirtschaftlichen Wachstums von stetigem Wachstum. Führt man die ökonometrische Analyse durch, so zeigt sich in der Tat grundsätzlich ein stärkerer Zusammenhang. Man hat es nun nicht mehr mit einer typischen statistischen Unabhängigkeitssituation zu tun, obgleich auch der Zusammenhang zwischen inflatorischer Lücke und Abweichung des Wirtschaftswachstums von der Stetigkeit im statistischen Sinne nicht signifikant ist. Doch ist zu vermuten, daß bei einer Vergrößerung des Kollektivs sehr bald eine Bestätigung herbeigeführt werden könnte, und zwar würde dann die folgende Regelmäßigkeit bestätigt werden: Eine Vergrößerung der inflatorischen Lücke um 1 Milliarde DM führt — ceteris paribus — zu einer gleichgerichteten Abweichung des realen Wirtschaftswachstums von der Stetigkeit in Höhe von 0,4 Milliarden DM.

Freilich ist die Brauchbarkeit derartiger — zumal recht kurzfristiger — Analysen durch zahlreiche und zum Teil sehr naheliegende Vorbehalte einzuschränken. Aber durch das der Statistik innewohnende heuristische Prinzip vermögen häufig auch fragliche statistische Resultate die Fortführung der Theorie zu befruchten.

Lassen Sie mich zusammenfassend den Schluß ziehen, daß auf Grund der für die Bundesrepublik vorhandenen statistischen Materialien und beim gegenwärtigen Stand der theoretischen Diskussion über den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und monetärem Faktor keine eindeutigen Resultate zu erzielen sind. Betrachten Sie diese Folgerung bitte als eine Bestätigung der besonnenen Ausführungen des Referenten.

Dr. Gerhard *Fürst* (Präsident des Statistischen Bundesamtes):

Meine Damen und Herren! Daß ein Referat über die qantitativen Aspekte des Wirtschaftswachstums den Statistiker auf den Plan ruft, auch wenn er in der Ordnung der Redner gern später gesprochen hätte, um noch auf andere Diskussionsbeiträge eingehen zu können, ist verständlich.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich kann Herrn Professor *Bombach* nur von Herzen beglückwünschen zu dem, was er gesagt hat, und seine sehr berechtigte Forderung unterstreichen, doch die Gesamtzusammenhänge nicht zu übersehen, also auch nicht im Interesse einer leichteren Datenverarbeitung die Dinge zu sehr zu vereinfachen. Wir alle sind an Wachstumsmodellen hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt interessiert, ob sie für Prognosen geeignet sind. Wenn von „naiven Betrachtungsweisen" die Rede war, so kann man gewiß darüber streiten, was eigentlich „naiver" ist, nämlich an die Konstanz einiger weniger volkswirtschaftlicher Größen und die Konstanz ihrer funktionalen Zusammenhänge zu glauben, nur um zu einem gut rechenbaren Modell zu kommen, oder möglichst alle nun einmal gegebenen Zusammenhänge in das Wachstumsbild einzubauen, wenn man damit der Wirklichkeit besser gerecht werden kann.

Als Verwaltungsbeamte müssen wir uns allerdings nicht nur an dem interessieren, was Herr Professor *Krelle* „kurzfristig" genannt hat und auch nicht nur an den „langfristig" geltenden Überlegungen. Vielmehr interessieren meist gerade die nächsten anderthalb Jahre, die vor uns liegen. Denn die Aufstellung des Bundeshaushalts und der anderen öffentlichen Haushalte erfordert, daß man über das Wachstum der Wirtschaft in dieser Zeit Vorstellungen gewinnt.

Vor allen Dingen möchte ich betonen, daß die Strukturwandlungen, auf die Herr Professor *Bombach* mannigfach hingewiesen hat, nicht außer acht gelassen werden dürfen. Bei allen Wachstumsmodellen und -theorien ist also die Prognose der Struktur, wie er es genannt hat, erforderlich. Selbst wenn man nur an dem Bild des realen Wachstums interessiert ist, so muß man doch berücksichtigen, daß, wie wir heute vormittag gehört haben, auch bei gleichbleibendem Preisniveau stets Änderungen in der Preisstruktur auftreten werden. Es wird also immer einzelne steigende und einzelne fallende Preise nebeneinander geben. Selbst wenn man also nur das reale Wachstum betrachtet, so ist doch ein Modell, das dieser Tatsache der sich ändernden Preisrelationen über einen längeren Zeitraum nicht Rechnung trägt, zur Erklärung und damit vor allen Dingen auch zur Prognose nicht ganz geeignet.

Manchmal hat mir selbst Herr Professor *Bombach* noch zu stark vereinfacht. Lassen Sie mich das an ein paar Beispielen zeigen. Er hat mit vollem Recht auf die demographischen Veränderungen hingewiesen, da alle Wachstumsmodelle auch die Entwicklung der Erwerbstätigkeit berücksichtigen müssen. Er hat darauf hingewiesen, daß die Erwerbstätigkeit der Frau von Bedeutung ist. Man sollte dabei nicht vergessen, daß die Frauen auch heute noch hauptsächlich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

im Bereich der Familenbetriebe — Landwirtschaft, Handel, Gastwirtschaft, Dienstleistungen usw. — arbeiten, daß also das Wachstum einer Wirtschaft, bei dem diese hier genannten Bereiche von Familienbetrieben nur konstant bleiben, zu einer sinkenden „Erwerbsquote" führen muß, auch wenn sich demographisch und soziologisch in den einzelnen Bereichen überhaupt nichts ändert. Ähnliches gilt selbst für die Arbeit in der Industrie, denn in der Familie des Textil- und Bekleidungsarbeiters arbeiten häufig Mann und Frau, in der Mineralölindustrie arbeitet nur der Mann. Das war immer so und wird wohl auch so bleiben. Wenn also einer dieser Bereiche fortschreitet, und der andere konstant bleibt, ergibt sich daraus eine Veränderung der „Erwerbsquote", übrigens ein Begriff, den ich auch zu dem rechnen möchte, was Herr Professor *Bombach* als unglückliche Terminologie bezeichnet hat.

Ich möchte auch auf den großen Posten der zwangs-unverheirateten Frauen nach den beiden Kriegen hinweisen, die ja in allen unseren Erwerbstätigkeitsstatistiken enthalten sind, der aber nur ein vorübergehender Posten ist. Damit möchte ich wiederum davor warnen, aus den Quoten der Vergangenheit oder Gegenwart auf die Zukunft zu schließen, ohne vorher genaue Betrachtungen über die Gesamtzusammenhänge anzustellen, die natürlich zeigen würden, daß es sich hier um einmalige Vorgänge handelt.

Über die Zahlen der Produktivität und einige andere Größen werden wir wohl morgen in der Spezialdiskussion noch sprechen müssen, denn da sind die Zahlen genannt worden, die wir nicht ganz verstanden haben. Auch hier liegt eine begriffliche Schwierigkeit: Der Ausdruck „Arbeitsproduktivität" täuscht immer darüber hinweg, daß es sich ja um einen Quotienten aus Produktionsergebnis und Beschäftigten handelt und daß sich dabei die Frage auftut, was eigentlich ein Erwerbstätiger oder Beschäftigter ist. So ist z. B. die Frage, ob für solche Berechnungen zwei Halbtagskräfte ein Erwerbstätiger oder zwei sind, noch nicht gelöst. Für die Berechnung der Arbeitsproduktivität ist die Beantwortung dieser Frage aber von großer Bedeutung. So ist etwa das Ansteigen der Produktivität in der Landwirtschaft, das sich aus den von uns veröffentlichten Zahlen ergibt, zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß in der Landwirtschaft die Zahl der nur teilweise beschäftigten Kräfte im Zuge der gegenwärtigen Entwicklung zurückgegangen ist, so daß sich in jenem Quotienten der Nenner verringert hat. — Auch zum Kapitalbestand wird morgen vielleicht noch einiges zu sagen sein.

Zum Schluß noch ein Wort auf den Wunsch hin, die wachsenden Staatsausgaben unter Produktivitätsgesichtspunkten zu betrachten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wir haben dies bei der Neuberechnung des Sozialprodukts zu konstanten Preisen zum Teil getan. Wenn man das nämlich nicht tut, dann kommt heraus, daß steigende Staatsausgaben stets Preissteigerungen sind und überhaupt keinerlei Mengensteigerung auftritt. Das sogenannte Gesetz der wachsenden Staatsausgaben würde so zu einer ständigen Unterschätzung des realen Wachstums der Wirtschaft führen, was nicht berechtigt ist. Jedenfalls können wir für unser Amt sagen, daß wir dank besserer Maschinen und dank organisatorischer Fortschritte mit weniger Leuten mehr Statistik produzieren, und Statistik ist schließlich unsere Produktionsleistung. Ich kann auch nicht recht einsehen, warum eine Zigarettenmaschine, bei der ein Arbeiter auf den Knopf drückt und aus der dann wesentlich mehr Zigaretten herauskommen als aus einer älteren Maschine, grundsätzlich etwas anderes ist als ein modernes Maschinengewehr, auf dessen Abzug ein Soldat drückt oder hoffentlich nicht drückt. Jedenfalls wird die Feuerkraft einer Division durch ein modernes Maschinengewehr verstärkt. Vielleicht gibt es also doch Möglichkeiten, selbst in diesem Bereich neben der Preis- auch die Mengenentwicklung ins Auge zu fassen. Der gleiche Einwand, der hier gegenüber dem Staat erhoben wird, müßte ja auch bei sehr vielen anderen Bereichen gemacht werden. Die Berechnung der Produktivitätsentwicklung ist gar nicht so schwierig, sobald man den Beitrag des betreffenden Bereichs, also des Staates oder anderer Bereiche zum Sozialprodukt kennt. Es liegt vielfach nur an der unzureichenden Beschäftigungsstatistik, daß wir in der Unterteilung der Bereiche nicht weitergehen können als bisher. Aber das sind wohl schon Fragen, die besser morgen in der Spezialdiskussion zur Sprache kommen.

Prof. Dr. Dr. Carl *Föhl:*

Ich bin Herrn Professor *Bombach* außerordentlich dankbar, daß er in seinem Vortrag die Frage gestellt hat: „Was bestimmt eigentlich das Wachstum unserer Wirtschaft?, und daß er damit wenigstens einmal *eines* jener Grundprobleme angeschnitten hat, deren Diskussion doch eigentlich Gegenstand dieser Tagung sein sollte und die in den bisherigen Ausführungen wohl ein wenig vermißt wurden.

Herr *Bombach* hat diese Frage, wenn ich mich recht erinnere, beantwortet, indem er sagte, die Wachstumsrate sei durch die „freiwillige“ Ersparnisbildung gegeben. Es wäre meines Erachtens richtiger, in diesem Zusammenhang nicht mehr von einer „freiwilligen“ Ersparnisbildung zu sprechen, sondern von dem nichtkonsumierten Teil unseres Sozialprodukts. Wenn etwa der Staat einen Teil des Steuer-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aufkommens nicht verausgabt, sondern über den Kapitalmarkt ausleiht, so tritt auch eine die mögliche Wachstumsrate vergrößernde Einschränkung des Konsums der privaten Einkommensbezieher ein. Für die letzteren handelt es sich dann eher um ein „erzwungenes", als um ein „freiwilliges" Sparen.

Herr *Krelle* hat also meines Erachtens richtiger formuliert, indem er gesagt hat, die Konsumquote bestimme das Wachstum. Die Wirtschaft hat bei gegebenen Produktionsmitteln und einem angenommenen Beschäftigungsgrad eine ganz bestimmte Produktionskapazität. Durch die Verausgabung eines Teils der bei der Produktion entstehenden Einkommen für Konsumzwecke nehmen wir einen Teil des mit dieser Produktionskapazität erzeugbaren Sozialproduktes für Verbrauchsgüter in Anspruch. Der Rest der Produktionskapazität bleibt verfügbar für Investitionen. Investitionen vergrößern die Produktionskapazität. Dieser Rest, der nichtkonsumierte Teil des mit Produktionskapazität erzeugbaren Sozialprodukts, bestimmt also die mögliche Größe des Wachstums.

Die Frage, die sich hier stellt und die meines Wissens auch Herr *Bombach* nicht formuliert hat, ist folgende: Können wir das Wachstum beliebig oder doch wenigstens in gegebenen Grenzen manipulieren? Ist es möglich, wenn wir wollen, ein Wachstum von 2 %, 6 %, 8 % oder 12 % zu verwirklichen? Mit anderen Worten: Haben wir es in der Hand, die Konsumquote, von der Herr *Krelle* sprach, herauf- oder herunterzumanipulieren?

Natürlich gibt es Mittel, durch die wir die Konsumquote beeinflussen können. Ich will nur einige nennen:

1. die Verteilung der Bruttoeinkommen auf Besitzeinkommen und Arbeitseinkommen,
2. die Verteilung der Steuerlasten auf Besitzeinkommen und Arbeitseinkommen,
3. die Vermögensbildung des Staates aus dem Steueraufkommen,
4. die Sparförderung durch Sparprämien oder steuerliche Begünstigung der Ersparnisbildung —

alles das sind Maßnahmen, durch welche wir die Konsumquote und damit den „Nichtkonsum" in der Wirtschaft beeinflussen könnten.

Damit stellt sich aber die zweite wichtige Frage: Sollen wir den Nichtkonsum manipulieren? Wer soll ihn manipulieren? Offenbar kann es Situationen geben, in denen wir ihn manipulieren *müssen*. Denken wir nur einmal an den Fall, daß in unserer Volkswirtschaft die Konsumquote so hoch wird, daß unsere Investitionen zur Vermeidung einer konjunkturellen Überhitzung, also im Interesse der Stabilität der Währung, gedrosselt werden müssen, und daß wir dadurch die Konkurrenz-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fähigkeit gegenüber dem Ausland verlieren. Dann hätten wir größtes Interesse daran, die Konsumquote einzuschränken, damit wir wieder aufholen und konkurrenzfähig werden können. Wenn Sie sich die Entwicklung Englands nach dem — gewonnenen — Krieg ansehen, so haben Sie ein sprechendes Beispiel für eine Situation, in der es sehr erwünscht gewesen wäre, das Wachstum zu beschleunigen.

Eine dritte Frage zu den Grundproblemen wäre: Können wir ein gewünschtes Wachstum zugleich auch mit einer gewünschten Verteilung der Vermögensbildung verwirklichen? Neuerdings wird ja von allen Parteien verkündet, daß wir im Begriff seien, eine breitere Vermögensstreuung zu verwirklichen. Lassen sich die beiden Ziele überhaupt unter einen Hut bringen? Ich streite durchaus nicht ab, daß es geht. Aber welches sind die Wege? Auch das wäre eine interessante Fragestellung für die Diskussion gewesen.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt erwähnen, den ich bisher mit einiger Verwunderung ebenfalls in der Diskussion vermißt habe: Wenn wir schon diese Differenz zwischen unserer Produktionskapazität und dem Konsum, den „Nichtkonsum", die zu Investitionen verfügbare Spanne manipulieren können, können wir dann auch die Investitionen immer dieser Spanne anpassen? Können wir dann auch — wir wollten doch von dem *stetigen* Wachstum — trotz der wechselnden technischen Möglichkeiten und der zwischen dem übertriebenen Optimismus der Hochkonjunktur und der allgemeinen Mutlosigkeit der Depression schwankenden unternehmerischen Initiative mit Sicherheit immer gerade ein solches Maß von Investitionen hervorlocken, daß sie die verfügbare Spanne voll ausfüllen, so daß das gewünschte Wachstum auch tatsächlich verwirklicht wird und zugleich das Gleichgewicht des Beschäftigungsgrades erhalten bleibt? Und welches sind die Mittel dazu? Reicht unsere Geldversorgungspolitik dazu aus, die Zinspolitik? Müssen wir dazu fiskalpolitische Mittel anwenden?

Ich hatte geglaubt, alles das würden wir hier diskutieren. Aber ich habe mit Bedauern festgestellt, daß wir zwar sehr stark in Details gegangen sind, daß aber diese „Grundprobleme" nicht einmal angesprochen wurden. Vielleicht haben wir morgen noch Gelegenheit dazu.

Prof. Dr. Theodor *Wessels* (Köln):

Zu einem Problem, das bei Wachstumsprozessen in der Volkswirtschaft auftreten kann, und zu dem in den Referaten und Diskussionen zu meinem Erstaunen noch nicht Stellung genommen wurde, möchte ich ein paar Bemerkungen machen.

Wir bringen das Wachstum im allgemeinen mit Investitionsakten in Verbindung und stellen fest, daß die Investitionen einen Einkommens-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

effekt und normalerweise auch einen Kapazitätseffekt besitzen. Erfolgt eine Ausdehnung der Investitionen, so wird der Einkommenseffekt sofort wirksam werden, der Kapazitätseffekt dagegen — wenn wir von einem Zustand der Vollbeschäftigung ausgehen — erst später, da zunächst Neuanlagen errichtet oder bestehende Anlagen verbessert werden müssen. Sieht man diesen Vorgang isoliert und so vereinfacht, wie ich ihn eben vorgetragen habe, dann wird gewissermaßen der Einkommensball immer vorweggeworfen, und die von den Einkommen ausgehende Nachfrageerhöhung ist dann noch nicht durch einen entsprechenden Zuwachs der Güterproduktion abgedeckt. Würde dieser Zusammenhang für die Entwicklung der Wirtschaft bestimmend sein, so müßte man folgern, daß mit dem Wachstum der Wirtschaft zwangsläufig ein inflationistischer Trend parallel ginge. Ich glaube, daß es notwendig ist, die Veränderungen des Geldwertes, die in einer wachsenden Wirtschaft auftreten können, noch eingehend zu untersuchen. Hier möchte ich nur darauf aufmerksam machen, daß unter bestimmten Voraussetzungen jedenfalls eine inflationistische Entwicklung nicht einzutreten braucht.

Eine ständige Tendenz zur Inflation würde dann nicht entstehen, wenn der zeitliche Abstand zwischen der Verausgabung der Einkommen und der Beendigung der Investitionsprozesse konstant bliebe. Offensichtlich können wir nicht ohne weiteres unterstellen, daß in der realen Wirtschaft ständig eine derartige Konstanz gegeben ist. Zu einer inflationistischen Entwicklung würde es aber auch nicht kommen, wenn die durch die Investition hervorgerufene Einkommenssteigerung nicht unmittelbar eine gleich große Erhöhung der Konsumgüternachfrage nach sich ziehen würde, weil eine ständig wachsende volkswirtschaftliche Sparquote den Einkommenszuwachs zunächst absorbiert. Wir können aber sicher nicht einfach unterstellen, daß sich die Sparprozesse in der Volkswirtschaft immer in der angenommenen Weise entwickeln.

In der wissenschaftlichen Diskussion würde das eingangs erwähnte Problem nicht auftauchen, wenn man von einem Modell ausginge, in dem die wachsende Wirtschaft immer über Lagervorräte verfügt, die zur Befriedigung einer steigenden Güternachfrage solange ausreichen, bis die durch die Investitionen angeregte zusätzliche Güterproduktion auf dem Markt erscheint. Es ist in einigen Modellkonstruktionen üblich geworden, eine Entwicklung der Vorräte zu unterstellen, die es gestattet, den Lägern ständig die Gütermengen zu entnehmen, die zur Erhaltung des Gleichgewichts im Wirtschaftsablauf erforderlich sind. Die Größe und Veränderung der Läger in der realen Volkswirtschaft dürfte aber von sehr verschiedenen und wahrscheinlich im Laufe der Entwicklung wechselnden Faktoren abhängen, und es ist keineswegs

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sicher, daß die Vorräte stets zur Befriedigung einer Güternachfrage, die durch eingeleitete, aber noch nicht abgeschlossene Investitionen hervorgerufen wird, ausreichen.

Sicherlich würde die Inflationsgefahr außerordentlich gemindert, wenn wir auf lange Sicht mit einem sinkenden Kapitalkoeffizienten in der Gesamtwirtschaft rechnen könnten. Dann würde aus der Vorperiode jeweils eine größere Produktionsmasse zur Verfügung stehen, mit der man die von den höheren Einkommen der nächsten Periode ausgehende Nachfrage vollständig oder teilweise befriedigen könnte. Ob eine derartige Annahme über die künftige Höhe des Kapitalkoeffizienten richtig ist, muß nach den vorhergehenden Referaten bezweifelt werden: wir haben gehört, daß die bisherige Entwicklung die Behauptung nicht bestätigt, der Kapitalkoeffizient sinke ständig.

Mit diesen wenigen Bemerkungen möchte ich nur darauf hinweisen, daß die Wirtschaftspolitik, die ein ständiges Wachsen der Volkswirtschaft sicherstellen will, auch monetäre Probleme, die im Laufe des Entwicklungsprozesses auftauchen können, beachten und unter Umständen Methoden zur Abwehr der Inflationsgefahr entwickeln muß. Die Lösung wird schwieriger, wenn der Anteil der Investitionen, die einen Kapazitätseffekt nicht besitzen, steigt. Ich glaube, daß das zutrifft. Die öffentlichen Investitionen haben in der jüngeren Entwicklung ständig zugenommen; wenn es auch nicht richtig ist, öffentliche Investitionen mit solchen ohne Kapazitätseffekt gleichzusetzen, so darf man doch wohl annehmen, daß — gesamtwirtschaftlich gesehen — der Kapazitätseffekt der öffentlichen Investitionen nicht so groß ist wie bei denen der industriellen Wirtschaft. Aber es darf auch nicht übersehen werden, daß außerhalb des öffentlichen Sektors der Teil der Investitionen, der eine Ausdehnung der Produktion nicht hervorruft, ständig zunimmt. Dazu zählen vor allem die Investitionen, die ich einmal als „Komfortinvestitionen" bezeichnet habe: Entstaubungsanlagen, Klimaanlagen, Verwaltungsgebäude, die die Leistung der Verwaltung nicht steigern, u. a. m.

Dr. Ferdinand *Grünig* (Berlin):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich möchte den so ausführlichen Vortrag von Herrn Professor *Bombach* durch einige Bemerkungen ergänzen. Vielleicht kann die Ergänzung die Erkenntnisse etwas vertiefen.

Herr Professor *Bombach* war so freundlich, auf die Arbeiten unseres Instituts, besonders die Vermögensrechnung für die Bundesrepublik hinzuweisen. Ich möchte hier eines der wichtigsten Ergebnisse in

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einer Zahlenreihe vortragen und einige Bemerkungen daran knüpfen. Es handelt sich um den Brutto-Kapitalkoeffizienten, den wir errechnet haben. Es wird durch ihn das Bruttoanlagevermögen mit dem Bruttosozialprodukt verglichen. Der Quotient ist also sehr pauschaler Natur. Wir haben für ihn folgende Größen errechnet: 1913 5,4; 1929 5,9; 1939 4,6; 1948 6,1; 1950 4,5 und 1955 3,6. Hierbei wurden die preisbereinigten, aber noch nicht konjunkturbereinigten Werte gegenübergestellt. Funktionsmäßig müßte es sich ja eigentlich um den Vergleich von Bruttoanlagevermögen und dem potentiell möglichen Bruttosozialprodukt handeln, das heißt konjunkturbedingte Zufälligkeiten sollten ausgeschaltet werden. Wir haben zu diesem Zweck die Zahlen etwas berichtigen müssen, und dabei berücksichtigt, daß beispielsweise im Jahre 1948 oder auch noch 1950 die Ausnutzung des Anlagevermögens aus den bekannten Gründen völlig unzureichend war; dagegen hatte im Jahre 1955 aus ebenfalls bekannten Gründen die Ausnutzung der Anlagen ein überhöhtes Ausmaß angenommen. Wenn man sich nun die Zahlenreihe ansieht, die sich nach Berücksichtigung der genannten Umstände ergibt, so ist festzustellen, daß die Koeffizienten zwar für 1913 und besonders auch 1929 höher waren als für die späteren Jahre, daß sie aber seit 1939 ziemlich konstant geblieben sind.

Nun wurde schon von Herrn Professor *Bombach* erwähnt, daß die Koeffizienten noch strukturbereinigt werden müssen, weil z. B. der Wohnungsbau einen sehr hohen, die Industrie aber einen sehr niedrigen Kapitalkoeffizienten hat. Zusammen mit der schon erwähnten Konjunkturbereinigung würde eine solche Strukturbereinigung für den von uns untersuchten Zeitraum eine nur noch leicht absinkende, im übrigen aber sehr kontinuierliche Reihe von Kapitalkoeffizienten ergeben. Das leichte Absinken wäre, wie ich Herrn Professor *Bombach* verstanden habe, mit dem sogenannten technischen Fortschritt oder wie man den Korrekturfaktor sonst bezeichnen will, zu erklären. Ich weiß allerdings nicht, inwieweit im technischen Fortschritt Professor *Bombachs* auch Auswirkungen von Strukturveränderungen enthalten sind. Jedenfalls sind die Abweichungen bei Elimination der Strukturveränderungen sehr gering.

Ich möchte weiterhin auf etwas Grundsätzliches aufmerksam machen. Wir haben bei unseren Arbeiten gefunden, daß der Kapitalkoeffizient letztlich nicht nur technisch, sondern auch weitgehend wirtschaftlich bedingt ist. Er muß schon deswegen auch wirtschaftlich beeinflußbar sein, weil Bruttoanlagevermögen und Bruttosozialprodukt an einem bestimmten Stichtag nur über die Werte miteinander verglichen werden können. Auch bei der Preisbereinigung einer Ergebnisreihe auf der Preisbasis eines bestimmten Stichjahres bleibt nicht der technische Zusammenhang (output je Maschinen-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einheit) gewahrt, sondern es handelt sich hierbei lediglich um eine sogenannte „Volumenrechnung". Berücksichtigt man dies, so ändern sich sehr viele Aspekte, auch solche, die hier vorgetragen wurden. Dabei darf nicht vergessen werden, daß alles, was hier vorgetragen wurde, noch immer gewissermaßen Neuland berührt, wenn auch schon einige Jahre daran gearbeitet wird. Weil gerade mein letzter Hinweis mir sehr wichtig erscheint, darf ich vielleicht zum Abschluß meines Diskussionsbeitrags noch ein Beispiel für die wirtschaftliche Bedingtheit eines Teilkoeffizienten geben. Es handelt sich um den bereits von Professor *Bombach* und von mir zitierten Kapitalkoeffizienten in der Wohnungswirtschaft, der von mir bei freier Mietenbildung mit 12,5 errechnet wurde. In diesem Fall wird das Anlagevermögen, also die Wohnungsbauten, mit dem Wert der Nutzung dieser Bauten verglichen, also mit der Miete bzw., wenn wir noch einige Unkosten abziehen, mit der Wertschöpfung der Wohnungsnutzung. Es ist nun ohne weiteres klar, daß es bei der Kalkulation der Miete bei feststehendem Bauwert wesentlich auf den Zinssatz ankommt, der der Kalkulation unterstellt wird. Ändert sich dieser Zinssatz, so wird sich auch der Kapitalkoeffizient verändern, obwohl der technische Zusammenhang zwischen Wohnungsneubau und Wohnungsnutzung erhalten bleibt.

Dr. Rolf *Krengel* (Berlin):

Meine Damen und Herren!

Bei der Knappheit der heute zur Verfügung stehenden Zeit darf ich mich darauf beschränken, vier Punkte aphoristisch zu behandeln.

Bevor ich dies tue, möchte ich jedoch Herrn Professor *Bombach* meinen aufrichtigen Dank für sein Referat ausdrücken, das meiner persönlichen Ansicht nach einmal zu den Marksteinen der deutschen Forschung auf dem einschlägigen Gebiet zählen wird.

Zum Thema „Lohnkampf" möchte ich nur ganz kurz auf das eingehen, was vorhin Herr Professor *Krelle* gesagt hat. Ich möchte ihn scherzhaft ergänzen. Angesichts der Lohnkämpfe, wie sie sich bis heute nun einmal in der Praxis abspielen, möchte ich in Abwandlung eines Nietzsche-Wortes sagen: „Wenn Du zum Sozialpartner gehst, vergiß die Lüge nicht." Ich muß gestehen, daß ich nicht so optimistisch wie Herr *Krelle* bin, daß es uns in der Bundesrepublik in absehbarer Zeit gelingen wird, zu auf beiden Seiten fairen Lohngesprächen zu kommen. Hier ist noch viel Erziehungsarbeit zu leisten.

Herr Professor *Bombach* betont, daß die strukturellen Veränderungen des Vermögens und der Produktion große Bedeutung für den Kapitalkoeffizienten haben. Das ist sicher richtig. Andererseits möchte

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ich jedoch davor warnen, zu glauben, daß diese strukturellen Veränderungen den Kapitalkoeffizienten stets nur in einer Richtung beeinflussen. Untersuchungen, die wir im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, eingeleitet haben und die sich auf die Vermögens- und Produktionsstruktur von etwa 40 Industriezweigen erstrecken, haben ergeben, daß innerhalb der Industrie die strukturellen Veränderungen des Kapitalkoeffizienten während der doch sicher turbulenten Jahre des Wiederaufbaus im Saldo recht bescheiden waren. Einzelne Veränderungen haben sich größtenteils gegenseitig wieder aufgehoben. Es scheint mir so zu sein, als ob innerhalb der Industrie eine bestimmte „Normalstruktur" den deutschen Standortbedingungen, der deutschen Arbeitskraft, Bevölkerung usw. angemessen ist und daß sich die Struktur von Vermögen und Produktion langfristig nur recht wenig verändert.

Zur Frage des technischen Fortschritts: Was Herr Professor *Bombach* hierzu gesagt hat, fand ich sehr interessant, kann ihm aber zunächst noch nicht zustimmen. Ich glaube jedoch, daß wir uns schnell einigen könnten, wenn wir unsere Definitionen abklären. M. E. hat Herr Professor *Bombach* den Begriff des technischen Fortschritts außerordentlich weit gefaßt. Er hat nämlich im Grunde genommen alles als technischen Fortschritt bezeichnet, was außer der in Stunden gemessenen Arbeit und dem durch einen Mengenindex zum Ausdruck gebrachten Realkapitaleinsatz Einfluß auf die Höhe des Ausstoßes hat. So wären nach Herrn Professor *Bombach* Ausnutzungsschwankungen und Strukturveränderungen ebenso Elemente des technischen Fortschritts wie etwa die Verbesserungen der Betriebsorganisation oder die Verbesserung der individuellen Leistung durch bessere Ausbildung. Er faßt also den Begriff sehr weit, während ich in meinen bisherigen Untersuchungen den technischen Fortschritt wirklich nur als technischen Fortschritt, also als technische Verbesserung der im Produktionsprozeß verwandten Maschinen und Ausrüstungen definiert habe. Alles, was Herr Professor *Bombach* sonst noch in den technischen Fortschritt hineinnimmt, möchte ich — abgesehen von den Ausnutzungsschwankungen und dem Einfluß von Strukturveränderungen, die mit dem technischen Fortschritt sowieso nichts zu tun haben — als Anpassung an die steigende Kapitalintensität bezeichnen. Bei dieser Betrachtung kann man Herrn Professor *Bombach* völlig zustimmen, wenn er darauf hinweist, daß die steigende Kapitalintensität nicht automatisch die erhöhte Produktivität hervorruft, sondern daß hierzu auch eine ständige Anpassung an diese steigende Kapitalintensität erforderlich ist.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch einen Hinweis darauf, daß offensichtlich sehr interessante Beziehungen zwischen der Entwicklung des

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Energieverbrauchs und des Anlagevermögens bestehen. Wir sind in unserem Institut im Augenblick dabei, diesen Dingen nachzugehen. Es sieht bisher so aus, als ob in homogenen Industriezweigen nicht nur der Kapitalkoeffizient, d. h. die Relation von eingesetztem Kapital zu erzeugter Produktion konstant sei, sondern als ob weitgehend auch der Energieverbrauch pro eingesetzte Kapitaleinheit konstant oder annähernd konstant ist. Das würde bedeuten, daß der spezifische Energieverbrauch, bezogen auf das Brutto-Anlagevermögen, nicht sinkt oder wenn doch, dann vor allem auf Grund entsprechender struktureller Veränderungen.

Prof. Dr. Paul *Riebel* (Frankfurt a. M.):

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich als Betriebswirt auf einige Zusammenhänge zwischen makroökonomischem und mikroökonomischem Wachstum aufmerksam mache. Das Wachstum der Einzelwirtschaften braucht ja nicht parallel zum Wachstum der Gesamtwirtschaft zu verlaufen, weil das Wachstum der Wirtschaft entweder durch ein Vermehren der Zahl der Unternehmungen oder durch ein Größenwachstum der einzelnen vorhandenen Unternehmungen realisiert werden kann. Ob der eine oder der andere Weg vorzugsweise eingeschlagen wird, hängt sehr stark von den wirtschaftspolitischen Maßnahmen ab, z. B. von dem Ausmaß der Schutzapparaturen, die im allgemeinen das Entstehen neuer Unternehmungen zu verhindern versuchen, oder von der Art des Steuersystems, das bei unserer gegenwärtigen Struktur das Wachstum der Unternehmungsgröße stärker begünstigt als das Entstehen neuer Unternehmungen.

Auch das Wachstum der Größe der einzelnen Unternehmung weist sehr mannigfache Formen auf, die von den wirtschaftspolitischen Maßnahmen sehr stark beeinflußt werden, die aber umgekehrt sehr starke Auswirkungen auf den Wachstumseffekt der Gesamtwirtschaft haben. Zum Beispiel kann eine Einzelunternehmung durch Fusion oder durch Aufkauf anderer Unternehmungen wachsen. Dadurch ändert sich dann das Wachstum der Volkswirtschaft im ganzen nicht sichtbar. Die Unternehmung kann aber auch wachsen, indem sie neue Kapazitäten schafft, wobei auch hier wieder ganz unterschiedliche Möglichkeiten bestehen. Beispielsweise kann die Zahl gleichartiger Apparaturen vermehrt werden; statt dessen können aber oft auch kleinere Apparaturen durch größere ersetzt werden. In anderen Fällen lassen sich die Grenzen der intensitätsmäßigen Belastbarkeit der vorhandenen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlagen hinausschieben oder die Zeiten unproduktiven Einsatzes der Apparaturen in der Periode verkürzen.

Sowohl das Wachstum der Einzelunternehmung durch Zusammenschluß als auch das durch echte, unmittelbare Vergrößerung kann nach verschiedenen Richtungen vor sich gehen, vertikal, indem man Vorstufen oder Nachstufen an das einzelne Unternehmen anschließt, horizontal, indem man gleichartige oder ergänzende Produktionsanlagen angliedert. Gerade das horizontale Wachstum ist sehr häufig mit Veränderungen des Produktionsprogramms verbunden, wie denn überhaupt eine genauere Analyse schnell wachsender Unternehmungen zeigt, daß dort neue Produkte, neue Produktionsverfahren und neue Rohstoffe in ganz besonderem Maße zum Zuge kommen. Auf weitere Typen des Unternehmungswachstums kann ich aus zeitlichen Gründen nicht eingehen.

Was ist nun die makroökonomische Bedeutung dieser verschiedenen Formen und Möglichkeiten des Unternehmungswachstums? Einerseits haben die verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen einen sehr starken Steuerungseffekt z. B. darauf, ob das Größenwachstum oder das Wachstum der Zahl der Unternehmungen und welche Formen des Größenwachstums der einzelnen Unternehmung besonders begünstigt werden. Andererseits zeigt es sich, daß das Wachstum des Sozialprodukts selbst sehr stark von den Wachstumsformen der Unternehmungen abhängt, z. B. weil die Gründung neuer Unternehmungen zunächst hohe Ein-für-allemal-Aufwendungen erfordert, und weil die Auswirkungen der Betriebsgrößendegression nicht so stark zum Zuge kommen als bei der Vergrößerung vorhandener Unternehmen, solange gewisse Grenzen nicht überschritten werden. Innerhalb bestimmter Bereiche verlaufen die Grenzerträge im Vergleich zu den zusätzlichen Investitionen und im Vergleich zu den zusätzlichen Kosten günstiger bei Vergrößerung bereits vorhandener Unternehmungen als bei der Gründung zusätzlicher Unternehmungen. Ferner zeigt sich, daß das Wachstum der Unternehmungen unstetig vor sich geht, und zwar quantitativ wie qualitativ. Einerseits wird zunächst die Kapazität sprunghaft erhöht, dann erst wachsen der Umsatz und die Produktion in die Kapazität hinein. Andererseits ist das Wachstum mit ständigen Strukturwandlungen — Änderung des Produktionsprogramms, der Verfahren, der Marktbeziehung, der Fertigungs- und Absatzorganisation — verbunden. Eine Unternehmung wächst nicht gleichmäßig, sondern es werden einzelne Bereiche im Wachstum intensiviert und andere bleiben zurück. Auf diese Weise kommt es zu ständigen Disproportionalitäten, und es zeigt sich, daß immer wieder Konsolidierungsperioden notwendig sind, in denen die ganze Organisation umgestellt werden muß.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die weitere Folge ist, daß sich dabei Grenzen zeigen und ein gewachsenes Unternehmen nicht beliebig weiterwachsen kann, weil dann die Grenzproduktivität und der Grenzerfolg abnimmt. Es erweist sich dann als zweckmäßiger, neue Betriebe zu gründen, weil ein von vornherein geplanter Betrieb einem gewachsenen Betrieb dann eindeutig überlegen ist.

Wir wissen in der Betriebswirtschaftslehre noch relativ wenig über die Frage des Wachstums der Unternehmungen. Aber ich glaube, daß gerade die Zusammenarbeit von volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Forschung dazu beitragen kann, die Probleme des Wirtschaftswachstums weiter zu erhellen.

Rudolf *Henschel* (Referent der Hauptabteilung Wirtschaftspolitik im DGB-Bundesvorstand):

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit nur auf einen Punkt lenken, der mir in dem Referat von Herrn Professor *Bombach* besonders erwähnenswert erschienen ist. Gerade die ausgezeichnete und sachliche Darstellung von Herrn Professor *Bombach* ließ deutlich werden, inwieweit geringe Akzentverschiebungen in der Behandlung wirtschaftspolitischer Zusammenhänge zu völlig gegensätzlichen Schlußfolgerungen führen können. Derartige Unterschiede sind aber für die Wirtschaftstherapie unter Umständen von ausschlaggebender Bedeutung. Ich denke hierbei an die schon heute vormittag diskutierte Frage, inwieweit — nicht nur im theoretischen Modell, sondern auch in der empirischen Wirklichkeit — Wirtschaftswachstum mit Preisstabilität in Übereinstimmung gebracht werden kann.

Fassen wir wirtschaftliches Wachstum als Ausdruck zunehmender Arbeitsproduktivität auf, und erinnern wir uns gleichzeitig an die Tatsache, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität in den einzelnen Wirtschaftssektoren unterschiedlich ist, weil die Möglichkeit, menschliche Arbeitskraft durch Maschinenkraft zu ersetzen, von der Art der Wirtschaftstätigkeit abhängt, so müssen bei annähernd gleicher Entwicklung der Arbeitsverdienste in allen Bereichen der Wirtschaft die Lohnkosten in den Wirtschaftsbereichen mit unterdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten ansteigen, in Wirtschaftsbereichen mit überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten aber absinken. Das bedeutet — geringe Modifikationen können hierbei unberücksichtigt bleiben — bei langfristig gleichbleibender Kapitalproduktivität, daß die Gesamtkosten und damit die Preise in Wirtschaftsbereichen mit unterdurchschnittlichem Produktivitätsfortschritt an-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

steigen, in Wirtschaftsbereichen mit überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten aber abnehmen müssen.

Wirtschaftliches Wachstum ist daher zwangsläufig mit gegensätzlichen Preisbewegungen verbunden. Eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses mit größeren Produktivitätsfortschritten im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft muß daher zu einer stärkeren Differenzierung dieser Preisbewegungen führen. Diese Feststellung schließt aber auch ein, daß mit dem Übergang von einer hauptsächlich auf vermehrter Beschäftigung beruhenden horizontalen Wachstumsphase zu einer mit Erreichung der Vollbeschäftigung auf größeren Produktivitätsfortschritten beruhenden vertikalen Wachstumsperiode die Differenzierung in der Preisbewegung weiter zunehmen muß, wenn keine Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate eintritt.

Was geschieht aber, wenn unter den realen Bedingungen der Wirtschaftspolitik die möglichen Preissenkungen nicht im gleichen Maße durchgeführt werden, wie die durch Kostenerhöhung bedingten Preissteigerungen. Werden die von der Kostenentwicklung her möglichen Preissenkungen zeitlich verzögert oder nur abgeschwächt weitergegeben, so entsteht aus dem Gegensatz von einerseits kostenbedingten Preiserhöhungen und andererseits (kostenmöglichen) nicht eingetretenen Preissenkungen eine Minderung der Endnachfrage, die in Verbindung mit sinkender Investitionsneigung entweder Wachstumsstörungen auslöst oder durch eine nominelle Nachfrageüberhöhung ausgeglichen werden muß. Die im statistischen Durchschnitt genannte Erhöhung des Preisniveaus ist somit die Folge einer einseitigen Behinderung der entwicklungsbedingten Veränderung der Preisrelationen. Der Vergleich zwischen den relativ preisstabilen Wachstumsperioden im vorigen Jahrhundert mit den mit Preissteigerungen verbundenen Wachstumsperioden der Gegenwart kann diese Auffassung nur bestätigen. Die heute üblich gewordenen Verfahren, Preise entgegen der Kostenentwicklung und entgegen den Markttendenzen hochzuhalten, wurden im vorigen Jahrhundert noch nicht im gleichen Umfang angewandt. Es ist nicht zufällig, daß alle Markenartikel mit Preisbindungen Produktionsbereichen zugehören, die einen überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritt aufweisen. Es handelt sich bei diesen preisgebundenen Waren also um Artikel, deren Preise infolge der Kostenentwicklung eigentlich absinken müßten. Ein Gleiches gilt für die Nahrungsmittelpreise, die bei Anpassung an die Kostenentwicklung und bei Übernahme der in anderen Ländern entwickelten Rationalisierungsmethoden fallen müßten. Werden durch bestimmte Praktiken der Wirtschaft die strukturbedingten Preissenkungen ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hindert, oder veranlaßt das Schutzbedürfnis bestimmter Wirtschaftszweige den Staat zu künstlicher („marktgeordneter") Preishochhaltung, so ist zur Erhaltung des wirtschaftlichen Wachstums nominelle Nachfrageerhöhung notwendig.

Aus diesen Gründen würde ich die Frage, ob Wirtschaftswachstum mit Preisstabilität vereinbar ist, nicht als ein ökonomisches, sondern als ein rein politisches Problem ansehen. Die mit wirtschaftlichem Wachstum verbundenen Preissteigerungen offenbaren den Widerspruch der modernen Staaten: einerseits Wirtschaftswachstum zu wollen, andererseits die mit dem Wachstum verbundenen Strukturveränderungen — die für bestimmte Branchen Nachteile oder Anpassungsschwierigkeiten mit sich bringen — künstlich aufzuhalten. Somit stellt uns das Problem, Wirtschaftswachstum mit Preisstabilität zu vereinbaren, vor die Aufgabe, die Widersprüche in den staatspolitischen Zielsetzungen zu überwinden. Eine solche Überwindung erfordert jedoch vorausschauende Maßnahmen, um die sich anbahnenden Strukturwandlungen rechtzeitig vorzubereiten und ohne Existenzbedrohung für die hiervon Betroffenen durchzuführen. (Wer will kann so etwas Wirtschaftslenkung nennen.) Erfolgt eine solche vorbereitende Anpassung an die Bedingungen einer wachsenden Wirtschaft aber nicht, werden dafür die sozialen Folgen eintretender Strukturwandlungen durch künstliche Preisüberhöhung abgefangen, dann sind nominelle Lohnerhöhungen, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen — von anderen strukturbedingten Veränderungen der Einkommensverteilung abgesehen — eine Notwendigkeit, um Wirtschaftswachstum unter den gegebenen wirtschaftspolitischen Bedingungen zu ermöglichen.

Dozent Dr. Klaus *Rose* (Berlin):

Ich möchte in meinem Diskussionsbeitrag zu drei Problemen, die Herr Prof. *Bombach* angeschnitten hat, Stellung nehmen, nämlich erstens zu der Bedeutung des Sparens für das wirtschaftliche Wachstum, zweitens zum Verhältnis von Sparen und Investieren und drittens zum Begriff des technischen Fortschritts, der dem Referat zugrunde liegt.

Bekanntlich geht die *Domar-Harrod*-Theorie von der Vorstellung aus, daß die Wachstumsrate des Realeinkommens — bei gegebenem Kapitalkoeffizienten — mit zunehmender Sparneigung größer wird. Der Vortragende hat nun die Ansicht vertreten, daß hinsichtlich des Zusammenhanges zwischen Sparneigung und Wachstumsrate evtl. das Gegenteil von dem behauptet werden kann, was die *Domar-Harrod*-Formel besagt, daß das Wachstum möglicherweise also um so größer wird, je geringer die Sparquote ist: Je kleiner nämlich die Spar-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

neigung der privaten Haushalte ist, um so größer sind Konsumneigung, Unternehmergewinne, Investitionen und folglich auch die Wachstumsraten. Dieser Ansicht kann man sicherlich zustimmen; nur ist es nicht möglich, mit Hilfe der geschilderten Kausalkette die *Domar*-Theorie zu widerlegen. Während der Prozeß, den Prof. *Bombach* im Auge hat, ungleichgewichtig und unter inflatorischen Tendenzen verläuft, ist die Fragestellung der traditionellen Wachstumsmodelle beschränkt auf die Aufdeckung der Bedingungen eines gleichgewichtigen Wachstums. Die Erkenntnisobjekte sind also unterschiedlich; man kann aber jene Erkenntnisse, die sich aus dem Studium ungleichgewichtiger Verläufe ergeben, nicht verwenden, um die Folgerungen einer Gleichsgewichtstheorie, deren Zielsetzung eine völlig andere ist, aus den Angeln zu heben. Unter den Voraussetzungen der Vollbeschäftigung ist ein forciertes gleichgewichtiges Wachstum auf eine hohe freiwillige Sparquote angewiesen. Wenn die Sparquote sinkt, kann die Wachstumrate aufrechterhalten oder sogar noch gesteigert werden, da an die Stelle des freiwilligen Sparens ungeplante Unternehmerersparnisse (durch steigende Gewinne) treten — nur werden jetzt die gleichgewichtigen Bahnen verlassen; die Wachstumsformel gilt zwar noch ex post, die ex ante-Gleichheit ist aber aufgehoben. Dieser Ablauf ist es offensichtlich, den Prof. *Bombach* im Auge hat. Niemand wird bestreiten, daß die Nachkriegsentwicklung adäquat durch dieses oder ein ähnliches Modell beschrieben werden kann; zur Widerlegung der *Domar-Harrod*-Theorie ist es aber nicht geeignet: hier steht die Untersuchung der Voraussetzungen eines (wenn auch irrealen) Gleichgewichtswachstums, nicht aber die Analyse ungleichgewichtiger Prozesse im Mittelpunkt. Für ein gleichgewichtiges Wachstum bleibt eine hohe freiwillige Sparquote notwendig, und zwar ist es gleichgültig, ob es sich dabei um geplante Ersparnisse der Haushalte oder Unternehmen handelt.

In dem Referat Prof. *Bombachs* ist einige Male der Satz gefallen, daß die Aufrechterhaltung des gleichgewichtigen Wachstums nur bei Übereinstimmung von (geplanter) Ersparnis und Investition möglich ist. Zur Ergänzung wäre vielleicht zu sagen, daß diese Bedingung — auch wenn sie in der Ausgangsperiode realisiert ist — für die Aufrechterhaltung des Prozesses nicht genügt. Wenn Sparen und Investieren sich entsprechen, bleiben die Geldeinkommen unverändert, da der positive Einkommenseffekt der Investitionsausgaben durch einen negativen Einkommenseffekt der Ersparnisse kompensiert wird. Da nun positive Investitionen eine ständige Kapazitätsausdehnung zur Folge haben, kann die gleichgewichtige Entwicklung, die Vollausnutzung der Kapazitäten, nur durch einen einkommenschaffenden Überschuß der Investitionen über die Ersparnisse erreicht werden. Die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Übereinstimmung von Sparen und Investieren genügt lediglich den Bedingungen eines kurzfristigen — durch Vernachlässigung des Kapazitätseffekts gekennzeichneten — Gleichgewichts; die Erhaltung des Gleichgewichts auf lange Sicht verlangt jedoch einen einkommenschaffenden Investitionsüberschuß.

Ich möchte meinen Diskussionsbeitrag abschließen mit einigen Bemerkungen zum Begriff des technischen Fortschritts, wie er dem Referat zugrunde liegt. Prof. *Bombach* hat einen Trennungsstrich zu ziehen versucht zwischen dem technischen Fortschritt und der Substitution, und er hat betont, daß Substitutionsvorgänge den Kapitalkoeffizienten vergrößern, technische Fortschritte ihn jedoch verkleinern. Nun geht es hier natürlich um Definitionsfragen; die Prädikate „richtig" oder „falsch" sind also nicht am Platz. Ich möchte aber die Frage stellen, ob die Koppelung des technischen Fortschritts mit der Vorstellung eines sinkenden Kapitalkoeffizienten in jedem Falle zweckmäßig ist. Wir kennen ja z. B. den Begriff der „capital-using inventions", technischer Fortschritte also, die eine Vergrößerung des Kapitalkoeffizienten zur Folge haben. (Während einige Nationalökonomen, so J. Robinson, den Begriff des „capital-using" auf den Kapitalkoeffizienten beziehen, verbinden ihn andere mit der Kapitalintensität.) Derartige Änderungen der Produktionstechnik, die zu einem Mehreinsatz von Kapital je Produktionseinheit führen, sind z. B. dann sinnvoll, wenn sie von einer überproportionalen Einsparung an Arbeitskräften begleitet werden. Insofern ist es nicht immer möglich, Substitution und technischen Fortschritt zu trennen; es wäre m. E. zweckmäßiger, in die Definition des technischen Fortschritts auch die Möglichkeit einer Vergrößerung des Kapitalkoeffizienten einzubeziehen.

Prof. Dr. Karl C. *Thalheim* (Berlin):

Meine Damen und Herren! Es ist im Verlaufe der Diskussion verschiedentlich auf das Problem des Wachstums in den Zentralverwaltungswirtschaften sowjetischen Typs hingewiesen worden. Ich möchte aus meiner Beschäftigung mit diesen Dingen zwei Punkte zu den bisherigen Diskussionen hinzufügen.

Erstens einmal scheint sich mir bei einem Vergleich des Wachstumsgrades der Sowjetwirtschaft mit dem westlicher Volkswirtschaften zu ergeben, wie groß die Bedeutung des Reifegrades einer Volkswirtschaft für die Wachstumsgeschwindigkeit ist. Wenn ein Land mit überwiegender Agrarwirtschaft neu in die Phase der Industrialisierung eintritt, so können, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sind, zunächst einmal sehr hohe Wachstumsgeschwindigkeiten erzielt werden. Es gibt aber eine Grenze, bei deren Überschreitung die Wachstumsgeschwindigkeit allmählich zurückgehen muß. Das zeigt die Betrachtung der Sowjetwirtschaft sehr deutlich. Diese Tatsache hängt mit dem zusammen, was Kollege *Bombach* die Strukturkomponente genannt hat. Wenn zunächst einmal ein tiefgreifender Strukturwandel viele Millionen Menschen aus der Agrarwirtschaft mit sehr niedriger Grenzproduktivität der Arbeit hinüberführt in die Industrie mit einer zweifellos sehr viel höheren Grenzproduktivität, dann muß natürlich der Wachstumsgrad zunächst einmal sehr erheblich sein. Aber irgendwo wird die bezeichnete Grenze erreicht und überschritten.

Das scheint mir deshalb sehr wichtig zu sein, weil nicht wenige Beobachter im Westen der Gefahr erliegen, das bisherige Tempo der Entwicklung der Sowjetwirtschaft auch in die Zukunft zu projizieren, und dadurch zu Schlußfolgerungen kommen, die, wie mir scheint, ungerechtfertigt sind. Es spielen dabei auch einige andere Gründe eine Rolle, die ich wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht behandeln kann.

Nun noch einige Worte über den Zusammenhang zwischen Wirtschaftssystem und Wachstumsentwicklung; sie hängen eng mit den Bemerkungen von Herrn Kollegen *Föhl* zusammen. Die Manipulierbarkeit ist natürlich in der Wirtschaft sowjetischen Typs völlig anders als in einer wie auch immer gearteten Marktwirtschaft. Ein Diskussionsredner meinte, es sei zweifellos ein Vorteil des sowjetischen Systems, daß es Wachstum ohne allgemeine Hebung des Preisniveaus haben könne. Man muß sogar noch weitergehen: man wird die Tendenz einer allmählichen Preissenkung feststellen können. Die Voraussetzung dafür ist aber die unbeschränkte Manipulierbarkeit aller wirtschaftlichen und sozialen Vorgänge. Dazu gehört zunächst einmal und vor allem, daß der Staat den Lohnfonds, den es ja in der Sowjetwirtschaft wirklich gibt, völlig zu manipulieren vermag. Wie eine Betrachtung der Volkswirtschaftspläne in der Sowjetunion oder in einem anderen Ostblocklande zeigt, gehört es zu den Grundprinzipien dieses Wirtschaftssystems, daß die Steigerung der Löhne, auch der Reallöhne, niemals so groß sein darf wie die Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Die Antriebskräfte, die hier weiterhin eine Rolle spielen und von denen Herr Kollege *Föhl* gesprochen hat, verlagern sich in der Wirtschaft sowjetischen Typs natürlich völlig auf den Staat bzw. auf die vom Staat für die Wirtschaftsplanung eingesetzten Stellen. Die Frage, ob der Unternehmer eine bestimmte Gewinnquote braucht, um zu in-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vestieren, spielt also in diesem System gar keine Rolle. Das wiederum bedingt eine absolute Manipulierbarkeit des wirtschaftenden Menschen und führt damit zu den Problemen hinüber, die gestern Herr Kollege *Paulsen* in seinem Vortrag erörtert hat. Wenn man die Dinge aus dieser Sicht sieht, wird man wie Herr Kollege *Paulsen* zu dem Ergebnis kommen, daß man auch die Wachstumsproblematik nicht nur ökonomisch betrachten darf, sondern daß man sie in den Gesamtzusammenhang unseres gesellschaftlichen und, wie ich darüber hinaus sagen möchte, unseres menschlichen Seins überhaupt hineinstellen muß.

Schlußwort Prof. Dr. Gottfried *Bombach* (Basel):

Meine Damen und Herren! Ein Teil der Diskussionsbemerkungen waren Ergänzungen zu meinem Vortrag, und es ist nicht nötig, noch einmal auf sie einzugehen. Ich denke etwa an die Beleuchtung der einzelwirtschaftlichen Perspektiven durch Herrn Riebel. Ich erblicke darin wertvolle Ergänzungen, doch fühle ich mich auf diesen Gebieten nicht im gleichen Maße kompetent.

Herr Thalheim hat noch einmal auf die Strukturkomponente hingewiesen, und ich glaube, es geht dabei wirklich um ein sehr wichtiges Problem. Wenn wir Prognosen über die zukünftige Entwicklung der Arbeitsproduktivität wagen, müssen wir uns darüber im Klaren sein, in welchem Ausmaße die in der Vergangenheit beobachteten Produktivitätssteigerungen allein auf strukturellen Verschiebungen beruhen und inwieweit solche Verschiebungen in der Zukunft überhaupt noch möglich sind. Der generelle Produktivitätsfortschritt in der Bundesrepublik liegt ja zu einem guten Teil einfach darin begründet, daß in den Jahren 1950 bis 1956 an die 900 000 Menschen aus der Landwirtschaft abgewandert sind, wobei Wanderung hier natürlich nicht unbedingt einen Wechsel des Wohnsitzes zu bedeuten braucht, sondern einfach nur Wechsel des Arbeitsplatzes. Man kann sich leicht ausrechnen, wann dieser Prozeß zu Ende gehen wird. Wir stellen heute mit Erstaunen fest, daß in der Nachkriegszeit die Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft größer gewesen ist als in jedem anderen Hauptwirtschaftsbereich, und das natürlich zeigt erneut, wie gefährlich eine unbedachte Anwendung statistischer Produktivitätsmasse oft sein kann. Wir wissen ja, was sich in Wirklichkeit vollzogen hat. In den USA läßt sich übrigens Ähnliches beobachten. Auch dort ist die Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft nach dem Kriege größer gewesen als in der Industrie.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Eingehender muß ich mich mit den Bemerkungen von Herrn *Krelle* auseinandersetzen. Er ist nicht einverstanden damit, daß ich vorschlage, die sich auf den Kapitalkoeffizienten stützenden langfristigen Prognosen in der angegebenen Weise zu verfeinern. Ich bin mit Herrn *Krelle* darin einig, daß wir für langfristige Prognosen simple Modelle benötigen. Man muß, wie man so sagt, über den Daumen peilen. Wir wollen wissen, welches Produktionsniveau ganz ungefähr, sagen wir, im Jahre 1970 erreicht werden könnte. Ob nun 1970 gerade ein konjunkturell gutes oder aber ein schlechtes Jahr sein wird, das weiß heute niemand, und das interessiert auch nicht. Jede Komplizierung der einfachen Trendmodelle kann oft mehr schaden als nützen. Für die Voraussage der Entwicklung in der allernächsten Zukunft — in den nächsten Monaten oder im kommenden Jahr — können wir m. E. mit viel größerer Berechtigung komplizierte Systeme einsetzen, weil wir hier sehr viel mehr wissen und weil wir damit rechnen können, daß sich bestimmte Verhaltensparameter und Produktionskoeffizienten nicht wesentlich ändern werden. Zwischen diesen beiden Extremen, der Trendprognose und der Voraussage der Entwicklung auf kürzeste Sicht, steht das Problem der Prognose des klassischen Konjunkturzyklus. Hier sehe ich persönlich die allergrößten Schwierigkeiten.

Nun sagt Herr *Krelle,* die Vereinfachung, die ich vorgeschlagen habe und die darin besteht, nicht nur den Kapitalkoeffizienten als reine Makro-Größe zu projizieren, sondern sich auch gewisse Vorstellungen über zu erwartende Strukturänderungen zu machen, gehe eigentlich schon zu weit. Ich glaube aber, Herr *Krelle* denkt hier schon zu sehr an das Extrem eines weit aufgegliederten dynamischen Input-Output-Modelles. Natürlich schwebt mir so etwas nicht vor. Ich habe nur vorgeschlagen, Überlegungen darüber anzustellen, wie sich die großen Hauptwirtschaftsbereiche mit ihren so unterschiedlichen Kapitalkoeffizienten etwa entwickeln werden im Vergleich zum gesamten Realprodukt. Vorstellungen über die mutmaßliche Entwicklung des Wohnungsbaus im Hinblick auf das zu erwartende Bevölkerungswachstum und über die künftigen Investitionen in der Infrastruktur können bereits zu wesentlich fundierteren Prognosen beitragen.

Ich möchte mich nunmehr dem Inflationsproblem zuwenden. Ich versuchte, mich gegen Mißverständnisse abzuschirmen, indem ich in meinem Referat ausdrücklich gesagt habe, daß die in den Tabellen vorgenommene Aufgliederung und Zuordnung inflatorischer Lücken nicht dazu dienen solle, gute und schlechte Noten hinsichtlich des Verhaltens bei einem Bemühen um Aufrechterhaltung der monetären Stabilität zu verteilen. Hinsichtlich der Bindung der Löhne an die Arbeitsproduktivität habe ich eine große Anzahl von Vorbehalten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gemacht und meine Meinung zum Ausdruck gebracht, daß ich nicht allzu viel davon halte. Ich sprach von einer Zauberformel. Herr *Krelle* hat offenbar nur den ersten Schritt meiner Berechnungen im Auge gehabt, nämlich die Erfassung der Einkommenseffekte. Man darf aber den zweiten Schritt nicht übersehen: die Einbeziehung der Spar- und Investitionseffekte in die Analyse. Einkommenseffekte und Spar/Investitions-Effekte müssen als ein Ganzes gesehen werden. Tut man das, so fällt m. E. der Einwand von Herrn *Krelle*.

Den Schlußfolgerungen, die Herr *Krelle* gezogen hat, vermag ich mich nicht anzuschließen. Herr *Krelle* sagt, wir sollten dafür sorgen, daß die Lohnkämpfe in den unerfreulichen Formen, in denen sie sich heute oft vollziehen, nicht fortdauern. Wir müßten zu einer Lohnpolitik nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten kommen. Was aber ist „Lohnpolitik nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten"? Ich weiß es nicht. Ich habe die Meinung vertreten, daß wir von keiner der Gruppen, die heute um ihre Anteile am Sozialprodukt kämpfen, verlangen können, daß sie sich aus Gründen der Aufrechterhaltung der monetären Stabilität mit dem bescheidet, was beim Aufteilen des Kuchens nach irgendwelchen Gesichtspunkten gerade übrig bleibt. Wir können das von keiner Gruppe erwarten, nicht von den Lohnempfängern und auch nicht von den Empfängern von Unterstützungseinkommen. Mir will nicht einleuchten, wenn man heute etwa sagt, man könne die Renten nicht erhöhen, weil dann der Preisstabilität Gefahren drohen. Mit welchem Recht können wir gerade von der schwächsten Gruppe fordern, daß sie die monetäre Stabilität zu verantworten habe? Keine einzelne Gruppe kann die Verantwortung allein tragen. Wenn wir zu dem Schluß kommen, daß die Renten dringend einer Erhöhung bedürfen, und wenn diese Rentenerhöhung zu dem betreffenden Zeitpunkt mit einer Aufrechterhaltung der Preisstabilität nicht vereinbar erscheint, so bedarf es einer grundlegenden Besinnung über die Rangordnung der Bedürfnisse (Beifall). Neben diesen grundsätzlichen Bedenken bin ich auch etwas skeptisch, ob man das allgemeine Preisniveau dadurch stabilisieren kann, daß man *einen* Preis, eben den Lohn, arretiert.

Die Bemerkungen von Herrn *Krengel* waren zum Teil Ergänzungen. Schwerwiegend sind seine Einwände gegen die Messung des technischen Fortschrittes. Daß Einwände gegen die Berechnungen kommen würden, war mir von vornherein klar. Ich gebe offen zu, daß mir selbst manchmal nicht so recht wohl bei den Berechnungen gewesen ist. Aber einmal muß ja ein Anfang gemacht werden. Die Einwände sind an sich nicht neu. Es geht um das Problem, das man in der Ökonometrie als Multikollinearität bezeichnet. Die durch die Multikollinearität heraufbeschworenen Schwierigkeiten bei der ökono-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

metrischen Verifizierung der Cobb-Douglas-Funktion sind sehr anschaulich von Mendershausen mit Hilfe dreidimensionaler Darstellungen demonstriert worden.[1] In meinem Referat habe ich mich dagegen gesichert, indem ich sagte, technischer Fortschritt und Substitution liefen nebeneinander her und seien häufig untrennbar miteinander verbunden. Das ist die verbale Umschreibung der Multikollinearität. Ich glaube aber, daß es tatsächlich auch in großem Umfange technischen Fortschritt gibt, der von Substitutionsvorgängen unabhängig ist. Beispiele dafür lassen sich aufzählen.

Herr Präsident *Fürst* brachte zunächst die Schwierigkeiten der Beschäftigungsstatistik zur Sprache. Die mithelfenden Familienangehörigen sind bekanntlich eine Crux der Beschäftigungsstatistik. Die in meinem Referat angeführten Erwerbsquoten und die sich auf sie stützenden Vergleiche sind deshalb mit einer gewissen Vorsicht zu behandeln. Ich bin zu wenig Fachmann auf diesem Gebiet, um das Ausmaß möglicher Fehler abschätzen zu können.

Mit einer Fußnote in meinem Referat wollte ich andeuten, daß ich die Möglichkeiten der Steigerung der Arbeitsproduktivität im öffentlichen Sektor nicht unterschätze. Ich hatte auf die Einführung des Lochkartenverfahrens bei den Finanzämtern Bezug genommen. Auch in anderen Bereichen des tertiären Sektors sind Untersuchungen vorgenommen worden, etwa beim Handel und bei den Banken. Mir ist bekannt, daß auch bei Banken erstaunliche Produktivitätssteigerungen — „Produktivität" hier einfach gemessen durch die Anzahl der Buchungen je Angestellten — innerhalb relativ kurzer Zeit durch die Einführung von Lochkartenverfahren oder gar elektronischer Anlagen beobachtet worden sind. Dennoch möchte ich bei meiner Behauptung bleiben, daß auf lange Sicht der Produktivitätsfortschritt im öffentlichen Sektor unter dem industriellen Durchschnitt bleiben wird. Hinsichtlich der Möglichkeiten der Produktivitätsmessung selbst bin ich nicht optimistisch wie Herr Präsident *Fürst*. Im Statistischen Bundesamt lassen sich gewiß noch am ehesten fundierte Untersuchungen durchführen. Wie aber soll man die Produktivität eines Regierungsrats, eines Pfarrers oder eines Lehrers bestimmen? Hier muß die Produktivitätsmessung wirklich versagen.

Herr *Wessels* hat das Problem des *time lag* des Kapazitätseffektes angeschnitten und die aufgeworfene Frage im Grunde selbst beantwortet. Aus der Existenz eines *time lag* zwischen Einkommenseffekt und Kapazitätseffekt der Investition braucht nicht die Gefahr einer säkularen Inflation zu erwachsen, solange keine Tendenzen zur

---

[1] H. *Mendershausen*, On the Significance of Professor Douglas' Production Function. Econometrica, Bd. 6 (1938).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ständigen Vergrößerung des Zeitintervalls bestehen. Einer statistischen Analyse ist dieses Problem sehr schwer zugänglich.

Ich komme nun auf den Einwand von Herrn *Rose* zu sprechen. Was ich bezüglich des Zusammenhanges zwischen Sparen und Fortschrittsrate gesagt habe, war zunächst einfach nur eine Antithese, die ich benutzt habe, um meinem Argument etwas Nachdruck zu verleihen. Ich glaube selbst nicht, daß die Entwicklung in der Wirklichkeit so läuft. Aber meine Annahmen sind doch nicht so unrealistisch, daß man sie nicht ernstlich prüfen sollte. Den von Herrn *Rose* gemachten Bemerkungen über den Zusammenhang zwischen Sparen und Investieren im Wachstumsprozeß ist natürlich zuzustimmen. In meinem Referat habe ich die modellmäßigen Darstellungen des Gleichgewichtswachstums jedoch ausgeklammert und sie als bekannt vorausgesetzt.

Herr *Rose* hat ferner den Einwand vorgebracht, ich betrachtete nur das Haushaltssparen und nicht das Sparen der Unternehmer. Ich tue das natürlich ganz bewußt. Ich spreche bei meinem Modell vom Sparen des privaten Sektors. Das ist das Sparen der Lohn- und Gehaltsempfänger und das Sparen aus den Entnahmen. Diese Größen bringe ich im *propensity*-Sparen unter. Die unverteilten Gewinne, die statistisch natürlich auch als Ersparnis verzeichnet werden, haben nach meiner Meinung nichts mit einem *propensity*-Sparen im Keynesschen Sinne zu tun. Sie sind weitgehend einfach ein Reflex des Entwicklungsprozesses. Das ist wohl auch das, was Herr *Föhl* sagen wollte. Vielleicht sind wir aber auch unterschiedlicher Meinung. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, wenn das private Sparen nicht hoch genug sei, schließe vielleicht das Unternehmungssparen die Lücke. Statistisch natürlich, denn I ist immer gleich S, aber wir haben es dann eben nicht mehr mit einem Neigungssparen zu tun. Schwierig ist es, die Ersparnisse der öffentlichen Haushalte zu klassifizieren. Auch sie sind oft nur ein Reflex eines bestimmten Entwicklungsprozesses und haben dann nichts mit einer *propensity* zu tun. Es brauchen etwa nur die Einnahmen unerwarteterweise schneller gestiegen zu sein als die Ausgaben.

Abschließen möchte ich mit ein paar ausführlichen Bemerkungen zu dem Diskussionsbeitrag von Herrn *Föhl*, weil es hierbei wirklich um äußerst wichtige Dinge geht. Herr *Föhl* macht mir doch so etwas den Vorwurf, daß ich auf die grundlegende Frage, wer denn eigentlich über die Höhe der Fortschrittsrate bestimme, zwar eingegangen sei, sie aber doch nur sehr am Rande behandelt habe. Ich bin mit Herrn *Föhl* darin einig, daß diese Frage in der Tat das zentrale Problem ist. Wenn ich mich nicht damit auseinandergesetzt habe, so einfach deshalb, weil ich mich im Rahmen eines statistischen Referates

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dafür nicht als kompetent betrachtete. Da aber auch die Frage der Aufrechterhaltung der monetären Stabilität im Grunde nicht losgelöst von den Bestimmungsgründen der Fortschrittsrate behandelt werden kann, sollten wir bei der Spezialdiskussion darauf zurückkommen.

Herr *Föhl* hat die Frage aufgeworfen, ob es überhaupt möglich ist, die Investitionsquote einmal hochzusetzen, ein andermal herabzusetzen, um so die Wachstumsrate zu manipulieren. Nach dem Modell von Domar-Harrod bestimmt die Investitionsquote zusammen mit dem Kapitalkoeffizienten die Fortschrittsrate des Realproduktes, und man kann die bekannten Tabellen aufstellen, aus denen sich bei gegebenem Kapitalkoeffizienten für verschiedene alternative Investitionsquoten die zugehörigen Wachstumsraten ablesen lassen. Wir müssen aber ernstlich fragen, ob das, was wir hier aufstellen, nicht letzten Endes eine Milchmädchenrechnung ist. Können wir wirklich heute unsere Zuwachsraten verdoppeln, indem wir unseren Riemen enger schnallen und nicht 20 %, sondern 40 % des Sozialproduktes der Realkapitalbildung zuführen? Würde wirklich eine Verdoppelung der Investitionsquote — nehmen wir an, sie sei durchsetzbar — *ad infinitum* auch die Wachstumsrate verdoppeln, oder gibt es nicht vielmehr doch so etwas wie eine natürliche Fortschrittsrate, wie Cassel es gesehen hat? Ist die Fortschrittsrate nicht etwas, was unserem System immanent ist, und müssen nicht andere Größen vielleicht als die Restgrößen gelten, etwa die Entwicklung des Kapitalkoeffizienten? Natürlich lassen sich auf diese schwierigen Fragen hier keine raschen Antworten finden.

Wollen wir in diesem Zusammenhang aber noch eine andere Überlegung anstellen. Wir beobachteten in der Bundesrepublik nach dem Krieg ein ganz ungewöhnlich rasches Wachstum. Herr *Hoffmann* hat gestern davor gewarnt, in dieser Entwicklung den Trend zu sehen. Sicher beobachten wir hier nicht den Trend, sondern eine außergewöhnliche Anpassungsperiode. Nun kann man aber auch eine andere Meinung vertreten, und wenn ich mich nicht irre, so war es Herr *Krengel*, der dieses Argument einmal auf einer anderen Tagung vorgebracht hat. Die in früheren Zeiten im Trend viel niedrigere Wachstumsrate des Realproduktes war ein Durchschnitt aus den hohen Zuwachsraten der Aufschwungsphasen und den niedrigen oder negativen der Depressionen. Heute leben wir noch immer in einer Phase der Hochkonjunktur mit sehr hohen realen Wachstumsraten. Man kann nun fragen: Wenn es uns heute mit verbesserten Methoden gelingt, die ständigen konjunkturellen Schwankungen zu vermeiden oder zumindest auf ein Minimum zu reduzieren, warum sollten wir dann von dem, was wir früher schon gehabt haben, nicht nur die guten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Seiten realisieren können, nämlich die hohen Zuwachsraten? Es hat ja schon früher längere Perioden hoher Wachstumsraten gegeben. Also, könnte man fragen, warum wollen wir uns von den Wellen des Konjunkturzyklus nicht nur die oberen Segmente herausschneiden und diese in Zukunft realisieren? Das ist eine sehr interessante Idee. Aber im Hintergrund steht wieder die Frage, ob es nicht doch jene „natürliche Fortschrittsrate" gibt, und ob wir mit jenen anderen Gedanken nicht einem Phantom nachjagen, das sich nie erreichen läßt.

Vorsitzender Prof. Dr. Alexander *Mahr* (Wien):

Ich danke Ihnen, Herr Kollege *Bombach,* nochmals im Namen aller Anwesenden für Ihren ausgezeichneten und ungemein anregenden Vortrag wie für Ihr höchst interessantes Schlußwort. Ebenso danke ich allen Diskussionsrednern für ihre wertvollen Beiträge.

Die Sitzung ist geschlossen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dritter Tag

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dritter Tag, vormittag, Freitag, 10. Oktober 1958

Vorsitz: Professor Dr. Gerhard *Albrecht* (Marburg):

Vorsitzender Prof. Dr. Gerhard *Albrecht* (Marburg):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Obwohl ich mich für durchaus traditionsbewußt halte und es auch meine besondere Mission in dieser Gesellschaft gewesen ist, für die Wahrung der Tradition einzutreten, möchte ich mir doch erlauben, heute von einer neuen Tradition, die sich erst auf dieser Tagung entwickelt hat, abzuweichen, und auf eine eigene Einleitung in das Referat verzichten, in ein Referat, das ja selbst als Einleitung in die Diskussion dienen und dafür die Grundlage geben soll. Ich bin der Meinung, daß hier dem Herrn Referenten das erste Wort gebührt.

So darf ich Sie, Herr Kollege *Schmölders,* bitten, gleich das Wort zu Ihrem Referat zu nehmen.

Das Problem der Koordinierung von Geld- und Finanzpolitik im Hinblick auf die Sicherung stetigen Wirtschaftswachstums

Von Prof. Dr. Günter Schmölders

Mein Referat möchte ich mit einer Bemerkung zur Grammatik unseres Tagungsthemas beginnen, des Themas „Finanzpolitische und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums". In dieser Formulierung sind Finanzpolitik, Währungspolitik und Stetigkeit des Wachstums nur in adjektivischer Form enthalten; die beiden einzigen Substantive sind die Bedingungen und das Wachstum Infolgedessen ergab es sich von selbst, daß in den letzten Tagen hier das Wachstumsproblem im Vordergrund stand, während Finanz- und Währungspolitik nur mehr am Rande unter den Wachstumsbedingungen erwähnt wurden; meine Aufgabe muß es sein, diese Verteilung der Gewichte wieder etwas auszugleichen und die eigenstän-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

digen Probleme der Geld- und Finanzpolitik wieder mehr in den Vordergrund zu rücken.

I.

In den Referaten meiner Herren Vorredner ist bereits verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß die praktische Verwirklichung all der Maßnahmen, die im Bereich der Geldpolitik einerseits, der Finanzpolitik andererseits im Hinblick auf das Ziel einer Sicherung stetigen Wirtschaftswachstums vorgeschlagen werden, ein Mindestmaß an Koordinierung zwischen diesen beiden voraussetzt; von den Gefahren und Schwächen einer „in sich uneinheitlichen Wirtschaftspolitik", von der Notwendigkeit, die Finanzpolitik in den Rahmen einer allgemeinen „Wachstumspolitik" einzuspannen und beide zu koordinieren, und von den Schwierigkeiten, die sich vor allem in föderalistisch aufgebauten Staatswesen, aber keineswegs nur in solchen, einer erfolgreichen Koordinierung aller der genannten Ziele und Mittel entgegenstellen, war mehrfach die Rede.

Meine Aufgabe wird es sein, dieses Problem der Koordinierung zwischen Geld- und Finanzpolitik genauer zu analysieren und die Voraussetzungen und Vorbedingungen zu klären, von denen der Erfolg dieser Koordinierung abhängt; dabei wird sich zeigen, daß es nicht genügt, auf den sicherlich vorhandenen guten Willen aller an der wirtschaftlichen Gestaltung Beteiligten zu bauen, sondern daß hier in der Tat ein eigenes, in der spezifischen Dynamik der Menschen und Institutionen begründetes Problem vorliegt, das ernsthaften Nachdenkens wert ist.

Der erstaunliche Aufschwung der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren ruft immer wieder besorgte Erinnerungen an das Ende der Hochkonjunktur der zwanziger Jahre hervor; der ökonomische Wachstumsprozeß verläuft nun einmal nicht ohne weiteres stetig, sondern — in Abhängigkeit von psychologischen, politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten — zeitweilig mehr oder weniger beschleunigt oder zurückgestaut. Sobald ein derartiger „Rückstau" das Ausmaß einer regelrechten Wirtschaftskrise annimmt, die über die heilsame Funktion einer „Reinigungskrise" hinausgeht, wird er aus politischen und sozialen Gründen für die im Vorfeld der säkularen Auseinandersetzung zwischen Ost und West befindlichen westeuropäischen Demokratien schlechterdings untragbar; das Wort „Keine Demokratie Westeuropas übersteht eine große Krise" stammt von Botschafter Conant.

Ist mit diesem Zitat die welthistorische Bedeutung der Aufgabe gekennzeichnet, für stetiges Wirtschaftswachstum unter Vermeidung ernster Krisen zu sorgen, so ist damit doch zugleich angedeutet, daß diese Aufgabe nicht allein in das „Ressort" der Wirtschaftspolitik oder

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gar nur der Geld- und Finanzpolitik gehört; der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik würde damit eine Verantwortung übertragen, die im Ernstfalle ihre Instrumente und Einflußmöglichkeiten bei weitem überfordert. In Situationen, in denen die Grundwerte der abendländischen Gesellschaftsstruktur auf dem Spiel stehen, kann das Schicksal der Nation nicht der Notenbank allein oder in Koordination mit dem Finanzministerium anvertraut werden; die Demokratie kann eine derartige Feuerprobe vielmehr nur im opferbereiten Zusammenwirken aller ihrer Glieder und Gruppen bestehen.

Aber auch außerhalb derartiger Situationen sollte man Vorsicht walten lassen, etwa einzelnen Zweigen der Politik eine allzu große Autonomie zuzubilligen und ihnen allein die Verantwortung zuzuschieben. Wirtschaftspolitik ist kein einfaches „Ressort", die Vermeidung ernster Krisen nicht nur die Aufgabe eines eben dafür zuständigen Ministers; unwillkürlich denkt man an den Ausruf Napoleons: „Wir haben keine Literatur? — das ist die Schuld des Innenministers!"

Die Verantwortung für das stetige, von ernsten Störungen freie Wachstum der Wirtschaft gehört heute zur gesamtpolitischen Verantwortung des Staates; dies zu spät eingesehen zu haben, war das verhängnisvolle Schicksal des Weimarer Staates. Von derartigen Extremsituationen soll jedoch hier nicht die Rede sein; die Frage, inwieweit eine erfolgreiche Koordinierung der Geld- mit der Finanzpolitik im Dienste einer „Verstetigung" des wirtschaftlichen Wachstums möglich ist und welche Probleme und Schwierigkeiten sich dabei ergeben, ist hier nur für relativ „normale" Zeitläufte zu behandeln, in denen nicht die Existenz der Nation auf dem Spiel steht, sondern nur Ausmaß und Grad ihrer wirtschaftlichen Entwicklung im Wachstumsprozeß. Auch diese weniger dramatischen Zeiten sind für das Völkerschicksal von großer Bedeutung; alle politischen Instanzen sollten sich der Notwendigkeit zur Zusammenarbeit auf diesem staatspolitisch so entscheidenden Gebiet bewußt sein.

II.

Zunächst ist zu fragen, wann das hier gemeinte Koordinationsproblem überhaupt auftritt. Es existierte noch nicht im absoluten Staat, dessen Fürsten jeweils zwischen Besteuerung und Münzverschlechterung wählen bzw. abwechseln konnten, um der Staatskasse aufzuhelfen; es existiert auch nicht in der modernen Diktatur, beispielsweise in der UdSSR, deren Finanzminister Swerew seit dreißig Jahren im Amt ist und in den drei Abteilungen seines Ressorts die Besteuerung, die Währung und das Bank- und Sparkassenwesen einheitlich leitet. Unser Problem besteht vielmehr nur in den Demokratien westlicher Prägung, die in ihrer wirtschaftspolitischen „Gewaltenteilung" ein gewisses Maß an Unabhängigkeit der Notenbank

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verwirklicht haben, eine Art institutionell verselbständigtes Währungsgewissen, das mit den übrigen Instanzen der Wirtschafts- und Finanzpolitik in einem Verhältnis gegenseitiger „Checks and Balances" steht; das Problem entfällt auch hier alsbald, wenn übergeordnete Notwendigkeiten (Kriegsfall, Weltwirtschaftskrise) die Einheit von Geld- und Finanzpolitik erzwingen.

Unser spezielles Koordinationsproblem tritt also nur dann auf, wenn das Ziel „stetiges Wachstum" von Regierung und öffentlicher Meinung als Ziel anerkannt ist und wenn Geld- und Finanzpolitik institutionell getrennt sind; es tritt nicht auf, wenn ein anderes Ziel — wie z. B. Rüstungsfinanzierung oder Bekämpfung einer bereits eingetretenen Depression — verabsolutiert wird oder wenn jene institutionelle Trennung nicht gegeben ist. In diesem Falle bleiben die Zielkollisionen als Sachkonflikte zwar bestehen, werden aber nicht zu institutionellen, sondern allenfalls zu persönlichen Konflikten.

III.

Bereits aus diesem Sachverhalt wird deutlich — und es scheint mir wichtig, darauf hinzuweisen —, daß das Koordinierungsproblem mit der materiell-ökonomischen Problematik der Ziele, die mit der Geld- und der Finanzpolitik im einzelnen angesteuert werden soll, nur mittelbar zusammenhängt; es handelt sich um Politik, um die Koordinierung zweier ihrer Zweige, nicht etwa um zwei Instrumentarien einer womöglich schon nach wissenschaftlichen Grundsätzen geführten einheitlichen „Wirtschaftspolitik", wie vielfach angenommen wird. Mit dem Übergang von der allgemeinen ökonomischen Theorie zur „Theorie der Wirtschaftspolitik" wird nämlich nicht nur, worauf *K. Schiller* kürzlich hingewiesen hat[1], ein neues „mehrpoliges" Schema einer „multiplen" Theorie notwendig, sondern die Wissenschaft betritt hier einen gänzlich andersartigen Lebensbereich; die Politik hat es nicht mit Sachgütern und deren Quantitäten, sondern mit Menschen und Institutionen zu tun.

Primär sind daher für unser Problem die Kategorien und Erkenntnisse der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Psychologie und Sozialpsychologie maßgebend; sekundär gewiß auch viele allgemeine Erkenntnisse der Wirtschaftstheorie, insbesondere die Vorstellung von der Interdependenz aller wirtschaftlichen Erscheinungen. Methodisch steht die empirische Erforschung des menschlichen Verhaltens, der Gruppenreaktionen, der Eigendynamik von Institutionen, Traditionen und „Rollen" im Vordergrund; es handelt sich daher um eine Forschungsmethode, die auf soziologischem Gebiet bereits weit entwickelt

[1] K. *Schiller*, Neuere Entwicklungen in der Theorie der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1958.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ist, im ökonomischen Bereich jedoch noch in ihren ersten Anfängen steckt.

IV.

Kollisionen zwischen Geld- und Finanzpolitik sind möglich als Zielkonflikte (gegensätzliche Meinungs- und Willensbildung mit einander widersprechenden Ergebnissen) oder als Mittelkonflikte (gegenläufige Wirkungen der getroffenen Maßnahmen).

Die Vorstellung, es sei ohne weiteres möglich, die Zielkollisionen durch einfache „Gleichschaltung", d. h. Ausrichtung der Geld- und Finanzpolitik auf ein gemeinsames Ziel — z. B. „stetiges Wirtschaftswachstum bei Geldwertstabilität" — auszuräumen, geht an der Wirklichkeit vorbei; das liegt schon an der wesensgemäßen Verschiedenheit der Institutionen. Der Entscheidungsbereich der Geldpolitik ist monothematisch oder bestenfalls dyothematisch; sie ist wesentlich auf das Ziel der Währungsstabilität fixiert, und eben hierin liegt der Sinn ihrer institutionellen Verselbständigung. Die Finanzpolitik dagegen ist polythematisch; „stetiges Wirtschaftswachstum" erscheint hier, wenn überhaupt, so doch nur als eine Aufgabe unter anderen Aufgaben (Sicherheit nach außen und innen, Sozialausgaben, Subventionen usw.). Entsprechend ist, obwohl das Zustandekommen von politischen Willensentscheidungen in den westlichen Demokratien überall ähnlich funktioniert, dieser Vorgang doch gerade zwischen Geld- und Finanzpolitik grundsätzlich verschieden.

Träger der Geldpolitik ist meist ein kollegiales Gremium von Fachleuten, das in engem Kreise geheim berät und in seinen Entscheidungen mit dem Überraschungsmoment arbeiten kann; zudem handelt es sich hier immer um Aspekte ein und desselben Problems. Dagegen vollzieht sich die Willensbildung der Finanzpolitik in kollektiver Vielfalt (Bund, Länder, Gemeinden, parafiskalische Organisationen, Parteien, Fraktionen, vorparlamentarischer Raum u. a. m.); bereits innerhalb dieser komplizierten Struktur treten zahlreiche Zielkonflikte und Koordinationsprobleme auf. Der Prozeß der Willensbildung geht weder geheim noch rasch vor sich: immer sind die bürokratischen Apparate mit von der Partie, „Finanzpublizität" wird wenigstens gefordert[2] und die parlamentarischen Beratungen finden im Scheinwerferlicht der öffentlichen Meinung statt.

Eine Ausnahme bilden hier die „Ausschüsse", in denen eine gesonderte Willensbildung stattfindet, die derjenigen der Notenbank etwas ähnlicher ist; hier wie dort handelt es sich um ein Gremium von Fachleuten, das in kleinem Kreise geheim berät und in ähnlicher

[2] G. *Schmölders*, Der Grundsatz der Budgetpublizität, Finanzarchiv, 1957, Heft 2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Weise auf ein Thema ausgerichtet ist. Wenn es mit diesem Vordringen bürokratischer Organisationsformen in das Parlament auch gelingt, gewisse Koordinationsprobleme und Zielkollisionen bereits vor der Plenarberatung zu lösen oder wenigstens abzuschwächen, so bleiben die Ausschußentscheidungen doch grundsätzlich provisorisch; sie sind nur ein Teil des parlamentarischen Willensbildungsprozesses.

Infolgedessen bleiben beträchtliche wesensgemäße Unterschiede zwischen den Willensbildungsprozessen der Geld- und Finanzpolitik bestehen; der Versuch, diese Wesensunterschiede durch Patentlösungen wie Indexklauseln, Vollmachten über Rahmensteuersätze, „Brain Trusts" u. dgl. zu verwischen, rührt an die Grundfesten der Demokratie (Souveränität der Volksvertretung, Öffentlichkeit, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit). Die von vielen Seiten vorgelegten Lösungsvorschläge, die sich über diese Grundvoraussetzungen der freiheitlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung hinwegsetzen, verkennen zuletzt meist auch das Gewicht der realen Tatsachen, die sich in diesen institutionellen Vorkehrungen manifestieren[3].

V.

Die Koordination der Zielvorstellungen hat sich in einer ersten Phase auf das Ziel „stetiges Wirtschaftswachstum" zu beziehen; dieses Ziel muß konkretisiert werden. So kann ein Zielkonflikt schon hinsichtlich der Auslegung dieses Programms selbst auftreten; beispielsweise bei der Frage, ob mehr „Wachstum" oder mehr „Stetigkeit" gewünscht wird. Soll ferner die Politik bis zu 5 % oder bis zu 10 % Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen, um dafür ein Höchstmaß an Wachstumskräften zu stimulieren? Soll andererseits das Ziel Geldwertstabilität verabsolutiert (Ausgleich jeglicher Geldwertschwankungen nach oben und unten) oder ein Trend langsamer Geldentwertung (durchschnittlich 1 %, 2 %, 3 %?) zugelassen werden?

Eine Einigung über diesen konkreten Inhalt, der der Konzeption stetigen wirtschaftlichen Wachstums gegeben werden soll, setzt gleichgerichtete, gleichzeitige und gleichmäßige „Information" voraus, wie sie aller politischen und wirtschaftlichen Willensbildung vorangehen muß. Als individual-psychologisches Problem ist dies ein Problem der Wahrnehmung, sozialpsychologisch gesehen ein Problem der Kommunikation. Schon von seiner Aufgabe und von der Art her, wie er seinen Beruf ausübt, „nimmt" z. B. der Abgeordnete andere Dinge „wahr" als etwa der Fachmann in den Entscheidungsgremien der

[3] F. *Neumark*, Des obstacles s'opposants à la réalisation d'une politique financière rationelle, in: Bulletin d'information et de documentation, Banque Nationale de Belgique, Juniheft 1958.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Notenbank; bestimmte Dinge, die letzterem wichtig sind, treten niemals in den Gesichtskreis des ersteren. Ähnlich verhält es sich mit der Kommunikation: die Quellen und die Art der Informationen sowie die Kommunikationskanäle sind bei den geldpolitischen Institutionen ganz andere als bei denen der Finanzpolitik. Schließlich funktionieren Verständnis, Wissen und Urteil bei Hunderten von Abgeordneten und Beamten notwendigerweise anders als bei einem Dutzend Fachleuten, wie sie in den Entscheidungsgremien der Geldpolitik zusammen sind. Wiederum nehmen hier die parlamentarischen Ausschüsse eine Sonderstellung ein; die Informationsquellen der hier infrage kommenden Ausschüsse sind denen der Notenbank ähnlicher als denen des Plenums, ohne freilich deren Kommunikationsmöglichkeiten zu besitzen.

Um Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, nach welchen wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Erfahrungen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Problematik einer konjunkturpolitisch orientierten Finanzpolitik im Sinne der „monetary-fiscal-policy" beurteilen, wurden im Juni 1958 von unserer Kölner „Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik" mit Hilfe des Allensbacher „Instituts für Demoskopie" mit sämtlichen Mitgliedern des Finanz- und Steuerausschusses und einem repräsentativen Querschnitt des Bundestagsplenums ausführliche Interviews über wirtschafts- und finanzpolitische Fragen durchgeführt. Die Ergebnisse liegen vor, sind aber noch nicht ausgewertet; sie zeigen jedoch schon auf den ersten Blick, wie stark Information und Verständnis für eine konjunkturpolitisch orientierte Finanzpolitik bei den Abgeordneten variieren. Auf fünf sorgfältig ausgesuchte Fragen wirtschafts- und finanzpolitischen Inhalts, die eine gewisse Vertrautheit mit der währungs- und konjunkturpolitischen Problematik der „monetary-fiscal-policy" voraussetzen, antworteten die meisten Abgeordneten so, daß deutlich wurde, daß ihre Vorstellungen und Erfahrungen dieser Problematik nicht gewachsen sind; die Mitglieder des Finanzausschusses zeigten sich wenigstens in ihrer Mehrheit über diese Probleme im großen und ganzen orientiert, aber auch bei ihnen löste beispielsweise die Frage nach den Wirkungen einer Auflösung des sogenannten Juliusturmes fast gar keine währungs- oder konjunkturpolitischen Überlegungen aus.

Dabei muß man natürlich bedenken, daß diese Probleme für die Politiker im Juni 1958 kaum aktuelle politische Bedeutung besaßen; ihre finanzpolitischen Vorstellungen scheinen sich gegenwärtig eher an dem Ausspruch von Bundesfinanzminister Etzel zu orientieren: „Budgetpolitik am Rande des Defizits". In den von den Interviewern wörtlich mitgeschriebenen Kommentaren taucht diese Äußerung wiederholt in ganz verschiedenem thematischen Zusammenhang auf, ein Beispiel für den meinungsbildenden Einfluß sinnfälliger Formeln.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das gilt mutatis mutandis natürlich auch für die Formeln, wie sie im Grundgesetz als Maximen der Haushaltsgebarung der öffentlichen Hand niedergelegt sind. Unter diesem Aspekt erscheinen Bestimmungen wie die über Haushaltsausgleich, über die Aufnahme von Kredit nur zu „werbenden Zwecken" und andere „orthodoxe" Formeln als für das Verständnis und die Meinungsbildung der Politiker ganz unentbehrliche Stützen, die nicht beseitigt werden dürfen, ehe andere, und zwar möglichst bessere, dafür gefunden sind.

Ganz anders liegt es bei der Meinungsbildung in der Geldpolitik; hier fehlt es weder an Information noch an Kommunikation, weder an Verständnis noch an Urteil für die Zusammenhänge. In dem Prozeß der Einigung über das Ziel „stetiges Wirtschaftswachstum" kann die Notenbank vielmehr sogar als „opinion-leader" auftreten, da sie einmal als Institution allein auf dieses Ziel bzw. eines seiner wesentlichen Vorziele hin orientiert ist — insofern die Gesundheit der Währung eine Bedingung der Stetigkeit darstellt — und da sie zum anderen, ebenfalls von ihrer institutionellen Anlage her, das Gewicht des größeren Sachverstandes geltend machen kann. Oft genug fehlt es ihr allerdings gänzlich an Kommunikation mit den Trägern der Finanzpolitik, an Autorität und Gehör; daher ist ihre Stellung als opinion-leader immer nur bis zu einer bestimmten Grenze belastbar, jenseits derer die Subordination der ehemals unabhängigen Notenbank unter die Finanzpolitik erfolgt, d. h. die Ko-ordination scheitert.

Von entscheidender Bedeutung dürfte dabei sein, inwieweit die Vorstellungen der Notenbank mit denen der öffentlichen Meinung übereinstimmen, so daß die Träger der Finanzpolitik sich gegebenenfalls einem doppelten Druck gegenübersehen. Im inflationserfahrenen Deutschland, in dem, wie Herr Paulsen gesagt hat, stabiler Geldwert primär nicht als ökonomische, sondern als soziale Setzung verstanden wird, ist dies weitgehend der Fall; in den letzten Jahren ließ sich verschiedentlich beobachten, daß die Notenbank — wenn wir von bestimmten Interessentenkreisen absehen — für ihre währungspolitischen Vorstellungen eine ungleich größere Resonanz in der öffentlichen Meinung fand als die finanzpolitischen Institutionen.

Andererseits hat das Finanzministerium sich bei allen seinen Vorschlägen und Plänen immer erst von dem Verdacht zu reinigen, daß es gar nicht jenes übergeordnete Ziel, sondern vielmehr seine institutionsspezifischen Eigenziele meine; immer wird das Finanzressort, wie die Erfahrungen dieses Jahres in den USA bestätigt haben, als „Interessent" gelten, wenn es z. B. Bedenken gegen Steuersenkungen geltend macht oder gar Steuererhöhungen vorschlägt, die in der Haushaltssituation nicht begründet sind.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Einigungsprozeß wird weiter dadurch erschwert, daß die finanzpolitische Willensbildung aus verschiedenen Gründen allen Versuchen widerstrebt, sie ein für allemal auf ein so und so konkretisiertes Ziel festzunageln, das allen anderen voranzustehen hätte. Dies würde nämlich bedeuten, daß sie diese anderen Ziele jenem Hauptziel entsprechend ordnen müßte. Selbst wenn sie hierzu den Willen aufbrächte (was bei der Struktur der finanzpolitischen Willensbildung, bei der sehr vielfältige, konkrete und aktuelle Interessen im Spiele sind, mehr als zweifelhaft sein muß), so bliebe doch noch eine andere Schwierigkeit. Das Gelingen jenes Ordnungsprozesses, jener inneren Koordination der finanzpolitischen Zielvorstellungen, setzt nämlich die Kenntnis der monetären Wirkungen der einzelnen finanzpolitischen Maßnahmen voraus. Ohne diese Kenntnis kann gar nicht festgestellt werden, ob geplanten finanzpolitischen Zielsetzungen im monetären Bereich Wirkungen entsprechen würden, die dem Ziel „stetiges Wirtschaftswachstum bei stabilem Geldwert" zuwiderliefen. Wie bereits Herr Bickel ausführte, hat selbst die Wissenschaft bisher nur eine unvollkommene Kenntnis der Wirkung finanzpolitischer Maßnahmen auf den volkswirtschaftlichen Prozeß; entsprechend sind die Informationen, die den finanzpolitischen Institutionen zugeleitet werden, vielfach unbestimmt und kompliziert. Um so mehr bleibt etwa dem einzelnen Abgeordneten der Funktionalzusammenhang zwischen der einzelnen finanzpolitischen Maßnahme und deren monetären Wirkungen undurchsichtig; die sich summierenden Wirkungen einzelner quantitativ gering erscheinender finanzpolitischer Maßnahmen auf geldpolitischem Gebiete sind unanschaulich und meist im Augenblick der Entscheidung politisch nicht aktuell genug, um die Entscheidung zu beeinflussen.

VI.

Aus allen diesen Gründen wird es nur in Ausnahmefällen, d. h. in solchen Krisen, von denen hier ausdrücklich abgesehen wird, gelingen, die Willensbildung der Geld- und der Finanzpolitik wirklich „gleichzuschalten" oder so auf ein einheitliches Ziel auszurichten, daß beide Institutionen diesem den gleichen Inhalt geben und in gleicher Weise bereit sind, dies Ziel allen anderen vorzuziehen. In normalen Zeiten erscheinen die Aufgaben des Tages den Trägern der Geldpolitik grundsätzlich unter anderen Aspekten als denen der Finanzpolitik; dies ergibt sich notwendig aus den Wesensunterschieden der beiden Institutionen und ist zunächst nicht negativ zu werten. Bleiben nämlich diese Wesensunterschiede, die ja zugleich die Funktionsfähigkeit der Geld- und Finanzpolitik überhaupt erst verbürgen, in möglichst reiner Form gewahrt, so kann es gerade dadurch gegebenenfalls zu einem frucht-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

baren Spannungsverhältnis, einer gesunden Polarität zwischen Geld- und Finanzpolitik kommen.

Selbstverständlich kann dies nicht bedeuten, daß die Zielvorstellungen dauernd divergieren, ohne einander angepaßt werden zu können; ein Spannungsverhältnis ist kein Zustand fortwährenden Konflikts. Wohl aber handelt es sich hier um ein Verhältnis, das ständige Anpassungs- und Koordinationsprozesse notwendig macht, ohne daß die heute gefundene Lösung nun nach Art eines abschließenden Vertrages von unbegrenzter Gültigkeit wäre. Da außerdem in der funktionierenden Demokratie beide Institutionen sich ständig der öffentlichen Meinung gegenübersehen, kann im optimalen Falle das dauernde Spannungsverhältnis zwischen Geld- und Finanzpolitik die beiderseits erforderlichen Willensentscheidungen günstig, d. h. letztlich im Sinne einer von der öffentlichen Meinung akzeptierten Konzeption stetigen Wirtschaftswachstums beeinflussen (Checks and Balances). Die Notenbank „will" dabei (innere und äußere) Geldwertstabilität, die Regierung und das Parlament „wollen" u. U. Vollbeschäftigung, Wohlfahrtsausgaben, Steuersenkung u. a. m. Vor der öffentlichen Meinung, auf deren Resonanz die Maßnahmen der Finanzpolitik stärker angewiesen sind als die der Geldpolitik, vertritt jene dabei die anschaulicheren Ziele; die Geldpolitik besitzt demgegenüber — jedenfalls in Deutschland — um ihres Zieles „Geldwertstabilität" willen einen erheblichen Vertrauensvorschuß und zudem die schlagkräftigeren Mittel (einschließlich der Überraschungseffekte).

Ein derartiges, von Dynamik erfülltes „Spannungsverhältnis" verdient sicherlich den Vorzug vor einer einfachen „Gleichschaltung" der Geld- und der Finanzpolitik; die weithin sichtbare und breiten Kreisen verständliche Auseinandersetzung zwischen den institutionell legitimierten „Rollen" dieses Spieles findet Aufmerksamkeit und Interesse und wirkt damit auf die Meinungs- und Willensbildung aller Beteiligten zurück. Die im Staatsleben der freien Welt bewährte „Gewaltenteilung", die ihrem Prinzip nach die Machtansprüche der staatlichen Organe wechselseitig in Schranken hält, wird damit auch der Willensbildung auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik dienstbar gemacht; zugleich wird an dem Problem der Unabhängigkeit der Notenbank die wirtschaftstheoretische Konzeption von der Interdependenz aller volkswirtschaftlichen Erscheinungen besonders sinnfällig demonstriert.

Das „Spannungsverhältnis" dieser Gewaltenteilung bleibt allerdings nur solange in Funktion, als beide Pole unter Strom stehen, d. h. solange nicht die Wirkungsmöglichkeiten beispielsweise der Geldpolitik durch strukturelle Wandlungen oder durch das Übermaß der Staatsverschuldung außer Kraft gesetzt worden sind, wie dies in den Ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einigten Staaten heute weitgehend der Fall ist; in der Frühjahrsdiskussion dieses Jahres um die Bekämpfung der „Recession" war kennzeichnenderweise fast ausschließlich von Steuersenkungen die Rede, während die Geldpolitik, soweit sie überhaupt noch als solche anerkannt wird, überwiegend nur Anklagen zu hören bekam. Auch in den übrigen Demokratien der westlichen Welt droht der Geldpolitik die Gefahr, daß die Schlagkraft gelähmt wird; das fruchtbare Spannungsverhältnis wandelt sich dann unvermerkt zu einer (ungewollten) Subordination der Geld- unter die Finanzpolitik. Damit ist die Koordination endgültig gescheitert, die Koordinationsaufgabe als solche gegenstandslos geworden. Für die Fruchtbarmachung des erwähnten Spannungsverhältnisses kommt es daher auf die rechtzeitige Erkennung und Verhütung von Mittelkonflikten an, während sie die Vermeidung grundsätzlicher Zielkonflikte bereits als gelungen voraussetzen muß.

VII.

Sind die Zielvorstellungen koordiniert, so ist die Koordinierung des Mitteleinsatzes zunächst ein Problem von Diagnose und Prognose. Die Geld- und die Finanzpolitik müssen die jeweils gegebene Situation in gleicher Weise bewerten; anderenfalls ist es möglich, daß ihre Maßnahmen einander zuwiderlaufen, obwohl sie im Hinblick auf das gleiche Ziel getroffen wurden. Darüber hinaus ist aber auch erforderlich, daß die beiden Institutionen die Wirkungen der Mittel, die angewandt werden sollen, gleich beurteilen. Ich habe vorhin schon in anderem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß bislang sowohl Diagnose und Prognose vielfach Meinungssache als auch die Kenntnisse über die Wirkung bestimmter Maßnahmen unbestimmt und kompliziert sind. Hier liegt eine sehr ernste Schwierigkeit für die Koordinierung des Mitteleinsatzes; denn dafür, ob und wann gegenseitige Beeinträchtigungen der Geld- und Finanzpolitik eintreten können, kommt es offenbar auf Bedingungskonstellationen an, die häufig auch beim besten Willen aller Beteiligten kaum vorauszusehen sind.

So ist z. B. die ständig durch das Erwartungsklima der Wirtschaft modifizierte Steuer- und Ausgabeninzidenz der öffentlichen Finanzwirtschaft weithin noch ungeklärt; insbesondere müßten alle „Signalwirkungen" sowohl der geld- wie der finanzpolitischen Mittel im voraus bekannt sein, ehe sie zielgerecht zum Einsatz gebracht werden könnten. Auch die Wirkungen der Geld- und Kreditpolitik werden vielfach durch unvorhergesehene Erwartungen und darauf gegründete Verhaltensweisen bestimmt, die häufig den besten Lenkungsabsichten zuwiderlaufen; ein Beispiel bietet der Rhythmus der kurzfristigen Bankkredite, der auffallend mit dem der Steuertermine koinzidiert. Der Kontraktionseffekt von Steuerzahlungen ist gering, wenn diese

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auf Grund optimistischer Erwartungen durch Kreditaufnahme finanziert werden; ob es in Boomzeiten gelingen kann, die Bankenliquidität so in die Zange zu nehmen, daß die Hausbanken die Bevorschussung von Steuerterminen ablehnen müssen, erscheint höchst zweifelhaft.

VIII.

Von der Verschiedenheit der Mittel, die der Geld- und Finanzpolitik zur Verfügung stehen, war hier in den letzten Tagen bereits ausführlich die Rede; der Angriffspunkt der Geldpolitik ist ein anderer als der der Finanzpolitik. Insbesondere aber hat die Geldpolitik auf ein Datum Rücksicht zu nehmen, das der Finanzpolitik im allgemeinen (leider!) kein Kopfzerbrechen macht; während diese nämlich nur auf die Binnenwirtschaft blickt, hat sich die Geldpolitik gerade um ihrer binnenwirtschaftlichen Aufgabe willen mit dem sogenannten Außenbeitrag zu befassen, d. h. ihre Aufgabe nicht zuletzt von der Gestaltung der Zahlungsbilanz her zu sehen.

Seit ihrer Abkehr von der Goldwährung versuchen die Länder der westlichen Welt, das Wachstumsproblem für ihre Volkswirtschaften gesondert zu lösen; die großen Rückschläge, denen dieser Versuch ausgesetzt war, stammten jedoch jedesmal aus internationalen Entwicklungen, von der Weltwirtschaftskrise bis zum zweiten Weltkrieg und der Koreakrise. Daß die Geld- und Währungspolitik nicht absolut autonom zu führen ist, ohne dem gemeinsamen Ziel wirtschaftlichen Wachstums Abbruch zu tun, das die Länder der westlichen Welt sich gesetzt haben, ist seit dem Drei-Mächte-Abkommen von 1936 und den Verträgen von Bretton Woods (1944) anerkannt; die großen inter- und supranationalen Organisationen entwickeln sich im Rhythmus und auf dem Boden gemeinsamer, nicht getrennter ökonomischer Interessen. So bedarf die Geldpolitik, zu der ja auch die Festsetzung der Wechselkursparität und die Teilnahme an internationalen Absprachen auf dem Gebiete der Devisenbewirtschaftung und Zahlungsbilanzsalden gehört, einer gewissen Bewegungsfreiheit auf dem internationalen Parkett, von dem sich die Finanzpolitik im allgemeinen bisher fernhält; schon darin liegt eine gewisse Begrenzung ihrer Koordination mit der heimischen Finanzpolitik.

Auch wenn man dies berücksichtigt, ist jedoch die Geldpolitik in ihrem Mitteleinsatz grundsätzlich flexibler, elastischer als die Finanzpolitik. Einmal vollzieht sich, wie bereits betont wurde, ihre Willensbildung rasch, in einem kleinen Gremium; Entscheidungen können viel leichter ad hoc und selbst einer gerade erst eingetretenen Situation entsprechend gefaßt werden, als dies der Finanzpolitik möglich ist. Zum zweiten ist die zeitliche Distanz zwischen der Entscheidung und ihrer Durchführung auf ein Minimum beschränkt; ein heute gefaßter Be-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schluß kann schon morgen die ganze Geldwirtschaft beeinflussen und verändern, vorausgesetzt, daß die Maßnahmen der aktuellen Situation im Geschäftsbankensektor Rechnung tragen.

Im Gegensatz hierzu ist der Mitteleinsatz der Finanzpolitik grundsätzlich wenig flexibel. Die „mittlere Durchlaufzeit" eines Gesetzes beträgt normalerweise fünf bis sechs Monate; Schattenbudgets und alternative Steuersätze sind parlamentarisch kaum durchzusetzen. Jede beabsichtigte Maßnahme ruft wegen der Interdependenz aller finanzpolitischen Maßnahmen zahlreiche Interessenkonflikte hervor; zudem schafft je nachdem die „Starrheit" vieler Ausgaben einen „Sachzwang", dem die Willensbildung sich beugen muß. Sodann muß Rücksicht genommen werden darauf, daß die Steuer für das wirtschaftliche Handeln aller Wirtschaftssubjekte ein Datum von entscheidender Bedeutung ist; häufige Änderungen dieses Datums können anstatt zu dem gewünschten Ziel zu Unstetigkeit und Störungen des Wachstums führen.

Auch die Durchführung finanzpolitischer Maßnahmen ist eine Sache von Monaten. Einmal ist der bürokratische Apparat in technischer wie gruppenpsychologischer Hinsicht außerordentlich schwerfällig. Sodann braucht der Anpassungsprozeß der Steuerpflichtigen selbst seine Zeit; die neuen Regelungen sind zunächst unbekannt oder dem einzelnen unverständlich — über Information, Beratung, Rechtsmittelverfahren usw. kommt es erst nach und nach zum Funktionieren der neuen Regelungen. Außerdem sind die „patterns of taxpaying" meist besonders starr; die Steuermentalität steht ausgesprochen nichtfiskalischen Steuern und deren Änderungen verständnislos gegenüber. Mögen vermehrte Staatsausgaben in der Depression unter diesem Gesichtspunkt auch unproblematisch sein, so stößt doch in guten Zeiten jede nicht fiskalisch motivierte Ansammlung von Einnahmen bei den Steuerzahlern und ebenso, wie die genannte Untersuchung in aller Deutlichkeit zeigt, beim Parlament auf wenig Verständnis.

IX.

Zu diesen Unterschieden in der Elastizität beim Einsatz der geld- und finanzpolitischen Mittel kommt die Gefahr der Rivalität zwischen den Institutionen der Geld- und denen der Finanzpolitik; diese Rivalität erschwert die Koordination von Anfang an. Die Notenbank hält sich für berufen, da sie die eigentliche sachverständige Instanz und das Währungsgewissen der Volkswirtschaft verkörpert; demgegenüber halten sich Regierung und Parlament für zuständig und souverän, für die Verkörperung des Volkswillens. Sichtbar und fühlbar wird dieser Konflikt in der strukturellen Verschiedenheit der Einflußbereiche der Geld- und der Finanzpolitik, die die Entwicklung der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

letzten Jahrzehnte mit sich gebracht hat. Die Instrumente der Geldpolitik, die je nachdem durchaus einmal gezwungen sein kann, die Gefahr der Unpopularität auf sich zu nehmen, wird nur zu leicht durch finanzpolitische Maßnahmen abgestumpft.

a) Das überproportionale Wachstum des öffentlichen Sektors *(A. Wagner)*, das durch eine Art von Rückschlagventil oder „Sperrklinke" gesichert ist, so daß es nur in der Aufwärtsrichtung funktioniert, enthält eben darum einen inflationären Trend (Haavelmo) und zwingt die Geldpolitik, mit immer stärkeren Mitteln auf einen immer kleiner werdenden Bereich privater Kredite einzuwirken; hierdurch kann sich ein Konflikt zwischen „Wirtschaftswachstum" und „Geldwertstabilität" insofern ergeben, als die Notenbank durch ihre Restriktionspolitik das Wachstum im privaten Sektor immer stärker hemmt.

b) Die Selektionsfunktion des Zinssatzes wird durch eine Gewinnbesteuerung, bei der der Zinsaufwand abzugsfähig ist, zum Teil außer Kraft gesetzt oder doch fühlbar beeinträchtigt.

c) Auch das Zinsgefüge als solches wird möglicherweise durch umfangreiche Kreditoperationen der öffentlichen Hand (sowohl als Kreditgeber wie als -nehmer) einer Verzerrung oder Verhärtung ausgesetzt; Beispiele bietet wiederum die Entwicklung in den USA.

d) Die Liquidität des Bankensystems wird darüber hinaus durch die Einlage öffentlicher Kassenmittel oder indirekt, beispielsweise durch steuer- oder wirtschaftspolitische Exportförderung, deren Erlöse sich auf Inlandskonten niederschlagen, bis zu einem Grade gestärkt, der den Erfolg geldpolitischer Restriktionen in Frage stellen kann.

Durch derartige Einflüsse kann die Diskont-, Mindestreserve- und Offen-Markt-Politik der Notenbank in ihrer Schlagkraft weitgehend beeinträchtigt werden; das gleiche gilt für die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen, die den Stand der Zahlungsbilanz beeinflussen (Auslandsschulden, Wiedergutmachung, Hilfe an Entwicklungsländer u. a. m.), so daß der monetäre „Außenbeitrag" sich ändert. So setzt der Erfolg der Notenbankpolitik nicht zuletzt eine finanzielle Disziplin ihres größten Partners voraus, die in der Wirklichkeit oft nicht gegeben ist.

Umgekehrt ist der Einsatz finanzpolitischer Mittel zur Aufrechterhaltung eines stetigen Wirtschaftswachstums u. U. von monetären Bedingungen abhängig, die die Wirkung dieser Mittel abschwächen oder in ihr Gegenteil verkehren können. Konjunkturpolitisch gemeinte Steuersenkungen in Depressionszeiten können zu Schuldenrückzah-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lungen oder Ersparnissen (Notgroschen für den Fall der Arbeitslosigkeit) verwendet werden und damit ihren monetären Zweck verfehlen; Staatsaufträge und Stützungskredite können die „Reinigungskrise" verzögern und damit Fehlinvestitionen finanzieren oder durchschleppen helfen, die der gesamtwirtschaftlichen Produktivität abträglich sind, während Haushaltsüberschüsse in Boomperioden die Begehrlichkeit der Interessenten und Politiker wecken und zu erhöhten öffentlichen Ausgaben führen können, stattt zu ihrer Drosselung (Juliusturm).

X.

Der Konflikt erscheint auf zweierlei Weise lösbar. Einmal, indem die Notenbank zunehmend den staatlichen Zielsetzungen subordiniert wird; das wäre der Fall, wenn die Entwicklung weiter in der von den USA und einigen europäischen Ländern bereits vorgezeichneten Richtung fortschreitet.

Eben diese Entwicklung legt es nahe, die Lösung in anderer Richtung zu suchen und die Therapie auf das kranke Glied zu spezialisieren, anstatt gerade die Finanzpolitik mit ihr im Grund wesensfremden Aufgaben zu überfordern; nur so kann jenes dynamische Spannungsfeld zwischen den einander entgegengesetzten und einander zugeordneten institutionalisierten Teilzielen erhalten bzw. neu geschaffen werden. Die „Wiederentdeckung" der Geldpolitik (England, USA) hat bisher jedoch nur geringe Fortschritte gemacht; die Gefahr besteht, daß ihre Aushöhlung schneller fortschreitet, als die Erkenntnis von den Gefahren dieser Entwicklung.

Verglichen mit anderen Ländern, in denen achselzuckend von der Inflation als einem bekannten Tatbestand gesprochen wird (England, Schweden, USA), wirkt allein das Wort Inflation bei uns noch wie ein rotes Tuch; die Empörung, die jeden Politiker treffen würde, der die zum Tabu erklärte Inflation befürworten wollte, kann als wichtigster Aktivposten finanzpädagogischer Art in die volkswirtschaftliche Aufklärung darüber eingebaut werden, wo die Gefahrenquellen für die Währung liegen.

Um einen Ausgabenstop der öffentlichen Hand oder eine Steuererhöhung zu begründen, kann sogar der Finanzminister sich auf diese Zusammenhänge berufen; statt institutioneller Vorkehrungen zur „Koordinierung" von Geld- und Finanzpolitik erscheint es daher angebracht, diese „Public Relations" der Finanz- und der Geldpolitik zu verbessern, um beide in den Stand zu setzen, ihre institutionelle Rolle als Gegenpole im Spannungsfeld der wirtschaftspolitischen Kräfteströme erfolgreich durchzuführen.

Auch zu dieser Frage liegen jetzt konkrete Erhebungsergebnisse vor. Im Anschluß an den Tiefstand der „Public Relations" der Bundes-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

finanzverwaltung, der durch das böse Wort von der verlorengegangenen Glaubwürdigkeit des Finanzministers gekennzeichnet war, ist von unserer Kölner Forschungsstelle in Zusammenarbeit mit den EMNID-Instituten in Bielefeld und München eine Erhebung über die Steuermentalität und das Staatsbewußtsein der Bevölkerung der Bundesrepublik durchgeführt worden, deren Ergebnisse jetzt vorliegen und der Auswertung harren. Es zeigt sich, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung durchaus Verständnis und Bereitschaft besteht, die erforderlichen Gemeinlasten als solche anzuerkennen und dazu beizutragen; die Deutschen stehen offenbar etwa in der Mitte zwischen den Engländern und Skandinaviern mit ihrer beneidenswerten Steuerdisziplin und den romanischen Völkern mit ihrer wesentlich laxeren Auffassung von den staatsbürgerlichen Pflichten.

Diese Steuermentalität ist, wie alle Attitüden, der pädagogischen Beeinflussung zugänglich. Die Steuerpädagogik, wie Gerloff diese Aufgabe genannt hat, muß im Rahmen einer systematischen Public-Relations-Arbeit der öffentlichen Hand das staatsbürgerliche Bewußtsein wecken und pflegen, das den natürlichen Wurzelboden einer gesunden Steuermoral abgibt; die Wirtschaftswissenschaft ihrerseits muß ihr und der Public-Relations-Arbeit der Währungspolitik die anschaulichen und einprägsamen Formulierungen liefern, die der öffentlichen Meinung die Interdependenz der wirtschaftlichen Erscheinungen im allgemeinen und den unlösbaren Zusammenhang zwischen den Wirkungen der Geld- und der Finanzpolitik im besonderen plausibel zu machen und Verständnis für die Koordinationsaufgabe zu wecken vermögen.

Generaldiskussion

Prof. Dr. Rudolf *Stucken* (Erlangen):

Meine Damen und Herren! Herr *Schmölders* hat mit der Behandlung der Zielkonflikte eine außerordentlich interessante und wichtige Seite des Themas, das uns in diesen Tagen beschäftigt, beleuchtet. Oft fehlt es ja nicht an dem nötigen Wissen darüber, welcher Weg zu einem bestimmten Ziel hinführt, welche Mittel geeignet sind, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, sondern es fehlt an der Bereitschaft, auf die gleichzeitige Verfolgung anderer Ziele zu verzichten, auch wenn die Verfolgung dieser anderen Ziele die Erreichung des erstgenannten Ziels erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht. Aus der Geschichte des Deutschen Reiches lassen sich zwei charakteristische Beispiele für solche Zielkonflikte und die Auswirkungen des auf unterschiedliche Ziele ausgerichteten Verhaltens bringen: In den

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zwanziger Jahren, genauer von 1927 bis 1929, zeigte sich ein prägnanter Gegensatz zwischen den Trägern der staatlichen und gemeindlichen Sozial- und Finanzpolitik einerseits und der Geldpolitik andererseits; im sozialpolitischen und finanzpolitischen Bereich das Bestreben, alle sozialen Nöte sofort zu überwinden und die in der Zeit vor dem I. Weltkrieg errungene Führerstellung im Bereich der Sozialpolitik alsbald wiederzugewinnen; im Bereich des Geldwesens, bei der Notenbankführung, das Streben, die deutsche Auslandsverschuldung in engen Grenzen zu halten und zu erreichen, daß, wenn Reparationen gezahlt wurden, der Transfer dieser Reparationen nur aus Außenhandelsüberschüssen getätigt würde. Aus diesem Gegeneinander ergab sich, daß in Deutschland bereits im Herbst 1927 eine Konjunkturverschlechterung eintrat und die Arbeitslosigkeit zunahm, zwei Jahre, bevor in anderen Ländern der Konjunkturrückgang einsetzte, und daß Deutschland bei Ausbruch der Weltkrise bereits mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit dastand. Das zweite Beispiel eines solchen Zielkonfliktes erlebten wir, als Schacht im Frühjahr 1938 mit seiner Finanzierungswende nach Erreichen der Vollbeschäftigung die Geldschöpfung in enge Grenzen bannen wollte, die politischen Machthaber aber keineswegs gewillt waren, das Tempo des Wehraufbaus zu drosseln und sich bei den sonstigen staatlichen Betätigungen Beschränkungen aufzuerlegen. Damals hat sich auch gezeigt, daß die von der Notenbank angewandten Mittel sich als unwirksam erweisen, wenn die Kreditbanken dank einer vorhandenen Überliquidität von der Notenbank weitgehend unabhängig sind und nicht bereit sind, freiwillig im Sinne der Notenbankführung mitzuschreiten. Also wir tun gut, die Augen nicht davor zu verschließen, daß die Menschen verschiedenen Zielen nachjagen, nicht nur in ihrem persönlichen, sondern auch im politischen Bereich, daß die Koordinierung der Ziele eine immer von neuem sich stellende Aufgabe und kein gelöstes Problem ist. Das möchte ich zunächst zur Unterstreichung der Ausführungen von Herrn Kollegen *Schmölders* sagen. Als Wissenschaftler der Volkswirtschaftslehre werden wir wohl mehr über die Koordinierung der Mittel als über die Koordinierung der Ziele sagen können, und so will ich mich jetzt der Frage nach dem sinnvollen Zusammenspiel der finanzpolitischen und der geldpolitischen Mittel in Hinblick auf das Ziel, stetiges Wirtschaftswachstum, das wir in diesen Tagen in den Vordergrund gestellt haben, zuwenden.

Ich möchte hierbei folgendes konstatieren: Ob es überhaupt des Einsatzes finanzpolitischer Mittel zur Sicherung des stetigen Wirtschaftswachstums, d. h. sowohl zur Überwindung von gelegentlichen Rückschlägen als auch zur Erhaltung guter Konjunktur und Beschäftigung, bedarf, ist in erheblichem Maß abhängig von dem Ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

halten der Banken in der Volkswirtschaft. Und ebenso ist es vom Verhalten der Banken, der Notenbanken wie auch der Kreditbanken, abhängig, ob die finanzpolitischen Mittel bzw. welche finanzpolitischen Mittel in Hinbliick auf unsere Zielsetzung wirkungsvoll sind. Wir müssen hierbei davon ausgehen, daß es ein „Problem reicher Länder" nicht nur in der von *John Maynard Keynes* ins Bewußtsein gehobenen Ausprägung gibt, daß nämlich die Nachfrage nach Konsumgütern mit der steigenden Produktivität und der dadurch möglichen Steigerung des Realeinkommens nicht Schritt hält, sondern noch in einer anderen Ausprägung. Bei dieser anderen Ausprägung des Problems reicher Länder handelt es sich darum, daß die privaten Nichtbankenwirtschaftssubjekte sich bei steigendem Realeinkommen ein höheres Maß von Liquidität leisten, d. h. daß sie dahin tendieren, einerseits mehr liquide Mittel in Form von Kasse und kurzfristigen Bankguthaben zu unterhalten und andererseits in geringerem Maß kurzfristige Kredite in Anspruch zu nehmen. Diese Tendenz scheint nun ja auch in der Bundesrepublik Aktualität zu gewinnen, was in den ausgeprägt reichen Ländern wie den USA schon seit der Weltkrise dauernd der Fall ist. Durch die genannte Tendenz muß eine deflatorische Lücke entstehen, wenn nicht das Banksystem oder der Staat diese Lücke ausfüllt. Das Banksystem kann diese Lücke dadurch ausfüllen, daß es in höherem Maß den kurzfristen Einlagen oder sonstigen Verpflichtungen längerfristige Kredite oder mittel- und langfristige Wertpapiere gegenüberstellt, d. h. die Fristigkeitsverlängerungsfunktion in stärkerem Maß ausübt. Der Staat kann die Lücke ausfüllen, indem er sich zur Defizitfinanzierung kurzfristiger Kredite bedient. Das Banksystem kann durch den Übergang zu längerfristigen Anlagen die deflatorische Lücke ausfüllen, weil Nachfrage nach langfristigen Krediten zur Durchführung von Investitionen in der Regel auch dann noch besteht und durch Zinssenkungen auch noch gesteigert werden kann, wenn Bereitschaft, solche Investitionen mit kurzfristigen Krediten durchzuführen, nicht besteht und auch durch Zinssenkungen bei kurzfristigen Krediten nicht hervorgerufen werden kann; ich erinnere in diesem Zusammenhang an *Werner Ehrlichers* Unterscheidung von konjunkturabhängigen und kreditabhängigen Investitionen. Ich will nun aber keineswegs behaupten, daß in allen Volkswirtschaften und zu allen Zeiten ein entsprechendes bankmäßiges Verhalten genügt, um die deflatorische Lücke zu schließen, möglicherweise wird die deflatorische Lücke dadurch nur verkleinert, aber nicht geschlossen. In solcher Lage bedarf es dann außerdem noch einer geeigneten Finanzpolitik zur Sicherung der Vollbeschäftigung, wobei vornehmlich Budgetdefizite in Frage kommen, die durch Aufnahme von Kre-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

diten gedeckt werden. Die Finanzierung dieser Budgetdefizite muß aber sinnvoll mit dem bankmäßigen Verhalten abgestimmt werden, wenn sie zu dem Ziel, Sicherung der Vollbeschäftigung und der Konjunktur, hinführen sollen. Ist das Banksystem bereit, vermehrt langfristige Anlagen den kurzfristigen Einlagen gegenüberzustellen, dann steht nichts im Wege, das Ziel unter Emission langfristiger Wertpapiere zur Defizitdeckung anzusteuern. Ist das nicht der Fall, dann kann nur die Emission kurzfristiger Papiere, also von Schatzwechseln und kurzfristigen Schatzanweisungen, helfen.

Was so im Zuge längerfristiger Steigerung der Produktivität und der Realeinkommen gilt, das gilt ebenfalls bei zeitweiligen Konjunkturrückschlägen, die durch irgendwelche konjunkturverschlechternde Momente ausgelöst worden sind. In Depressionszeiten zeigt sich regelmäßig ein Absinken der Nachfrage nach kurzfristigen Krediten seitens privater Wirtschaftssubjekte, die den Banken auch als ausreichend sicher erscheinen. Bis zum Ausbruch der Weltkrise, also bis 1929/30, ist allerdings das Aufbrechen der deflatorischen Lücke dadurch stark gebremst worden, daß private Nichtbankenwirtschaftssubjekte bereit waren, verfügbar werdende Geldbeträge langfristig, vor allem in langfristigen Wertpapieren, anzulegen; damals haben also Nichtbanken durch ihr Verhalten Bedingungen für verstärkte Investitionen im kreditabhängigen Bereich — denken Sie an den Wohnungsbau, an landwirtschaftliche Meliorationen — geschaffen. Leider ist mit solchem Verhalten der Nichtbanken bei uns heute nicht mehr zu rechnen, so daß auch für die Überwindung einer Depression den Banken die bedeutungsvolle Aufgabe zufällt, durch ihr Verhalten, also durch verstärkte Transformationen der Kredite, die Investition anzuregen. Auch im Falle, daß die Überwindung einer Stockung angestrebt wird, kann Defizitpolitik der öffentlichen Hand helfen, aber der Erfolg einer solchen Defizitpolitik ist fragwürdig, wenn der Staat sich langfristiger Kredittitel zur Defizitfinanzierung bedient *und* die Banken nicht bereit sind, ihre langfristigen Anlagen zu vermehren; denn dann geht die Einkommensmehrung durch verstärkte Staatsausgaben auf Kosten der privaten Investition, der es dann an den adäquaten Finanzierungsmitteln fehlt.

Der Punkt, den ich hier behandelt habe, spielt in der englisch-amerikanischen Lehre, um deren Rezeption man sich in der Bundesrepublik ja sehr bemüht hat, tatsächlich kaum eine Rolle; und zwar deshalb, weil die englischen und amerikanischen Autoren in der Regel stillschweigend von den Verhältnissen in ihren eigenen Ländern ausgegangen sind, wo nämlich zumindest seit den dreißiger Jahren beim Banksystem eine viel größere Bereitschaft zur Kredittransformation

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vorhanden ist, als sie bei uns im Deutschen Reich bestanden hat und heute in der Bundesrepublik besteht und nach den von Herrn *Irmler* hier vertretenen Maximen bestehen soll. Man braucht ja nur einmal die Bilanzen der US-amerikanischen Commercial Banks mit denen unserer entsprechenden Banken des kurzfristigen Passivgeschäftes zu vergleichen. Aber gerade weil bei uns im bankmäßigen Verhalten andere Voraussetzungen gegeben waren und gegeben sind, scheint es mir eine Aufgabe deutscher Wissenschafter zu sein, die rezipierten Lehren unter dem Gesichtspunkt eines bankmäßigen Verhaltens zu prüfen, das den englischen und amerikanischen Autoren weniger vertraut ist; denn nur so kann es gelingen, die Bedingungen dafür, daß ein bestimmtes Handeln einen bestimmten Erfolg zeitigt, mit annähernder Vollständigkeit zu erfassen. Und nur dadurch, daß wir den Blick auf die gerade bei uns gegebenen Verhaltensweisen und Institutionen lenken, sind wir ja auch als deutsche Wissenschafter in der Lage, den für die politische Entscheidung bei uns verantwortlichen Männern die Erkenntnisgrundlagen zu bieten, die sie brauchen, um erfolgreich im Sinne der Zielsetzung, die uns hier vorschwebt, handeln zu können.

Dozent Dr. Willi *Albers* (Kiel):

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Der Referent hat von einem fruchtbaren Spannungsverhältnis zwischen der Geld- und der Finanzpolitik gesprochen, wobei er es als Voraussetzung für ein derartiges Spannungsverhältnis ansah, daß die geld- und finanzpolitischen Entscheidungen von zwei verschiedenen, voneinander unabhängigen Gremien getroffen werden. Dieses „Spannungsverhältnis" sei einer „Gleichschaltung" beider Institutionen vorzuziehen.

Ich gestehe ohne weiteres zu, daß es Situationen geben *kann,* z. B. bei einem gleichgewichtigen Wachstum, das keine besonderen lenkenden Eingriffe erfordert, in denen ein solches fruchtbares Spannungsverhältnis besteht. Die für die Geldpolitik verantwortlichen Bankfachleute werden im allgemeinen dazu neigen, die Wichtigkeit der Geldwertstabilität zu überschätzen, z. B. wenn sie mit der Zielsetzung kollidiert, Vollbeschäftigung herzustellen oder aufrechtzuerhalten — die Regierung dagegen wird sich nur zögernd zu einer Maßnahme entschließen, die eine Verlangsamung oder gar einen vorübergehenden Stillstand des Wachstums nach sich zieht, auch wenn sie zur Beseitigung inflatorischer Gefahren notwendig ist; denn einmal sind die Zunahme der produzierten Tonnen Eisen, Kohle, Stahl sowie der Beschäftigung das beste Erfolgsbarometer für ihre Wirtschaftspolitik und zum anderen ist jede restriktive finanzpolitische Maßnahme —

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gleichgültig, ob sie aus einer Steuererhöhung oder aus einer Beschneidung der Ausgaben besteht — unpopulär. Auf Grund dieses Verhaltens besteht die Gefahr, daß die eine Stelle zuviel, die andere zu wenig tut, so daß, wenn die Zuständigkeit für die Geldpolitik bei der Zentralbank, diejenige für die Finanzpolitik bei der Legislative und Exekutive liegt, ein gesunder Mittelweg eingeschlagen wird.

Ich glaube allerdings nicht, daß man sich darauf verlassen kann, daß das eben beschriebene Spannungsverhältnis in der Regel zu dem gewünschten Ergebnis führen wird, wenn die Geld- und Finanzpolitik völlig unabhängig voneinander geführt werden. Dann müßte entweder der marktwirtschaftliche Selbstregulierungsautomatismus so gut funktionieren, daß korrigierende Eingriffe unnötig sind — das wird von der Erfahrung widerlegt — oder die Auffassung über die notwendigen Maßnahmen müßte bei den verantwortlichen Leitern der Geld- und Finanzpolitik weitgehend übereinstimmen, was ebenfalls nicht als gegeben unterstellt werden kann, da u. U. die Kollision zwischen Geldwertstabilität auf der einen und Vollbeschäftigung bzw. hoher Wachstumsrate auf der anderen Seite zeigt, daß sogar grundsätzliche Unterschiede in den anzustrebenden Zielen bestehen können. Ich glaube deshalb, daß nicht nur in Kriegs- und Krisenzeiten, in denen auch der Referent das fruchtbare Spannungsverhältnis nicht als ausreichend für eine Koordination ansieht, sondern ganz generell geld- und finanzpolitische Maßnahmen durch besondere Vorkehrungen, die international gesichert sein sollten, aufeinander abgestimmt werden müssen.

Damit habe ich nur die Notwendigkeit der Koordination bejaht, offen ist die wichtige Frage geblieben, „wie koordiniert" werden soll. Im Rahmen dieses kurzen Diskussionsbeitrages kann ich auf die verschiedenen Möglichkeiten und ihre Vor- und Nachteile nicht weiter eingehen. Ich möchte nur, um Mißverständnisse zu vermeiden, darauf hinweisen, daß man unter Koordination nicht zwangsläufig die Übertragung der Entscheidung über die Geldpolitik an die gleiche Stelle verstehen muß, die auch über die Finanzpolitik entscheidet. — Ich nehme an, daß der Referent dies unter der erwähnten Gleichschaltung versteht. — Welche Lösung man wählt, wird weitgehend von der politischen Reife und der Kenntnis der grundsätzlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge bei den verantwortlichen Gremien und in der Öffentlichkeit abhängen. Nach den trüben Erfahrungen anläßlich der restriktiven Maßnahmen zur Bekämpfung der inflatorischen Lücke im Herbst 1955, halte ich — jedenfalls im Augenblick, und darauf liegt die Betonung — in der Bundesrepublik eine uneingeschränkte Entscheidungsbefugnis über die Geldpolitik durch die Exekutive nach englischem Muster — wo sie durch die Bank of England Act vom

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Jahre 1946 an den Schatzkanzler übertragen wurde — nicht für die günstigste Lösung. Ich bin aber nicht so pessimistisch wie der Referent, daß man, um in seiner Sprache zu sprechen, die mangelnde „Wahrnehmung" der Abgeordneten als unabänderliches Datum ansehen muß. Außerdem brauchte nicht die große Zahl von mehreren hundert Abgeordneten die ökonomischen Zusammenhänge voll zu überblicken, sondern es genügt, wenn dies bei der kleinen Zahl von vielleicht 10 oder 12 Abgeordneten des Finanzausschusses der Fall ist, die auf Grund ihrer „opinion leadership" die Willensbildung des Parlaments maßgeblich beeinflussen.

Ich möchte mich im folgenden darauf beschränken, an zwei Beispielen die enge *Wechselwirkung* zwischen Geld- und Finanzpolitik und damit die Notwendigkeit der Koordination von beiden aufzuzeigen. Ich gehe dabei von dem Vorhandensein einer inflatorischen Lücke aus, die durch das Zusammenwirken von geld- und finanzpolitischen Maßnahmen beseitigt werden soll.

Im allgemeinen verwendet man den Abschluß des Staatshaushalts (Überschuß, Defizit oder ausgeglichener Haushalt) als erstes grobes Indiz dafür, ob der Staat kontraktiv oder expansiv wirkt. Man muß sich aber klar darüber sein, daß sich an Hand des Haushaltsabschlusses allein noch nichts Endgültiges über die Stärke einer kontraktiven oder expansiven Wirkung des Staates aussagen läßt: Letzten Endes kommt es auf die Veränderung der effektiven monetären Nachfrage an. Wenn der Staatshaushalt mit einem Überschuß abschließt, wird den Steuerzahlern und damit auch dem Wirtschaftskreislauf zwar mehr Kaufkraft entzogen als ihm durch die Staatsausgaben wieder zugeführt wird; aber daraus läßt sich noch nicht ohne weiteres folgern, daß die effektive monetäre Nachfrage um den Betrag des Überschusses zurückgeht.

Einmal wird die effektive monetäre Nachfrage nicht um den vollen Steuerbetrag vermindert, weil ein Teil der Steuerzahlung zu Lasten der Ersparnis geht und zum anderen führen die Staatsausgaben in der Regel nicht in voller Höhe zu einer effektiven monetären Nachfrage. Von dieser Tatsache will ich jedoch absehen, weil sie für den untersuchten Zusammenhang nicht wichtig ist.

Was in diesem Zusammenhang mehr interessiert, ist die Tatsache, daß die effektive monetäre Nachfrage nicht nur aus dem laufenden Einkommen, sondern auch durch Rückgriff auf in früheren Perioden gebildete Ersparnisse, also durch Entsparen und durch Kreditaufnahme finanziert werden kann, so daß der verstärkte Kaufkraftentzug infolge der Steuererhöhung nicht von einem entsprechenden Rückgang der effektiven monetären Nachfrage begleitet zu sein braucht. Sehen wir einmal von der Nachfrage der Unternehmer nach Konsumgütern ab,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die im allgemeinen von der Höhe der Steuern relativ unberührt bleiben wird, und beschränken wir uns auf die Nachfrage nach Investitionsgütern. Wenn die Gewinnerwartungen der Unternehmer sehr optimistisch sind — eine Annahme, die in einer inflatorischen Phase oftmals realistisch ist — kann ihre Investitionsneigung trotz einer Erhöhung der Steuern unverändert bleiben. Wenn in einer solchen Lage die Banken gewillt und in der Lage sind, die den Unternehmern durch die erhöhten Steuern entzogenen Eigenmittel durch Kredite zu ersetzen, kann im Grenzfall die effektive monetäre Nachfrage der Unternehmer völlig unverändert bleiben. Der einzige Unterschied gegenüber dem Zustand vor der Steuererhöhung besteht dann darin, daß die Investitionen in stärkerem Maße mit Fremd- statt mit Eigenkapital finanziert werden. In einem solchen Fall tritt die erwartete restriktive Wirkung des Budgetüberschusses nicht ein. Allerdings trifft dies nur bei Steuern auf die Unternehmer zu. Bei einer höheren Besteuerung der Nichtunternehmer ist nicht anzunehmen, daß sie — abgesehen von einer möglichen Verringerung ihrer Sparquote — ihre effektive monetäre Nachfrage nach Konsumgütern durch Kreditfinanzierung auf der gleichen Höhe wie vor der Steuererhöhung halten.

Trotzdem muß man bei einer restriktiven Finanzpolitik die mögliche Kompensationswirkung durch eine verstärkte Kreditnachfrage mit berücksichtigen. Hieraus folgt, daß die vielfach vertretene Auffassung, Kredit- und Finanzpolitik seien alternative Mittel, um die wirtschaftliche Entwicklung in der gewünschten Weise zu beeinflussen, *nicht* uneingeschränkt *zutrifft*. Wenn die Kreditrestriktionen verschärft oder erleichtert werden, können zwar die restriktiven Maßnahmen der Finanzpolitik entsprechend gemildert oder verstärkt werden; denn die Höhe der Steuern ist nicht völlig, aber doch weitgehend unabhängig von der Höhe der in Anspruch genommenen Kredite. Umgekehrt besteht dieser Zusammenhang — jedenfalls wenn die restriktive Wirkung der Finanzpolitik mit Hilfe einer höheren Besteuerung der Unternehmer erreicht werden soll — nicht unbedingt. Es bedarf vielmehr unter Umständen gleichzeitig restriktiver kreditpolitischer Maßnahmen, die verhindern, daß die Restriktionswirkung eines Budgetüberschusses durch eine erhöhte Kreditnachfrage kompensiert wird.

In diesem Zusammenhang — und das ist das zweite Beispiel — wird nun auch die Anlage des Haushaltsüberschusses bedeutsam. Nur wenn die Kassenüberschüsse im Zentralbanksystem gehalten werden, besteht die Gewähr, daß sie endgültig dem Wirtschaftskreislauf entzogen werden. Werden sie im Kreditbanksystem gehalten, fließt diesem Zentralbankgeld zu, das seine Kreditschöpfungsmöglichkeit erhöht. Wenn die Zentralbank, wie angenommen, gleichzeitig mit dem Staat restriktive Maßnahmen ergreift, machen die auf Grund des Haushalts-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

überschusses gebildeten erhöhten Einlagen des Staates bei den Kreditbanken die restriktive Kreditpolitik weitgehend unwirksam, mindestens erschweren sie die Aufgabe der Zentralbank. Im Hinblick auf die Wirksamkeit der stabilisierenden Maßnahmen der Geld- und Finanzpolitik ist also anzustreben, daß die Kassenbestände der Öffentlichen Hand im Zentralbanksystem gehalten werden.

In der Praxis ist dies allerdings nur zum Teil verwirklicht. In der Bundesrepublik halten nur der Bund und der Lastenausgleichsfonds ihre Kassenbestände vollständig im Zentralbanksystem, die Länder teilweise, die Gemeinden und die Sozialversicherung nur zu einem ganz unbedeutenden Bruchteil. Insgesamt wurden im Herbst 1953, wie wir aus einer Sondererhebung der Zentralbank wissen, nur etwa ein Drittel der Kassenbestände der Öffentlichen Hand im Zentralbanksystem gehalten. In Großbritannien und in den Vereinigten Staaten ist das Halten der Kassenbestände im Zentralbanksystem überhaupt nicht vorgeschrieben. Das ist um so erstaunlicher, als in beiden Ländern die fiscal policy ein wichtiges Mittel der Konjunkturstabilisierung darstellt, die auch für ein stetiges Wachstum notwendig ist. Sicherlich wird die restriktive Wirkung eines Haushaltsüberschusses in der Regel nicht dadurch illusorisch gemacht, daß er nicht bei der Zentralbank gehalten wird. Soweit er auf eine Erhöhung der von den Nichtunternehmern zu zahlenden Steuern beruht, dürfte deren effektive monetäre Nachfrage in jedem Fall zurückgehen. Nur wenn die Kreditnachfrage der Unternehmer bereits vor der erhöhten Besteuerung der Nichtunternehmer nicht befriedigt worden ist und sich die Kredite an die Unternehmer infolge der vergrößerten Kreditschöpfungsfähigkeit der Kreditbanken um den vollen Betrag des Nachfragerückgangs der Nichtunternehmer erhöhen, wird die restriktive Wirkung des Haushaltsüberschusses vollständig kompensiert. Außerdem kann zwar eine durch eine Erhöhung der Mindestreservesätze beabsichtigte Kreditrestriktion verhindert werden, die Zentralbank verfügt aber noch über andere Mittel, mit deren Hilfe sie die Kreditgewährung beschränken kann. So kann sie z. B. Rediskontkontingente einführen oder sie herabsetzen, wie es die Bank Deutscher Länder 1955 getan hat, oder sie kann eine absolute Obergrenze für das Kreditvolumen festsetzen, wie sie in der Bundesrepublik während der Koreakrise bestand. Da aber diese Mittel entweder sehr roh sind oder, wenn man an die Diskont- und Offenmarktpolitik denkt, auch nicht unbedingt sicher wirken, sollte man der Frage, wo die Überschüsse der Öffentlichen Hand gehalten werden, genügend Aufmerksamkeit schenken.

Beide Beispiele zeigen — und das war mein Anliegen —, daß die Finanz- bzw. die Geldpolitik *allein* nicht immer in der Lage ist, schnell

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und wirksam genug die wirtschaftliche Entwicklung in der gewünschten Weise zu beeinflussen, so daß ihr *gemeinsamer* aufeinander abgestimmter *Einsatz* notwendig ist, wenn das gesteckte Ziel erreicht werden soll.

Prof. Dr. Dimitrios *Delivanis* (Saloniki):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Von den Themen, die Herr Professor *Schmölders* in seinem außerordentlich interessanten Referat behandelt hat, möchte ich mich kurz mit den Grenzen der Wirkungsmöglichkeit der Gremien, die die Geldpolitik bestimmen, beschäftigen. Es ist wirklich so, wie Professor *Schmölders* gesagt hat, daß diese Gremien ihre Beschlüsse im Geheimen fassen und daß diese Beschlüsse von einem Tag zum anderen in Kraft gesetzt werden können. Ich glaube jedoch, daß diese Gremien einer gewissen Gefahr ausgesetzt sind, Beschlüsse zu fassen, die zwar theoretisch zu befürworten sind, die aber den Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens einigermaßen widersprechen oder wenigstens große Schwierigkeiten in der Wirtschaft hervorrufen. Auch glaube ich, daß diese Gremien es sich nicht leisten können, Beschlüsse zu fassen, die außerhalb von gewissen Gremien liegen. Ich denke z. B. an die praktische Unmöglichkeit dieser Gremien, zu beschließen, den zuständigen Regierungsstellen die Wiedereinführung der Goldkernwährung zu empfehlen. Ich glaube auch, daß diese Gremien die Deflation nicht über bestimmte Grenzen hinaus betreiben können.

Die einzige Möglichkeit für diese Gremien, tiefgreifend einzuwirken, liegt meiner Ansicht nach darin, daß oft die öffentliche Meinung und auch die Mitglieder der Parlamente nicht verstehen, um was es sich handelt. Wenn die öffentliche Meinung versteht, welches die Folgen der betreffenden Politik sein werden, dann sind diese Gremien praktisch gezwungen, einzulenken.

Andererseits glaube ich, daß das persönliche Prestige der Mitglieder dieser Gremien, insbesondere das Prestige des Notenbankpräsidenten einen sehr großen Einfluß und eine große Macht für diese Gremien darstellt. Wenn der Notenbankpräsident oder das Gremium, das über die Geldpolitik diskutiert, der Öffentlichkeit und der Regierung mit einem Rücktritt drohen kann, dann ist die Regierung weitgehend gezwungen, den Ratschlägen dieses Gremiums zu folgen. Ich denke an das Beispiel Griechenlands, wo der jetzige Notenbankgouverneur imstande ist, die ganze Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung allein dadurch zu beeinflussen, daß er immer bereit ist, seinen Rücktritt anzumelden, um sich von der Verantwortung für die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung freizumachen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es sei mir erlaubt, noch auf einen Punkt einzugehen, der heute und in den früheren Referaten erwähnt worden ist. Ich meine die Tatsache, daß in Deutschland die Inflation viel kleiner ist als in den anderen westlichen Ländern von derselben wirtschaftlichen Entwicklung. Ich glaube, daß das darauf zurückzuführen ist — soweit ein Ausländer in dieser Frage eine Meinung haben darf —, daß in Deutschland im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Ländern und im Vergleich zu Amerika die Löhne und Gehälter relativ niedriger sind und daß, ganz abgesehen davon, die Intensität der Arbeit und das Ergebnis der Arbeit in Deutschland sehr günstig mit der Intensität und dem Ergebnis der Arbeit in anderen westlichen Ländern verglichen werden kann. Auch glaube ich, daß das geringe Ausmaß der Inflation in Deutschland auf die ziemlich freie Einfuhr zurückzuführen ist. Die Einfuhr ist hier ja praktisch von Kontingenten frei, außer für gewisse Agrarprodukte, was wiederum den Ländern des Südostens gewisse Sorgen und ziemlich viel Kummer bereitet.

Dr. Gerhard *Kroll* (Gräfelfing, Obb.):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte keine Ausführungen im Sinne einer Ergänzung des eben gehörten Vortrages machen, sondern zunächst nur eine Frage stellen. Ich darf vielleicht an das anknüpfen, was wir eben gehört haben: an die verhinderten Agrareinfuhren. Es ist in den Vorträgen und auch in dem Vortrag von Professor *Schmölders* mit einer gewissen Scheu ein Problem umgangen worden, das uns auf den Nägeln brennt, nämlich die Frage: Was machen wir eigentlich mit unserem aus den Exportüberschüssen herrührenden Devisenüberschuß, der ja zu einer ständigen Inflationsgefahr geworden ist, wenn wir nicht den Wechselkurs regulieren oder mehr Einfuhren hereinzunehmen beabsichtigen? Ich stelle mir dabei die Frage — vielleicht kann sie Herr Professor *Schmölders* beantworten —: Wer ist heute tatsächlich für die Regulierung des Wechselkurses verantwortlich? Ist das noch die Notenbank? Nach dem Gesetz scheint es so zu sein. In Wirklichkeit aber fühlt sie sich für dieses Problem nicht mehr allein zuständig, denn sie hat das Bewußtsein, daß es sich hierbei um ein eminentes Politikum handelt und daß ohne Zustimmung zumindest des Bundeswirtschafts- und vielleicht auch des Bundesfinanzministers an dem bestehenden Wechselkurs überhaupt nicht gerüttelt werden kann.

Es gibt also nicht nur Fragen der Zielkonkurrenz und der Mittelkonkurrenz oder Kollisionen zwischen den beiden Instrumenten Finanzpolitik und Notenbankpolitik, sondern es gibt auch ein stillschweigendes Beiseiteschieben einer schwerwiegenden Problematik. Ich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

möchte sagen, es handelt sich um ein gemeinsames Sich-daran-Vorbeidrücken; denn mir scheint eine Übereinstimmung darin zu bestehen, daß niemand gerne dieses heiße Eisen anfaßt. Dabei ist es wohl zutreffend, daß man die bei den gegebenen Wechselkursen einzig praktische Lösung einer vermehrten Agrareinfuhr — wie uns das gestern so wunderbar plastisch vom „Kommödchen" demonstriert wurde — wegen gewisser Interessen verhindert und lieber eine Kooperation des Schweigens über diesen Gegenstand breitet, als die Frage grundsätzlich zu lösen.

Es ist daher ziemlich müßig, mindestens für die gegenwärtige Situation, über die Instrumente der Regulierung des Wachstums zu sprechen, wenn man die Problematik der Zahlungsbilanzüberschüsse unter den Tisch fallen läßt, denn ein geregeltes Wachstum setzt ein Gleichgewicht in der Zahlungsbilanz voraus. Tatsächlich können sich auf unsere Kosten andere Länder dauernde Defizite leisten. In gewissem Sinne begehen wir heute den umgekehrten Fehler wie nach dem ersten Weltkrieg. Damals finanzierten wir einen Konjunkturaufschwung im wesentlichen mit großen Auslandskrediten, obwohl das nicht nötig war, wie der Aufschwung nach dem zweiten Weltkrieg beweist. Wir hätten vielmehr dafür die innere Geldschöpfungskapazität beanspruchen sollen. Heute dagegen verschuldet sich das Ausland kurzfristig fortlaufend an der Bundesrepublik, ein Vorgang, der ebenso unerwünscht ist. Dabei wäre es ein leichtes, diesen Prozeß zu verhindern, wenn wir den Wechselkurs entsprechend regulieren würden. — Ich werfe also die Frage auf: Wer ist zuständig für den Wechselkurs?

Sodann darf ich zu dem Problem der parlamentarischen Souveränität etwas sagen. Sie verzeihen, ich war selbst Mitglied des Parlamentarischen Rates und fühle mich insofern ein wenig kompetent, hierüber zu sprechen. Ich will jetzt nicht dazu Stellung nehmen, wie Parlamentarier auf Meinungsforschungsumfragen reagieren; sicherlich genauso . . . wie die übrige Bevölkerung. Ich möchte vielmehr folgendes sagen: Herr Professor *Schmölders*, parlamentarische Souveränität in allen Ehren, aber ich glaube, Sie überschätzen diese Souveränität in einer Richtung ganz gewaltig. Für den Parlamentarier sind, falls vorhanden, Universitätsprofessoren im Parlament von absolut päpstlicher Autorität, vorausgesetzt, daß sie in ihrer Meinung übereinstimmen und nicht ein Dritter da ist, der das Gegenteil sagt. Ich habe mich während der Verhandlungen über das Grundgesetz sehr scharf gegen die Vorstellung vom immer und ewig ausgeglichenen Etat gewandt, ebenso wie gegen die Limitierung der Kreditgewährung bei der Notenbank. Es gelang mir, einen nicht unwesentlichen Teil der Parlamentarier zu überzeugen, daß ein Etatdefizit unter bestimmten Voraussetzungen richtig sei. Doch plötzlich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kreuzte Professor Dr. *Hoepker-Aschoff* auf und machte alle zunichte, indem er mit der Autorität des garantierten Universitätsprofessors die Stimme des „gebildeten Laien" völlig an die Wand spielte. Wir haben ihm, dem Professor, den ausgeglichenen Etat und die Limitierung der Kreditgewährung bei der Notenbank zu verdanken. Herr Finanzminister *Etzel* sagte mir im Gespräch, als ich ihm erzählte, daß ich mich im Parlamentarischen Rat sehr gegen diese Regelung gestemmt hätte, sehr launig, daß Bundeskanzler *Adenauer* ihn gefragt habe: „Sagen Sie mal, Herr Etzel, wo steht denn das eigentlich in der Verfassung? Das können wir doch nicht gebrauchen!" Immerhin war Bundeskanzler Dr. *Adenauer* seinerzeit Präsident des Parlamentarischen Rates! Offenbar hat damals niemand diese Dinge für ernst und wichtig genommen. Ich möchte hier aber hinzufügen, professoraler Beistand von außen wurde den Vertretern eines gelegentlich für notwendig erachteten deficit-spendings auch nicht zuteil.

In diesem Zusammenhang sei eine weitere Frage an den Herrn Referenten gestattet: Herr Professor *Schmölders,* ist es wirklich nötig, daß man sich den Weg für einen Sonderhaushalt völlig verbaut, ich meine für eine Vollmacht, die man im Laufe der Jahre vielleicht dem Gesetzgeber abringen könnte, in dem Sinne, daß neben dem Finanzhaushalt ein besonderer Konjunkturhaushalt geschaffen wird, der nur für gewisse Notzeiten gedacht ist? Wer wollte bestreiten, daß ein Konjunkturrückschlag nicht eines Tages über uns hereinbrechen könnte? Sicher, solange die Entwicklung aufwärts geht, das Wachstum einigermaßen gesund erscheint und nicht gerade ein kumulativer inflatorischer Prozeß von größerem Ausmaß in Gang kommt, ist das Problem der Koordination ziemlich einfach. Man tut nämlich im Grunde gar nichts. Man läßt die Dinge treiben. Die Finanzpolitik thesauriert; vielleicht hat sie das Glück, wie es Herr *Schäffer* hatte, rein aus fiskalischem Erwerbsdrang konjunkturpolitisch das Richtige zu tun. (Heiterkeit.) Das kann passieren, aber es ist nicht die Regel. Jedenfalls tut man unter diesen Umständen im Grunde gar nichts. Das Problem wird erst akut, wenn scharf gebremst werden muß. Dann greift die Notenbank mit den Möglichkeiten, die ihr zu Gebote stehen, ein, vielleicht auch der Finanzminister, indem er es fertigbringt, nicht alles auszugeben, was er eingenommen hat. Aber nicht einmal ein so begabter Knauser wie Herr *Schäffer* hat das fertiggebracht, und daher werden es andere Finanzminister sicher erst recht nicht fertigbringen; denn Fritz Schäffer war gewissermaßen ein Genie der Sparsamkeit. Der „Spiegel" brachte einmal folgende nette Episode von ihm: Als Professor Erhard Geburtstag hatte und ihm von allen Seiten größere Geschenke von großen Blumensträußen bis zu antiken Vasen überreicht wurden, riskierte *Fritz Schäffer* 20 Pfennig, indem er vom Finanz-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ministerium aus anrief, und ihm seine Glückwünsche telefonisch aussprach.

Ein konjunkturellen Sonderhaushalt würde die Möglichkeit eröffnen, im Ernstfall rasch mit bestimmten ergänzenden Maßnahmen einzugreifen. Vor allem sollte es im Rahmen eines solchen Sonderhaushaltes möglich sein, den volkswirtschaftlichen Kreditfonds so auszuschöpfen, wie das *Robert Nöll v. d. Nahmer* in seiner Lehre schon 1934 dargelegt hat. Über die Technik will ich hier nicht weiter sprechen. Ich meine nur, daß man diese begrenzte Sondervollmacht wohl auf die Dauer erreichen könnte, wenn man mit den Mitteln der Public Relations, wie sie Professor *Schmölders* erwähnte, das Parlament und die Öffentlichkeit bearbeiten würde. Ich halte das weder für aussichtslos noch für würdelos; denn damit tun Sie nichts weniger, als fachlich hierfür nicht zuständigen Parlamentariern eine Verantwortung abzunehmen und sie einem Gremium von Fachleuten analog der Notenbank zu übertragen, das die tatsächlichen Verhältnisse zu überschauen vermag. Das hat doch mit mangelnder Würde der Volksvertreter nichts zu tun.

Der Rückschlag, der immer mit ungenügender Neigung zur Investition zusammenhängt — darüber herrscht wohl heute kein Zweifel mehr —, erzeugt ja immer auch ein Nachfragedefizit. Er läßt den Güterstrom infolge Kapazitätszuwachs durch die auslaufenden Investitionen noch anwachsen, während die Nachfrage durch den Fortfall der Investitionsfinanzierung zu schrumpfen beginnt. In dieser Situation sollte also ein Ausgleich durch zusätzliche Ausgaben geschaffen werden, auch wenn Sicherungsmaßnahmen gegen steigende Löhne usw. eingebaut werden müssen. Für diese Operationen empfiehlt sich ein Konjunkturhaushalt, aus dem zusätzliche Ausgaben finanziert werden können, die nicht rentabel zu sein brauchen, die aber doch nützlich sind, wie etwa Straßenbau, Wohnungs- und Kulturbauten usw. Ein solches Instrument sollte sich die Finanzpolitik als Möglichkeit der Konjunkturstützung nicht entgehen lassen.

Prof. Dr. Rudolf *Meimberg* (Frankfurt a. M.):

Erlauben Sie zunächst eine kurze Äußerung zu dem Diskussionsbeitrag von Professor *Stucken*. Ich möchte hier nicht die theoretische Konzeption in Zweifel ziehen, die seinen Ausführungen zugrunde lag. Doch ist m. E. zu fragen, ob es denn in Westeuropa und der westlichen Welt einen aktuellen Anlaß gibt, über eine deflatorische Entwicklung besorgt zu sein. Zumindest seit 1948 — es ließen sich auch aus weiter zurückliegenden Jahren Beispiele nennen — war es doch sehr viel mehr eine reichliche Ausstattung der Wirtschaft mit Geld, die zu

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schaffen gemacht hat. Selbst in der Gegenwart, in der sich die wirtschaftliche Expansion entweder — wie in unserem Land — sehr verlangsamt hat, oder sie zum Stillstand gekommen ist oder gar eine rückläufige Bewegung eingesetzt hat, erscheint es kaum berechtigt, von verbreiteten deflatorischen Tendenzen zu sprechen.

Im ganzen gesehen hatten und haben die Banken doch wohl mehr Anlaß, der Anfechtung zu widerstehen, daß sie des Guten zuviel tun, als den gegenteiligen Fehler zu begehen. Das tatsächliche oder vermeintliche Geschäftsinteresse der Banken tendiert häufiger zu einem Zuviel an Aktivität, d. h. zu einer gewissen Vernachlässigung des Gesichtspunktes der Liquidität. Ich erinnere in diesem Zusammenhang zum Beispiel an die mittelfristige Exportfinanzierung und den Druck, dem die Kreditbanken in dieser Hinsicht von seiten der Industrie ausgesetzt sind.

Kommt es wirklich einmal zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität, dann bedeutet das oft auch einen Zuwachs an Liquidität für die Banken, der unter dem Gesichtspunkt des Strebens nach Rentabilität bedenklich groß erscheint. Die Banken werden alsdann bemüht sein, ihre verfügbaren Mittel gegebenenfalls auch mittelfristig anzulegen und ihr Wertpapierportefeuille zu vergrößern. Je nach Lage der Verhältnisse wird sich auch sonst ihre Bereitschaft vergrößern, bei der Zwischenfinanzierung von Investitionen behilflich zu sein. All dies dürfte sich unter den angegebenen Umständen weitgehend selbsttätig vollziehen, ohne daß es einer besonderen Ermunterung durch die Notenbank bedürfte. Ob es sich für diese empfiehlt, in einer Depression vorübergehend auch den Rediskont von Wertpapieren zuzulassen, ist eine allgemein-gültig wohl schwer zu beantwortende Frage. Für die Bundesrepublik würde sie sich, käme es in absehbarer Zeit einmal zu einer ernsthafteren Depression, schon deshalb nicht zu stellen brauchen, weil die Banken in beträchtlichem Umfang über bei der Notenbank absetzbare Geldmarktpapiere verfügen.

Mir scheint, es sollte hier betont werden, daß Vorsicht mit Warnungen vor einer deflatorischen Lücke geboten ist. Wie neuerlich wieder die öffentliche und interne Diskussion in den USA gezeigt hat, sind einflußreiche Kreise im wirtschaftlichen und politischen Leben ohnehin nur zu rasch geneigt, nach Staats- und Notenbankhilfe im Falle partieller Depressionen zu rufen, und zwar auch dann, wenn im ganzen noch kaum von einer bedenklichen Schrumpfung der Umsätze oder gar einem rückläufigen Preisniveau gesprochen werden kann.

Ich möchte nun noch eine Bemerkung zu dem Referat von Herrn *Schmölders* anfügen: Der Referent hat darauf aufmerksam gemacht, wie unzureichend unser Wissen um die verschiedenen Ziele ist, denen wir bewußt oder unbewußt nachgehen. Er hat zweitens verdeutlicht,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wie problematisch das Verhältnis der Ziele untereinander ist. Schließlich hat er dargelegt, wie strittig manche der Mittel sind, die zu den Zielen hinführen.

Ein kurzes Beispiel, das in diesem Zusammenhang vielleicht von Interesse ist: Wie sieht es praktisch aus, wenn ein Staatshaushalt defizitär wird? Zur Zeit sind wir in Westdeutschland einigermaßen beruhigt, weil wir einen durch Gesetz festgelegten Plafond des Bundes bei der Notenbank haben, der nicht überschritten werden darf. Doch gibt es für den Staat auch andere Wege als den unmittelbaren Rückgriff auf die Notenbank, um sich in einer Weise zusätzliche Einnahmen zu verschaffen, die praktisch zu einer Ausweitung des Geldumlaufs führt. Ich erinnere z. B. an die Inanspruchnahme von Lieferanten- oder Bankkrediten durch staatliche Stellen. In den letzten Jahren bot Frankreich ein Beispiel dafür, daß die Notenbank, wenn der Staat einmal ins Defizit gekommen ist — aus welchen Gründen auch immer — in äußerst schwierige Situationen kommen kann und sie nur begrenzte Möglichkeiten hat, eine übermäßige Geldschöpfung zu verhindern. Der Staat absorbiert in einem solchen Fall, selbst wenn die Notenbank streng ist, ein außerordentliches Maß der verfügbaren Liquidität. Das aber kann zu Spannungen im nichtstaatlichen Sektor führen, denen gegenüber die Regierung aus politischen Gründen meint, nicht immer untätig bleiben zu können.

Vielleicht ist es nötig, sich der währungspolitischen Problematik öffentlicher Defizite stärker bewußt zu sein und nicht zu sehr einer guten Verfassung und Leitung der Notenbank zu vertrauen. Gilt das nicht selbst für unser Land, in dem sich unter den Berufenen manche mit einem gewissen — vielleicht sogar berechtigten — Stolz zu einer Politik bekennen, die sich am Rande des Defizits bewegt? Daß es Situationen gegeben hat und geben wird, in denen ein Budgetdefizit das kleinere Übel sein kann, braucht hier nicht erörtert zu werden.

Wenn es schon nicht einfach ist, im nationalen Maßstab Klarheit über die Ziele der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu gewinnen und die Spannungen, die sich unvermeidlich bei ihrer gleichzeitigen Verwirklichung ergeben, erträglich zu machen, wie groß sind die Schwierigkeiten erst im internationalen Rahmen! So ergeben sich auch einige Sorgen im Gedanken an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Ist es nicht nötig, daß in allen der beteiligten Länder mehr Klarheit über Inhalt und Rang der einzelnen Ziele geschaffen und die einschlägigen Fragen vermehrt in das öffentliche Bewußtsein gebracht werden? Ihnen wird die Skepsis *Röpkes* gegenüber dem Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bekannt sein. Mir scheint, *Röpke* betont in seiner Beweisführung zu sehr die Gefahr, daß der Inflationsbazillus eines Landes in ein anderes importiert wer-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den könnte. Bisher gibt ihm die Erfahrung hierin zum Glück nicht in vollem Umfang recht und auch in Zukunft, solange die einzelnen Länder über eine nationale, weitgehend autonome Währungs- und Finanzpolitik verfügen, müßte es gelingen können, daß sich ein Land mit stabilen öffentlichen Finanzen und intakter Währung gegen die Geldentwertung eines anderen Staates schützt. Wie es bei unterschiedlicher Entwicklung der Kaufkraft der nationalen Währungen zu einem Zusammenschluß kommen kann, der die Bezeichnung Gemeinsamer Markt verdient, ist dagegen nicht erkennbar. Entsprechendes ist ganz allgemein für den Fall zu sagen, daß es nicht gelingt, die in den einzelnen Ländern vorherrschenden Ziele der Wirtschafts- und Sozialpolitik in ein erträgliches Verhältnis zueinander zu bringen.

Schlußwort Prof. Dr. Günter *Schmölders* (Köln):

Meine Damen und Herren! Der Herr Vorsitzende hat mich mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß wir die gesetzte Zeit einhalten müssen. Ich möchte mich daher auf wenige Bemerkungen beschränken.

Zunächst einmal danke ich denjenigen der Herren Diskussionsredner, die mir eigentlich nur Beispiele und Anwendungsfälle zu den von mir bereits angeführten Konflikten und Konfliktmöglichkeiten zwischen Geld- und Finanzpolitik beigesteuert haben. Das sind insbesondere die Ziel- und auch die Mittelkonflikte, von denen Herr Kollege *Stucken* ergänzend zu meinen Beispielen gesprochen hat. Das ist aber auch der interessante Beitrag des Kollegen *Delivanis* aus Griechenland, wo sogar das Prestige des Notenbankpräsidenten — also eine eminent sozialpsychologische Kategorie — als wesentliches Mittel in Verfolg des Ziels der Koordinierung von Geld- und Finanzpolitik eingesetzt wird. Und das waren auch die letzten Ausführungen von Professor *Meimberg,* der ja meine These und mein Problem auf die internationale Ebene erhoben hat: internationale Koordinierung der Geldpolitiken der einzelnen im Gemeinsamen Markt zusammenwirkenden Länder. Alles das sind dankbar registrierte Ergänzungen.

Kontrovers war besonders die Auffassung vom Kollegen *Albers,* der sagte, das Spannungsverhältnis genüge nicht, sondern — er sprach es nicht aus, aber ich muß es annehmen — es müsse eine Subordination der Geldpolitik unter irgendeine gemeinsame Finanz- oder Konjunkturpolitik stattfinden. Immerhin schöpfte ich Trost aus einigen seiner folgenden Worte, wo nämlich für Situationen, in denen ein Handeln der Notenbank akut wird, Voraussetzungen formuliert wurden wie die: wenn die Gewinnerwartungen der Unternehmer optimistisch sind. Insoweit bin ich in meinem Hauptanliegen, daß die Auf-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

merksamkeit auf das Verhalten der Wirtschaftssubjekte zu lenken sei, damit wir mehr Wissen darüber erlangen, bestätigt worden. Das scheint mir auch ein gewisser Honig zu sein, den ich aus dem Beitrag von Herrn Kollegen *Albers* saugen kann.

Endlich zum Beitrag von Herrn Dr. *Kroll*, Mitglied des Parlamentarischen Rates, einer der Väter des Grundgesetzes! Ungemein aufschlußreich, zu sehen, wie sich diese Problematik, die ich mit den modernen Mitteln der Sozialpsychologen — Massen- und Meinungsbefragung — einmal näher zu klären versucht habe, aus der Schau des Parlamentariers darstellt. Auch hieraus kann ich eigentlich mehr Zustimmung als Ablehnung ablesen. Herr Dr. *Kroll* sprach davon, bezüglich des Hauptpunktes unserer Geldpolitik, nämlich der geldpolitischen Reaktion auf die Zahlungsbilanzüberschüsse und die Exportüberschüsse, habe sich eine Kooperation des Schweigens gebildet, und er stellte die Frage, wer dafür zuständig sei und ob man überhaupt nichts darüber sagen wolle. Ich hatte aus den Verhandlungen der letzten Tage eigentlich genau den gegenteiligen Eindruck. Denn Herr Dr. *Irmler* hat hier freimütig und offenherzig davon gesprochen, man müsse die Aufgaben der Notenbank durchaus auch einmal in der Richtung sehen, daß sie hinsichtlich der Wechselkursverhältnisse zu den ausländischen Währungen Entscheidungen treffen, herbeiführen oder befürworten müsse, die unter Umständen von einem Tag auf den andern das Verhältnis entscheidend änderten. Das fand ich mit einem Freimut geäußert und mit einer Selbstverständlichkeit als den nationalen Währungsbelangen untergeordnet und nachgeordnet, daß man meines Erachtens wirklich nicht von einer Kooperation des Schweigens über diesen heiklen Punkt sprechen kann. Im Gegenteil, ich fand es außerordentlich erfreulich, zu hören, daß man dieser Frage durchaus aufgeschlossen gegenübersteht. Ob hier letztlich allein die Notenbank zuständig ist, oder ob das nicht letzten Endes eine starke politische Entscheidung ist, die als eine nicht nur nationale politische Entscheidung, sondern eine solche der westlichen Welt zwischen *Jacobson* und anderen Gutachtern der Weltbank ausgehandelt wird, weiß ich nicht. Jedenfalls, von einer Kooperation des Schweigens zu sprechen, scheint mir nicht zutreffend zu sein.

Herr Dr. *Kroll* hat dann insbesondere seine Idee des Schattenbudgets, eines Sonderetats, der in Depressionszeiten in Aktion treten soll, angeführt. Ich habe diese Dinge in meinem Referat nur kurz gestreift. Ich bin der Meinung, daß so etwas letztlich mit der Souveränität des Parlaments und den grundgesetzlichen Garantien für die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens schwer in Einklang zu bringen ist. Ich bin gern bereit, diese Fragen weiterzudiskutieren und praktische Vorschläge näher zu erörtern, die dazu häufig gemacht worden sind,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

glaube aber, daß das in die Spezialdiskussion gehört, die heute nachmittag stattfindet, da wir uns dann schon speziellen Fragen darüber zuwenden, wie konkret die Verwirklichung der Koordination durchzuführen ist, während wir heute morgen nur die großen Grundsatzfragen der Meinungsbildung, der Mittelkonflikte und der Zielkonflikte zu erörtert hatten. Da sind durch die Beiträge der Herren Diskussionsredner sehr wesentliche Beispiele und Veranschaulichungen geliefert worden, für die ich noch einmal herzlichst danken möchte.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerhard *Albrecht* (Marburg):

Meine Damen und Herren! Damit stehen wir — abgesehen von der Schlußveranstaltung — am Ende der Plenarsitzungen dieser Tagung. Ohne Herrn Kollegen *von Beckerath* vorgreifen zu wollen, darf ich wohl in Ihrer aller Namen dem Vorstand und insbesondere dem wissenschaftlichen Leiter dieser Tagung für die sorgsam durchdachte Vorbereitung und den Herren Referenten und Diskussionsrednern für ihre wertvollen Beiträge zu unseren Erörterungen danken.

Die Sitzung ist geschlossen.

Dritter Tag, Nachmittag
Freitag, 10. Oktober 1958

Spezialdiskussionen

1. Spezialdiskussion zum Vortrag von Prof. Dr. Andreas *Paulsen*, (Berlin):

„Wirtschaftliche und soziale Grundprobleme stetigen Wirtschaftswachstums"

Vorsitzender: Professor Dr. Richard *Herzog* (Frankfurt).

Protokoll: Dozent Dr. Rudof *Richter* (Frankfurt).

Es wurde hauptsächlich über die „Rahmenbedingungen" des wirtschaftlichen Wachstums, d. h. die soziale Präferenzordnung, diskutiert. Die soziale Präferenzordnung sei eine Ordnung von „Zuständen" der wirklichen Welt, wobei sich ein „Zustand" aus einem Katalog von Wünschen oder Zielsetzungen zusammensetze, der umfangreicher sei als die Forderungen des „magischen Dreiecks". Neben Löhnen, Preisen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und Beschäftigungsniveau müsse man beispielsweise auch Forderungen zur Zahlungsbilanz, Einkommensverteilung, Wachstumsrate usw. beachten. Da es immer ein Problem sein werde, alle diese Zielsetzungen gleichzeitig zu realisieren, könne man genau so gut von „magischen Sechsecken" oder noch größeren Gebilden sprechen. Die Gesamtheit aller Zielsetzungen, einschließlich der metaökonomischen, sei bei der Bestimmung der „optimalen Wachstumsrate" zu beachten.

Es sei nicht so, daß Wachstum logisch aus den Spargewohnheiten allein folge und damit eine notwendige und hinreichende Bedingung für das reibungslose Funktionieren unserer Wirtschaft darstelle. Es lasse sich zeigen, daß auch bei einem Grenzhang zum Sparen größer als Null ein konstantes Einkommensniveau erreicht werden könne. Ob stationärer Verlauf oder Wachstum und wieviel, sei ausschließlich durch Wertvorstellungen, d. h. durch individuelle und soziale Präferenzordnungen bestimmt. Eine langfristige Prognose des wirtschaftlichen Wachstums müsse deshalb auch eine Prognose der Entwicklung der individuellen Präferenzordnungen und des Gruppenziels einschließen. Die Frage, ob es immer Wachstum geben wird, setze mithin eine ganz bestimmte Entwicklung der Wertvorstellungen der Menschheit voraus. In diesem Zusammenhang wurde aus der Frankfurter Rede von *Karl Jaspers* zitiert: „Voraussetzung dieses Treibens wird ein Menschentypus, dessen Dasein sich verzehren läßt in diesem quantitativ zu steigernden Produzieren und Konsumieren, in einem Leben zwischen der träger werdenden Arbeitslust und der leerer werdenden Freizeit, mit einem Selbstbewußtsein, das auf dem Prestige beruht, durch Anschaffungen und ständige Neuanschaffungen auf möglichst hoher Ebene dieses ständig zerstörenden Produktionsprozesses mitzuleben. ... Da nichts Bleibendes ist, gehört die ständige Inflation zu dem bodenlosen, weder Wirklichkeit noch Wahrheit findenden Prozeß selber, der auch nichts Wertbeständiges braucht, vielmehr es nicht erträgt."

In der Debatte war der Begriff einer (wirtschaftspolitisch) „gewählten Wachstumsrate" genannt worden. Dazu erwähnte ein Diskussionsredner, er habe in seiner politischen Praxis nie eine Abstimmung über die Höhe der jährlichen Wachstumsrate des Volkseinkommens erlebt. Die Wirtschaft sei im übrigen stets gewachsen, und man habe stets die Zukunftsentwicklung als schwindelerregend im Verhältnis zur scheinbar stationären „guten alten Zeit" gesehen Es sei zweifelhaft, ob sich der Wachstumsprozeß jemals wesentlich verändert habe. Jedenfalls solle man sich nicht auf Prognosen von Philosophen verlassen.

Professor *Paulsen* betonte mehrfach, daß, wie immer die soziale Präferenzordnung im einzelnen beschaffen sei, die Freiheit vor der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Unfreiheit den Vorrang habe. *Karl Jaspers* These von der Wahrhaftigkeit, ohne die Freiheit nicht möglich sei, wurde erwähnt. Ein Diskussionsteilnehmer wies darauf hin, man sollte den Grundsatz der Wahrhaftigkeit auch in der Wirtschaftstheorie befolgen und bequeme aber unhaltbare Fiktionen, wie die des Modells der vollständigen Konkurrenz, über Bord werfen.

2. Spezialdiskussion zum Vortrag von Professor Dr. Wilhelm *Bickel* (Zürich):

„Finanzpolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums"

Vorsitzender: Professor Dr. Paul *Senf* (Saarbrücken).

Protokoll: Dozent Dr. Horst C. *Recktenwald* (Mainz).

Die finanzwissenschaftliche Spezialdiskussion vertiefte, klärte und ergänzte — zweckentsprechend — einige Grundthesen des Hauptreferates, fügte indes dem Katalog des Vortrages keine neuen hinzu. Im Mittelpunkt der Aussprache standen:

a) Modifikationen und Ergänzungen der Erkenntnisse der „fiscal policy" mit dem Ziel, diese für eine Politik nachhaltigen und stetigen Wirtschaftswachstums verwendbar zu machen;

b) totale und partielle Mittel- und Zielkonflikte der Wachstumspolitik, soweit sie für Finanztheorie und Finanzpolitik relevant sind;

c) die Wirksamkeit staatswirtschaftlicher Maßnahmen auf den Wirtschaftsprozeß;

d) politische Rahmenbedingungen für einen wirksamen Einsatz finanzpolitischer Mittel und die (schwerfällige) Handhabung der Instrumente der öffentlichen Finanzwirtschaft.

a) Um die Einsichten der „fiscal policy" wachstumspolitisch verwerten zu können, müssen ihre theoretischen Grundlagen geändert werden. Der Grund leuchtet ohne weiteres ein, wenn man bedenkt, daß Voraussetzung, Methode und Zielsetzung etwa der modifizierten *Keynes*-Analyse wenigstens zum Teil von den reinen Wachstumsmodellen à la *Domar-Harrod* abweichen. Diese anpassenden Änderungen sollten in erster Linie 1. auf eine intensive Verbindung, ja Verschmelzung der Theorie des Konjunkturzyklus mit der des langfristigen Wachstums hinzielen (was der Forderung der Referenten *Bickel* und *Paulsen* auf Einheit der Konjunktur- und Wachstums*politik* entgegenkommt) und weiterhin 2. auf die Entwicklung arbeitsfähiger

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hypothesen und grundlegender Bezugsgrößen, die empirisch-statistisch untermauert werden können und die somit die Anwendbarkeit der theoretischen Erkenntnisse zumindest erleichtert (ein Postulat, das im *Bombach*-Referat und in der sich ihm anschließenden Generaldiskussion ebenfalls erhoben worden ist). Parallel damit sollte ein weiterer Ausbau der Wirtschafts-, vor allem der Finanzstatistik laufen, die trotz einzelner Fortschritte noch stark hinter der theoretischen Entwicklung nachhinkt.

Zu welchen fiskalpolitisch bedeutsamen und teilweise überraschenden Aussagen allein schon die Anwendung neuer Methoden in der Erforschung der zentralen Entwicklungsprobleme zu führen vermag, erhellen jüngste amerikanische Untersuchungen etwa von *Gehrels* und *Kurihara* einerseits und von *Gurley, Musgrave,* C. *Brown* und *Smithies* andererseits. Während die heute weithin akzeptierten Sätze der „fiscal policy" auf dem statischen *Keynes*-Modell fußen und auch nach dem Einbau oder der Berücksichtigung des Multiplikators und Akzelerators durch *Kaldor, Samuelson* und *Hicks* fast unverändert gültig bleiben, zwingt eine dynamische Betrachtungsweise etwa in Gestalt der „Zwei-Raten-Analyse" im Bezug auf die *effektive* und eine *gleichgewichtige* Wachstumsrate (die die staatswirtschaftlichen Aktionsparameter — hier vornehmlich die öffentlichen Investitionen und Transferzahlungen — genügend berücksichtigt), die Postulate der „fiscal policy" zu modifizieren und zu ergänzen.

Bedenken und Einwände zu dieser Art Modellerkenntnisse richteten sich — wie üblich — gegen die Wirklichkeitsferne der Annahme und Hypothesen und damit die mangelnde Verifikationsmöglichkeit der Resultate. Gerade für die Fiskalpolitik sei es von entscheidender Bedeutung — so wurde in der Aussprache betont —, daß die Kreislauf- und Wachstumsmodelle der reinen Theorie sowohl den politisch-institutionellen Bedingungen, unter denen die Finanzpraxis handeln muß, als auch der Unsicherheit menschlichen Verhaltens auf staatsfinanzielle Maßnahmen ausreichend Rechnung tragen. Dennoch bleibt der Tenor der Diskussion: Einschränkung bedeutet nicht Aufhebung. Die Notwendigkeit solcherart theoretischer Untersuchungen wird betont, nur wird von einer allzu leichtfertigen Anwendung der Aussagen zur Lösung konkreter Probleme gewarnt.

b) Unabhängig von der grundsätzlichen Kollisionsmöglichkeit zwischen gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen kurzfristiger Art und dem jeweiligen Staatsbedarf — kurz, zwischen rein fiskalischen und ökonomischen Zwecken —, kann eine wachstumsorientierte Finanzpolitik mit anderen wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen und den hierfür einzusetzenden Mitteln in Konflikt geraten. Zunächst gilt: Da Wirtschaftswachstum nur makroökonomisch interpretiert wird

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und einzel- und zweigwirtschaftliche Anpassungen in einer expandierenden Volkswirtschaft, die marktwirtschaftlich organisiert ist, laufend und automatisch stattfinden müssen, verbieten sich konsequenterweise alle (besonders steuerpolitischen) Staatseingriffe *dirigistischer* Art (im Sinne *Neumarks).* Mit dieser Beschränkung auf globale, das heißt hier nur auf die *gesamt*wirtschaftlichen Wachstumsfaktoren einwirkende Maßnahmen der Finanzpolitik entfallen die vielfältigen Kollisionen partieller Natur, die im Wirtschaftsalltag immer wieder zu Spannungen und Widersprüchen führen, und die die preis- und marktwirtschaftlichen Anpassungen zumindest stören und verzerren, wenn nicht verhindern, da sie nicht selten zu ökonomisch-anomalen Reaktionen der Zensiten oder der Begünstigtengruppen führen.

Viele echte Zweck- und Mittelkonflikte für eine rationelle, wachstumsbetonte Finanzpolitik entstehen jedoch aus einer mangelhaften und/oder verspäteten Koordinierung der fundamentalen wirtschaftspolitischen End- und Zwischenziele. Ihre Wurzeln reichen zurück auf die theoretische wie praktische Grundfrage, ob und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen die heute weithin anerkannten fünf Hauptziele der Wirtschaftspolitik, nämlich Vollbeschäftigung, Preisstabilität, stetiges und nachhaltiges Wachstum, gerechte Einkommensverteilung und Gleichgewicht der Zahlungsbilanz, miteinander vereinbar sind. Besteht unter gegebenen Umständen eine echte Kollision, dann bedarf es einer klaren wirtschaftspolitischen Entscheidung, ob maximales, schnelles Wachstum vorrangig sei, oder ob die Zuwachsrate des Sozialproduktes dem der freiwilligen Ersparnis angemessenen Niveau angepaßt werden solle, damit etwa die Stabilität des Geldwertes und eine annehmbare Einkommensverteilung gesichert werden kann. Werden die jeweiligen End- und Zwischenziele der Finanz-, Geld-, Kredit- und Sozialpolitik auf diesen ebenso schwierigen wie schwerwiegenden wirtschaftspolitischen Entscheid rechtzeitig abgestimmt, dann entfällt automatisch ein nicht geringer Teil der echten Konflikte.

c) Obwohl die Kenntnis der Wirkungen staatswirtschaftlicher Maßnahmen auf den Wirtschaftsablauf in den letzten Jahrzehnten erheblich erweitert und vertieft werden konnte, bleibt sie doch noch mehr oder weniger weit hinter den Anforderungen zurück, die oftmals von Theoretikern und Praktikern an eine auf Konjunktur und Wachstum ausgerichtete Fiskalpolitik gestellt werden. Allerdings trifft das nicht für alle Bereiche und alle finanzpolitischen Instrumente gleichermaßen zu.

Was die öffentlichen Ausgaben anlangt, so lassen sich über ihren wachstumsgerechten Einsatz wie über ihre unmittelbare Wirksamkeit nach Zeitpunkt, Art und Maß bestimmte Aussagen machen. Zunächst

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

handelt es sich nicht nur darum, eine deflatorische oder inflatorische ex-ante Lücke zwischen freiwilliger, privater Ersparnis und unternehmerischer Investitionsneigung im Sinne der „fiscal policy" — das heißt unter ausschließlicher Beachtung des Multiplikatoreffektes — über erhöhte oder gekürzte Ausgaben der öffentlichen Hand schließen helfen. Vielmehr sollten die staatlichen Ausgaben auf jene gesamtwirtschaftliche Nettoinvestitionsquote abgestimmt sein, die für ein sinnvolles oder erwünschtes Wachstum entscheidende Voraussetzung ist. Verbinden wir beide Aufgaben, so handelt es sich letztlich darum, Abweichungen vom sogenannten Gleichgewichtspfad des Wachstums nach oben und unten vermeiden zu helfen und gleichzeitig die nachhaltige Entwicklung zu fördern. Damit verbunden ist — wie Herr *Bickel* im Hauptreferat ausdrücklich hervorhob — auch eine gegenüber *Keynes* gänzlich verschiedene ökonomische Qualifizierung der öffentlichen Investitionen. Denn auch deren (unterschiedlichen) *Kapazitäts*effekten kommt insofern in einer wachsenden Wirtschaft erhebliche Bedeutung zu, als sie *zukünftige* Engpässe im Ausweitungsprozeß des Sozialproduktes vorwegnehmen (z. B. bei Grundlageninvestitionen für die Energieversorgung oder im Straßenbau), indem die staatlichen Projekte *anteilig* an der wachstums*notwendigen* Vergrößerung des produktiven Realkapitals partizipieren. Im Rahmen solcher langfristiger Betrachtungen erscheinen zudem öffentliche Fehlinvestitionen in einem etwas anderen Licht. Auch verdienen die Wirkungen gebietskörperschaftlicher Ausgaben für wissenschaftliche Zwecke aller Art trotz schwieriger Erfassung eine vertiefte Durchleuchtung, zumal 1. der das Wachstum entscheidend bestimmende technische Fortschritt hier seine Wurzeln schlägt und von hier permanent wesentliche Impulse erhält und zumal er 2. über die Einnahme (speziell Steuer-)politik nur begrenzt beeinflußt werden kann. Zu der in diesem Zusammenhang wichtigen Frage, welchen Umfang die staatliche im Verhältnis zur privaten Investitionstätigkeit im gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprozeß haben kann oder gar soll, und wo die Grenzen liegen, ist im Vormittagsreferat ausführlich Stellung genommen. Dieses Verhältnis wird nicht zuletzt von der wünschenswerten Wachstumsrate und der tatsächlichen Schwankungsbreite um den Wachstumspfad beeinflußt.

Wie schnell und radikal ausgabepolitische Maßnahmen, die mit einer zielgleichen Geldpolitik abgestimmt sind, zu wirken vermögen, wenn es gilt, Abweichungen vom Gleichgewichtspfad einer expandierenden Volkswirtschaft zu bekämpfen, lehren die jüngsten Erfahrungen in den USA in der Überwindung inflationärer und rezessiver Entwicklungen. Die kredit- und defizitfinanzierte Inflationslücke des Jahres 1957, begleitet von einem Investmentboom mit typischen Zügen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einer echten Inflation (antizipierte Preissteigerungen in der Lagerhaltungspolitik) ist erstaunlich rasch und überraschend nachhaltig geschlossen worden, indem die Bundesausgaben besonders für Verteidigung und zur Förderung des privaten Wohnungsbaus reduziert und gleichzeitig Geld und Kredit verteuert und verknappt worden sind. Obwohl die öffentlichen Ausgaben nur relativ *gering* (aber gezielt) gekürzt wurden, genügte dies zusammen mit den geldpolitischen Maßnahmen, um einerseits den Preisauftrieb zu stoppen, andererseits eine unbeabsichtigte Rezession einzuleiten, die indes (ebenfalls) nicht zu einer angestrebten Preis- und Lohn*senkung* führte trotz Massenarbeitslosigkeit und ungenutzter Produktionsanlagen. Die Ursache einer solchen ökonomisch-schizophrenen Situation und mithin die Gründe für den letztlich zweifelhaften Erfolg der eingesetzten Mittel sind in erster Linie 1. in den „built-in stabilizers" (vornehmlich den Arbeitslosenunterstützungen) und 2. in der Lohn- und Preispolitik der beiden großen Sozialgruppen auf bestimmten Märkten zu suchen. Hier zeigte sich — was auch in der Diskussion um die theoretisch-grundsätzlichen Wachstumsprobleme von *Krelle* herausgearbeitet worden ist —, daß eine *automone,* das heißt hier eine nicht wachstumsgebundene, den allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielen nicht unterworfene Lohnpolitik der Sozialpartner (ähnlich anderer Einschränkungen der Marktautomatik) die zweckgerechten Effekte selbst einer gut koordinierten und rechtzeitig einsetzenden Fiskal- und Geldpolitik ganz oder doch teilweise zu paralysieren und im extremen Falle gar umzukehren vermag.

Weit größere Schwierigkeiten bereitet es, die Wirksamkeit der einnahme(steuer-)politischen Mittel zur Sicherung eines stetigen Wachstums unter bestimmten Bedingungen zu beurteilen.

Während die öffentlichen Ausgaben in der Regel *unmittelbar* auf die effektive Gesamtnachfrage einwirken, schiebt sich bei der Erhebung öffentlicher Einnahmen das Verhalten der Zensiten oder der Anleihezeichner dazwischen. Damit werden die Zusammenhänge komplizierter und die Ergebnisse entsprechender theoretischer wie empirischer Untersuchungen unbestimmter. Das zeigen die Aussagen der in erster Linie zuständigen, zentralen Steuerwirkungs- und hier vornehmlich der Steuerinzidenztheorie über die mikro- und makroökonomischen Entzugseffekte der Besteuerung. Sie mahnen — trotz erheblicher Fortschritte in jüngster Zeit — zur Vorsicht im Urteil über mögliche, wahrscheinliche und tatsächliche Entzugswirkungen, und zwar sowohl bezüglich der realen Größen (wie des privaten Konsums, der Ersparnis oder der Investitionsausgaben) als auch bezüglich der Anreize (incentives) hierzu. Zwar liegen ausreichend gesicherte Erkenntnisse für bestimmte Bereiche unter ganz bestimmten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

(meist statischen) Voraussetzungen vor, aber auf anderen Gebieten (etwa dem der Wirkungen der Progression) wissen wir theoretisch und empirisch noch relativ wenig. Das trifft in erhöhtem Maße auch für die Abhängigkeiten der Staatseinnahmen (Abgaben) vom stetigen und raschen Wirtschaftswachstum und vice versa zu. Neben den unter a) diskutierten neueren Arbeiten liegen Ansätze zu einer dynamischen, auf die Entwicklung gerichteten Inzidenzlehre vor *(Bodenhorn, Recktenwald).* Aber gerade die Zusammenhänge zwischen den das ökonomische Wachstum bestimmenden oder beeinflussenden Faktoren (etwa dem Bevölkerungs- und Arbeitspotential [der Erwerbsquote] oder dem technischen Fortschritt im weitesten Sinne) und der Besteuerung sind bei weitem noch nicht genügend durchleuchtet. Wie schnell im übrigen diese Zusammenhänge zum Beispiel in Westdeutschland aktuell werden könnten, erhellt die bloße Annahme, die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte höre plötzlich auf, ohne daß der natürliche Bevölkerungszuwachs ausgleichend wirke. Dann würde, unter Wachstumsgesichtspunkten, das Problem „Steuer und Erwerbsquote" von erheblicher Bedeutung, zumal bei eventuell sinkendem Arbeitspotential. Unter gleichen, nämlich langfristigen Aspekten kommt den steuerlichen incentive-Wirkungen vor allem auf Höhe, Art und Zeitpunkt der Investitionen und der Risikobereitschaft, aber auch des Sparens und Konsums eine zunehmend größere Bedeutung zu. Hier greifen die Einsichten und Erfahrungen, auf die Herr *Bickel* in seinem Referat ausdrücklich verweist, ein, daß nämlich die Ausglättung kurzfristiger Schwankungen das Wirtschaftswachstum nicht nur verstetigt, sondern auch zu beschleunigen vermag, weil die Stabilisierung der Entwicklung die „incentives" günstig beeinflußt. Auf der anderen Seite bekommt die mikro- und makroökonomische Inzidenz in einem gleichmäßigeren Wachstum bei stabilisiertem Geldwert ein anderes Gesicht und Gewicht. Ohne befriedigende Kenntnisse der Inzidenz sind aber Urteile über die Wirksamkeit vieler einnahmepolitischer Maßnahmen kaum möglich. Alles in allem mahnen die bisherigen Einsichten in die komplizierten Wirkungszusammenhänge zur abwägenden Vorsicht, wenn die staatliche Einnahme(Steuer-)politik zur Lösung von Wachstumsproblemen wesentlich beitragen solle.

d) Mit Nachdruck ist in der Aussprache auf die Problematik hingewiesen worden, die sich aus den politischen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen und ganz allgemein aus der jeweiligen Wirtschaftsordnung gerade für den erfolgreichen Einsatz finanzpolitischer Mittel zu ökonomischen Zwecken ergibt. Im Gegensatz etwa zur Geld- und Kreditpolitik sind die Instrumente der öffentlichen Finanzwirtschaft *generell* schwerfälliger in der Handhabung. Der Grund liegt vornehmlich in dem *dualistischen Wesen* der *Staats*finanz. Aus einer

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Reihe von Beispielen seien nur zwei ausgewählt. So kann bei bundesstaatlicher Gliederung des Gemeinwesens (Schweiz, USA, Deutschland) eine große Zahl selbständiger, zudem finanzstarker Körperschaften und Institutionen (Hilfsfisken) allein schon die zeitlichen Variationsmöglichkeiten (Verzögerung oder Vorwegnahme) staatlicher Ausgaben und Einnahmen erheblich einschränken, wie das deutsche Beispiel des Jahres 1956 lehrt, wo die Bauvorhaben des Bundes, der Länder und der Kommunen zwecks Konjunkturentlastung verschoben werden sollten. Leichter ließen sich langfristige öffentliche Projekte auf gesamtwirtschaftliche Wachstumsziele abstimmen. Allerdings bedarf es hierzu — neben klarer Vorstellungen und konkreter Pläne über zukünftige Grundlageninvestitionen der einzelnen Institutionen — einer grundlegenden Umgestaltung der staatlichen Budgetgliederung (wie sie etwa *Senf* vorgeschlagen hat), die häufig nicht einmal den Grunderfordernissen im Rahmen der heute üblichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gerecht wird. So mangelt es an einer befriedigenden Unterscheidung zwischen Investitionen und laufenden Ausgaben, an einer brauchbaren Vermögensbilanz oder an einer zweckdienlichen Erfassung der Kassenlage. Aber selbst die Theorie der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung hat bei weitem noch nicht alle Fragen gelöst, die mit dem sinnvollen Einbau der Staatsleistungen in eine nationale Einkommensanalyse zusammenhängen. So ist weder das Problem der Aufspaltung der Staatsleistungen in Preis- und Mengenkomponente noch das ihrer *vollen* Zurechnung zum Sozialprodukt über den Endverbrauch letztlich befriedigend gelöst.

3. Spezialdiskussion zum Vortrag von Vizepräsident Dr. Heinrich *Irmler* (Düsseldorf):

„Währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums"

Vorsitzender: Professor Dr. Hans *Möller* (Frankfurt).

Protokoll: Dozent Dr. Hans *Albert* (Köln).

Auf Vorschlag des Diskussionsleiters und einiger Teilnehmer sollte vor allem über folgende Punkte diskutiert werden:

1. Das Problem der Weitergabe des Produktivitätsfortschritts durch
   a) sinkende Preise bei gleichbleibenden Löhnen oder
   b) steigende Löhne bei gleichbleibenden Preisen
   unter Berücksichtigung der Geldwertproblematik.
2. Die (echte oder scheinbare) Alternative von Kosten- und Nachfrageinflation.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

3. Die Frage, inwieweit Betriebskredite der Investitionsfinanzierung dienen können.
4. Orientierungssymptome und Methoden der Notenbankpolitik unter spezieller Berücksichtigung der Kreditzusagen der Banken.
5. Die internationale Interdependenz der Währungspolitik und die Frage der Wachstumsstabilität.
6. Wichtige Entschlüsse der Notenbank im Hinblick auf die Koordination der Notenbankpolitik mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik.

Zur letzten Frage wurde bemerkt, daß eine solche Koordination institutionell durch Teilnahme eines Vertreters des Bundesfinanzministeriums an den Zentralbankratssitzungen gesichert sei und daß das Problem im übrigen mehr in den Fragenkreis eines anderen Referats gehöre.

Zum ersten Problem wurde zunächst ein Votum für die Weitergabe von Produktivitätsfortschritten durch Preissenkungen vorgebracht. Das sei, wie das *Bombach*-Referat gezeigt hat, in der Vergangenheit vorgekommen und daher möglich. Außerdem sei eine solche Entwicklung günstiger wegen des Rationalisierungsdruckes, der durch sinkende Preise ausgelöst werde. Auch für die Erhaltung eines lebendigen Wettbewerbes sei sie notwendig, denn starke Preissteigerungen förderten die Konzentration. Damit sei eine Grundvoraussetzung der *Irmler*schen Argumentation in Frage gestellt.

Dagegen wurde eingewandt, man gehe offenbar von der Voraussetzung aus, die Entscheidung zwischen beiden Arten der Weitergabe eines Produktivitätsfortschrittes unterliege dem freien Willen der Unternehmer. De facto sei in einer marktwirtschaftlichen Ordnung aber für die Entscheidungen der Unternehmer der Zwang des Marktes maßgebend. Es müsse eben eine Marktlage geschaffen werden, die dazu zwinge, die Preise herabzusetzen bzw. Lohnerhöhungen verhindere. Das Mittel dazu sei die restriktive Kreditpolitik einer Notenbank, die die nötige Macht und den Willen dazu habe. In diesem Zusammenhang tauchten aber zwei Fragen auf: Erstens die Frage, ob unter diesen Umständen noch ein Wachstum zu erzielen sei. Das sei unwahrscheinlich, da auch das Wachstum nur ein Ergebnis der Marktlage sei. Zweitens die Frage, ob nicht ein Zusammenhang zwischen Preisstabilität und Geldwertdefätismus bestehe.

Weiter wurde darauf hingewiesen, daß a) auch die Entscheidungen der Notenbank nicht autonom seien, wie vorher wohl unterstellt worden sei. Auch die Notenbank sei einem Druck von außen ausgesetzt, z. B. dem Wunsche, sie solle ihre Politik so einrichten, daß das Wachstum nicht gehemmt werde,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

b) Es gebe heute institutionelle und politische Ursachen, die langfristige Preissteigerungen wahrscheinlich machten. Erstens seien große Staatsausgaben heute unvermeidlich. Zweitens führe den Druck der Gruppen dazu, daß die Preise sich nur in einer Richtung bewegen könnten. Jede Gruppe lasse nur eine Erhöhung, aber keine Senkung ihrer Preise zu. Drittens gebe es eingebaute Inflationsmechanismen, wie z. B. die Paritätsklauseln. Was man aber zu wenig berücksichtige, seien Qualitätsverbesserungen und das Auftreten neuer Produkte. Eine Preisindexwirkung sei in diesen Fällen zwar nicht zu verzeichnen, wohl aber eine Nutzenmehrung. Die Zwischenfrage, ob die Existenz einer ungeschützten Rentnerschicht als Inflationsbremse anzusehen sei, wurde bejaht.

Hinsichtlich der angeblichen Gewinneutralität der diskutierten Alternativen (sinkendes oder stabiles Preisniveau), die daraus resultiere, daß nicht die absoluten Preise, sondern nur die Spannen zwischen Erlösen und Kosten in dieser Beziehung relevant seien, wurde darauf hingewiesen, daß Erlöse zu Tageswerten zu rechnen seien, während bei den Kosten ein time-lag vorliege (z. B. Bindung von Abschreibungsbeträgen für Anlagen), der dem Unternehmer nicht gleichgültig sein könne. Sein Mindestinteresse sei daher ein stabiles Preisniveau, lieber sei ihm eine Steigerung, keineswegs aber eine Senkung des Preisniveaus.

Zur Frage des neutralen Geldes wurde auf die Bedeutung der verschiedenen Nachfrageelastizitäten im Bereich der Agrar- und Industrieprodukte hingewiesen. Bei neutralem Geld seien infolge von Nachfrageverschiebungen Konjunkturwirkungen bei verbilligten und Depressionswirkungen bei nicht verbilligten Gütern zu erwarten. Ein Konjunkturanstieg werde bald im Keime erstickt werden. Es sei die Frage, ob man sich mit einer allmählichen Preissteigerung abfinden müsse. Sobald die Geldillusion beseitigt sei, komme es immer mehr zu Indexklauseln und ähnlichen Vorkehrungen, so daß das ganze schließlich nur noch ein Spiel mit Zahlen sei.

Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß bei der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung an Lohnniveaustabilisierung und Preisniveausenkung nicht zu denken sei. Steigerungen des Preisniveaus seien heute Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, während eine Stabilisierung des Lohnniveaus wahrscheinlich wachstumshemmend wirke. Das ganze Problem sei nicht unabhängig von den Verhaltensweisen der Wirtschaftsteilnehmer diskutierbar. Natürlich könne man andere Modelle entwickeln, aber das sei nicht entscheidend. Es gebe Länder mit ständiger Inflation seit 100 Jahren. Die ganze Wirtschaft habe sich dann darauf eingestellt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Darauf wurde eingewendet, es gebe auch in der freien Wirtschaft die Möglichkeit, Preissenkungen ohne Wachstumshemmungen durchzusetzen. Es könne sich a) dabei um einen Entschluß eines ganzen Wirtschaftszweiges oder b) darum handeln, daß ein price-leader die anderen Unternehmen zwinge. Es sei noch die Frage, ob einsichtige Unternehmer sich nicht zu einer solchen Politik entschließen könnten.

Auf die Frage, wie man verhindern wolle, daß die Arbeiter Lohnerhöhungen durchsetzen und die Lohnstruktur sich ändert, wurde hinsichtlich der Lohnstruktur eine elastische Politik vorgeschlagen und im übrigen darauf hingewiesen, daß eine Politik der Lohnniveaustabilisierung in der Bevölkerung schon heute weitgehende Zustimmung finde. Dabei taucht allerdings die Frage auf, wie man die Gewerkschaften dazu zwingen könne, dieser Politik zuzustimmen.

Es sei durchaus möglich, so wurde bemerkt, daß zwischen der permanenten leichten Preissteigerung in den letzten Jahren und dem Wirtschaftswachstum ein funktioneller Zusammenhang bestehe. Es frage sich aber auf jeden Fall, ob der soziale Preis, der für das Wachstum gezahlt werden müsse, nicht zu hoch sei. Es gebe immer Einkommensschichten, die nachhinken. Schließlich komme es nicht auf ein maximales, sondern ein optimales Wachstum an und das bedeute, daß solchen Tatbeständen Rechnung getragen werden müsse.

Auf die Frage, ob es wünschenswert sei, daß das Preisniveau langfristig ansteige, wurde bemerkt, daß man auch, wenn man diese Voraussetzung mache, darauf rechnen könne, daß jede offizielle Verlautbarung eines entsprechenden Programms zur Wirkungslosigkeit einer solchen Politik beitrage. Nur wenn man offiziell ein stabiles Preisniveau anstrebe, könne man vielleicht hoffen, daß eine allzu große Preissteigerung vermieden werden könne, während eine weniger restriktive Politik ohne weiteres zur Hyper-Inflation führe. Als institutionelles Mittel der Stabilisierung wurde angesichts der Wandlungen des Sparprozesses (Rückgang des freien Sparens) auf die Möglichkeit hingewiesen, die betrieblichen Pensionskassen, die eine immer größere Rolle spielten, durch entsprechende Anlagebestimmungen zur Änderung ihrer Anlagepolitik zu veranlassen.

Zur Frage des Wachstumsausmaßes (optimal vs. maximal) wurde auf das Beispiel Frankreichs hingewiesen, dessen hohe Wachstumsrate nur um den Preis der Inflation realisiert werden könne, eine Tatsache, die Frankreich seine politische Stellung im Rahmen der Weltmächte koste. Ein gewisser Preis sei eben zu hoch für das Wachstum.

Langfristige Preisniveau-Steigerungen ohne Beschleunigung seien ohne weiteres erreichbar, aber es tauche die Frage auf, ob sie nach 50 Jahren immer noch wirksam (wachstumsfördernd) seien oder ob

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

man sie zu diesem Zwecke beschleunigen müsse. Möglicherweise führe erst eine gleichmäßige Beschleunigung zum Wachstum. Unter diesen Umständen sei aber eine Politik der Stabilisierung vorzuziehen. Übrigens habe sich ein Kongreßausschuß in den USA mit dieser Frage befaßt. Bei dieser Gelegenheit seien ähnliche Anschauungen wie die eben geäußerte aufgetaucht. Daß es ein Land gebe, in dem etwa 100 Jahre lang ohne Unterbrechung eine gleichmäßige Preisniveausteigerung zu verzeichnen sei, wurde bestritten. Eine Politik, die sich eine bestimmte prozentuale Steigerung zum Ziel setze, sei einfach falsch.

Zum Argument der abnehmenden Reizempfindlichkeit wurde bemerkt, daß es auch bei Preisstabilität anwendbar sei.

Weiterhin tauchte die Frage auf, inwieweit eine Begrenzung von Lohnerhöhungen möglich sei. Sie sei wohl ebenso schwierig, wie eine absolute Stabilisierung des Lohnniveaus. Gelinge eine Limitierung nicht, so führe das zur Nachfrageinflation. Eine lohninduzierte Inflation könne durch Kontrolle der Geldmittelversorgung nicht abgestoppt, sondern nur gebremst werden, wie das englische Beispiel zeige. England habe fünf Jahre lang sein Wirtschaftswachstum dem Kampf gegen die Lohninflation geopfert. Ein fünfjähriger Verzicht auf jede Expansion sei aber für ein modernes Industrieland nicht hinnehmbar. Lohn- und Nachfrageinflation seien übrigens nur zwei Seiten ein und derselben Sache. Die Frage, ob England wirklich sein Wachstum dem Kampf gegen die Lohninflation geopfert habe — das Wachstum sei doch auch eine Funktion der Sparquote — wurde bejaht. Andere Belastungen der englischen Wirtschaft fielen kaum ins Gewicht.

Zur Frage Kosten- und Nachfrageinflation wurde auf amerikanische Kongreßuntersuchungen (besonders *Abba P. Lerner)* hingewiesen. Man könne zwischen Käuferinflation (durch Nachfrageüberhang) und Verkäuferinflation (durch Preiserhöhungen) unterscheiden. Letztere sei bei vollständiger Konkurrenz nicht möglich, aber diese Marktform existiere in weiten Bereichen der Wirtschaft (Arbeitsmarkt, Großindustrie) nicht. Voraussetzung sei nur ein entsprechendes, genügend weit verbreitetes Marktverhalten. Es komme dann zu Preiserhöhungen, ohne daß der Umsatz zurückgehe. Unternehmer, die auf Grund der Marktverhältnisse nicht mithalten können, werden trotzdem in Mitleidenschaft gezogen, nämlich durch Kostensteigerung. Gehe man mit geld-, kredit- und finanzpolitischen Maßnahmen heran, so hemme man das Wachstum so rigoros, wie es aus politischen Gründen nicht vertretbar sei. Es komme daher darauf an, das Übel an der Wurzel zu packen, indem man Maßnahmen ergreife, die ein solches Markt-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verhalten unmöglich machten. *Lerner* suchte zu zeigen, daß auch bei Aufrechterhaltung der Dezentralisation der Marktentscheidungen Mittel und Wege dazu gefunden werden könnten. Seine Vorschläge lägen in der Richtung, wie er sie in seinem Buch „The Economics of Control" entwickelt habe (Durchsetzung von Spielregeln für den Staat). Sie seien allerdings mit Skepsis zu betrachten.

Es tauchte die Frage auf, inwieweit die Unelastizität der Preise nicht eine Folge des Marketing und der langfristigen Planung der Unternehmen sei. Auf die Ansicht, die Unternehmen könnten diese Preispolitik nur treiben, da sie an die Nachgiebigkeit des Bankensystems gewöhnt seien, es käme also auf eine Erziehung der Banken an, wurde erwidert, die Banken seien hier überfordert.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Frage noch nicht diskutiert sei, was von geldpolitischer Seite geschehen müsse, um wachstumsfördernde Bedingungen zu schaffen. Die Alternative Preissenkung oder Lohnerhöhung sei nicht erschöpfend, wenn es um die Absorption der realen Mehrproduktion gehe. Es sei möglich, bei Lohn- und Preisstabilität den Wert der realen Mehrproduktion auf andere Weise zu verteilen (z. B. Steuergutscheine). Das setze allerdings eine grundlegende Reform der Geldverfassung voraus.

Ein weiteres Argument befaßte sich mit Produktionssteigerungen durch Umschichtung der Produktionsfaktoren. Die Kreditpolitik solle immer bei den schwachen Wirtschaftszweigen einsetzen.

Zur Frage der Notenbankpolitik wurde festgestellt, daß hier keine Autonomie existiere. Die Notenbank habe die Möglichkeit, den Wirtschaftsablauf zu beeinflussen, allerdings nur, wenn sie die Macht habe, „den Markt in die Bank zu zwingen". Diese Macht der Notenbank sei aber beeinträchtigt durch einen Mangel unseres Geldwesens. Seit etwa 1900 sei der Gesamtbetrag der liquiden Mittel höher als der Gesamtbetrag der bankmäßigen Mittel für Betriebskredite. Es bestehe ein Zwang für das Geld- und Kreditsystem, diese Mittel langfristig anzulegen. Es seien vier Formen bekannt, diese Lücke zu schließen. 1. Gold (nur bei reichen Ländern möglich, 2. Schatzwechsel (seit 1900; latente Inflationsgefahr), 3. eingefrorene Debitoren, 4. Langkredite, die der Form nach Kurzkredite sind (z. B. die Reports und Lombards der Vorkriegszeit). Im Falle einer Krise sei gerade der Kapitalmarkt bedroht, den man fördern wolle.

Von anderer Seite wurde behauptet, daß die Macht der Notenbank desto größer sei, je größer ihre Wertpapierbestände seien. Auf die Frage, was die Banken heute bei einem allgemeinen Konjunkturrückgang machen sollten, da kein Unternehmen mehr seine Kredite

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zurückzahlen könne, wurde eingewandt, flüssige Mittel zur Schuldentilgung seien ohne weiteres durch Lagerabbau zu bekommen. Dem wurde entgegengehalten, daß ein Lagerabbau vielfach gerade dann nicht möglich sei. Bei volkswirtschaftlicher Betrachtung der Sache müsse man zu dem Schluß kommen, daß irgendeiner sich verschulden müsse.

Zur Frage der internationalen Aspekte der Währungspolitik wurde darauf hingewiesen, daß *Irmler* dem nationalen Gesichtspunkt den Vorrang einräume und international notfalls die Möglichkeit einer Wechselkursanpassung ins Auge fasse. Dazu sei auf den Trägheitsgrad solcher Veränderungen hinzuweisen, der dazu führe, daß sie nicht immer positiv für das Wachstum waren. (Hinweise auf Restriktionszwang, Beispiel der englisch-deutschen Beziehungen.) Beim Abbau der Devisenbewirtschaftung werde die Interdependenz noch größer, und solche Wirkungen verstärkten sich. Zweierlei sei zu tun: 1. Einführung flexiblen Wechselkurse mit Schwankungsgrenzen, 2. Erzwingung eines monetären Gleichschritts im internationalen Maßstab.

Der Restriktionszwang wurde bestritten. Weiter wurden zwei Aspekte der internationalen Problematik unterschieden: 1. die Frage des Verhaltens des eigenen Landes im Hinblick auf das Wachstum unter der Voraussetzung, daß die gegenwärtige Weltwährungsordnung gegeben sei; 2. die Frage, welche Art von Weltwährungsordnung im Interesse des Wachstums der Weltwirtschaft wünschenswert sei und welches Verhalten dazu führe, sie zu verwirklichen.

Zu 1. wurde darauf hingewiesen, daß man im allgemeinen bei den Preisen eine Rücksichtnahme auf pressure-groups in Rechnung stelle. Es müsse betont werden, daß auch hinsichtlich der Wechselkurse mit politischem Druck zu rechnen sei (Grüne Front, Import- und Exportwirtschaft). Weiter wurde die Frage aufgeworfen, was die Geldpolitik (und Wechselkurspolitik) unternehmen könne, um einen Exportüberschuß dem Inlande zugute kommen zu lassen. Möglicherweise fördere ein Exportüberschuß das Wachstum; aber solle man dem Wachstum zuliebe andere Länder beschenken?

Die Diskussion wurde abgeschlossen mit der Bemerkung, daß eine Geld- und Währungspolitik, die nicht wachstumshemmend wirke, ein gewisses Maß an internationaler Kooperation voraussetze und daß das Wachstum u. U. einem Mehrverbrauch geopfert werden müsse.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

4. Spezialdiskussion zum Vortrag von Professor Dr. Gottfried *Bombach* (Basel):

„Quantitative und monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums"

Vorsitzender: Dr. Hans *Langelütke* (München).

Protokoll: Professor Dr. Günter *Menges* (Saarbrücken).

Die im Rahmen der Spezialdiskussion verhandelten Gegenstände lassen sich in zwei große Gruppen unterteilen:

I. Grundsätzliche Betrachtungen über Wachstumsmodelle.

II. Probleme der Messung des Wachstums und seiner Komponenten.

Die unter I. genannte Gruppe läßt sich wiederum in die allgemeinen und die monetären Gegenstände unterteilen. Die unter II. genannte Gruppe läßt sich in ökonometrische und statistische Probleme unterteilen.

Vorwegnehmend ist zu berichten, daß die Versammlung nur bei wenigen der verhandelten Gegenstände zu übereinstimmenden Auffassungen gelangte, in der Mehrzahl der verhandelten Themen zeigte sich hingegen der derzeit noch grundsätzlich kontroverse Charakter von Theorie und Messung des Wirtschaftswachstums.

I. Grundsätzliche Betrachtungen über Wachstumsmodelle

1. Allgemeine Probleme

In Ergänzung des Referates wurde zunächst berichtet über Bemühungen, in stärkerem Maße, als dies im *Bombach*schen Referat der Fall war, die Investitionstätigkeit in die Wachstumsmodelle aufzunehmen. Man solle im Rahmen der Wachstumstheorie den einheitlichen Investitionsbegriff aufgeben und statt dessen mit der Investitionsstruktur operieren, was unter anderem den Vorzug habe, daß die von *Krelle* in seinem Diskussionsbeitrag[1] aufgezeigte Lücke zwischen sehr kurz- und sehr langfristigen Prognosen leichter geschlossen werden könne. Insbesondere wurde folgende Aufgliederung der Investitionen empfohlen:

a) Investitionen mit kurzfristigem Umschlag (Industrie, freie Berufe, gewisse Dienstleistungsbereiche);

b) Investitionen mit längerfristigem Umschlag (Landwirtschaft, Verkehrswesen, Wohnungsbau, öffentliche Hand).

Auf Grund von Untersuchungen über die Investitionstätigkeit in Deutschland von 1924 bis 1933 ergibt sich (ähnliche Zahlen für noch größere Zeiträume seien von *Lewis* gefunden worden), daß die Investitionen mit kurzfristigem Umschlag einen Anteil von nur 25 %

[1] Siehe S. 230 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

an den Gesamtinvestitionen haben. Der eigentliche produktive Teil der Investitionen betrage also nur ein Viertel. Diese Tatsache zusammen mit anderen Gründen führe also notwendig zu der Forderung, den einheitlichen allgemeinen Kapitalkoeffizienten in eine Vielzahl von besonderen Kapitalkoeffizienten aufzuspalten. So zeigt sich, daß die Bereiche, deren Investitionen kurzfristig im Umschlag sind, einen Kapitalkoeffizienten von eins haben, während die größere Gruppe der Bereiche, deren Investitionen längerfristig im Umschlag sind, einen sehr viel höheren Kapitalkoeffizienten aufweist. Die Verbindung zur Wachstumstheorie ergebe sich aus folgendem: Die erste Gruppe ist sehr konjunkturabhängig, sie trägt im wesentlichen den Aufschwung, während die zweite Gruppe weniger konjunkturabhängig ist; sie hält sich sehr lange in die Depression hinein, steigt in der Depression sogar noch an (1929 z. B. hatte diese Gruppe in Deutschland noch eine Steigerung, erst 1930 einen — außerdem nur leichten — Rückgang). Der Grund für die geringe Konjunkturabhängigkeit dieser zweiten Gruppe sei in der geringen Einflußnahme des Zinses zu sehen, ausschlaggebend sei hier vielmehr die Verfügbarkeit von Krediten. Es wurde daher die Bezeichnung „kreditabhängige Investitionen" für Investitionen mit längerfristigem Umschlag vorgeschlagen.

Von dem genannten Ansatz aus (zwei Gruppen von Investitionen) könne man eine sehr sinnvolle Verbindung herstellen zwischen Konjunkturtheorie und Wachstumstheorie, denn die erste Gruppe hat bei niedrigem Einkommenseffekt einen hohen Kapazitätseffekt; daraus ergebe sich realiter eine Glättung des Konjunkturverlaufs, im Modell ein relativ stetiges Wachstum.

Gegen die Aufteilung der Investitionen nach der Dauer des Umschlags wurde grundsätzlich eingewandt, daß die Zufälligkeiten der jeweiligen historischen Situation eine zu große Rolle spielen würden.

Andererseits wurde eingewandt, daß für Prognosemodelle eine Aufteilung der Investitionen zwar unerläßlich sei, allerdings sei fraglich, ob die mehr funktionale Gliederung der Investitionen, wie sie der Aufgliederung nach der Dauer des Umschlags zugrundeliege, zweckmäßig sei. Man könne auch einfach an eine sektorale Gliederung denken. Sie habe den Vorzug des unmittelbaren Bezugs zur Konjunkturtheorie, denn man könne ja nicht von den generellen Konjunkturschwankungen sprechen, sondern nur von einzelnen Branchenzyklen. Zur Erklärung der Konjunkturzyklen und zur mittelfristigen oder Konjunkturprognose sei der Rekurs auf Sektoren unerläßlich und in diesem Rahmen wiederum eine (sektorale) Gliederung der Investitionen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das Erfordernis, auf zu große Aggregate zu verzichten, gelte aber nicht nur für die Investitionen, wenn auch hier in besonderem Maße, grundsätzlich gelte es aber auch für andere Makrogrößen, z. B. den Konsum. So sei es zweckmäßig, Konsumgüter nach dauerhaften und nicht-dauerhaften zu unterteilen; die ersteren werden im Gegensatz zu den letzteren vielfach mit Krediten finanziert und ihr Erwerb ist aufschiebbar.

Einigkeit über dieses Thema bestand insoweit, als allgemein gesagt wurde, daß ein funktionsfähiges Wachstumsmodell, insbesondere als Prognosemodell, das die Investitionen, den Konsum und andere heterogene Makrogebilde einschließt, nicht vorstellbar sei. Es sei notwendig, so weit wie möglich zu disaggregieren.

In zweiter Ergänzung des Referats wurde alsdann berichtet über eine Sektorenanalyse, die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführt wird. Sie betrifft Investitions- und Vermögensrechnungen für 50 Wirtschaftszweige, darunter 36 Industriezweige. Im Rahmen dieser Untersuchungen ergab sich, daß bei homogenen Sektoren das Verhältnis des Brutto-Anlagevermögens zum Netto-Produktionswert bei gleichbleibender Ausnutzung praktisch konstant ist. Schwankungen des Verhältnisses ergeben sich lediglich durch Unterschiede in der Ausnutzung des Vermögens. So erkläre sich der Rückgang des Kapitalkoeffizienten von 1948 bis in die Gegenwart in fast allen Industriezweigen aus Veränderungen in der Ausnutzung der Anlagen. Von anderer Seite wurde hingegen vor einer Überbetonung des Gesichtspunktes der Auslastung im Rahmen von Wachstumsmodellen gewarnt.

Mit großer Ausführlichkeit und unter reger Beteiligung der Sitzungsteilnehmer wurden begriffliche Probleme erörtert. Im Mittelpunkt standen die Begriffe „Technischer Fortschritt“ und „Stetigkeit (des Wachstums)“.

„Technischer Fortschritt“: Die vom Referenten benutzte Definition wurde teils als zu eng bezeichnet. Teils wurde bemängelt, daß Veränderungen der Organisationstechnik und allgemeine Strukturveränderungen im *Bombach*schen Begriff des technischen Fortschritts enthalten seien, was einer zu weiten Ausdehnung des Begriffes des technischen Fortschritts gleichkäme. Der *Bombach*sche Begriff verdiene eher bezeichnet zu werden als „Anpassung an die gestiegene Kapitalintensität“. Technischer Fortschritt sei auch wirklich technisch zu definieren, als Erhöhung der Schnittgeschwindigkeit einer Maschine z. B. Hiergegen wurde wiederum eingewandt, daß es ja auch technischen Fortschritt ohne Substitution von Arbeit durch Kapital

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gebe. Technischer Fortschritt müsse also nicht notwendig in Anpassung an die gestiegene Kapitalintensität bestehen.

Von einigen Sitzungsteilnehmern wurde die Meinung vertreten, daß der Begriff des technischen Fortschritts überhaupt ein sehr unglücklicher Terminus sei.

„Stetigkeit (des Wachstums)": So wenig es einen eindeutigen Begriff des Gleichgewichts gebe, so wenig sei präzise zu definieren, was Stetigkeit des Wachstums ist. Seit *Harrod* und *Domar* würden zwar stets neue Gleichgewichtsmodelle entwickelt, diese enthielten aber rein hypothetische Prozesse; die Begriffe, mit denen sie beschrieben sind, seien von einer Art, daß sie realitätsadäquat gar nicht zu definieren seien.

Es wurde auf den Unterschied zwischen stetigem und gleichgewichtigem Wachstum hingewiesen. Ein Wachstum kann gleichgewichtig sein und trotzdem unstetig. Umgekehrt kann ein stetiges Wachstum ungleichgewichtig sein.

Einige Sitzungsteilnehmer sprachen sich für die Verwendung des mathematischen Stetigkeitsbegriffes aus. Demgegenüber wurde festgestellt, daß stetiges Wirtschaftswachstum nicht Stetigkeit im mathematischen Sinn bedeuten kann, weil die mathematische Stetigkeit durch Saisonrhythmus und Konjunkturschwankungen gestört werden könne, ohne daß dies eine Störung der Stetigkeit im ökonomischen Sinn zu bedeuten brauche.

Die Frage nach der Definition der Stetigkeit wurde überdies wirtschaftspolitisch zu beantworten versucht. Man bezeichnete als „Stetigkeit" das Erreichen einer möglichst kleinen Amplitude der (unvermeidlichen?) Zyklen. Stetiges Wachstum, so wurde von anderer Seite gesagt, könne die Wirtschaftspolitik nur ex post feststellen. Ex ante gebe es keine Stetigkeit. Dieser Auffassung wurde widersprochen. Es wurde vorgeschlagen, die Stetigkeit negativ zu definieren als Abwesenheit gewisser Erscheinungen.

An die definitorischen Probleme schlossen sich Überlegungen darüber an, ob eine möglichst große Zuwachsrate des Sozialproduktes wichtiger sei als ein möglichst stetiges Wirtschaftswachstum.

2. Monetäre Probleme

Es wurde kritisiert, daß das Referat die langfristige Analyse des monetären Problems vernachlässigt habe. Überhaupt sei der monetäre Aspekt ungerechtfertigt beschränkt worden auf das Problem der Preisstabilität. Neben diesem seien jedoch weiter von Bedeutung einmal die monetären Bestimmungsgründe des Wachstums. Welche mone-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tären Faktoren, so sei zu fragen, wirken fördernd, welche hemmend auf das Wachstum und welche seien wachstumsneutral? Sodann sei die Frage zu berücksichtigen, von welchen Faktoren die Investitionsquote, die bei konstantem Kapitalkoeffizienten das Wachstum determiniert, ihrerseits abhängt. Aus dem Referat gehe als Antwort nur hervor, daß die Ersparnisbildung einen geringen Einfluß auf die Investitionsquote habe. Demgegenüber sei an Hand empirischer Untersuchungen erwiesen, daß die Investitionsquote in entscheidendem Maße von der Ersparnis der Nichtunternehmer (private Haushalte, Staat) abhänge. Die Investitionsquote war in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik sehr hoch, als Folge jedoch der hohen Ersparnisbildung, auch bei den Nichtunternehmern. Gerade die langfristigen Investitionen, der Wohnungsbau und die öffentlichen Investitionen, die den größten Teil der Investitionstätigkeit der vergangenen Jahre ausmachen, sind in ihrer Finanzierung angewiesen auf die freiwillige Ersparnis. In solchem Rahmen freilich komme der Frage der Preisstabilität eine große Bedeutung zu, denn ein wichtiger Bestimmungsgrund für das Sparen (besonders für die Struktur der Ersparnisbildung) sei die Veränderung bzw. die Stabilität des Preisniveaus. Es wurde allerdings eingeräumt, diese Beziehung sei reversibel, denn ebenso wie die Preisstabilität das Sparen beeinflusse das Sparen die Preisstabilität.

Ein anderes im Referat vernachlässigtes Problem sei die langfristige Tendenz des Zinses. Es sei zu fragen: Welche Wirkungen übt ein sinkender Zinssatz auf den Kapitalkoeffizienten aus? Eine Antwort auf die Frage sei, daß bei niedrigem Zins stets umfangreichere Investitionen in unterentwickelten Ländern möglich seien. In diesem Zusammenhang wurde das Problem der Zahlungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik, die Notwendigkeit zu steigendem Kapitalexport, zu verstärkter internationaler Arbeitsteilung und damit Förderung der Produktivität gestreift.

Dem Argument, daß starke Ersparnisbildung erst große Investitionen ermögliche, wurde entgegengehalten, daß die Ersparnisbildung nicht das Wachstum selbst determiniere, wohl aber dafür entscheidend sei, ob das reale Wachstum mit gleichzeitiger Inflation erkauft werden müsse oder nicht. Allerdings sei die Frage, wie der Zusammenhang zwischen realem Wachstum und Inflation sich zukünftig gestalte, wenn die Investitionschancen sich etwa verschlechtern. Dieses Problem sei jedoch nicht aktuell, da die Investitionschancen wohl auf lange Sicht gut seien. Lediglich wurde eingeräumt, daß der private Wohnungsbau, der 25 % der Gesamtinvestitionen ausmache, von freiwilliger Ersparnis finanziert werde. Doch seien aus dem Anteil von 25 % die Teile zu eliminieren, die vom Staat finanziert werden, denn der Staat spare

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

grundsätzlich nicht freiwillig. Der Referent blieb bei seiner These, daß die Ersparnisse der Nichtunternehmer keinen großen Einfluß auf die Investitionstätigkeit ausüben.

Daß das Referat die Analyse des monetären Problems vernachlässigt habe, wurde auch von anderer Seite kritisiert. Es sei im Rahmen der Modellanalyse des Wachstums zu fragen, an welcher Stelle welche monetären Variablen in das Modell einzuführen seien. Die Antwort auf diese Frage würde leicht fallen, wenn der zweite Teil des Referates aus der verbalen in die mathematische Sprache übersetzt würde. Dann würde sich etwa ergeben, daß für die Erklärung der Höhe der Investitionen in einzelnen Branchen die Variablen „Verkaufspreise" und „Einkaufspreise" heranzuziehen seien. Weiter würde sich ergeben, daß diese branchenmäßigen Abhängigkeiten der Investitionen von der Preisscherenentwicklung zu besonderen Aggregationsproblemen führen: die sektoralen Investitionsabhängigkeiten seien zu einer gesamtwirtschaftlichen Investitionsfunktion zu aggregieren. Es sei möglich, daß in dieser Sicht — auch wegen des unterschiedlichen zeitlichen Bezugs der Preisrelationen — die zeitliche Entwicklung des gesamten Preisniveaus seiner absoluten Höhe nach große Bedeutung für die Erklärung der Höhe der Investitionen erlangt und nicht nur die Verschiebungen in den Preisrelationen, wie im Referat ausgeführt wurde. Doch sei nicht nur die zeitliche Streuung des Preisniveaus wichtig, vielmehr auch die sektorale Streuung, so daß das Problem der Einbeziehung der Investitionsfunktion in die Wachstumsanalyse analog dem der Einbeziehung der Produktionsfunktion sei.

Der Gedanke, daß die sektorale Streuung des Preisniveaus für die Wachstumsanalyse von großer Bedeutung sei, wurde von anderer Seite aufgegriffen und vertieft, insbesondere wurde auf die statistische Problematik hingewiesen.

II. Probleme der Messung des Wachstums und seiner Komponeten

1. Ökonometrische Probleme

In Ergänzung der von *Menges*[2] in seinem Diskussionsbeitrag vorgebrachten Kritik an der Verwendung der Produktionsfunktionen vom *Cobb-Douglas*-Typ wurden zwei alternative Methoden vorgeschlagen:

a) Die unmittelbare Analyse von Verhältniszahlen wie Arbeitsproduktivität und Kapitalkoeffizient;

b) simultane Behandlung der Variablen der Produktionsfunktion (Produkt, Kapital, Arbeit und evtl. technischer Fortschritt).

Bombach habe sich ausdrücklich die Betrachtungsweise des Statistikers zu eigen gemacht und konsequenterweise die statistischen Re-

[2] Siehe S. 236 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lationen als Ausgangspunkt einer zweifellos sehr reichhaltigen Analyse gemacht. Nachteilig sei bei der Heranziehung dieses Verfahrens lediglich, daß die ganze Betrachtungsweise notwendig „isolierend" bleibe und daß dadurch das Problem der Interdependenz vernachlässigt werde. Auf der anderen Seite habe aber auch die simultane Behandlung der Produktionsvariablen im Rahmen von Produktionsfunktionen ihre Schwächen, besonders könne sich hier das Problem der Multikollinearität unangenehm bemerkbar machen. Es solle an Hand des vorliegenden statistischen Materials geprüft werden, ob und bis zu welchem Grad Multikollinearität vorliegt, damit festgestellt werde, ob die Einwände gegen die *Cobb-Douglas*-Funktionen oder die Einwände gegen die isolierende Betrachtungsweise (insbesondere Beschränkung auf einen der Produktionsfaktoren) schwerer wiegen.

Es wurde eingewandt, daß im Referat beide Methoden benutzt worden seien, die Berechnungen über den technischen Fortschritt beruhten ja auf einer Produktionsfunktion vom *Cobb-Douglas*-Typ; allerdings sei im Referat das Problem der Multikollinearität außer acht gelassen worden.

Von anderer Seite wurde nochmals auf die großen Schwierigkeiten bei der Heranziehung der *Cobb-Douglas*-Funktion hingewiesen und die Frage erörtert, ob mit fixen Produktionskoeffizienten, die man mit Trendfunktionen ausgeglichen hat, gearbeitet werden kann. Ein solches Vorgehen habe den Vorzug, daß das Problem der Multikollinearität umgangen werden könne. Außerdem habe es den Vorzug, daß die in der Regel zu kurzen Zeitreihen für die Bundesrepublik sich nicht störend auswirken könnten. Allerdings sei dieses Vorgehen nur bei kurz- und evtl. auch langfristigen Prognosen verwendbar, für mittelfristige Prognosen (insbesondere also Konjunkturprognosen) sei es nicht zu empfehlen.

Die Verwendung fixer Produktionskoeffizienten könne in Analogie zu den Input-Output-Modellen erfolgen. Man könne dann einmal davon ausgehen, daß die Zuwachsrate des Sozialproduktes maximiert werden soll. In diesem Fall handelt es sich um ein Planungsmodell. Oder man kann davon ausgehen, daß für eine gegebene Produktionsstruktur bei variierender Endnachfrage die Zuwachsrate des Sozialproduktes geschätzt wird. In diesem Fall handelt es sich um ein Prognosemodell.

Gegen diesen Vorschlag wurde eingewandt,

1. daß die Produktionskoeffizienten (mit Ausnahme der Arbeitskoeffizienten) zwar vielleicht nur geringfügig variieren, daß hingegen die marginalen Kapitalkoeffizienten sehr stark in der Zeit variieren;

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. daß eine Schätzung der zukünftigen Endnachfragen kaum möglich sei;
3. daß Prognose und Planung so stark miteinander verflochten seien (da gewisse große Aggregate die Tendenz haben, sich selbständig zu entwickeln und da bedeutende Staatsaufträge bewußt im Sinne des Wirtschaftswachstums eingesetzt werden), daß von einem Modellautomatismus keine sinnvollen Ergebnisse erwartet werden könnten;
4. daß die Realisierung des Vorschlags am Preisproblem scheitern müsse, da es unmöglich sei, die Verschiebungen der Preisrelationen in das Modell einzubauen.

Indessen wurde eingeräumt, daß ein Wachstumsmodell in Analogie zu den Input-Output-Modellen für kurzfristige Prognosen geeignet sei.

2. Statistische Probleme

Im Verlaufe der Verhandlungen wurden an verschiedenen Stellen statistische Probleme der Messung des Wirtschaftswachstums erörtert. Man sprach über die Messung der Arbeitsproduktivität, über die Eignung der je Kopf der Bevölkerung gerechneten Zunahme des realen Sozialproduktes als Wachstumsanzeiger, über Preisbewertungsprobleme, über Schwierigkeiten der Bestimmung eines gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus und über das Indexproblem im allgemeinen. Von zwei Themen aber kann berichtet werden, daß sie im Mittelpunkt der statistischen Diskussion standen:

1. Bestimmung der inflatorischen Lücke,
2. Konstanz der Kostenstruktur.

Sowohl die Bestimmung der inflatorischen Lücke als solcher als auch die vom Referenten versuchte Lokalisation der inflatorischen Lücke wurden kritisiert. Es gebe keine Zauberformel, die eine Lokalisation (Zuordnung der inflatorischen Lücke nach Verursachungskomponenten) erlaube. Von anderer Seite jedoch wurde der Versuch gelobt, wenn auch zugestanden wurde, daß die Lokalisierung der inflatorischen Lücke äußerst problematisch sei und nicht ungefährlich von wirtschafts- und sozialpolitischen Aspekten her gesehen.

Gegen die Bestimmung der inflatorischen Lücke als solcher wurde eingewandt, daß die Berechnung ganz und gar abhänge vom gewählten Basisjahr. Der Referent stimmte dem zu, indem er ergänzte, daß man zwar zeigen könne, wie sich die inflatorische Lücke z. B. seit 1950 entwickelt habe, doch könne man freilich nicht behaupten, daß die Konstellation von 1950 „richtig“ gewesen sei. Wie groß die inflatorische Lücke im Jahre 1950 tatsächlich war, wisse niemand. Doch könne man berechnen, um wieviel sie z. B. im Jahre 1956 größer war

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

als im Jahre 1950. In der Konstruktion der inflatorischen Lücke stecke freilich das alte statistische Scherenproblem mit all seinen schwierigen Methodenfragen.

Hinsichtlich der Frage der Konstanz der Kostenstruktur wurde von Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung berichtet. Es habe sich z. B. gezeigt, daß die Kostenstruktur in der chemischen Industrie innerhalb von 20 Jahren unverändert geblieben sei. Über relativ lange Zeiträume hinweg habe der Materialinput der Industrie 45 % des Umsatzes, der Arbeitsinput (Personalaufwand) 18 bis 19 % bzw. einschließlich der freiwilligen Sozialleistungen 22 % des Umsatzes und der Energieinput 5 bis 6 % des Umsatzes betragen. Insgesamt gesehen sei eine außerordentliche Konstanz der Input-Faktoren festgestellt worden. Man müsse sich Gedanken darüber machen, zu welchen Folgerungen für ein Prognosemodell die festgestellte Konstanz der Inputstruktur führe.

Vom Statistischen Bundesamt wurde die Richtigkeit der die Kostenstruktur betreffenden Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung jedoch in Frage gestellt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß vom nächsten Jahr an vom Statistischen Bundesamt regelmäßig und in allen Branchen Kostenstrukturerhebungen durchgeführt werden können.

5. Spezialdiskussion zum Vortrag von Professor Dr. Günter *Schmölders* (Köln):

„Das Problem einer Koordinierung von Währungs- und Finanzpolitik im Dienste eines stetigen Wirtschaftswachstums"

Vorsitzender: Professor Dr. Heinz *Haller* (Heidelberg).

Protokoll: Dozent Dr. Egon *Tuchtfeldt* (Hamburg).

Das Referat gab Anlaß zur ausgiebigen Erörterung verschiedener strittiger Punkte. Die Diskussion konzentrierte sich dabei im wesentlichen auf folgende fünf Problemkreise:

1. Koordinierung durch „fruchtbares Spannungsverhältnis"

Aus dem Kreise der Diskussionsteilnehmer wurde zunächst darauf hingewiesen, daß sich das Problem der Koordinierung von Geld- und Finanzpolitik sehr einfach durch Subordination lösen lasse, womit zahlreiche Schwierigkeiten entfielen. Der Notenbankpräsident könne, wie das englische Beispiel zeige, dem Finanzminister unterstellt werden, ohne zum Befehlsempfänger abzusinken. Der Referent hielt dem-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gegenüber die Diskussion zwischen gleichberechtigten Instanzen für besser geeignet, um Spannungsverhältnisse deutlich zu machen und in Kompromißlösungen fruchtbar werden zu lassen. Eine spannungsfreie Beziehung würde dagegen Fehlentwicklungen Tür und Tor öffnen. Auch lasse sich das englische Beispiel aus soziologischen Gründen nicht verallgemeinern.

Einige Diskussionsteilnehmer wandten sich sodann gegen den vom Referenten benutzten Begriff des „fruchtbaren Spannungsverhältnisses". So wurde bezweifelt, ob Spannungsverhältnisse in der Politik überhaupt fruchtbar sein können, da sie doch ihrem Wesen nach unstetig sind, sich häufig vergrößern und gelegentlich unerträglich werden. Der Referent interpretierte demgegenüber den Begriff des Spannungsverhältnisses als ein fruchtbares Nebeneinander auf der Grundlage sachlicher Gleichberechtigung beider Instanzen, die auch institutionell gesichert sein müsse (durch regelmäßige gemeinsame Zusammenkünfte, Mitspracherecht usw.). Wichtig erschien ihm dabei vor allem, daß beide Pole — sowohl die Geld- als auch die Finanzpolitik — unter Strom gehalten werden. Zu diesem Zwecke käme es besonders auf die Wiederbelebung der Geldpolitik an. Insgesamt sei aber die Koordinierung von Geld- und Finanzpolitik eine Aufgabe, die noch der Lösung harre.

Im gleichen Zusammenhang wurde weiter über Möglichkeiten und Grenzen der Analogie diskutiert. Man war sich darüber einig, daß die Übernahme von Begriffen aus anderen Lebensbereichen zu bedenklichen Fehldeutungen führen könne und daher nur mit Vorsicht erfolgen dürfe. Gegenüber dem Versuch eines Diskussionsteilnehmers, den Begriff des Spannungsverhältnisses im Sinne der Ehepsychologie auszulegen, betonte der Referent, daß er das elektrische Spannungsverhältnis gemeint habe. Um aber weiteren analogiebedingten Mißverständnissen vorzubeugen, sei er bereit, den Begriff des Spannungsverhältnisses zurückzuziehen.

2. *Zielkonflikte*

Nach der Klärung dieser Vorfragen wandte sich die Diskussion der eigentlichen Sachproblematik zu. Die Koordinierung von Geld- und Finanzpolitik steht bereits auf der Zielebene vor erheblichen Schwierigkeiten. Mehrere Diskussionsbeiträge beschäftigten sich demzufolge mit der Gefahr von Zielkonflikten (= gegensätzliche Meinungs- und Willensbildung der Entscheidungsinstanzen).

Das Parlament debattiert oft über die Mittel, obwohl die Ziele noch unklar sind. Hinzu kommt, daß Ziele in der politischen Realität Mittelcharakter besitzen können und umgekehrt — ein Problem, das sich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht nur in der Geld- und Finanzpolitik, sondern in allen Bereichen der Politik stellt.

Hervorgehoben wurde ferner die unterschiedliche Anschaulichkeit der Ziele. Während die Währungsstabilität wegen ihrer Evidenz für alle Staatsbürger ein durchaus plausibles Ziel darstellt, ist das stetige Wachstum noch unanschaulich. Die Diskussionsteilnehmer waren sich darüber einig, daß der Wissenschaft die eminent wichtige Aufgabe gestellt sei, die Öffentlichkeit von der großen Bedeutung der Zielsetzung „stetiges Wachstum" zu überzeugen.

In diesem Zusammenhang erhob sich die Frage, ob und inwieweit Zielkonflikte in die breitere Öffentlichkeit getragen werden sollten. Ein Diskussionsteilnehmer vertrat die Ansicht, daß sich der Notenbankpräsident und der Finanzminister in entscheidenden Fällen unmittelbar an die Öffentlichkeit wenden könnten (evtl. bis zur Rücktrittsdrohung). Demgegenüber betonte der Referent, daß die öffentliche Meinung zwar eine wertvolle Stütze sein könne, aber die Flucht in die Öffentlichkeit doch sehr gefährlich sei. Insbesondere würde die Autorität erschüttert, wenn dieser Weg zu oft beschritten würde. Der Appell an die Öffentlichkeit dürfe daher nur als ultima ratio angesehen werden. Im übrigen sei schon aus soziologischen Gründen eine Rücktrittsdrohung heute sehr viel schwieriger als in früheren Zeiten, als ein Politiker sich noch auf sein Landgut zurückziehen konnte.

3. *Mittelkonflikte*

Einen weiteren Problemkreis bei der Koordinierung von Geld- und Finanzpolitik stellen die Mittelkonflikte dar (= gegenläufige Wirkungen der getroffenen Maßnahmen).

In der Diskussion wurde hierzu besonders die Lageabhängigkeit des Mitteleinsatzes hervorgehoben. So kann die mangelnde Berücksichtigung der verschiedenen Beschäftigungsgrade und ihrer Auswirkungen auf Gewinnerwartungen und Investitionsentscheidungen der Unternehmer leicht zu Mittelkonflikten zwischen Geld- und Finanzpolitik führen. Die Aufmerksamkeit muß hier daher stärker als bisher die kurz- und langfristigen betriebswirtschaftlichen Reaktionen in Rechnung stellen. Ebenso bedarf es der Klärung, welche Entwicklung als normales Wachstum anzusehen ist und welche nicht mehr.

In diesem Zusammenhang meldete ein Diskussionsteilnehmer starke Bedenken gegen den Überraschungseffekt an und stellte die Frage, ob solche Effekte sich nicht in Fehldispositionen bei den Unternehmern niederschlagen und damit letztlich sogar wachstumshemmend wirken können. Diese Meinung fand jedoch keine allgemeine Billigung. Der Referent legte noch einmal seine diesbezüglichen Ansichten hinsichtlich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Vorteilhaftigkeit von Überraschungseffekten bei der Geldpolitik dar (Datensetzungen können von den Wirtschaftssubjekten einerseits nicht ex ante umgangen, andererseits aber ex post durchaus „verkraftet" werden). Ein anderer Diskussionsteilnehmer wies darauf hin, daß Überraschungseffekte nicht notwendig auf die Geldpolitik beschränkt seien, wie die historischen Erfahrungen gezeigt haben. So kann beispielsweise in Großbritannien auch die Finanzpolitik mit Überraschungseffekten arbeiten (Bekanntgabe von Steuersatzänderungen durch den Schatzkanzler).

Bei der Erörterung dieser Fragen zeigte sich darüber hinaus deutlich die Notwendigkeit, auch die Finanzpolitik mit größerer Flexibilität auszustatten, um die heutigen Schwierigkeiten bei der Koordinierung von schnell entscheidender Geldpolitik und langsam entscheidender Finanzpolitik zu überwinden. Die Wissenschaft hat zur Verbesserung der finanzpolitischen Flexibilität bereits eine Reihe von Methoden ausgearbeitet (Schattenbudgets, Ermächtigung der Regierung, im Bedarfsfalle Zu- und Abschläge bei den Steuersätzen vorzunehmen usw.) Die Problematik liegt hier jedoch nicht so sehr in den Methoden als vielmehr in der dazu erforderlichen Souveränitätseinschränkung des Parlamentes, die bei den Abgeordneten noch kaum auf Verständnis trifft, obwohl sich die Antinomie zwischen flexibler Steuerpolitik und parlamentarischer Zuständigkeit durch Kompromißlösungen überbrücken läßt. Während die Entscheidungen über die Ziele selbst, ihre Rangordnung und die Bedingungen der Zielerreichung echte politische Fragen sind und daher dem Parlament vorbehalten bleiben müssen, sind die Entscheidungen über den Mitteleinsatz in den meisten Fällen sachlogische Fragen, die aus dem parlamentarischen Raum herausgenommen werden können. Aufgabe der Wissenschaft ist es, der Öffentlichkeit die Gründe für eine größere Flexibilität der Finanzpolitik klar zu machen, um so eine diesbezügliche Attitüdenänderung herbeizuführen (Steuerpädagogik).

4. Das Informationsproblem

Sehr breiten Raum nahm sodann die Diskussion der Schwierigkeiten ein, die der Koordinierung von Geld- und Finanzpolitik in der Praxis aus mangelnder Information erwachsen. Übereinstimmung herrschte darüber, daß hier eine der Hauptursachen für Ziel- und Mittelkonflikte liegt, da fehlende Informationsmöglichkeiten die erforderliche Sachkenntnis geradezu ausschließen.

Einige Diskussionsteilnehmer ließen es sich angelegen sein, die Parlamentsabgeordneten gegenüber dem Vorwurf mangelnden Sachverstandes in Schutz zu nehmen. Mehrere Male fiel der Satz „Abgeordnete sind auch Menschen". Die eingehende Erörterung dieses Fragen-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kreises ergab die Notwendigkeit, das Zustandekommen und die Modalitäten politischer Willensbildung stärker als bisher zu berücksichtigen. Dabei kristallisierten sich eine pessimistische und eine optimistische Ansicht heraus.

Die erstere stützte sich vor allem auf die Faktoren, die für die personelle Zusammensetzung des Parlamentes verantwortlich sind (wie Wahl- und Konfessionsarithmetik, Interessenteneinflüsse usw.) Daneben wurde auch die Ideologisierung wirtschaftspolitischer Probleme hervorgehoben (z. B. durch das Schlagwort von der „sozialen Gerechtigkeit"). Parteipolitische Überzeugungen wiegen nur allzu oft schwerer als sachliche Informationen. Alle diese Faktoren hätten in ihrem Zusammenwirken dazu geführt, daß die Autorität des Parlamentes einen sinkenden Trend aufweise.

Diese pessimistische Sicht stieß jedoch auf heftigen Widerspruch. Einige Diskussionsteilnehmer verwahrten sich dagegen, das Parlament als reinen „Interessentenhaufen" anzusehen, und vertraten statt dessen die These, daß gerade das demokratische System auf die Dauer zu rationaleren Entscheidungen führe, weil sich die Vernunft langsam aber sicher durchsetze. Hervorgehoben wurde dabei insbesondere die Tatsache, daß sich die politische Willensbildung über Eliten vollziehe, nämlich

1. die Ministerialbürokratie, deren Angehörigen der Sachverstand wohl kaum abgesprochen werden könne;
2. die jeweiligen Experten der Parteien, die sich allerdings nicht immer innerhalb ihrer Fraktion durchsetzen können;
3. die eigentlichen politischen Führer, die neben der Sachproblematik auch die Rationalität des Wahlkampfes im Auge haben.

Die Entscheidungen ergeben sich aus dem Zusammenwirken dieser drei Eliten, die auch in sich noch wieder geschichtet sind. Summa summarum kann aber mit Recht davon gesprochen werden, daß es sich um überdurchschnittlich gut informierte Gruppen handelt (im Vergleich zu anderen soziologischen Gruppen).

Als echtes Problem wurde in diesem Zusammenhang die ungeheure Komplizierung der Sachfragen und die damit nicht Schritt haltende Information erkannt. Die Beschaffung von einschlägigen Unterlagen (Gesetzes- und Verordnungstexte, Statistiken usw.) ist auch für den Information suchenden Abgeordneten oft sehr schwierig. Daß hier Abhilfe möglich ist, zeigt das Beispiel USA. So verfügt das amerikanische Parlament im Legislative Reference Service, der mit der Library of Congress verbunden ist, über einen Stab von rd. 200 qualifizierten Sacharbeitern, die pro Tag Dutzende bis Hunderte telefonische Anfragen der Abgeordneten beantworten und jede gewünschte Fachliteratur in kürzester Zeit herbeischaffen. In Westdeutschland

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

könnte man diesem Beispiel folgen, doch fehlt es an der Spitze für diesbezügliches Verständnis, obwohl die Bundestagsabgeordneten sehr daran interessiert sind. Im gleichen Zusammenhang verwies der Referent auf die bisher nur unzureichend gelöste Frage der Zulassung von Volkswirten zur höheren Verwaltungslaufbahn, wodurch der wirtschaftspolitische Sachverstand der Ministerialdemokratie noch verbessert werden könnte.

5. Lösung der Koordinierungsprobleme durch Formeln

Da der Sachverstand der Notenbankleitung sehr viel größer ist als derjenige des Parlamentes, stellt die zureichende Information der Abgeordneten ein zentrales Problem für die Koordinierung von Geld- und Finanzpolitik dar. So war es kein Wunder, daß die vom Referenten vorgeschlagene Lösung dieser Frage, nämlich die Aufstellung von Formeln, an denen sich die politischen Instanzen bei ihren Entscheidungen orientieren können, einen weiteren Kernpunkt der Diskussion bildete. Auch hier waren die Ansichten unterschiedlich.

Von mehreren Seiten wurde die Problematik solcher Formeln hervorgehoben, vor allem in Hinblick auf die Differenziertheit und Kompliziertheit der konkreten Fragen, die im jeweiligen Einzelfall zu lösen sind. Wieviel Prozent darf beispielsweise die Arbeitslosigkeit betragen? Und läßt sich hierfür überhaupt eine generelle Formel finden? Andererseits ist es offenkundig, daß die entsprechenden Formeln früherer Zeiten, die teilweise noch heute angewendet werden, ihrer geistigen Herkunft nach Erbgut des klassischen Liberalismus darstellen und unter den veränderten Bedingungen der Gegenwart weitgehend unfruchtbar geworden sind (in der Finanzpolitik z. B. der Grundsatz des Budgetausgleiches oder das Postulat der Schuldenaufnahme nur für werbende Zwecke und in der Geldpolitik die Dritteldeckung).

Der Referent betonte demgegenüber (in Übereinstimmung mit einigen weiteren Diskussionsteilnehmern), daß sich das Denken der meisten Menschen ohnehin an politischen Formeln und Schlagworten orientiere. Da die alten Formeln nicht mehr genügen, müßten neue gefunden werden. Ungeachtet aller Schwierigkeiten sei es Aufgabe der Wissenschaft, bessere und leistungsfähigere Formeln zu entwickeln. Mit Nachdruck setzte er sich dafür ein, daß diese Formeln prägnant und plausibel sein müssen, um meinungsbildend wirken zu können. Die wissenschaftliche Forschung dürfe sich nicht in der Analyse von Instrumenten erschöpfen, sondern müsse darüber hinaus beratend an der Gestaltung der Realität mitwirken. Nur so könne an die Stelle des in der Praxis üblichen Denkens in zu kurzen Kausalketten die langfristige Orientierung treten, die zur Sicherung eines stetigen Wirtschaftswachstums unabdingbar sei.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schlußveranstaltung

Vorsitz: Professor Dr. Erwin *von Beckerath* (Bonn)

Vorsitzender Prof. Dr. Erwin *von Beckerath* (Bonn):

Meine sehr verehrten Anwesenden! Wir kommen jetzt zu dem letzten Teil unserer diesjährigen Veranstaltung, zu dem vielleicht wichtigsten Teil einer Zusammenfassung unserer Ergebnisse. Wie ich höre, ist in den Sonderdiskussionen sehr heftig gestritten worden, und ich glaube deshalb, daß wir interessanten Ergebnissen entgegensehen werden. Diese letzte Veranstaltung steht ja nicht nur im Zeichen des berühmten Titels eines Shakespeareschen Lustspiels, „Ende gut, alles gut", viel mehr hat den Sinn dieser Veranstaltung unser Herr Vorsitzender in seinen einleitenden Bemerkungen sehr schön charakterisiert, indem er von einer Synopsis gesprochen hat, einer Synopsis, die nun nicht nur die gehaltenen Referate gleichsam in Abbreviaturen repetiert, sondern die vielmehr die Referate und die reichlich daran geübte Kritik auf einer höheren Ebene zusammenfaßt, so daß wir es wirklich mit einer Überschau sämtlicher Ergebnisse dieser arbeitsreichen Tagung zu tun haben werden.

Schlußwort des Referenten Prof. Dr. Günter *Schmölders* (Köln):

Meine Damen und Herren! Die Voraussage „Nahkampf" war nicht falsch gewählt. Wir haben in der Spezialdiskussion uns außerordentlich lebhaft unterhalten, und wenn von Konflikten, von Zielkonflikten und Mittelkonflikten, die Rede war, so war es auch nicht weit davon, daß sich in unserer Aussprache gewisse Gegensätzlichkeiten ergeben hätten. Immerhin glaube ich, daß wir durch diese Aussprache der Klärung der Probleme, die heute morgen offen bleiben mußten, doch um einen beträchtlichen Schritt nähergekommen sind.

Wir haben uns vor allem etwas um die irreführende Wirkung von Analogien gestritten. Ich bekenne offen, daß ich das Wort „fruchtbares Spannungsverhältnis" hiermit zurückziehe. Es ist ohnehin nicht sehr günstig gewesen, und es hat sich gezeigt, daß bei einigen der Teilnehmern nicht die elektrotechnische Analogie zur elektrischen Spannung, mit deren Hilfe man sehr fruchtbare Leistungen vollbringen kann, sondern daß mehr die Analogie zu ehelichen Spannungen gezündet hat, die dann ja gerade eben nicht fruchtbar zu werden pflegen. Wie gefährlich die Anwendungen von Analogien aus anderen Wissenschaften ist, zeigt aber wohl auch das Wort „Wachstum" selbst. Sie wissen alle, daß das Wort „Wachstum" an sich eine Analogie aus der Biologie darstellt, und es ist ja von einem der Diskussionsredner

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zum Referat *Paulsen* auch so aufgefaßt worden: Wachstum ist etwas, was sich von selbst vollzieht; was soll denn dann die Finanzpolitik und die Geldpolitik daran machen? Sie soll es nur nicht stören, sie soll es nicht hemmen, und sie soll es nicht in eine falsche Richtung lenken. Aber es ist nicht etwa so zu denken, daß das Wachstum gewisser Impulse der Finanz- und Geldpolitik bedürfte. — Sie sehen, hier kommen wir über die biologische Analogie zu genau denselben Mißverständnissen wie über die elektrotechnische, die vorzubringen ich mir erlaubt habe. So darf ich als Ergebnis der Diskussion einen Zweifel an der Güte der Analogien aus anderen Lebensbereichen überhaupt anmelden.

Aus meinem eigenen Referat haben wir in der Spezialdiskussion noch vertieft den Gegensatz zwischen Zielkonflikten und Mittelkonflikten. Wir sind darüber belehrt worden, daß es derartige Mittelkonflikte auch noch in der weiteren Verlängerung, in der betriebswirtschaftlichen Ebene geben kann, in der wohlgemeinte gleichgerichtete Maßnahmen der Finanzpolitik einerseits, der Geld- und Kreditpolitik andererseits je nach den Gewinnerwartungen und der Liquiditätssituation der Unternehmungen unter Umständen gegenläufige Wirkungen erzeugen. Da ist eine, wie ich glaube, sehr starke Unterstreichung meines grundsätzlichen Gedankens, daß die Konflikte, sowohl Zielkonflikte wie Mittelkonflikte, den Koordinierungsmöglichkeiten enge Grenzen setzen. Andererseits haben wir uns darüber geeinigt, daß das Idealbild von dem Parlament, das nur über die Ziele entscheidet und die Wahl der Mittel dann gläubig dem Sachverstand derjenigen überläßt, die über die bessere Sachlogik verfügen, schon darum nie zutreffen kann, weil Ziele, die wir als Ziele ansehen möchten, in der Politik sehr häufig Mittel sind. Hier sind Ziele Mittel, Mittel zum Ziel, vielleicht zu einem politischen Ziel. Andererseits sind gelegentlich für einzelne Interessentengruppen Mittel selbst das Ziel, das sie anstreben. Wir kommen hier mit der einfachen Teilung der Willensbildung, die wir dem Parlament überlassen, und der Mittelauswahl, die dann die Experten treffen können, nicht weiter.

Andererseits scheint mir die Folgerung aus unserer Diskussion die zu sein, daß uns hier auf dem Gebiet, das wir heute behandelt haben, unserer Wissenschaft, der Nationalökonomie, eine echte Aufgabe gestellt ist. Während nämlich das Ziel „Währungsstabilität" ein durchaus anschauliches Ziel ist, ein plausibles Ziel, ein Ziel, dem sich auch die öffentliche Meinung — was immer man darunter verstehen will — unterordnen und beigesellen wird, ist das Ziel „stetiges Wirtschaftswachstum" zunächst noch nicht definiert. Es ist zu definieren durch die wissenschaftlichen Bemühungen, wie wir sie in reichem Maße auf dieser Tagung kennengelernt haben. Mir scheint sicher — und ich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wurde von einigen der Anwesenden darin bestätigt —, daß wir uns nicht zu vornehm dünken dürfen, um am Schluß bei der Darstellung der Ziele und der Mittel, beispielsweise des Ziels „stetiges Wirtschaftswachstum" und der genauen Definition dessen, was darunter verstanden werden soll, Formulierungen und meinetwegen auch stereotype Formeln zu finden, die so anschaulich und so plausibel sind, daß sie bis zu dem Denken des einzelnen Menschen — und auch die Abgeordneten sind ja Menschen —, bis zum Denken des einzelnen Abgeordneten hin verständlich und klar sind.

Ich hatte in meinem Vortrag heute morgen erwähnt, daß es derartige Formeln gibt, daß wir zur Zeit auf dem Gebiet der Finanzpolitik die Formeln „ausgeglichener Haushaltsplan", „werbende Zwecke für Kreditaufnahme", „Extraordinarium" und „Ordinarium" haben, sicherlich einprägsame, verständliche und plausible Formulierungen, aber Formulierungen aus einer anderen Zeit, aus einer anderen Welt, nicht zuletzt aus einer anderen Währungssituation. Daß es schon bis hier gelungen sein könnte, an Stelle dieser einprägsamen, schlagkräftigen Formeln, die den Abgeordneten einleuchten, ebenso einleuchtende, ebenso einprägsame, ebenso schlagkräftige Formulierungen für das zu ermitteln, was uns bei der Zielsetzung „stetiges Wirtschaftswachstum" vorschwebt, kann ich nicht finden. Hier bleibt eine Aufgabe, die zu leisten ist: bessere Formeln an die Stelle der alten zu setzen. Solange wir keine besseren haben, ziehe ich es vor, mit den alten unter entsprechender Modifikation ihrer Auslegung und Anwendung zu arbeiten, anstatt das absolute Chaos regieren zu lassen.

Auch zu dem Thema, wie dem Koordinierungsproblem praktisch Rechnung getragen werden könnte, haben wir in der Spezialdiskussion Stellung genommen. Wir haben festgestellt, daß eine institutionelle Koordinierung zwischen Finanz- und Geldpolitik besteht, daß die Bestimmungen, die im Bundesbankgesetz die Teilnahme des Finanzministers und des Wirtschaftsministers an den Verhandlungen des Zentralbankrates vorsehen, zwar geltendes Recht sind, daß sie aber dem einen nicht weit genug gehen, dem anderen schon in die Nähe der Subordination statt der Koordination zu führen scheinen. Wir haben gesehen, daß man mit der institutionellen Koordinierung oder sogar Subordinierung wenig Materielles ausrichtet, solange wie etwa in Großbritannien die Macht einer uralten, gefestigten Tradition und die geheiligten gegenseitigen Beziehungen der Geschäftsbanken zur Notenbank selbst bei vollkommener Verstaatlichung dieser Notenbanken von einer absoluten Subordination abhalten. Wir haben aber weiter gesehen, daß in der Finanzpolitik eine ähnliche Problematik soziologischer Art vorliegt. Hier, muß ich gestehen, wäre ich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gern im Vortrag näher auf das eingegangen, was mir in der Diskussion von Herrn *von Beckerath* dazu gesagt worden ist. Selbstverständlich vollzieht sich die Willensbildung im Parlament nicht in einem amorphen Zustandekommen von Meinungen, sondern über die Elitenbildung, über die Fraktionen, über die Führungsleistung prestigebegabter Persönlichkeiten, Führerpersönlichkeiten. Zweifellos gehört dieser soziologische Ausblick durchaus ebenso zu dem Bild, das wir uns von der Meinungs- und Willensbildung in der Finanzpolitik machen müssen, wie der sozialpsychologische Ausblick, auf den ich mich beschränkt hatte.

Wir haben in dieser Spezialdiskussion sehr viel Abrundendes, Ergänzendes, Aufklärendes und Mißverständnisse Ausräumendes gehört. Wir haben aber darüber hinaus — und das ist wohl ein besonders fruchtbarer Abschluß, mindestens für diesen Teil unserer Tagung — Verbindungslinien zu den in den anderen Referaten und Generaldiskussionen erarbeiteten Beziehungen aufgezeigt. Wir haben beispielsweise die Vorstellung, die uns Herr Kollege *Paulsen* in seinem Einleitungsreferat vermittelt hatte, daß sehr häufig die Nichtbeachtung des stetigen Wirtschaftswachstums durch die Wirtschaftspolitik auf nichts anderes hinauslaufe als auf die Anwendung zu kurzer Kausalketten, bestätigt gefunden in Spannungsverhältnissen oder Auseinandersetzungen zwischen Geld- und Finanzpolitik. Wenn die Kausalkette, in der der Finanzminister zur Erfüllung eines vielleicht kurzfristigen politischen Ziels Ansprüche an die Notenbank zu stellen glaubt, zu kurz ist, dann gefährdet er durch ein solches Denken in zu kurzen Kausalketten eben das Ziel einer Währungsstabilität und das Ziel des stetigen Wirtschaftswachstums, so daß wir für die Wichtigkeit der Aufgabe, die wir der Wissenschaft stellen zu müssen glaubten, schlagkräftige Formeln herauszuarbeiten, Formulierungen, an denen sich das Denken in längeren Kausalketten orientieren kann, schon auf dieser Tagung einen gewissen Beweis gefunden haben.

Zum Schluß hat Herr *von Beckerath* in unserer Spezialdiskussion darauf hingewiesen, daß Demokratie ja nichts anderes sei als der Glaube an und die Mitwirkung bei der allmählichen Durchsetzung rationaler Maßstäbe und rationaler Sachlogik in den Entscheidungen der politischen Instanzen. In diesem Sinne kann man unsere ganze Tagung wohl als einen Beitrag zu der so verstandenen Demokratie auffassen und, zumindest was die Koordinierung von Geld- und Finanzpolitik angeht, als einen wirklichen Fortschritt unserer Erkenntnisse.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorsitz: Professor Dr. Erwin *von Beckerath* (Bonn).

Herr Kollege *Schmölders*, ich danke Ihnen für diese ausgezeichnete Zusammenschau, die tatsächlich nicht nur Ihren Vortrag, sondern auch die gesamte Kritik widerspiegelte.

Schlußwort des Referenten Prof. Dr. Gottfried *Bombach* (Basel):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! In der Spezialdiskussion zu meinem Referat über die quantitativen und monetären Aspekte des Wirtschaftswachstums sind teils grundsätzliche Fragen, teils rein statistisch-technische Probleme erörtert worden. Während bei der Diskussion der grundsätzlichen Fragen eigentlich beinahe alles offen geblieben ist, sind kontroverse Dinge im Bereich des Statistisch-Technischen zu einem guten Teil geklärt worden. Einige der gröbsten Mißverständnisse konnten beseitigt werden. Ich selbst habe dabei einige wertvolle Anregungen für mögliche Verbesserungen bekommen.

Mein Referat lautete „Quantitative und monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums" und nicht „... des *stetigen* Wirtschaftswachstums". Dennoch mußte beinahe zwangsläufig irgendwann einmal die Frage auftauchen, was denn stetiges Wachstum eigentlich sei. Wir stehen dabei vor ähnlichen Schwierigkeiten wie etwa bei der Frage, bei welchem Preisanstieg von Inflation zu sprechen oder welcher Grad von Arbeitslosigkeit als normal und wünschenswert anzusehen ist. Bevor wir über die Stetigkeit selbst sprechen, ist m. E. eine Auseinandersetzung mit der mehr grundsätzlichen Frage erforderlich, was wichtiger ist: die Höhe der Zuwachsrate selbst oder die Stetigkeit der Zuwachsrate. In anderem Zusammenhang ist darüber diskutiert worden, ob es um ein Wachstum um jeden Preis oder um ein optimales Wachstum gehe. Ebenso gut kann man nun fragen: Was ist wichtiger, rasches Wachstum oder stetiges Wachstum? Wobei natürlich vorausgesetzt wird, daß es eine solche Alternative überhaupt gibt. Noch konkreter würde unsere Frage lauten: Welcher Situation sollte der Vorzug gegeben werden, einem Wachstum von im Trend 3 vH jährlich mit konjunkturellen Schwankungen oder einem Wachstum von 2 vH jährlich, das stetig verläuft? Diese Fragen haben im Raum gestanden, aber wir haben uns letztlich nicht zu einer Antwort durchringen können. Das war auch nicht der Sinn dieser Spezialdiskussion, die ja, bedingt durch die Themastellung, mehr zu den technischen Details führen mußte.

Der Versuch der Messung des technischen Fortschritts stammt nicht von mir, sondern ist von *Solow* entwickelt worden und bedeutet im Grunde nur eine Umwandlung der bekannten *Cobb-Douglas*-Funktion.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Solche Messungen werden, wie ich gestern bereits bemerkte, auch in andern Ländern versucht, so z. B. in den skandinavischen. Es war mir klar, daß das angewandte ökonometrische Verfahren Widerspruch hervorrufen würde. Es ist die These vertreten worden, daß jegliche Messung des technischen Fortschrittes unmöglich sei. Der technische Fortschritt sei etwas, was uns als Geschenk zufalle. Oder er sei eine notwendige Begleiterscheinung der Substitution, und der Versuch einer Aufspaltung sei von vornherein verfehlt. Ich kann Herrn *Gleitze* nur zustimmen, wenn er betonte, daß die von mir vorgelegten Ergebnisse nichts weiter sein können als die Illustration bestimmter Gedankengänge. Der technische Fortschritt spielt in der Wachstumstheorie eine so bedeutende Rolle, daß wir alles daran setzen müssen, ihn irgendwie in den Griff zu bekommen. Grobe Verfahren erscheinen mir besser geeignet als überverfeinerte. Natürlich dürfen die Ergebnisse nicht so interpretiert werden, daß bewiesen worden sei, der technische Fortschritt habe in einem bestimmten Zeitabschnitt, sagen wir, genau 50,8 vH betragen. Herr *Gleitze* hat die Warnung ausgesprochen, daß Zahlen, die man in die Welt setzt, oft Beine bekommen und davonlaufen, und daß man sie dann eines Tages selbst nicht mehr einholen kann.

Mit der Diskussion der Messung des technischen Fortschritts mußte wohl zwangsläufig auch das Problem der Prognose der langfristigen Entwicklung des Sozialproduktes angeschnitten werden. Welche Wege sollten bei langfristigen Prognosen beschritten werden? Soll man sie überhaupt wagen? Sollen wir uns auf die Prognose umfassender Aggregate beschränken, oder sollen wir versuchen, bis zu Branchenprognosen vorzudringen? In bezug auf Branchenprognosen waren die Ansichten teils optimistisch, teils sehr pessimistisch. Ich habe die Meinung vertreten — und hierin hat mich insbesondere Herr *Krelle* unterstützt —, daß wir für langfristige Prognosen möglichst einfache Modelle brauchen. Ich halte es für unmöglich, für das Jahr 1970 die Endnachfrage in ihrer genauen Zusammensetzung oder technische Koeffizienten im Detail zu prognostizieren. Mit einem Blick auf die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung und die geschätzte Entwicklung des Realeinkommens läßt sich sagen, welche Größenordnung die Konsumnachfrage in ihrer Gesamtheit in 20 oder 30 Jahren erreichen wird. Darüber hinaus läßt sich sicher noch einiges über größere Untergruppen (Wohnungsbau usw.) ermitteln. Aber wir können wohl kaum jemals bis zu einzelnen Bereichen oder Produkten vordringen. Projektionen, die sich auf die heute beobachteten Nachfrageelastizitäten stützen, sind sehr gefährlich.

In meinem Referat sind zwei Ansatzpunkte für langfristige Prognosen aufgezeigt worden: zukünftige Realkapitalbildung und Kapital-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

produktivität oder geschätzte Entwicklung des Arbeitspotentials und der Arbeitsproduktivität. Ein Mitarbeiter des IfO-Instituts (München) warf die Frage auf, ob man nicht einen entscheidenden Schritt weitergehen und von den isolierenden Betrachtungsweisen, deren Schwächen ich selbst beschrieben hatte, wieder zur makroökonomischen Produktionsfunktion zurückkehren und versuchen sollte, die Entwicklung des Sozialproduktes aus dem Zusammenwirken beider Produktionsfaktoren zu erklären und so zu prognostizieren. Natürlich werden damit sofort wieder die bekannten Einwendungen gegen die makroökonomische Produktionsfunktion auf den Plan gerufen. Ich bin der Ansicht, daß bei einer sich auf solche Funktionen stützenden Prognose Aufspaltungen der großen Aggregate unerläßlich sind. Auch in der Produktionsfunktion vom *Cobb-Douglas*-Typ steckt der Kapitalkoeffizient verborgen, von dem ich gezeigt hatte, in welch hohem Grade er ein unechter Durchschnitt ist und welche ernsten Aggregationsprobleme sich hinter ihm verbergen. Aufspaltung in Teilaggregate aber bedeutet, daß bestimmte strukturelle Änderungen mitprognostiziert werden müssen.

Im Zusammenhang mit den Branchenprognosen möchte ich auf eine besondere Gefahr hinweisen, die heute doch gegeben zu sein scheint. Natürlich müssen sich die einzelnen Wirtschaftszweige Gedanken über die langfristigen Absatzchancen ihrer Erzeugnisse machen, um ihre Investitionen, Rohstoffkäufe usw. entsprechend zu planen. Wie wird bei solchen Schätzungen vorgegangen? Ein oft angewandtes Verfahren besteht — insbesonere bei wichtigen Rohmaterialien, Halbfabrikaten und Kraftstoffen — darin, mit Hilfe der Regressionsanalyse nach einem Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Sozialproduktes und dem Absatz eines bestimmten Erzeugnisses in der Vergangenheit zu suchen. Im allgemeinen werden dabei immer recht hohe Korrelationen festgestellt. Die Prognosen stützen sich dann auf die Annahme, daß der in der Vergangenheit beobachtete Zusammenhang auch in der Zukunft fortbestehen werde, wobei natürlich auch weitere wichtige Faktoren (Bevölkerungsentwicklung) in Betracht gezogen werden können. Gegen dieses Verfahren ist nichts einzuwenden, aber es kann nur funktionieren, wenn fundierte Vorausschätzungen für das Sozialprodukt selbst verfügbar sind. Diese können die volkswirtschaftlichen Abteilungen der Branchen nicht selbst erstellen. Sie sind auf Schätzungen angewiesen, die in einigen Ländern vielleicht von amtlichen oder halbamtlichen Stellen durchgeführt und publiziert werden. In andern Ländern ist man auf Prognosen privater Forschungsinstitute angewiesen, und in wieder andern Ländern schließlich fehlt jeglicher Anhaltspunkt. Oft wird dankbar jede Zahl akzeptiert, die ein Mutiger zu publizieren wagt. Man kennt nicht oder übersieht bewußt die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kühnen Annahmen, auf denen eben jene Schätzung beruht. Von dem Vermerk in der Fußnote „Vorsicht, rohe Schätzung!“ verschwindet beim ersten Zitieren das Wort „Vorsicht“, beim Zitieren aus zweiter Hand das Wörtchen „roh“, und bald wird aus der auf schwachen Füßen ruhenden kühnen Schätzung eine wohlfundierte Prognose. Das entscheidende aber kommt noch. Eine Abschätzung der Entwicklung des realen Sozialproduktes ist unmöglich ohne eine Kenntnis der Entwicklungsmöglichkeiten bestimmter Branchen (Energieerzeugung, Kohleförderung, Stahlproduktion, landwirtschaftliche Erzeugung). Makro- und Mikroprognosen sind also eng miteinander verbunden. Branchenprognosen stützen sich auf Totalprognosen, und Totalprognosen setzen Branchenprognosen voraus. Was soll am Anfang stehen? Wir befinden uns hier in der Tat in einem merkwürdigen Zirkel. Noch ist es vielfach so, daß jeder hilfesuchend auf den andern blickt und allen ein Stein vom Herzen fällt, wenn einer erst einmal den Anfang mit einer Prognose gewagt hat.

In der Diskussion ist dann das am Vortage schon angeschnittene Problem nochmals aufgegriffen worden, wer denn in unserer heutigen Volkswirtschaft eigentlich über die Wachstumsrate entscheidet. Zwei Fragen sind zu beantworten: 1. wer soll sie in der Marktwirtschaft bestimmen? und 2. wer bestimmt sie heute *de facto*? Mich mit der Frage auseinanderzusetzen, wer sie bestimmen soll, war nicht meine Aufgabe. Dagegen war ich in meinem Referat bestrebt zu zeigen, wodurch die Zuwachsraten heute tatsächlich bestimmt werden, oder vielleicht besser: wodurch sie nicht bestimmt werden. Meine These lautete, daß es heute nicht die Sparentscheide der einzelnen Wirtschaftssubjekte sind, die über das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung entscheiden. Hiergegen wurde der Einwand erhoben, daß die Behauptung nur zum Teil berechtigt sei, weil heute doch auf weiten Gebieten eine unmittelbare Verbindung zwischen Ersparnisbildung und Investition bestehe, und zwar vor allem auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, der sich in erheblichem Umfange direkt aus privaten Ersparnissen heraus vollziehe. Ich vermag im Augenblick nicht zu sagen, welcher Teil der Gesamtinvestition unmittelbar durch Geldersparnisse determiniert ist. Das ist sicher auch gar nicht statistisch feststellbar. Aber selbst wenn es sich um bedeutende Größenordnungen handelt, bleibt mein Argument bestehen. Solange es in bedeutendem Umfang Investitionen gibt, die völlig unabhängig von den sich gleichzeitig vollziehenden Ersparnissen sind, kann man nicht sagen, daß die Gesamtinvestition (und damit die Wachstumsrate) durch die Gesamtersparnis bestimmt werde. Darüber hinaus ist hinsichtlich der an Geldersparnisse gebundenen Bauinvestitionen zu fragen, ob eben diese Investitionen nicht auch dann durchgeführt worden wären, wenn die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ersparnisse nicht auf diese Weise aufgebracht worden wären. Ich bin der Meinung, daß man einen guten Teil der Häuser auch ohne diese Ersparnisse gebaut hätte. Sie wären dann eben auf andere Weise finanziert worden.

Es ist in der Diskussion eine wichtige Frage angeschnitten worden, die ich in meinem Referat nicht behandelt habe: die Abhängigkeit der Ersparnis vom Grad der Inflation. Es geht um das Problem, inwieweit inflatorische Preisentwicklungen negativ auf die Ersparnis einwirken. Zwei verschiedene Entwicklungen sind hier zu unterscheiden. Für die Wachstumstheorie von besonderem Interesse ist die Frage, ob die berühmte „schleichende Inflation" mit einer ständigen Minderung der Kaufkraft des Geldes um ein, zwei oder drei Prozent im Jahr einen entscheidenden Einfluß auf den Sparwillen hat. Wir haben zu untersuchen, ob die Sparer tatsächlich das erzielte Zinseinkommen gegen den Verlust durch die kontinuierlichen Preissteigerungen abwägen und errechnen, was netto verbleibt. In einer nicht unerheblichen Zahl von Ländern müßten sie heute feststellen, daß netto nichts verbleibt, sondern daß sie vielmehr zuzahlen. Von der schleichenden Inflation zu unterscheiden sind abrupte Erhöhungen des Preisniveaus infolge besonderer Ereignisse (Korea-Krise usw.). Hier ist die Antwort einfacher zu finden. Die negativen Auswirkungen solcher Erschütterungen auf die Ersparnisbildung lassen sich in der Nachkriegszeit deutlich feststellen.

Am Schluß ist eine Frage angeschnitten worden, die ich aus Zeitmangel in der Spezialdiskussion noch nicht habe beantworten können. Sie betraf ein Phänomen, das man im Berliner Institut für Wirtschaftsforschung glaubt beobachtet zu haben: die langfristige Konstanz der industriellen Kostenstruktur. Ist diese Konstanz der Kostenquoten vereinbar mit den großen strukturellen Änderungen, die sich beim Wachstumsprozeß vollziehen und ohne die, wie ich gezeigt habe, reibungsloses Wachstum gar nicht vorstellbar ist? Besteht hier ein Widerspruch? Ich glaube nicht. Die Antwort habe ich in der schriftlichen Ausarbeitung meines Referates bereits gegeben, diesen Teil aber gestern aus Zeitmangel nicht vorgetragen. Strukturanalysen stützen sich zunächst auf die in Geldeinheiten ausgedrückten Ströme der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Geldgrößen sind Produkte aus Mengen und Preisen. Nun ändern sich im Wachstumsprozeß Mengenstruktur und Preisstruktur, und man kann nachweisen, daß beide Bewegungen im Normalfall immer negativ korreliert sind, was ja *a priori* auch zu erwarten ist. Sowohl im Konsumgüter- als auch im Investitionsgütersektor werden die Güter, die relativ teuerer geworden sind, durch die relativ billiger gewordenen ersetzt und umgekehrt, und dieser Prozeß kann netto so auslaufen, daß die aus monetären Größen abgeleiteten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Strukturquoten gerade konstant bleiben. Auf Grundlage der heute verfügbaren Gesamtrechnungsdaten habe ich selbst umfangreiche Untersuchungen durchführen lassen und dabei gefunden, daß sich hinter gleichen oder annähernd gleichen Strukturquoten, die wir im Zeitablauf innerhalb eines Landes oder bei zwischenstaatlichen Vergleichen beobachten, oft ganz fundamentale Unterschiede in der Mengen- und in der Preisstruktur verbergen, die sich aber eben gerade etwa kompensieren. Es kann durchaus sein, daß auch die Konstanz des Kapitalkoeffizienten etwas damit zu tun hat.

Eine wertvolle Anregung haben wir aus der Diskussion noch mitgenommen, nämlich uns nicht zu sehr nur auf die Formen der Kategorisierung festzulegen, die sich im Laufe der Zeit in der Kreislauftheorie und der praktischen Statistik herangebildet haben und die uns heute schon so sehr in Fleisch und Blut übergegangen sind, daß wir über ihre Zweckmäßigkeit nicht mehr nachdenken. Wir sprechen von dem Konsum, von der Investition, und im Hintergrund verbirgt sich die Vorstellung, als handle es sich hier um homogene Gesamtheiten mit einem gemeinsamen, typischen Verhalten. Der Konsum ist das, was im Zeitablauf relativ stabil bleibt, die Investitionen zeigen die großen Schwankungen im Konjunkturverlauf. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß die überkommenen Formen der Kategorisierung zu einem guten Teil konventionell sind. Eine gemeinsame Zeitkurve für *die* Investition gibt es nicht. Jede der Komponenten hat ihren eigenen Bewegungsrhythmus, der vor allem durch die Lebensdauer bestimmt ist. Beim Konsum muß zumindest zwischen den dauerhaften und nicht dauerhaften Konsumgütern unterschieden werden. Die dauerhaften Konsumgüter zeigen heute größere Schwankungen als viele der relativ stabilen Komponenten im Investitionsgüterbereich. Sie werden im Rahmen des Abzahlungsgeschäftes wie Investitionen finanziert, und sie sind zeitlich aufschiebbar. Wir müssen sie heute als einen der bedeutenden konjunkturbestimmenden Faktoren betrachten.

Vorsitzender Prof. Dr. Erwin *von Beckerath* (Bonn):

Ich darf Ihnen, Herr Kollege Bombach, im Namen der Anwesenden herzlich danken für Ihre ausgezeichnete allseitige Überschau über die Problematik Ihres Themas, die Sie uns gegeben haben.

Schlußwort des Referenten Vizepräsident Dr. Heinrich *Irmler* (Düsseldorf):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! In der Spezialdiskussion über mein Referat „Währungspolitische Bedingungen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stetigen Wirtschaftswachstums" wurden einige Grundsatzfragen und einige Spezialfragen erörtert.

Die erste Grundsatzfrage, die angeschnitten wurde, war die nach dem Verlauf der Generaldiskussion über meinen Vortrag zu erwartende Frage, ob man unter dem Gesichtspunkt des Wirtschaftswachstums eine Währungspolitik betreiben solle, die den Produktivitätsfortschritt durch sinkende Preise bei gleichbleibenden Löhnen zur Verteilung bringt, oder ob es eine Politik sein sollte, die Preisstabilität anstrebt und demgemäß den Produktivitätsfortschritt oder mindestens den größten Teil dieses Fortschritts durch steigende Geldlöhne zur Verteilung bringt. Im letzteren Falle müßte natürlich — und das ist der Vorgang, den wir in der Praxis in Deutschland seits 1948 sehen — das Geldvolumen ständig ausgeweitet werden. Im anderen Fall müßte das Geldvolumen im wesentlichen stabil bleiben, d. h. nur in dem Maße ausgeweitet werden, wie die Bevölkerung zunimmt.

Es war für mich erstaunlich, daß in der Generaldiskussion nach meinem Referat doch eine ganze Reihe von Stimmen laut wurden, die eine Politik des ständigen Preisrückgangs befürworteten und unter Wachstumsgesichtspunkten so etwas für möglich hielten. In der Spezialdiskussion erfolgte auch gleich wieder ein Angriff in dieser Richtung, dem aber dann doch die Hilfstruppen ausblieben. Es wurde gesagt, man solle doch den ständigen Preisrückgang anstreben, man würde dadurch wohltätige soziale Ziele erreichen und dennoch das Wachstum nicht gefährden. — Die Gegenargumente, die sich dagegen erhoben, sind zum Teil schon in meinem Referat vorgebracht worden, zum Teil waren sie auch neuartig. So hat besonders Herr Dr. *Pfleiderer* die Frage gestellt: Haben wir überhaupt die freie Wahl zwischen diesen beiden Möglichkeiten, steht es uns frei, die eine oder andere Politik zu verfolgen? — Wenn wir den Zwang ausschalten und uns auf den Boden der Marktwirtschaft stellen — was ja die Rahmenbedingung dieser ganzen Tagung war —, dann kann Lohnstabilität nur eintreten, wenn vom Markt her die Bedingungen so gesetzt sind, daß sich die Sozialpartner so und nicht anders verhalten können, daß die Preise also abgleiten *müssen*. Diese Marktbedingung kann an sich nur die Notenbank setzen. Ich hatte in meinem Referat — vielleicht nicht deutlich genug — darauf hingewiesen, daß die freie Wahl nur so zu verstehen ist, daß die die Geldmenge regulierende Stelle diese Bedingungen setzen *kann*. Ich bin Herrn *Pfleiderer* für diesen Hinweis dankbar. Es muß also, wenn man die Alternative: stabile Preise und sinkende Löhne, durchführen will, eine ganz rigorose Geldpolitik getrieben werden, die einfach die Preissenkungen erzwingt. Alle Teilnehmer an der Spezialdiskussion mit einer Ausnahme waren sich einig, daß eine solche Politik zumindest unter den Bedingungen der Gegen-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wart äußerst wachstumshindernd wäre. Man braucht sich nur vorzustellen, wie die Entwicklung in Deutschland und anderen Ländern gelaufen wäre, wenn wir an der Geldmenge von 1890 oder noch früher festgehalten oder sie nur im Ausmaß der Bevölkerungszunahme vermehrt hätten.

Es wurde auch der gegenteilige Standpunkt vertreten, daß die Wahrscheinlichkeit langfristiger Preissteigerungen größer sei als die Wahrscheinlichkeit der Stabilität des Preisniveaus. Das berührt sich eng mit dem Gefühl, das man heute vielerorts hat, daß es nicht möglich ist, das Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten und gleichzeitig das Preisniveau stabil zu halten. Es wurde auf die Gruppenmacht hingewiesen, die heute eine große Rolle spielt, auf die sich ausbreitenden Paritätsklauseln, daß jeder in seinem Wirtschaftsbereich die Parität mit anderen Bereichen wahren möchte, obwohl die realen Voraussetzungen nicht gegeben sind. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß bestimmte Gruppen, etwa die Sachwertbesitzer, vielleicht auch Unternehmer, nicht an Preisstabilität interessiert seien, sondern an steigenden Preisen. Herr Professor *Hax* hat darauf hingewiesen, daß der Unternehmer von der betriebswirtschaftlichen Ebene aus gesehen gezwungen sei, aus Vorsichtsgründen Preissteigerungen in der Zukunft einzukalkulieren und seine eigenen Preise entsprechend zu gestalten. Alle diese Dinge sind aber nur dann realisierbar, wenn eine entsprechende Kaufkraft zur Verfügung gestellt wird, — womit wir wieder bei der Verantwortung der Währungsbehörde angelangt, also im Grunde nicht viel weitergekommen sind.

Es wurde noch darauf hingewiesen, daß die Nachfrageelastizitäten, wie sie für die einzelnen Produktarten — landwirtschaftliche Produkte, industrielle Güter — gegeben seien, eine große Rolle spielten bei der Untersuchung und Beantwortung der Frage, ob bei restriktiver Kreditpolitik, die auf sinkende Preise hinzielt, nicht ein wirklicher deflatorischer Zirkel entsteht, also eine Wachstumsbremsung. Die Argumente dafür waren mir neu, und ich fand, daß sie doch sehr einleuchtend waren. Wenn nämlich das nominelle Einkommen unverändert bleibt, muß ceteris paribus die Nachfrage nach solchen Artikeln zurückgehen, bei denen keine Kostensenkung eintritt, die also relativ teurer werden.

Die schleichende Inflation wurde auch bei uns angesprochen. Das ist das berühmte, aber von mir etwas schlagwortartig und unzutreffend als Geldwertdefaitismus bezeichnete Problem. Es wurde darauf hingewiesen, daß es sich gar nicht um Defaitismus im eigentlichen Sinne handele, sondern nur um die Konsequenz aus dem Vorhandensein bestimmter Fakten. Die schleichende Inflation könne zunächst einmal das Wachstum beschleunigen, aber doch nur im ersten Akt, nämlich so lange wie die Geldwertillusion anhält. Es müsse ja jemand da

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sein, der bereit sei, seine Leistungen zu einem geringeren als dem eigentlichen Preis zu verkaufen. Wenn sich dazu niemand finde, wenn sich alles an den ständigen Wertverlust des Geldes angepaßt habe, dann werde sich die Wachstumsbeschleunigung von selbst verlieren.

Ein weiterer Fragenkomplex, der angeschnitten wurde, war der der Kosteninflation. Herr Dr. *Schleiminger* hat verdienstvollerweise darauf aufmerksam gemacht und einen gewissen Pessimismus in bezug darauf anklingen lassen, daß die Kosteninflation durch die Beherrschung der Geldmenge gebremst werden könne. Die Beherrschung der Geldmenge sei kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Lohninflation als solcher. In England habe sich das ja gezeigt; in England sei seit fünf Jahren kein Wachstum mehr vorhanden. Man habe dort das Wachstum dem Kampf gegen die Lohninflation geopfert.

Was bedeutet aber denn Lohnerhöhung über den Produktivitätsfortschritt hinaus? Die Löhne werden größtenteils, abzüglich einer Sparquote — wenn es 10 vH sind, sind es viel —, verausgabt. Bei einer Lohnerhöhung wird also der Anteil der Konsumausgaben in der Volkswirtschaft erhöht, während das Wachstum den nichtkonsumierten Teil des Volkseinkommens zur Basis hat. Reduziere ich also das letztere und will gleichzeitig Geldwertstabilität haben, muß das Wachstum zum Opfer fallen. Wenn ich aber die Wachstumsrate zum Datum setze und sie unter allen Umständen realisieren will, auch wenn die Löhne über die Produktivitätszunahme hinaus erhöht werden, dann muß eben der Geldwert leiden. Es handelt sich ja hierbei um durchaus klare Beziehungen: Verbrauchen und Investieren desselben Gutes ist unmöglich. — Die Diskussion hat auch in diesem Punkt zusätzliche Klarheit gebracht.

Als dritter großer Komplex wurde der internationale Problemkreis angeschnitten, die Tatsache, daß man heute nicht isoliert in den einzelnen Volkswirtschaften Wachstumspolitik betreiben kann, sondern daß ein höchstmögliches Wachstum nur gewährleistet ist, wenn ein gleichgewichtiges Wachstum in der Welt realisiert werden kann. Es wurde anerkannt, daß die Binnenstabilität an sich den Vorzug verdient, aber bezweifelt, daß Wechselkursänderungen unter den heutigen Bedingungen, wenn sie schon notwendig wären, wirklich realisiert werden können. Ich vermag mich dazu aus begreiflichen Gründen nicht zu äußern. Es wurde unter Hinweis auf das Beispiel Deutschland gesagt, man sehe ja, daß es zu einer Wechselkursänderung nicht komme, obwohl massive Zahlungsbilanzüberschüsse das nahelegten. Der Grund dafür, daß es nicht zu Wechselkursänderungen kommt, obwohl durch eine Aufwertung — bestimmte Bedingungen vorausgesetzt — die terms of trade zugunsten des aufwertenden Landes geändert würden, wurde in den pressure groups gesehen, die ins-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

besondere auf seiten der Exporteure und der Landwirtschaft zu suchen sind. Wenn ich ausländische Produkte hereinlasse, wird natürlich ein Preisdruck durch die importierten Güter ausgeübt. Auf der anderen Seite wird der Export schwieriger, die Erlöse werden beschnitten. Es wird ein Druck auf das Ganze ausgeübt, der unter Umständen heilsam wirken kann. Aber wessen volkswirtschaftliche Einsicht geht so weit — jedenfalls wessen Einsicht auf seiten der pressure groups —, daß man dafür eine persönliche Einkommenseinbuße hinnimmt?! Die internationale Kooperation als wesentliche Wachstumsvoraussetzung ist in der Diskussion anerkannt worden.

Ein technischer Gesichtspunkt bezog sich auf die Frage, ob die Zentralbank wirklich immer in der Lage ist, eine restriktive Kreditpolitik durchzuführen. Es wurde darauf hingewiesen, daß bei den Banken sehr große liquide monetäre Reserven vorhanden seien. Der Bankenapparat habe ja heute in Deutschland allein schon 6 Milliarden Schatzwechsel, so daß restriktive Maßnahmen der Zentralbank nicht ohne weiteres durchkämen, wenn nicht vorher diese liquiden Puffer irgendwie neutralisiert würden. Natürlich darf der Bankenapparat nicht „überliquide" sein, wenn die restriktiven Maßnahmen der Notenbank „greifen" sollen. Man sollte aber diese Schwierigkeiten nicht überschätzen, einmal nicht wegen der vorhandenen, ziemlich weitreichenden Liquiditätssteuerungsmöglichkeiten der Notenbank, zum anderen nicht, weil die Liquidität in der Praxis ungleich über den Bankenapparat verteilt ist. Auch werden die Banken die erklärte Politik der Notenbank in praxi weitgehend respektieren.

Das waren im wesentlichen die Probleme, die erörtert worden sind und deren Diskussion mich im Grunde nur in der Auffassung bestärkt hat, wie ich sie in meinem Referat dargelegt habe. Ich möchte also dahin resümieren, daß ich zwar sehr viele Anregungen bekommen habe, daß ich aber nicht sehr wesentlich von den Folgerungen abzuweichen brauche, die ich in meinem Referat als Thesen aufgestellt hatte.

Vorsitzender Prof. Dr. Erwin *von Beckerath* (Bonn):

Ich darf auch Ihnen für Ihre außerordentlich wertvollen Ausführungen, die Sie uns zum Schluß gegeben haben, danken.

Schlußworte des Referenten Prof. Dr. Wilhelm *Bickel* (Zürich):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir sind heute nachmittag in der Spezialdiskussion von einer Bemerkung ausgegangen, die ich im Laufe meines Referates gemacht habe, daß nämlich die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Konjunkturpolitik ein integrierender Bestandteil der Wachstumspolitik sei. Ich befinde mich dabei in Übereinstimmung auch mit anderen Herren, wie etwa Herrn *Paulsen,* der sich zu einer ähnlichen Auffassung bekannte. Es ist nun in der Spezialdiskussion in Zweifel gezogen worden, ob das richtig sei. Im allgemeinen aber hat diese Auffassung doch Zustimmung gefunden. Es wurde darauf hingewiesen, daß man nicht bestreiten könne, daß jede kurzfristige Maßnahme zugleich auch langfristige Wirkungen hat und daß daher ein Zusammenhang zwischen kurzfristiger und langfristiger Politik besteht.

Es wurde aber auch betont — wie ich übrigens selber gesagt habe —, daß die Vorstellungen und Methoden der fiscal policy, wie sie in den dreißiger Jahren entwickelt worden sind, verschiedener Modifikationen und Ergänzungen bedürfen. Dieser Punkt, der ja ein spezieller ist, hat in der Spezialdiskussion eine eingehendere Behandlung und eine beträchtliche Vertiefung erfahren. Es ist insbesondere auf die große Bedeutung der Modelluntersuchungen amerikanischer Autoren wie Musgrave und anderer hingewiesen worden. Ich habe diese Modelluntersuchungen in meinem Referate nicht erwähnt, und es ist natürlich kaum möglich, sie jetzt, in den wenigen Minuten, die mir zur Verfügung stehen, noch vorzuführen. Zweifellos sind sie sehr interessant und eröffnen auch manche neuen Erkenntnisse. Aber es ist doch auch nicht zu übersehen, daß diese Modelluntersuchungen — und zwar nicht nur die ersten, noch sehr einfachen Modelle von *Harrod* und *Domar,* sondern auch die neueren Modelle — recht beträchtliche Mängel aufweisen und kaum als Spiegelbild der Wirklichkeit aufgefaßt werden können, da sie mit Prämissen arbeiten, die realiter nicht gegeben sind. So wird mit konstanten Verhaltensweisen gearbeitet, während diese Verhaltensweisen in Wirklichkeit eben nicht konstant sind. Die institutionellen Bedingungen, die für die Finanzpolitik gelten, werden nicht genügend berücksichtigt. Auch das Inzidenzproblem wird ausgeklammert, d. h. es wird mit sehr stark vereinfachenden Annahmen hinsichtlich der Inzidenz der einzelnen Steuern operiert. Diese Modelle können also kaum als der Wirklichkeit entsprechend hingenommen werden. Unter diesen Umständen scheint mir die praktische Verwertbarkeit dieser Wachstumsmodelle für die Finanzpolitik heute noch kaum gegeben. Dabei unterschätze ich die beträchtliche theoretische Bedeutung dieser Modelle nicht. Ich glaube auch, daß es notwendig ist, auf diesem Wege weiter zu arbeiten, um zu vertiefenden Ergänzungen zu kommen.

Im übrigen kam gegenüber dem Pessimismus, daß sich durch fiskalische Maßnahmen nicht gerade viel erreichen lasse, doch auch eine optimistischere Auffassung zur Geltung, die sich zum Teil auch auf die Erfahrungen stützte, die bei der letzten amerikanischen Rezession

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gemacht worden sind und die die Möglichkeit der Beeinflussung des Wirtschaftsablaufs durch fiskalische Maßnahmen erwiesen haben. Freilich hat die Rezession auch gezeigt, daß, wenn einerseits auch Erfolge erzielt wurden, andererseits diese Erfolge durch die autonome Lohnentwicklung, die mangelnde Flexibilität der Löhne beschränkt wurden.

Diese Feststellungen führten uns hinüber zu einer Betrachtung der Einflüsse der fiscal policy auf die Verhaltensweise der Wirtschaftssubjekte, insbesondere zur Erörterung der Auffassung, die ich in Anlehnung an *Littmann* in meinem Referat vorgebracht habe, daß hohe Steuern den Unternehmer geradezu in risikoreiche Anlagen drängen können. Es ist die Frage der Beeinflussung des Unternehmerverhaltens durch Steuern besprochen worden. Wir sind wohl zu dem Ergebnis gekommen, daß zweifellos starke Impulse von den Steuern auf das Unternehmerverhalten ausgehen, wenn auch vielleicht nicht in dem Maße, wie es mitunter angenommen wird. Aber in der Frage, in welcher Richtung und in welcher Art und Weise die Beeinflussung des Unternehmerverhaltens durch die Steuern erfolgt, sind wir zu keinem abschließenden Ergebnis gelangt.

Ein anderer Punkt, der heute nachmittag noch zur Sprache kam und auf den ich kurz hinweisen möchte, ist die Frage der Zweckkollisionen. Ich möchte hier eine Zwischenbemerkung einschalten, die über das hinausgeht, was in der Spezialdiskussion heute erörtert wurde. Mir scheint ein grundsätzlicher Unterschied zu bestehen, zwischen den Kollisionen bestimmter theoretischer Zielsetzungen, etwa der Forderung durch bestimmte, stark progressive Steuern einen Einkommensausgleich zu erzielen, oder der, durch Anregung der Spartätigkeit eine möglichst hohe Wachstumsrate herbeizuführen, und einer anderen Art von Kollisionen, die Herr *Schmölders* im Auge hatte, nämlich den Kollisionen, die sich daraus ergeben, daß die Finanz- und die Geldpolitik wie auch die übrigen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik von verschiedenen Instanzen und unter verschiedenen institutionellen Bedingungen durchgeführt werden. Das scheinen mir zwei ganz verschiedene Arten von Kollisionen zu sein.

Im übrigen hat Herr Dr. *Kloten* sich seinerzeit im Anschluß an mein Referat pessimistischer über die Möglichkeit geäußert, Zweckkollisionen zu vermeiden, als ich es getan habe. Auch heute nachmittag ist in dieser Hinsicht noch beträchtlicher Pessimismus geäußert worden. Ich gebe zu, daß ich in dieser Richtung vielleicht etwas allzu optimistisch bin. Die Dinge liegen natürlich auch in dieser Hinsicht von Land zu Land sehr verschieden. Es ist auf alle Fälle wohl richtig, daß hier eine feinere Nuancierung nach der Art der Ziele, die angestrebt werden, notwendig ist. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß — um die von Herrn *Neumark* geprägte Terminologie zu ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wenden — bei interventionistischen, globalen Zielsetzungen Zielkollisionen vielleicht leichter zu überwinden sind als bei dirigistischen oder punktuellen Eingriffen des Staates. Hier ist es weit schwieriger, zu einem Ausgleich zu kommen, als wenn die Zielsetzungen globaler Natur sind.

Abschließend wurde auf die Bedeutung des *Wagner*schen Gesetzes der Ausdehnung der Staatstätigkeiten hingewiesen. Es wurde dargelegt, welche Gründe dafür maßgebend waren, daß es zu dieser Ausdehnung gekommen ist. Aber wir mußten die Frage offen lassen, ob wir mit einer weiteren Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit und damit einer Gefährdung unseres ganzen Wirtschaftssystems rechnen müssen oder ob wir annehmen dürfen, daß es sich um eine technisch und sozio-ökonomisch bedingte Erscheinung der letzten Jahrzehnte handelt, die zum Stillstand gekommen ist. Diese Frage läßt sich im Augenblick wohl nicht beantworten, denn der tatsächliche Rückgang der Staatsausgaben in den letzten Jahren kann auch als eine kurzfristige Abweichung vom Trend interpretiert werden.

Vorsitzender Prof. Dr. Erwin *von Beckerath* (Bonn):

Auch Ihnen danke ich sehr herzlich im Namen aller für Ihre sehr interessanten Ausführungen.

Schlußworte des Referenten Prof. Dr. Andreas *Paulsen* (Berlin):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der von mir behandelte Gegenstand, die wirtschaftlichen und sozialen Grundprobleme des stetigen Wirtschaftswachstums, war nicht Thema dieser Tagung, sondern es war meine Aufgabe, für die eigentliche Thematik, nämlich die Finanz- und Geldpolitik, sozusagen ein Bezugssystem zu entwickeln. So war auch nicht zu erwarten, daß die Spezialaussprache zu meinem Referat zu so konkreten Ergebnissen, ja auch nur zu so konkreten Fragestellungen gelangen konnte, wie es in den anderen Diskussionskreisen mit einer begrenzteren Thematik möglich war. Im Gegenteil, es ist nicht nur die Fülle der Probleme, die ich in meinem Referat anschneiden mußte, wieder aufgegriffen worden, sondern diese Probleme sind vertieft und durch eine ganze Zahl weiterer ergänzt worden. Wir haben uns mit der ganzen Breite der Thematik beschäftigt, von dem philosophischen Freiheitsbegriff bis zur Anwendung des Freiheitsbegriffs in der Marktwirtschaft, mit dem Begriff Marktwirtschaft, mit dem Begriff Interventionismus, und was Sie sich sonst weiter denken können.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es ist für mich deswegen leider nicht möglich, nun referierend das Ergebnis dieser Besprechung zu unterbreiten, sondern ich muß schon den Mut haben, meinerseits zu extrapolieren, d. h. zu unterstellen, daß wir noch über die zwei Tage verfügen könnten, derer wir bedurft hätten, wenn wir die Thematik, die wir angeschnitten haben, auch nur einigermaßen hätten zu Ende führen wollen. Ich glaube, ich bin berechtigt zu sagen, daß diese Auseinandersetzung über die Grundprobleme sehr intensive Überzeugungen ergab, wie breit das Gebiet ist, das wir in der Wirtschaftswissenschaft zu behandeln haben, wie sehr wir den Mut haben müssen, auch in die Tiefe der Probleme zu steigen. Das gilt nicht nur für den Gegenstand der Tagung, sondern das gilt überhaupt, wenn Sie meine Grundthese annehmen wollen, daß die Bewährung unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft durch stetiges Wachstum in der Tat eine Bewährungsprobe für das Abendland, für unsere Denkformen und unser Wertsystem ist. Ich versuche also zu konkretisieren, wie gesagt mit der Bitte, mir zu gestatten, daß ich hier nicht referierend das wiedergebe, was in der Besprechung dazu geäußert wurde, sondern indem ich ad hoc versuche, einigermaßen Ordnung in den Gegenstand zu bringen, und zwar unter diesem speziellen Gesichtspunkt, den Sie, wenn Sie wollen, als eine Methodenfrage unserer Wissenschaft bezeichnen mögen.

Hier möchte ich nach meinen eigenen Erlebnissen und Eindrücken gerade aus dem Verlauf dieser Tagung feststellen, wie sehr mir bewußt geworden ist, daß Exaktheit des Denkens keineswegs gleichbedeutend ist mit Energie und Tiefe des Denkens. Nicht, daß das eine das andere ausschließt; nur meine ich, daß gerade das exakte Denken durchaus der Energie und Tiefe ermangeln kann, ja daß unter Umständen sogar unsere exakten Modelle dazu verführen können, das Denken logistisch oder mathematisch abschnurren zu lassen, als ob das schon zu Resultaten führte. Ich wagte, in meinem Referat auf Gefahren des technischen Zeitalters hinzuweisen und nannte dabei die Gefahr des Denkens in zu kurzen Kausalketten. Ich bin dankbar, daß dieser Begriff offenbar aufgegriffen und auch in anderen Ausschüssen verwendet worden ist. Ich halte in der Tat diese Erscheinung mindestens für mitverantwortlich für die Ausdehnung der „verwalteten Welt“ als einer Gefahr für die Freiheit. Die in den Modellen verwendeten Kausalketten sind notwendig kurz. — Wollen Sie das bitte nicht mißverstehen als einen Widerspruch gegen die Präzision des Denkens zugunsten verschwommener und wolkenhafter Formulierungen oder des Arbeitens mit Analogien, eine Problematik, auf die wir in der Aussprache ebenfalls, wenn auch nur streifend, gekommen sind. Ich meine damit folgendes: Wir sind und können nicht Techniker des Wirtschaftswachstums sein insofern, als uns versagt ist, das Wachs-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tum in Analogie zu einem naturgesetzlichen oder technischen Prozeß anzusehen. Wir haben vielmehr ein Bezugssystem zu beachten, das auf unseren gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Wertsetzungen beruht. Ich nannte dieses Bezugssystem „Rahmenbedingungen" des Wachstumsprozesses. Dieses Bezugssystem erschließt sich erst durch die Tiefe des Ansatzes unserer wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtungen. Lassen Sie mich so formulieren: Dies ist genau in demselben Sinne ein Bezugssystem, wie wir in dem engeren Rahmen unseres Modellarbeitens ein Bezugssystem, etwa ein Koordinatensystem, brauchen. Wir müssen uns also bewußt sein, daß unsere Modelle, unsere exakten Aussagen nicht nur durch das mathematisch gewählte Bezugssystem bedingt sind, sondern daß sie als solche auch noch in ein weiteres Bezugssystem eingegliedert sind, nämlich das Bezugssystem der Wertsetzungen, denen wir begegnen.

Ich möchte das etwas erläutern. Mir fiel das Wort von *Keynes* ein, der einmal in den Stoßseufzer ausbrach: wenn doch die Wirtschaftswissenschaftler erreichen könnten, daß sie in der Gesellschaft denselben Rang und dieselbe Geltung haben wie Zahntechniker, an die man sich wendet, wenn einem der Zahn weh tut, weil sie Praktiker und Fachleute sind! — Nun, ich lasse mich nicht leicht in meiner Hochschätzung von *Keynes* übertreffen. Nur glaube ich, hier ist er einem Irrtum verfallen. Denn das Bezugssystem des Zahntechnikers ist denkbar einfach: er will die kaputten Zähne wieder in Ordnung bringen. So liegt es aber für uns — und das hat der Verlauf der Tagung mehr als deutlich erwiesen — keineswegs, sondern sobald wir in die Problematik des stetigen Wirtschaftswachstums eintreten, merken wir, wie sich der Horizont nach allen Seiten immer weiter auftut und immer weitere und immer tiefere Probleme sich uns zeigen. — Das möchte ich als die erste wissenschaftstheoretische Erkenntnis für unser Arbeiten bezeichnen.

Ich möchte noch einen Schritt weitergehen. Mir scheint, diesem Bezugssystem, das wir noch einigermaßen zu formulieren in der Lage sind, das wir jedenfalls wissenschaftlich durchdenken können, indem wir etwa das berüchtigte magische Dreieck — wir haben es übrigens in unserem Diskussionskreis mit sehr viel mehr Ecken versehen — immer von neuem formulieren, und die Beziehungen zwischen den Eckpunkten klarzumachen und die vorhandenen Bedingungen zu erläutern suchen, unterliegt noch etwas weiteres, das, was Schumpeter als die „Vision" bezeichnete, die Vision, die nun eigentlich in den vorwissenschaftlichen Bereich gehört, eine Sichtweise, die wir auch nicht wissenschaftlich erarbeiten können, sondern die wir in irgendeiner Weise als Intuition, als Gegebenheit anzusehen haben. Aber wir dürfen nicht annehmen, durch Exaktheit diese Vision beseitigen und

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

unsere Wissenschaft vor die unmögliche Forderung stellen zu können, gleichsam am Nullpunkt anzusetzen, als ob es vorwissenschaftliche Voraussetzungen gar nicht geben dürfe.

Eine solche Betrachtung und Besinnung wird auch verdeutlichen können, was die Wirtschaftswissenschaftler denn eigentlich vermögen, welche Bedeutung unsere Arbeiten für die Praxis haben. Auch hier ist für mich meine persönliche Erfahrung auf diesem Kongreß insofern interessant, als ich auf der Pressekonferenz die erstaunte Frage der Herren Vertreter der Presse vorgelegt bekam, wie es denn eigentlich käme, daß sich plötzlich die Wirtschaftswissenschaftler als Interventionisten, *Keynes*ianer und Anhänger der mathematischen Methode einig seien. Andererseits haben wir in unseren Besprechungen erfahren, daß mindestens in Einzelfällen der wohlerwogene Rat eines Wirtschaftsprofessors durch die ebenso entschiedene Ablehnung eines anderen Wirtschaftsprofessors inhibiert worden ist, so daß ich nachträglich doch eine leise Bestätigung meiner Vermutung gefunden habe, daß der Professor konstitutionell etwas gehemmt sei, die Meinung des Partners als solche anzuerkennen. Ich erinnere mich auch einer Geschichte, die das beleuchtet. Ein englischer Premierminister soll gesagt haben, wenn er vier Wirtschaftswissenschaftler um ihre Meinung befragte, so würde er fünf verschiedene Meinungen bekommen, davon zwei von Mr. *Keynes*.

Dieser implizite Vorwurf gegen unseren Zustand, unsere Fähigkeiten scheint mir einfach auf einem Irrtum zu beruhen. Es ist doch eine Gefahr, zu glauben, daß wir uns auf die geordnete Beschreibung beobachteter Phänomene beschränken könnten. Dann könnten wir ja eventuell noch in unsere Modelle flüchten und uns allen Ungewißheiten in der Beobachtung entziehen, und dann würden wir unter Umständen zu dieser Genauigkeit und Einheitlichkeit der Aussagen gelangen, die man von uns erwartet. Aber obwohl es durchaus zu dem legitimen Arbeiten der Wirtschaftstheorie gehört, wie ich nochmals unterstreichen darf, Modelle zu bauen und aus Modellen abzuleiten, und obwohl es durchaus zu unseren — sagen wir — öffentlichen Aufgaben gehört, der Öffentlichkeit, den entscheidenden Instanzen, verläßliche Informationen zu vermitteln, können wir doch unsere Aufgabe nicht darauf beschränken. Denn wir müssen ja die Konsequenzen daraus ziehen, daß unser Erkenntnisobjekt eben in dieser außerordentlich zentralen Lage eingebettet ist in alle möglichen gesellschaftlichen, ja sogar naturwissenschaftlichen Beziehungen, daß unser Gebiet grenzt an die Philosophie, an die Technik, an die Geschichte, an die Soziologie, an die Politik und so weiter.

Es sind also verschiedene Annäherungswege an unsere Problematik gegeben. Wir sollten das einfach im Sinne der von mir zitierten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wahrhaftigkeit — ich habe diesen Begriff von *Jaspers* unter dem Eindruck seiner Frankfurter Rede zu übernehmen gewagt, und er spielte auch in unseren Besprechungen eine Rolle — oder, bescheidener, im Sinne der intellektuellen Redlichkeit, zu der wir als Wissenschaftler verpflichtet sind, begreifen. Es wurde in der Debatte die interessante Frage gestellt, was aus dieser Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit von uns zu fordern sei, etwa mit der Sinngebung: Seid ihr Wirtschaftswissenschaftler im Sinne der Wahrhaftigkeit verpflichtet, der Gesellschaft geltende Normen aufzustellen? So habe ich es jedenfalls nicht gemeint. Ich hatte geglaubt, man sollte sich z. B. mindestens darauf einigen können, daß Fiktionen verlassen werden, die bequem und eingefahren sein mögen, die auch gewissen Standpunkten nützlich sein mögen, die aber nach unserer besten Einsicht nicht mehr gelten.

Ich persönlich wäre bereit, diese Konsequenz sehr weit zu ziehen. Ich habe in meinem Referat angedeutet oder vielleicht sogar auch ausgesprochen: Wenn wir die Bedingungen einer funktionsfähigen Marktwirtschaft nicht mehr verwirklichen wollen oder nicht mehr verwirklichen können, so gehört es zum Gebot der Wahrhaftigkeit und der Klugheit, diese Fiktion aufzugeben, um die Grundlagen zur Schaffung der neuen Bedingungen beizusteuern, die wir dann so zu verwirklichen hätten, daß mindestens die Werte, die wir nicht aufgeben wollen, auch in diesem neuen Stadium bewahrt werden. Das dürfte dann letztlich das Bekenntnis zur Freiheit als dem zentralen Begriff unseres abendländischen Denkens sein.

Meine Damen und Herren, ich gestehe Ihnen sehr nachdrücklich, daß für mich noch immer die Formulierung von *Max Weber* entscheidend ist: Vom Katheder hat man keine politische Meinung mit der Fiktion zu vertreten, es sei wissenschaftliche Erkenntnis. Es ist aber ein Unterschied in Quantität und Qualität, ob es sich darum handelt, ein parteipolitisches Programm vom Katheder angeblich wissenschaftlich begründen zu wollen, oder darum, sich in unserer Gesellschaft, in unserer geistigen Überlieferung wurzelnd mit den Problemen unseres Volkes und unseres Geistes auseinanderzusetzen. Wenn wir uns in der Tat zur Freiheit bekennen, heißt das nicht, daß wir damit unsere wissenschaftliche Zuständigkeit überschreiten. Ich glaube in der Tat — das mag ein persönliches Bekenntnis sein —, daß die „offene Gesellschaft", wie der Philosoph *Popper* sie nannte, bei der vorausgesetzten Durchdringung der Sachverhalte die bessere Chance hat zu beweisen, daß der freie Mensch zu größeren Leistungen fähig ist als der Funktionär eines totalen Systems, und daß sie, eine solche offene Gesellschaft mit einer ihr angepaßten Wirtschaftsordnung, die Chance hat, unseren humanitären Idealen und Forderungen, wie sie sich aus unseren Wertvorstellungen ergeben, besser zu dienen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Deswegen möchte ich meinen — auch das klang in der Besprechung sehr deutlich durch —, daß es ein legitimes Anliegen unserer Wissenschaft und darüber hinaus, mit Rücksicht auf die Bedeutung der Wirtschaft für das Ganze und der Freiheit in der Wirtschaft, sogar eine Verpflichtung unserer Wissenschaft ist, daß sie ihr bestes Bemühen darauf ansetzt, dem Begriff der Freiheit zur weiteren Klärung zu verhelfen.

Vorsitzender Prof. Dr. Erwin *von Beckerath* (Bonn):

Sehr verehrter Kollege *Paulsen,* Sie hatten das grundsätzliche Referat, und Sie haben uns soeben eine Fülle von grundsätzlichen Erörterungen vorgetragen, die wir als das Ergebnis unserer Tagung und Ihres Nachdenkens insbesondere auffassen können. Ich habe Sie deshalb nicht unterbrechen wollen; aber Sie verdanken das auch der Kürze, mit der Ihre Herren Vorredner sich geäußert haben, denn dadurch war es Ihnen möglich, länger zu sprechen als die Herren, die vor Ihnen gesprochen haben.

Nun, meine sehr verehrten Anwesenden, wir sind am Ende unserer sachlichen Arbeit. Aber die Sitzung ist noch nicht ganz geschlossen, denn als dem Vorsitzenden des letzten Aktes unserer Session liegt mir die angenehme Verpflichtung ob, allen Herren zu danken, die an dem Gelingen unserer Arbeit in besonderem Maße mitgewirkt haben. Ich wende mich zunächst an den Anfang zurück und spreche unseren Dank aus dem Herrn Finanzminister *Etzel,* der uns diesen schönen Auftakt zu unseren diesjährigen Besprechungen gegeben hat. Der erste Akt ist ja ebenso wichtig wie der letzte, der uns soeben die Quintessenz unserer Bemühungen vermittelt hat. Der Herr Finanzminister *Etzel* hat verschiedenen Herren und auch mir gesagt, daß er gern an unseren Besprechungen kritisch und disputierend teilgenommen hätte, daß er aber durch die mannigfache Verpflichtung eines Finanzministers gehindert sei, länger in Baden-Baden zu bleiben.

Ich danke dann weiter mit besonderer Herzlichkeit dem Leiter der wissenschaftlichen Seite unserer diesjährigen Tagung, Herrn Kollegen *Neumark,* und den Herren Referenten und Korreferenten, die zu uns gesprochen haben.

Aber, meine sehr verehrten Anwesenden, Sie werden verstehen, wenn ich in diesem Augenblick einen besonderen Dank richte an die Herren des alten Vorstandes und insbesondere an unseren Vorsitzenden, Herrn Kollegen *Hoffmann.*

Herr Kollege *Hoffmann,* Sie haben mit der an Ihnen gewohnten Energie und Umsicht die Geschäfte unseres Vereins geführt. Jedem

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Einsichtigen ist es klar, wie Ihre sorgende Hand hinter jeder Erscheinung auch unserer diesjährigen Tagung, mag es sich um ernste Arbeit oder um heitere Geselligkeit gehandelt haben, sichtbar geworden ist. Ich darf ein französisches Wort variieren, indem ich sage: Organiser c'est prévoir. Die Organisation ist die Kunst der Vorausschau. Ich bewundere, wie Sie bei dieser Tagung jedes Detail geistig durchdrungen und gleichsam vorausgeschaut haben, um Ihre Maßnahmen dementsprechend zu treffen.

Ich darf wohl sagen, daß Sie für die Führung der Geschäfte dieses Vereins ein Modell aufgestellt haben, nicht in dem Sinne, daß nicht andere Persönlichkeiten ihre Eigenart und ihre Gedanken in die Vereinstätigkeit einströmen lassen werden, anders als Sie es getan haben — denn der Wechsel der Persönlichkeit ist ja für einen Verein wie den unseren zweifellos ein Vorzug —; aber Sie haben uns ein Vorbild gegeben im qualitativen Sinne. Jeder wird sagen: ja, so muß es optimal gemacht werden. Damit, sehr verehrter Herr Kollege, haben Sie eine Tätigkeit entfaltet, die auch in die Zukunft fortwirken muß, denn jeder, der an Ihre Stelle tritt, wird versuchen, es qualitativ so vollkommen zu machen, wie Sie es getan haben.

In diesem Sinne hat Ihre Tätigkeit etwas kontinuierlich Bleibendes auch in dem Augenblick, wo Sie das Steuerruder der Geschäftsführung entschlossen sind niederzulegen. Dafür gebührt Ihnen unser Dank.

Dieses Ruder haben Sie nun, sehr verehrter Herr Kollege *Neumark*, nach dem Willen unseres Vereins ergriffen. Wir sind Ihnen dankbar, daß Sie es getan haben, und wissen, welches Opfer an Ruhe und wissenschaftlicher Muße die Leitung des Vereins für Socialpolitik bedarf. Und wenn Sie vielleicht noch keine vollständige Vorstellung von dem haben, was Ihnen bevorsteht, so wird Herr Kollege *Hoffmann* sicher gern bereit sein, Sie darüber aufzuklären. Erlauben Sie mir — und ich glaube auch hier im Namen aller Anwesenden zu sprechen —, Ihnen für Ihre geschäftsführende Tätigkeit alles Gute zu wünschen, damit Sie eigene innere Befriedigung dabei finden, vor allem aber zu Nutz und Frommen unseres alten Vereins, dessen Mitglieder zu sein unser aller Stolz ist.

Damit schließe ich die Tagung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verzeichnis der Redner

Albers, W., 288
Albert, H., 310
Albrecht, G., 269, 302
Beckerath, E. v., 302, 331, 335, 340, 344, 352
Bickel, W., 47, 90, 344
Bombach, G., 154, 259, 335
Brandt, K., 138
Delivanis, D., 85, 135, 293
Filbinger, H., 14
Föhl, C., 243
Fürst, G., 140, 240
Grünig, F., 247
Gutowski, A., 143
Hax, K., 126
Henschel, R., 253
Hoffmann, W. G., 9, 16, 18
Hofmann, W., 86
Irmler, H., 100, 147, 340
Jecht, H., 77
Jöhr, W. A., 16, 99, 153
Kellner, W., 132
Kloten, N., 69
Krelle, W., 230
Krengel, R., 249
Kröll, M., 136
Kroll, G., 294
Kromphardt, W., 64
Langelütke, H., 147
Mahr, A., 153, 265
Meimberg, R., 297
Menges, G., 236, 317
Misic, D., 83
Ottel, F., 89
Neumark, F., 43, 63, 69, 77, 95
Niehans, J., 72
Paulsen, A., 18, 91, 347
Recktenwald, C., 304
Richter, R., 302
Riebel, P., 251
Rohde, K., 144
Rose, K., 255
Rosen, J., 133
Rüstow, H. J., 81, 142
Schmölders, G., 269, 300, 331
Stucken, R., 284
Thalheim, K. C., 257
Tuchtfeldt, E., 325
Veit, O., 121
Wendt, S., 146
Wessels, Th., 245

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44150-1 | Generated on 2025-10-31 06:30:20
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/